Redebuch

2014

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

454. 455. 456. 457.

458. 459. 460. 461.

462. 463. 464. 465. 466.

467. 468. 469.

470. 471. 472. 473.

474. 475. 476. 477.

478. 479. 480. 481.

482. 483. 484. 485.

486. 487. 488. 489. 490.

491. 492. 493. 494.

495. 496. 497. 498.

499. 500. 501.

Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

454. Bremer Montagsdemo am 06. 01. 2014

Auf nichts ist dieser Staat besser vorbereitet als auf gewaltsame Demonstrationen

1. Das erste Mal in diesem Jahr, daher allen ein gutes 2014 – so, wie Sie es wünschen! Und herzlichen Dank an alle, die die Petition gegen Sanktionen mitgezeichnet haben! Teilweise sind die Wünsche etwas veraltet: Wer seit Jahren gern arbeiten möchte und nichts findet, glaubt nicht mehr an Wunscherfüllung. Wer erwerbslos ist, altert schneller. Für mich war keine Zeit meines Lebens anstrengender als die Erwerbslosigkeit. Erwerbslosigkeit hat nichts mit Faulheit zu tun. „Rente mit 63 heißt: Wir belohnen die Fleißigen!“ – Wer so argumentiert, kennt die Nöte der Arbeitnehmer nicht!

Ich gönne jedem einen reibungslosen Übergang vom Erwerbsleben in die Rente. Leider wird dies immer seltener und die Rente immer niedriger – bei gleicher Lebensleistung, siehe 452. Bremer Montagsdemo. Es geht volle Pulle in die Altersarmut! Die Erhöhung der Mütterrente erfolgt halbherzig: Sie holt nur einen Rentenpunkt auf und bleibt mit einem Punkt statt jetzt zwei Punkte hinter der Rente für Mütter ab1992 zurück – so etwas Halbherziges haben die Mütter nicht verdient! Viele Politiker haben etwas zu den Auswirkungen und der Finanzierung gesagt, aber mir ist kein Kommentar, keine Anmerkung zum Nachhaltigkeitsfaktor bekannt.

Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ hat das thematisiert, jetzt auch Professor Sell unter Hinweis auf Ingo Schäfer von der „Arbeitnehmerkammer“. Diese Rentenerhöhung wird von den jetzigen Rentnern und den Neurentnern gezahlt, weil der Nachhaltigkeitsfaktor die Rentenerhöhungen und die Neurenten schmälert, übrigens auch die Erhöhungsbeträge der neu berechneten Mütterrenten. Der Bundesfinanzminister geht laut „Spiegel“ von einer jährlichen Belastung von bis zu 1,2 Milliarden Euro pro Jahr aus. Auch hier erfolgt kein Hinweis auf den Nachhaltigkeitsfaktor! Insofern stimmen die Zahlen des Ministeriums nicht.

Die Schwankungsreserve der Rentenversicherung ist hoch. Der Geldsegen wurde bisher damit begründet, dass die Beschäftigung auf einem Rekordniveau ist. Beschäftigung ist aber nicht gleichzusetzen mit einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit. Mitgezählt wird jede noch so geringe Beschäftigung: die Werkvertragsarbeiter, die Scheinselbständigen. Das Beitragsvolumen für die Rentenversicherung sowie die lohn- oder einkommensteuerpflichtige Lohnsumme wurden nicht veröffentlicht. Am 28. Dezember 2013 stand im „Weser-Kurier“: „ Sozialversicherung treibt Staatsdefizit“, besonders das Defizit von vier Milliarden Euro in den Sozialkassen. Im Vorjahr war gemäß Statistischem Bundesamt noch ein Überschuss von 5,9 Milliarden zu verzeichnen. Auch dieses Problem wird politisch nicht benannt: Hoffentlich merkt es keiner!

Falsch ist somit die Aussage „Aufgrund der guten Beschäftigungslage haben wir einen Überschuss in der Rentenkasse“: Die Neurenten sind einfach geringer. Die CSU-Abgeordnete Hasselfeld machte die tatsächliche Angleichung der Mütterrente auf drei Rentenpunkte vom Arbeitsmarkt und den Sozialbeiträgen abhängig. Somit wird hier indirekt zugegeben, dass ein Beschäftigungsrekord nicht gleichzeitig einen Beitragsrekord verursacht. Auch in der gesetzlichen Krankenversicherung ist die Beitragentwicklung hinter den Erwartungen geblieben, siehe Monatsbericht Dezember 2013 der Bundesbank (Seite 8).

Diesen Montag wurde im „Deutschlandfunk“ über den Mindestlohn diskutiert. Ein Anrufer hat darauf hingewiesen, dass die Lohnsumme seit zehn Jahren rückläufig ist. Die Bundesbank erwartet eine weitere Steigerung der Beschäftigung durch die Zuwanderer (Seite 24). In Spanien ist die Arbeitslosigkeit laut „Weser-Kurier“ im Dezember „rapide gesunken“. Der Artikel ist umfassender als viele andere und vermittelt Hintergrundwissen: „Kritiker weisen jedoch darauf hin, dass die spanische Statistik jene Langzeitarbeitslosen nicht erfasst, die kein Arbeitslosengeld mehr erhalten“. Einige Stunden später fehlt diese Anmerkung in einem anderen Artikel zum gleichen Thema. Gelobt wird die Entlastung des Haushalts – wie die Erwerbslosen *ohne* Leistungsbezug überleben, war kein Thema.

2. Ich habe noch im alten Jahr „Anne Will“ gesehen, zum Thema **Banken**. Die Gesprächsrunde war lebhaft. Sahra Wagenknecht hat es mit viel Fachwissen auf den Punkt gebracht, die Deutsche Bank kommt sehr schlecht dabei weg (ab Minute 22). Die Debatte ist hörenswert. 725.000 Euro Strafe für die Deutsche Bank lassen den für sie angerichteten Vorteil durch Zinsmanipulationen erahnen. Frau Reding als Vertreterin der EU erwartet „noch mehr im Kasten“. Weitere Verfehlungen der Banken und diese Straftaten sollen künftig strafrechtlich verfolgt werden.

Ich möchte auf eine in dem Beitrag gezeigte fehlerhafte Beratung hinweisen: Einer 76-jährigen langjährigen Kundin wird ein absolut unpassender Vertrag angedreht (ab Minute 32) – weil sie Vertrauen hatte. Der Ex-Berater der Deutschen Bank versuchte, die Sache für Herrn Ackermann herunterzuspielen: „Alles liegt in der Vergangenheit, wir haben das aufgearbeitet und gelernt“. Es waren nur wenige Bankmitarbeiter(innen), die dies gemacht haben. Die Rendite von 25 Prozent

wurde genau kalkuliert und ist nicht außergewöhnlich – nachzulesen im Monatsbericht Dezember der Bundesbank. Fazit ist jedoch: Es wird weiterhin am Schalter weisungsgebunden abgezockt.

Viele Bankmitarbeiter(innen) versuchen, dem zu entgehen. Die Aufarbeitung über die falschen Angaben beim Referenzzinssatz Libor wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gerügt. Die Begrenzung auf wenige Bankmitarbeiter(innen) ist nicht haltbar, denn die Rendite von 25 Prozent war 2002 sehr ungewöhnlich. Wenn der Bundesbankbericht heute belegt, dass diese Rendite von zahlreichen Unternehmen erzielt wird, so hängt dies mit wesentlichen Veränderungen im Markt zusammen, insbesondere mit den rapide gesunkenen Personalkosten.

Wie Banken sich geben – besser: wie sie nehmen – ist in einem Beitrag von „Arte“ zum Verhalten von Banken zu sehen. Dies und weiteres steht auch bei der Bremer Montagsdemo. Vergangenheit ist dies alles nicht: Früher wollten die Banken mit ihren Kunden reich werden, heute auch zulasten ihrer Kunden. N-TV berichtete: „Mit Dividenden-Stripping Kasse gemacht? Fiskus von Banken um Milliarden geprellt“.

Die HSH Nordbank wurde in dem Artikel nicht erwähnt. Sie will über 100 Millionen doppelt erstattete Steuern zurückzahlen. „Diese Geschäfte hätten selbst für die HSH-Nordbank einen neuen Charakter gehabt. Hier habe die Bank mit Vorsatz eine doppelte Steuererstattung erlangt. Da die Bank nur mit Mitteln des Steuerzahlers überhaupt am Leben gehalten wurde, seien diese Geschäfte unabhängig von der abschließenden rechtlichen Bewertung durch den Bundesfinanzhof absolut unanständig.“

Es gibt noch weitere Berichte über andere Betrügereien von Banken. Sie gefährden durch ihr Verhalten unsere Demokratie. „Arte“ hat die Frage gestellt: „Wer regiert die Welt?“. Die Banken haben in Deutschland und Europa eine garantierte Ertragsquelle, weil kein Staat sich Geld direkt von der Landeszentralbank oder der EZB leihen darf. Diese Subvention muss aufgehoben werden! Die öffentlichen Haushalte würden um den Zinsaufschlag der Banken entlastet. Ansonsten gibt es auch ehrliche Menschen, die in einer Bank arbeiten.

Die leeren Staatskassen soll jetzt die Maut füllen. Aktuell wird mit verschiedenen Detailfragen vom eigentlichen Grundproblem abgelenkt. Die EU soll es absegnen und der Autofahrer mit deutschem Kennzeichen nicht belastet werden. Die Sache ist jetzt eilig, weil Bayern in Kürze wählt. Die eingeschränkte Nutzung der Mautdaten soll gemäß Zusatzpapier zum Koalitionsvertrag aufgehoben werden. Mautbrücken an den Autobahnen registrieren jeden Verkehrsteilnehmer. Nur die Fotos der LKWs werden gespeichert, alle anderen Fotos werden jetzt gelöscht. Dies möchte die Regierung ändern (Seite 25). Auch in den anderen Seiten steckt Sprengstoff.

3. Die Bundesrepublik Deutschland ignoriert die besonderen Gefahren der Atomkraft. Das Recht des „Arbeiter- und Bauernstaates“ meinte es mit den Uranberg-

leuten nicht gut. Die Sicherheitsbestimmungen sind sehr lasch. Dieses DDR-Recht gilt noch immer. Die einfache Betriebsgenehmigung geht der Bundesregierung scheinbar vor. Die Gesundheit der Mitarbeiter(innen) ist zweitrangig, die Auswirkungen auf die Umwelt sind es ebenso. Auch in der Schachtanlage Asse und im Schacht Konrad wird das Atomrecht nicht angewandt. Hier stiehlt sich der Bund aus der Verantwortung, siehe Bremer Montagsdemo.

Vater Staat ist auch sonst kein fürsorglicher Arbeitgeber: Die **Gewalt** auf Demonstrationen ist von der Staatsgewalt abrufbar, und die eingesetzten Bereitschaftspolizisten müssen alles tun, um eine ernsthafte Verletzung zu vermeiden. Ein Polizeianwärter mit einer dauerhaften Gesundheitsbeeinträchtigung wird nicht in den Polizeidienst übernommen. Liegt da die Versuchung nahe, zuerst zuzuschlagen? Die Polizeischüler in Bremen haben keine eigene schusssichere Weste, die Westenausgabe bei einem überraschenden Einsatz klappt nicht. Das Recht, den Einsatz zu verweigern, nimmt niemand in Anspruch. Der Ausweg: Die Polizeischüler kaufen ihre schusssichere Weste selbst.

Natürlich war die Gewalt in Hamburg vermeidbar und ist nicht entschuldbar! In einem Fernsehbericht über die Demonstration in Kiew war scheinbar zu sehen, wie Demonstranten über die eingesetzten Polizisten herfielen. Die Menge rief: „Provokateure!“. Sie machten damit deutlich: „Wir sind es nicht, wir sind friedlich!“ Die Gewalt in Frankfurt und Stuttgart war vermeidbar. Sie war ebenfalls politisch angeordnet. Auf nichts ist dieser Staat besser vorbereitet als auf gewaltsame Demonstrationen! Auch in Deutschland werden Provokateure eingesetzt und Fakten geschaffen, zum Beispiel das „Celler Loch“, um Gewalt des Staates zu rechtfertigen (siehe auch Bremer Montagsdemos) – alles auf dem Rücken der Polizisten. Ein Video zeigt den Ablauf im Stadtteil Sternschanze aus Sicht der Demonstration: Die Polizei greift zuerst an, zuvor gab es keine Eskalation seitens der Demoteilnehmer.

Videos der Polizei Hamburg habe ich nicht gefunden. Sie behauptet, dass die Demonstration „Rote Flora“ wegen „Gewalt gegen die Polizei“ gestoppt wurde. Auf dem Video sieht man dagegen deutlich, dass die Demo am Laufen ist, und zwar ohne jegliche Gewalt. Unter einer Brücke, an einer Engstelle nach circa 20 Metern Demostrecke stellt sich die Polizei offensichtlich geplant der Demo massiv entgegen und stoppt diese. Erst danach eskaliert die Situation. Es ist klar erkenntlich, dass die Polizei diese Eskalation geplant hat beziehungsweise dass sie politisch gewollt war.

21. Dezember 2013, 15:11 Uhr: „Dies ist der Moment, an dem die Eskalation begann – gerade mal zwei Minuten, nachdem die Demonstranten losmarschiert sind. Es ist eindeutig zu sehen, dass die Demonstranten sofort von der Polizei zugedrängt wurden. Keine verbalen Vorwarnungen der Polizei! Auch wurde die Polizei zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit irgendwelchen Gegenständen beworfen. Die späteren Reaktionen der Demonstranten können daher eindeutig als Reaktion auf das gewaltsame Einschreiten der Polizei interpretiert werden. Selbst die

vor mir stehenden anderen Journalisten schienen über das so schnelle Eingreifen der Polizei überrascht zu sein.“

15.23 Uhr: „Was jetzt folgt, ist wirklich unglaublich: Zu einem Zeitpunkt, wo die Allgemeinsituation relativ ruhig war, nähert sich plötzlich von rechts ein Polizeitrupp, der dann aus heiterem Himmel anfängt, auf die Demonstranten zuzurasen – wahrscheinlich lernt man so etwas in der Polizeischule. In diesem Video ist auch wieder klar zu erkennen, dass das anschließende Werfen von Gegenständen auf die Polizei eindeutig eine Reaktion auf das gewaltsame Vorgehen der Polizei war. Warum war so etwas vonseiten der Polizei notwendig?“

Ein Hamburger Polizeibeamter sagt dazu: „Das Grundgesetz ist erledigt“. Der NDR sieht Widersprüche zwischen den Bildern und den Erklärungen der Polizei. Die „Kritischen Polizisten“ Hamburgs haben eine Presseerklärung herausgegeben und viele Fragen gestellt, unter anderem auf Seite 3: „Wie viele V-Leute, verdeckte Ermittler, Zivilfahnder und ausländische Polizeisöldner(innen) waren vor Ort?“ Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Beckenbruch: Merkel ist doch nicht unverletzlich *(„Manager-Magazin“)*

Unbekanntes Flugobjekt stört Luftverkehr in Bremen: Legen kleine graue Männchen demnächst auch das Jobcenter lahm? *(„Spiegel-Online“)*

Die Unterdeckung bei den Stromkosten von Hartz-IV-Beziehern ist ein Verfassungsverstoß

1. Verdi-Vorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger kritisierte die **Kündigungen** von Mitarbeitern des Amazon-Logistikzentrums in Brieselang bei Berlin, nachdem der Internet-Versandhändler mindestens 600 befristet Beschäftigte gefeuert hatte: Amazon zeige wieder einmal sein wahres Gesicht, wenn die Beschäftigten ausgerechnet einen Tag vor Heiligabend vor die Tür gesetzt würden, nachdem sie mit Höchstleistungen unter Druck das Vorweihnachtsgeschäft abgewickelt hätten. Nutzenberger bemängelte, dass der US-Konzern seinen Mitarbeitern nicht nur den Schutz eines Tarifvertrages verweigere, sondern gleichzeitig versuche, in Deutschland eine „Wildwest-Kultur des Heuerns und Feuerns“ zu etablieren.

2. Wer weiß denn schon, zu wie vielen Familien an Weihnachten nicht der Weihnachtsmann kam, sondern jemand von der SWB, um wegen unbezahlter Rechnungen den Strom abzustellen? In Bremen stieg die Zahl der **Stromsperren** im letzten Jahr erneut an: Bis Ende 2013 könnte bei bis zu 5.000 Haushalten der Strom abgestellt worden sein – 2012 waren es noch 4.300. Das Problem dieser Zwangsmaßnahme aufgrund von Zahlungsrückstand machte die Linkspartei bereits Weihnachten 2012 zum Thema. Daraufhin zogen Grüne und SPD im Frühjahr mit einem eigenen Antrag in der Bürgerschaft nach.

Die Bürgerschaft forderte den Senat am 14. März auf, „mit dem örtlichen Energieversorger Gespräche aufzunehmen“, um „Maßnahmen zur Verhinderung von Zwangsabschaltungen einzuleiten“. Seitdem scheint zwar viel Wasser die Weser runter geflossen zu sein, doch laut SWB-Sprecherin Angela Dittmer sei bezüglich des Bürgerschafts-Beschlusses bisher keine offizielle Anfrage zu Gesprächen eingegangen. Peter Erlanson, Sozialpolitiker der Linkspartei, erklärte, es sei absolut nicht hinnehmbar, dass trotz des Bürgerschaftsbeschlusses die Zahl der Stromsperren im Land Bremen sogar wieder hochgehe.

Die steigende Zahl von Stromsperren ist indes kein spezifisches Bremer Problem, sondern liegt bundesweit auch darin begründet, dass die explodierenden Stromkosten im Regelsatz für Hartz-IV-Bezieher nicht berücksichtigt werden. Da die Betroffenen oft nicht einmal zu einem billigeren Anbieter wechseln können, müssen sie sich das Geld buchstäblich „aus den Rippen schneiden“. Bei den 3,3 Millionen Hartz-IV-Haushalten in Deutschland wird die monatliche Stromrechnung 2014 um gut ein Fünftel höher ausfallen als die staatlichen Leistungen für die Elektrizität. Dass der Regelsatz für einen Hartz-IV-Bezieher in diesem Jahr von 382 auf 391 Euro im Monat aufgestockt wird, reicht keinesfalls aus, weil davon 32,69 Euro für Strom und das Instandhalten der Wohnung vorgesehen sind.

Da ein Single-Haushalt mit 1.500 Kilowattstunden Jahresverbrauch von Januar 2014 an durchschnittlich 473 Euro im Jahr, monatlich also 39,42 Euro zahlen muss, sind die Leistungen für Hilfsbedürftige im Bereich Strom um mindestens 21 Prozent zu niedrig. Wenn aber die 32,69 Euro schon für den Strom zu knapp bemessen sind, kann für anfallende Reparaturen in der Wohnung erst Recht kein Geld mehr da sein. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“, beziffert die Unterdeckung bei den Stromkosten von Hartz-IV-Beziehern auf jährlich 90 bis 280 Euro, je nach Haushaltsgröße. Er warnt deshalb bereits vor einem „Verfassungsverstoß“.

3. Alarmierende Zahlen: Zwei Drittel der 4,5 Millionen erwerbsfähigen Arbeitslosengeld-II-Bezieher sind bereits seit zwei Jahren auf die staatliche Unterstützung angewiesen. Die Hälfte der Hartz-IV-Bezieher muss schon vier Jahre oder länger von der Stütze vegetieren, Tendenz stark steigend. So wird Hartz IV für eine breite Schicht zum Dauerzustand. Die Landkreise und Kommunen haben sich nun vorgenommen, diesen harten Kern der „Dauer-Hartzer“ 2014 anzugehen. Für den Abbau der **Langzeitarbeitslosigkeit** bräuchten die Kommunen einen langen Atem, denn die Menschen müssten mit viel Betreuungsarbeit auf einem mühsamen Weg wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden.

Berufstätige „Paten“ könnten die Arbeitslosen beim Wiedereinstieg in den Job begleiten, um Vorbehalte von Betrieben gegenüber Langzeitarbeitslosen abzubauen und diesen eine Chance zu geben. Überhaupt könnten Arbeitslose auch erst einmal „sozial aktiviert“ werden, etwa beim gemeinsamen Training für einen Marathonlauf oder den Proben für ein Theaterstück. Wenn die Langzeitarbeitslosen wieder Ziele bekommen, an Selbstvertrauen gewonnen und Netzwerke aufgebaut haben, werden selbstverständlich flugs auch die entsprechenden Arbeitsplätze aus dem Hut gezaubert, von denen es sich dann normal auskömmlich leben und nicht nur auf Hungerlohnniveau vegetieren lässt!

Klar, und die Erde ist eine Scheibe: Wurden mit Beginn von Hartz IV noch 3.200 Euro für jeden Hartz-IV-Bezieher zwecks „Aktivierung“, „Eingliederung“ und Leistungswährung im Jahr veranschlagt, standen im Jahr 2012 nur noch 1.700 Euro zur Verfügung. Für so wenig Geld ist natürlich nicht an eine schnelle Integration zu denken, zumal in einer Situation, in der es laufend darum geht, die Menschen – egal wie – aus der Arbeitslosenstatistik heraus zu euphemisieren.

4. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Wolfgang Kubicki, fordert eine umfassende Neuausrichtung des deutschen Sozialstaates. Dieser dürfe seiner Meinung nicht nur wie bisher eine „reparierende und versorgende“ Stellung haben, sondern müsse künftig vor allem ein vorsorgendes und „aktivierendes“ System sein. Menschen dürften nicht mit Geld „ruhiggestellt und zeitlich geparkt“ werden, sondern müssten „angetrieben“ werden, damit sie aus eigener Kraft wieder auf die Beine kämen. Soll das nun heißen, dass ALG-II-Bezieher noch immer zu viele staatliche Leistungen zum Leben bekämen? Kubicki betonte, dass liberale **Sozialpolitik** nicht nach dem Prinzip „viel hilft viel“ verlaufe, sondern „richtig hilft besser“.

Überhaupt wolle die FDP den Sozialstaat weiterentwickeln, indem „neue Anreize“ gesetzt würden. Die Instrumente müssten „sicherstellen, dass die Lebenschancen des Einzelnen verbessert, die Selbsthilfe angeregt und die Eigenverantwortung gefördert wird“. Wenn ich diese Reizwörter Selbsthilfe und Eigenverantwortung höre, weiß ich nicht, ob ich nun gelangweilt gähnen oder angewidert kotzen soll, nach dieser Lieferung von altem Wein in neuen Schläuchen! Die Gründe dafür lägen vielmehr in einer unzureichenden Qualifizierung. Sicher

doch: Ich kenne so viele Menschen mit hervorragender, sogar mehrfacher Qualifikation, die trotzdem keinen Arbeitsplatz bekommen!

Aber es kommt ja noch besser, wenn Kubicki in diesem Zusammenhang scharfe Kritik an den Mindestlohn-Plänen von Union und SPD äußert und behauptet, die Große Koalition verkenne, dass niedrige Löhne nicht die Ursache für Altersarmut, geringe Einkommen und eine hohe Unsicherheit seien, sondern nur deren Symptom. Schon wieder so eine Verniedlichung und sprachliche Verdrehung! Ausgerechnet die FDP will für „gleiche Chancen von Anfang an“ sorgen, weswegen die Schule die individuellen Stärken und Schwächen des Einzelnen erkennen und jeden seiner Begabung entsprechend fördern müsse, „statt alle über einen Kamm zu scheren“. Das soll natürlich auf Neusprech nichts anderes heißen, als dass möglichst früh ins dreigliedrige deutsche Schulsystem sortiert, sprich: gesiebt werden soll und die Oberklasse lieber unter sich bleiben möchte.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Anschlussverwendung fraglich: Braucht die Bahn einen Schnüffelei-Verharmloser als wirtschaftspolitischen Kontaktpfleger? *(„Spiegel-Online“)*

Große Koalition verhindert notwendigen Umwelt- und Klimaschutz

SPD, CDU und CSU haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt, in dem der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen mit Füßen getreten wird. Sie wollen die Energiewende ausbremsen und das Ausbautempo für erneuerbare Energien massiv drosseln. Die Energiewende müsse „aus dem sachfremden Zusammenhang der Klimapolitik befreit“ werden, forderte zum Beispiel der Direktor des industrienahen „Instituts der deutschen Wirtschaft“. Die Monopole drängen auf eine verstärkte Nutzung der fossilen Energieträger Öl, Gas oder Kohle. Die neue Regierung liefert dies wie gewünscht mit ihrem „Umweltprogramm“.

Der Ausbau der preiswerten Windenergie an Land soll weitgehend unterbunden werden, während die energiewirtschaftlich bedeutungslose Offshore-Technik auf See im Interesse der großen Energiekonzerne großzügig vergütet werden soll. Für neue Solaranlagen soll die Möglichkeit der Netzeinspeisung in wenigen Jahren beendet werden.

Die Energiekonzerne können noch über Jahrzehnte mit ihren schmutzigen Kraftwerken viel Geld verdienen. Die Kohlekraftwerke werden im Koalitionsvertrag zur „Netzreserve“ erklärt, die mit zusätzlichen Steuergeldern subventioniert werden soll. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen geht bereits vorauseilend an die Umsetzung: Nach jahrelangem Widerstand der Bevölkerung ging am 4. Dezember das Kohlekraftwerk Lünen ans Netz. Gleichzeitig gab die Landesregierung „grünes Licht“ für das Steinkohlekraftwerk Datteln IV, um nach vier Jahren Baustopp das zu 90 Prozent fertige größte Steinkohlekraftwerk Europas doch noch ans Netz zu bringen.

Trotz der Katastrophe von Fukushima, wo über jetzt 1.500 Brennstäbe unter nicht kalkulierbaren Risiken geborgen werden müssen, bleiben die restlichen deutschen Atomkraftwerke bis 2022 weiterhin am Netz. In der Bundesrepublik werden Brennelemente produziert, Uran angereichert und der AKW-Bau in anderen Ländern mit Hermes- Bürgschaften ermöglicht. Das wird uns als „Ausstieg aus der Kernenergie“ verkauft.

Fracking ist eine besonders gefährliche Methode, Gas zu fördern. Obwohl viele negative Erfahrungen über die Folgen des Frackings vorliegen, wird so getan, als sei noch „Forschungsbedarf“ vorhanden. Die Regierung lehnt im Interesse der Energiekonzerne ein Verbot von Fracking ab. Der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ fordert in seiner Richtlinie für die neue Bundesregierung unter dem Stichwort „Zugang zu den heimischen Rohstoffen gewährleisten“ die Durchsetzung des Gasfracking.

Frau Merkel hat in der EU durchgesetzt, dass die deutschen Autokonzerne auch weiterhin ihre Kohlendioxid-Schleudern produzieren und verkaufen dürfen. Der Autoverkehr belastet mit Abgasen, Lärm, Feinstaub und Kohlendioxid-Emissionen das Leben der Menschen. Immer mehr Müll wird auch bei uns produziert. Trotz der riesigen Mengen Plastik, die sich in unseren Meeren sammeln, wird nichts unternommen, um die Plastikflut zu stoppen. Geeignete Recycling-Verfahren wie das Kryo-Recycling werden sabotiert, stattdessen wird die umweltschädigende Müllverbrennung subventioniert.

Großprojekte wie „Stuttgart 21“ und der Berliner und der Frankfurter Flughafen werden rücksichtslos durchgezogen. Sie zerstören Landschaften, belasten das Leben der Menschen und verschleudern Milliarden Steuergelder. Doch außer allgemeinen Sätzen über „ambitionierte“ Ziele zur Kohlendioxid- Reduktion gibt es keinerlei konkrete Beschlüsse und Maßnahmen zu einer tatsächlichen Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes in der Bundesrepublik. Vorrang haben in der bundesdeutschen Politik der Schutz der Profite und die Profitmacherei. Das Argument der Arbeitsplätze soll den Eindruck erwecken, Umweltschutz habe Arbeitsplatzabbau zur Folge. Tatsächlich zerstört die Regierung Zehntausende beispielsweise in der Solarindustrie geschaffene Arbeitsplätze.

Die Koalitionsvereinbarung ist eine Herausforderung an die Umweltbewegung, nicht locker zu lassen und den Widerstand gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu verstärken. Eine erste Antwort gaben die 16.000

Demonstranten mit großer Beteiligung von Jugendlichen bereits am 30. November 2013 in Berlin. Wir brauchen eine neue Qualität der Umweltbewegung, die alle Kräfte bündelt, Arbeiter- und Umweltbewegung zusammenbringt und sich international ausrichtet zu einer starken **Umweltgewerkschaft** als kämpferische und unbestechliche Kraft! Wer daran mitarbeiten möchte, ist herzlich eingeladen zum **Initiatorentreffen** am **18. Januar 2014** um 14 Uhr im Raum von „**Greenpeace**“ (Neustadt, Pappelstraße 35).

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

455. Bremer Montagsdemo am 13. 01. 2014

Wer Hartz IV schönlächelt, verkauft noch Militäreinsätze als „familienfreundlich“

1. Immer mehr Hartz-IV-Beziehende müssen mit 63 Jahren mit Abschlägen in die Frührente gehen. 2013 mussten in diesem Alter hochgerechnet 28.000 aus dem Leistungsbezug ausscheiden, fast dreimal so viele wie vor fünf Jahren. 2014 und 2015 sind sogar 140.000 von der **Zwangsverrentung** bedroht. Weil die Chance, dass 61- oder 62-Jährige noch eine Stelle bekommen werden, so unwahrscheinlich ist wie ein Lottogewinn, müssen ältere Arbeitslose dann eben zwangsverrentet werden. Was wird nicht alles unternommen, um die Arbeitslosenstatistik aufzuhübschen und gleichzeitig immer mehr Geld dabei einzusparen!

Manche denken sicher, es sei besser, mit Abschlägen und Grundsicherungsaufstockung weg von der Verfolgungsbetreuung des Jobcenters zu kommen, als sich bis zum regulären Rentenalter demütigen und schikanieren lassen zu müssen. Nein, es ist nicht egal, ob das ALG II gezahlt wird oder eine Rente mit zusätzlicher Pseudogrundsicherung, denn um die Rente mit Aufstockung zu bekommen, darf fast kein Vermögen mehr da sein. Dann gilt die Faustformel von 150 Euro pro Lebensjahr als Schonvermögen nicht mehr.

Wenn notfalls das Jobcenter den Antrag auf die vorgezogene Rente mit 63 stellen müsse, sei die Höhe der zu erwartenden Altersrente „dabei nicht zu prüfen“. Der „Linken“-Abgeordnete Birkwald sieht darin einen „Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und ein Rentenkürzungsprogramm für ältere Erwerbslose“, da die Rentenabschläge von 0,3 Prozent pro Monat vor Erreichen der Regelaltersgrenze dauerhaft gelten. Aber klar, die Regierung pocht natürlich wieder auf die Nach-

rangigkeit, derzufolge Hartz-IV-Bezieher verpflichtet seien, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen, „um ihre Hilfebedürftigkeit zu vermeiden“.

2. Es soll bisher viele sogenannte Experten gegeben haben, die allen Ernstes der Meinung waren, dass ein geringes Einkommen Familien nicht automatisch arm macht. Nun listet eine neue Studie des „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts“ für die SPD-nahe „Hans-Böckler-Stiftung“ auf, wo das Armutsrisiko für Kinder am höchsten ist und auf was sie deswegen am häufigsten verzichten müssen. Erstaunlicherweise soll das Naheliegende, dass nämlich arme Kinder immer finanziell arme Eltern haben, nicht bekannt gewesen sein. Oder woher kommt das Erstaunen darüber, ein geringes Einkommen in der Familie bedeute oft, dass kein Geld für Winterkleidung oder eine warme Malzeit am Tag vorhanden ist?

Um das zu wissen, sind keine neuen Studien nötig, sondern es reichen ein gesunder Menschenverstand und das Wissen darum, wie niedrig die Regelsätze, die Dumpinglöhne sind und wie hoch im Vergleich dazu die Lebenshaltungskosten, die explodierenden Mieten. Am stärksten vom Armutsrisiko betroffen sind Bremen, wo 33,7 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren angeblich von Armut bedroht sind. Mecklenburg-Vorpommern folgt mit 33,5 Prozent. In Düsseldorf vegetieren die absolut meisten einkommensarmen Kinder (186.000), in Köln sind es bereits 145.00, in Arnsberg 143.000, in Berlin 136.000. In Münster ist das Armutsrisiko für Kinder rasant auf 22,4 Prozent geklettert. Als 2005 die menschenverachtenden Hartz-Gesetze eingeführt wurden, lag es erst bei 18 Prozent.

Klar ist, dass nicht nur die Zahl der armen Kinder gestiegen ist, sondern eben auch vor allem die Zahl ihrer Eltern. Aber diese Kinder sind natürlich immer nur von Armut bedroht, wenn ihre Wohnverhältnisse miserabel sind, wenn sie mit schimmeligen Wänden hausen müssen, nie in Urlaub fahren können, sich keine Winterbekleidung leisten können. Obwohl Bremen die höchste Quote von Kinderarmut aufweist, ist die Einkommensarmut im Osten generell verbreiteter als im Westen: Sie liegt in Berlin, in Teilen Brandenburgs, rund um Chemnitz und Leipzig sowie in Sachsen-Anhalt zwischen 25 und 30 Prozent. Arme Kinder sind mit ihren finanziell armen Familien gesellschaftlich weiterhin ausgegrenzt.

Die Forscher der „Hans-Böckler-Stiftung“ nehmen vor allem „die Wirtschaft“ in die Pflicht, denn um **Kinderarmut** zu bekämpfen, müssen endlich höhere Löhne im unteren Lohnsegment her. Bloß würde das ja leider dem Ziel des Ex-Kanzlers Gerhard Schröder widersprechen, der gerade den Niedriglohnsektor ausbauen wollte. Man höre und staune: „Was nämlich real bei den Eltern ankomme, gehe laut der Experten direkt wieder zu den Kindern.“ Die Forscher wissen, wo es langgeht – die Politiker nicht, wenn sie Eltern im Hartz-IV-Bezug unterstellen, höhere Regelsätze nur für den eigenen Alkohol- und Nikotinkonsum und technischen Schnickschnack zu missbrauchen.

3. Ich glaubte, mich verhört zu haben, als ich heute während der Nachrichten die Stimme von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vernahm, die die „Vereinbarkeit von Dienst und Familie“ bei der **Bundeswehr** verbessern wolle. Sie will die Bundeswehr zu einem „familienfreundlichen Arbeitgeber“ umbauen. Ihr Ziel sei, die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland zu machen. Hallo, die Bundeswehr ist nicht ein Arbeitgeber wie jeder andere, denn Soldaten verlieren an der Front ihr Leben, wenn Deutschlands Grenzen „am Hindukusch“ verteidigt werden!

Die Truppe müsse „Dienst- und Familienzeiten besser aufeinander abstimmen“, die Kinderbetreuung in den Kasernen ausbauen, die häufigen Versetzungen der Soldaten auf das Notwendige begrenzen. Mein Dank geht an die Abgeordnete der Linkspartei Inge Höger, die monierte, dass es keine Teilzeitkriege und keine familienfreundlichen Militäreinsätze gibt! Kann eine Bundeswehr familienfreundlich sein? Lässt sich ein Krieg überhaupt „familienfreundlich“ gestalten, eine militärische Auseinandersetzung so umstrukturieren, dass die Familie nicht leiden muss, also auch auf keiner Seite Tote betrauert?

Werden deswegen in den Schulen schon junge Menschen für die Bundeswehr angeworben, damit sie beim Militärdienst Soldaten spielen dürfen, denen wie bei den Pfadfindern ganz familienfreundlich natürlich nie etwas Schlimmes widerfahren kann? Ich kann mir nicht vorstellen, dass mit Holzgewehren auf kleine Papphäuser geschossen wird. Würde Frau von der Leyen auch nur eines ihrer sieben Kinder an der Front wissen wollen? Bundeswehr ist kein Kinderspiel, Krieg auch nicht, und beides kann ich mir nicht familienfreundlich, menschenfreundlich vorstellen!

Es gibt ja Länder, die so familienfreundlich sind, dass sie sogar Kindersoldaten in den Krieg schicken. Krieg kann auch nicht als familienfreundlich verniedlicht werden. Das ist meiner Meinung nach ein Widerspruch in sich! Oder sollte in den Familien Befehlsgehorsam trainiert werden? Schützen Soldaten Familien? Werden bei größerer Familienfreundlichkeit nicht mehr 90 Prozent der Kriegstoten Zivilisten sein? Wenn es nur noch tote Soldaten gibt, ist das dann familienfreudlich? Schön, wenn Soldaten ganz familienfreudlich Nahrung und Kleidung von der Armee gestellt bekommen, während die Häuser der Zivilist(inn)en zerbombt und zerstört werden. Aber nur in familienfreundlicher Form, versteht sich von selbst!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Verteidigung des Kapitalismus: Sind auch die gängigen linken Krisentheorien gescheitert? *(„Neuer ISP-Verlag“)*

Die nachhaltig abgesenkte Rente hebt kein höherer Bundeszuschuss

1. Bremen ist Haushaltsnotlagenland. Bremen hat eine Uni mit Dachschaden und vielen Sorgen. Bremen hat trotzdem für die „Jacobs-Uni“ noch mal in den Haushalt gegriffen. Jetzt werden 800.000 Euro von dieser Uni einem auf eigenen Wunsch gehenden Mitarbeiter mitgegeben. Diese Uni, so beteuert sie, hat die 800.000 Euro nicht vom **Haushaltsgeld** der Freien Hansestadt Bremen genommen. Doch warum hat die „Jacobs-Uni“ nicht andere Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft, bevor Bremen genötigt wurde? Wie geht es nun weiter? Wie viel kostet der oder die neue Präsident(in)? Und dann wieder mit Steuergeld? Nein!

2. Die Bundeswehr soll familienfreundlich werden? Kita im Schützenpanzer? Aber Spaß beiseite, es geht: Einfach alle Auslandseinsätze beenden! Dann kann die **Bundeswehr** in Ruhe zum besten Arbeitgeber Deutschlands reifen. Es mangelt dann auch nicht am Geld, und Werbung für freiwillige Soldaten ist überflüssig – 20,4 Millionen Euro wurden dafür im Jahr 2012 ausgegeben. Die Bundeswehr ist ohne Rückbesinnung auf die Selbstbeschränkung nach dem Krieg der Arbeitgeber mit den schlimmsten und meisten Berufsunfällen! Dabei familienfreundliche Beerdigungen zu gestalten, ist verdammt schwer.

Der scheidende Verteidigungsminister de Maizière hat seine damaligen Gesprächspartner jetzt gescholten, aber nichts zu den Ausbildungsmängeln hören lassen. Frau von der Leyen hat in Afghanistan der Truppe versprochen, dass der Mensch und nicht der Euro die erste Geige spiele: Ausrüstungsmängel würden beseitigt. Versprochen haben auch die Vorgänger – und angemahnt die Vertrauten Es sind neue Mängel hinzugekommen. Die Gewehre werden warm und schießen daneben. Das Transportflugzeug A400M für die Bundeswehr hat die Zulassungsbedingungen in Deutschland nicht erfüllt; Spanien soll dies übernehmen. Es entstehen weitere erhebliche Kosten für eine neue Zulassungsbehörde in Deutschland.

Die neuen Fregatten der Marine sind für den Einsatz gegen „Piraten“ vorgesehen. Die Schiffe wurden für die geänderten Aufgaben genau geplant, doch nun gibt es nichts als Ärger: Die Beiboote werden im Innern der Fregatten transportiert und vor Ort ausgesetzt. Sie sind mit hohen Antennen ausgerüstet, die das Anlegen an die Schiffe erschweren, denn das hintere Deck ist aufgrund der Strahlung gesperrt. Der Gang im Innern der Boote ist für einen Marinesoldaten mit Ausrüstung zu schmal. Aber Herr de Maizière ist erneut Minister, jetzt für Inneres. Sein

neuestes Anliegen ist die Vorratsdatenspeicherung. Da hoffe ich auf die EU! Ansonsten muss sich die Regierungschefin fragen lassen: Warum diese Geldverschwendung? Hinzu kommt noch die nicht zulassungsfähige Drohne. Wo liegen die Vorteile von Herrn de Maizière?

3. Frau Nahles will die **Rentenversicherung** mit einem höheren Bundeszuschuss ab 2018 vor höheren Beiträgen bewahren. Das ZDF hat rechnen lassen und die Notwendigkeit von zusätzlichen Geldern bestätigt, allerdings ohne Nennung des Nachhaltigkeitsfaktors und die seinetwegen geringere Rentenerhöhung, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Pro 1.000 Euro fällt die Erhöhung für alle Rentner(innen) um 8,50 Euro geringer aus, auch für die Mütter. Bei 500 Euro Rente sind es somit 4,25 Euro weniger. Steuergeld hebelt den Nachhaltigkeitsfaktor nicht aus! Wenn die Beschäftigungsrekorde endlich auch Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsumme entsprechend erhöhen, kommt die Rentenversicherung ohne Beitragerhöhung aus.

4. Unsere **Exportüberschüsse** haben unseren Handelspartnern Defizite und Überschuldung beschert, weil entsprechende Importe fehlen. Dies hat Ulrike Herrmann auf einer Veranstaltung in Bremen aufgedröselt, siehe 448. und 450. Bremer Montagsdemo. Nun sollen diese Ungleichgewichte nur Handelspartner außerhalb der EU treffen. Innerhalb der EU soll unser Export durch entsprechende Importe ausgeglichen sein. Leider wurden keine genaueren Angaben gemacht – ich halte daher diese neue Meldung nicht für wahr! Die Werte liegen so weit auseinander, dass eine aktuelle Annäherung ein Grimm'sches Märchen ist.

5. Die CSU hat das Thema Ausländer entdeckt, erst die Maut und nun die Bulgaren und Rumänen: Das seien alles nur Armutsflüchtlinge, sie wollten Sozialleistungen. Ist der CSU bewusst, welches Deutschlandbild sie vermittelt – nur für einige Prozente mehr bei der Wahl in Bayern? Die sich die Welt aussuchen können, kommen bereits seit Längerem kaum noch zu uns. Die „Blaue Karte" wäre jederzeit ihre Eintrittskarte, doch die Nutzung bleibt hinter den Erwartungen zurück. Die Bayern müssten eigentlich wissen, dass die Wanderarbeiter aus Bulgarien und Rumänien von den dortigen Niederlassungen ausgeliehen und zum gleichen Lohn plus Spesen in Deutschland eingesetzt werden.

Die **Lohnkosten** in Bulgarien sind 90 Prozent niedriger als bei uns. Auf Spesen werden keine Sozialausgaben und keine Lohnsteuern erhoben. Die Unternehmen sparen so die Lohnkostendifferenz und die Sozialversicherung. Wenn diese Mitarbeiter davon erfahren, sind sie sehr enttäuscht. Dazu kommt, dass 180, eventuell 250 Euro Monatslohn plus Spesen eine schmale Entlohnung sind. Deutsche und österreichische Firmen sind stark vertreten. Einfach mal ansehen oder nachlesen („Monitor" vom 9. Januar 2014). In Rumänien wird Bayern durch die AHK vertreten. Die Unterstellung der CSU führt bei Passanten zu starker Verärgerung, die Ausbeutung auch.

6. Diese „Monitor“-Sendung hat auch weitere „Zinsdifferenzen“ aufgedeckt. Aufgezeigt wurden falsche Sätze und Berechnungen: Die Bank hat mal eben über 300.000 Euro **Zinsen** zu viel berechnet und erhalten. Das Dilemma der Kunden wird gut herausgearbeitet. Das Verhalten der Banken habe ich auch auf der 454. Bremer Montagsdemo aufgezeigt. Gegenwehr lohnt nicht bei Kleckerbeträgen, geht aber wie folgt. Ich habe als aktiver Buchhalter an einem Seminar „Der Unternehmer und seine Bank“ teilgenommen. Die Empfehlung zur Zinssatzkontrolle war einfach: Die kostenlosen Monatsberichte der Deutschen Bundesbank abonnieren und den eigenen Zinssatz darin suchen, eventuell auch mit der Bank – und klarmachen, dass man ab sofort jeden Monat diese Tabelle ansehen wird und erwartet, dass der eigene Zins sich entsprechend dieser Tabelle entwickelt, unter Nennung des Zinssatzes bei der monatlichen Abrechnung.

„Kann ich mich darauf verlassen?“ – Zusage des jeweiligen Bankmitarbeiters: „Ja.“ – Ich musste über Jahre nie mehr den Zinssatz monieren. Die Banken wussten allerdings, dass ich jederzeit den aktuellen Kredit umschichten konnte. Der Bundesbankbericht war auch Orientierungshilfe bei einer Neuverschuldung. Die Zinsberechnung kann durch Export der Buchhaltungszahlen in eine „Excel“-Tabelle relativ einfach überprüft werden. Die meisten Buchhaltungsprogramme unterstützen diesen Export. Einige haben die Zinsrechnung integriert. Aus den vorherigen Bremer Montagsdemos können Sie aber auch ersehen, dass Banken Reklamationen mit Kreditentzug bestrafen und damit Existenzen vernichtet haben. Holen Sie sich daher fachkundige Unterstützung und Rückendeckung für die Aufarbeitung von Differenzen.

7. Zu den Verhältnissen bei Amazon habe ich den Bericht des „Stern“-Reporters und andere Artikel gelesen, auch TV-Berichte darüber gesehen. Die Mitarbeiter stehen unter dauernden **Leistungsdruck**. Die Leistung wird mit EDV-Unterstützung dokumentiert. Sie laufen, um ihr Soll zu erreichen. Die Nutzung von Fahrstühlen ist untersagt. Die Leistung steht im Vordergrund – wie es dem Mitarbeiter dabei geht, ist scheinbar egal. Diese Leistung ist bei vielen nur kurzfristig ohne Beeinträchtigung der Gesundheit zu erbringen. Eigentlich sollte es anders sein.

Eigentlich steht der Mensch im Vordergrund. Die Rahmenbedingungen müssen so geschaffen werden, dass die Gesundheit erhalten bleibt. Treppensteigen trotz Fahrstuhl entspricht dem nicht, Laufen zur Sollerfüllung ebenfalls nicht. Hier sind die Berufsgenossenschaft und das Gewerbeaufsichtsamt gefordert. Ich möchte nicht, dass meine Enkel zu solchen Bedingungen arbeiten! Eine Frage ist offen: Wo zahlt Amazon welche Steuern und in welcher Höhe? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

8. Hamburg rückt die Polizei in ein schlechtes Licht, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration. Der **Hamburger Bürgermeister** kommt diesen **Samstag** zum

Eiswettessen in Bremen. Das „Friedensforum“ hat für den **18. Januar 2014** um **14 Uhr** zur **Aktion** auf den Treppen vor dem **Messezentrum** aufgerufen. Gastredner sind EADS-Chef Tom Enders und Olaf Scholz. Der wird dabei sicher einige Klobürsten sehen, natürlich nur aus der Ferne: Eine Klobürste wurde von einem Polizisten in Hamburg als Waffe beschlagnahmt. Bringt ruhig eine Klobürste mit, zu friedlichen Zwecken! Dieses Sinnbild passt auf beide Redner.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Kredit ist die Peitsch für den eigenen Arsch

Fernsehschauen kann auch Erfüllung sein, am Montag um 22:25 Uhr im Staatsfernsehen ARD dachte man aber an Glück im Unglück. Zocken, mobben, sich alles bezahlen lassen und andere an der Schnur haben, die zu Hunderten Millionen alles bezahlen: Der größte Zocker der Welt ist Blackrock-Chef Larry Fink. Vier Billionen Dollar sind schon seins, und die Dollars saugt er an wie ein kosmisches Schwarzes Loch. Er kauft alles, was ihm Gewinn und Macht vergrößert, und da will er Sozialsysteme nicht im Weg haben. Ich sage euch, Leute: Da kommt in Zukunft was auf uns zu, nicht von der amerikanischen Regierung, nirgendwo anders her, einzig von dieser Megamacht Geldverleihhäuser wird der ganze Globus bestimmt.

Auch die Bundesregierung spielt schon in deren Melodie. Das geht bis an die Tür deutscher Arbeitnehmer, in Papenburg: Auch in den Reiseschiffen einer der wenigen Großwerften Europas steckt schon Geld von Blackrock drin, und die wollen nur Billigarbeit wie in Südkorea oder sonst wo. Der Herr liest: „Arbeitsplätze in Papenburg bis 2017 sicher“ und sagt: „Das Management denkt an Erweiterung“, zum Gewöhnen der Arbeiter an Lohnabbau. Die Finanzkonzerne – wie hier der größte Schlucker – bestimmen die Politik und verändern bald die ganze soziale Landschaft in Europa, was jetzt schon in Griechenland zu sehen ist und in Deutschland anfing.

Die Politiker auf der ganzen Welt sind und werden deren Handlanger. Das ist für alle Europäer Alarmstufe Rot! Wir müssen jetzt tatsächlich wieder den Kommunismus erwecken und zu politischer Macht zurückfinden, damit diese Finanzdiktatoren entmachtet werden. Die müssen enteignet werden! Werte müssen auf dem Globus neu geregelt werden, sonst werden wir alle zu Sklaven wie im Science-Fiction-Film „Matrix“ und stehen im Kokon aufgereiht.

Heute will sogar Ministerpräsident François Hollande, „Sozialist“, das Allgemeingut durch Sparen um 50 Milliarden Euro verkleinern und also den Spekulanten zuführen. Das ist Ergebnis dieser gewaltigen weltweiten Herrengesellschaf-

ten, die letztendlich individuelle Freiheiten zerstören werden. Die machen, was immer nur Sozialisten unterstellt wird. Also wachsam bleiben, alles Geld von der Banken holen und bei sich irgendwo bunkern und nie Kredit aufnehmen, denn unser Opa sagte schon: „Kredit ist die Peitsch für den eigenen Arsch“!

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

456. Bremer Montagsdemo am 20. 01. 2014

Auch gute Bildung ist keine Garantie mehr auf einen guten Arbeitsplatz

1. Eine alarmierende Studie über **Kinderarmut** jagt die nächste, und immer wieder werden Hilferufe laut. So ist jetzt in dem – in meinen Augen stellenweise ziemlich herabwürdigenden – WAZ-Artikel „Wenn arme Kinder nicht mal mehr träumen“ zu lesen, dass allein in Dortmund 22.000 Mädchen und Jungen lebten, deren Eltern Hartz IV bezögen. Die Kinder würden erleben, dass Mutter oder Vater jeden Anorak beim Jobcenter beantragen müssten und bei der „Tafel“ für Lebensmittel anstünden und dass sie „manchmal nicht mal die einfachsten Dinge des Alltags“ schafften. Schon wieder eine kleine Dosis Hetze gefällig? Seit wann können beim Jobcenter Schuhe oder Anoraks beantragt werden, wo doch alles angeblich schon in den viel zu niedrig „berechneten“ Regelsätzen enthalten sein soll?

Mich verwundert es nicht, wenn durch Armut ausgegrenzte Kinder auf die Frage, welche Berufe es gebe, mit „Verkäuferin bei Kik, Verkäuferin bei Tedi, Verkäuferin bei Netto“ antworten. Gut, dass wenigstens wieder klar ist, wer daran Schuld trägt, wenn Kinder im Winter nur mit einem dünnen Kleidchen und Sandalen bekleidet seien, oder mit Schuhen, die drei Nummern zu groß sind! Martina Furlan, Vorsitzende des „Dortmunder Kinderschutzbundes“, kann über das Motto der Landesregierung „Kein Kind zurücklassen“ nur den Kopf schütteln. Sie wisse nicht, was das heißen solle, und kritisiere, dass die Kinderarmut im Koalitionsvertrag nicht mal erwähnt werde.

2. Auch Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen will mehr gegen die soziale Spaltung im kleinsten Bundesland tun. Auf dem Neujahrsempfang des Senats im Rat-

haus sagte er, er wolle die **Armutsbekämpfung** in den Mittelpunkt der Senatsarbeit rücken. Niemand dürfe sich mit Armut und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft abfinden. Als vorrangiges Ziel bezeichnete er, dass weniger Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen, weil der Weg aus der Armut nur über Bildung gelinge. Akute Armut könne mit Transferleistungen bekämpft werden, langfristige Armut nur mit Bildung und Arbeit.

Böhrnsen sprach sich noch einmal ausdrücklich für die Einführung eines Mindestlohns aus. Die Handelskammer Bremen stellte sich entschieden hinter den Vorschlag von Böhrnsen und befürwortete ein „Bündnis aus Wirtschaft und Politik gegen Armut“ in der Stadt. Im November 2013 gab es eine sogenannte Armutskonferenz in Bremen, an der etwa 200 Vertreter von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kirchen den Senat zum Handeln aufgeforderten. Jetzt will Böhrnsen die Organisatoren einladen, um über mögliche gemeinsame Schritte zu reden.

3. Desgleichen drängt Thomas Röwekamp, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion, darauf, dass die Armut von Menschen in Bremen und Bremerhaven eines der dringendsten Probleme sei, deren sich die Politik annehmen müsse. Er forderte Bürgermeister Böhrnsen schriftlich zu einer Regierungserklärung zum Thema Armutsbekämpfung auf, da die Maßnahmen des Senates die soziale Spaltung in unserem Land nicht verringert hätten. Dabei erinnerte er an den Antrag der CDU-Fraktion vom Mai 2013, eine Enquete-Kommission zur Armutsbekämpfung einzusetzen, um mit Vertretern aus Politik, Sozialverbänden und Experten zu diskutieren.

Hat Herr Röwekamp bei der Kontroverse über die Übernahme der **Unterkunftskosten** für Sozialleistungsberechtigte in der Bürgerschaft möglicherweise seinen eigenen Zwischenruf „Unter Brücken sollen sie schlafen“ vergessen? Entschuldigung, hierbei handelte es sich selbstverständlich nur um ein bedauernswertes klitzekleines Missverständnis! Wenn ich die vollmundigen Stellungnahmen und Forderungen unserer Politiker nach „Pakten“ und „Enquete-Kommission“ gegen die zunehmende Bedürftigkeit und Verarmung lese und höre, dann frage ich mich immer, ob die galoppierende Armut nun tatsächlich wie eine unvorhersehbare Naturkatastrophe über uns hereingebrochen ist.

Oder leiden die Damen und Herren der vier Parteien, die die menschenverachtenden Hartz-Gesetze verabschiedet haben, möglicherweise unter Gedächtnisschwund? Katja Kipping brachte es schön auf den Punkt: „Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz und muss deshalb abgeschafft werden! Hartz IV hat den Niedriglohnsektor befördert, das Existenzminimum verfassungswidrig kleingerechnet und eine drastische Sanktionspraxis eingeführt.“ Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Regierungsparteien sich wirklich selbst bekämpfen wollen!

4. Laut einer neuen Studie des „Instituts für Arbeit und Qualifikation“ arbeiten Hunderttausende Akademiker in Deutschland trotz einer guten Ausbildung zu

Niedriglohn. 8,6 Prozent der abhängig Beschäftigten mit Hochschulabschluss erhielten demnach solch einen Lohn, was im Jahr 2012 9,30 Euro brutto in der Stunde entsprach. Unter den Frauen mit Hochschulabschluss ist das Risiko, zu Niedriglöhnen zu arbeiten, mit 11,4 Prozent fast doppelt so hoch wie unter Männern mit „nur“ 6,1 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der arbeitslosen Akademiker 2013 im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 21.400 auf 191.100 Menschen. Als Grund für die 13-prozentige Erhöhung nennt die Bundesagentur für Arbeit die deutlich gestiegene Absolventenzahl.

Allerdings sei das Risiko, arbeitslos zu werden, für Akademiker weiterhin „sehr gering“. Ich vermisse in dem Bericht eine Aussage zur späteren Rentensituation, denn wer eine höhere Bildung hat, tritt in der Regel erst später in die Rente ein. Dadurch bekommen Akademiker auch ohne Erwerbslosigkeit kaum die 45 Beitragsjahre zusammen, um vom neuen Rentenkonstrukt der Großen Koalition profitieren zu können. Weil die Ausbildungszeiten zusätzlich kaum noch bis gar nicht mehr angerechnet werden, die Zeit der kostenlosen Mitarbeit der „Generation Praktikum“ fast automatisch dazu gerechnet werden muss, wird auch das Renteneinkommen der Akademiker stark sinken. Gute Bildung ist *keine* Garantie mehr auf einen – gar auch noch gut dotierten – Arbeitsplatz!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Jedes „Bündnis gegen Armut“ benötigt ein Konzept: Davon ist der Bremische Senat jedoch weit entfernt *(Manfred Steglich)*

Hoffentlich bleibt die zehnte Armutskonferenz in Bremen nicht folgenlos

Bremens Bürgermeister hat eingeladen, zu Gesprächen. Es geht um Armut. Es ist bestimmt die zehnte Armutskonferenz in Bremen. Neun davon waren *ohne* den Bürgermeister. Hoffentlich bleibt die zehnte Armutskonferenz in Bremen nicht folgenlos. Elisabeth hat erneut klargemacht: Armut ist keine Naturkatastrophe, keine überraschende Erscheinung. Armut wird und wurde versteckt. Armut wird selten eingestanden. Armut und Aussichtslosigkeit werden auch vom Jobcenter erzeugt oder verstärkt.

Na, jetzt wird alles besser! Herr Böhrnsen spricht ein Machtwort, und jede(r) Bremer Bürger(in) erhält in den Ämtern alles, was SGB II, Sozialhilfe- oder Asylbewerberleistungsgesetz als Unterstützung ermöglichen und er oder sie benötigt. Damit wäre schon viel Aussichtslosigkeit und Leid erledigt und etwas Armut beseitigt. Wenn diese Gespräche auch noch auf Augenhöhe geführt werden – einfach toll!

Herr Böhrnsen hat auch das „Bündnis für Wohnen“ unter seine Fittiche genommen. Gerade hat er das Neubaugebiet um die Horner Mühle eingeweiht. Über 300 Wohneinheiten, aber *keine* Sozialwohnung! Im „Bündnis für Wohnen“ war dies anders erwogen und angekündigt worden. Herr Böhrnsen, warum klappt dies nicht?

Die Senatorin für Soziales hat per 1. Januar 2014 die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ ins Netz gestellt. Dieser wurde vorher von der Regierungsmehrheit zugestimmt. Die Anweisung an die Verwaltung umfasst 14 Seiten, Gesetzeskraft hat sie nicht! Zusätzlich wurde eine „Arbeitshilfe“ für die Umsetzung der Anweisung an die Verwaltung erlassen – *ohne* Mitwirkung etwa der Deputation für Soziales. Nach der Überschrift ist dies die Anweisung an die Verwaltung für ALG II, Schwerbehinderte und Asylbewerber (jedoch nicht für Gemeinschaftsunterkünfte). Im Inhalt wurden aber die Besonderheiten wenig gewürdigt. Sozialwohnungen sind für diese Richtwerte nicht anzumieten. Daher steht über Sozialwohnungen eine gesonderte Regelung in der Anweisung, aber *ohne* Beträge zu nennen!

Die Mietobergrenzen werden jetzt „Richtwerte“ genannt. Diese bleiben hinter den Entscheidungen des Landessozialgerichts Bremen-Niedersachsen zurück. Ein Grund wird in den Verwaltungsanweisungen nicht genannt. Die Senatorin hat in der Sitzung der Deputation für Soziales am 19. Dezember 2013 die Entwicklung dargestellt. Die Findung der Miet-„Richtwerte“ erfolgte mithilfe von „Analyse & Konzepte“, sie stehen auf Seite 9.

Die Ausführungen von „Analyse & Konzepte“ beginnen mit der Anlage 2 (ab Seite 10) und sind nicht gerichtsfest: Das Verfahren vor den Sozialgericht Bremen (Aktenzeichen S21 AS 1/09 ER) und andere wurden nicht berücksichtigt. Somit ist auch diese Anweisung für die Verwaltung nicht gerichtsfest! So wird *keine* Zufriedenheit im Umgang miteinander geschaffen: Vorsätzlich werden erneut die Bürger übervorteilt – nicht aus Versehen, sondern mit voller Absicht!

Diesen Vorwurf hat der entsprechende Abteilungsleiter zurückgewiesen. Sinngemäß sagte er: „Wir können uns höhere Ausgaben für die Kosten der Unterkunft nicht leisten“! Doch Wohnungen sind für diese Mieten nicht zu ergattern. Die geforderte Vorlage des Mietvertrags vor der Unterschrift beim Jobcenter erschwert die Anmietung zusätzlich! Wie unlogisch und menschenverachtend diese Verweigerung der Zustimmung zu dem Mietvertrag ist, ergibt sich aus dem Verfahren mit dem Aktenzeichen S26 AS 186/09 ER.

Die dort genannten Mietobergrenzen sind überholt. Es geht um die Verweigerung der Zustimmung. Die derzeitige Wohnung war verschimmelt, das Bad un-

benutzbar Ein entsprechendes Gutachten des Gesundheitsamtes wurde vorgelegt. Die Klägerin suchte bereits seit Monaten händeringend eine neue Wohnung. Das Jugendamt drohte mit der Wegnahme der Tochter. Das Jobcenter verweigerte *trotzdem* die Zustimmung zu der neuen Wohnung: Sie war um zehn Euro „zu teuer“ – weil die Mietobergrenzen per Verwaltungsanweisung falsch vorgegeben wurden.

Wie vorstehend ausgeführt, kann Bremen mit einfachen Mitteln viel Leid, Hoffnungslosigkeit und Armut beseitigen – und ganz nebenbei wird der Bremischen Verfassung entsprochen, deren Artikel 14 lautet: „Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruches zu fördern.“ Und noch eins an den Bürgermeister: Im Zweifelsfall das Grundgesetz, die Bremische Verfassung und das Bürgerliche Gesetzbuch heranziehen. Die Sozialgesetzbücher enthalten viele Schlechterstellungen für Menschen mit wenig Geld! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das EU-Parlament ist ein Kartell der Klimakiller

Die Kohlendioxid-Speicherung unter der Erde und das Erdgasfracking sollen zum Kern der neuen Klimapolitik der EU werden. Damit werden gefährliche Zeitbomben für künftige Generationen auf den Weg gebracht und die klimaschädliche fossile Verbrennung ausgebaut. Sehen wir uns das genauer an.

Die Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung ist eine Technik, mit der das Klimagas Kohlendioxid aus Abgasen abgespalten werden kann. Damit soll angeblich die Erderwärmung auf zwei Grad begrenzt werden. Aber warum soll Kohlendioxid überhaupt produziert werden? Seine Verpressung unter die Erde bietet keinerlei Sicherheit und gefährdet das Grundwasser. Deshalb weigern sich die Energiekonzerne, jegliche Haftung für das Verfahren zu übernehmen, und verlangen, dass die öffentliche Hand dies mit Steuergeldern garantiert. Die neuen Kohlekraftwerke mit Kohlendioxid-Abspaltung werden doppelt so teurer und verbrauchen für die Abspaltung rund ein Viertel der Energie selbst. Ein neues, sprudelndes Milliardengeschäft für die Konzerne soll auf den Weg gebracht werden.

Natürlich sollen dabei die Risiken, die genauso wie bei der Atomkraft unkalkulierbar hoch sind, wieder vom Volk getragen werden, während der Profit in den Händen weniger landet.

Die zweite gefährliche Zeitbombe im Interesse der Energiemonopole will die EU durch Fracking schaffen. Sie sieht im Schiefergas „erhebliches Potential für Europa“. Die EU-Kommission hat letzte Woche erklärt, dass sie darauf verzichten will, das umstrittene Fracking gesetzlich zu regeln. Stattdessen plant sie nur unverbindliche Mindeststandards für den Umwelt- und Gesundheitsschutz bei der Förderung von Schiefergas. So soll zum Beispiel die Bevölkerung großzügigerweise darüber informiert werden, welche giftigen Chemikalien durch Fracking unter die Erde gepresst werden – damit wir schon mal wissen, welches Gift das Grundwasser verseucht. Das ist ja toll!

Es sollen auch nur Gasprojekte auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft werden, die täglich mehr als 500.000 Kubikmeter fördern. Die meisten Schiefergasprojekte wären davon gar nicht betroffen. In den USA gibt es tausendfache Beispiele für die große Schädlichkeit dieser Energiegewinnung. Wer dies live sehen will, dem kann ich den Film „Gasland“ sehr empfehlen. Zu Recht gibt es in den USA eine wachsende Widerstandsbewegung gegen Fracking. Auch in Niedersachen – wo es bereits 324 Probebohrungen für Fracking gegeben hat – sind Bürgerinitiativen entstanden, die eine industrielle Nutzung verhindern wollen. Ich schlage vor, dass wir Kontakt nach Völkersen aufnehmen und sie einladen, hier auf der Montagsdemonstration über ihren Protest zu berichten. Das muss auch zur Sache der Bremer Bevölkerung werden, zumal ein Viertel unseres Trinkwassers aus dieser Region kommt.

Zum Schluss will ich noch etwas zu den Klimazielen der EU sagen. Bisher galt die völlig unzureichende Formel „20-20-20“: Bis 2020 soll der Ökostromanteil bei 20 Prozent liegen, der Ausstoß von Treibhausgasen um 20 Prozent sinken und die Energieeffizienz um 20 Prozent steigen. Jetzt wurde bekannt, dass die EU in Zukunft gar keine verbindlichen Ziele mehr aufstellen will. Dass sich nun ausgerechnet Bundeswirtschaftsminister Gabriel (SPD) ins Zeug legt und verbindliche Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien fordert, ist an Heuchelei nicht zu überbieten: Die neue Bundesregierung hat diesen Montag das Ausbremsen der erneuerbaren Energien verkündet und der Kohlelobby einen Freifahrtschein ausgestellt. Inzwischen sind Braunkohlekraftwerke mit 162 Milliarden Kilowattstunden und einem Anteil von 25,8 Prozent Hauptproduzent des Stroms in Deutschland, der Steinkohlestromanteil stieg 2013 auf 19,7 Prozent. Fast die Hälfte entstammt also fossilen Klimakillern.

Die Pläne von EU und Bundesregierung werden den Übergang zu einer globalen Umweltkatastrophe beschleunigen. Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu retten, müssen wir diese Pläne durchkreuzen – durch einen breiten, internationalen Widerstand der Völker. Dafür sollten wir uns gemeinsam einsetzen! Statt in rückwärtsgewandte, umweltschädliche Technik zu investieren, könnten einfach die natürlichen Energiequellen genutzt werden. Sie sind auch in 1.000

Jahren noch im Überfluss vorhanden und rufen keinerlei schädliche Nebenwirkungen hervor. Aber diese Einsicht von den Herrschenden zu erwarten, wäre eine große Illusion, denn das Einzige, was sie vorantreibt, ist ihre Profitmaximierung und die Ausweitung ihrer Macht über den ganzen Globus. Aber damit sind sie eine kleine Minderheit und haben langfristig keine Zukunft.

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

457. Bremer Montagsdemo am 27. 01. 2014

Womit „Extremisten“ rechnen müssen

1. Letzte Woche teilte die Bremer Sozialsenatorin Anja Stahmann in der Stadtbürgerschaft mit, dass die **Wohnungssuche** für ALG-II-Bezieher erleichtert werden solle. Künftig könne sich bei der zuständigen Behörde ein schriftlicher Vorabbescheid abgeholt werden, aus dem die für angemessen erklärte Wohnungsgröße und die zu übernehmenden Kosten für Miete, Heizung plus Nebenkosten hervorgehen. Dieser Bescheid könne Vermietern dann vorgelegt werden.

Die sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Susanne Wendland, meinte dazu, dass die Betroffenen so mehr Handlungsfreiheit bei der Auswahl der Wohnung bekämen. In der Vergangenheit sei es leider häufiger passiert, dass jemand eine Wohnung nicht mieten konnte, weil erst auf die Erlaubnis der Behörde hätte gewartet werden müssen, die sich dann zu lange Zeit ließ – woraufhin die Wohnung natürlich weg war, bei dem leergefegten Markt. Oder das Jobcenter erstattete keine Umzugskosten, obwohl die die neue Wohnung im Rahmen der Mietobergrenzen gelegen habe.

Ein längst überfälliger Schritt, der gut klingt und bundesweit so gehandhabt werden müsste! Warum musste dies neun Jahre dauern, wo doch die GEZ-Bescheinigung bereits nach „nur“ vier Jahren den Hartz-IV-Bescheiden beigefügt wurde? Allerdings bleibt bundesweit das dringende Problem der kaum vorhandenen bezahlbaren Wohnungen bestehen. Gerade in Universitätsstädten mit einem hohen Anteil finanziell armer Menschen grassiert eine immer heftigere Wohnungsnot!

2. Nicht etwa herzallerliebste Rechentricks, sondern die angeblich gute Wirtschaftslage soll zu einem leichten Rückgang der Zahl von Hartz-IV-Beziehern ge-

führt haben. Die „gute Konjunktur“, der „gute Arbeitsmarkt“ werden bejubelt, weil so viele arbeitsuchende Fachkräfte untergekommen seien. Der Geschäftsführer des Haller Jobcenters, Roland Rößler, stellte fest, dies führe allerdings auch dazu, dass das Jobcenter weniger Geld vom Bund bekommt, weswegen für das Jahr 2013 fast 900.000 Euro weniger als 2012 für Fördermaßnahmen zur Verfügung gestanden hätten. Der Landkreis habe eine Arbeitslosenquote von unter drei Prozent, also „nahezu Vollbeschäftigung“.

Der Arbeitsmarktexperte erklärte, es sei jedoch schwieriger, Personen ohne Ausbildung zu vermitteln oder Erwerbslose, die alleinerziehend seien, Schulden hätten oder unter einer Sucht litten. Hier sehe das Jobcenter seine Arbeitsschwerpunkte und versuche, mehr Arbeitgeber für Teilzeitausbildungen für Alleinerziehende zu gewinnen und in der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt die Kinderbetreuung in den „Randzeiten“ zu verbessern. Bei geeigneten Personen würden Weiterbildung und Umschulung übernommen. Manchen Arbeitslosen weise das Jobcenter zunächst sogenannte Ein-Euro-Jobs zu, „um ihnen Grundlagen wie Pünktlichkeit und Verlässlichkeit nahezubringen.“

Eine unverschämte Diskriminierung und Ausbeutung ist dies in meinen Augen! Um mit „schwieriger Klientel“ in Kontakt zu kommen, erprobt das Jobcenter in Kooperation mit dem Landkreis einen „neuen“ Weg: Eine Mitarbeiterin sucht die Menschen zu Hause auf, nachdem sie zum Beispiel nicht zum vereinbarten Termin ins Jobcenter gekommen seien. Dieses „Angebot“ komme sehr gut an. Meine „Hetz-Antennen“ schlagen bei entmündigender **Verfolgungsbetreuung** Alarm, wenn ich lese: „Bei einem zunehmend problematischen Kundenstamm und gleichzeitig guter Konjunktur bedarf es eines solchen Instruments“.

Trotz aller Drohgebärden muss niemand die Leute vom Jobcenter in seine Privatwohnung einlassen, die einfach so hereinschneien wollen. Dafür müssen schon wichtige Gründe vorliegen, die anders nicht zu klären sind. Mir stellt sich auch die Frage, wer denn diese Mitarbeiter sind, über welche Qualifikation sie verfügen, und bei wem sie angestellt sind. Gerade bei so sensiblen Themen wie Schulden, Sucht, Behinderung gebieten Datenschutzgesetz und SGB deutlich, dass dies alles auf freiwilliger Basis zu geschehen hat! Sollte nicht besser von hausgemachten Problemfällen gesprochen werden?

Als ob es an den arbeitsuchenden Menschen liegen würde, dass sie keinen Job abbekommen! Wir haben zu wenige Arbeitsplätze. Die menschenverachtenden, ausbeuterischen Ein-Euro-Jobs vermitteln fast niemanden in echte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen und bringen schon gar nicht Grundlagen wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit bei, über die ohnehin so gut wie jede(r) verfügt. Dass ausgerechnet die Opfer der Auswirkungen von Rationalisierung, sowie Globalisierung in allen Medien zu Versagern und Schuldigen abgestempelt werden, ist zusammen mit dem grundgesetzwidrig ausgeübten Sanktionsdruck ein himmelschreiendes Unrecht!

3. Die Münchnerin Evelyn S. (62) war seit mehr als 40 Jahren Kundin bei der Commerzbank, als das Geldinstitut am 8. Januar 2014 ihr Konto kündigte, weil sie sich weigerte, ihrem Sohn Kerem (27) die Vollmacht zu entziehen. Nein, Kerem S. wurde nicht vorgeworfen, dass er problematische Summen abgehoben hätte. Vielmehr seien der Bank „Erkenntnisse“ mitgeteilt worden, die eine Geschäftsbeziehung mit ihm unmöglich machten. Die Gründe kämen aus einer internen Abteilung und dürften ihr nicht mitgeteilt werden. Für Kerem S. liegt auf der Hand, dass damit seine politischen Aktivitäten als fortschrittlicher Mensch gemeint seien.

Der Student der Kommunikationswissenschaften erklärte, er sei nicht nur gewähltes Mitglied seiner Fachschaftsvertretung, sondern auch Kreissprecher der Deutschen Kommunistischen Partei, und argumentiere für die Vergesellschaftung von Banken. Obwohl er die besagte Vollmacht nie genutzt habe, werde seine Mutter dafür in Sippenhaftung genommen. Vermutlich habe der **Verfassungsschutz** die Finger im Spiel. Bei einer Nachfrage beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz wurde Kerem S. als Persönlichkeit, bezeichnet, die „sehr offensiv als Linksextremist in Erscheinung“ trete und deshalb auch schon mal im Verfassungsschutzbericht erwähnt worden sei. Vielleicht sei jemand in der Bank „zufällig darüber gestolpert“. Damit müsse ein „Extremist“ rechnen.

4. Ich finde es großartig, dass die Bremer Straßenbahn AG Obdachlosen wieder eine kostenlose Mitfahrt anbietet. Ab sofort und zunächst bis Ende Februar dürfen sich **Obdachlose** bei weiter anhaltender Kälte in Bahnen und Bussen während der Fahrt aufwärmen und auch ihre Hunde angeleint mitnehmen. In den vergangenen Jahren hätten rund 100 Personen in den Fahrzeugen Zuflucht vor der Winterkälte gesucht. Die Fahrgäste seien von dieser Idee sehr angetan gewesen. Die BSAG bittet alle Bremer darum, frierende, wohnungslose Menschen auf diese Möglichkeit in unserer Stadt hinzuweisen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Wo bleibt der fahrscheinlose Nahverkehr für alle?

1. Sie hört sich ja immer gut an, diese Menschenfreundlichkeit gegenüber einer noch großen Minderheit, und ist wohl auch zu begrüßen. Aber wäre es nicht sinnvoller, generell einen fahrscheinlosen öffentlichen **Personennahverkehr** für alle Bremerinnen und Bremer einzuführen?

Nimmt man die Umsatzzahlen von 2012 und geht davon aus, dass hiermit mindestens alle Betriebskosten gedeckt werden können, dann käme für jeden Einwohner Bremens ein monatlicher Betrag von zwölf Euro heraus. Würden al-

lerdings auch Renditen vom Umsatz ausgewiesen, wäre der monatliche Durchschnittsbetrag noch niedriger.

Da sollte sich der Bremer Senat doch wirklich mal die Frage stellen beziehungsweise eine Prüfung einleiten, ob dann nicht zumindest für alle erwachsenen Transferempfänger der Freien Hansestadt ein Monatsticket für zwölf Euro verkauft werden könnte! Bei den Kindern sollte man dann mit Sicherheit gleich eine totale Befreiung einführen. Man könnte vieles wesentlich besser machen, aber in Bremen scheinen sich die Politikerinnen und Politiker lieber auf das Kleckern zu beschränken, als auf das Klotzen zu setzen.

Natur und Umwelt sind vielleicht nicht so „das Ding“ von Sozialdemokraten und Grünen. Deshalb bleiben sie wohl lieber bei Alibihilfen für den ganz kleinen Kreis, und das wären hier dann eben die Wohnungslosen. Ich wünsche allen Bremerinnen und Bremern zukünftig in ihrer Stadt freie Fahrt und einen umweltfreundlicheren Senat!

2. An das Jobcenter Oldenburg! Hallo Herr Trautmann, ich habe mich derzeit noch mal mit den Kosten für Gas und Wärme beschäftigt, und zwar im Vergleich der günstigsten Anbieter, bei denen keine Vorauszahlungen verlangt werden. Ich habe dabei die unterschiedlichsten Haushaltskonstellationen bezüglich Anzahl der Familienmitglieder und Wohnflächen verglichen. Ganz grob kann man sagen, dass man beim günstigsten Anbieter für Gas/Wärmelieferung pro Person und Jahr im Moment mindestens 200 Euro gegenüber dem Grundversorger EWE sparen würde.

Nun sind mir die neuesten Zahlen der Jobcenterkunden aus den Bedarfsgemeinschaften nicht bekannt, doch kann man wohl von einer ziemlich großen Zahl ausgehen. Bei angenommenen 20.000 Kunden würde es immerhin eine Ersparnis von vier Millionen Euro im Jahr für das Jobcenter beziehungsweise die Stadt Oldenburg bedeuten, wenn sich beispielsweise die EWE bereit erklären würde, für alle Kunden des Jobcenters einen Sondertarif einzuführen, der dem Tarif des jährlich günstigsten Anbieter entspricht. Mit Sicherheit würde ein solcher Schritt auch keine Arbeitsplätze bei der EWE gefährden.

Das derzeitige Verhalten der EWE, Kunden über **Wärmeverträge** mit Wohnungsbaugesellschaften, an denen die Stadt auch noch beteiligt ist, zu binden, dürfte dem EU-Recht nach freier Netzwahl insgesamt widersprechen. Ich möchte Ihnen daher vorschlagen, mit Vertreter(inne)n der Stadt Oldenburg, den betroffenen Wohnungsbaugesellschaften und den Verantwortlichen bei der EWE Verhandlungen herbeizuführen, um einen eventuellen Sondervertrag für alle Menschen, die auf Wohngeld angewiesen sind, auszuhandeln.

Mit gutem Willen aller Beteiligten müsste so etwas doch möglich sein. Vielleicht könnte man die eingesparten Kosten sinnvollerweise für regelmäßige jährliche Bekleidungshilfen oder auch notwendige dringende Bedarfe der Jobcenter-Kunden verwenden? Immerhin würden dann im Prinzip pro Person 200 Euro jährlich zur Verfügung stehen, und zwar aus einer Ersparnis, die man sonst einem Konzern „in den Rachen werfen“ würde. Eine schnelle Antwort hierzu würde mich wirklich sehr freuen! Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Smartphone-Spielerdaten abgreifen: Das Agentenleben ist auch nicht mehr, was es mal war *(„Spiegel-Online“)*

3,1 bis 4,9 Millionen Menschen verzichten auf Hartz IV: Mit Abschreckung durch Diskriminierung spart der Staat pro Jahr mindestens 20 Milliarden Euro *(„Tagesspiegel“)*

Ab ins Nachtprogramm: Wohin mit einer gesellschaftskritischen Sendung von bestechendem Realismus? *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

458. Bremer Montagsdemo am 03. 02. 2014

3,1 bis 4,9 Millionen Menschen verzichten auf Hartz IV

1. Der französische Präsident Hollande hat tiefgreifende „**Reformen**“ angekündigt. Wenn Politiker heutzutage dieses Wort in den Mund nehmen, wissen wir doch alle, dass damit so gut wie immer gemeint ist, den weniger betuchten Menschen Geld wegzunehmen, Fördermittel für sie zu kürzen, ihre Rechte zu mindern, Zwänge auf sie auszuweiten, die Menschen schlechter zu stellen. In Frankreich sehe der Arbeitsmarkt derzeit deutlich schlechter aus als in Deutschland, im Dezember seien in Frankreich so viele Menschen arbeitslos gewesen wie noch nie. So habe Präsident Hollande seine Zusage nicht einlösen können, dass die Zahl der Erwerbslosen bis zum Jahresende sinken würde.

Hollande setze seine Hoffnungen nun auf einen „Verantwortungspakt“ mit Frankreichs Unternehmen und baue darauf, dass diese im Gegenzug für eine Senkung der Lohnnebenkosten und weitere unternehmerfreundliche Reformen Zusagen für die Schaffung von Jobs machen werden. Haha, wer glaubt denn an so was? Seit Peter Hartz im Elysée-Palast empfangen worden sein soll, heißt es, der Namensgeber der deutschen Arbeitsmarktreformen berate offenbar auch die französische Regierung bei Arbeitsmarktreformen. Weder der ehemalige VW-Vorstand noch die französische Präsidentschaft wollten den Bericht bestätigen.

Ich kann nur hoffen, dass den Franzosen nicht ebensolche menschenverachtenden, weite Teile der Bevölkerung verarmenden und entrechtenden Gesetze drohen wie in Deutschland. Wenn auch bei der deutschen Mogelpackung zur euphemistischen „Berechnung“ der Arbeitslosenzahlen abgeschrieben wird, dann werden die Zahlen zum nächsten Jahreswechsel schon bestimmt rosiger aussehen. Gehört François Hollande nicht auch der „Sozialistischen Partei“ Frankreichs an? Wie kann es möglich sein, dass ausgerechnet von „linken“ Staatsmännern

solche Gesetze gegen das Volk beschlossen werden, vor allem gegen die „kleinen Leute“, die sie doch angeblich vertreten?

2. Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ kam schon vor einem halben Jahr zu dem Ergebnis, dass in Deutschland 3,1 bis 4,9 Millionen Menschen kein Hartz IV beantragen, obwohl sie wegen geringen Einkommens oder Vermögens Anspruch darauf hätten. Unwissenheit, Scham oder eine nur sehr geringe zu erwartende Leistungshöhe oder -dauer werden als mögliche Gründe dafür genannt, warum kein Leistungsantrag gestellt werde. Diese Zahlen sind politisch bedeutsam für die Höhe der Hartz-IV-**Regelsätze**, weil sich diese nach den Konsumausgaben der unteren 20 Prozent der Einkommensbezieher richten. Um keine Verarmungsspirale in Gang zu setzen, sind Hartz-IV-Bezieher dabei ausgenommen. Die Richter hatten damals auch festgestellt, dass die Einbeziehung von verdeckt armen Haushalten in die Referenzgruppe „die Datenbasis verfälscht“.

Wenn die so verdeckt Armen herausgerechnet würden, müssten die Regelsätze erhöht werden, weil die Konsumausgaben bei Alleinstehenden laut Institut im Schnitt um bis zu 2,4 Prozent, bei Paaren mit einem Kind um bis zu 5,5 Prozent steigen. Obwohl das Bundesarbeitsministerium die Zahl der verdeckt Armen als „beträchtlich“ bezeichnet, will es die Berechnung nicht ändern. „Linken“-Chefin Katja Kipping forderte statt Hartz IV eine bedarfsdeckende Mindestsicherung ohne Sanktionen und kommentierte, es sei angesichts der entwürdigenden Prozeduren bei den Jobcentern kein Wunder, dass Millionen auf Leistungen verzichten. Mit Abschreckung durch Diskriminierung spare der Staat pro Jahr mindestens 20 Milliarden Euro.

3. Laut einer weiteren Studie des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ leiden Hartz-IV-Bezieher deutlich häufiger als Menschen, die im Arbeitsleben stehen, an psychischen Erkrankungen. Etwa ein Drittel der Erwerbslosen sei hiervon betroffen; besonders häufig kämen **Depressionen** und Angststörungen vor. Wie wunderbar ist es dann, dass es beim Jobcenter Gruppenangebote in „psychosozialem Coaching“ gebe, zum Beispiel Entspannungstechniken zur Stressbewältigung! So würden behandlungsbedürftige Betroffene in das Gesundheitssystem „gelotst“, und es werde ihnen dabei geholfen, Termine bei Therapeuten oder in Kliniken zu bekommen. Können Erwerbslose das nicht allein tun? Ist ein solches „Angebot“ Aufgabe des Jobcenters, weil so auf „Vermittlungshemmnisse“ reagiert werden könne?

Auf jeden Fall tauchen die Probanden mit dem Stempel „psychisch krank“ nicht mehr in der Erwerbslosenstatistik auf. Während des Lesens hatte ich das Gefühl, mich in der Märchenstunde vom guten Mob-, Flop- und No-Job-Center zu befinden. Nach meiner persönlichen Erfahrung tragen diese Behörden oft durch Sanktionsandrohung, Verfolgungsbetreuung und Zwang zur Teilnahme an sinnlosen Maßnahmen, durch Entwürdigung und Erniedrigung eher dazu bei, dass Er-

werbslose unter dem Verlust von Selbstbestimmung, Menschenwürde und Selbstwirksamkeit zu leiden haben, als dass sie sich hilfreich um Erwerbslose bemühen.

4. Die „Naturfreunde Berlin“ hatten eine gute Idee: Sie haben sich „Mobilität als Menschenrecht“ auf die Fahnen geschrieben und wollen auf lange Sicht einen kostenlosen **Nahverkehr** für alle Berliner. Der Freizeitverband fordert, kurzfristig die „zunehmenden Kontrollen einzuschränken und die Kriminalisierung von Fahrgästen zu unterlassen“. Mit dieser solidarischen Aktion sollen jene Berliner mitgenommen werden können, die bisher nur durch Schwarzfahren am Nahverkehr teilnehmen konnten.

Wir dürfen nicht vergessen, dass im Hartz-IV-Regelsatz nur lumpige 19,20 Euro für den öffentlichen Nahverkehr vorgesehen sind, das „Sozialticket“ in Berlin aber 36 Euro kostet. Das ist in anderen Städten ähnlich. Bundesweit reichen die Regelsätze nicht im Ansatz für die tatsächlichen Lebenshaltungskosten aus, wie es zynischerweise ausgerechnet die „Sozialtickets“ für ALG-II-Bezieher besonders deutlich zeigen! Fahrgäste mit einer „Umweltkarte“ können nun mit einem Button am Revers zeigen, dass sie gewillt sind, einen Erwachsenen und bis zu drei Kinder kostenfrei mitzunehmen.

Möglich ist das ganztägig am Wochenende und an Feiertagen sowie Montag bis Freitag von 20 bis 6 Uhr. Die Button-Kampagne kommt auch bei der „Berliner Verkehrsgesellschaft“ überraschend gut an: Von ihr wird die Aktion als legitim erachtet und so verstanden, dass die Träger der Buttons Gutes tun wollen. Ein Beispiel, das unbedingt Schule machen sollte, weil es nur Gewinner gibt! Langfristig finde ich es aber auch unabdingbar, dass der Nahverkehr kostenlos wird.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Über ein Freihandelsabkommen mit den USA muss das Volk entscheiden!

1. Im „Weser-Kurier“ wurde am 25. Januar 2014 unter dem Titel „Verrat ist Verrat“ ein Kommentar von Daniel Killy „zur falschen Debatte um Snowden“ veröffentlicht. Ja, Edward Snowden ist für mich ein Held! Diese Verletzung der Grundrechte ist untragbar! Inzwischen hat die „Internationale Liga für Menschenrechte“ Strafanzeigen gegen Geheimdienste und Bundesregierung initiiert, wegen geheimdienstlicher **Massenüberwachung** und -ausforschung durch NSA und Konsorten. Edward Snowden hat am 25. Januar dem NDR im Interview Fragen be-

antwortet. Dabei hat er bereits in den ersten Minuten erzählt, dass Regierungsbeamte seinen Tod wünschen – sehr brutal!

Der US-Präsident hat alle wiederholt belogen! Snowden legt dies offen und erläutert die Sammelwut der NSA sowie die Verantwortlichkeiten, außerdem die länderübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Geheimdiensten. Er hat sich für die Öffentlichkeit entschieden, als er gesehen hat, dass der Leiter des Geheimdienstes unter Eid gelogen hat (Minute 6:35). Auf die Zusammenarbeit zwischen BND und NSA angesprochen, sagte er: „Die gehen zusammen ins Bett“. Der BND hat Zugriff auf ein Auswertungsprogramm und, mit frei variablen Suchbegriffen, auf alle bei der NSA gespeicherten Daten (Minute 11:11). Ob er davon Gebrauch macht, blieb offen.

Der BND ist dem Minister im Kanzleramt zugeordnet und somit in unmittelbarer Nähe der Bundeskanzlerin. Dieser Minister ist auch für alle Sonderwünsche der Kanzlerin zuständig. Damit ist die Reaktion von Herrn Pofalla verständlich: Wie soll die Bundesregierung gegen das lückenlose Überwachen protestieren, wenn sie selbst dabei mithilft und daraus Vorteile zieht? Die Facetten dieser lückenlosen Überwachung sind so vielfältig, dass nicht alles zur Sprache kommt.

Die Auswertung der Telefongespräche erfolgt nicht nur nach den Gesprächspartnern, sondern auch nach dem Inhalt. Das wird durch die Technik möglich: Jedes Gespräch wird im Original mit den Verbindungsdaten gespeichert und dann in Schriftform umgesetzt, in der Originalsprache und auf Englisch. Somit gibt es von einem Telefongespräch drei Versionen. Die englische Version durchläuft die automatische Inhaltsprüfung nach Reizwörtern wie Bombe oder Sprengstoff.

Nun haben wir viele Wörter, die mit Bomben eigentlich nichts zu tun haben, zum Beispiel „Bombenwetter“ oder „Bombenstimmung“. Die NSA hat viel zu tun, aber die Elektronik macht es möglich. Die Bundesregierung muss Klarheit schaffen und den USA klarmachen: Hier geht es ums „Eingemachte“! Welche Mittel sind angemessen? Aus meiner Sicht die Aussetzung der Baugenehmigung für das neue Überwachungscenter in Wiesbaden und die Aufhebung der Betriebsgenehmigung für die Drohnenzentrale mit Einsatzgebiet Afrika, siehe auch 449. Bremer Montagsdemo.

2. Außerdem gilt es klarzumachen, dass es ein Handelsabkommen erst gibt, wenn die Lebensmittelsicherheit der USA den Stand der EU erreicht hat. Wir erinnern uns an den verschimmelten Mais. Der durfte in Europa nicht mehr verfüttert werden und sollte als Sondermüll vernichtet werden. Dieser Mais wurde in die USA verkauft und dort verfüttert. Die USA und Kanada müssen nach den Erfahrungen mit dem Freihandelsabkommen befragt werden.

In einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ steht, warum US-Firmen die kanadische Regierung erfolgreich auf Schadenersatz verklagen konnten: Die kanadische Regierung hat Fracking verboten, in den USA ist es aber erlaubt. Das **Freihandelsabkommen** setzt ganz andere Normen zulasten der Staaten. Dieses Abkommen fördert die weitere Zentralisierung, das Wachstum der Großkonzerne. Vorteile für den Arbeitsmarkt wurden beim Abkommen der USA mit Mexiko und Kanada nicht verwirklicht. Dieser Artikel macht den Einschnitt in unsere Wirtschaft klar: Es gibt keinen Bereich des alltäglichen Lebens, der von diesem Abkommen nicht verändert werden könnte!

Über einen solchen Vertrag muss per Volksentscheid abgestimmt werden, und dazu ist die Geheimniskrämerei um die Verhandlungspositionen zu beenden. Der Bürger müssen erfahren, was da erwogen wird – nicht erst, was vereinbart wurde! Es gibt auch nicht die Automatik: „Wir haben uns bei der Betrugsaffäre geeinigt, nun unterschreiben wir den Freihandelsvertrag“. Nein, so nicht! Ohne Bereinigung der Betrugsaffäre und der Rückgewinnung von Vertrauen kann es keinen Freihandelsvertrag geben. Vertrag kommt schließlich von Vertrauen!

3. Jede Gewalt ist zu verurteilen. Die Politik in Hamburg jedoch hat ihre Polizei zu Gewalt verpflichtet. Das „Abräumen“ der ersten Reihen einer Demonstration war die „Aufforderung zum Tanz“, siehe auch 454. Bremer Montagsdemo. Es musste den Politikern und der Polizeiführung nachlesbar klar sein, dass dies erhebliche **Krawalle** zur Folge haben wird. Die „Georg-Elser-Initiative Bremen“ hat 2007 eine Veranstaltung „Gewalt auf Demonstrationen“ als Nachlese zur Anti-Nazi-Demo in Bremen durchgeführt. Teilnehmer war auch ein Ex-Innenminister aus Hamburg.

Dabei wurde klar, dass die Gewalt der Demonstranten abrufbar und steuerbar ist. Hamburg hat nun auch noch eine teilweise falsche Presseerklärung herausgegeben: Die Gewalt vor der Davidswache war erfunden, die Verletzungen eines Polizisten etwas weiter entfernt leider nicht. Die Menschen in einer Seitenstraße an der Davidswache haben die Polizisten nicht angegriffen, dafür haben sich Augenzeugen gemeldet. Die Polizei hat inzwischen eingeräumt, dass diese Presseerklärung falsch war. Warum? Es war ein „Versehen in der Hektik“!

4. Am **Donnerstag**, dem **6. Februar 2014**, beginnt um **15 Uhr** die Sitzung der **Sozialdeputation** für Stadt und Land in **Raum II** der **Bürgerschaft**. In der neuen Anweisung an die Verwaltung für die Grundsicherungsberechtigen steht diesmal klarer, dass ein Elternteil oder Kind nur dann regresspflichtig ist, wenn es 100.000 Euro oder mehr zu versteuerndes Jahreseinkommen erzielt. In der Sitzung geht es auch um die Behandlung der Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Bremen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Ich fühlte mich verfolgt“: Steuerhinterzieherin Alice Schwarzer kauft sich mit Zehnjahres-Nachzahlung für ein seit 30 Jahren bestehendes Schweizer Konto von Strafe frei *(„Tageszeitung“)*

Statt Ausweitung der Auslandseinsätze: Abzug aller deutschen Truppen!

Bundespräsident Joachim Gauck hat die „50. Münchener Sicherheitskonferenz“ zu einer Propagandaoffensive für mehr Bundeswehreinsätze im Ausland genutzt. In seiner „Grundsatzrede“ jammerte er über die „Gefahren“, denen Deutschland als „überdurchschnittlich globalisiertes“ Land ausgesetzt sei. Es sei deshalb besonders „anfällig für Störungen im System“. Deutlich ist daraus die Angst der Herrschenden zu hören, dass Deutschland angesichts sich sprunghaft verändernder Kräfteverhältnisse und einer wachsenden Rivalität zwischen den imperialistischen Hauptmächten USA, Japan, EU, Russland und China zu kurz kommen könnte.

Natürlich durfte in der Rede das schon penetrante Lob auf die „stabile Demokratie“ in Deutschland nicht fehlen, die ach so „frei und friedliebend, wohlhabend und offen“ sei. Davon spüren die Menschen in diesem Land wenig, die von wachsender Ausbeutung, Arbeitsplatzvernichtung, Niedriglöhnen, Hartz IV, Armut, psychischen Erkrankungen, traumatischen Erfahrungen bei Bundeswehreinsätzen, Bespitzelung durch Geheimdienste oder antikommunistischer Unterdrückung betroffen sind. Es ist die „Freiheit“ der internationalen Konzerne und Banken, die Gauck eigentlich meint.

Bundesregierung und Bundespräsident wollen die Bevölkerung an eine Ausdehnung von Bundeswehreinsätzen in aller Welt gewöhnen. Das wird wie immer hinter einer humanitären Maske versteckt: Angeblich geht es nur um die „Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit“. Damit wurden alle Auslandseinsätze der letzten Jahre gerechtfertigt, ohne dass dieses vorgebliche Ziel jemals erreicht worden wäre.

Der nächste Bundeswehreinsatz in Afrika ist bereits beschlossene Sache. Schon seit über zwei Jahren sind in Mali und der Zentralafrikanischen Republik Hunderttausende Menschen auf der Flucht vor dem Hungertod. Wo blieb da die Hilfe? In Wirklichkeit geht es um die Kontrolle und Ausbeutung der Rohstoffe, denn dort liegen die weltgrößten Reserven an Bauxit – dem Erz, aus dem Aluminium

gewonnen wird. Außerdem gibt es Erdöl und -gas, Phosphat, Uran, Kupfer und Diamanten.

Um das beschädigte Ansehen der Bundeswehr aufzupolieren, wird sie von der neuen Regierung mit einer Frau als Verteidigungsministerin hübsch verpackt. Von der Leyen glänzt als erstes mit ihrer angeblichen Sorge um die Soldaten und ihre Familien. So will sie die Bundeswehr „zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland“ machen. Dazu gehöre unter anderem die „bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ durch Kinderbetreuung in den Kasernen, „Verbesserung bei Versetzungen“ und eine „verlässlichere Karriereplanung“. Die Bundeswehr als ganz normaler Familienbetrieb, der Frieden und eitel Sonnenschein über die Menschheit bringt?

Das Hauptproblem einer geplanten verstärkten Militarisierung ist der Friedenswunsch in der Bevölkerung. 61 Prozent der Bundesbürger lehnen einen Ausbau der Bundeswehr-Auslandseinsätze ab. Das ergab der aktuelle „Deutschlandtrend“, eine Umfrage von „Infratest Dimap“. Weniger als jeder Dritte (30 Prozent) befürwortet das Vorhaben von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. In München demonstrierten Tausende Menschen gegen die Sicherheitskonferenz unter dem Motto „Kein Frieden mit der Nato“. Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland!

Harald Braun

Mein Wort zum Sonntag: Tod und Elend erreicht man mit Kriegen! Mit *Freiheit* hat das nichts zu tun – schon eher mit der Dummheit weniger, die bestimmen, sich auf so etwas einzulassen. „Nie wieder Krieg, auch nicht in Afrika!“: Müsste *das* nicht die Forderung eines Pfarrers und Bundespräsidenten sein? *(Hans-Dieter Wege)*

Die nächste **Montagsdemo** beginnt am **10. Februar 2014** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Im Anschluss soll ab etwa **19:15 Uhr** eine **Nachbesprechung** im **Seemannsheim** stattfinden, unter anderem über das neue **Flugblatt**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

459. Bremer Montagsdemo am 10. 02. 2014

Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eine Unterwerfungserklärung der EU

1. Die Debatte um den **Abhörskandal** wird für die Bundesregierung immer peinlicher. Sie wirkt auch sehr unglaubwürdig: Der BND und die NSA „gemeinsam im Bett“, das Werkzeug zur absoluten Datenauswertung in den Händen des BND mit Zugriff auf alle Daten der NSA! Und die Bundesregierung fragt noch immer nach dem Umfang des Skandals. Warum nicht einfach das Werkzeug aktivieren und im Datenbestand nachlesen? Wer hat da Angst vor den Worten der Vergangenheit? Die Bundesregierung will einfach nicht Mittäter sein. Aber die Aufklärung dieses dauerhaften Verbrechens wird auch gegen den Willen der Bundesregierung erfolgen!

Bezeichnend ist für mich ein Gesetz, das festlegt: „Alle Verbindungen über den Knoten Frankfurt sind Auslandsverbindungen“. Warum? Der BND darf keine Inlandsverbindungen abhören. Das ist somit eine wirklich einfache Lösung: Alle sind Ausländer, und du darfst es. Die Bundesregierung sollte einfach alle Gesetze und Vereinbarungen rund um dieses Dauerverbrechen offenlegen! Die Bundesregierung muss glaubhaft klarmachen: USA, so nicht! Möglichkeiten gibt es genug. Der Handelsvertrag mit den USA gehört dazu!

2. Das **Freihandelsabkommen** mit den USA ist nach den bisherigen Veröffentlichungen eine Unterwerfungserklärung der EU gegenüber den Vereinigten Staaten. Diese Unterwerfung will die Regierung, getrieben von den großen Konzernen! Die Amerikaner als solche würden ebenfalls unter dieser Machterweiterung der Konzerne leiden.

Die „Monde diplomatique“ schreibt: „In den USA reagieren die Wähler, die Präsident Obama sein Versprechen eines „glaubhaften Wandels“ abgenommen haben, teils depressiv, teils wütend. Denn was er ihnen als Regelwerk für die

Weltwirtschaft auf der Höhe des 21. Jahrhunderts verkaufen will, läuft darauf hinaus, dass die von den sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts durchgesetzten Fortschritte großenteils wieder rückgängig gemacht werden."

Die hier genannten Argumente stimmen mit einem Artikel der „Süddeutschen" überein. Lest bitte beide Artikel, denn es ist unglaublich und nicht akzeptabel! Unsere Reaktion: Seht euch genau an, wer für Europa zu wählen ist! Das neue EU-Parlament muss sich einmischen. Die jetzigen Verhandlungen laufen außerhalb der Parlamente, ohne Mitbestimmung! Das Durchregieren der EU ist harmlos gegen das, was mit dem Freihandessabkommen möglich sein wird. Diese Vertragsverhandlungen sind bereits einmal erfolglos beendet worden. Umso schwerer wiegt, dass erneut die Unterwerfung einfordert werden soll. Erzählt es weiter!

3. Für die **Lebensmittelsicherheit** war das Geschehen um den verschimmelten Futtermais bezeichnend. Die Problematik der genveränderten Lebensmittel lässt sich am laufenden Zulassungsverfahren für Genmais erahnen. Mit dem Freihandelsabkommen im Rücken kann das beantragende Unternehmen die Zulassung erzwingen, wenn sie bereits in einem Staat erfolgte. Außerdem sind Entschädigungen für entgangenen Gewinn während der Verfahrensdauer zu zahlen. Für Streitigkeiten ist ein Sondergericht außerhalb der jetzigen Gerichtsbarkeiten anrufbar.

Ziel ist die Angleichung aller Normen innerhalb der Freihandelszone. Der Sieg der internationalen Konzerne über die Staaten und damit über die Bürger ist zu verhindern: Einfach nicht unterschreiben und jeweils die Verhandlungen unterbrechen, wenn der Entwurf nicht akzeptabel ist. Die Angleichung einer Norm kann insbesondere von jedem Unternehmen gefordert werden, immer verbunden mit einer Forderung auf Schadenersatz. Welcher Staat kann sich dem entziehen? Nach Unterzeichnung keiner! Dass der Freihandelsvertrag gekündigt werden kann, ist nicht vorgesehen. Geändert werden kann er nur, wenn alle Vertragsstaaten dem zustimmen.

Die bisherigen EU-Politiker sind kapitallastig und unternehmerfreundlich. Bereits die (noch fiktiven) Regierungen der Metropolregionen sehen die Berufung von Unternehmensvertretern verpflichtend vor, ohne Beteiligung der Wähler. Die EU muss auch dies ändern, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen!

4. Ex-Gesundheitsminister Daniel Bahr geht in die USA. Er soll die Einführung einer gesetzlichen **Krankenversicherung** beratend begleiten. Bei Herrn Bahr als Bundesminister für Gesundheit hatte ich immer das Gefühl, dass er die gesetzliche solidarische Krankenversicherung abschaffen will, denn Herr Bahr wollte die private Krankenversicherung, gewinnbringend für Versicherungsunternehmen, entsprechend der Vorgaben des Lissabonner Vertrags.

Herr Bahr hat eine Förderung der privaten Vorsorge für die Pflege eingeführt. Der vorgegebene Versicherungsvertrag ist so nachteilig für die Versicherten, dass die Verbraucherzentrale von dem Abschluss eines solchen Ver-

trags abgeraten hat. Der Verzicht auf das geschenkte Geld wird durch kundenfreundlichen Bedingungen mehr als ausgeglichen, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

5. Weiteres in Kürze: Wir benötigen Fachkräfte, möglichst eingewanderte. Auch die Bremische Bürgerschaft hat ein Gesetz über die Anerkennung der beruflichen Qualifikationen beschlossen. Für Architekten und Ingenieure wurde noch keine Regelung getroffen. In *zwei Jahren* wird erneut darüber beraten! *So* wichtig kann es dann wohl nicht sein. –

Dass die Zuwanderer aus der EU von staatlicher **Unterstützung** ausgenommen sind, entspricht nicht immer dem EU-Recht. Deshalb hat das Sozialgericht Dortmund einer spanischen Familie Hartz IV zugesprochen – vorläufig, wie bei allen Entscheidungen im Eilverfahren. Für das Gericht bestehen jedoch „erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit des Leistungsausschlusses für EU-Bürger mit dem Gemeinschaftsrecht der EU“. –

Die Prozesskostenhilfe wurde nicht gestrichen, es gibt aber negative Veränderungen. Zum Beispiel muss, wer Prozesskostenhilfe erhält, vier Jahre jede Veränderung seiner Angaben der Bewilligungsstelle mitteilen. Dazu gehört auch eine Anschriftenänderung. Wird eine Änderung nicht umgehend mitgeteilt, kann die Prozesskostenhilfe nachträglich entzogen oder reduziert werden.

6. In Bosnien ist der Protest gegen die Armut eskaliert. Die Arbeitslosenstatistik weist eine Arbeitslosenquote von 27 Prozent aus. Tatsächlich sind jedoch circa 44 Prozent der arbeitsfähigen Menschen ohne Arbeit! Da in der Arbeitslosenstatistik nur mitgezählt wird, wer erwerbslos ist und Anspruch auf Transferleistungen hat, sind somit 17 Prozent ohne jegliches Einkommen! Das ZDF zeigt diese **Eskalation** in Bildern. –

An Saudi-Arabien haben wir Schnellboote verkauft. Wie viele Ölplattformen betreibt Saudi Arabien? Reichen 300 Boote? Sigmar Gabriel hat den Verkauf der Boote zum Schutz der Ölplattformen genehmigt und ausführlich auf die eingeschränkte Verwendungsmöglichkeit hingewiesen. Die „Deutsche Welle“ meldet dagegen: „Saudi- Arabien rüstet mit deutscher Hilfe massiv seine Grenzen auf.“ Boote können anders als Panzer nicht gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Doch die Leopard-Panzer in der „Demoversion“ wurden bereits genehmigt und verkauft.

7. Die **Schuldenbremse** soll nun doch in die Verfassung der Freien Hansestadt Bremen aufgenommen werden. Am Freitag tagt der parlamentarische Fachausschuss. Diese Woche hat Horst Seehofer seine Forderung zur Änderung des Länderfinanzausgleichs bekräftigt: Bayern will einfach weniger zahlen. 2018 soll der Länderfinanzausgleich neu geregelt sein, 2020 die Schuldenbremse greifen. Der Sparkommissar wird es richten, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

In Bremen wird kaputtgespart. Nicht nur die Bildung liegt daneben. Aber es gibt auch Überfluss im Lande: Eine weitere Stellvertreterin des Bundestagspräsidenten war schnell ernannt. Inzwischen sollen über 40 neue Staatssekretäre und andere Führungskräfte ernannt werden. Und die Kosten? Für einfache Lehrer ist kein Geld da. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wunder gibt es immer wieder?

Seit drei Monaten wartete ein junger Mann, der seinen Dienst im Freiwilligen Sozialen Jahr in Vollzeit verrichtet, auf die zweite Entscheidung mit einem Antrag auf Einstweilige Anordnung im Eilverfahren, mit dem er gleichzeitig die sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht beantragte, für den Fall, dass das Sozialgericht aufgrund der geltenden Hartz-Gesetzgebung seinen Antrag nicht positiv entscheiden könnte.

Nun bekam der junge Mann wiederum einen negativen Bescheid, und sein Antrag wurde auch nicht dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt. Allerdings kann er hiergegen Beschwerde beim Landessozialgericht einreichen.

Dass der Richter meint, man müsse diesen jungen Mann, der 40 bis 56 Stunden in der Woche im Schichtwechsel und auch an Wochenenden seinen Dienst verrichtet, mit Erwerbslosen vergleichen, obwohl er eine eigene Krankenversicherung hat, in der Arbeitslosenversicherung versichert wurde und über seinen Dienst wohl auch Rentenanwartschaftszeiten erreicht, sollte er einmal nachvollziehbar erklären.

Dass sich die Bedarfe für Erwerbslose auch aus den Bedarfen von Menschen ableiten, die mit ihren Erwerbseinkommen nur knapp über den Hartz-Regelsätzen liegen, dürfte momentan nach dem Verfassungsgerichtsurteil vom 9.Februar 2010 richtig sein. Das muss aber nicht gleichbedeutend damit sein, dass die Berechnung der Vorgängerregierung hierzu auch den Vorgaben der Verfassung entspricht.

Für einen ganz dicken Verfassungsfehler hinsichtlich der Gleichbehandlung sorgt nämlich allein schon das Steuerrecht. Wie kann es denn sein, dass sich die Bedarfe als verfassungskonform bezeichnen dürfen, wenn doch jeder erwerbsfähige volljährige Mensch gemäß dem Steuerrecht über das gleiche Existenzminimum verfügen muss, hier 391 Euro im Monat, wenn man es dann für volljährige

Personen im Hartz-IV-Bezug auf 80 Prozent reduziert, nur weil sie angeblich eine Bedarfsgemeinschaft bilden?

Dies wäre erst mal nur ein Grund zum Weitermachen für den Kläger; er wird auch beim Landessozialgericht eine Beschwerde mit Eilklage einreichen und die sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht beantragen, weil er seine körperliche Unversehrtheit und die Gleichbehandlung in verfassungswidriger Weise beschnitten sieht. Hinzu kommen noch einige andere Gründe.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Tanzt mit gegen Gewalt an Frauen und Mädchen und für Wertschätzung, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit am **14. Februar 2014** zwischen **16** und **17 Uhr** auf dem Bremer **Marktplatz**!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

460. Bremer Montagsdemo am 17. 02. 2014

Mit Hartz IV die Kosten der Arbeitslosigkeit in zehn Jahren halbiert

1. Schön, wenn auch Hamburgs Sozialverbandschef Klaus Wicher nun erkennt, dass Instrumente wie Ein-Euro-Jobs oder Vermittlungszuschüsse nahezu wirkungslos sind. Woher will Herr Wicher aber wissen, dass viele der Langzeitarbeitslosen ohne Schulabschluss und älter als 50 Jahre seien und rund 70 Prozent keine Berufsausbildung hätten? Denn für diese Klientel fordert er einen neuen „sozialen Arbeitsmarkt“, der Langzeitarbeitslose endlich auch mal erfolgreich integrieren solle.

Dazu müssten in einem ersten Schritt sowohl in Betrieben als auch im öffentlichen Dienst und in gemeinnützigen Einrichtungen Tausend speziell auf diesen Personenkreis zugeschnittene Stellen geschaffen werden. Die Erwerbslosen würden zusätzlich intensiv vorbereitet und anschließend von externen Fachleuten begleitet. Allerdings müsse unter anderem der Paragraf 16 des Sozialgesetzbuches II geändert werden, weil es beispielsweise illusorisch sei, Langzeitarbeitslose in nur zwei Jahren integrieren zu können. Auch sei die Vorgabe eine Fiktion, dass alle direkt in einen Betrieb auf den ersten Arbeitsmarkt kommen müssen.

Ah, von dorther weht der Wind! Hier wird uns wieder einmal alter Wein in neuen Schläuchen vorgesetzt. Auf den einzelnen abgestimmte Maßnahme wird es also genannt, wenn erneut Arbeitnehmerrechte abgebaut und Bereicherungsmöglichkeiten für Maßnahmeträger erhöht werden. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, welche tatsächlichen Chancen und welch ein Lohn, der den Namen auch verdient, sich für Langzeitarbeitlose so entwickeln können sollten.

Vor ein paar Tagen blies in Bremen „Vadib“-Geschäftsführer Uwe Mühlmeyer ins gleiche Horn. Ich empfinde seine Äußerung, sinnvolle Beschäftigung habe etwas mit Menschenwürde zu tun und helfe nachweislich gegen depressive Erkrankungen, einfach nur als zynisch, wenn es offenbar ausschließlich darum geht, alle

Menschen irgendwie in Arbeit zu bringen, und nicht darum, dass sie durch ein anständiges Gehalt unabhängig von Transferleistungen wieder an der Gesellschaft teilhaben können!

Bereits vor einem Jahr haben SPD und Grüne ein neues Beschäftigungsmodell für Langzeitarbeitslose vorgeschlagen, in dem wichtige Fragen wie Lohnhöhe und Freiwilligkeit nicht geregelt sind. Dabei orientierten sie sich offensichtlich an einem im Herbst 2012 vom „Paritätischen Wohlfahrtsverband“ und dem FDP-Abgeordneten Pascal Kober vorgeschlagenen **Beschäftigungsmodell** für Langzeitarbeitslose, einem „echten sozialen Arbeitsmarkt“.

Wenn ganz freiwillig, existenzsichernd bezahlt und möglichst langfristig Langzeitarbeitslosen am ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung verschafft werde, entstehe laut Professor Stefan Sell eine „multiple Win-win-Situation“, bei der für die Betroffenen ein normales, nicht stigmatisierendes Beschäftigungsverhältnis herausspringe. Hingegen sollten für die Vermittlung in Jobs die Kriterien der Zusätzlichkeit zum ersten Arbeitsmarkt und der Gemeinnützigkeit wegfallen, die als Voraussetzungen die bisherige Förderpolitik von ABM bis zu Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit geprägt haben, aber in der Praxis nur schwer einzuhalten waren.

Für Behörden, Gutachter, Verbände und Arbeitgeber mag das eine „Win-Win-Situation“ ergeben, kaum jedoch für den Erwerbslosen, der davon mehr profitieren sollte, als nur keine sinnlosen Bewerbungen mehr schreiben und entwürdigende Vorladungen befolgen zu müssen. Ich finde nicht, dass „zusätzliche“ Stellen auf den ersten Arbeitsmarkt notwendig sind, sondern vielmehr die Wiederbeschaffung der ursprünglichen Stellen erforderlich ist, deren Bezahlung noch nicht runtergedrückt wurde! Sonst gibt es wieder nur alten Wein in neuen Schläuchen, in Prinzip dieselben rechtlosen Ein-Euro-Jobs, nur ohne Einschränkung der Ausnutzbarkeit der Probanden und der Tätigkeiten, außerdem quasi unbefristet und in aller Hoffnungslosigkeit zu ertragen.

2. Weniger durch einen vermeintlichen Aufschwung als vielmehr durch die entrechtenden Hartz-Gesetze kann es sich der Staat leisten, für Arbeitslose nur noch halb so viel wie vor zehn Jahren auszugeben. Die Verarmungsmaschinerie ist voll in Gang gesetzt worden. Aber es geht den Menschen nicht besser, wenn sie durch einen Minijob zwar aus der Arbeitslosenstatistik verschwunden sind, sich durch Aufstocken aber immer noch der Verfolgungsbetreuung durch die Jobcenter ausliefern müssen.

Die Armutsquote ist in Bremen nicht nur so hoch wie in keinem anderen Bundesland, sondern die Anzahl armer und armutsgefährdeter Bremer ist nach dem Armutsbericht 2013 des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ sogar noch weiter gestiegen. Seit fünf Jahren unterstützt das Projekt „Ein Zuhause für Kinder“ der Evangelischen Sankt-Matthäus-Gemeinde Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien mit Freizeitangeboten, kostenloser Hausaufgabenbetreuung, Zuschüssen fürs Schulessen oder verschiedenen Beratungsangeboten für Eltern.

Bernd Siggelkow, Gründer des christlichen Kinderprojekts „Arche“ in Berlin, besuchte die Bremer Einrichtung anlässlich der Feier zum fünfjährigen Bestehen und betonte die Wichtigkeit gezielter **Armutsbekämpfung**. Siggelkow erklärte, dass viele „durchs Raster“ fielen, solange die Bildung der Kinder vom Portemonnaie der Eltern abhänge. Auch René Böhme, Sozialwissenschaftler der Universität Bremen, sieht die Armutsbekämpfung als langfristige Aufgabe. Ziel müsse sein, Kinder in ihrer Schulzeit so gut zu fördern, dass sie später studieren oder eine Berufsausbildung antreten könnten.

Nach Ansicht von Siggelkow werden neben ehrenamtlichen Unterstützern und Spendern auch Politiker gebraucht, die das Problem mit offenen Augen angehen, um die Gesamtsituation in Bremen und in ganz Deutschland langfristig zu verbessern. Aber die Hartz-Gesetze sind explizit geschaffen worden, um eine Verarmung und Entrechtung in der Bevölkerung durchzusetzen und um die Gewinne der Unternehmer noch weiter zu steigern!

Es war doch das erklärte Ziel des Altbundeskanzlers Schröder, den Niedriglohnsektor auszuweiten. Der Versuch, Kinderarmut von Elternarmut zu trennen, ist zum Scheitern verurteilt, weil zu jedem armen Kind arme Eltern gehören. Die Idee, in betroffenen Familien nur die Kinder zu fördern, rührt aus Misstrauen gegenüber den Eltern her, weil der Staat den finanziell armen Eltern pauschal unterstellt, nicht verantwortungsvoll mit ihrem Geld umgehen zu können. Es ist falsch, Kinderarmut zu bekämpfen, indem man arme Eltern benachteiligt!

Übrigens hat ein Siebenjähriger aus Zeitz in Sachsen-Anhalt zur Überraschung seiner Pflegeeltern eine Mahnung vom Jobcenter bekommen: Er soll eine Rechnung in Höhe von 1.218,77 Euro nicht beglichen haben. Der offene Betrag ging auf das Jahr 2007 zurück, als der Junge gerade erst geboren war und noch bei seiner leiblichen Mutter lebte. Jobcenter-Chef Berndt Lampe zufolge handelt es sich um eine „technische Panne“.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Kämpfende Hartz-IV-Empfänger müssen gewinnen!

1. „An das Landessozialgericht! Sehr geehrte Damen und Herren, gegen ablehnenden Beschluss des Sozialgerichtes lege ich hiermit Beschwerde ein, da in meinen Augen dem Recht nicht rechtsgemäß entsprochen wurde und meine verfassungsmäßigen Rechte beschnitten werden da die Verfassungsmäßigkeit in Teilen in meinen Augen missachtet wird.

Bereits auf der Seite 2 kann ich als Betroffener dem Gericht nicht ganz folgen, wenn der beschlussfassende Richter vom Sozialgericht jetzt behauptet, ich

hätte vor dem Sozialgericht einer anderen Stadt Antrag auf Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes gestellt. Diese Angabe ist offensichtlich falsch. Diesbezüglich muss ich meine Vermutung offenlegen, dass hier ein Beschluss erteilt wurde, zudem vielleicht die Gründe eines anderen Antragstellers mit herangezogen wurden.

Auch die Zurückweisung meines Widerspruches mit der Begründung, ich sei im Rechtssinne nicht erwerbstätig, ist offensichtlich falsch. Der Beweis steht im Artikel „Bundesfreiwilligendienst und Freiwilliges Soziales Jahr verbessern Anspruch auf Arbeitslosengeld“ auf der Internetseite „Bundes-Freiwilligendienst“. Nach dem angeführten Text kommt es zu einer steuerlichen Ungleichbehandlung, da ich als einkommensteuerpflichtiger freiwillig Dienender im Sozialen Jahr eindeutig einer Erwerbstätigkeit in Vollzeit nachgehe, die der Sozialversicherungspflicht unterliegt.

Hier beträgt das soziokulturelle Existenzminimum 391 Euro im Monat und nicht die vom Jobcenter errechneten 304 Euro. Auch muss man hierfür den Umkehrschluss anwenden, was in meinen Augen bedeutet, wenn ich nach meinem Freiwilligen Jahr einen Anspruch auf 58 Prozent Arbeitslosengeld I habe, so muss man davon ausgehend auch ein fiktiv angenommenes Gehalt von 100 Prozent als Lohn für das Freiwillige Soziale Jahr ansetzen, der sich aus der Tätigkeit in der Pflege ergibt.

Dies würde gleichzeitig bedeuten, dass ich eigentlich auch gar nicht auf das SGB II angewiesen bin, sondern dass über dieses Gesetz nur in ergänzender Art und Weise ein fiktives Gehalt aufgefüllt wird. Schon deshalb kann ich nicht der Bedarfsgemeinschaft meiner Mutter angerechnet werden, da ich ja mit eigenem Gehalt jederzeit zu Hause ausziehen könnte.

Zumindest darf das Jobcenter nicht hier heraus eine Schlechterstellung gegenüber anderen Freiwilligen oder Erwerbstätigen vornehmen. Auch wird von mir bestritten, dass es sich bei Arbeitnehmern in der Pflege um Personen der Einkommensgruppe handelt, aus der die Regierung die Bedarfe der Menschen mit niedrigen Einkommen ermittelt. Hier handelt es sich eindeutig um einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz gemäß des Deutschen Grundgesetzes.

Dass meine Gesundheit und gegebenenfalls auch die der Patienten der Herzklinik, in der ich meinen Dienst verrichte, gefährdet wird, ergibt sich aus der völlig unzureichenden Anerkennung des Jobcenter für eine gesunde und ausreichende Ernährung, wie sie zum Beispiel vom Träger des Sozialen Dienstes richtig errechnet wurde. Dass durch unzureichende gesunde Ernährung das Immunsystem eines Menschen geschwächt wird, dürfte dem Landessozialgericht bekannt sein. Aus diesen Gründen verzichte ich, hierzu einen Beweis zu erbringen.

Hier sehe ich ebenfalls einen Verstoß hinsichtlich meiner körperlichen Unversehrtheit aus dem Grundgesetz. Alle meine weiteren Gründe für die volle Zahlung des Verpflegungsgeldes und der Zuerkennung einer eigenen Bedarfsgemeinschaft, die ich bereits in meinem Widerspruch an das Jobcenter und in meinem Antrag an das Sozialgericht geltend gemacht habe, halte ich aufrecht und

beantrage auch weiterhin die rechts- und verfassungsgemäße Zahlung sowie die Nachzahlung.

Vorsichtshalber teile ich dem Landessozialgericht noch mit, dass ich vor der Beschlussfassung nicht vom Sozialgericht und dem entscheidenden Richter darüber informiert wurde, dass er ohne mündliche Erörterung entscheiden wolle. Ich bitte nun das Landessozialgericht, endlich schnell in dieser Sache zu entscheiden oder meinen Antrag auf einstweilige Anordnung für den Fall, dass es ihm nicht stattgeben kann, direkt dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorzulegen. Mit freundlichen Grüßen.“ (Der Kläger)

2. Heute bekam ich in obiger Sache des jungen Mannes, der seinen Freiwilligen Dienst im Sozialen Jahr ableistet und sich hierzu in einer 40- bis 56-Stunden-Woche in Wechselschicht mit einer zugestandenen Mangelernährung zwischen 100 und 120 Euro im Monat über Wasser halten soll, Post vom Bundesminister für Justiz. Zumindest handelte es sich um einen wirklich sehr freundlich gehaltenen Brief, und da das Ministerium in der Sache nicht zuständig ist, wurde mein Schreiben an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales weitergeleitet.

Ich persönlich hoffe, dass die Arbeitministerin eine Anweisung oder Anordnung erlassen wird, die die zweckgerichteten Zahlungen für Verpflegung für Menschen im Freiwilligen Sozialen Dienst künftig gänzlich freistellt, sodass diese Zahlungen nicht mehr auf die Hartz- Regelsätze angerechnet werden dürfen, um teilweise irgendwelche anderen Bedarfe abzudecken, die nicht für die Ernährung bestimmt sind. Nur so kann man in meinen Augen zumindest in diesen Fällen dem Grundgesetz entsprechen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Der Steuerbetrug hat eine Größe erreicht, die unsere demokratische Grundordnung gefährdet

1. Steuerhinterziehung wird immer mehr zum **Steuerbetrug**, doch die Verschärfung des Begriffs ist nur ein kleiner Schritt. Günther Jauch hatte den amtierenden Finanzminister Schäuble und Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen zu Gast. Sie hatte gegen Klaus Zumwinkel ermittelt. Herr Schäuble sagte, er erhalte keine In-

formation über Steuersünder, auch nicht über prominente: „Das machen die zuständigen Beamten gut, ich habe auch kein Interesse an diesen Informationen“ (25. Minute).

Frau Lichtinghagen hat andere Erfahrungen gemacht. Sie schilderte, dass sie als Staatsanwältin die Vorgesetzten einschließlich der Landesminister frühzeitig im Detail informieren musste. Dies ist per Dienstanweisung vorgeschrieben. Die Folge war, dass ihr Telefon nicht mehr stillstand. Unter diesem Gesichtspunkt ist vieles erneut zu bewerten. Die unbehandelte Selbstanzeige von Flick wurde eventuell weisungsgebunden „überlagert“ und im Finanzamt nicht bearbeitet. Ob Kaltstellung von Steuerfahndern oder Nichtnutzung von Ergebnissen der Zollkontrolle an der Schweizer Grenze: Alles wird auf politische Weisung gemacht oder unterlassen.

Der Steuerbetrug hat eine Größe erreicht, die unsere demokratische Grundordnung gefährdet. „Arte“ hat 2013 einen umfassenden und erschreckenden Beitrag dazu gebracht: „Zeitbombe Steuerflucht“. Geändert hat sich seither eigentlich nichts, bloß gute Worte von der SPD hat es gegeben. Herr Schäuble sieht die Entstehung der Schwarzgeldkonten trotzdem in der Vergangenheit, begründet dies aber nicht und sieht keinen Handlungsbedarf, auch nicht bei der Verjährung.

Akten müssten auch einmal geschlossen werden, sagte er zur Begründung. Das ist aus meiner Sicht falsch: Akten müssen erst einmal eröffnet werden! Auch aus den aktuellen Steuerbetrugsfällen ist ersichtlich, dass eine Aufhebung der Verjährung sehr ratsam ist: Weitere Milliardeneinnahmen werden jetzt vermieden. Herr Schäuble hält alle legalen Steuervermeidungsmaßnahmen für zulässig, siehe 440. Bremer Montagsdemonstration.

Im ARD-Beitrag „Steuerfrei – wie Konzerne Europas Kassen plündern“ gesteht er den Unternehmen zu, alle legalen Möglichkeiten der Steuerminderung zu nutzen. Dieser Bericht geht von einem Steuerausfall durch Steuerbetrug und -vermeidung von 1.000 Milliarden Euro jährlich in Europa aus. Er ist ein weiteres Argument gegen die Schuldenbremse und für die Wahl starker Persönlichkeiten ins neue EU-Parlament.

2. Peer Steinbrück hat im Wahlkampf angekündigt, Steuervermeidung zu verhindern: Es dürfe nicht alles gemacht werden, was erlaubt ist. Dann ist er „normal“ im Bundestag gelandet, und die anderen haben die Wahlkampfanliegen scheinbar beiseitegelegt. Die **Schuldenbremse** ermöglicht eine weitere Schwächung der öffentlichen Hand: Ihr ist spätestens 2020 die weitere Verschuldung untersagt. Die Beauftragung privater Investoren etwa zum Bau einer Strafanstalt und die Ausfertigung entsprechender Mietverträge sind bereits heute ein teurer Weg aus der Neuverschuldung.

Unternehmen haben vor Jahren den gleichen Weg zur Vermeidung von Überschuldung eingeschlagen. Der Gesetzgeber hat die Unternehmen gezwungen, entsprechende Miet- und Leasingverträge in der Bilanz auszuweisen. Damit ist ihnen dieser Ausweg versperrt. Diese Regelung muss auch für die öffentliche Hand eingeführt werden, um deren weitere Ausplünderung einzuschränken! Über den Umfang dieser Entwicklung hat der NDR unter dem Titel „Der geplünderte Staat“ berichtet.

In diesem Beitrag erfahren wir viel über Herrn Steinbrück und seine Unterstützung für „öffentlich-private Partnerschaften“, bei denen der Staat, wie der NDR zur Einleitung schreibt, „private Unternehmen mit Arbeiten beauftragt. Kritiker und Experten beklagen immer wieder, dass die staatlichen Stellen mit solchen Projekten Milliardenausgaben verschleiern und so die beschlossene Schuldenbremse umgehen. Parlamentarier sind empört, dass sie wegen der Geheimhaltung dieser Verträge keinerlei Kontrollmöglichkeiten haben.“

Sorgsamer Umgang mit Steuergeld sieht anders aus, Herr Steinbrück! Dieser Beitrag ist ein weiteres Argument gegen die Schuldenbremse. Steinbrück wurde auch in der Reportage „Steuerfrei – wie Konzerne Europas Kassen plündern“ zu seiner Steuersenkung befragt.

3. Im Vergleich wird deutlich, wie gering das Einkommen vieler Menschen ist. Der Nebenjob, meist eine geringfügige Beschäftigung, ist daher stark gefragt. Beim **Mindestlohn** sollen nun erneut Hintertüren geöffnet werden, diesmal für Zeitungsausträger. Bisher wird nach Stücklohn gezahlt. Dieser berücksichtigt die besonderen Rahmenbedingungen, aber 8,50 Euro werden dabei scheinbar nicht erreicht.

Nun soll bei Zeitungsträgern der Mindestlohn nicht gelten, weil es den Zeitungsunternehmen schlecht gehe und die Austräger von ihrem Lohn nicht leben müssten. Dieser sei nur ein Zubrot. Außerdem arbeiteten die Zeitungsträger sehr unterschiedlich: Die eine beeile sich, der andere lasse es „langsam angehen“. Daher sei die Umrechnung auf einen Stundenlohn nicht möglich.

Eine Umrechnung von Arbeitsschritten auf den Stundenlohn ist keine neue Erfindung. Insbesondere für Heimarbeiter(innen) ist die Umrechnung von Stückentgelten in Stundenlöhne gut geregelt. Außerdem gab es vor dem Stücklohn auch für Zeitungsausträger einen Zeitlohn! Ausnahmen für Rentner(innen) und Student(inn)en wurden bereits mehrfach abgelehnt. Falls für sie der Mindestlohn nicht gelten soll, werden für alle Tätigkeiten möglichst Menschen *ohne* Anspruch auf Mindestlohn eingestellt!

Die Arbeit als Nebentätigkeit darf keine geringere Entlohnung begründen! Das ist ein Grund mehr, den Mindestlohn für alle, die davon leben müssen, auf ein vernünftiges Maß aufzustocken. Wie ist es eigentlich dazu gekommen, dass geringfügig Beschäftigte so geringen Lohn erhalten? Die zeitliche Begrenzung der Arbeitszeit für geringfügig Beschäftigte wurde aufgehoben. In der Folge wurden die

Arbeitszeiten ohne Entgelterhöhung immer mehr ausgedehnt. Die Anwendung des Mindestlohns berichtigt diese Entwicklung!

4. Der Bundesrechnungshof hat die **Jobcenter** geprüft. Harald Thomé, Referent für Arbeitslosen- und Sozialrecht, merkt zum Prüfbericht an, „dass es eine Vielzahl weiterer behördeninterner Gründe gibt, warum die Widersprüche und Klagen explodieren. Die Hartz-IV-Gesetzgebung und -Handhabung etabliert systematisches Sonderrecht, eine Unzahl von Abweichungsregelungen vom SGB I und X, Unerreichbarkeit der Jobcenter und systematischen Verlust von eingereichten Unterlagen. Wenn das aufhört und korrigiert würde, wäre es tatsächlich möglich, einen ganzen Teil der Widersprüche und Klagen zu senken. Solange Hartz IV aber als Entrechtungssystem weiter aufrecht erhalten wird und die Jobcenter tatsächlich Sonderrechtszonen oder Gefahrenzonen für Erwerbslose werden, solange wird sich die Zahl der Rechtsbehelfe nicht reduzieren."

Der Bundesrechnungshofs hat nur die Umsetzung des Beratungsauftrags nach § 14 SGB I, insbesondere zur Vermeidung und einvernehmlichen Erledigung von Rechtsbehelfen, geprüft. Die vorsätzliche Falschbescheidung ist in einer Prüfung nur schwer nachzuweisen. Ungereimtheiten sind sicher festzustellen, zum Beispiel ein „Weiter so" trotz eingelegter Rechtsmittel des Leistungsberechtigten, trotz gegenläufiger Gerichtsentscheidungen. Die quotierte Ablehnung von Widersprüchen per Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit an die Jobcenter wurde nicht berücksichtigt, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Gasfracking ist umweltpolitischer Brennpunkt in unserer Region

Weltweit entwickelt sich der Widerstand gegen Fracking: In den USA und in Kanada gibt es bereits Hunderte von Anti-Fracking-Initiativen. In Argentinien musste 2013 ein Gericht ein Fracking-Projekt aufgrund des Widerstands verbieten. In Litauen und Rumänien musste Chevron aufgrund der Proteste seine Fracking-Projekte vorerst stoppen. Die Bauern von Zurawlow, einem kleinen Dorf im Osten Polens, konnten durch monatelange Blockaden mit Strohballen und Treckern Probebohrungen verhindern.

Inzwischen gibt es eine internationale Vernetzung und einen gemeinsamen globalen Anti-Fracking-Tag am 19.Okober jedes Jahres. In Deutschland haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Bürgerinitiativen gebildet. Norddeutschland

ist ein Zentrum des Gasfracking und des Protestes dagegen: In Niedersachsen wurde bei der Gasförderung bisher 324 Mal die Fracking-Methode eingesetzt (Stand 20. Dezember 2013).

Die EU und die neue Bundesregierung setzen auf fossile Verbrennung und wollen die erneuerbaren Energien ausbremsen. Im Interesse der Energiekonzerne soll Fracking im großen Stil ausgebaut werden. Der Landkreis Verden scheint für die Gasausbeutung besonders profitabel zu sein. RWE-DEA fördert bereits Erdgas in Völkersen. Dort sind im November 2011 nachweislich Benzol und Quecksilber ins Erdreich gelangt.

Seit 2012 plant RWE-DEA auch ein Fracking-Projekt mitten im Wasserschutzgebiet Panzenberg. Von dort kommen 24 Prozent des Trinkwassers für Bremen. Bisher ist das Trinkwasser in Bremen sauber – aber wie lange noch? Die Bürgerinitiative In Völkersen und der Verdener Trinkwasserverband fordern, dass dieses Fracking nicht genehmigt wird. Bis heute ist aber nicht bekannt, ob für das Trinkwasserschutzgebiet eine Genehmigung vorliegt.

Zuständig für Genehmigungen ist nicht das Umweltamt, sondern das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie. Dieses Landesamt verweigert Informationen und fühlt sich nicht dem Umweltschutz verpflichtet. Nach dem Bundesbergrecht geht es in erster Linie um die Entscheidung, ob Gefahren für das Gestein entstehen können – für das Grund- und Trinkwasser und für die Folgen für Mensch und Natur interessiert sich das Bergrecht nicht. Was für ein Widersinn!

Nun wurde bekannt, dass der RWE-DEA bereits seit zwei Jahren die Genehmigung des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie vorliegt, ein neues Erdgasförderfeld zu erkunden, das die Stadt Achim sowie Teile der Gemeinde Thedinghausen umfasst. Der Bürgermeister der Stadt Achim, Uwe Kellner, deckt auf, dass die Kommunen nicht über diese Genehmigung informiert wurden: „Wir hatten bisher keine Ahnung davon“ („Weser-Kurier“ vom 10. Februar 2014).

Der Kampf gegen die Durchsetzung des Erdgasfracking ist für Bremen und Niedersachsen ein besonderer umweltpolitischer Brennpunkt. Der Kreis der Menschen, die sich dagegen zur Wehr setzen, wächst. Inzwischen hat sich auch der Verband der Bierbrauer eingereiht, der völlig zu Recht um die Qualität des Bieres und die drohende Gesundheitsbelastung fürchtet. Dennoch ist der Widerstand noch zu schwach, zu vereinzelt und nicht auf die Profitwirtschaft als Hauptursache ausgerichtet.

In Bremen ist bisher kaum bekannt, welche Gefahr der Trinkwasserversorgung droht. Deshalb werden sich die Initiatoren für den Aufbau einer **Umweltgewerkschaft** im Kampf für ein Verbot von Fracking besonders engagieren. Wer sich informieren möchte, warum Gasfracking eine giftige Zeitbombe ist und was wir gemeinsam dagegen tun können, ist herzlich eingeladen, am **Samstag**, dem

22. Februar 2014, zum nächsten **Treffen** zu kommen, von **16** bis **18 Uhr** im Raum von „**Greenpeace**“ in der Pappelstraße 35.

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

461. Bremer Montagsdemo am 24. 02. 2014

Neues Nachdenken über eine Sonderrechtszone für den abgehängten Teil der Bevölkerung

1. Vor vier Jahren wurde in Bremen das sogenannte Stadtticket eingeführt, das in anderen Städten gern auch als **Sozialticket** bezeichnet wird. Mit den Nutzerzahlen stieg der Preis: Für Kinder müssen mittlerweile 24,30 Euro gezahlt werden, für Erwachsene 30,70 Euro. Durch die zumeist halbjährlich vorgenommenen Erhöhungen wurden die in den Hartz-IV-Regelsätzen vorgesehenen Beträge für Mobilität dramatisch überschritten. In meinen Augen wird das Stadtticket damit faktisch ad absurdum geführt, denn die Nachfrage könnte noch weitaus größer sein, wenn sich die Klientel, für die es schließlich gedacht ist, sich dessen Nutzung auch leisten könnte.

Eigentlich ließe sich das sehr einfach bewerkstelligen, wenn nämlich zum Beispiel durch eine Übertragbarkeit des Tickets soziale Härten gemindert würden. *Uneigentlich* lehnt die Verkehrsdeputation leider eine Erweiterung des Stadttickets ab, mit der Hartz-IV-Bezieher und ihre Kinder verbilligt Bus und Bahn fahren könnten, weil sie nicht für finanziell leistbar gehalten wird. Werden denn durch eine Übertragbarkeit tatsächlich faktische Mehrkosten in verheerendem Ausmaß verursacht, wenn es doch gar nicht gleichzeitig mehrfach genutzt werden kann?

Handelt es sich nicht um Korinthenkackerei, wenn darauf beharrt wird, dass ausnahmslos alle Zeitfahrkarten mit besonderen Preisvorteilen wie Jobticket oder das Jugendfreizeitticket personengebunden seien und das Stadtticket da keine Ausnahme machen dürfe, sodass es ebenso wie das gegenwärtig 56,70 Euro kostende Normal-Monatsticket regelmäßige Preissteigerungen erfordere, weil es sonst nicht zu finanzieren sei?

Blendet diese Argumentation nur aus, dass eine bessere Auslastung des öffentlichen Personennahverkehrs dessen Rentabilität steigert, oder ist eine uneingeschränkte Mobilität für Erwerbslose und andere finanziell Arme gesellschaft-

lich unerwünscht, da ja die für Mobilität vorgesehenen Regelbedarfe keineswegs gleichzeitig in dem Maß angehoben werden, wie die Bremer Straßenbahn-AG ihre Preisschraube anzieht?

2. Massenhaft fehlerhafte Bescheide und juristische Marathonkämpfe um lebensnotwendige Kleinstbeträge: Das scheint die Formel dafür zu sein, dass Hartz IV ein **Rechtsdesaster** bleibt. Während sich die Bundestagsabgeordneten vor ein paar Tagen eine satte Diätenerhöhung um 830 auf 9.082 Euro pro Monat genehmigten (mit welcher Berechtigung und wofür eigentlich?), bereitet die Bundesregierung mit einem Streichkonzert weitere Härten für Transferleistungsbezieher von Arbeitslosengeld II und der Pseudo-Grundsicherung vor. Dabei hat der Bundesgerichtshof seine bisherige Rechtsprechung bestätigt, dass eine Pfändung von Sozialleistungen ausgeschlossen ist.

Da sollen Aufwandspauschalen für Ehrenamtliche bald stärker mit der Leistung verrechnet werden und zum Beispiel vom Jobcenter für Stromschulden gewährte Darlehen von Erwerbslosen künftig mit 30 Prozent des Regelsatzes abgestottert werden. Bisher durfte die Behörde nur zehn Prozent monatlich zurückverlangen, „um das Existenzminimum nicht zu unterschreiten“. Dabei bringen steigende Stromkosten Hartz-IV-Bezieher häufig in existenzielle Bedrängnis, weil für Alleinlebende dafür lediglich 32,68 Euro pro Monat vorgesehen sind, wovon aber zusätzlich auch noch die Wohnung instand gehalten werden muss.

Vielen Betroffenen droht praktisch ein rechtsfreier Raum, wenn das Amt überzahlte Beträge sogar ohne Bescheid zurückfordern darf und Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft noch stärker als bisher für behördliche Rückforderungen haften. Auch Hartz-IV-Bezieher, denen über Jahre hinweg zu niedrige Leistungen gezahlt wurden, sollen rechtloser werden. Als ob es nicht schon zum Himmel schreien würde, dass sie schon seit 2011 einen Überprüfungsantrag nicht mehr vier Jahre rückwirkend geltend machen können, sondern nur noch für ein Jahr, sollen die Jobcenter künftig das Geld gar nicht mehr nachträglich erstatten müssen.

Besonders perfide dabei ist, dass Widersprüche und Klagen keine aufschiebende Wirkung haben, außer wenn das Sozialgericht auf Antrag des Betroffenen die einstweilige Aussetzung der Vollziehung verfügt hat. Dies ist wohl nur den allerwenigsten Betroffenen bekannt! An den Sozialgerichten geht es bei vielen Verfahren um „angemessene“ Unterkunftskosten, wobei die Jobcenter diesen Rahmen extrem eng stricken. Bereits jetzt fordern Behörden Leistungsbezieher dazu auf, sich Umzüge genehmigen zu lassen. Das soll nicht nur zur gesetzlichen Pflicht avancieren, sondern sogar dazu führen, dass die Behörde bei fehlender Zustimmung für eine teurere Wohnung auf unbestimmte Zeit lediglich die alte Miete übernehmen muss.

Eine Arbeitsgruppe regt unter weitere asoziale Grausamkeiten an, etwa Aufstockern den anrechnungsfreien Einkommensbetrag und Alleinerziehenden den Mehrbedarf zu kürzen. Selbständige sollen verpflichtet werden, innerhalb von zwei Jahren zu belegen, dass ihre Arbeit „rentabel“ sei. Neue Partner sollen sofort zum

Unterhalt für den Leistungsbeziehenden verpflichtet werden. Harald Thomé von der Sozialberatung „Tacheles“ resümiert, für den ohnehin abgehängten Teil der Bevölkerung werde „eine Sonderrechtszone zementiert, die immer stärker vom einst gültigen Sozialrecht abweicht“, die Grundrechte aushebelt und die Gesellschaft weiter spaltet.

Er fordert nun Erwerbslosenverbände und politische Opposition auf, sich den Verschärfungen entgegenzustellen. Schön, dass Arbeitslose wenigstens auch Diäten bekommen, weil ja nicht bloß die Stromspreise exorbitant steigen, sondern die Kosten für die gesamte Lebenshaltung! Trotz der geradezu lachhaften Erhöhung des Regelsatzes um neun Euro sinkt die reale Kaufkraft 2014 gegenüber 2013. Weniger Geld fürs Essen bedeutet aber nicht weniger Fett, weil gerade Fastfood und billige Nahrungsmittel viel Fett und Zucker enthalten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Es gibt Milliardengewinne durch den flächendeckenden Bruch des Fernmeldegeheimnisses

1. Wie fühlt sich wohl der Leiter einer Behörde, wenn er vor einen **Untersuchungsausschuss** geladen ist? Er muss alles beantworten. Er weiß etwas mehr als alle anderen, wenn er weiß, dass gegen den Leiter des Untersuchungsausschusses derzeit ein Verfahren anhängig ist. Ein aufrüttelndes Thema! Ja, wie fühlt sich so ein Behördenleiter? Eventuell kann der Chef des Bundeskriminalamtes diese Frage beantworten. Ruft doch einfach mal an! In der „Heute-Show“ vom 21. Februar 2014 wird ebenfalls ein Anruf beim Bundesnachrichtendienst nahegelegt. Herr Gabriel hat festgestellt: Nicht nur Herr Oppermann, sondern *jeder* kann den BKA-Chef anrufen. Dort steht auch dessen Telefonnummer (Minute 5:30).

2. Die EU wird den **Gentechnik**-Mais 1507 zulassen. Der damalige Landwirtschaftsminister hat sich bei der entsprechenden Abstimmung enthalten – gegen seine eigene Überzeugung: Hans-Peter Friedrich hat weisungsgebunden abgestimmt. In einem „Spiegel“-Bericht spricht er von Differenzen mit dem Wissenschaftsministerium. Später wird er eindeutiger: Es gab eine Weisung der Bundeskanzlerin. Angela Merkel selbst habe ich dazu nicht gehört.

Was ist von einem Koalitionsvertrag zu halten, der bei solch einer lebenswichtigen Entscheidung einfach gebrochen wird? Genveränderungen enden nicht am Feldrand, sie breiten sich aus! Herr Friedrich wollte trotz Enthaltung den Anbau dieser genveränderten Pflanze in Deutschland verbieten. Was wird sein Nachfolger machen? Wie reagiert die SPD? Ich will diesen Mais nicht! Die Mexikaner wollen diesen Mais nicht mehr, die Bauern in Brasilien auch nicht. „Report München“ hat den „Wundermais“ entzaubert: Es werden *mehr* Pflanzenschutzmittel benötigt, und der Ertrag ist *geringer*. Diese Informationen sind auch für Politiker zugänglich.

3. Herr Friedrich hat die Weisung von Frau Merkel erläutert: Die Kanzlerin sei auch nicht richtig für den Gen-Mais, wolle jedoch die USA nicht noch mehr verärgern. Daher habe sie die Stimmenthaltung angeordnet. Dies ist die falsche Begleitmusik zu den Verhandlungen über das **Freihandelsabkommen** mit den USA! Die Vereinigten Staaten haben auch in der Vergangenheit nur auf starke Verhandlungspartner reagiert. Dieser Vertragsentwurf ist in allen bisher bekanntgewordenen Passagen für Europa eine Unterwerfungserklärung.

Professor Rudolf Hickel hat dem „Weser-Kurier“ sein neues Buch erläutert. Dabei hat er die Risiken des geplanten Freihandelsabkommens mit den USA aufs Korn genommen: Sie sind in der jetzigen Vorlage größer als die Chancen. Globalisierung dürfe es nur unter Wahrung von Mindeststandards geben. Dem ist nichts hinzuzufügen.

In der „Heute-Show“ vom 21. Februar 2014 wurde der verhandelnde EU-Kommissar de Gucht auf eine Fehlargumentation hingewiesen, denn das geschätzte Wachstum beträgt nur 0,49 Prozent (sehenswert ab Minute 23:40). Herr de Gucht wähnt die Verhandlungen mit den USA auf einem „guten Weg“. Er will die EU-Standards erhalten. Wie, sagt er nicht. Die EU wird ihre Gesetze nicht ändern, doch wenn es nicht im Abkommen steht, wird Europa sich unterwerfen müssen, weil die Firmen auf Schadenersatz klagen. Herr de Gucht, legen Sie die Pläne offen, die Entwürfe und die abgehandelten Klauseln!

4. Die Verletzung unseres Post- und Fernmeldegeheimnisses wird so auch nicht wieder hergestellt. Die USA machen einfach weiter wie bisher, nur Frau Merkel darf nicht mehr abgehört werden. Es dürfe dadurch aber keine Information verloren gehen, wurde die NSA angewiesen. Frau Merkel hat beim Telefonieren immer zumindest *einen* gewollten Gesprächspartner. Da sowieso alles abgefischt wird, geht nichts verloren, denn der Angerufene wird ebenso abgehört.

Der Rest kann jederzeit aus dem vollständigen Abfischen aller Gespräche, SMS und Mails rekonstruiert werden. Circa 300 Entscheidungsträger in Deutschland werden direkt abgehört, Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft. Mit dieser Klarstellung wird die „Terrorabwehr“ immer märchenhafter! Kurz bevor der **Abhörskandal** aufflog, war im „Weser-Kurier“ zu lesen, dass es der Wirtschaft in den USA sehr gut gehe. Über den Grund wurde gerätselt.

Aktuell ist durch den Bruch des Fernmeldegeheimnisses ein erheblicher Wettbewerbsvorteil zu erlangen: Frau von der Leyen will die Beschaffung des Bundesverteidigungsministeriums neu ordnen. Unternehmensberater sollen in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Für den Lauscher an der Wand, pardon: in der Leitung ist das ein Milliardengewinn. Rüstungsproduzenten können schnell mal eine Unternehmensberatung kaufen, die im Verteidigungsministerium oder bei der Ministerin schon einen Ruf hat. Welche Beratungsfirma in Frage kommt? Ganz einfaches Abhören beantwortet diese Frage!

5. Wer ALG II erhalten will, muss vorher das eigene **Vermögen** bis auf die Freibeträge aufbrauchen. Dabei sind auch Verluste hinzunehmen. Die Rückkaufswerte von Lebensversicherungen sind eine solche Verlustquelle. Das Bundessozialgericht hat jetzt seine eigene Rechtsprechung klargestellt und dabei einer ALG-II-Betroffenen die Nichtauflösung ihrer Lebensversicherung vorläufig zugestanden. Das Verfahren wurde an das Landessozialgericht Schleswig-Holstein zurücküberwiesen, entsprechend prüfen muss. Die Urteilsbegründung ist noch nicht erfolgt. Das Bundessozialgericht sah in diesen Fall eine besondere Härte (Aktenzeichen B14 AS 10/13 R-B.) Es ist eine wegweisende Entscheidung. Bei der Arbeitslosenhilfe wurden die gesetzlichen Regelungen insgesamt gekippt, weil keine Härtefälle geregelt wurden. Die Bestimmungen des SGB II („Hartz IV“) wurden von der Arbeitslosenhilfe übernommen. Werden nun endlich diese vermögensvernichtenden Regelungen insgesamt gekippt?

6. Auf nichts ist dieser Staat besser vorbereitet als auf **Gewalt**, siehe 454. Bremer Montagsdemonstration. Der Staat sieht da noch Handlungsbedarf. Bei „Heise“ ist nachzulesen, dass die Bundespolizei zusammen mit anderen Polizeikräften die „Behandlung“ einer „Blockupy-Demo“ geübt hat. Aktiv teilgenommen haben auch zwei Hundertschaften der französischen Polizei. Die Polizei in Frankfurt unterbreitet inzwischen dem Bündnis „Blockupy“ ein Gesprächsangebot über die Gewalt auf der Demo 2013.

Die Hamburger Polizei hat eine Demo nach Frankfurter Muster „explodieren“ lassen und eine falsche Presseerklärung herausgegeben. Sie war aber nicht vorsätzlich, sondern nur versehentlich falsch, so die Polizei. Ein Schutzpolizist mit Namensschild schafft Vertrauen zwischen Polizei und Bürger – Prügeleinsätze wie in Hamburg, Frankfurt und auch Stuttgart zerstören dieses Vertrauen nachhaltig. Das gilt besonders, wenn die Polizeiführung den „Erstschlag“ auch noch vertuscht! Bei der Beurteilung muss mensch berücksichtigen, dass die Polizei weisungsgebunden handelt. Die Demo-„Explosion“ in Hamburg erfolgte ebenfalls auf Anweisung der Politik!

Die 23. Einsatzhundertschaft in Berlin soll in den Jahren 1992 bis 2007 einen Film mit dem Titel „Die durchgeknallten Freaks der 23.“ gedreht haben. Das Video dauert insgesamt zwei Stunden und soll unter anderem homophobe und rassistische Stereotypen bedienen. Die Szenen wurden wohl teilweise auf dem Dienst-

gelände der Berliner Polizei gedreht. Dies ist unglaublich. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Bringen Sie den Bagger rein“: „Oberste politische Ebene“ machte rigide Vorgaben zur Niederschlagung der Proteste gegen „Stuttgart 21“ *(„Spiegel“)*

Demokratie funktioniert nur in einer vernünftigen Welt

Am Dienstag vorletzter Woche gab es wieder eine spannende Abstimmung zwischen den Landwirtschaftsministern der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Spannend war sie für die Landwirtschaft und für Bürger(innen), denen es nicht egal ist, welche Nahrungsmittel sie in Zukunft essen möchten: Es ging um nichts Geringeres als darüber abzustimmen, ob in Europa eine neue genmanipulierte Maispflanze mit dem „Namen“ 1507 zum Anbau zugelassen werden soll, entwickelt von den Firmen Pioneer/DuPont und Dow Agro-Sciences und beworben als „bessere“ Alternative zum bereits 2009 verbotenen Gen-Mais MON 810 vom Weltgauner Monsanto.

Der neue Mais 1507, auch Herculex genannt, hat folgende „hervorragende“ Eigenschaften: Er ist insektenresistent, das heißt während der gesamten Wachstumsperiode wird in allen Teilen jeder einzelnen Pflanze ein Insektengift produziert. Die Giftkonzentration ist besonders in den Pollen viel höher als beim verbotenen MON 810. Der neue Mais ist herbizidtolerant, das heißt er kann mit dem in Deutschland verbotenen Pflanzengift Glufosinat besprüht werden, ohne dass es ihm etwas anhaben kann. Er ist außerdem tolerant gegen das berüchtigte Glyphosat, das in Deutschland zu 40 Prozent eingesetzt wird. Diese Gift produzierenden und mit Giften eingesprühten Gen-Pflanzen werden dann an unsere Nutztiere verfüttert. In den USA sind sie sogar in Lebensmitteln enthalten.

Obwohl sich das EU-Parlament am 6. Januar 2014 gegen eine Zulassung ausgesprochen hatte, wurde Mais 1507 von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) für unbedenklich erklärt und dem EU-Ministerrat zur Abstimmung freigegeben – trotz der oben beschriebenen Eigenschaften; trotz weiterer Umweltrisiken wie Resistenzbildung, Pollenflug, Auskreuzung; trotz Bewertungsfehlern (die viel höhere Giftkonzentration als im MON 810 wurde durch

die EFSA nicht ausreichend untersucht); trotz Verfahrensfehlern (den Mitgliedsstaaten wurde kein Gutachten zur Sicherheitsbewertung vorgelegt, also das Vorsorgeprinzip verletzt); trotz der Ablehnung durch die Landwirtschaftsminister fast aller Bundesländer außer Sachsen und Sachsen-Anhalt; trotz der Ablehnung von 88 Prozent aller Bundesbürger(innen) laut Umfrage der „Gesellschaft für Konsumforschung“ im Auftrag von „Greenpeace“.

Im Vertrag der Großen Koalition steht: „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der Grünen Gentechnik an“. Trotz dieses Versprechens ist die Koalition tief gespalten. SPD und Grüne sind gegen die Zulassung von Mais 1507, ebenso der christliche Teil der CDU/CSU und der noch bis vor wenigen Tagen amtierende CSU-Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich. Doch selbst vom Partner CDU wurde das christliche Argument, der Schöpfung dürfe nicht ins Handwerk gepfuscht werden, glatt ignoriert. Von seiner Chefin Merkel beziehungsweise dem Kanzleramt und dem CDU-Ministerium für Forschung wurde Minister Friedrich befohlen, sich bei der Abstimmung für Deutschland zu enthalten.

Zum Entsetzen aller 19 EU-Minister, die gegen die Zulassung stimmten, hat er den Befehl leider befolgt. Es gab noch drei weitere Enthaltungen. Nur die fünf Minister der Länder Spanien, England, Schweden, Finnland und Estland stimmten im Brüsseler Ministerrat für die Zulassung von Gen-Mais 1507. Diese fünf Stimmen gegen 19 haben ausgereicht, um den Anbau tatsächlich zuzulassen. Die 19 Gegenstimmen seien keine „qualifizierte Mehrheit“, berichteten die Medien. Das bedeutet, jede Stimme eines Ministers wird nach der Anzahl der wahlberechtigten Bürger(innen) seines Landes gewichtet. Das Tragische hierbei: Es hätte tatsächlich nur die Stimme Deutschlands beziehungsweise die eindeutige Meinung seiner Wahlberechtigten richtig vertreten werden müssen, um eine Ablehnung von Gen-Mais 1507 zu erreichen.

Ich frage mich, ob Minister Friedrich gegen die Anweisung seiner allmächtigen Bundesmutter mit seinem „persönlichen Nein“ gestimmt hätte, wenn er gewusst hätte, dass er drei Tage später sein Amt niederlegen würde, auch wieder auf Druck der genannten Dame. Er hätte sich für viele zum Helden machen können – egal ob mit oder ohne folgenden Rücktritt. Die Enthaltung ist eine Schande für die deutsche Demokratie und ein Betrug an seinen Bürger(inne)n, die selten so deutlich ihre Meinung vertreten wie in diesem Fall. Ich sehe hier außerdem eine riesige Volksverdummung für die Menschen in ganz Europa: Trotz massiver Ablehnung von Gen-Dreck in der Landwirtschaft werden Mehrheiten in allen Gremien überlistet, ignoriert und umdefiniert. Wo ist da noch Demokratie zu erkennen? Es wird Zeit, dass sie wieder dorthin kommt, wo sie hingehört: zum Volk und auf die Straßen. Es wird Zeit, dass wir sie wieder zu dem machen, was ihre Bedeutung ist. Demokratie ist griechisch und heißt: Das Volk hält die Herrschaft.

Helmut Minkus (parteilos)

Fruchtzucker aus Mais ist billiger: Gemäß EU-Entscheidung dürfen Lebensmittel, die mindestens 30 Prozent Zucker durch den viel gefährlicheren Dick- und Krankmacher Fruktose ersetzen, ab 2014 als „besonders gesund“ beworben werden *(„Strunz“)*

Das Europa-Parlament hat eh nichts zu sagen: Deshalb braucht es auch keine Sperrklausel gegen Leute mit abweichender Meinung *(„Nachdenkseiten“)*

Dieses System hat nichts mit Demokratie, Gleichheit, Mitte zu tun

Arbeitslosigkeit ist ein unnatürliches Phänomen des liberalen Kapitalismus. Das ist schon eine wissenschaftliche Tatsache und auch in seiner Folge der Generationen jetzt unbestreitbar. Trotzdem wird weiter immer wieder den Bürgern eingebläut, dass die liberale Marktwirtschaft im Sinne der Zahlensteuerung die einzige Weltanschauung ist – wie zu Adolf Hitlers Zeiten der Nationalsozialismus. Es ist zum Verzweifeln, dass weiterhin und jetzt erst recht einfach nicht eingesehen wird, dass dieses System nichts mit Demokratie, Gleichheit und Mitte zu tun hat.

Bei den Bürgerlichen haben wir das im weiter bestehenden Denken, was sie sind und worauf die meisten warten. Die sind gewaltbereit: Der Bürgerliche sucht nach immer mehr Größe und bringt kein Mitgefühl dafür auf, wie er damit gleichzeitig Schwächere erzeugt. Die Ungleichheit wird also von den Massen selbst erzeugt. Auch mit der Religion gelingt es nicht, ein hemmendes Gewissen zu erzeugen, obwohl Religion doch eigentlich dafür erfunden worden ist und der Maßstab des Gutmenschen sein soll.

Eigentlich müssten Wissen und Geschichte jetzt ausreichen, um diesem Weltelend ein Ende zu setzen, aber nein: Der Mensch geht, wie in der Evolution, immer über Grenzen und macht sich als Homo sapiens dann noch übergroß, obwohl sich im Verhalten tatsächlich das Tierische aller Lebewesen ähnelt. Mir geht es immer wieder aufs Gewissen, wie es mit dem Globus aussieht und weitergeht. Es ist nicht auszuhalten, dass die Massen nicht mehr in wahre Richtungen zu bekommen sind, wegen Irreführungen und Propaganda.

Schon länger ist klar, dass die Menschheit in eine Existenzkrise kommt. Es hat mit politischer Weltrichtung zu tun, ob ein gemäßigter Kommunismus eine solche Existenzkrise besser bewältigen könnte, ob politische Staatsmacht etwa Atomanlagen der Privatwirtschaft verbieten könnte, oder eine Privatmacht wie Russland weiter experimentieren wird.

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

Protz-Präsident geflohen: Deutschland hat den Umsturz
in der Ukraine massiv befördert *(„Spiegel-Online“)*

Schnäppchen-Präsident freigesprochen: Einem zuverlässigen Mann
darf man doch wohl einen Hauskredit gewähren *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

462. Bremer Montagsdemo
am 03. 03. 2014

Reich mir deine Flosse, und ich führ dich aus der Gosse!

1. Dirk Kratz hat für seine Doktorarbeit untersucht, was Langzeitarbeitslosen wirklich hilft. Dabei stieß er auf die Diskrepanz, welche Hilfe sie bräuchten – und welche sie tatsächlich vom Amt bekommen. Kratz kam dabei zu dem zentralen Ergebnis, dass die Jobcenter großen Schaden anrichten und mehr kaputt machen, als dass sie helfen: Die komplette bisherige Biografie der Langzeiterwerbslosen werde vom Amt entwertet, das ihre Lebens- und Berufserfahrung als Defizit ansehe, das es zu beheben gelte.

Oft würden Arbeitssuchende wie kleine Schulkinder behandelt, indem man sie in Maßnahmen stecke, wo sie einfache mathematische Aufgaben lösen oder ihre Rechtschreibung verbessern sollten, sodass sie sich nur als Problemfälle wahrnehmen könnten, deren jahrzehntelange Berufserfahrung wertlos sei. Die Jobcenter blendeten andere Ursachen der Arbeitslosigkeit komplett aus und verführen nach einem technischen Modell, wonach jemand nur deswegen keine Arbeit finde, weil ihm bestimmte Fähigkeiten fehlten, als ob Erwerbslose selbst schuld an ihrer Lage seien.

Wenn Arbeitslose trotz aller Qualifikationsmaßnahmen oft dennoch keine neue Stelle fänden, reagiere das Amt mit immer neuen Defizit-Diagnosen. Irgendwann würden den Erwerbslosen nicht nur fachliche Defizite zugeschrieben, sondern auch psychologische oder medizinische Probleme angedichtet, sodass aus dem angestrebten, vermeintlich positiven Kreislauf vom Defizit über eine Qualifizierung hin zur neuen Stelle eine Spirale nach unten werde. Zuletzt fühlten sich Langzeiterwerbslose durch die vielen erfolglosen Versuche, wieder zurück in den Arbeitsmarkt zu kommen, gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert.

Kratz bemängelt, dass eine alleinige Orientierung am Markt langfristig keinen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit eröffnet. Zwar könne jemand binnen zweier Monate zum Sicherheitsfachmann ausgebildet und prekär beschäftigt werden, komme aber auf lange Sicht nicht aus dem Hilfebezug heraus. Krätz sieht zwar, dass stärker auf die Erwerbslosen eingegangen werden muss und dass sie Freiräume

brauchen, damit sie selbst neue Ideen entwickeln können, kommt dann aber nur mit dem ausgelutschten Vorschlag daher, „neue“ Modelle öffentlicher Beschäftigung zu entwickeln.

Nur weil in Kommunen Lokalpolitiker, Unternehmer und Vertreter der Arbeitslosen selbst mitentscheiden dürften, wo es Bedarf für zusätzliche Arbeitskräfte gebe und wie sie eingesetzt werden könnten, ohne andere Arbeitsplätze zu verdrängen, soll uns dieser alte Wein in neuen Schläuchen verkauft werden, weil er angeblich ganz anders sei als „Bürgerarbeit“ und Ein-Euro-Jobs! Aha, es sei wichtig, dass die Betroffenen mit am Tisch säßen und mitreden könnten und auch Mitbestimmungsmöglichkeiten auf der politischen Ebene bekämen. Aber wenn die Kommunen Gärtner oder Parkplatzwächter bräuchten, was aller Wahrscheinlichkeit nach überhaupt nichts mit den Berufserfahrungen der Langzeitarbeitslosen zu tun hätte, dann wäre die Entfremdung nicht so stark, weil die Betroffenen über ihre Tätigkeit mitentscheiden könnten?

Was ist das denn für eine Logik? In meinen Augen besteht hier lediglich eine Option zwischen Pest und Cholera. Wie formulierte Bertolt Brecht so trefflich: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber“! Wie kann jemand, der doch sieht, dass die Jobcenter mehr kaputt machen als helfen, dass sie nur Defizite bei den Erwerbslosen suchen und die nicht vorhandenen Arbeitsplätze für alle nicht zur Kenntnis nehmen, Hartz IV nicht sofort komplett verdammen wollen? Lediglich den finanziellen Druck, der durch Sanktionen auf Erwerbslose ausgeübt wird, will er mildern, weil die Idee, dass Arbeitslose durch Strafen zu marktkonformem Verhalten zu bewegen seien, empirisch überhaupt nicht nachgewiesen sei. Seine neuen Erkenntnisse hätten ihm auch die Montagsdemonstranten erzählen können!

2. *Keine Hilfe* wollte das Solinger Jobcenter einem Blinden gewähren und verweigerte ihm die Sozialleistungen mit der Begründung, dieser müsse erst sein Vermögen von 8.000 Euro bis auf den Freibetrag von 5.550 Euro aufbrauchen, bevor er Arbeitslosengeld II beziehen könne. Glücklicherweise klagte der 35-Jährige sich sein Recht ein, und das Sozialgericht Düsseldorf entschied letzte Woche rechtskräftig, dass angespartes **Blindengeld** bei der Prüfung eines Hartz-IV-Anspruchs nicht angerechnet werden darf. Das Vermögen stehe dem Blinden als Ausgleich für Mehrausgaben zur Verfügung, die aus seiner Behinderung resultieren (Aktenzeichen S37 AS 3151/11). Wieder zeigt sich: Wer sich wehrt, kann gewinnen – wer sich *nicht* wehrt, hat schon verloren!

3. Der neue Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer behauptet, der gesetzliche **Mindestlohn** werde auf dem Arbeitsmarkt „erhebliche Bremsspuren zulasten der Schwächsten“ hinterlassen. Davon seien besonders Langzeitarbeitslose oder Menschen, die noch nie gearbeitet haben, betroffen. Kramer ist dagegen, dass junge Menschen lieber einen Hilfsarbeiterjob annehmen als eine Berufsausbildung zu beginnen, die in der Lehrzeit schlechter bezahlt werde; schließlich habe

der größte Teil der heute Langzeitarbeitslosen keine Berufsausbildung. Wirklich herzallerliebst, wie rührend sich der Arbeitgeberpräsident um das Wohlergehen junger Menschen sorgt – und sich deshalb dafür einsetzt, dass es für junge Menschen ohne Berufsausbildung bis zu einer bestimmten Altersgrenze eine Ausnahme vom Mindestlohn geben müsse, weil die Ausbildung Vorrang habe!

Natürlich spricht hier kein Wolf im Schafspelz, der neue Lücken konstruieren will, um keinen Mindestlohn zahlen zu müssen, nein: hier wird ein Gutmensch aktiv, der die Jugend vor Erwerbslosigkeit wegen fehlender Ausbildung oder durch zu hohes Alter bewahren möchte! Weil Lehrjahre schließlich keine Herrenjahre sind, darf die Ausbildungsvergütung ruhig weiterhin so niedrig sein, dass davon allein kein Lebensunterhalt bestritten werden kann. Schließlich haben die jungen Menschen ja auch noch Eltern, bei denen sie Unterschlupf finden können! Von den Kindern von Hartz-IV-Beziehern wird ja auch erwartet, dass sie zu Hause wohnen, bis sie 25 sind, gelle?

4. Ist es nicht immer wieder schön zu sehen, wie sich um das Wohl von Arbeitslosen gekümmert wird? In Zwickau werden jetzt sogar **Benimmkurse** für Erwerbslose angeboten. Es ist der nächste Versuch, Hartz-IV-Bezieher bei der Arbeitssuche zu „unterstützen“: Reich mir deine Flosse, und ich führ dich aus der Gosse! Woher sollen Erwerbslose auch wissen, wie sie sich höflich und angemessen durch den Bewerbungsdschungel kämpfen sollen? Wo sonst könnten sie lernen, was sich gehört und was nicht? Eigentlich lernen schon kleine Kinder, wann „Bitte“ oder „Danke“ gesagt wird, oder dass man einander die Tür aufhält. Aber wir alle wissen ja, was Menschen widerfährt, die arbeitslos werden: Von einem Tag auf den anderen vergessen sie schlagartig, dass sie je einen Beruf und was sie da gelernt hatten, und natürlich entfällt ihnen damit auch ihre gesamte Lebenserfahrung mitsamt allen Regeln für Höflichkeit und Anstand.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Der Protest gegen die Hartz-Gesetze ist immer noch hochaktuell

Am 1. März 2014 trafen sich zum 12. Mal die Delegierten der bundesweiten Montagsdemonstrationen seit Gründung der Bewegung im August 2004. 80 Montagsdemonstrant(inn)en, darunter 60 Delegierte aus 32 Städten, nahmen an der Konferenz teil. Gegenüber dem Vorjahr hat sich somit die Zahl der Delegierten wie auch die Zahl der vertretenen Städte leicht erhöht. Dem Tätigkeitsbericht der Koordinierungsgruppe schlossen sich eine konstruktive, zukunftsgerichtete und

selbstkritische Diskussion und ein Erfahrungsaustausch zur Arbeit und Weiterentwicklung der Bewegung an.

Die Diskussion stand ganz im Zeichen des 10. Jahrestages des Bestehens der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung in August dieses Jahres. Die Delegierten stellten fest, dass der Protest gegen die Hartz-Gesetze immer noch hochaktuell ist. Fast jeder Vierte arbeitet heute in Deutschland im Niedriglohnsektor; in Europa wird das nur noch in Litauen getoppt. Die Forderung nach gleichen Löhnen und Rechten für Leiharbeiter und der Kampf gegen Werksverträge waren wichtige Anliegen der diesjährigen Bundesdelegiertenkonferenz.

In der Diskussion kamen auch deutlich die Wut und Empörung über das RAG-weite Anfahrverbot gegenüber dem engagierten Gelsenkirchener Montagsdemonstranten Christian Link zum Ausdruck, und es wurde die uneingeschränkte Solidarität der bundesweiten Montagsdemonstranten ausgesprochen: „Wer einen von uns angreift, greift uns alle an!“ Die Montagsdemobewegung sieht es als ihre Aufgaben an, weiterhin Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zur Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen zu leisten sowie alle Kollegen in den Betrieben beim Kampf um ihre Arbeits- und Ausbildungsplätze aktiv zu unterstützen.

2014 will die Bewegung ihr Engagement zur Rettung der Umwelt intensivieren. Die Aktionen der örtlichen Montagsdemonstrationen im März stehen anlässlich des Fukushima-Jahrestages am 11. März besonders im Zeichen des Kampfes zur sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit. Auch die Gewinnung der Jugend war bei der diesjährigen Bundesdelegiertenkonferenz wieder ein wichtiges Thema. Die Montagsdemonstrationsbewegung möchte einen Beitrag leisten, um eine unter der Jugend verbreitete Perspektivlosigkeit zu bekämpfen, wenn Jugendliche sich zum Beispiel an Hartz IV gewöhnt haben, weil sie gar nicht anders kennen.

Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung wird sich weiterhin um Zusammenarbeit mit allen Organisationen, Parteien und Initiativen bemühen, die gegen unsoziale Politik, insbesondere die Hartz-Gesetze, aber auch gegen Betrugsmanöver wie „Rente ab 63“ aktiv sind. Nur gemeinsam sind wir stark! Mit Selbstbewusstsein und Stolz wird die **bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung** in circa 80 Städten im August dieses Jahres ihren 10. Jahrestag begehen und in diesem Sinne am **13. September 2014** in **Berlin** ihre **11. Herbstdemonstration** durchführen. Nach der einmütigen Wahl einer neuen Koordinierungsgruppe und zweier Kassenprüfer ging die Delegiertenkonferenz mit optimistischem Blick in die Zukunft zu Ende.

Presseerklärung von Fred Schirrmacher und Ulja Serway
(Koordinierungsgruppe Bundesweite Montagsdemonstration)

Max-Bahr-Kollegen sollen am letzten Öffnungstag schweigen: „Was sie heute sagen, könnten sie morgen bereuen“ *(„Weser-Kurier“)*

Der „Aktionskreis Wohnungsnot“ und die „Obdachloseninitiative der Nordbremer Kirchengemeinden“ laden ein zum **Rundgespräch** über **Armut** und **Reichtum** mit Oberbürgermeister **Böhrnsen** am **19. März 2014** um **19:30 Uhr** in der Methodistischen Kirche **Vegesack**, Georg-Gleistein-Straße 1.

„Hey, das ist radioaktiver Schnee“: 71 US-Marines nach Fukushima-Einsatz schwer erkrankt *(„Die Welt“)*

Die nächste **Montagsdemo** beginnt am **10. März 2014** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Bereits um **14 Uhr** gedenken wir dort des 3. Jahrestages der **Atomkatastrophe** von **Fukushima** mit einer **Mahnwache**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

463. Bremer Montagsdemo am 10. 03. 2014

Erwerbslose werden schlechter behandelt als Straftäter im Pfändungs- oder Zwangsvollstreckungsrecht

1. Die NSA will weitermachen wie bisher, obwohl immer neue Verbrechen ans Licht kommen, Edward Snowden sei Dank! „Bislang stand vor allem der US-Geheimdienst im Fokus der Affäre, die der Informant Edward Snowden aufgedeckt hat“, betont die „Tagesschau“. „Doch auch der britische Geheimdienst GCHQ verletzte offenbar jahrelang die Privatsphäre von Millionen Nutzern. Der ‚Guardian‘ berichtet unter Verweis auf Snowden-Dokumente, dass der GCHQ zwischen 2008 und 2010 Bilder der Webcams von ‚Yahoo‘-Nutzern abgegriffen hat. Das Programm mit dem Code-Namen ‚Optic Nerve‘ habe Standbilder aus den Webcam-Chats des Internet-Konzerns gespeichert und an die NSA weitergegeben“.

War es nur der eine Anbieter? Warum sollte es Vergangenheit sein? Es gibt unterschiedliche Meldungen zu diesen Fragen. In PCs eingebaute oder angekoppelte Kameras sind wie normale Überwachungskameras aus der Ferne einzuschalten und zu steuern. Auch die angeschlossenen Mikrofone können ferngesteuert, die entstehenden Bilder und Geräusche insgesamt abgefischt werden. Die NSA hat verkündet und bekräftigt: „Wir machen alles, was technisch möglich ist, zum Wohle Amerikas!“ Auch hinsichtlich der Mikrofone in Telefonen wird das praktiziert.

Aus der „Tagesschau“-Meldung wird eine weitere Steigerung der **Überwachung** ersichtlich: „Danach hat der Geheimdienst versucht, die Personen auf den abgefangenen Bildern durch eine automatische Gesichtserkennung zu identifizieren“. Entsprechende Forschungen werden von der EU bezahlt. Es gab eine Pressekonferenz über diese Gesichtserkennung, aber die Wissenschaftler waren nicht bereit, ihre Gesichter zu zeigen.

Es ist nicht akzeptabel, dass die USA unverändert Rechtsbruch begehen. Gegenwehr ist möglich, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen! Nun soll die CIA Mitarbeiter(innen) von Senatoren abgefischt haben, weist aber die Vorwürfe zurück. Die Senatoren sind davon nicht überzeugt. Erinnern sie sich an den Meineid der NSA? Da wurde wissentlich und vorsätzlich unter Eid gelogen. Edward Snowden hat durch Veröffentlichung entsprechender Dokumente die Falschaussage unter Eid bewiesen. Wurde dies geahndet?

2. Der Leiter einer Behörde wurde vor den Innenausschuss geladen und antwortete auf Fragen. Hinterher kam etwas heraus, über das der Behördenleiter scheinbar nicht informiert hatte, denn eine entsprechend ungeheuerliche Frage war nicht gestellt worden. Ein Spitzenbeamter des BKA hat Verbotenes bestellt und sich strafbar gemacht. Über die Freistellung vom Dienst und die Beendigung der Tätigkeit gibt es unterschiedliche Darstellungen. Ruft ihn doch einfach mal an! Herr Gabriel hat es empfohlen, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration. –

„Richter zweifelt am Rechtsstaat“, titelte der „Weser-Kurier“ vom 3. März 2014. Er und seine Familie wurden von einem Rechtsextremisten bedroht und erhielten Polizeischutz. Heute lebt dieser Rechtsextremist unter dem Decknamen „Tarif“ in Schweden. Er hat sich dort ein kleines Haus gekauft – finanziert aus Steuergeld? Als er von Reportern dort aufgesucht wurde, war er zu keiner Auskunft bereit. Er soll aber weiterhin die Verbindungen zu den „Kameraden“ pflegen. Es wurde nicht klar, wovon dieser Mensch jetzt seinen Lebensunterhalt bestreitet.

Der Amtsgerichtsdirektor hat nun erfahren, dass der damalige NPD- Kandidat ein V-Mann des Verfassungsschutzes war. Der bereits mehrfach Vorbestraft wurde voll vom **Geheimdienst** finanziert. „Von Dolsperg hatte 1999 in der von ihm herausgegebenen neonationalsozialistischen Zeitschrift ‚Sonnenbanner‘ das Konzept einer ‚Zellenstruktur‘ im Untergrund umschrieben, das nahezu 1:1 vorwegnahm, was sich später in der Mordserie des NSU manifestieren sollte. Einige Inhalte des ‚Sonnenbanners‘, dessen Publikation zumindest teilweise mit Verfassungsschutzmitteln finanziert worden sein soll, trugen von Dolsperg und seiner Frau Cordula Verurteilungen wegen Volksverhetzung ein.“

Er erhielt trotzdem Staatsknete für seine Aktionen in Hannoversch Münden! Die Akte des V-Mannes „Tarif“ wurde „versehentlich“ geschreddert. Ist damit die Sache erledigt? Was ist mit der Verantwortung des Verfassungsschutzes? Ich hoffe, der Richter schafft Klarheit! Der Fall liefert ein weiteres Argument für die Auflösung des Verfassungsschutzes.

3. Wer glaubt, dass Banken jetzt sicherer sind und sich nunmehr an Regeln halten, oder dass ein Rettungsschirm für Banken nicht mehr nötig ist, bekommt in der Reportage „Banken ohne Regeln“ aufgezeigt, dass diese Regeln noch nicht gefunden sind. Noch trägt der Steuerzahler das größte Risiko. –

Die Bundesregierung wollte alles, was im Koalitionsvertrag steht, ohne Steuererhöhung bezahlen und die Schulden reduzieren. Diese Rechnung geht nicht

auf, allerdings werden statt Milliardären die Arbeitnehmer zur Kasse gebeten: Die Bundesregierung kürzt zur **Haushaltskonsolidierung** den diesjährigen Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung um 2,5 Milliarden Euro.

Sie geht davon aus, dass die das überhaupt nicht „merken“, weil die Kürzung über den Verschiebebahnhof Gesundheitsfonds abgefedert werden soll. Die Krankenkassen beziffern die Kürzung des Bundeszuschusses mit sechs Milliarden Euro für 2014 und 2015. Sie halten Beitragserhöhungen für möglich. Die SPD ist gegen diese Art der Haushaltssanierung. Wie sieht ihre Gegenwehr aus? –

Auch die Enthaltung beim Gen-Mais stand der Vereinbarung im Koalitionsvertrag entgegen, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration. Hier hat die SPD eine mutige Abgeordnete: Frau Drobinski-Weiß hat klare Antworten auf unbequeme Fragen gegeben. „Die abschließende Frage, ob der BUND Recht hat mit der Aussage, die Regierung habe auf ganzer Ebene versagt, bestätigte sie ohne Zögern mit einem klaren ‚Natürlich! ‘.“ Wie will uns die SPD vor dem tatsächlichen Anbau bewahren?

4. Mietkautionen sind nach der letzten Änderung des SGB II als Darlehn zu gewähren. Es ist während der Erwerbslosigkeit mit zehn Prozent vom Regelsatz zu tilgen. Das Sozialgericht Berlin hat am 22. Februar 2013 unter Aktenzeichen S37 AS 25006/12 (kein Schreibfehler!) begründet anders entschieden. Die Klägerin hätte für das Darlehn 28 Monate auf Teile ihrer Grundsicherung verzichten müssen:

„Außerdem sei der Klägerin eine Tilgung des Darlehens mit dem Mehrbedarf für Alleinerziehende zumutbar, wodurch sich der Tilgungszeitraum auf acht Monate verkürze. Hiergegen richtet sich die am 25. September 2012 beim Sozialgericht Berlin erhobene Klage. Die Klägerin beruft sich auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Regelbedarf, wonach eine vorübergehende Kürzung der Regelleistungen zum Zweck der Tilgung von Darlehen für zusätzliche Bedarfe (1 BvL 1/09 Randnummer 150) nicht zu beanstanden sei. Daraus könne geschlossen werden, dass eine nicht nur vorübergehende Kürzung der Regelbedarfe nach §§ 20 bis 23 SGB II um Bedarfe nach § 22 SGB II gegen den Grundsatz der Gewährleistung des Existenzminimums verstoße.“

Das Gericht hat die Tilgungsverpflichtung während der Erwerbslosigkeit aufgehoben. In der Begründung steht, dass ein Erwerbsloser damit schlechter behandelt wird als ein Straftäter im Pfändungs- oder Zwangsvollstreckungsrecht:

„Müsste sie in dieser Situation über Monate hinweg auf zehn Prozent des Regelbedarfs verzichten, wäre sie schlechter gestellt als ein Schuldner im Pfändungs- oder Zwangsvollstreckungsrecht (BGH vom 25. Oktober 2012 – VII ZB 31/12), dem sogar als Täter einer unerlaubten Handlung das soziokulturelle Existenzminimum verbleibt (BGH vom 13. Oktober 2011 – VII ZB 7/1: ‚Der Gesetzgeber, der jedem nach dem Sozialstaatsgebot ein menschenwürdiges Existenzminimum sichern muss, hat in § 850f Absatz 2 Zivilprozessordnung bestimmt, dass dem Schuldner einer Forderung aus einer vorsätzlich begangenen

unerlaubten Handlung so viel zu belassen ist, wie er für seinen notwendigen Unterhalt bedarf. Dem notwendigen Lebensunterhalt gleichzusetzen sind die Regelleistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, die nach der Wertung des Gesetzgebers das „soziokulturelle“ Existenzminimum darstellen.‘).“

Das Gericht hat darüber hinaus die Frage aufgeworfen: „Muss eine größere Wohnung beziehungsweise eine höhere Kaution wegen in der Bedarfsgemeinschaft lebender Kinder aufgewandt werden, ist umgekehrt zu prüfen, ob zumindest den Kindern als Beziehern von Sozialgeld und kopfteiligen Wohnungsnutzern eine anteilige Kaution als Zuschuss gewährt wird, um hierüber die Tilgungslast auf die Eltern als erwerbsfähige ALG-II-Bezieher zu beschränken.“

Damit ist klar, Bedarfsgemeinschaften mit Kindern ist ein Teil der Kaution als Zuschuss zu gewähren und somit nicht rückzahlbar. Mit anderen Ansätzen und ausführlicher Darlegung zur Mietkaution entfaltet bereits der Widerspruch gegen die Rückzahlungsverpflichtung die Einstellung der Regelsatzkürzung für die Darlehnsrückzahlung. In der Verwaltungsanweisung Bremens hat dieses Urteil keine Berücksichtigung gefunden. Abhilfe schafft ein Widerspruch gegen den entsprechenden Bescheid.

5. Gewalt auf Demonstrationen wird politisch befohlen, so meine Meinung. Aktuell sind neue Fragen rund um den Polizeieinsatz bei „Stuttgart 21“ und die Rolle der Politik aufgetaucht. Demzufolge soll der damalige Ministerpräsident Mappus die Polizeiführung zu rigidem Vorgehen angewiesen und damit gedroht haben, andernfalls Polizeikräfte aus einem anderen Land zu holen. Die „Stuttgarter Zeitung“ stellt es etwas anders dar. Die Staatsanwaltschaft wird den Sachverhalt hoffentlich aufklären. –

Auf der 439. Bremer Montagsdemo habe ich über die Abweisung des „Monitor“-Teams vom WDR berichtet: „Wie bayerische Abgeordnete Steuermittel missbrauchen“. Der Prüfbericht des Rechnungshofes wurde inzwischen von der Präsidentin des Bayerischen Landtags bearbeitet, fristgerecht nach der Bundestagswahl: „Für die Landtagsabgeordneten, die im Zuge der Verwandtenaffäre in die Schlagzeilen geraten waren, beginnt das neue Jahr erfreulich: Landtagspräsidentin Stamm fordert kein Geld von ihnen zurück“. Für Rückforderungen gibt es keine Rechtsgrundlage. Ob der Oberste Rechnungshof die Antwort akzeptiert, wird sich nach der Landtagswahl zeigen. Die nächste „Monitor“-Sendung ist am 13. März 2014 um 22:15 Uhr. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Ich bin kein Sozialschmarotzer“: Fußballboss Hoeneß hinterzieht ~~18,5~~ ~~23,7~~ 27 Millionen Euro Steuern, spendet fünf Millionen und lässt sich jahrelang als Wohltäter feiern *(„Spiegel-Online“)*

Kriegen die jetzt alle Mindestlohn, oder warum explodieren die Verwaltungskosten der Jobcenter?

1. Eine Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Hartz-IV-Bezieher „nicht generell faul, antriebsarm oder unsozial“ seien. Eigentlich ist die Fragestellung an sich schon eine Frechheit, eine sich selbst widerlegende **Diskriminierung**, mittels derer jedoch ein gewolltes Stigma haften bleibt. Oder käme normalerweise jemand auf die Idee, danach zu fragen, ob alle Hausfrauen, Bürgermeister, Pfarrer oder Student(inn)en solchen negativen Attributen entsprächen? Für die Untersuchung wurden anonymisierte Daten von 133 Arbeitssuchenden aus dem Jobcenter Kaufbeuren mit denen von 274 Sachbearbeitern und Fachkräften verglichen, die den BIP-Fragebogen zur „persönlichen Standortbestimmung“ beantwortet hatten.

Mir fällt auf, dass die Erwerbslosen mit doppelt so vielen Sachbearbeitern verglichen werden. In den berufsbezogenen Skalen Leistungsmotivation, Verträglichkeit, Freundlichkeit und Begeisterungsfähigkeit zeichnen sich zwischen der Gruppe der Erwerbslosen und jener der Berufstätigen keine statistisch bedeutsamen Unterschiede ab. Allerdings würden die Arbeitssuchenden in den BIP-Skalen Teamorientierung, Führungsmotivation und Wettbewerbsorientierung deutlich geringere Werte als die Vergleichsgruppe zeigen. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass Arbeitssuchende insgesamt stärker Einzelarbeit der Teamarbeit vorzögen, weniger darauf aus seien, andere zu führen, Anweisungen zu geben sowie in berufliche Wettbewerbe einzutreten.

Vor diesem Hintergrund könnten die Befunde genutzt werden, Ursachen herauszufinden und über Ansatzpunkte zur Beratung nachzudenken. Soll ich daraus schließen, dass die Erwerbslosen selbst schuld an ihrer Situation seien, und dass sie arbeitslos wurden, weil sie eben lieber allein arbeiten als in der Gruppe und ihnen auch Führungsqualitäten fehlten? Natürlich kommt niemand auf die Idee, dass Erwerbslose ausgegrenzt werden, weil sie nicht an der Gesellschaft teilhaben können. Als Ausgeschlossene haben sie selten jemanden, den sie führen könnten, und während ihrer Verfolgungsbetreuung durch die Jobcenter dürften sich kaum als Teil eines Teams fühlen. Übrigens sind Hartz-IV-Bezieher manchmal ebenso faul wie jeder andere Mensch auch!

2. Der „Deutsche Mieterbund“ fordert, dass die von der Bundesregierung angekündigte „Mietpreisbremse“ schnellstmöglich umgesetzt wird, weil neue **Mieten** inzwischen bis zu 36 Prozent höher seien als Bestandsmieten. In sechs der untersuchten Städte liegen die sogenannten Wiedervermietungswerte durchschnittlich über 30 Prozent höher als die ortsübliche Vergleichsmiete, sodass auch die Bestandsmieten durch hohe Neumieten steigen können. Der „Mieterbund“ fordert den Bau von mehr Sozialwohnungen, um der ständig wachsenden Nachfrage nach Wohnungen in Groß- und Universitätsstädten gerecht zu werden. Die Bundesregierung müsse die angekündigte Regelung kurzfristig umsetzen, wonach Wiedervermietungsmieten künftig höchstens zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete vereinbart werden dürfen. Andernfalls würden Umzüge und Zuzüge in viele Städte unbezahlbar.

3. In Berlin sind die Verwaltungskosten der zwölf **Jobcenter** für Personal, Sachkosten und Gebäude pro arbeitslosem Hartz-IV-Bezieher um fast 60 Prozent gestiegen: von 691 Euro im Jahr 2008 auf 1.091 Euro 2013. Bundesweit gab es ebenfalls ein Plus, das aber mit gut 20 Prozent bei Weitem nicht so stark ausfiel. Weil in Berlin im gleichen Zeitraum die Zahl der zu betreuenden Hartz-IV-Bezieher um knapp 30.000 sank, wuchsen die Verwaltungskosten pro Leistungsbezieher also noch stärker an. Inzwischen sind die Verwaltungskosten der Berliner Jobcenter mit 456 Millionen Euro sogar deutlich höher als der sogenannte Eingliederungstitel mit 335 Millionen, aus dem Schulungen, Weiterbildungskurse, Coachings oder Ein-Euro-Jobs finanziert werden.

Die Bundesagentur für Arbeit begründet die Explosion der Verwaltungsbudgets vor allem mit gestiegenen Personalkosten, weil eine persönliche Betreuung der Arbeitslosen womöglich mehr bringe, als die Menschen in den x-ten Computerkurs zu schicken. Als jedoch der Piraten-Abgeordnete Alexander Spies jüngst die Berliner Arbeitsverwaltung fragte, wofür die Behörde das Geld im Verwaltungsbudget ausgebe, blieb diese ihm eine Antwort schuldig. Klar ist nur, dass die Erwerbslosen auf der Strecke bleiben, wenn ihnen die gewünschte Fortbildung nicht genehmigt wird, weil das Geld für Verwaltung oder obskures Einzelcoaching ausgegeben wurde. Schade eigentlich, dass dadurch nicht auch automatisch die Arbeitsplätze nachwachsen, für die Erwerbslose angeblich fit gemacht werden!

4. Dass es hierzulande immer mehr **Nichtschwimmer** gibt, verwundert nicht, weil nach Recherchen der DLRG seit 2007 in Deutschland fast 300 Bäder geschlossen wurden. Derzeit seien über 500 vom Aus bedroht. Während Ende der 1980er-Jahre mehr als 90 Prozent der Viertklässler das Freischwimmerabzeichen erreichten, sind es derzeit bundesweit gerade noch 50 Prozent. In den Städten und Gemeinden wird wieder mal am falschen Ende gespart. Klar, dass die Eintrittspreise in den verbleibenden Bädern ansteigen und für Erwerbslose und ihre Kinder immer unerschwinglicher werden.

5. Am Samstag haben wir den Internationalen Frauentag begangen. Neben vielen Festen und Veranstaltungen ist jedes Jahr unverändert neu anzuprangern, dass **Frauen** immer noch etwa 22 Prozent weniger verdienen als Männer und dass sie im Alter erheblich ärmer sind. „Armut ist eine Frau“, heißt eine Kampagne, die letzte Woche von Bildungs- und Frauendezernentin Sarah Sorge (Grüne) in Frankfurt vorgestellt wurde. Das sei „keine Schuld der Frauen, sondern der Gesellschaft, der Politik und auch der Männer“. Es müsse ein Bewusstsein für jene Strukturen geschaffen werden, die Frauen arm machen, um Armutsrisiken zu erkennen und zu vermeiden.

So entschieden sich Frauen oft für schlecht bezahlte Tätigkeiten, und die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger werde überwiegend von Frauen getragen. Sorge forderte, dass unbezahlte Arbeit ebenso wie die bezahlte gerechter verteilt werden müsse. Trennung und Scheidung seien mit dem geltenden Unterhaltsrecht zu einer großen Armutsfalle geworden. Nicht nur im fernen Indien werde Frauen Gewalt angetan, auch in Europa werde jede dritte Frau ein Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt. Unter 20 Frauen wurde im Durchschnitt eine bereits Opfer von Vergewaltigung. Zu viele Frauen leiden in Europa. Körperliche, sexuelle und psychische Gewalt gegen Frauen ist eine gravierende Menschenrechtsverletzung, die in allen EU-Mitgliedstaaten anzutreffen ist.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ein-Euro-Drehtür klemmt: Frauenbeschäftigungswunder erhält von der Dehoga keine Arbeitsplatzvernichtungsunbedenklichkeitsbescheinigung *(„Quirl“)*

Musterprozess gegen die Benachteiligung arbeitsloser Menschen

Am **Freitag**, dem **14. März 2014**, findet um **10 Uhr** mein **Prozess** gegen die **Rentenversicherung** Oldenburg-Bremen statt (**Sozialgericht**, Am Wall 198, Saal 9). Ich würde mich über zahlreiche Unterstützung freuen! Ich klage gegen die Rentenversicherung, die meine Rente für die Zeit der Arbeitslosigkeit zurückfordert: 4.169,65 Euro für die Zeit vom 1. März 2011 bis zum 31. Mai 2012. Sie verlangt das Geld zurück, obwohl ich deutlich unter der Hinzuverdienstgrenze lag.

Dem liegt eine ungerechte, arbeitslose Menschen benachteiligende Auslegung des § 96a SGB VI zugrunde. Darin wird nicht der reale Betrag des Arbeits-

losengeldes – in meinem Fall 740 Euro – als Bemessungsgrundlage genommen, sondern das Bruttogehalt drei Jahre früher. Der Prozess hat dadurch einen grundlegenden Charakter für zahlreiche Arbeitslose. In meiner Klageschrift vom 29. November 2012 begründe ich dies ausführlich. Ich habe in der Zeit vom 17. Dezember 2010 bis zum 15. Juni 2012 Arbeitslosengeld in Höhe von 740,10 Euro monatlich von der Agentur für Arbeit bezogen. Dieser Betrag liegt deutlich unter der Hinzuverdienstgrenze von 1.145,43 Euro.

Die dabei gewählte Bemessungsgrundlage meines Bruttogehalts von 1.800 Euro ist fiktiv und hat mit dem realen Hinzuverdienst von 740,10 Euro nicht das Geringste zu tun. Dieses Bruttogehalt liegt drei Jahre zurück. Es konnte erzielt werden, als ich noch voll erwerbsfähig war und meinen Beruf als Drucker ausüben konnte. Das hat sich seit dem Bandscheibenvorfall im Juli 2009 geändert. Diese erhebliche gesundheitliche Einschränkung hat zu einer Berufsunfähigkeit geführt, die auch damit verbunden ist, dass ich das damalige Lohnniveau nicht mehr erreichen kann. Die Gewährung von Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung ab dem 1. Dezember 2009 entspricht dieser gesundheitlichen und beruflichen Einschränkung.

Wenn ich in diesem Zeitraum in einem Beschäftigungsverhältnis 740,10 Euro verdient hätte, wäre mir die Teilerwerbsrente nicht verweigert worden, denn mit circa 1.100 Euro brutto hätte ich unter der Hinzuverdienstgrenze gelegen. Somit liegt hier eindeutig eine Benachteiligung von arbeitslosen Menschen vor. Daher ist die Zugrundelegung des Bemessungsentgelts nach § 96a SGB VI verfassungswidrig. Das widerspricht der Gleichbehandlung, die im § 3 des Grundgesetzes und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verlangt wird.

Die bisherige Rechtssprechung geht davon aus, dass eine „Überversorgung“ vermieden werden soll, die auftreten kann, wenn mit Erwerbsminderungsrente und ALG höheres Einkommen erzielt wird als durch tatsächliche Beschäftigung. Das trifft aber nur in Einzelfällen zu, wenn eine hohe Rente erreicht wird. Diesen Einzelfällen steht eine wachsende Zahl relativ armer Rentner(innen) entgegen. Das wird auch mit den Zahlen der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ nachgewiesen.

In ihrer Studie vom 18. August 2011 stellt sie fest, dass sich die Erwerbsminderungsrenten „im Sinkflug befinden“. Im Land Bremen lagen die neu bewilligten Erwerbsminderungsrenten 2010 durchschnittlich bei 556 Euro monatlich und somit fast 20 Prozent niedriger als im Jahr 2000. In meinem Fall wurden 276,88 Euro monatlich bewilligt und bezahlt. Von einer „Überversorgung“ kann keine Rede sein! Die Auslegung des § 96 a SGB VI ist durch die wachsende Altersarmut nicht mehr zeitgemäß und bedarf einer Erweiterung.

Harald Braun

Der „Aktionskreis Wohnungsnot“ und die „Obdachloseninitiative der Nordbremer Kirchengemeinden“ laden ein zum **Rundgespräch** über **Armut** und **Reichtum** mit Oberbürgermeister **Böhrnsen** am **19. März 2014** um **19:30**

Uhr in der Methodistischen Kirche **Vegesack**, Georg-Gleistein-Straße 1.

Das sollte Gazprom-Schröder nicht sagen dürfen: Das Assoziierungsangebot der EU hat die kulturelle Spaltung der Ukraine vertieft und den Konflikt mit Russland angeheizt *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

464. Bremer Montagsdemo am 17. 03. 2014

Hartz IV ist keine Grundsicherung, weil sich davon nur vegetieren lässt

1. Nach einer Studie der „Bertelsmann-Stiftung“ sind 39 Prozent der Alleinerziehenden auf Hartz IV angewiesen, bei den Paar-Familien sind es mit nur sieben Prozent fünfmal weniger. Die Zahl der „Ein-Eltern-Familien“ nahm seit 1996 um ein Viertel zu; in Deutschland wachsen 2,2 Millionen Kinder in Familien mit nur einem Elternteil auf. Rund 1,9 Millionen Kinder sind hierzulande von Hartz IV betroffen. Jedes zweite davon lebt in einer sogenannten Ein-Eltern-Familie, in denen in neun von zehn Fällen die Mutter alleinerziehend ist.

Schuld an dem Problem sei vor allem eine Politik, die die hohe Belastung durch Beruf, Erziehung und Haushalt nicht ausreichend berücksichtigt. Die Reformen der vergangenen zehn Jahre im Unterhalts-, Steuer- und Sozialrecht hätten den finanziellen Druck auf **Alleinerziehende** verschärft. Seit der Unterhaltsreform von 2008 können Alleinerziehende kein Geld mehr für die Erziehungsarbeit von ihrem Ex-Partner bekommen, wenn das Kind älter als drei Jahre und ein Betreuungsangebot verfügbar ist. Außerdem würden in zwei Dritteln der Fälle Unterhaltszahlungen vereinbart, die unterhalb des Existenzminimums liegen, und nur für jedes zweite Kind werde der vereinbarte Unterhalt tatsächlich gezahlt.

Alleinerziehende werden fast so hoch besteuert wie Singles, statt ihnen jetzt analog zum Ehegattensplitting eines für die Kinder zu schaffen. Sozialpolitische Maßnahmen wie der Kinderzuschlag kämen erst gar nicht bei den Alleinerziehenden an, weil dieser nur von Eltern in Anspruch genommen werden kann, die mit ihrem Einkommen das Existenzminimum ihres Nachwuchses nicht zu decken vermögen. Bei Alleinerziehenden würden aber der Kindesunterhalt und der Unterhaltsvorschuss als Einkommen behandelt, sodass die Leistung meist gar nicht oder nur in geringer Höhe in Anspruch genommen werden könne.

Auch die Kindergelderhöhungen der letzten Jahre kommen bei vielen Alleinerziehenden ebenso wenig an wie bei den Kindern von Hartz-IV-Beziehern: Wenn die Familie von Hartz IV „lebe“ oder Unterhaltsvorschuss beziehe, werde das Kin-

dergeld vollständig angerechnet. Paradoxerweise bleiben also genau die Familien ausgespart, die dringend Unterstützung benötigten. Die Stiftung rät, beim Unterhaltsvorschuss die Begrenzung von Alter und Bezugsdauer abzuschaffen und den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende im Steuerrecht deutlich zu erhöhen.

2. In Deutschland sind fast 600.000 **Niedriglöhner** zusätzlich auf Hartz IV angewiesen, weil besonders die in Ballungszentren steigenden Mieten immer unbezahlbarer werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist aber tatsächlich davon überzeugt, dass der geplante Mindestlohn von lächerlichen 8,50 Euro brutto die Zahl der Betroffenen senken könne. Dabei weiß sonst jeder, dass viele der Gruppen, für die der Mindestlohn eigentlich gedacht war, davon ausgeschlossen werden sollen, zum Beispiel Minijobber, Ernthelfer und Praktikanten, Rentner und neuerdings auch Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr, also bis zum Ende der Schulpflicht.

Klar ist nur, dass Bund und Kommunen 2012 die zu niedrigen Einkünfte der sozialversicherungspflichtigen Dumpinglöhner mit rund 3,9 Milliarden Euro aufstocken mussten, wovon 58 Prozent auf die Kosten der Unterkunft entfielen. Mitte 2013 wurden rund 586.000 Beschäftigte, davon gut 218.000 Vollzeitarbeiter, mit einem sozialversicherungspflichtigen Job gezählt, die weniger als das Existenzminimum verdienten. Allein für die Vollzeitbeschäftigten summierte sich die aufstockende staatliche Unterstützung im Jahr 2012 auf rund 1,8 Milliarden Euro. Da die Kommunen zu mehr als zwei Dritteln für die Kosten der Unterkunft geradestehen müssen, sind sie besonders belastet.

Wenn diese Studie zu dem herzallerliebst rosigen Schluss kommt, dass Hartz IV am Ende nicht nur ein Sicherungssystem für Erwerbslose sei, sondern „in relativ hohem Maße“ auch für Niedrigverdiener, dann frage ich mich, ob die Damen und Herren überhaupt wissen, wovon sie da reden. Hartz IV ist keine Grundsicherung, weil sich davon nur vegetieren und nicht der Lebensunterhalt bestreiten lässt – egal ob als Erwerbsloser, Dumpinglöhner oder als Kind der Betroffenen!

Solange es keinen echten Mindestlohn ausnahmslos für alle gibt, von dem es sich tatsächlich anständig leben lässt, dürfen sich Dumpinglohn zahlende Unternehmen auf Kosten der Steuerzahler ungeniert als Sozialschmarotzer bereichern. Solange die Bundesregierung es unterlässt, eine Begrenzung für die explodierenden Mieten zu verfügen, können sich Hausbesitzer auf Kosten der Kommunen und der Mieter äußerst unsozial bereichern. Wir sehen immer wieder, wen die Regierung wirklich vertritt!

3. Aus einer aktuellen Untersuchung des Robert-Koch-Instituts geht hervor, dass es einen Zusammenhang zwischen der finanziellen Situation und der Gesundheit gibt. So geht ein niedriges Einkommen häufig mit einem erhöhten Gesundheitsrisiko und einer verringerten **Lebenserwartung** einher. Die mittlere Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppe mit dem geringsten Einkommen bei Frauen sei um mehr als acht Jahre und bei Männern sogar um knapp elf Jahre verringert im Ver-

gleich zu der am besten verdienenden Gruppe. Ebenso sei das Risiko für schwere Erkrankungen wie psychische Beeinträchtigungen oder Herzinfarkt bei den armen Menschen doppelt bis dreifach höher als bei Wohlhabenden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Warten auf den Nikolaustag: Auf der Liste der dieses Jahr zu erledigenden Verfahren belegt die Vorlage des Berliner Sozialgerichts, in der die Verfassungsmäßigkeit der Hartz-IV-Regelsätze bezweifelt wird, Platz 28 von 31 *(Bundesverfassungsgericht)*

Das Ergebnis der Bremer „Joboffensive“ ist niederschmetternd

1. Bremen und die anderen norddeutschen Länder haben den Bock zum Gärtner gemacht: Die Mutterfirma des von ihnen beauftragten IT-Unternehmens CSC arbeitet sehr umfangreich für die NSA. Der „Weser-Kurier“ titelte „Unter **Spionageverdacht**“. Staatsrat Henning Lühr betont, er habe bei Vertragsabschluss mit CSC nichts von den Aktivitäten der Mutter gewusst hat. Am 15. November 2013 hat der NDR darüber berichtet. Hat der Bund, haben die Länder reagiert? Was hat die beauftragte Firma Dataport gemacht?

Die Stellungnahmen im Artikel betonen, dass keine Daten einsehbar waren. Es fehlt die Aussage zur Zukunft. Was ist mit Hintertüren, die einen Zugriff unerkannt ermöglichen? Die USA haben die Informationstechnik weltweit als „Kriegsschauplatz“ eingestuft. Erstellen lassen sich auch „Schläferprogramme“. Wenn beispielsweise Daten vom Einwohnermeldeamt zwecks Mobilmachung zum Kreiswehrersatzamt, pardon: zum „Karrierecenter der Bundeswehr“ gehen sollen, kann mit einer Weichenstellung die Veränderung aller Adresssätze erfolgen. Die NSA hat es nicht nur auf die Abfischung der aktuellen Daten abgesehen, sondern auch auf Einfallstore für Datenbanken und IT-Prozesse. „Ich kann augenblicklich leider keine Auskunft erteilen, unser Computersystem ist ausgefallen“: Auch dies kann weltweit vorbereitet werden.

2. Der US-Senat macht Front gegen den **Geheimdienst** CIA: Den Senatoren fehlen Unterlagen. Mitarbeiter(innen) sollten aus dem von der CIA zur Verfügung gestellten Material eine Analyse erstellen. Dabei wurde jetzt festgestellt, dass von

der CIA herausgegebene Dokumente unauffindbar sind; sie sind einfach von den Rechnern verschwunden. Das Thema der Analyse sind die geheimen Gefängnisse und die Behandlung der Befangenen. Ausschlaggebend war die Information, dass Videos über Befragungen und Folter von einem CIA-Mitarbeiter vorsätzlich vernichtet wurden. Letzte Woche war das Abfischen nur ein Verdacht, jetzt haben die Senatoren Gewissheit. Und der Chef der CIA? Er sagt: „So was machen wir nicht!“ Doch dass die jetzt unauffindbaren Unterlagen einst vorhanden waren, können die Senatoren beweisen, weil von den wichtigsten Passagen ein Ausdruck erstellt wurde!

3. In Brüssel werden die Verhandlungen zum **Freihandelsabkommen** mit den USA fortgeführt. Von Information und Einbindung der Bevölkerung halten diese Verhandlungsführer noch immer nichts, selbst Politiker erhalten keine Auskunft. Der „Deutsche Industrie- und Handelskammertag“ sieht mögliche Nachteile für deutsche Unternehmen insgesamt. Am stärksten benachteiligt werden kleine Betriebe, die Macht der Konzerne wird gesteigert.

Die Meinung des DIHK war nur eine kurze Meldung in den Nachrichten, auch auf der eigenen Website steht nichts davon. „NSA-Affäre: EU-Parlament droht mit Aus für Freihandelsabkommen“, titelt der „Spiegel“. Das deutliche Abstimmungsergebnis von 544 Stimmen für die Resolution drückt auch das Selbstverständnis Europas aus.

4. Japan leitet jeden Tag radioaktiv verseuchtes Wasser ins Meer. Ein Ende ist nicht absehbar und scheinbar auch nicht geplant. Noch immer werden täglich Tausende Kubikmeter verstrahltes Wasser in das Meer eingeleitet. Der Betreiber spart noch heute am eingesetzten Material. Die Wassertanks sind die billigsten, die zu haben waren, und total ungeeignet, weil sie lecken. Aber auch Atommüll wurde früher fassweise im Meer versenkt. Die Fässer sind inzwischen teilweise durchgerostet. Wir kennen die Atomunfälle der Vergangenheit, den laschen Umgang mit der Verstrahlung bei der Wiederaufbereitung, die Ignoranz des Betreibers hinsichtlich der Reaktorsicherheit. Vor 1.000 Jahren gab es an dieser Stelle schon mal einen Tsunami, doch dem Betreiber war die Absicherung gegen eine Riesenwelle einfach zu teuer. Die Politik hat es abgenickt.

Auch Deutschland spart. Verstrahlte Lebensmittel dürfen nicht in den Verkauf. Für Lebensmittel aus Japan gelten 100 Becquerel pro Kilogramm als Risikogrenze. Durch die Katastrophe von Tschernobyl verstrahlte Lebensmittel dürfen bis zu einer Belastung von 600 Bq/kg verkauft werden. Damals wurde die Belastungsgrenze festgesetzt, um überhaupt Lebensmittel anbieten zu können. Wildschweine mit über 600 Bq/kg werden von Deutschland aufgekauft. Wäre auch diese Grenze auf die verträglicheren 100 Bq/kg begrenzt wäre, würden die Kosten für den Ankauf von verstrahlen Lebensmitteln sprunghaft ansteigen. Es ist heute ein Ausgabeposten über mehrere Millionen Euro pro Jahr.

In der Sendung „Leschs Kosmos“ werden die Risiken verständlich aufgezeigt. Die Sendung „Strahlende Zukunft: Das Spiel mit dem Risiko“ wird auf „ZDF Info“ wiederholt. Sendetermine sind am 20. März 2014 um 23:55 Uhr, am 24. um 6:45 Uhr, am 27. um 0 Uhr. Allein diese Sendezeiten zeigen, wie brisant dieser Beitrag ist: Wer ihn sieht, will die **Atomkraft** nicht mehr! Der Film zeigt auch, wie für Profit an der Sicherheit gespart wird, und dass diese Fehlentscheidungen von der Politik gedeckt werden. Die Schwächsten müssen dies ausbaden, sie werden krank! Die Verseuchung endet auch nicht an Japans Grenzen: Die Verstrahlung hat in einer ersten Welle die Küste der USA erreicht.

5. Die Bremer „Frauenbetriebe Quirl“ müssen ihre Stadtteilcafés und Mensen schließen, weil diese nicht „zusätzlich“ sind. Damit ist „Quirl“ am Ende. Die „**Zusätzlichkeit**“ war zu keiner Zeit gegeben. Die jetzige Geschäftsführerin hat bereits vor dem „Ein-Euro-Tribunal“ der „Blauen Karawane“ bestätigt, dass eigentlich alle Ein-Euro-Beschäftigungsverhältnisse nicht „zusätzlich“ sind. Sie war damals bei der „Bremer Arbeit“ zuständig für die Verträglichkeitsprüfung der Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten. Dass „Quirl“ nun geht, hinterlässt in den Quartieren bestimmt eine schmerzliche Lücke.

Wer einen Ein-Euro-Job macht, der nicht zusätzlich ist, kann den Tariflohn für diese Arbeit einklagen. Dabei werden die Sozialleistungen angerechnet. Die Klage richtet sich nicht gegen den Beschäftigungsträger und auch nicht gegen das Jobcenter. Stattdessen muss die Freie Hansestadt Bremen diese Zeche zahlen, inklusive der Beiträge zur Rentenversicherung. Klagen kann jede(r) Ein-Euro-Jobber(in), denn eigentlich war und ist kein Ein-Euro-Job zusätzlich. Beklagbar sind alle Zeiträume, die mit einem Antrag auf Überprüfung noch erreichbar sind. Wie dies geht? Wir gehen mit! Die Politik hat auf die Gerichtsurteile reagiert, die Ein-Euro-Jobs immer weiter zurückgefahren und „auf Bürgerarbeit umgestellt“.

6. In Bremen hat die Senatorin für Soziales der zuständigen Deputation einen Zwischenbericht über den Stand der „Joboffensive“ vorgelegt. Erstellt wurde dieser Bericht vom Senator für Häfen et cetera. Auf der Seite zur 441. Bremer Montagsdemonstration stehen Anmerkungen zum vorherigen Bericht, in der Vorwoche die Erfolge dieser „Joboffensive“: Zum 30. Juni 2013 war bereits ein Viertel der Projektzeit vergangen – ohne *eine* **Vermittlung** in Arbeit! Soweit zu den Voraussetzungen. Die sogenannten Neuen sind keine Neulinge, sondern erfahrene Integrationsmitarbeiter(innen) aus anderen Jobcentern. Das Ergebnis ist aus meiner Sicht niederschmetternd und wird schöngeschrieben. Das Jahr 2013 war mit zwölf Monaten in der Planung, die beiden „Anlaufmonate“ waren daraus nicht ersichtlich. Es hat nicht geklappt.

> „Eine Integration liegt vor, wenn eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt, eine voll qualifizierende berufliche Ausbildung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit aufgenommen wird. Pro Berichtsmonat wird je Person maximal eine Integration berücksich-

tigt. Durch die Joboffensivteams sind für das Jahr 2013 nach bisherigem Datenstand rund 3.300 Personen in Arbeit vermittelt worden, vom Jobcenter insgesamt 10.615 Personen. Nach den bisherigen Erkenntnissen sind im Jahr 2013 220 zusätzliche Integrationen erreicht worden. In den nächsten Wochen werden sich diese vorläufigen Zahlen noch erhöhen. Dennoch bleibt in der Gesamtschau auch unter Berücksichtigung der 220 zusätzlichen Integrationen das Ist aller Integrationen von 10.615 (Basis- plus zusätzliche Integrationen) um rund acht Prozent hinter dem Soll von 11.562 Integrationen zurück.

Wenn, wie im Jahr 2013 bundesweit der Fall, die Integrationszahlen aufgrund einer nur noch sehr verhalten positiven bis leicht negativen Arbeitsmarktdynamik (Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, Zugang und Bestand der als offen gemeldeten Stellen) hinter den Erwartungen zurückbleiben, ist es schwer, die zusätzlichen Integrationsziele gegen diesen Trend zu erreichen. Im überregionalen Vergleich wird deutlich, dass dies dem Jobcenter vergleichsweise gut gelungen ist."

Irgendwie stimmt diese Begründung nicht mit den Meldungen der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2013 überein, wobei diese sicherlich geschönt waren. Bremen hat somit zugebuttert, und nicht einmal das Controlling hat geklappt. Wie sähe es aus, wenn die knapp 1,7 Millionen Euro in direkte Beschäftigungsförderung investiert worden wären? Der Bericht über die „Joboffensive" gibt auch keine Erläuterung zur Rückgabe von Fördermitteln zum Jahresende 2013. Sicher ist, dass die Reaktion der Deputierten im Sitzungsprotokoll nicht nachlesbar ist. Leider wie immer!

7. Auf dieser Deputationssitzung wurde auch über die **Jugendfreizeitheime** berichtet. In dem Bericht wird eine erfolgreiche Übergabe an die freien Träger festgestellt. „Erfolgreich" wurde die Jugendarbeit abgefedert: Die Öffnungszeiten der Jugendfreizeitheime und ihre Möglichkeiten gehen immer weiter bergab, aber ganz kontrolliert.

„Das für die Übertragung der Trägerschaft für die städtischen Jugendfreizeitheime an freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe maßgebliche Motiv war ausschließlich fiskalisch begründet. Mit dem Wechsel der Trägerschaft sollte vermieden werden, dass im Bereich der Jugendförderung massive Leistungseinschränkungen durch die personalwirtschaftlichen Einsparvorgaben für den öffentlichen Träger ausgelöst würden. Daher wurde durch Senatsentscheidung sichergestellt, dass durch das Ausscheiden von überlassenem Personal des Amtes für Soziale Dienste freiwerdende Mittel in Zuwendungen für die freien Träger umgewandelt werden sollten. Das ist bis heute Zug um Zug unter Einbeziehung der haushaltsrechtlichen Abstimmungserfordernisse so geschehen. Freiwerdende Stellen von Fachkräften der stadtteilbezogenen Jugendarbeit

können dadurch zeitnah wieder besetzt werden. Die Erwartung größerer Flexibilität wurde durch die Verlagerung der Trägerschaft grundsätzlich eingelöst.

Die Reduzierung des überlassenen Beschäftigungsvolumens hilft Kostensteigerungen zu vermeiden. Die für öffentlich Beschäftigte geltende Tarifbindung für Zuwendungsempfänger führt jährlich zu Kostensteigerungen, die im Rahmen des Personalkostenbudgets des Amtes für Soziale Dienste ausgeglichen werden müssen. Die Höhe der Zuwendungen für freie Träger ist seit 2011 eingefroren. Für freie Träger, die Tarifsteigerungen für eigene Beschäftigte gewähren wollen, müssen Kostensenkungen in anderen Positionen des gedeckelten Stadtteilbudgets vorgenommen werden. In der Regel geht das nur durch Reduzierung von Angeboten und Maßnahmen der Jugendarbeit.

Für das inhaltliche Angebot der jeweiligen Jugendeinrichtungen spielte die Frage der Trägerschaft keine Rolle. Auf der Grundlage des in größeren Abständen zu aktualisierenden Stadtteilkonzepts werden nämlich – zuletzt 2010 – die ermittelten Förderbedarfe der Jugendeinwohner eines Stadtteils vor dem Hintergrund der jeweils dort vorhandenen räumlichen, personellen und finanziellen Möglichkeiten festgelegt. Zuständig hierfür ist das Amt für Soziale Dienste mit einem Controllingausschuss in jedem Stadtteil, der mit jeweils zwei Vertreter(inne)n des Beirates, der freien Träger und des öffentlichen Trägers besetzt ist. Aus der Zuwendungsjahresplanung ergeben sich für die geförderten Einrichtungen und Maßnahmeträger in den Stadtteilen entsprechende konkrete Förderziele. Der beschlossene inhaltliche Vorschlag für eine Jahresplanung bedarf außerdem jährlich der Zustimmung des Beirates, wodurch eine öffentliche Beratung und Bewertung entsteht. Das Leistungscontrolling obliegt dem zuständigen Sozialzentrum des Amtes.“

Damit ist auch klar: Es wird quartierbezogen um den Erhalt gestritten. Was hier nicht steht, ist der tatsächliche Zustand der Jugendarbeit und die Verlagerung von Geld, etwa nach Huckelriede zulasten der Neustadt! Angemessen wären *zusätzliche* Mittel. Hier liegt ein weiterer Knackpunkt der Schuldenbremse. Bremen spart sich kaputt! Wer die Jugend nicht fördert, braucht sich über die Folgen nicht zu wundern, denn es gibt ausreichende Untersuchungen, Berichte und Erhebungen, die solche Folgen beschreiben. Hier wird bewusst zerstört – mit Langzeitwirkung!

8. Mit Langzeitwirkung geschädigt wurden auch die Versicherten der gesetzliche Rentenversicherung: alle Neurentner. Private Vorsorge soll es ausgleichen. Wie sich dies entwickelt hat und wie *daneben* die Alternative ist, zeigt die Sendung „Die Anstalt“ vom 11. März 2014. Im letzten Beitrag werden die Senkung der gesetzlichen **Rente** und die private Vorsorge begreifbar gemacht, außerdem die Schlüsselrolle von Bundeskanzler Schröder zur Rentenaushöhlung und der Anteil

der Deutschen Bank mit ihren Töchtern daran. Auch die Zuordnung der Akteure zu den Finanzkonzernen ist ersichtlich (ab Minute 32:47). Es kommt Schlag auf Schlag: Die Sendung hat einen Überraschungsgast, dem die richtige Darstellung des Sachverhalts rund um die gesetzliche Rente richtig gut tut!

9. Das Magazin „Monitor“ hat am 13. März 2014 hat aufgrund der Vorgänge in der Ukraine unsere Abhängigkeit vom russischen Gas aufgezeigt. Es ist bedrückend, wie auch hier der Bundeskanzler Schröder und andere führende SPD-Politiker diese Lage geschaffen und eventuell davon profitiert haben. Die Beschreibung endet nicht in der Vergangenheit: Die aktuellen Hintergründe zeigen ebenfalls Interessenlagen auf.

Wie **Europa** versagt, sehen wir auch im Beitrag über die Flüchtlinge aus Syrien: „Es wird so getan, als ob die Tische gedeckt sind, aber die Haustür ist fest verschlossen“. Der Beitrag zeigt die Realität, aber die ist änderbar: Statt immer neue Grenzsicherungen zu errichten, muss insgesamt eine lebenserhaltende Regelung gefunden werden! Warum kann nicht bereits in den deutschen Botschaften Asyl beantragt werden? Die Beibehaltung der jetzigen Abschottung macht die Politiker zu Massenmördern, die sterben lassen, nur um nicht aufnehmen zu müssen. Bitte nicht im meinem Namen! Das Mittelmeer wird inzwischen lückenlos überwacht. Warum wird nicht lückenlos gerettet? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das Recht steht nicht auf der Seite arbeitsloser Rentner

Als erstes möchte ich mich für die solidarische Unterstützung vieler Mitstreiter(innen) bei meinem Prozess vor dem Sozialgericht am letzten Freitag bedanken! Das Urteil liegt noch nicht vor, aber nach dem Verlauf der Verhandlung wäre alles andere als eine Ablehnung meiner Klage eine große Überraschung. Die Gerichtsverhandlung war ein Lehrstück für eine sozialfeindliche Gesetzgebung und für eine Rechtsprechung, die sich dieser regierungsamtlichen Leitlinie beugt. Das Gericht machte permanent einen großen Bogen um den Inhalt meiner Klage: die Forderung nach Gleichbehandlung auf der Grundlage des Grundgesetzartikels 3.

In dem Prozess geht es um eine Grundsatzentscheidung, ob die Masse der Teilerwerbsrentnerinnen und -rentner ihren Anspruch auf Rentenzahlung verliert, wenn sie arbeitslos werden und Arbeitslosengeld beziehen. In meinem Fall verlangt die Rentenversicherung 4.169,65 Euro zurück, für 18 Monate meiner Minirente von monatlich 278 Euro. Ich machte von Anfang an deutlich, dass ich diesen Prozess gegen die Diskriminierung nicht nur für mich selbst führe, sondern einer von vielen bin, denen das Recht auf Rente bei Arbeitslosigkeit verweigert wird. Dass seit Einführung der Hartz-Gesetze die Armut massiv zugenommen hat und das sogenannte Jobwunder nur in Leiharbeit und Billigjobs besteht, von denen Millionen nicht leben können: All das sollte nicht Gegenstand der Verhandlung sein.

Aber genau darum geht es. 2011 lagen die bewilligten Erwerbsminderungsrenten im Land Bremen bei durchschnittlich 556 Euro monatlich. Seit den Hartz-Gesetzen befinden sie sich „im Sinkflug“, wie die Studie der „Arbeitnehmerkammer“ nachweist. Es gibt sicherlich einzelne reiche Rentner, die mit dem gleichzeitigen Bezug von Arbeitslosengeld besser gestellt wären als in einem Arbeitsverhältnis. Aber das ist eine seltene Ausnahme. Das konnte und wollte der Richter nicht widerlegen. Er berief sich staatstreu auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, das als Bemessungsgrundlage das frühere Bruttogehalt bestätigt hatte und nicht das real ausbezahlte Arbeitslosengeld, das in meinem Fall mit 740 Euro deutlich unter der Hinzuverdienstgrenze von 1.114 Euro lag.

In dem Musterprozess vor dem Bundessozialgericht am 30. Januar 2008 ging es um den Einzelfall einer hohen Rente, der in der Rechtsprechung unzulässig verallgemeinert wird. In der Begründung heißt es: „Das Abstellen auf das Bemessungsentgelt (früheres Bruttoeinkommen) dient dem Ziel, bei Hinzuverdienst die Renten wegen Berufsunfähigkeit beziehungsweise wegen Erwerbsminderung derart abzusenken, dass beim Vergleich zum Einkommen vor Eintritt des Versicherungsfalls keine Überversorgung eintritt.“ Die „Überversorgung“ soll in meinem Fall darin bestehen, dass ich 740 Euro Arbeitslosengeld und 278 Euro Teilerwerbsrente bekommen habe. Die Bezeichnung Überversorgung empfand der Richter dann doch als „ungeeignet“!

Diese Formulierung des Bundessozialgerichts war ihm sichtlich peinlich, aber ein Leben an der Armutsgrenze störte ihn nicht weiter. Dabei schoss er mit der Frage „Haben Sie die erhaltene Rente verbraucht?“ den Vogel ab und sorgte für Empörung bei mir und den Prozessbesuchern. Offenbar zielte seine Verhandlungsführung auf den grandiosen Vergleich ab, mir eine ratenweise Rückzahlung der erhaltenen Rente anzubieten. Diesen „großzügigen“ Vorschlag hätte ich dankend abgelehnt. Der Prozess macht auch deutlich, dass ich wahrscheinlich durch alle Instanzen muss, um ein neues Grundsatzurteil zu erstreiten. Die bisherige Solidarität macht mir großen Mut, diesen Weg gemeinsam zu gehen!

Harald Braun

Der Kampf um die Abschaffung der Hartz-Gesetze geht weiter!

Diesen Montag fand im Bundestag die Anhörung zur Petition für die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen statt. Petentin Inge Hannemann ist Anhängerin des bedingungslosen Grundeinkommens und leidenschaftliche Gegnerin der Sanktionspraxis der Jobcenter. Solidarisiert haben sich „Die Linke“ und Teile der Grünen, die eine Aussetzung der Sanktionen fordern. Die Petition hatte das Ziel, dass der Bundestag die Sanktionspraxis der Jobcenter in den Ausschüssen und Gremien diskutiert. Wir werden sehen, wie sich die Sache weiterentwickelt. Der Kampf um die Abschaffung der Hartz-Gesetze und für ein bedingungsloses Grundeinkommen geht weiter! –

Widerlich im Fall Hoeneß ist der elitäre Ungeist, der durch die Medien spukt: Da betrügt ein prominenter schwerreicher Ex-Fußballspieler den Steuerzahler um fast 30 Millionen Euro, und die Journale, besser: Kloakenmedien weinen Krokodilstränen wegen der drei Jahre und sechs Monate, die der verurteilte Steuerhinterzieher bekommen hat. Die Sympathie der Bayern-Fans für einen Kriminellen in den eigenen Reihen hat dem Ansehen des Fußballs als Sport schwer geschadet!

Manfred Seitz („Die Linke“)

„Das ist abstoßend und empörend“: Zehn Jahre lang schweigt die „freie demokratische“ Presse eine soziale Bürgerbewegung mit ihren Anliegen tot und lauert stattdessen auf eine Gelegenheit, „Judenfeinde!“ zu schreien *(„Bild“)*

Zu einem Bild auf der Montagsdemo

Liebe Aktive der Bremer Montagsdemo! Auf der letzten Montagsdemo wurde offenbar ein selbstgemaltes Bild aufgestellt, das unter dem Titel „Damals – heute“ einen gelben Davidstern und einen schwarzen sogenannten „Asozialen“-Winkel mit der Inschrift „IV“ zeigt (Unterzeilen: „Stigmatisierung – Verfolgung – Vernichtung“ und „Stigmatisiert – Betreuungsverfolgung – Viele Tote inzwischen“). Es ist bekannt, dass infolge der Hartz-IV-Gesetzgebung bundesweit Betroffene durch Sanktionen, Schikanen, Diskriminierung und staatlich verordnete Anmache zermürbt werden, menschlich verzweifeln, gesundheitlich leiden, ernsthaft erkranken. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen und diese Missstände im öffentlichen Bewusstsein wachzuhalten, bis Hartz IV endlich abgeschafft wird.

Eine Gleichsetzung des Hartz-IV-Regimes mit der systematischen Verfolgung und industriellen Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden im Faschismus ist allerdings völlig unangemessen und empörend geschichtsvergessen. Auch ein Vergleich von Hartz-IV-Härten mit dem Schicksal derjenigen, die in den KZs als sogenannte „Asoziale“ den schwarzen Winkel tragen mussten (Obdachlose, Prostituierte, Roma, Wanderarbeiter oder in vielen Fällen einfach Arme oder aus anderen Gründen Diskriminierte) und der „Vernichtung durch Arbeit“ ausgesetzt wurden, geht überhaupt nicht. Solche Analogien verharmlosen die grausame Geschichte all der im Nationalsozialismus verfolgten Gruppen, die staatlich angeordnete Inhaftierung, Mord, Zwangsarbeit erleiden mussten und in vielen Fällen bis heute um Anerkennung und Entschädigung kämpfen.

Wir fordern euch daher auf, dafür Sorge zu tragen, dass auch bei der Montagsdemo keine Darstellungen verwendet werden, durch die eine notwendig scharfe Kritik an Hartz IV mit der Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Dritten Reich verglichen wird. Gerade in einer Zeit, wo Faschismus in Europa an vielen Orten wieder zu erstarken droht, darf man die Unterschiede zwischen kapitalistischen Zuständen und Faschismus nicht einebnen. Mit solidarischen Grüßen.

Doris Achelwilm und Christoph Spehr (Landessprecher „Die Linke“)

Kapitalistische und faschistische Zustände sind bereits eingeebnet worden, und zwar von Benito Mussolini: „Der Faschismus sollte Korporatismus heißen, weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist.“ Ich habe das Bild auf der vorhergegangenen Montagsdemo gesehen und hatte dagegen nichts einzuwenden, da mir anhand mehrerer konkreter Fälle bekannt ist, dass das Hartz-IV-System in Kauf nimmt, über Leichen zu gehen. „Wir“ können nicht dafür Sorge tragen, dass bestimmte Darstellungen nicht verwendet werden. Einzig und allein gegen die Zurschaustellung faschistischer Symbole würde eingegriffen werden. Wer auf der Montagsdemo eine Abstimmung vorschlagen möchte, muss dazu erst zur Montagsdemo erscheinen.

Im Großen und Ganzen halte ich es für eine bodenlose Unverschämtheit von Frau Achelwilm und Herrn Spehr, Montagsdemonstrant(inn)en gelehrig aufzufordern, kapitalistische und faschistische Zustände nicht einebnen zu dürfen und diesbezügliche Bilddarstellungen zu untersagen. Es mag ja sein, dass der Spehr-Flügel der Bremer „Linken“ sich als Zweigstelle der SPD hergibt. Die Bremer Montagsdemo ist jedenfalls keine Zweigstelle der „Linken“. Wenn sie Beiträge von uns nicht mehr auf ihrer Seite aufnehmen wollen, dann sollen sie es doch einfach tun und dazu nicht solch affige Brimborien abziehen.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Die Zahl der Hartz-IV-Toten geht nicht in die Millionen. Eine so gewaltig andere Größenordnung macht einen qualitativen Unterschied aus. Insofern halte ich den

mit dem schwarzen Winkel hergestellten Nationalsozialismus-Vergleich für überzogen und die von den Sprechern der Linkspartei formulierte Kritik an dem auf der Montagsdemo gezeigten Bild für berechtigt. Andererseits gibt es die wohlweislich ungezählten Hartz-IV-Toten tatsächlich.

Wie kann das sein in einem „sozialen Rechtsstaat“? Wie kann es hierzulande ein Gedankengut, eine Gesetzgebung und eine Bürokratie geben, die Menschen gezielt die Existenzgrundlage entziehen, wenn sie nicht spuren wie befohlen, Grundgesetz hin oder her? Wie kann diesen Menschen Schritt für Schritt die Möglichkeit genommen werden, vor Gericht wirksam gegen eine staatlich durchgesetzte Daseinsvernichtung vorzugehen?

Das Hartz-IV-Sanktionssystem ist schlicht menschenfeindlich. Damit ist es noch nicht der Faschismus, aber es hat eine faschistoide Tendenz. Das darf mensch sagen. Den Mut, das zu sagen, müssen linke Kräfte und eine linke Partei auch haben, selbst wenn „Bild“ morgen wieder die „Antisemitismuskeule“ schwingt. Sonst machen sie sich selbst einer Verharmlosung schuldig: jener der menschenverachtenden, faschistoiden Tendenzen in unserem sogenannten Sozialsystem.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Ich selbst habe bisher schon sehr oft an der Bremer Montagsdemonstration teilgenommen. Von solchen Vergleichen halte ich absolut überhaupt nichts, da sie nicht zielführend sein können. Aber die Tatsachen muss man schon wirkungsvoll benennen dürfen und auch die Frage, ob die hunderttausendfache Inkaufnahme von Depression und Resignation sowie zig daraus folgende Selbsttötungen von betroffenen Hartz-IV-Empfängern nicht wirklich bereits ein gewisses faschistoides Verhalten erzeugt haben und so etwas von vielen Menschen, die eigentlich hiervon betroffen sein sollten, schweigend in Kauf genommen wird. Das Schweigen und das Nichtgewussthaben hatten wir schon einmal vor noch nicht allzu langer Zeit. Dafür muss man sich mit Sicherheit schämen, auch wenn das Schämen allein niemanden wirklich weiterbringt.

Hans-Dieter Wege (parteilos)

Herr Mäurer und Herr Spehr liegen sachlich falsch: Holocaustleugnung beziehungsweise -verharmlosung sind mit Paragraph 130 des Strafgesetzbuches belegt worden. Die objektiven Tatbestandsvoraussetzungen liegen mit der besagten Bilddarstellung nicht vor. NS-Analogien mit staatlicher Willkür zu ziehen, ist daher alles andere als Holocaustverharmlosung. Niemand leugnet oder verharmlost damit die Opfer beziehungsweise die Anzahl der Opfer. Niemand leugnet die Existenz der Gaskammern.

Es wird eine Analogie über die staatliche Stigmatisierung, stufenweise Entrechtung und der damit verbundenen Ausgrenzung aus dem sozialen Leben der

Bevölkerungsgruppe der Arbeitslosen gezogen. Diese Entrechtungen gehen so weit, dass der Verlust der Gesundheit und des Lebens der Betroffenen vonseiten staatlicher Organe billigend in Kauf genommen wird. Inwieweit dadurch erste Ansätze, die mit staatlicher NS-Willkür vergleichbar sind, schon vorhanden sind, mag jede(r) für sich selbst beurteilen. Holocaustverharmlosung, wie sie die Rechten betreiben, ist es auf keinen Fall.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Die „Bild"-Zeitung hat in ihrer Ausgabe vom 19. März 2014 in dem Artikel „Montagsdemo vergleicht Hartz IV mit dem Holocaust" eine Hetzkampagne gegen einen Künstler begonnen. Die Bilder mit Symbolen aus der Zeit des Nationalsozialismus, die der Künstler auf der Montagsdemo ausgestellt hat, provozieren und sind nicht sehr geschmackvoll, fallen aber unter das Recht, seine Meinung in Wort, Bild und Ton zu verbreiten. Zum Leben in einer Demokratie gehört auch die Toleranz, Provokationen und abweichende Meinungen zu ertragen. Artikel dieser Art sind ein Rückfall in den muffig reaktionären Zeitgeist der fünfziger und frühen sechziger Jahre. Ich hoffe, dass wir so etwas überwunden haben!

Manfred Seitz („Die Linke")

„Unter Brücken sollen sie schlafen": CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp fordert Ende der Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV *(„Bild"-Zeitung)*

Mein Brett macht Brumm-Brumm und die Bedeutung der Printmedien

Halb so wild. Ich habe mir gerade die Printausgabe des Revolverblattes geholt. Das Getöse im benachbarten Artikel auf derselben Seite gegen den Bausenator – „Aufstand gegen Strom-Spione" – ist viel größer. Des Weiteren erfahren wir in derselben Ausgabe in einem anderen Artikel: „Guck mal Schatz, mein Brett macht Brumm-Brumm". Jedenfalls hängt der Strafrechtsvorwurf „Verharmlosung" nicht mehr in der Luft. Nicht, dass dies ein Grund zur Sorge gewesen wäre: Es ist aus der Luft gegriffen, weil schlichtweg nicht zutreffend.

Jetzt wird das Corpus Delicti als „völlig inakzeptabel, abscheulich und dumm" apostrophiert. Das ist nicht weiter tragisch. Es gibt

auch nicht wenige, die die Ansicht vertreten, dass dies für die ganze „Bild“-Zeitung zutrifft. Dieser Ansicht kann man sein. Aber weil eine Bildanalogie für jemanden „völlig inakzeptabel, abscheulich und dumm“ ist, lässt sich keine Demo verbieten und auch kein Revolverblatt. Es liegt hier nichts Konkretes vor außer unterschiedlichen Meinungen. Darum wird die Montagsdemo in Bremen auf dem Marktplatz weitergehen. Jedoch erscheinen Zweifel am Verfassungsverständnis des Herrn Röwekamp gerechtfertigt, wenn er das Demonstrationsrecht auf der Grundlage einer anderen Meinung unterbinden möchte und es lieber sähe, wenn wir unter Brücken schliefen.

Was ist eigentlich tatsächlich so Aufregendes am letzten Montag auf unserer „Skandal-Demo“ abgelaufen? Ich habe ja bis zur Kenntnisnahme der Printausgabe des Revolverblattes am Dienstag noch angenommen, es handele sich um die Montagsdemo davor, da das Schild an jenem Tag deutlich sichtbar und zentral aufgebaut war. Diesen Montag jedoch hat es der Moderator nicht gesehen, ich hab es nicht gesehen und viele andere sicherlich auch nicht. Eine Mitstreiterin hat im Laufe der späteren E-Mail-Diskussionen bekanntgegeben, wo es gestanden hat: unten links neben dem großen Transparent auf dem Boden, mit der Rückwand zum Moderator und damit auch zum eigentlichen Geschehen, denn die meisten Teilnehmer(innen) achten auf die Moderation und die Redner(innen). Dieses Schild war an diesem Tag überhaupt nicht Brennpunkt des Geschehens und wurde überhaupt nicht wahrgenommen. Es ist dort einfach von jemandem hingestellt und gar nicht benutzt worden.

Nun probieren Mäurer (SPD), Spehr („Linke“), Röwekamp (CDU) und Saxe (Grüne) unter Zuhilfenahme eines Revolverblattes, das im Grunde genommen niemand ernst nimmt, das blöde Schild ins Zentrum des Geschehens zu rücken, um die Montagsdemonstrationen zu untersagen – leicht durchschaubar und eigentlich zu doof, um wahr zu sein. Intelligent ist was anderes! Da finde ich den „Bild“-Artikel der heutigen Ausgabe auf Seite 9 – „Sabrina (24) liebt den Rhythmus der Nacht“ – viel interessanter. Wenn ich eine solche Darstellung jedoch auf einem Schild zur Montagsdemo mitbringen würde, wären die Teilnehmenden für prüde Christen „Schmutzfinken“, Feministinnen würden Sexismus unterstellen, und für „Bild“ wäre es uninteressant – Ansichtssache eben. Für die Herren Mäurer, Spehr, Röwekamp und Saxe wäre das jedoch nichts Neues, denn sie sind ja „Bild“-Leser.

Bleibt die Frage, welche „Macht“ von Printmedien in der heutigen Zeit überhaupt noch ausgeht. Da sind die Zeiten der „Verlorenen Ehre der Katharina Blum“ längst vorbei. Das hat im heutigen vernetzten Digitalzeitalter nicht mehr die meinungsmanipulierende Wirkung der Siebziger. Wegen der Aktfotos kauft auch keiner mehr „Bild“, die sind im Internet reichlich vorhanden. In einem Zeitalter, in der allein 40 Prozent der Bevölkerung, versunken über dem Smartphone, den ganzen Tag in „sozialen“ Netzwerken „twittert“ und in Videochat-Plattformen offen und öffentlich masturbiert wird, glauben alte Herren wie Mäurer, Spehr, Röwekamp und Saxe, Rückendeckung aus der öffentlichen Meinung mit überalteten Printmedien

kreieren zu können oder bei ihnen Speichel lecken zu müssen. Sie sind im Irrtum. Die sagenumwobene „öffentliche Meinung“ ist längst nichts Homogenes mehr.

Das Revolverblatt kann schreiben, was es will. Wer lässt sich davon noch beeindrucken? Medienwirksam ist das nicht. Außerdem hat Röwekamp einen schlechten Typberater – das Unrasierte ist eher was für George-Clooney-Typen. Röwekamp ist ja ein Hempel, der auf dem Foto aussieht, als hätte er gerade unter Brücken geschlafen! Jetzt reicht es auch langsam. Es wäre gut, wenn ich nicht mehr 70 Cent für dieses Boulevardblatt opfern müsste, da es für mich wie für so viele weder Informatives noch Ästhetisches von Nährwert beinhaltet – bis auf Sabrina von Seite 9 jedenfalls. Aber dafür gibt es ja das Internet.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

465. Bremer Montagsdemo am 24. 03. 2014

Dieser Staat treibt Menschen in existenzielle Not

1. Letzte Woche vertagte der Petitionsausschuss des Bundestages die Entscheidung über **Sanktionen** für Hartz-IV-Bezieher. Die Hartz-IV-Kritikerin und suspendierte Jobcenter-Mitarbeiterin Inge Hannemann plädierte für die Abschaffung der Sanktionen im Sozialrecht. Die 45-Jährige erklärte, sie habe die Petition aus persönlichen Beweggründen gestartet, nachdem sie in den acht Jahren ihrer Arbeit so viele leidvolle Geschichten erfuhr. Der Staat treibe Menschen in existenzielle Not bis hin zur Obdachlosigkeit, was als „Erziehung“ keinerlei positiven Effekt habe und die Menschen in die Enge und in völlige soziale Isolation treibe statt in Arbeit. In einer reichen und angeblich demokratischen Gesellschaft dürfe dies nicht passieren.

Hannemann wurde von der Vorsitzenden der Linkspartei, Katja Kipping, unterstützt, die das komplette Einstellen der Leistung nach dreimaligem Versäumnis als Skandal bezeichnete. Ebenso sprach sich die Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke gegen die von ihrer Partei einst befürworteten Maßnahmen aus und forderte, den für die Teilhabe notwendigen Grundbedarf künftig nicht mehr anzutasten. Sogar der SPD-Abgeordnete Markus Paschke räumte ein, dass die Jobcenter das „Fördern“ in den letzten Jahren stark vernachlässigt hätten und stattdessen das Fordern die Oberhand gewann.

Nach Meinung der SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriele Lösekrug-Möller können Erwerbslose jedoch nur durch Strafen zur Mitwirkung veranlasst werden. Aus Sicht der Parlamentarischen Staatssekretärin verstoßen die Sanktionsregelungen weder gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums noch gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Auch die freie Wahl des Berufs sei ebenso wie der Gleichheitsgrundsatz gewahrt. Ja, wenn dies sogar das Bundesverfassungsgericht bestätige, kann daran selbstverständlich nicht der mindeste Zweifel nagen!

Natürlich sei auch die Gewährung von Sachleistungen völlig okay. Wer könnte darin schon eine Diskriminierung erkennen, wenn sanktionierte Erwerbslose im Supermarkt ihrer Nachbarschaft öffentlich einen Bezugsschein vorlegen müssten? Hauptsache, dem immer unterstellten Leistungsmissbrauch könne vorgebeugt werden! Für den früheren Bundestagsabgeordneten und Richter am Bundesgerichtshof, Wolfgang Neskovic, sind Sanktionen bei Hartz IV allerdings ganz eindeutig verfassungswidrig, weil sie darauf abzielten, das Existenzminimum zu unterschreiten, um Druck aufzubauen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

2. Der ehemalige Hartz-IV-Bezieher Carsten Schöneweiß wehrte sich vor dem Sozialgericht Kassel erfolgreich gegen die Kürzung seines Hartz-IV-Satzes. Die Behörde hatte dem 37-Jährigen in den Jahren 2010 und 2011 für sieben Monate seine Transferleistungen in Höhe von 524 Euro gestrichen, weil er nicht die geforderten zehn Bewerbungen pro Monat vorgelegt hatte. Dies wurde jetzt vom Sozialgericht Kassel für unzulässig erklärt, weil in den sogenannten **Eingliederungsvereinbarungen** der Hinweis auf die Übernahme der Bewerbungskosten durch das Jobcenter gefehlt habe. Wegen des Fehlens dieser Klausel seien sowohl die gesamte Vereinbarung als auch die darin festgehaltenen Sanktionen bei Verstößen unzulässig.

Carsten Schöneweiß, der inzwischen als Be- und Entlader bei einer Spedition arbeitet, hatte sich nach eigener Aussage seinerzeit nicht ausreichend beworben, weil ihm schlicht das Geld dafür gefehlt habe. Er habe mit Essensgutscheinen und dem Geld seiner Freundin irgendwie auskommen und auch bei mehreren Bekannten Schulden machen müssen. Selbst als er das Jobcenter darauf hinwies, dass er sich zehn Bewerbungen nicht leisten könne, habe die Behörde auf diese Einwände nicht reagiert. Das Fehlen der Klausel hält Anwalt Hoppe jedoch nicht für ein Versehen, sondern meint, dass das Jobcenter absichtlich nicht auf die Kostenübernahme hinweise, um Geld zu sparen. Auch sei es nicht mit dem Sozialstaatsprinzip vereinbar, jemandem über mehrere Monate hinweg das ALG II zu 100 Prozent zu kürzen.

Weil das Jobcenter die Klausel nach wie vor für verzichtbar hält, legte es vor dem Landessozialgericht Berufung ein. Drücken wir Schöneweiß die Daumen, dass er auch dort Recht bekommt und ihm das einbehaltene Geld nachträglich ausgezahlt wird! Diese Einzelfallentscheidung könnte auch Klagen anderer Hartz-IV-Bezieher nach sich ziehen.

3. Arbeitsministerin Nahles kündigte in der letzten Woche die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro ab 2015 an, mit nur wenigen Ausnahmen für junge Leute unter 18 Jahren, Ehrenamtliche und Langzeitarbeitslose. Damit letztere „keine Nachteile“ haben, sollen sie ein halbes Jahr vom Mindestlohn ausgenommen werden, wenn sie einen neuen Job angenommen haben. Arbeitgeber sollen zum Ausgleich Lohnkostenzuschüsse erhalten. Gabriel lobhuldigte, es sei ein ge-

meinsamer Erfolg der SPD, der Gewerkschaften und auch der Union, dass der **Mindestlohn** bald im Gesetzblatt stehe.

Ich empfinde es als Frechheit, Erwerbslosen im ersten halben Jahr den ohnehin lächerlichen Mindestlohn verwehren zu wollen und stattdessen Arbeitgebern zum Ausgleich Lohnkostenzuschüsse zu zahlen! Habe ich richtig verstanden: Langzeitarbeitslose bekommen keinen Mindestlohn, und als „Ausgleich“ dafür, dass der Arbeitgeber ihnen weniger bezahlt, bekommt er auch noch Zuschüsse vom Staat? Wofür eigentlich? Dass sie einen ehemaligen Langzeiterwerbslosen einstellen – und natürlich nach sechs Monaten wieder entlassen, um keinen Mindestlohn zahlen zu müssen?

Frei nach dem Motto: Sechs Monate Probezeit für 3,80 Euro Bruttolohn, dann kann der „Ausgenutzte“ gehen, der nächste wartet schon? Doppelbonus für den Arbeitgeber, „damit“ Langzeitarbeitslose keine Nachteile hätten? Ausgerechnet diejenigen, die so dringend einen anständigen Mindestlohn bräuchten, bekommen nun noch nicht mal den Abklatsch davon? Die *Spezialdemokraten* wollen uns mal wieder für blöd verkaufen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Systematischer Entzug der Existenzgrundlage: Wir gedenken der Opfer der Agenda 2010 *(„Wordpress“)*

Sich über Nazi-Vergleiche aufregen, aber mit faschistischen Methoden Demonstrationen verbieten?

„Skandal-Demo“ schreibt die „Bild“-Zeitung, „CDU-Fraktionschef fordert Konsequenzen“. Ich wiederhole mich nicht gern, aber noch mal für Herrn Röwekamp: Wir leben in einer Demokratie, und zur Demokratie gehört das Recht, seine Meinung in Wort, Bild und Ton zu verbreiten. Die Ausstellung eines umgestalteten Arbeitsagentur-Logos war geschmacklos und übertrieben, fällt aber unter die Meinungsfreiheit. Es ist nun mal Aufgabe der Kunst, zu provozieren und Grenzen zu verletzen. Wer sich über Nazi-Vergleiche aufregt, aber mit totalitären, besser: faschistischen Methoden Demonstrationen verbieten lassen will, zeigt nur sein erbärmliches Demokratieverständnis! Er zeigt uns, dass er nicht in der Lage ist, Meinungen und Darstellungen zu akzeptieren, die außerhalb seines politischen Horizontes liegen. Ein Armutszeugnis für einen demokratisch gewählten Politiker!

Manfred Seitz („Die Linke“)

Vom „starken Innensenator“ zum Ethik-Experten: Röwekamp ließ in Bremer Polizeikellern eine rassistische Brechmittelfolter inklusive „körperlicher Nachteile“ exlusiv an Afrikanern vollstrecken *(„Der Freitag“)*

Wehret den Anfängen

Wenn der Hausmeister sich aufführt wie der Hauswart jener Jahre, dann wehret den Anfängen.
Wenn uns der Maulkorb verpasst werden soll, dann wehret den Anfängen.
Wenn wir durch Medienmanipulation gleichgeschaltet werden sollen, dann wehret den Anfängen.
Wenn wir überwacht werden sollen, ohne auch nur einen einzigen privaten Schritt mehr gehen zu können, dann wehret den Anfängen.
Wenn wir ausspioniert werden, dann wehret den Anfängen.
Wenn von Medien und Politik über eine religiöse Minderheit der Generalterrorverdacht verhängt wird, dann wehret den Anfängen.
Wenn unsere Rechte eingeschränkt werden, dann wehret den Anfängen.
Wenn korrupte Richter Unrecht sprechen, dann wehret den Anfängen.
Wenn staatliche Organe den Tod von Arbeitslosen, Flüchtlingen, Asylsuchenden, Tatverdächtigen billigend in Kauf nehmen, dann wehret den Anfängen.
Wenn sie eure Söhne und Töchter in ferne Kriege schicken, dann wehret den Anfängen.
Wenn sie durch Armut und Ausgrenzung den Nährboden bereiten für totalitäre Marschierer, dann wehret den Anfängen.
Wehret den Anfängen, hat man uns seit unserer Schulzeit gebetsmühlenartig eingebläut.
Wehret den Anfängen!

Zum Schluss noch an die „Bild“-Zeitung: Bei uns gibt es nichts, was für ein Blatt Ihres Formates berichtenswert wäre. Bei uns sind keine Titten zu sehen. Dieter Bohlen kommt auch nicht vorbei. Wenn Sie über Ärsche berichten wollen, gehen Sie in die Bürgerschaft.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Ein Symbol der Freiheit

Es ist nicht selbstverständlich, dass wir hier an solch einem historisch wichtigen Ort öffentlich unsere Meinung sagen dürfen. Diese Freiheit musste seit vielen 100 Jahren immer wieder neu erkämpft werden, und es gilt, sie weiterhin aufrecht zu erhalten. Ich finde es daher wichtig für uns alle, mehr über die Bedeutung der Freiheitsstatue Bremer Roland zu wissen.

Auf seinem Schild steht geschrieben, beginnend in der linken Ecke: „Vryheit do ik yu openbar, de karl und menich vorst vor war desser stede ghegheven hat, des danked gode is my radt.“ Wörtlich ins heutige Deutsch übersetzt: „Freiheit tu ich euch offenbaren, die Karl und mancher Fürst fürwahr dieser Stadt gegeben hat, dafür danket Gott, ist mein Rat.“

Dieser fünfeinhalb Meter hohe steinerne Roland wurde 1404 aufgestellt als Nachfolger seines Vorfahren aus Holz. Er gilt als Ausdruck des Selbstbewusstseins der Bremer Bürger gegenüber der Kirche. Deshalb richtet sich sein Blick in Richtung des Bremer Dome. Das bedeutet, dass er die Machenschaften der Kirchenmänner im Auge behalten und die Bürger vor allzu großer Einflussnahme und Volksverdummung durch den Klerus schützen soll.

Seine zweite wichtige Aufgabe war es, die Bürger vor Gaunereien der Marktleute zu bewahren. Damit sie keine zu kleinen Längen bei Stoffen oder Seilen verkauften, konnte der Kunde zwischen den spitzen Knien des Rolands selbst nachmessen. Der Abstand ist eine Bremer Elle, was etwa 55 Zentimetern entspricht. Deshalb steht der Roland auf dem Bremer Marktplatz.

Genau dort findet seit dem 16. August 2004 auch die Bremer Montagsdemonstration statt. Sie macht im Grunde das gleiche, was vom Roland symbolisch erwartet wurde. Sie kann zwar die Bürger nicht direkt schützen – dazu muss schon jeder selbst seinen Beitrag leisten –, doch mit ihren Demos und Redebeiträgen versucht sie genau wie der Roland, die Bürger vor all zu viel Volksverdummung und Betrug moderner Art zu bewahren.

Zu bewahren vor überzogener Konsumpropaganda; vor menschenverachtenden Geschäftemachern; vor Waffen-, Drogen- und Menschenhändlern; vor legalen Atomstromern und Chemiekonzernen, die Landwirtschaft ersetzen wollen; vor lügenden Politikern; vor Spekulanten, die unsere Arbeitskraft verzocken; vor sinnlosen Massenmedien; vor Gewaltanwendung und anderem. Diese Informations- und Protestaktionen sind einigen Bremer Politikern ein Dorn im Auge, und sie versuchen Anlässe zu finden, die Montagsdemo zu verbieten.

Das wird niemand so einfach schaffen, denn es wäre ein wirklich massiver Angriff auf unsere Redefreiheit und die Demokratie. Weder ein Bürgerschaftspräsident Weber noch ein CDU-Fraktionschef Röwekamp noch ein „Linker“ Spehr

noch ein SPD-Innensenator Mäurer sollte das wagen. Das wäre genauso tragisch und sinnlos wie den Bremer Roland abzubrechen, weil er so stark ist. Lasst uns gemeinsam stark bleiben!

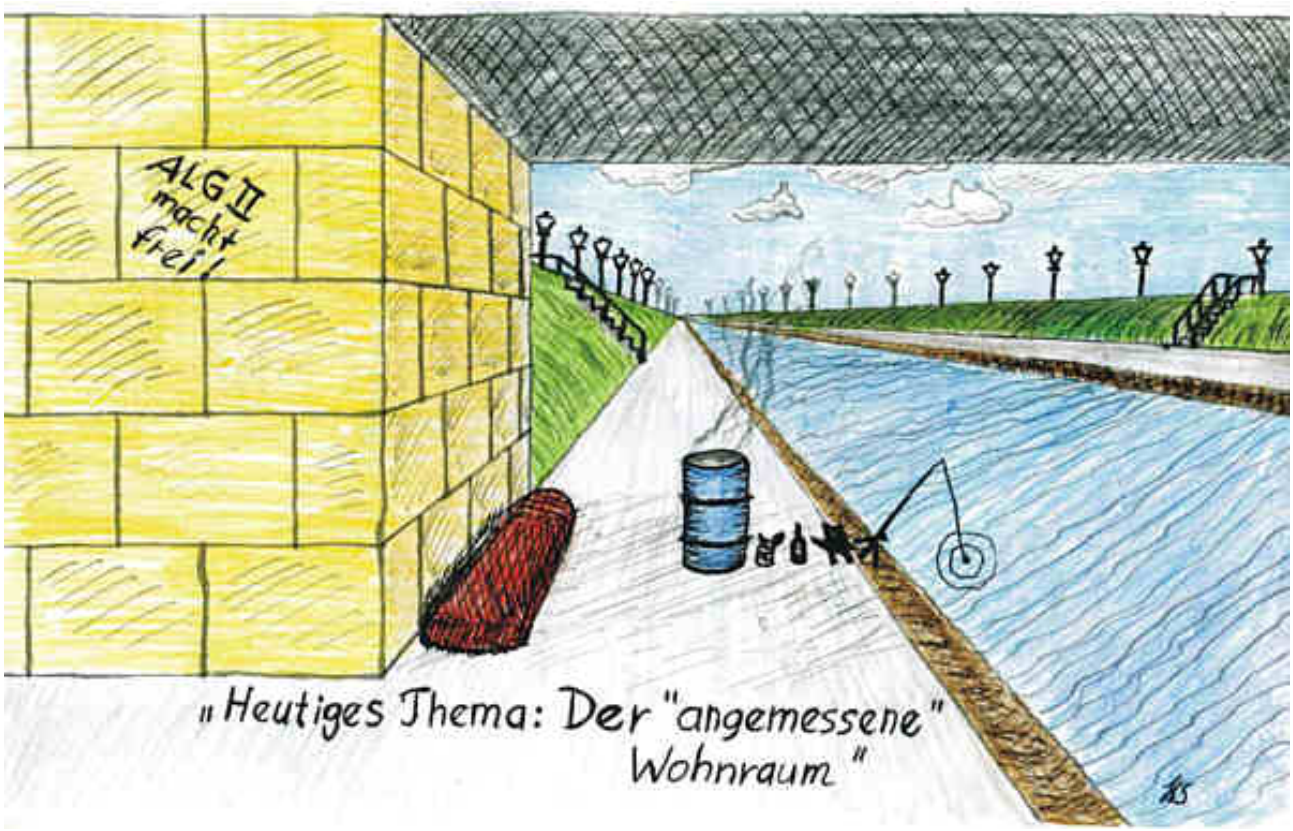
Helmut Minkus (parteilos)

Wie lebt man ohne Heizung, Strom und Dach?

1. Ich habe letzte Woche etwas erfahren, das es nach Auskunft des Jobcenters überhaupt nicht gibt: Ein Mensch wurde mit 100 Prozent Kürzung der Regelleistung sanktioniert, bereits ab Ende 2013. Ähnliches hat die Befragung vor den Jobcentern zur Vorbereitung einer Veranstaltung der „Linken“ zu Wasser- und Stromsperren in der Bremischen Bürgerschaft ergeben, wie demnächst im Internet zu sehen. Dem „Weser-Kurier“ hat das Jobcenter gesagt, dass nie eine **100-Prozent-Sanktion** verhängt werde. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Auch die Sperrung der Energie erfolgt nach den Erfahrungen der Betroffenen „reibungsloser“ als vom Senat dargestellt. Dass andere Energieversorger den Kontakt mit säumigen Kunden suchen und eine gemeinsame Regelung finden, ist in Bremen Wunschdenken. Wer seine Energierechnung nicht fristgerecht bezahlen kann, sollte sich sofort um eine Lösung kümmern und nicht auf eine Mahnung oder sogar die Androhung der Energieunterbrechung warten. Wie dies geht? Nachlesen auf unserer Homepage oder einfach zur Bremer Montagsdemonstration kommen! Wir gehen mit.

Die Bundesregierung plant, die Mietpreisbremse endlich auf den Weg zu bringen. Die Miete bei Neuvermietung soll aber nicht auf die ortsübliche Vergleichsmiete begrenzt werden, sondern zehn Prozent darüber steigen. egal wie hoch die bisherige Miete war. Es gibt keine prozentuale Deckelung der Mietsteigerung, bezogen auf die bisherige Miete. Die SPD-Fraktion in Bremen will die Mietpreisbremse schnell umsetzen. Sie hat vor einiger Zeit beschlossen, für Bremen keinen Mietpreisspiegel zu erstellen. Wie soll jetzt die ortsübliche Miete ermittelt werden? Nur mit einem qualifizierten Mietspiegel ist die ortsübliche Vergleichsmiete gerichtsfest zu ermitteln. Bremen ist die letzte Stadt dieser Größe, die nicht darüber verfügt, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Was sagt dazu die SPD-Fraktion gemäß Artikel im „Weser-Kurier“? Nichts.



„Unter Brücken sollen sie schlafen“ – *Zeichnung: Holger Schwengels*

2. Steuerbetrug kann mensch auch **Steuerflucht** nennen. Bei Anne Will war dies am 19. März 2014 Thema, es ging um „härtere Gesetze gegen Steuerhinterzieher“ Wolfgang Kubicki (FDP) berät diese Klientel als Rechtsanwalt. Er hatte viele Argumente gegen eine schärfere Bestrafung: Schon bei der Umsatzsteuer führe jedes Versehen zur Bestrafung. Herr Kubicki hat nicht gesagt, dass die monatlichen Umsatzsteuer*vor*anmeldungen eben nur vorläufig sind – die Umsatzsteuer*jahres*anmeldung muss stimmen. Außerdem ist wohl nicht anzunehmen, dass aus Versehen Millionenbeträge im Ausland landen und Millionengewinne nicht versteuert werden. Ein sehenswerter Beitrag. Aus meiner Sicht dürften strafbefreiende Selbstanzeigen nur noch zulässig sein, wenn auch die Kapitalbildung erklärt wird und dafür Steuern fällig werden, ohne jedwede Verjährung!

Herr Schäuble (CDU) hat in einer anderen Runde festgestellt, dass er keine Verlängerung der Verjährung anstrebe, denn „irgendwann müssen die Akten geschlossen werden“. Nein, die müssen erst einmal eröffnet werden! Die Frage, welcher Partei Steuerhinterzieher zuzurechnen sind, ist klar zu beantworten: CDU/CSU oder FDP, denn entsprechend verhalten sich diese Parteien! Immerhin sind inzwischen die Verhandlungen über die automatische Information über Kapitalerträge erfolgreich.

Es wird immer enger für Steuerbetrüger. Ab 2015 tauschen die Mitgliedsstaaten automatisch Steuerdaten ihrer Bürger untereinander aus, selbst Luxemburg und Österreich leisten künftig Amtshilfe. Die USA nehmen für Steuerbetrug die Banken in die Pflicht: Die müssen dort die hinterzogenen Steuern plus Strafe zah-

len, wenn sie sich nicht von der Steuerehrlichkeit ihres Kunden überzeugt haben. Wenn eine Bank die Zahlung verweigert, verliert sie die Lizenz für Amerika, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will die Schwarze Null, also keine Neuverschuldung des Bundes im, eigentlich: ab dem Jahr 2015. Die Schwarze Null kostet Geld! Sie wird in der „Heute-Show“ vom 21. März 2014 gut dargestellt. Beispielsweise wird die Kalte Progression nicht abgeschafft, die 56 Milliarden hat Schäuble fest eingeplant. Eine Beseitigung dieser Ungerechtigkeit träfe kleine und mittlere Einkommen, aber die wählen sowieso kaum CDU/CSU. Die Kindergelderhöhung wird auf die Zeit nach 2017 verschoben, auch entgegen dem Koalitionsvertrag. Die Krankenkassen erhalten sechs Milliarden Euro weniger Bundeszuschuss. Die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 sollen aus Beitragsmitteln finanziert werden.

Diese Schwarze Null verschärft die soziale Spaltung in diesem Land, denn die Reichen werden geschont! Eine gezielte Steuererhöhung für die Reichen würde auch Mittel für Bildung, Kommunen und Infrastruktur erbringen. Kostet uns diese Schwarze Null den künftigen Wohlstand? Die Rentenerhöhungen ab 2015 werden um 0,8 Prozent gekürzt. Dies ist eine Auswirkung der Mütterrente auf den Nachhaltigkeitsfaktor. Selbst wenn der Bund die Kosten für die Mütterrente übernimmt, bleibt die Kürzung der künftigen Rentenerhöhungen. Die Änderung ist möglich und dringend geboten: Wir müssen uns einfach eine andere Regierung wählen!

3. Die Bundesregierung hat es geschafft, dass Braunkohlekraftwerke an- und Gaskraftwerke abgeschaltet werden. Eine Folge verfehlter **Energiepolitik**! Deutschland wird so das Kohlendioxidziel nicht erreichen. Bayern blockiert den Ausbau der Starkstrom-Überlandleitungen, sie werden aus bayerischer Sicht nicht gebraucht. Bayern soll aber Atomkraftwerke stilllegen. Ohne den Strom aus den neuen Transferleitungen wird dies unmöglich. Insofern ist die Blockade der Leitungen Gold in den Kassen der Atomindustrie. Atomkraft, nein danke!

EU-Energiekommissar Oettinger fordert eine neue Chance für Fracking, sagt aber nichts zu den verwendeten Chemikalien. Diese Giftstoffe sind nicht beherrschbar. Die USA betreiben Fracking trotzdem. Wir konnten brennende Wasserhähne und vergiftete Brunnen sehen, die Not der Menschen erahnen. In Niedersachsen haben die verwendeten Kunststoffleitungen teilweise nicht dichtgehalten, die Erde hat gebebt. Da haben auch die strengen Auflagen nicht geholfen. Die Bundesumweltministerin hat sich klar gegen Fracking ausgesprochen. Oettinger hat bereits bei den Energiesparlampen die Gesundheit der Verbraucher gefährdet.

Herr Gabriel tut sich scheinbar schwer damit, einige Unternehmen von der Erneuerbare-Energien-Gesetz-Befreiung auszunehmen. Die FDP hat es vor ihren Abgang so geändert, dass alle Betriebe des produzierenden Gewerbes diese Befreiung beanspruchen können. Geändert wurde das entsprechende Merkblatt im Mai 2013. Zuvor konnten nur energieintensive Produktionsbetriebe, die

im internationalen Wettbewerb stehen, solch einen Antrag stellen Jede Befreiung von der Umlage belastet die anderen Stromkunden. Herr Gabriel, machen Sie die Änderung der FDP rückgängig, stoppen Sie diese Subventionsexplosion! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

466. Bremer Montagsdemo
am 31. 03. 2014

Monatelang unentgeltlich mit voller Arbeitsleistung einer Lehrstelle hinterherschnuppern?

1. Mehr als drei Millionen Menschen haben neben ihrem Hauptberuf noch einen **Zweitjob**, wie uns das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ mitteilt. Mit diesem Rekordwert habe sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten mit einem Nebenjob seit Anschluss der DDR verdreifacht. IAB-Forscher Enzo Weber hält die Vergünstigungen für Zweitjobs, die im Zuge der Hartz-Reformen beschlossen wurden, für einen wesentlichen Grund des Anstiegs, da der Hinzuverdienst für die Beschäftigten seit 2003 praktisch steuer- und abgabenfrei sei.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sabine Zimmermann, hält den Boom von Zweitjobs hingegen für ein deutliches Alarmzeichen. Sie erklärte, dass Niedriglöhne bekämpft und die Subventionierung der Arbeitgeber bei den Sozialabgaben von Zweitjobs beendet werden müssen. Wir bräuchten einen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro und eine Stärkung der Löhne insgesamt, Subventionen eines Zweitjobs seien der falsche Weg.

Wir wollen nicht so tun, als ob so viele Menschen aus schierer Lust am Arbeiten einen Nebenjob hätten! Durch die gesunkenen Löhne reicht der Hauptberuf schlicht nicht zum Leben aus. „Die Linke“ kündigt an, gegen die beim Mindestlohn geplante Altersgrenze von 18 Jahren zu klagen und notfalls bis vors Bundesverfassungsgericht zu ziehen.

2. In Bremen hat die Zahl der Menschen, denen Strom oder Wasser gesperrt wurde, stark zugenommen. 2012 wurde 128 Haushalten in Bremerhaven und 561 in Bremen das Wasser abgestellt. Im ersten Habjahr 2013 waren 353 Haushalte in Bremen und 68 in Bremerhaven betroffen. Es ist ein sozialpolitischer Skandal, wenn einkommensschwache Haushalte ausgerechnet im reichen Bremen und in

Bremerhaven kein Wasser mehr haben und auf Trinkwasser, Abwaschen, Waschen, Toilettenspülung, Duschen verzichten müssen!

Wasserversorgung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Mehrere parlamentarische Anfragen der Fraktion „Die Linke“ haben ergeben, dass die Zahl der „abgeklemmten“ Haushalte zunimmt: Allein der Strom ist im letzten Jahr in Bremen und Bremerhaven durch den Energieversorger SWB bis zu 5.000 Mal abgestellt worden. Kaffee oder Mittagessen kochen, die Therme für die Gasheizung anstellen, Licht haben und Fernsehen, Internet schauen sind dann nicht mehr möglich. Alle Altersgruppe können derartige Probleme bekommen, ganz Junge genau wie Rentnerinnen und Rentner, die unter Altersarmut leiden.

Bezieher von Arbeitslosengeld II könnten zwar vom Jobcenter ein Darlehen erhalten, wenn sie **Energieschulden** haben, doch ist mitunter schon der Stromzähler vom Energieversorger abgebaut worden. Der Wiedereinbau könne dann 100 Euro kosten, womit sich diese Menschen erneut verschulden müssen. Manche Erwerbslose leben in einer Wohnung, die wenige Quadratmeter zu groß ist, weswegen sie nicht umziehen wollen und lieber die Mietdifferenz irgendwie von ihrem Erwerbslosengeld abzweigen. Jobcenter-Mitarbeiter empfehlen oft, Ratenzahlungen zu vereinbaren, doch wollen die Energieversorger mit dem Argument „Vertrag ist Vertrag“ darüber in der Regel nicht verhandeln.

„Die Linke“ in Bremen ist generell dagegen, dass arme Familien von Strom, Wasser oder Gas abgeschnitten werden. Der Senat ist an der Unternehmensgruppe beteiligt und erklärt zunächst, es sei nicht verhältnismäßig, Wasser abzusperren. Das Unternehmen selbst steht auf dem Standpunkt, dies sei verhältnismäßig, wenn zuvor schon Strom und Gas gesperrt worden seien, als dritte Stufe sozusagen. Eine solche Erklärung ist ein Skandal! Leider hat sich der Bremer Senat durch den Ausverkauf stadteigener Betriebe seiner Handlungsmöglichkeiten beraubt.

3. Mit der Hoffnung auf eine Lehrstelle arbeitete eine 19-Jährige in einem Bochumer Rewe-Markt monatelang unbezahlt als Praktikantin. Kerstin V. wurde im Oktober 2012 zu einmonatigem „Schnupperpraktikum“ angestellt, das der Supermarkt mehrfach um einen Monat verlängerte – ohne Bezahlung, versteht sich. Am 6. März 2013 schlossen Kerstin V. und die Bochumer Rewe-Filiale einen Ausbildungsvertrag ab 1. September 2013. Bis dahin sollte sie weiter unentgeltlich arbeiten. Im Juli 2013 reichte der Dauerpraktikantin diese Ausbeutung mit System, und sie verklagte ihren Arbeitgeber auf entgangenen Lohn, obwohl sie wusste, dass dies wohl das Aus für die künftige Lehrstelle bedeuten würde.

Sie bekam nun vor dem Arbeitsgericht Bochum 17.281,50 Euro zugesprochen (Aktenzeichen 2 Ca 1482/13). Zum Glück führte Kerstin V. die ganze Zeit über präzise Buch über ihre Dienstzeiten. Ihr Anwalt stellte klar, dass bei diesem **Praktikum** keineswegs der Ausbildungszweck im Vordergrund stehe, wie bei einem Praktikum üblich, sondern dass der Arbeitgeber eine reguläre Arbeitsleistung wolle, um Kosten zu sparen. Bei einer Abgrenzung zwischen Praktikum und

Job gehe es vor allem um die Frage, ob jemand vollwertige Arbeitsleistung erbringe, was für einen Job spreche, oder ob er betreut und angeleitet werde und es jemanden gibt, der sich um ihn kümmert, wie es fürs Praktikum typisch ist.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Hartz-IV-Regelsätze sind viel zu niedrig: Grundsicherungsniveau erreicht lediglich ein Drittel des durchschnittlichen Lebensstandards *(„Gegen Hartz“)*

Ein Lehrstück der Rhetorik

Die Rede am Sankt-Crispinus-Tag, ein Klassiker und Lehrstück der Rhetorik, ist brillant konstruiert und dennoch nichts weiter als pure Phrasendrescherei, die der reinen Aufwiegelei dient. Dem Angebot, sich sein Reisegeld auszahlen zu lassen und nach Hause zu gehen, steht der Appell zur Solidarität entgegen: „Wir wollen nicht in des Gesellschaft sterben, der die Gemeinschaft scheut mit unserm Tod.“

Zu Zeiten, in denen die Menschen noch nicht medienüberflutet waren, verfehlte die Crispinus-Tag-Rede ihre Wirkung nicht. Das Theaterpublikum ließ sich während vieler Aufführungen dazu aufstacheln, in der auf der Bühne stattfindenden fiktiven Schlacht mitzukämpfen. Menschen, die in weitläufig analphabetischen Zeitaltern noch nie einem Franzosen begegnet waren und nicht einmal wussten, wo Frankreich liegt, waren auf einmal gegen Frankreich und die Franzosen aufgestachelt. Es kann nicht schaden, sich mit den Stilmitteln und Figuren der klassischen Rhetorik auseinanderzusetzen – nicht um sie anzuwenden, sondern um sie als solche enttarnen zu können und sich nicht aufwiegeln zu lassen.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Das soll jetzt kein Putin-Hitler-Vergleich sein: Aber der eine hat die Krim übernommen wie der andere das Sudetenland *(„Spiegel-Online“)*

„Stahlgewitter über der Wulffsschanze“: Wer solche Schlagzeilen verwendet, wenn auch ironisch, hat es ja gerade nötig, anderen Antisemitismus vorzuwerfen. Herr Jan-Philipp Hein ist seit Jahren dafür bekannt, alle politischen Gegner als „Israelhasser“ und „Faschisten“ zu diffamieren.

Vermutlich war dies auch der FR und der SZ zu obskur. Bei der „Bild“-Zeitung ist er da viel besser aufgehoben. *(Zuschrift von Christian König)*

Solidarität mit der Montagsdemo!

Es mag historisch umstritten sein, dass ein Mitglied der Montagsdemo die Hartz-Gesetzgebung mit dem faschistischen System in Verbindung bringt. Das gehört in den Bereich der Meinungsfreiheit: Der Holocaust wurde nicht geleugnet und kein Antisemitismus verbreitet. Wie aber der Linkspartei-Vorstand in Bremen reagiert und sich von der Montagsdemo distanziert, ist ein Trauerspiel. Vor allem jetzt, da der Innensenator das Verbot der Montagsdemo fordert und Senatspräsident Weber sich empört, wäre es wichtig von der Partei „Die Linke“ und anderen Organisationen, sich schützend hinter die Montagsdemo zu stellen.

Den Parteien, die Hartz-Gesetze, Agenda 2010 und „Gesundheitsreform“ tragen – also die Lügenreformen, die die Lebenslage der Mehrheit der Bevölkerung nicht verbessern, sondern verschlechtern – und zu denen von SPD und Grünen sowie von CDU/CSU und SPD beziehungsweise FDP geführte Bundesregierungen gehören, ist das ein willkommener Anlass, für das Verbot der Montagsdemonstrationen einzutreten, die diese Lügenreformen berechtigterweise anprangern!

Zu erinnern bleibt der Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 11. April 1968. Der Springer-Konzern, der das Lügenblatt „Bild“-Zeitung herausbringt, hatte geschrieben: „Man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen“ und zum „Ergreifen“ der „Rädelsführer“ aufgerufen. Dutschke erlitt schwere Hirnverletzungen, somit war sein früher Tod verursacht. Er gehörte zu den führenden Köpfe des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“. Dazu schreibt Oskar Negt in „Die Auferstehung der Gewalt“ (zitiert aus dem Buch von Heinrich Hannover: „Die Republik vor Gericht, 1954-1974. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts“, Aufbau-Verlag, 2. Auflage 1998, Kapitel „Ostern 1968. Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke und seine Folgen“):

> Dieses Klima ist systematisch vorbereitet worden von einer Presse, die sich als Hüterin der Verfassung aufführt und vorgibt, im Namen der Ordnung und der Mehrheit zu sprechen, mit dieser Ordnung aber nichts anders meint als die Herrschaft über unmündige Massen auf den Weg in einen neuen, autoritätsbestimmten Nationalismus. Das Bündnis von bedenkenlosem Konsumjournalismus und wiederauflebender Ideologie,

> das die demokratischen engagierten Studenten und Intellektuellen seit Jahren als „Linksmob“, „Elitekeule“, „akademische Gammler“, „Pöbel“, „geistige Halbstarke“, „Neurotiker“, „Schreier“ und „Schwätzer“ verunglimpft, droht das Selbstverständnis der Deutschen in einer Welt der friedlichen Verständigung, der fortschreitenden Aufklärung und Zusammenarbeit auch zwischen verschiedenen Gesellschaftssystemen abermals zu zerstören. (...)
>
> Zu den Unterzeichern dieser Erklärung, die zur öffentlichen Diskussion über den Springer-Konzern, seine politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen (*Enteignet Springer!* lautete die Forderung der Außerparlamentarischen Opposition) und seine Praktiken der publizistischen Manipulation aufrief, gehörten Theodor W. Adorno, Heinrich Böll, Peter Brückner, Walter Jens, Eugen Kogon, Golo Mann, Alexander Mitscherlich, Helge Pross und Helmut Ridder.
>
> Vor allem müssen wir erkennen, dass die wirklich Schuldigen an dem infamen Mordanschlag in den Redaktionsbüros, in Regierungen, Parlamenten und Parteien sitzen; sie wissen sich allerdings frei von aller Schuld, weil die „Objektivität“ eines individualistischen Strafrechts ihnen den gleichen Schutz gewährt, dessen sich schon die Verbrechen des Dritten Reiches Mitverantwortlichen erfreuen konnten.

Anscheinend ist bei den führenden Mitgliedern im Linkspartei-Landesvorstand Bremen das politische Bewusstsein dafür verloren gegangen, dass der Verlag Springer, der unter anderem die „Bild“-Zeitung herausbringt, die öffentliche Meinung manipuliert. Das Gleiche gilt für die neoliberalen Denkfabriken, zu denen die „Bertelsmann-Stiftung“ gehört, die die Mehrheit der Bevölkerung in Unwissenheit belassen, fehlinformieren und belügen.

Bettina Fenzel („Die Linke“)

Das Aus der „Grünen Gentechnik“

Heute geht es wieder mal um unser aller „täglich Brot“, genauer gesagt um unser tägliches Frühstücksei und Geflügelfleisch. Seit es in Deutschland die Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Nahrungs- und Futtermitteln gibt, war es dem „Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft“ (ZDG) möglich, auch seine Tiere mit gentechnikfreiem Soja zu füttern. Bei Geflügel war das bisher noch leichter möglich als etwa bei der Schweinemast oder der Fütterung von Kühen – letztere fressen viel mehr.

Im Februar dieses Jahres gab der ZDG bekannt, die Versorgung mit gentechnikfreiem Soja nicht mehr sicherstellen zu können. Die Begründung lautet, das Angebot an gentechnikfreiem Soja werde in diesem Jahr geringer sein. Brasilien,

einer der weltweit größten Sojaproduzenten, behauptet, nur noch 50 Prozent der Vorjahresmenge bereitstellen zu können. Das wiederum wird begründet mit einer verstärkten Nutzung der Anbaufläche für gentechnisch verändertes Soja wegen der deutlich höheren Erträge.

Das ist bitter für Brasiliens Landwirte, denn sie sind die jüngsten Kunden, denen genmanipuliertes Saatgut noch verkauft werden konnte. Sie haben selbst noch nicht die Erfahrung gemacht, dass der etwas höhere Ertrag nur in den ersten wenigen Jahren möglich ist. Sogar das US-amerikanische Landwirtschaftsministerium hat das in einem Bericht nach 20-jähriger Erfahrung jetzt auch veröffentlicht beziehungsweise bestätigt, was schon lange in vielen Ländern der Welt erprobt und bekannt ist.

„Abrange“, der brasilianische Verband für gentechnikfreies Soja, teilt dagegen mit, dass ihre Produktion in diesem Jahr um zehn Prozent gestiegen ist. Es gibt also keine Lieferprobleme. Es ist nur eine falsche Propaganda der Produzenten von gentechnisch veränderten Futtermitteln und der Chemieindustrie für „Grüne Gentechnik“. Es ist weiterhin problemlos möglich, die Tiere gentechnikfrei zu füttern.

Die Supermarktketten in Deutschland reagieren unterschiedlich. Eine der größten und billigsten will gar nicht reagieren. Deshalb ist es auch in diesem Fall wieder wichtig, dass Bürger selbst beim Einkaufen ihre Wünsche durchsetzen, indem sie zum Beispiel Druck auf „ihren“ Supermarkt beziehungsweise dessen Filialleiter vor Ort ausüben. Die Filialleiter müssen die Wünsche der Kunden an ihre Zentralen weiterleiten, diese wiederum an ihre Lieferanten von Eigenmarken.

Die Forderungen lauten, bei der Produktion von Eiern und Geflügel weiterhin auf gentechnisch veränderte Pflanzen im Futter zu verzichten und die Produkte mit dem Aufkleber „Ohne Gentechnik“ zu kennzeichnen. Das wiederum soll laut Geflügelindustrie ohne Preiserhöhung nicht möglich sein, denn es müssten die Anlagen der gesamten Infrastruktur dekontaminiert werden, das heißt Schiffe, Getreidesauger, Lagersilos, Getreidemühlen und Lastwagen, mit denen vorher gentechnisch verändertes Getreide oder Futter geliefert wurden, müssten gereinigt werden.

Da ist es eigentlich logisch, dass es teurer werden muss, ohne die Lieferanten noch mehr finanziell auszupressen, als es durch Supermarktketten heutzutage üblich ist. Nach ehrlichen Berechnungen würde ein gentechnikfrei gefüttertes Hähnchen aus der Gefriertruhe nur drei bis acht Cent mehr kosten, was laut Umfragen 75 Prozent der deutschen Konsumenten nicht stören würde. Doch es ist unnötig, Anlagen immer wieder zu reinigen, wenn sie gar nicht erst kontaminiert, also verseucht werden.

Das würde ganz einfach dadurch erreicht, dass kontaminierte und saubere Lieferungen völlig getrennte Wege gingen. Warum soll das teurer sein? Es war

seit Beginn der Kennzeichnungspflicht schon so, und ist eine Voraussetzung dafür, die richtige Kennzeichnung einhalten zu können. Es ist aber auch eine üble Art von Volksverdummung, aus Profitgründen etwas zu vereinfachen oder wegzurationalisieren, um hinterher sagen zu können, dass es teurer werden muss, wenn die unsinnige Vereinfachung rückgängig gemacht werden muss.

Wieder ist hier Einfluss und Macht von Bürgern und Kunden gefragt. Doch sie müssen über die Zusammenhänge und „dunklen Machenschaften“ immer wieder neu informiert werden. Das geschieht hauptsächlich durch Nichtregierungsorganisationen und Initiativen, nicht zuletzt auch hier auf dem Bremer Marktplatz durch die Montagsdemonstrationen.

Helmut Minkus (parteilos)

Fusarium oxysporum cubense: Sechzig Jahre nach Verdrängung der Sorte „Großer Michel“ durch eine widerstandskräftigere machen weltweit die Bananen schlapp *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

467. Bremer Montagsdemo am 07. 04. 2014

Dreckige Energiewende

Die Energiewende in Deutschland ist zwar beschlossen, und theoretisch sollen hierzulande bis 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, doch bis dahin ist noch viel zu tun. Auch wir werden daran mitwirken und beobachten, dass es dabei bleibt. Wir von der Bremer Montagsdemonstration haben uns das buchstäblich auf die Fahne beziehungsweise das Banner geschrieben. Auch ich haben inzwischen genügend weltweite, praktische Erfahrungen mit Atomkraftwerken, um für mich die klare Entscheidung treffen zu können: Atomkraftwerke sind nicht zu gebrauchen, also schnellstmöglich abzuschaffen, bevor ihre Betreiber noch mehr Katastrophen damit anrichten!

Nun haben wir einen Sympathisanten, sogar einen starken Mitstreiter, der uns dabei zu helfen versucht, dass Atomkraftwerke abgebaut werden: In Deutschland ist die groteske Situation entstanden, dass Kohlestromproduzenten wieder Aufwind verspüren und sich große Marktanteile versprechen. Die Rheinisch-Westfälischen Energieversorger, einer der größten deutschen Kohlestromproduzenten, verlieren zwar Marktanteile und wollen Hunderte von Mitarbeitern entlassen, doch der für die Produktion von regenerativem Strom bekannte schwedische Stromer Vattenfall bekommt in Deutschland das Recht, Dörfer zu zerstören, um Braunkohle abzubauen und damit hier die dreckigsten Kraftwerke zu betreiben, die es gibt, nach dem Motto: „Wer Atomkraftwerke abbauen will, braucht Strom aus Braunkohlekraftwerken“.

Irgendwann wurde mal ein entsprechender Vertrag mit einem dummen, skrupellosem oder profitgierigen deutschen Politiker ausgehandelt. Ein solcher Investitionsvertrag kann nicht mehr so einfach rückgängig gemacht werden, denn Vattenfall kann auf dessen Einhaltung klagen. In einem Braunkohlekraftwerk werden mit jeder verbrannten Tonne Kohle 3,25 Tonnen Kohlendioxid in die Atemluft geblasen. Im Kraftwerk Jänschwalde werden an einem 24-Stunden Tag rund 20.000 Tonnen Braunkohle verbrannt, damit es profitabel läuft. Das ist so grotesk, dass sogar schwedische „Greenpeace“-Aktivisten am Protest gegen den Kohlekraftwerksausbau Vattenfalls in der Lausitz teilnahmen.

Sie hatten sich an Schienen festbetoniert, um den Kohlenachschub für die drei Kraftwerke Jänschwalde, Schwarze Pumpe und Boxberg zu verhindern. „Es ist eine Schande für alle Schweden, dass unsere staatliche Vattenfall einige der schmutzigsten Kohlekraftwerke in Europa betreibt“, sagt Emma Pettersson von „Greenpeace“. In Schweden betreibe Vattenfall nur Wasser- und Atomkraftwerke. Da sollten wir als direkt betroffene Deutsche etwas deutlicher unsere Meinungen vertreten. Ich selbst kann nur öffentlich fordern: Politiker, die so etwas heute noch zulassen, sollten sofort ihres Amtes enthoben werden!

Helmut Minkus (parteilos)

Unterwanderung: Völkische „Friedensbewegung“ macht mobil *(„Indymedia“)*

Der Hartz-IV-Regelsatz deckt das Existenzminimum nicht

1. Wenn am Ende des Geldes wieder mal ganz viel Monat übrig ist, spüren Hartz-IV-Bezieher sehr deutlich am eigenen Leibe, was bereits durch mehrere Studien und nun auch durch eine aktuelle Untersuchung der „Hans-Böckler-Stiftung“ bestätigt wurde: dass der **Hartz-IV-Regelsatz** nicht ausreicht, um das Existenzminimum zu decken. Durch die Trickserei bei der Berechnung der Regelsätze erreicht das Grundsicherungsniveau nur gut ein Drittel des durchschnittlichen Lebensstandards.

Auch Wohlfahrtverbände, Gewerkschaften, Erwerbslosen-Initiativen und Politiker kritisieren, die seit Beginn des Jahres ausgezahlte Erhöhung um neun Euro auf 391 Euro für Alleinstehende falle viel zu gering aus. Der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ und der DGB kamen erstaunlicherweise zu dem Ergebnis, der Regelsatz für einen Alleinlebenden müsse mindestens 437 Euro pro Monat betragen. „Die Linke“ fordert mindestens 500 Euro pro Monat. Die Partei setzt sich für die Abschaffung von Hartz IV ein und will stattdessen eine sanktionsfreie und menschenwürdige Grundsicherung einführen. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass die Hartz-Kommission bereits im Jahre 2002 einen Regelsatz von 511 Euro pro Nase anstrebte.

Während die Höhe der Grundsicherung bis 1990 an einem Warenkorbmodell bemessen wurde, wurde durch die menschenverachtenden Hartz-Gesetze ein Statistikmodell eingeführt, in das die Ausgaben der Haushalte einfließen, die ein niedriges Einkommen knapp über der Regelleistung haben. Hier seien Allein-

stehende als Referenzgruppe zur Berechnung der Grundsicherung ungeeignet, da dieser Haushaltstyp nur eine unterdurchschnittliche Position in der Gesamtverteilung erreiche. Zur Berechnung des Regelsatzes dürfe keine Bezugsgruppe herangezogen werden, die sich nicht zur Bestimmung der eigentlichen Einkommensentwicklung eigne.

2. Im Rahmen des bundesweiten Projektes „Stromspar-Check plus“ sollen Bezieher von Hartz IV, Sozialhilfe oder Wohngeld und deren Familien jetzt einen Gutschein zum Kauf eines energieeffizienten A+++-Kühlschrankes oder einer entsprechenden Kühl-Gefrier-Kombi in Höhe von 150 Euro für ihren alten **Kühlschrank** bekommen, wenn dieser mindestens zehn Jahre alt sei. Mit solch einem modernen Gerät könne jeder Haushalt rund 100 Euro im Jahr sparen. In den nächsten zwei Jahren könnten so bis zu 16.000 alte Kühlschränke ausgetauscht werden.

Die Mitarbeiter des Programms, die selbst meist umgeschulte Langzeitarbeitslose sind, prüfen im Haushalt den Energieverbrauch und berechnen eine Einsparprognose beim Einsatz eines modernen Geräts. Die Abwrackprämie kann dem Haushalt übergeben werden, wenn nachgewiesen wurde, dass der alte Kühlschrank fachgerecht entsorgt wurde. Die Frage bleibt, wer den Rest vom neuen Kühlschrank bezahlen soll, wenn vom Regelsatz nichts angespart werden kann. Auch kann der Kühlschrank wohl kaum auf dem Rücken, dem Fahrrad oder im Bus nach Hause gebracht werden – die Transportkosten bleiben ungeklärt.

Ein 140-Liter-Kühlschrank eignet sich nur für Einzelpersonen, er käme für eine ganze Familie eher einer Art Kühltasche gleich. Oder stellt die Kühlschrank-Prämie nur einen Vorwand dar, um Hausbesuche durchzuführen? Mal eben einen Blick ins Badezimmer erhaschen, um die Zahnbürsten zu zählen oder in die Waschmaschine zu schauen, was da von wem gewaschen wurde? Wenn wegen der genannten Umstände kaum jemand das Programm in Anspruch nehmen wird, gibt es wenigstens einen Grund mehr, auf vermeintlich faule Hartz-IV-Bezieher zu schimpfen, die jetzt bereits einen Zuschuss zum Kühlschrank hinterhergeworfen bekommen, worin sie ihr Bier und die Tiefkühlpizza lagern können, bevor sie sich alles vor dem riesigen Flachbildschirm-Fernseher einverleiben.

3. Immer mehr gut ausgebildete und erfahrene **Fachkräfte** finden keine Arbeit. Sind sie zu alt und zu teuer? Dabei fällt die Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt sehr moderat aus: Im Vergleich zum Vormonat waren im März knapp 700 Hamburger weniger arbeitslos gemeldet. Doch im Vergleich mit dem Vorjahresmonat gibt es noch keine Entspannung am Arbeitsmarkt, sondern jetzt knapp 4.000 Arbeitslose mehr als im März 2013. Der Anstieg um 5,5 Prozent rief auch den DGB Hamburg auf den Plan, der „verhaltene Einstellungsbereitschaft“ und „überzogene Erwartungen“ der Unternehmen kritisiert. Nach der neuesten Euphemisierung der Arbeitslosenstatistik hat die Erwerbslosigkeit etwas stärker abgenommen: Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 Punkte auf 7,1 Prozent, und der Chef der Bun-

desagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, rechnet mit einer weiteren Belebung des Arbeitsmarktes.

Wenn die Firmen ständig über Fachkräftemangel klagen, dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass jeder zweite der 75.828 Arbeitslosen in Hamburg eine Fachkraft mit einer qualifizierten Ausbildung ist. Das hört sich sonst immer ganz anders an. Wie wird eine Fachkraft durch die Bundesagentur für Arbeit definiert? Betrifft das jeden Arbeitnehmer, der einen Stundenlohn von 8,50 Euro die Stunde möglichst deutlich unterschreitet? Steht unserer „Elite“ das Wasser bis zum Halse, wenn solch ein Artikel in der Springer-Presse erscheint? Sechzehn Jahre Lohndumping und Profitmaximierung zulasten der tatsächlichen Leistungserbringer, bei gleichzeitigem Abbau auch des akademischen Mittelbaus, führten zu dieser desolaten Situation.

Gut ausgebildete Leute hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten oder müssen sich durch die Verfolgungsbetreuung der Mob- Center drangsalieren lassen und praktisch ohne Perspektive leben, besser: vegetieren. Soll durch Artikel wie diesen in der „Welt“ der Tenor übermittelt werden, es sei noch mehr Druck auf „Fachkräfte“ auszuüben? Erst weich einschmeicheln, bevor der Hammer niedersaust? Frei nach dem Motto: „Passt euch gefälligst mehr an, weil es den anderen auch mies geht, seid noch flexibler, devoter und verkauft eure Arbeitskraft noch billiger, weil die Märkte das halt alternativlos fordern!“ Dank des Mob-, Flop- oder (No-)Job-Centers geht der Status als Fachkraft recht zügig verloren, wenn er einfach nach einer Zeit der Erwerbslosigkeit aberkannt wird, um Leistungsberechtigte leichter in Dumpinglohnarbeit zwingen zu können.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

468. Bremer Montagsdemo am 14. 04. 2014

Systematischer Entzug der Existenzgrundlage: Wir gedenken der Opfer der Agenda 2010 *(„Wordpress“)*

Todesfälle durch Streichung von ALG II billigend in Kauf genommen

1. Die Bundesagentur für Arbeit legte dem Arbeitsministerium in einem 63-seitigen Papier unter anderem Vorschläge vor, wie mit Hartz-IV-Beziehern umgegangen werden soll, „die fortgesetzt eine Zusammenarbeit mit ihrem Jobcenter verweigern“. Ihnen „soll künftig das Arbeitslosengeld komplett gestrichen werden“. Anders als heute sollen die Betroffenen dazu außerdem nicht mehr vorher ange-

hört werden müssen. ALG II und Sozialgeld sollen erst dann weiter gezahlt werden, wenn sich die Betroffenen wieder melden, wobei sie das ALG II neu beantragen müssen. Mit der Regelung sollen selbstverständlich keinesfalls Hartz-IV-Bezieher in Gute und Böse untergeteilt, ungerechtfertigt abgewehrt, übergangen oder als besonders entrechtete Bürger zweiter Klasse behandelt, sondern Jobcenter-Mitarbeiter von Bürokratie entlastet werden, damit diese mehr Zeit für die Betreuung von Hartz-IV-Beziehern erhalten.

Wie wir alle wissen, wachsen Arbeitsplätze in dem Maße nach, in dem sich die Mitarbeiter des Jobcenters um Erwerbslose kümmern können. In einer wahren Kürzungsorgie wurde bisher bei einem versäumten Termin die Transferleistung um zehn Prozent gemindert, beim zweiten um 20, beim dritten um 30 Prozent. In der Behördensprache ist gleich von „Verweigerung der Mitarbeit“ die Rede, ohne abzuklären, ob der Erwerbslose überhaupt durch eine Vor-, äh: Einladung erreicht wurde oder ob diese beispielsweise erst um 13 Uhr des entsprechenden Tages vom Postboten in den Briefkasten geworfen wurde, der Termin aber bereits um 9 Uhr hätte wahrgenommen werden müssen.

Auf jeden Fall werden dann noch mehr Menschen durch die immer größer werdenden Maschen des (ehemaligen) sozialen Netzes fallen. Offenbar wird es billigend in Kauf genommen, dass dies in der Vergangenheit schon mehrfach zu Todesfällen führte. Wenn möglicherweise psychische Erkrankungen zu Vermeidungsverhalten gegenüber der Hartz-IV-Behörde führten, ist die Entziehung der **Existenzgrundlage** wenig hilfreich.

2. Als ein erwerbsloser Bochumer aufgrund des Notkaiserschnitts seiner Frau einen Termin beim Jobcenter versäumte, reagierte die Behörde prompt und kürzte *subito* die Transferleistung. Dabei hatte der werdende Vater sogar beim Jobcenter angerufen, um wegen der Geburt seiner Tochter den Termin abzusagen und beim Servicecenter eine Nachricht für seinen Sachbearbeiter hinterlassen. Weil diese Nachricht dort offenbar erst mit einiger Verspätung ankam, schrieb der Fallmanager an den jungen Mann: „Der Einladung vom 24. März sind Sie leider nicht nachgekommen. Sie haben bisher auch keinen wichtigen Grund mitgeteilt. Die Leistungen wurden daher vorläufig eingestellt“.

Nachdem der frisch gebackene Vater noch am selben Tag seinen Sachbearbeiter aufsuchte und ihm die Situation schilderte, entschuldigte sich dieser und veranlasste die Fortzahlung der Leistungen sowie eine Barauszahlung für den Zeitraum, in dem der Mann kein Geld erhalten hatte. Auch die Sprecherin der Behörde entschuldigte sich für den Vorfall und erklärte, dass eine Geburt selbstverständlich zu den Gründen zähle, einen Termin abzusagen. Sie stellte aber auch

die Frage, ob „immer die Öffentlichkeit eingeschaltet“ werden müsste, um Schlimmeres zu verhindern.

Ja, unbedingt, finde ich, wenn scheinbar erst die Transferleistung komplett einbehalten, bevor überhaupt gefragt wird, was los, geschweige denn der Sachverhalt bekannt ist! Außerdem war die Behörde in keiner Weise dazu berechtigt, die Leistung gleich einzustellen, sondern – wenn überhaupt – nur, sie um zehn Prozent zu kürzen. Aber auch die **Kürzung** einer ohnehin schon nicht ausreichenden Transferleistung um zehn Prozent, sei sie nun berechtigt oder nicht, bringt die Betroffenen oft in eine echte Bredouille, denn nicht jeder kann sofort seinen Sachbearbeiter erreichen, und nicht alle lenken gleich ein. Immer wieder kommt es mir hoch, wenn ich mir vorstelle, mit welchem Menschenbild hier gearbeitet wird!

3. Das Jobcenter Segeberg forderte eine alleinerziehende Mutter, die mit ihren zwei Kindern in einer 68 Quadratmeter großen Wohnung in Norderstedt lebt, auf, ihre Unterkunftskosten zu senken, weil ihre Miete um 1,78 Euro über der vom Jobcenter als maßgeblich erachteten **Mietobergrenze** liege. Weiter führt die Behörde in ihrer Kostensenkungsaufforderung aus, dass nicht angemessene Mieten in der Regel längstens für drei Monate anerkannt werden könnten und anschließend nur noch die angemessenen Kosten der Unterkunft bei der Berechnung der Leistungen zu berücksichtigen seien. Wenn es nicht so traurig wäre und der Al-

leinerziehenden bestimmt Angst um ihre Existenz, ihr Zuhause bereiten würde, dann wäre dies ein Grund zum lauten Auflachen: eine Umzugsaufforderung allen Ernstes wegen 1,78 Euro!

Dabei schreibt der Gesetzgeber vor, dass eine Absenkung der unangemessenen Aufwendungen nicht gefordert werden müsse, wenn unter Berücksichtigung der bei einem Wohnungswechsel zu erbringenden Leistungen dieser unwirtschaftlich wäre. Was könnte unwirtschaftlicher sein als ein Umzug wegen einer Ersparnis von 1,78 Euro im Monat? Mindestens ebenso schlimm finde ich, dass in der Senkungsaufforderung bewusst falsch über die Rechtslage informiert wird, denn nicht angemessene Unterkunftskosten können keineswegs in der Regel „längstens für drei Monate“ anerkannt werden, sondern „längstens für sechs Monate“.

Weil den Mitarbeitern wohl auch vieler anderer Jobcenter dieser Sachverhalt bestimmt bekannt ist, stellt sich die Frage, ob hier nicht wieder auf dem Rücken der Ärmsten unberechtigt Gelder eingespart werden sollen. Wird möglicherweise einkalkuliert, dass die Familie, äh: „Bedarfsgemeinschaft“ es irgendwann nicht mehr schafft, den Fehlbetrag aus dem Regelsatz zu decken und wohnungslos wird, sodass keine Wohnkosten für das Jobcenter mehr anfallen, weil sie dann irgendwo anders untergebracht werden muss? Durch so ein langwieriges und schwieriges Prozedere besteht auch eine gute Chance, dass die Betroffenen da-

bei krank werden, bis hin zur Erwerbsunfähigkeit, und dann praktischerweise ins SGB XII abgeschoben werden können.

4. Eine neue Studie belegt, dass **Zeitarbeit** alles andere als ein Sprungbrett in reguläre Beschäftigung ist. Obwohl Politik und Arbeitgeber der Zeitarbeit häufig eine „Brückenfunktion“ nachsagen, bleiben die meisten Leiharbeiter auch weiterhin, was sie sind: Leiharbeiter eben. Beim Vergleich der Berufsbiografien von Menschen, die sich arbeitslos gemeldet und im ersten Jahr danach bei einer Zeitarbeitsfirma angefangen haben oder eben nicht, konnte in der Gruppe jener, die als Leiharbeiter anheuerten, keine erhöhte Wahrscheinlichkeit für die Aufnahme einer regulären Beschäftigung festgestellt werden.

Die Studie stellt auch fest, dass Personen jener Gruppe, die nach Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit in die Zeitarbeit gegangen ist, in den folgenden fünf Jahren mit höherer Wahrscheinlichkeit einen Job haben als Personen aus der Vergleichsgruppe – allerdings nur im Bereich der Leiharbeit. Na, super! Wenn es einen „Klebeeffekt“ gibt, dann also den von Leiharbeitern in der Leiharbeit. Dennoch ist Zeitarbeit die führende Branche bei den über die Arbeitsagentur angebotenen Jobs. In meinen Augen ist Zeitarbeit ähnlich wie die ebenso menschenverachtenden Ein-Euro-Jobs eher mit einer Art von legalisiertem Sklavenhalter- oder Raubrittertum zu vergleichen und müsste endlich wieder verboten werden!

5. Im niedersächsischen Landkreis Rotenburg gibt ein pensionierter Spitzenkoch mit dem passenden Namen Fritz Strunk Kochkurse für Arbeitslose. Am Ende stehe immer ein Gala-Dinner, drunter gehe es nicht, sagte er. Laut Strunk sei in der gehobenen Armenspeisung eigentlich alles wie in der Sterneküche: auch die koche „à la minute, günstig und frisch“. Teuer sei die Spitzengastronomie vor allem des Service wegen, der dreisprachig sein und die Weine kennen müsse, „und weil da noch Blumen auf dem Tisch stehen“. Der ehemalige Koch mit dem Stern von Michelin wäscht beispielsweise die Schale einer Gurke mit Pril gegen „die Chemie“ ab, schält und püriert sie, gibt noch einen Schlag Sahne hinzu, würzt ein wenig, und fertig ist die Gurkenschalenrahmsuppe. Strunk betont, dass die Suppe fast nichts koste und die Schalen sonst weggeschmissen würden.

391 Euro beträgt der Hartz-IV-Satz für alleinstehende Erwachsene im Monat, für erwachsene Angehörige einer „Bedarfsgemeinschaft“ nur 350 Euro. 138 Euro sollen für einen Monat zum Essen reichen, nur 4,50 Euro für einen ganzen langen Tag. Wenn ich mir überlege, wie satt wohl eine solche Gurkenschalensuppe macht, die fast nur aus Wasser mit einem Schuss Sahne besteht, dann frage ich mich: Steaks für die Arbeitsplatzbesitzer und Gurkenschalensuppe für die Arbeitslosen? Tun sie den Erwerbslosen dann noch etwas Gutes, weil Gemüse eh gesünder als Fleisch ist? Aber ob sich ein Spülmittel dazu eignet, „die Chemie“ wegzuwaschen? Schade, dass niemand auf die einfachste Idee kommt, wie Arme sich besser ernähren könnten: **Regelsätze** vernünftig erhöhen, bis es ein adäquateres System gibt!

Inzwischen gibt es zahlreiche Sparkochbücher, die erklären, warum es kein Problem sei, gesund für wenig Geld zu kochen. Der Hammer ist aber, dass „so viel“ kaum einem Erwerbslosen zum Essen bleibt, weil nur noch das Essensgeld und das Geld für Mobilität übrig bleiben, nachdem die Fixkosten für Miete, Strom, Heizung bezahlt sind. Wenn die Schuhe besohlt, Medikamente bezahlt, ein neuer Fahrradmantel gekauft werden müssen, dann wird das vom Essensgeld bezahlt, wovon denn sonst? Gar nicht zu reden davon, dass die vorgesehenen Beträge im Regelsatz für Strom, Energie und Fahrkarten ebenso wenig dem Bedarf in der Realität standhalten wie die Summe fürs Essen. Der Soziologe Stephan Lorenz, der an der Universität Jena zu Konsum und Ausgrenzung forscht, sagt, es werde immer wieder betont, dass gutes Essen seinen Preis habe – nur die Hartz-IV-Kochkurse lehrten das Gegenteil.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Auf dem Weg in einen „kalten Faschismus“: Menschenfeindlichkeit ist Grundmerkmal der Hartz-IV-Gesetze zur „Sozialpolitik“ *(Holdger Platta)*

Der diesjährige **Ostermarsch** beginnt am **Samstag**, dem **19. April 2014**, um **11 Uhr** am **Ziegenmarkt** und führt bis 12 Uhr zum Marktplatz.

Der neue Weltklimabericht schlägt Alarm

Der Weltklimarat hat in den letzten Tagen seinen neuen Bericht vorgelegt. Darin schlägt er Alarm über die drohende globale Klimakatastrophe und fordert die schnelle Abkehr von der fossilen Verbrennung. Der weltweite Ausstoß an Kohlendioxid ist in den vergangenen zehn Jahren so stark gestiegen wie schon lange nicht mehr – durchschnittlich um 2,2 Prozent jährlich. Der Weltklimarat gibt dringende Empfehlungen zur Energiewende an die Politik. Damit wird wieder mal der Eindruck erzeugt, die Rettung der Umwelt sei bei den Regierungen in guten Händen. Aber wie viele Absichtserklärungen auf geduldigem Papier bei unzähligen Klimakonferenzen haben wir in den letzten Jahren erlebt?

Substanziell und nachhaltig wurde nichts unternommen, um die Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu beseitigen, im Gegenteil: In der Realität erleben wir permanent, dass die Überausbeutung von Mensch und Natur auf die Spitze getrieben wird. Die Merkel/Gabriel-Regierung fährt im Interesse der Konzerne und Banken die Energiewende an die Wand. Statt den Ausbau von Sonnenenergie und Windkraft an Land massiv zu fördern, werden unsere Steuergelder jetzt in den Ausbau der dreckigen Kohleenergie umgeleitet!

Allerdings ist der Ansatz der Klimawissenschaftler, fossile Verbrennung durch Atomkraft und Kohlendioxid-Speicherung zu ersetzen, ein Irrweg. Man kann den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben! Im Interesse der Umwelt und der Menschheit muss sich ein weltweiter und aktiver Widerstand entwickeln für die sofortige **Stilllegung aller Atomkraftwerke** und die schnelle Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien. Deshalb sollten viele Menschen am **10. Mai 2014** zur **Großdemonstration** nach **Berlin** mitfahren (Abfahrt um 7:30 Uhr am Cinemaxx, Rückfahrt um 17 Uhr, Fahrtkosten 28 Euro).

Überall wächst die Sorge über die Rettung unserer Mutter Erde. Immer mehr lokale und regionale ökologische Katastrophen drangsalieren die Menschheit. Wir treiben auf eine globale Umweltkatastrophe zu, die alle natürlichen Lebensgrundlagen zerstören kann. Weil die Hauptursachen in der kapitalistischen Profitwirtschaft liegen, erfordert die Lösung der Umweltfrage einen gesellschaftsverändernden Kampf und eine neue Qualität der Umweltbewegung.

Die Neuerscheinung „**Katastrophenalarm**“ ist eine Streitschrift, die sich in diese Zukunftsdebatte einmischt und unmissverständlich positioniert. Wissenschaftlich und verständlich entwickelt das Buch neue Erkenntnisse, neue Zusammenhänge und neue Lösungen für die Rettung der natürlichen Umwelt. Dieses Buch

gehört in die Hand jedes umweltbewegten Menschen! Wer es gemeinsam lesen, studieren und diskutieren möchte, ist herzlich eingeladen zur **Studiengruppe** der MLPD, erstmals am **25. April 2014**, von **18 bis 20 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11.

Harald Braun

Die nächste **Montagsdemo** beginnt wegen des Osterfestes erst am **28. April 2014** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Anschließend gibt es ab **19:15 Uhr** eine Nachbesprechung im **Seemannsheim**.

Rechte Esoteriker unterwandern bundesweit Montagsdemonstration

Die „Linksjugend Solid“ berichtet, am Montag hätten circa 70 Leute im Rahmen der bundesweiten rechts-esoterischen „Friedensmahnwachen“ rund um Jürgen Elässer und Ken „FM“ Jebsen trotz Hagels auf dem Marktplatz eine Kundgebung abgehalten (allgemeine Hintergründe dazu bei „Indymedia“ und „Facebook“). Dort finde sich auch ein Video, dass den 15-minütigen Vortrag des rechten Esoterikers Dirk-Uwe Träger zeige. Ab der vierten Minute erkläre er, dass die Grenzen von 1937 noch gültig wären, weil die Bundesrepublik („GmbH“) kein souveräner Staat sei. Damit greife er eine gängige revisionistische Verschwörungsposition auf, die auch von den sogenannten Reichsbürgern vertreten werde. Auf einer entsprechenden Veranstaltung habe Träger in diesem Kontext teilgenommen. Aufgenommen und ins Netz gestellt wurde das Video von *Susanne Sejana Kreth*, Herausgeberin der Zeitschrift „Lichtsprache“. Es bekomme in der „Facebook“-Gruppe „Likes“ von den Administrator(inn)en, die sich ansonsten erklärt „postideologisch“ und „nicht rechts, nicht links“ gäben und am Sonntag auch einen gutmütigen Artikel im „Weser-Kurier“ abgreifen konnten. Nächsten Montag wollten sie wiederkommen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Faschistoider Vernichtungskrieg gegen menschenähnliche „Frogs“: Esoterik ist ein Eskapismus-Angebot zur Flucht vor der Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Herausforderungen der Gegenwart und zum Einüben einer elitären Geisteshaltung *(„Wikipedia“)*

Friedensdemo?

Mir ist unklar, welche Zielsetzungen an diesem Montag durch so manche Redner(innen) verfolgt werden sollten: eine kriegsvölkerrechtliche Auseinandersetzung wegen der Grenzen von 1937 oder wegen der Versenkung der „Lusitania“? Für einen Friedensprozess ist das Kriegsvölkerrecht meines Erachtens ungeeignet: Es sagt dem Soldaten, worauf er schießen darf und worauf nicht. Selbst wenn es stimmen sollte, dass die „Lusitania“ als gekennzeichnetes Lazarettschiff Waffen an Bord hatte und somit die Versenkung kriegsvölkerrechtlich nicht zu beanstanden gewesen wäre, brächte diese Tatsache rein gar nichts, was die politische Vermeidung von Kriegen, die sozioökonomischen Ursachen sowie eine grundsätzliche Ächtung kriegerischer Auseinandersetzungen aus ethisch-moralischer Sicht angeht.

Nach dem Kriegsvölkerrecht wäre sogar die Tanklaster-Bombardierung in Afghanistan zu rechtfertigen, denn ein Tanklaster ist ein militärisches Ziel, und getötete in der Nähe befindliche Zivilisten wären demnach zu den „Kollateralschäden“ zu zählen. So grausam ist Kriegsvölkerrecht und kann daher nicht als Friedensargumentation dienlich sein. Ebenso verhält es sich mit den Grenzen von 1937. Ich rühre nicht an den Grenzen zu unseren Nachbarstaaten. Territorialansprüche und -streitigkeiten haben noch nie zu Friedensprozessen geführt, sondern garantieren das Gegenteil: die kriegerische Auseinandersetzung.

Des Weiteren möchte ich davon abraten, den Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr zu beantragen. Dies aus ganz praktisch-pragmatischen Gründen: Ohne „Perso“ können Sie kein Arbeitslosengeld beantragen, kriegen kein Bankkonto, und ein Vermieter dürfte mit Ihnen keinen Mietvertrag eingehen, ganz zu schweigen von den unnötigen Zeiten, die Sie zwecks Personenfeststellung auf der Polizeiwache verbringen. Zugegeben, andere Staaten haben so etwas wie einen Personalausweis nicht, aber ohne *Social Security Number* zur eindeutigen Personenidentifizierung kämen Sie auch in den USA oder in Großbritannien nicht weit. Wer mir gegen die Karre fährt, dessen „Perso“ möchte ich schon sehen, andernfalls würde ich die Polizei rufen!

Machen Sie da besser keinen unnötigen Quatsch. Wer meint, dass sein Geld nichts wert ist, kann es mir geben: Ich kann damit was anfangen. Nachdem ich dieses kleine Statement erledigt habe, werde ich mich wieder anspruchvolleren Themen und Lektüren widmen. Aus dem auf meinem Nachttisch liegendem Roman von Joseph Conrad möchte ich zum Schluss etwas Anregendes zitieren: „Die *Tropical Belt Coal Company* verflüssigte. Die Finanzwelt ist eine geheimnis-

volle Welt, in welcher – so unglaublich es auch klingen mag – die Verflüchtigung der Verflüssigung vorausgeht. Zuerst verflüchtigt sich das Kapital, und dann verflüssigt sich die Gesellschaft. Das geht zwar gegen die Physik...“

Frohe Ostern denn, und lesen Sie nicht zu viel triviale Verschwörungsliteratur! – Nicht, dass ich mich naserümpfend über die Liebhaber bestimmter Literaturgattungen erheben möchte: Ich würde niemals zugeben, dass ich hin und wieder als spannende Unterhaltungslektüre ganz gern einen „David Icke“ in die Hand nehme.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Rechte Demagogen am Werk

Ich teile die Sorge, dass auch die Bremer Montagsdemonstration von rechten Kräften unterwandert und zerschlagen werden soll. Wir können uns dieser Auseinandersetzung nicht entziehen, denn es ist eine bundesweite Angelegenheit und richtet sich gegen die Montagsdemo als Ganzes, wie aus der Erklärung der zentralen Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung hervorgeht, die uns erst nach den gestrigen Ereignissen erreicht hat.

Diese sogenannte neue Friedensbewegung ist ein Sammelbecken ehrlicher, friedensbewegter Menschen und faschistischer Kräfte, die im Hintergrund wirken und Kreide gefressen haben. Sie rufen allgemein mit Pace-Fahne, Peace-Zeichen und Friedenstaube über „Facebook“ auf. Es gab in ihren Reihen Mitstreiter, mit denen wir schon länger zusammenarbeiten, zum Beispiel Leute aus der „Occupy“-Bewegung. „Anonymous“ hat ihre Anlage besorgt. Ich habe die Sorge, vielen könnte nicht bekannt sein, dass die Gefahr besteht, wie aus Berlin vermutet wird, dass unter anderem faschistische Initiatoren dahinter stehen könnten. Hier heisst es wachsam sein! Es ist unsere Aufgabe, die ehrlichen Friedensbewegten darüber aufzuklären und zu erreichen, dass sie sich von den Rechten distanzieren und uns anschließen.

Dass dies möglich ist, zeigte sich auch daran, dass unsere Redebeiträge große Zustimmung fanden. Wir haben den Rechten nicht den Marktplatz überlassen! Beiträge von Mitstreitern gab es unter anderem zu Hartz IV, zur wachsenden Kriegsgefahr durch den Konflikt in der Ukraine mit einer klaren Absage an die Machtinteressen der EU/USA und Russlands, zur Ablehnung von Bundeswehr-Offizieren an den Schulen, zum Nein zu Atomwaffen und zur sofortigen Abschaltung aller AKWs, zum neuen Weltklimabericht und dem Buch „Katastrophenalarm“, zu Kürzungen des Senats im Jugendbereich und zur Solidarität mit der Besetzung des Freizeitheims Buntentor.

Das veröffentlichte Video zeigt, mit welchen Methoden der Vereinnahmung sie arbeiten. Es erweckt den Eindruck, nur Dirk-Uwe Träger hätte gesprochen. Er

hat zweimal gesprochen und wurde vom Moderator auf die dreiminütige Redezeit hingewiesen. Nach einigen Recherchen habe ich herausgefunden, dass er im Internet keine offene faschistische Werbung macht. Dort findet man ihn als „Klimaexperten“, der zur Nichtbeteiligung an Wahlen aufruft.

Harald Braun

Ich hatte Kriegsvölkerrecht als Fach auf zwei Lehrgängen an der Marineunteroffiziersschule in Plön. Die alliierten Besatzungsmächte haben einen ganz eklatanten Kriegsvölkerrechtsbruch begangen, den man nicht so einfach übergehen kann, der ihnen überhaupt nicht vorzuwerfen ist und für den man ihnen dankbar sein sollte: die sofortige Aufhebung der Nürnberger Rassengesetze. Denn über juristische Verklausulierungen hinaus, zu denen es die unterschiedlichsten fachlichen Lehr- und Kommentarmeinungen hochangesehener Staats- und Völkerrechtler zu studieren gilt, gibt es eine ethisch-moralische Perspektive: dass das Deutsche Reich von den Alliierten am 8. Mai 1945 zerschlagen wurde.

Nur frage ich mich bei Frau Kreth, die das Video mit Herrn Träger aufgenommen und zur allgemeinen Betrachtung und Bewertung ins Netz gestellt hat, wie es um ihre integere Haltung zu Demokratie und Gleichheit steht, wenn ich ihrer Publikation „Lichtsprache“ entnehme, dass es um den Zustand unserer Kultur wegen „Gleichschaltung aller Völker und Rassen“ schlecht stehen soll und ihre Sorge um Internetsperren sich auf Blockierung „rechtsextremer Webseiten“ bezieht. Dazu seien als Beleg die unten stehende Zitate aus der „Lichtsprache“ (Ausgabe 88) von mir angeführt, damit sich jede(r) selbst ein eigenes Urteil bilde.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Der Zustand der Kultur. Die Kultur der Völker stirbt zurzeit bedauerlicherweise aus, weil die NWO alles daran setzt, Unterschiede und Traditionen zu eliminieren, mit dem Ziel der Gleichschaltung aller Rassen und Völker. Dazu gehört die Flut an Flüchtlingen, die provoziert wird, damit die Kulturvermischung zum Kultursterben führt, oder auch die Vermeidung von traditionellen Dingen, um Rücksicht auf Ausländer im eigenen Land zu nehmen.

Ein Beispiel ist, dass an vielen Orten Weihnachten unter den Tisch fällt, um muslimische Mitbürger nicht zu beleidigen – etwas, das eindeutig zu weit geht. Dazu gehören auch die Anglizismen im deutschsprachigen Raum, die sehr stark zugenommen haben. Die Deutsche Bahn hat dies eingesehen und ist seit Sommer dabei, 2.200 Begriffe, die bisher in englisch bezeichnet wurden, in deutsch zu präsentieren. Da immer mehr Menschen all dies durchschauen, findet ein Umdenken statt, und die Menschen besinnen sich wieder auf die ursprünglichen Werte und Traditionen.

Die Schwächung der Neuen Kinder. (...) Auch die Inklusion ist etwas, das dem Bildungssystem schaden statt nützen soll. Auf diese Weise soll nach globaler Ma-

nier alles gleichgemacht und jegliche Individualität ausgemerzt werden. Denn weder das behinderte noch das „normale“ Kind haben einen Vorteil davon, zusammen unterrichtet zu werden. Die Behinderten werden mit ihren Schwächen konfrontiert, und die normalen Schüler müssen sich an das Tempo der anderen anpassen und können – gerade im Hinblick auf die Fähigkeiten der Neuen Kinder – ihre Fähigkeiten nicht entfalten.

Medien – der zweitgrößte Feind. (...) Immer mehr Infos – auch Halbwahrheiten und Erfundenes – kursieren im Internet, die den Lesern die Unterscheidung zwischen Wahr und Unwahr schwermachen. Und weil das Internet für die herrschenden Mächte zu einer Bedrohung geworden ist, weil zu viele Wahrheiten durchsickern, will man dieses jetzt zensieren. Ab 2014 wird eine Internetsperre der nächsten folgen, wobei Großbritannien den Anfang machen wird. Man will vor allem esoterische und rechtsextreme Webseiten blockieren, natürlich unter dem Deckmantel, es gehe um Pornografie und den Schutz der Kinder.

Ausschnitt aus den „Wandelereignissen“ in „Lichtsprache“ Nummer 88

„Ich bin der Antifaschismus“: Sagt der neue Faschismus *(„Quergedacht“)*

Warum die Montagsdemo kürzlich verboten werden sollte

Schluss mit Entrechtung und Entmenschlichung durch Hartz IV!

Seit fast zehn Jahren stehen die Montagsdemonstrierenden allwöchentlich unter der Forderung „Weg mit Hartz IV“ auf dem Bremer Marktplatz. Schon im ersten Halbjahr haben sie Grundsätze zur Streitkultur beschlossen und sich darin zum Antifaschismus bekannt, denn anfangs bekamen Rechtspopulisten, die gegen Erwerbslose hetzen wollten, vom Stadtamt eine fast gleichzeitige Kundgebung am selben Ort genehmigt. Nach einem Jahrzehnt heftiger Kritik an menschenfeindlicher Politik in Brüssel, Berlin und Bremen sollte die Montagsdemonstration kürzlich verboten werden. Mitte März hatte die „Bild“-Zeitung „Skandal!“ gerufen, Bürgerschaftspräsident und -abgeordnete empörten sich: Auf dem Marktplatz sei Hartz IV mit dem Holocaust verglichen worden.

Was war geschehen? Ein Künstler hatte in den beiden Vorwochen ein Schild gezeigt mit den Worten „Stigmatisiert – Betreuungsverfolgung – Viele Tote inzwischen“, ein weiteres lautete „Stigmatisierung – Verfolgung – Vernichtung“. Dass

diese Anspielung auf die Wirkung der Hartz-IV-Sanktionen nicht weniger als eine Warnung vor dem Beginn des Einsatzes faschistischer Methoden in der „Sozialpolitik“ darstelle, verdeutlichte er durch die Überschrift „Damals – heute“ und ein Symbolbild, worin er das Arbeitsagentur-Logo, eine römische IV, den schwarzen „Asozialen“-Winkel aus Hitlers Konzentrationslagern sowie den Davidstern in einen grafischen Zusammenhang brachte.

Die Montagsdemonstrierenden achten das Gedenken an die nach Millionen zählenden Opfer des deutschen Faschismus und haben deshalb – im Einvernehmen mit dem Künstler – gegenüber dem Stadtamt erklärt, dass dieses leider auch als missverständlich und verletzend zu bewertende Symbolbild nicht mehr im Rahmen der Montagsdemonstrationen gezeigt wird. Was jedoch in der Tat mit Hartz IV in die deutsche „Sozialpolitik“ Einzug genommen hat und völlig zu Recht von den Montagsdemonstrierenden angeprangert wird, das ist eine neue Entrechtung und Entmenschlichung ganzer Bevölkerungsgruppen, wie sie grundsätzlich den faschistischen Entwicklungen einer Gesellschaft innewohnt. Heute müssen von Hartz IV betroffene Menschen ein Leben weit unterhalb des Existenzminimums führen.

Sie verlieren die Reisefreiheit und werden isoliert, weil das Geld für Besuche und Bewirtung fehlt, um Beziehungen zu pflegen. Von keinem Gericht rechtzeitig aufgehalten und entfesselt von einem leidenschaftslosen Gesetzgeber, der beim Bewerten von Menschen nach ihren Kosten über die um viele Jahre verspäteten verfassungsrichterlichen Warnungen hinweggeht, spielt eine effiziente und willkürliche Bürokratie bei kleinsten Verfehlungen mit dem Leben der Hilfebedürftigen und kürzt ihren Regelsatz bis hinunter auf Null. Arme Menschen wurden von den Machern der Hartz-Gesetze mit Nazi-Worten als „Parasiten“ und „Schmarotzer“ geschmäht, denn „wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“. Eine Million Sanktionen werden jährlich aufgrund von Nichtigkeiten verhängt, und nicht nur „Bild“ spendet laut Beifall.

Hartz IV macht einsam, schwach und krank und tötet sogar. Die Hartz-Gesetzgebung, lautet das Urteil des Politologen Holdger Platta in einem Vortrag für die Bremer „Georg-Elser-Initiative“, komme „über weite Strecken hinweg und *de facto* einer Rechtlosstellung der betroffenen Menschen gleich, einer Illegalisierung, die in vielerlei Hinsicht den Etappen der Rechtlosstellung nicht gleicht, aber ähnelt, die ab dem 17. Februar 1933 die Juden in Deutschland erdulden mussten. Auf dem fiskalischen Weg des Geldmittelentzuges wurde seit dem 1. Januar 2005 ein Sonderrecht für die Hilfebedürftigen in der Bundesrepublik eingeführt, das deren Grundrechte zu großen Teilen außer Kraft setzt, ein Sonderrecht, das die Betroffenen der Befriedigung grundlegender Lebensbedürfnisse beraubt, der Realisierung sozialer, politischer und kultureller Teilhaberechte.“

Würden Plattas Erkenntnisse erst einmal zum Talkshow-Thema, stünde Hartz IV womöglich bald auf der Kippe. Wer hat nun zu prüfen gefordert, ob die Montagsdemonstrationen künftig noch genehmigt werden müssten? Wer empörte sich in „Bild“ über die bekennenden Antifaschisten wegen eines angeblichen Holo-

caust-Vergleiches? CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp war es, einst auf dem Marktplatz gescholten wegen zynischer, entmenschlichender, sozialrassistischer Worte wie „unter Brücken sollen sie schlafen“, als es um Zwangskündigungen „zu teurer“ Wohnungen von Hilfebedürftigen ging, oder „Schwerstkriminelle müssen mit körperlichen Nachteilen rechnen“, als ein Afrikaner unter der Brechmittelfolter in einem bremischen Polizeikeller ertrank. Die Montagsdemonstrierenden prangern weiterhin jede auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an. Das Existenzrecht eines jeden Menschen in diesem Land ist zu gewährleisten!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) ist Webmaster der Bremer Montagsdemonstration gegen Hartz IV – siehe auch „Die Linke“

„Friedenskundgebung“ am Ostermontag, dem 21. April 2014, gegen 19:30 Uhr

Klagen auf Wohlstandsniveau! Die Bremer Montagsdemo fokussiert sich auf sich selbst. Es gibt offensichtlich nur noch selbstgefällige Sozialnostalgiker, die wohl nicht die Arbeit der Gewerkschaft und der Betriebsräte sehen. Ich hoffe, dass ich mich geirrt habe!

Zuschrift von Ulrich Peters (Verdi), aktiver Betriebsrat

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

469. Bremer Montagsdemo
am 28. 04. 2014

Das Hartz-IV-Sonderrecht für Arme soll weiter verschärft werden

1. In Deutschland müssen 1,3 Millionen Menschen ALG II beantragen, obwohl sie arbeiten – das Geld reicht einfach nicht aus. Nun ist der geplante gesetzliche **Mindestlohn** mit 8,50 Euro allerdings derart lachhaft niedrig, dass er nur einen Bruchteil der Betroffenen, nämlich nur etwa 60.000 Aufstocker, aus ihrer prekären Situation, der Abhängigkeit von staatlichen Hilfen befreien wird. Es ist wohl eher als trauriger Witz zu bezeichnen, wenn das monatliche Einkommen um zehn bis zwölf Euro „steigt“, weil nun einmal jegliches Einkommen oberhalb von 100 Euro zu 80 Prozent mit dem Anspruch auf Arbeitslosengeld II verrechnet wird.

Bei einem anständigen Mindestlohn könnten nicht nur Arbeitnehmer von ihrer Hände Arbeit gut leben, sondern es ergäbe sich auch für den Staat eine gesamtfiskalische Entlastung von weit mehr als nur zwischen 2,2 und gut drei Milliarden Euro, denn die Unternehmer würden nicht länger überflüssigerweise aus Steuergeldern subventioniert. Ende letzten Jahres war von den erwerbstätigen 1,303 Millionen Hartz-IV-Beziehern nur jeder Sechste in Vollzeit beschäftigt; vier Fünftel der Aufstocker arbeiteten weniger als 32 Stunden in der Woche.

Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ sieht im geringen Arbeitsvolumen den Grund, warum der Mindestlohn nur für wenige das Ende von Hartz IV bedeute, obwohl der durchschnittliche Stundenlohn von Aufstockern 6,20 Euro betrage. Das klingt in meinen Ohren beinahe so, als ob sich die meisten Arbeitnehmer aussuchen würden, nur in Teilzeit zu arbeiten! Ein weiterer Grund sei die Haushaltsgröße: Der Alleinverdienst eines Arbeitnehmers mit Hartz-IV-Unterstützung reiche nicht für den Rest der Familie aus.

2. Nachdem eine 30-jährige Wittgensteinerin ihr Studium an der Universität Siegen samt Zusatzqualifikation abgeschlossen hat, musste sie seit März ALG II beantragen. Nun steht ihr zum 1. Mai eine Stelle als Referendarin an einer Grundschule im Hochsauerlandkreis in Aussicht. Doch wie soll sie ihren Arbeitsplatz

dort erreichen? Ein **Darlehen** über tausend Euro ihres Jobcenters würde ihr für ein gebrauchtes Auto reichen, mit dem sie in 45 Minuten am neuen Arbeitsplatz sein könnte.

Doch das Jobcenter in Bad Berleburg will der Alleinerziehenden ein solches Darlehen nicht gewähren, sondern rät ihr, für die Anfahrt auf Bus und Bahn auszuweichen – oder einfach noch ein paar Monate Arbeitslosengeld in Anspruch zu nehmen. Was sind das denn für Witzbolde? Wenn die einfache Fahrt mit dem Auto schon 45 Minuten dauert, wie lange dauert es dann erst mit Bus und Bahn hin und zurück? Wo sollte so lange das kleine Kind betreut werden? Erst in 18 Monaten sei damit zu rechnen, dass die Bezirksregierung Arnsberg auch im Kreis Siegen-Wittgenstein wieder neues Lehrerpersonal einstelle.

In diesem Zeitraum stünden ihr rund 1.200 Euro pro Monat als Arbeitslosengeld zu, insgesamt 21.600 Euro, die die junge Mutter mit Blick auf ihre Stelle aber gar nicht erst in Anspruch nehmen möchte. Ich finde es unglaublich: Da hat eine ALG-II-Bezieherin gute Chancen, aus dem Bezug von Transferleistungen für sich und ihr Kind herauszukommen, erfährt aber keinerlei Unterstutzung, obwohl sie in die Lage versetzt würde, das Darlehen gleich zurückzuzahlen. Das Job-Center als *Joke*-Center oder als Verhinderungsbehörde? Wird die ausgebildete Lehrerin demnächst mit einer Maßnahme beglückt, die locker das Doppelte kostet, und bekommt dann die Fahrtkosten obendrauf?

3. Nachdem die Verkehrbetriebe in Düsseldorf einen Streik angekündigt hatten, wandte sich Michael L. in weiser Voraussicht mit der Bitte an die Behörde, einen sogenannten Meldetermin zu verlegen. Doch wurde ihm nur entgegnet, dass er eine **Sanktion** erhält, weil er ja zu Fuß gehen könne. Ich nehme an, dass dem Sachbearbeiter bekannt ist, dass Herr L. schwer lungenkrank ist und deshalb die zehn Kilometer *nicht* zu Fuß bewältigen kann. Nachdem Herr L. aus diesem wichtigen Grund den Termin nicht wahrnehmen konnte, wurde er dennoch mit zehn Prozent sanktioniert, was monatlich 39,80 Euro weniger bedeutet. Das ist viel Geld, das ihm nun fehlt. Gegen den Bescheid wurde Widerspruch eingelegt, jetzt Klage erhoben. Vielleicht melden sich auch noch andere Betroffene, die wegen des Streikes sanktioniert wurden.

4. Hartz IV soll reformiert werden. Ein Entwurf soll spätestens im November einer Arbeitsgruppe der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vorliegen und bis 2015 umgesetzt werden. In einem Interview moniert Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, dass der Vizechef der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, all das bevorzugt „Bild“ erzählt. Wenn es wirklich nur ums „Entbürokratisieren“ ginge, könne Alt Recht gegeben werden, doch hatte dieser der Gazette mit den vier Großbuchstaben erzählt, dass die Sanktionen verschärft werden sollen: Es werde kein Unterschied mehr gemacht, ob jemand einen Meldetermin bei der Arbeitsagentur versäumt oder eine Arbeitsstelle nicht angetreten hat.

Wenn ein Hartz-IV-Bezieher früher bei einem verpassten Meldetermin mit zehn Prozent Kürzung rechnen musste, sollen es jetzt sofort 30 Prozent sein, gleich um welchen Verstoß es sich handelt. Weiterhin ist in verschiedenen Varianten die Rede davon, den Bezug von ALG II dann ganz einzustellen und erst bei Neubeantragung wieder zu gewähren. Für Alleinerziehende soll der Mehrbedarf gestrichen werden, ebenso die Erstattung für den Besuch der eigenen Kinder, wenn diese in einer anderen Stadt leben, obwohl die Bundesregierung ständig propagiert, wie kinderfreundlich unsere Republik sei.

Wie in aller Welt sollen Aufstocker ihre Arbeitszeiten auf die Termine des Jobcenters abstimmen, wenn diese Behörde bekanntlich für ihre „Kunden“ telefonisch kaum erreichbar ist? So werden auch Aufstocker sanktioniert, wenn Termine wegen Arbeitszeiten nicht wahrgenommen werden können. Dann wird es jedes Mal ein Kampf, wenn die Menschen ihr Recht im Widerspruchverfahren oder gerichtlich durchsetzen müssen. Mit **Hartz IV** sei nichts billiger oder einfacher geworden, das alte System der Arbeitslosenhilfe hätte erhalten bleiben können. Schlimm sei auch, dass die Betroffenen in Zukunft für Widersprüche und Klagen Gebühren zahlen sollen.

Außerdem soll die Errungenschaft, nach der Bürger vor willkürlichen Verwaltungsakten geschützt werden, abgebaut werden, zum Beispiel das Recht auf rückwirkende Überprüfung. Jobcenter-Mitarbeiter sollen rechtswirksame Bescheide nicht einfach wieder aufheben können, selbst wenn das Amt nachweislich Mist gebaut hat. All das geschieht vor dem Hintergrund, dass jeden Monat 35 Prozent aller Widersprüche gegen Leistungsbescheide erfolgreich sind und 44 Prozent der Klagen zugunsten von Leistungsbeziehern stattgegeben wird. Sozialgerichte sollen künftig aber nicht mehr einbezogen werden: Es werden Sonderrechtszonen für Arme geschaffen, was die Erwerbslosennetzwerke nicht hinnehmen werden. Nach den Sommerferien sind bundesweite Aktionen geplant. Gesetze für verschiedene Klassen von Menschen zu schaffen, bedeutet, am Grundpfeiler unserer Demokratie zu rütteln!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Sehr geehrte Montagsdemonstranten! Ihr Anliegen ist richtig! Trotzdem scheinen Sie Institutionen wie Gewerkschaften und Betriebsräte gezielt auszublenden, als würden sie nicht in Ihren Fokus passen. Mit freundlichem Gruß!

Zuschrift von Ulrich Peters (Verdi), aktiver Betriebsrat

Ich will nicht abstreiten, dass das Thema Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit auf der Homepage der Bremer Montagsdemo arg kurz kommt. Das ist aber nicht beabsichtigt. Es liegt schlicht daran, dass sich so wenige Gewerkschafter(innen) an den Montagsdemonstrationen beteiligen und entsprechende Redebeiträge abliefern. Erwerbslose gewinnen umgekehrt leicht den Eindruck, dass sich die Ge-

werkschaften kaum für das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit interessieren, obwohl Hartz IV maßgeblich zur Stagnation der Lohnentwicklung und zu übergroßer Duldungsbereitschaft der Beschäftigten angesichts verschlechterter Arbeitsbedingungen beigetragen hat.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos), Webmaster Bremer Montagsdemo

Hände weg von der Ukraine – für Frieden und Völkerfreundschaft!

40.000 russische Soldaten stehen an der Grenze zur Ukraine im Manöver. Die Nato zieht ihre Marine in der Ostsee und im Schwarzen Meer zusammen und stationiert Flugzeuge im Baltikum und in Polen. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg war die Gefahr eines Krieges in Europa so akut wie heute. Beide Seiten spielen sich als Anwalt des ukrainischen Volkes auf – sie sind es aber nicht! Das ukrainische Volk fordert höhere Löhne, mehr Arbeitsplätze, demokratische Freiheiten und eine lebenswerte Zukunft – nicht Bomben und Raketen. Das Schicksal der Ukraine kann nur vom ukrainischen Volk selbst entschieden werden, nicht durch Einmischung der Großmächte.

Es geht weder dem Block USA/EU noch Russland um Menschenrechte und Selbstbestimmung. Es geht allen Mächten nur um ihre Machtausdehnung, um Vorteile im Konkurrenzkampf um Rohstoffe, Absatzmärkte und Einflussgebiete. EU und Bundesregierung sind seit Jahren aktiv, um die Ukraine dem russischen Einfluss zu entziehen. Das belegt eine neue Studie der „Informationsstelle Militarisierung“ mit dem Titel „Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie“. Darin wird der Konflikt in der Ukraine als „Testlauf für die neue deutsche Weltmachtpolitik“ bezeichnet.

Diese neue Rolle brachte Bundespräsident Gauck bei der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2014 auf den Punkt mit seiner Forderung: „Deutschland muss seine Zurückhaltung *ad acta* legen“. Als wirtschaftliche Großmacht trage Deutschland eine Verantwortung für den Erhalt des internationalen Systems: mit zivilen Mitteln, wenn möglich – militärisch, wenn nötig. Es handelt sich um ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, bei dem die Bundesregierung nicht einmal davor zurückschreckt, offen rechtsradikale Kräfte in der Ukraine zu hofieren und zu stärken.

Wir fordern: Keine Osterweiterung der Nato und der EU! Gegen imperialistische Aggressionen und Kriege! Kein Bundeswehreinsatz in Afrika und in anderen

Ländern! Bisher hat vor allem der Friedenswille bei vielen Menschen auf der Welt den Kriegsausbruch verhindert. Wir haben die Verantwortung, gegen jeden Versuch eines militärischen Eingreifens – egal, von welcher Seite – eine machtvolle, internationale Friedensbewegung zu entwickeln. Dafür haben die Ostermärsche ein Zeichen gesetzt, und dafür steht auch die Bremer Montagsdemonstration.

Vor zwei Wochen waren aber einige „falsche Freunde“ dabei, um unseren Friedenswunsch für ihre faschistischen Positionen zu missbrauchen. Zweimal wurde Geschichtsfälschung betrieben und behauptet, das Deutsche Reich würde in den Grenzen von 1937 fortbestehen. Nicht einmal die reaktionärsten Kreise in der CDU/CSU und den Vertriebenenverbänden trauen sich heute offen, Anspruch auf ehemalige deutsche Ostgebiete zu stellen. Diese Position ist völkerrechtswidrig und kann letztendlich nur durch einen Dritten Weltkrieg verwirklicht werden. Damit entpuppt sich ihr angeblicher „Frieden“ als aggressive Kriegstreiberei.

Man kann das herrschende System auch von einem faschistischen Standpunkt aus kritisieren, um es noch elitärer, brutaler und menschenfeindlicher zu machen. Das hat nichts mit unserer fortschrittlichen Montagsdemobewegung und unserem Widerstand zu tun. Sie stehen eindeutig auf der anderen Seite:

- Die drohende globale Umweltkatastrophe wird verharmlost und lächerlich gemacht.
- Die soziale Not und Diskriminierung wird ignoriert (wenn sie sich outen müssten, würden sie Hartz-IV-Empfänger – natürlich ganz dezent – als Schmarotzer titulieren).
- Das „jüdische Kapital der Fed-Bank“ wird zur Quelle allen Übels erklärt und damit das internationale Finanzkapital als Hauptverursacher für die Ausbeutung von Mensch und Natur aus der Schusslinie genommen.
- Die kulturelle Vielfalt wird als „Gefahr“ angegriffen.
- Flüchtlinge und Migranten sollen sich anpassen oder „verschwinden“.

Es gibt sicherlich weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die sie mit rechter Gesinnung „beglücken“. Wir werden unsere antifaschistischen und demokratischen Grundsätze verteidigen und solchen Positionen keine Plattform bieten. Das ist ein klarer Platzverweis für rechte Unterwanderungsversuche! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Harald Braun

Putin ist nicht Postkommunist, sondern Postfaschist: Die Fortschreibung des Gedankens, dass bestimmte Gruppen minderwertig seien, ist der Glaube an die Überlegenheit des eigenen Volkes *(„Spiegel-Online“)*

Zur **Demonstration** am **1. Mai 2014**, dem **Tag der Arbeit**, treffen wir uns um **10:15 Uhr** auf dem Parkplatz am **Weserstadion**.
Auf dem Domshof sind wir mit einem Infostand präsent.

Martin Schulz, SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl, drückt sich um klare Aussagen zum geplanten **Freihandelsabkommen** mit den USA. Bei seiner Wahlkampfrede am **Freitag**, dem **2. Mai 2014**, ab **18:10 Uhr** auf dem **Marktplatz** wollen wir ihn daran erinnern, dass Demokratie, gute Arbeit, gesunde Umwelt, Transparenz und Datenschutz durch dieses Abkommen gefährdet sind.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

470. Bremer Montagsdemo am 05. 05. 2014

Rechte verschleiern mit Worten: Und bedrängen auch juristisch diejenigen, die anderer Meinung sind und für Klarheit sorgen wollen *(„Junge Welt“)*

Außer Nazis und Antisemiten: Wer montags auf die Straße geht, hat unsere Sympathie *(„Weser-Kurier“)*

Bundeswehroffiziere „verifizieren“ Lage in der Ukraine: Die Medien nennen sie unisono „OSZE-Beobachter“ und verharmlosen das illegale, teils faschistische Putschisten-Regime als „Übergangsregierung“ *(„Hintergrund“)*

Frieden hat Vorfahrt!

1. Eigentlich wollte ich mit Hartz IV – unserem Kernthema – anfangen. Aber Frieden hat Vorfahrt! Die Supermächte benehmen sich wie Elefanten im Porzellanladen. Frieden ist doch so einfach zu erfüllen: Wenn Herr Wladimir Putin die Separatisten zum Waffenstillstand aufruft und seine Sondereinheiten zurückruft. Wenn die Ukraine vom Westen zum **Waffenstillstand** verpflichtet wird. Dann ist fast Frieden in diesem Teil der Welt. Den Rest werden die Ukrainer friedlich regeln. Es eilt! In der ZDF-Sendung „Anstalt“ vom 29. April 2014 wird die Entwicklung sehenswert beleuchtet.

2. Bei **Hartz IV** gibt es nichts Neues? Wer dieser Meinung ist, hat die letzten Beiträge von Elisabeth nicht gelesen. Darin geht es um die Menschen! Deutlich werden die Auswirkungen der Paragraphen sichtbar: Die Behandlung der Menschen verursacht viel Ungerechtigkeit, Verzweiflung wird spürbar. Bei Hartz IV gibt es nichts Neues? Doch! Die Behandlung wird immer dreister, immer unwürdiger! Sozialrechtler Harald Thomé hat die Umsetzung des SGB II durch die Job-

center als „Sonderrechtszone“ betitelt. Bei Hartz IV gibt es nicht Neues? Doch! Auf 28 Seiten wurden Vorschläge zur Veränderung und Rechtsvereinfachung aufgeschrieben. Die Auswirkungen sind überwiegend negativ für die Menschen.

Bei Hartz IV gibt es nicht Neues? Doch! Bremen hat zu niedrige Mietobergrenzen – genannt Richtwerte – in der Verwaltungsanweisung festgesetzt. Das zugrundeliegende Gutachten wurde kurzfristig umgeschrieben, die Schlussfolgerungen sind falsch. Zum Glück sind Verwaltungsanweisungen keine rechtsverbindlichen Regelungen, sondern eben nur Anweisungen an die Verwaltung. Sie wirken sich allerdings für die Wohnungssuchenden sehr nervig und zerstörend aus.

Bei Hartz IV gibt es nichts Neues? Doch! Immer wieder montags reden wir darüber! Wir gehen mit. Das SGB II hat zahlreiche Regelungen, die eine Schlechterstellung der Erwerbslosen gegenüber den Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches verursachen. Gegenwehr ist möglich. Die Auswirkung dieser Rechtsanwendung – das SGB II und wie das Amt damit umgeht – geht weit über die Köpfe der erwerbslosen Menschen hinaus. Ein politischer Unfall? Nein, absoluter Vorsatz! Um zu zeigen, wie sich die Gesellschaft verändert und was Hartz IV anrichtet, weist Harald Thomé auf Werner Seppmannn hin.

3. Eine positive Kleinigkeit: Bei gewonnenem **Widerspruch** kann eine Auslagenpauschale von 20 Euro geltend gemacht werden. Das Sozialgericht Frankfurt hat mit Urteil vom 11. März 2014 (Aktenzeichen S24 AS 1074/10) das Jobcenter dazu verurteilt, den sich selbst vertretenden Widerspruchsführer nach einem gewonnen Widerspruchs- und Klageverfahren jeweils eine solche Pauschale zu zahlen. Zudem hält das Sozialgericht Fahrtkosten zur Wahrnehmung eines Termins zur Akteneinsicht und anlässlich des Aufsuchens der Rechtsberatung einer örtlichen Sozialberatungsstelle für erstattungsfähig.

Bei dem Erstattungsanspruch handelt es sich um Kosten im Widerspruchsverfahren nach § 63 Absatz 1 SGB X und nach § 193 Absatz 2 SGG im Klageverfahren. Das Gericht lehnt sich dabei an die 20-Euro-Pauschale für Post- und Telekommunikationsentgelte nach Nummer 7002 im Vergütungsverzeichnis für Rechtsanwälte an. Mit Bezug auf das Urteil empfehle ich nunmehr, in Zukunft bei gewonnenen Widersprüchen und Klagen die Auslagenpauschale von 20 Euro und Fahrtkosten gegenüber Sozialleistungsträgern geltend zu machen. Dies lässt sich auch rückwirkend einfach beantragen. 20 Euro sind viel Geld!

4. Erstmals werden nun die **Rechtsanwaltskosten** des Jobcenters für von den Erwerbslosen gewonnene Verfahren (Widersprüche und Gerichtsverfahren) des Jobcenters veröffentlicht. Die Höhe verwundert mich nicht, denn die Jobcenter mussten gemäß Vorgabe 70 Prozent aller Widersprüche ablehnen, egal was drinstand, siehe 460., 445. und 420. Bremer Montagsdemonstration. Die Höhe der Rechtsanwaltskosten ist noch um die internen Kosten der Rechtsabteilung der Jobcenter zu erhöhen, um die tatsächlichen Aufwendungen zu beziffern.

Nur durch die Häufung der Verfahren kann ein Anwalt ALG-II-Verfahren kostendeckend bearbeiten. Wann immer Gerichte zugunsten der Erwerbslosen entschieden haben, wird diese Regelung im SGB II geändert – wieder ungenau und erläuterungsbedürftig. Es geht erneut durch alle Instanzen, bis Rechtssicherheit hergestellt wird. Die Jobcenter akzeptieren oftmals Gerichtsurteile nicht: Die richterlichen Entscheidungen werden nicht auf ähnliche Streitfälle übertragen. Nun wurde die pauschale Vergütung der Rechtsanwälte im Sozialgerichtsverfahren gesenkt – ein Faktor für die Häufung auf wenige Kanzleien. Auf die Rechtsanwälte der Erwerbslosen einzuprügeln, ist aus meiner Sicht die falsche Reaktion.

Es ist gut, dass diese Kosten nunmehr aufgedeckt wurden: Hoffentlich werden jetzt alle Jobcenter verpflichtet, die bisherige Praxis zu ändern und die Kosten zu reduzieren! In Bremen wurden die Kosten der gegnerischen Anwälte als gering beziffert, als in der Deputationssitzung danach gefragt wurde. Allerdings erfolge keine Extraverbuchung dieser Rechtsanwaltskosten, insofern seien keine Zahlen verfügbar, wurde auf Nachfrage erklärt. Die Senatorin für Soziales et cetera hatte eine Verwaltungsanweisung erlassen, die einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhielt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Bremer Montagsdemonstranten für Einheitsgrundeinkommen!

Am 23. November 2009 hat die 256. Bremer Montagsdemonstration auf dem Marktplatz die Forderung nach dem Einheitsgrundeinkommen beschlossen. Ich meine, sie sollte jetzt die Abstimmung darüber nachholen, dass ihr Haupttransparent entsprechend ergänzt wird. Nur möchte ich nicht nach längerer Abwesenheit eigens zum Zweck der Wahlbeeinflussung erscheinen, zumal durch meine Beiträge auf der Homepage alle wissen können, dass auch ich ein Grundeinkommen für zwingend notwendig halte, um das Existenzrecht eines jeden Menschen in diesem Land zu gewährleisten.

Die alleinige Forderung „Weg mit Hartz IV!“ ohne Nennung eines besseren Ersatzes ist schlicht die Forderung nach Abschaffung der Existenzsicherung und damit nicht nur rechts, sondern faschistisch, also Ausdruck gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Getreu ihren Grundsätzen ist für die Bremer Mon-

tagsdemonstration nichts wichtiger, als diese Folgerung auszuschließen, wie das Auftreten der „Reichsbürger“ auf dem Marktplatz zeigt. Existenzrecht sichern! Einheitsgrundeinkommen!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Bremer Montagsdemonstration am Katzentisch der Linkspartei?

Liebe Elisabeth, die Parteinähe oder -ferne der Montagsdemonstrationen ist von öffentlichem Interesse. Dein letzter Redebeitrag wurde auf der Homepage der Linkspartei zwar wie gewohnt veröffentlicht, aber nicht mehr auf der Startseite verlinkt, sondern nur noch in der Rubrik Debatte. Der Menüpunkt Montagsdemo führt dort zu einer Liste der Beiträge, jedoch nur zurück bis zum 10. Februar 2014. Deine alten Texte wurden nicht gelöscht, sind aber nur noch über die bestehenden Links unter den entsprechenden Beiträgen auf unserer eigenen Website zu finden. Das gilt auch für Suchmaschinen, deren Roboter unsere Homepage wahrscheinlich nicht so häufig auslesen wie die der Linkspartei.

Darin liegt für dich der bleibende Vorteil einer Veröffentlichung dort. Eine nunmehr fehlende Verlinkung von der Startseite aus entwertet aber gerade jene Beiträge wie deine, die sich mit den aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen der Woche befassen, denn in den Debattenteil schauen die Leser(innen) vielleicht nur einmal im Monat. Dort wird sich vermutlich nicht so viel tun, wenn schon die Anzahl der auf der Startseite als aktuell angezeigten Beiträge so gering ist, dass sich zu Ostern gleich drei Montagsdemo-Texte darauf getummelt haben, was ihr natürlich eine unangemessene Schlagseite verpasst hat.

Nun frage ich mich, warum die Linkspartei mit der Montagsdemo nicht so verfährt wie beispielsweise „Spiegel Online“ mit seinen Kolumnist(inn)en: Da wird immer nur eine(r) herausgehoben, täglich wechselnd. Die Linkspartei könnte doch darauf achten, dass immer nur der neueste Montagsdemo-Beitrag im Eingangsportal verlinkt wird. Stattdessen zeigt sie lieber eine inhaltsärmere Startseite und verzichtet dort auf aktuelles Material zur Sozialpolitik, obwohl darin eine ihrer Kernkompetenzen liegen sollte.

Warum nur? Wenn ich an die zurückliegende Aufregung um das auf der Montagsdemo gezeigte Symbolbild zurückdenke, fällt mir die Mail von Doris Achelwilm und Christoph Spehr ein. Ich war damals dankbar für den frühen Hinweis, denn ich ahnte, dass ein Bericht in der „Bild“-Zeitung folgen würde. So konnte ich noch am selben Abend eine persönliche Distanzierung von diesem Symbolbild schreiben und auf die Homepage setzen, um als Webmaster Schaden von der Montagsdemo abzuwenden.

Frank hat allerdings einen verärgerten Kommentar verfasst, weil er wohl meint, dass uns die Landessprecher eine Erklärung schulden, woher sie überhaupt von dem Bild gewusst haben. Ich mochte diesen Punkt nicht ansprechen, als Doris mich am Abend vor Erscheinen des zweiten „Bild“-Artikels angerufen hat. Sie erwähnte ihrerseits die absichtliche Fehlschreibung von Christophs Namen. Ich habe Frank diesen bösen Scherz durchgehen lassen, weil ich die Emotionalität in seinem spontan verfassten Beitrag zulässig fand und seine Verärgerung nachvollziehen konnte, wenn ich sie auch nicht geteilt habe.

Gestern habe ich den „Fehler“ behoben, denn ich habe mich immer um eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Linkspartei bemüht und will das nicht mit dem Arsch einreißen. Es täte mir leid, hätte sie deswegen sozusagen Franks Vorschlag aufgegriffen, auf die Veröffentlichung unserer Beiträge zu verzichten. Aber wie ist es für dich, Elisabeth, die du mit alledem nichts zu tun hast und nun doch von der Linkspartei hinten am Katzentisch platziert wirst, wo deine aktuellen Texte übersehen werden und deine alten nicht mehr zu finden sind? Soll ich der Linkspartei überhaupt noch Beiträge von dir zur Übernahme anbieten?

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Meine damalige Konsequenz, die Partei „Die Linke“ könne doch ohne affiges Brimborium die Montagsdemo-Beiträge von ihrer Seite entfernen, war kein Vorschlag. Ich denke nicht daran, der PDL Vorschläge zu machen, welche Inhalte sie auf ihrer Seite platzieren und wo sie ihre Inhalte verorten könne. Meine Konsequenz bezog sich vielmehr auf meinen damaligen Kenntnisstand. Ich wiederhole mich hier: Am fraglichen Montag habe ich kein Bild wahrgenommen. Erst nach Erscheinen des ersten Boulevard-Artikels stellte sich für die meisten Teilnehmer(innen) heraus, dass die Bildanalogie überhaupt an dem Tag vorhanden war.

Ent- und getäuscht erinnere ich hier sinngemäß an das, was häufig unter anderem von Sarah Wagenknecht und Katja Kipping gesagt wurde: „Wann immer sich eine Bewegung auf der Straße zu Protesten erhebt, wird ‚Die Linke‘ an ihrer Seite stehen“. Zum einen sehe ich sie kaum an Montagen – auch nicht an dem Tag, an dem wir durch sicherlich gut gemeinte Warnungen Grund zur Sorge hatten, von einigen „Verschwörungstheoretikern“ „unterwandert“ zu werden. Zum anderen ist es Sache der „Linken Bremen“ zu überlegen, ob ein Katzbuckeln vor dem Revolverblatt dazugehört.

Mit einer Mail der Landessprecher der „Linken“, Herrn Christoph Spehr und Frau Doris Achelwilm, den Vorwurf der Holocaustverharmlosung an den Kopf zu kriegen und am nächsten Tag darüber „Bild“-informiert zu werden, hat deutlich

nichts mit „Sozialkompetenz“ zu tun. Mit solchen Leuten möchte ich dann auch ganz gerne brechen, weil ich nicht weiß, wann und zu welchem Anlass oder aus welchem Grund sie wieder mithelfen, mich in die Pfanne zu hauen.

Wenn „Die Linke“ nächstes Jahr die Fünfprozenthürde nicht schafft, hat sie wieder mehr Zeit für „Sozialkompetenzen“! Am fraglichen Tag oder in der Woche vorher mal persönlich auf dem Marktplatz zu erscheinen und uns auf mögliche Bedenklichkeiten der Bildanalogie aufmerksam zu machen, wäre das gewesen, was ich mir unter einem solidarischen Miteinander oder „Sozialkompetenz“ vorstelle.

Nun habe ich über andere PDL-Mitglieder das Gerücht gehört, dass der Landessprecher über meinen ironischen „Buchstabierausrutscher“ seines Namens („ Speer, äh: Spehr“) verärgert sein soll. Ich bitte Herrn Christoph Spehr vielmals um Entschuldigung, aber mir fiel zum damaligen Zeitpunkt nichts Besseres ein, da „ Hempel“ und „Piesepampel“ schon vergeben sind. „Pinocchio“ passt auch besser zu Herrn Spehr.

Jedenfalls mache ich bei einer „Bild“-hörigen Partei am 25. Mai 2014 kein Kreuzchen. Sofia Leonidakis soll mal schön hier in Bremen bleiben! Ich bin all die Jahre ganz gut ohne die PDL ausgekommen. Die haben mir in der Bürgerschaft noch nichts genützt. Auf dem Marktplatz habe ich sie so gut wie nie gesehen. Ich brauche sie gar nicht. Ich habe wie so viele die Nase voll von intriganten medienkonformen Parteitaktoiden mit ihren erbärmlichen ideologischen Flügelkämpfen.

Dessen möchte ich mich nicht annehmen. Dies soll nicht das Maß meines Handelns sein. Wenn ich mich mit Intrigen befassen möchte, lese ich lieber Shakespeare. Das ist erbaulicher. So möchte ich mit dem Gedicht „Wenn“ von Rudyard Kipling enden, mit dem Hinweis, dass natürlich niemand auch solch einem Ideal entsprechen kann. Es kann jedoch nicht schaden, sich manches inspirierende Gedankengut ein paar Tage unter das Kopfkissen zu legen.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Wenn du es schaffst, den Kopf nicht zu verlieren, obgleich die Massen
Um dich her dich dafür zeihen, dass jeder kopflos tanzt;
Wenn du dir selbst traust, wiewohl sie Zweifel an dir spüren lassen,
Und ihnen dennoch ihren Zweifel zugestehen kannst;
Wenn du zu warten weißt und nicht dem Überdruss verfällst,
Oder, wenn angelogen, nicht selbst du Lügenmär erzählst,
Oder, gehasst, nicht selbst den Hass als Weg dir wählst,
Und doch bei alledem der Perfektion, der allzu weisen Rede dich enthältst;
Wenn du träumen kannst – doch Träume nicht zu deinem Herrn erhebst;
Wenn du denken kannst – Gedanken aber nicht zu deinem Leitstern machst;
Wenn du Triumph und Tragik gleichsam unbeschwert durchlebst
Und dem einen wie dem andern Schwindler nur ins Antlitz lachst;
Wenn du ertragen kannst, dass du die Wahrheit sagst und sie danach

Vom Schuft verdreht wird, um den Narr zu narren,
Oder siehst, dass, was dir lieb und teuer war, zerbrach,
Und dich nur beugst, um mit abgewetztem Werkzeug einfach fortzufahren;
Wenn du es fertig bringst, zu nehmen all deinen Gewinn,
Und ihn aufs Spiel setzt – alles oder nichts –, alles riskierst,
Und alles einbüßt und dir nichts bleibt als der Neubeginn,
Und du über deinen Verlust kein einz'ges Wort verlierst;
Wenn Herz, Mut und Seel' sich dazu zwingen lassen,
Deinem Plan zu dienen, auch wenn ihr Eifer längst vertan,
Und sie beharrlich bleiben, wenngleich dein Innen öd ist und verlassen
Und nur der Wille ihnen sagt: „Voran!"
Wenn du dir Tugend wahren kannst im Volk von schlichtem Schlag,
Oder mit Königen verkehrst – und doch natürlich bleibst und hehr,
Wenn weder Feind noch lieber Freund dich zu verletzen mag,
Wenn jeder auf dich zählt, jedoch nicht allzu sehr;
Wenn jede Sekund' jeder Minut' in ihrer Unerbittlichkeit
Du füllst, indem du alles gibst, als wär's ein Marathon,
Dann ist die Erde dein und alles, was dazugehört,
Dann – und dies weit wichtiger – bist du ein Mensch, mein Sohn!

Rudyard Kipling

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

471. Bremer Montagsdemo am 12. 05. 2014

Milliardenentschädigung für Gewinneinbußen durch Atomausstieg?

1. Hat der **Frieden** verloren? Dann sind die Menschen verloren! Die Abstimmungsergebnisse sind in der Welt nicht überprüfbar. Wissen die Menschen in der Ukraine, welche Bedingungen an die Gelder der EU sowie des IWF geknüpft sind? Die Griechen leiden noch immer unter diesen Sparauflagen. Politiker, geht aufrichtig mit den Menschen in der Ukraine um!

Die USA wollen Sanktionen gegen Russland, Handelssanktionen der EU. Diese Wirtschaftssanktionen werden Russland und die EU schwächen. Putin wird dann erst recht nicht einlenken. Dem russischen Volk wurden schon ganz andere Belastungen aufgezwungen. Frieden ist erreichbar, wenn alle Beteiligten ernst genommen werden. Wenn die Vertraulichkeit des Wortes wieder gewahrt wird!

Telefonieren, bitten, hinweisen und anschließend alles in die Welt posaunen ist keine Lösung. Ich hoffe, Gysi findet den Weg. Hört auf, euch gegenseitig etwas vorzuwerfen! Frieden hat Vorfahrt! Nach jedem Arbeitskampf müssen alle Taten und Aktionen repressionsfrei gestellt werden, um den Tarifabschluss durchzudringen und zum Frieden überzugehen.

Auch die Seeleute von „Frontex“ müssen Leben retten! Dies hat das EU-Parlament beschlossen. Vorausgegangen waren unterlassene Seerettungen durch „Frontex“. Die beteiligten Beamten waren nicht zu ermitteln, weil Unterlagen fehlten. Die „Frontex“-Soldaten sollen aber Flüchtlinge weiterhin abschieben. Europa muss sich weiterhin schämen!

2. Die **Euro-Krise** ist beendet? Griechenland kann sich am Markt finanzieren, Portugal und Spanien ebenfalls. Warum? Für diese neuen Schulden haften alle EU-Länder. Die Rückkehr zum Kapitalmarkt ist kein Ende der Euro-Krise, sondern ein Festschmaus für die Kapitalgeber.

Griechenland, Spanien und Portugal haben gemeinsam Sorgen. Jedes Land hat Investorenklagen am Hals. Diese Investorenschutzklausen sind in vielen in-

ternationalen Verträgen enthalten; Investorenschutz soll auch im Freihandelsabkommen mit den USA vereinbart werden. Der Investor kann den Staat verklagen, wenn er durch eine staatliche Maßnahme sein investiertes Geld verliert. Geklagt wird gemäß der vertraglichen Klausel vor einem Schiedsgericht. Dieses ist kein öffentliches, ordentliches Gericht.

3. Die Anwaltskanzleien der USA freuen sich auf das Freihandelsabkommen. Ein amerikanischer Anwalt wurde auch als Argumentationshilfe für die Bundeskanzlerin gebraucht, mit einem Gutachten zur Verhinderung der Vernehmung von Edward Snowden vor dem NSA-Untersuchungsausschuss. Darin stand auch gleich die Warnung, es könne eine nach US-Recht zu ahnende Straftat sein, Edward Snowden zu vernehmen. Alles auftragsgemäß? Der NSA-Untersuchungsausschuss wirkte nicht eingeschüchtert. Er wehrt sich!

Es ist etwas seltsam: Die deutsche Bundesregierung gibt einem Anwalt in den USA den Auftrag, ein Rechtsgutachten für die Vernehmung in Deutschland zu erstellen. Nix deutsches Recht? Ein Vorgeschmack auf das Freihandelsabkommen mit den USA! Frau Merkel hat noch immer keine Aussage zum Umfang der jetzigen **Abhöraktionen** gemacht. Sie hat vor US-Wirtschaftsvertretern für das Freihandelsabkommen geworben. Weiß Frau Merkel nicht um die Fallstricke?

4. Das **Freihandelsabkommen** TTIP mit den USA war auch Thema eines Vortrags mit Diskussion im „Dete“ in der Lahnstraße. Dieses Abkommen geht über den Handel hinaus, viele Details wurden angesprochen. Die Veränderungen sind so vielfältig, dass eine Nennung innerhalb einer Veranstaltung nur global möglich ist. *Alles* wird sich ändern, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

Herr Gabriel hat transparente Verhandlungen zum TTIP in Aussicht gestellt und das Abkommen als unverzichtbar dargestellt. Er hat noch einmal betont, dass Standards nicht gesenkt werden, dass keine Chlorhähnchen importiert werden. Betroffen sind aber nicht nur die Lebensmittel, sondern alle Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft. Wenn ein Unternehmen Chorhähnchen verkauft, aber Deutschland das nicht zulässt, kann dieses Unternehmen den entgangenen Gewinn gegenüber Deutschland einklagen – vor einem Schiedsgericht, außerhalb der ordentlichen Gerichte.

Wenn ein Betriebsrat in Deutschland Handlungen seines Arbeitgebers verhindert und dies in den USA nicht möglich wäre (zum Beispiel weil Gewerkschaften in diesem US-Bundesstaat verboten sind), kann der Gewinnausfall vom Unternehmen eingeklagt werden. Beklagte wäre Deutschland vor einem Schiedsgericht. Es ist auch möglich, durch das Aufspüren von unterschiedlichen Rahmenbedingungen diese gezielt für Schadenersatzklagen zu nutzen.

Kanada hat mit den USA ein Freihandelsabkommen. Kanada hat Fracking verboten, in den USA ist es erlaubt. Nun hat ein US-Konzern Kanada auf Schadensatz verklagt, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Herr Gabriel hat nicht

gesagt, wie dies verhindert werden kann. Selbst wenn der Vertrag dazu Ausschlussklauseln enthält, sind diese eventuell aushebelbar.

Der EU-Kommissar hat vor einiger Zeit gesagt: Wir behalten unsere Standards, weil wir kein einziges Gesetz für das Freihandelsabkommen ändern werden. Er hat gewusst, dass eine Gesetzesänderung gar nicht nötig ist, um die Standards zu zerstören. Ist er von einer Unwissenheit der Wähler ausgegangen? Bereits heute bricht EU-Recht das Landesrecht, auch ohne Änderung des Landesrechts. Mit dem Freihandelsabkommen werden nicht nur bestehende Standards, sondern jede politische Entscheidung, jede künftige Rechtsetzung über das Freihandelsabkommen angreifbar.

Öffentliche Schulen unter Leitung der Bundeswehr? Ein Horror! In den USA möglich und daher auch bei uns durchsetzbar. Fabio de Masi hat auf die Klage des Vattenfall-Konzerns vor dem internationalen „Schiedszentrum für Investitionsstreitigkeiten“ gegen die Bundesrepublik auf 3,7 Milliarden Euro Entschädigung hingewiesen. Begründet wird die Klage mit Gewinneinbußen des Konzerns nach der Entscheidung der Bundesregierung zum Atomausstieg von Fukushima. Der Ausgang ist ungewiss. Die treffende Überschrift der „Frankfurter Rundschau“ lautete schon letztes Jahr: „15 Juristen gegen die Demokratie“.

5. Es gab bereits ein Freihandelsabkommen mit der USA, unterzeichnet von der EU, aber nicht von den USA. Die zuständige Politikerin wollte den unveröffentlichten Vertrag nicht unterzeichnen. Der Vertrag wurde veröffentlicht und aufgrund der Proteste nicht unterzeichnet. Was war davon in Europa bekannt, wie sieht der Text des alten Freihandelsabkommen aus? Im Netz habe ich nichts darüber gefunden. Die USA sind auch beim aktuellen Abkommen gegen eine öffentliche Information, selbst Regierungsvertreter sollen nur eingeschränkt Informationen erhalten.

Dieser Vorsatz dürfte durch die Aktion von „Campact“ erledigt sein. Es ist weiterhin möglich zu unterzeichnen. Der Verhandlungsstand des Freihandelsabkommen muss laufend öffentlich gemacht werden! Die Entscheidung muss per **Volksentscheid** erfolgen. Dazu ist der Freihandelsvertrag in Themen zu zerlegen, und über jede Sektion kann separat entschieden werden. Nur so können nationale Standards gehalten werden!

6. Starbucks zahlt in England mehr Steuern und verzichtet auf die Inanspruchnahme von Ausnahmen im Steuerrecht. Ursachen und Vorgeschichte stehen auch unter Bremer Montagsdemo. Ansonsten gilt: Reichtum macht unsozial! Wie sehr Rechtsauslegungen den gesunden Menschenverstand verdrängen, zeigen Banken und andere Finanzdienstleister, die Aktienkäufe und -verkäufe in schneller Folge rund um den Dividendentag getätigt haben. Die **Ertragsteuern** wurden gezahlt. Aufgrund einer Gesetzeslücke wurde für einmal gezahlte Ertragsteuern mehrfach ein Antrag auf Erstattung gestellt. Das Finanzamt hat oftmals gezahlt. Der geschätzte Schaden für Fiskus und Steuerzahler soll im zweistelligen Milliar-

denbereich liegen. Ich wünsche der Steuerfahndung und den Staatsanwälten viel Erfolg und eine belastbare Gerichtsbarkeit! Hier liegt kein Versehen der Steuerpflichtigen vor, sondern eine bewusste Handlung.

7. Die restlichen **Atomkraftwerke** sollen ebenfalls stillgelegt werden. Den Betreibern wurden wegen der vorgesehenen Stilllegung Instandhaltungen erlassen, die nötig wären, um Risiken auszuschließen. Die Explosionen in Japan sahen unterschiedlich aus, eine hatte das Erscheinungsbild einer Atombombenzündung. Ein Fachmann hat dies am Fernseher gesehen und eine Befürchtung durchgespielt: Das Kühlwasser für die Brennstäbe wird mit Zusatzstoffen versehen. Dadurch löst dieses Wasser keine Kernschmelze aus. Wenn jedoch Wasser ohne diese Zusatzstoffe mit einem Brennstab in Berührung kommt, wird die Kernschmelze ausgelöst. Die Explosion kann nicht mehr verhindert werden. Ein Tropfen Wasser reicht.

Ministerin Hendricks will die Ausführungen prüfen lassen. Vorgänger Altmeier hatte es scheinbar nicht beachtet. Die Gefahr steigt, je älter ein Atomkraftwerk wird. Gerade auf die Überprüfung und den Austausch dieser normales Wasser führenden Rohre wurde verzichtet. Die Atomindustrie möchte aktuell die Risiken aus dem laufenden Betrieb, der Stilllegung und dem Rückbau auf die Steuerzahler übertragen. Die Beteiligung der Atomkraftwerksbetreiber einschließlich des Verzichts auf Schadenersatz wird nur einen Bruchteil der Gesamtkosten decken.

8. Fracking ist eigentlich ausgesetzt: „Wir wollen erst prüfen“, heißt es aus der Politik. **Fracking** erfolgt aber aufgrund der erteilten Genehmigungen Tag für Tag in unserer Nachbarschaft. Wie sehr die Betreiber die Risiken verharmlosen, ist nachlesbar und wenig beruhigend! Die „Jugend der Grünen“ in Niedersachsen wollte einen Antrag auf absolutes Verbot von Fracking stellen. Nunmehr soll dies nicht mehr gelten, sondern Fracking eingeschränkt genehmigt werden. Was ist geschehen? Wird auf die Verwendung von giftigen Stoffen verzichtet? Nein, es bleibt alles wie gehabt: Volles Risiko, insbesondere für das Grundwasser!

In Syke und Umgebung hat die Erde gebebt. Bereits in der ersten Zeitungsmeldung wurde darauf hingewiesen, dies sei *keine* Folge der Erdöl- und Erdgasförderung. Das Bergbauamt hat inzwischen das Erdbeben bestätigt und wird weiter untersuchen. Für die beiden Erdbeben im Kreis Verden wurde als Ursache die Erdölförderung ermittelt. Im Fall des ersten Bebens vor einem Jahr sieht das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie einen Zusammenhang mit den Erdgasbohrungen in der Region als „wahrscheinlich“, im zweiten als „sehr wahrscheinlich“ an.

Das hilft den Anwohnern, deren Häuser 2012 beschädigt wurden, aber nur wenig. Laut einem aktuellen Gutachten können nur die Hälfte der rund 100 Eigentümer auf eine Entschädigung des Förderunternehmens RWE-Dea hoffen. Es laufen mehrere Gutachterverfahren. In einem wurde ein Gutachter *ohne* Berg-

bauerfahrung beauftragt. Die Geschädigten sind überwiegend sauer und fordern einen Gutachter mit entsprechender Erfahrung.

Dass auch die Ölförderung von Unfällen nicht verschont bleibt, geht aus den Berichten des „Weser-Kuriers“ vom 23. und 25. April 2014 „Leckage bei Erdölförderung“ und „Leckage auf Erdölförderplatz“ in Großenkneten. Beide Umweltschäden stehen auch in der Auflistung über Störfälle ab 2002 bei der Ergas- und Erölförderung in Norddeutschland.

Eine Kaverne ist undicht, seit April tritt Öl an die Oberfläche. Die Ursache wurde bisher nicht gefunden. Die Einlagerung in der Kaverne wurde als sicher eingestuft. Nun entgegen allen Wissen diese Leckage. Trinkwasser ist lebenswichtig! Energiegewinnung geht anders! Ich hoffe diese Unfälle reichen, um die erteilten Fracking-Genehmigungen zu widerrufen. Fracking ist nur mit ungiftigen Mitteln akzeptabel.

9. Umweltbewusstsein und Gewinnerzielung gehen oft auseinander – manchmal versehentlich durch einen Unfall, aber oftmals auch vorsätzlich! Was hat Aluminium in Deospray verloren? „Viele Deos enthalten Aluminiumsalze. Vor zu viel Aluminium warnt jetzt das Bundesinstitut für Risikobewertung. Steigt das Risiko von Brustkrebs, Alzheimer und Schäden im Mutterleib? Was ist mit anderen Kosmetika und Lebensmitteln, in denen sich Aluminium findet?“ Und was haben Plastikkugeln in Gesichtscreme verloren? „Plastikkügelchen in Lebensmitteln und Kosmetika. Mikropartikel finden sich unter anderem in Zahnpasta. Einzelne Honigsorten und Trinkwasser sind teilweise durch mikroskopisch kleine Plastikkugeln verunreinigt. Es besteht der Verdacht, dass diese auch aus Pflegeprodukten wie Duschgels, Peelingcremes oder Zahnpasta stammen könnten. Das sogenannte Mikroplastik gelangt über das Abwasser in die Umwelt und verteilt sich dort.“

„Auf Sand gebaut“ – der Ausspruch soll auf mangelnde Haltbarkeit hinweisen. Wie wichtig Sand für die Bauindustrie ist, ist unbestritten. Gewonnen wird er inzwischen unter Missachtung aller Rücksichtnahmen auf **Umweltschutz**. Mit einem riesigen Schwimmbagger wird der Sand vom Meeresgrund geholt, mit allen Lebewesen. Alles Leben auf dem Meeresgrund wird im Fördergebiet zerstört und vernichtet. Das Meer füllt die Löcher wieder und nimmt den Sand von den Küsten. In der Südsee verschwinden so Inseln. Das ist teilweise sogar gewollt, um Hoheitsgebiete zu verkleinern. Die neue Umweltzeitbombe Sand ist leider eine wahre Horror-Geschichte über die Vernichtung von Natur und die Vernichtung von Existenten!

Kohle importieren wir aus den USA. Dazu werden ganze Berge weggesprengt. „Die Vereinigten Staaten sind unser Kohlelieferant Nummer eins, die wichtigste Abbauregion für den Deutschland-Export die Appalachen. Paul Corbit Brown ist dort aufgewachsen: „Als ich ein Kind war, konntest du in West Virginia noch aus jedem kleinen Bach trinken. Du konntest Angeln gehen. Du konntest ein kleines Feuer machen und den Fisch direkt neben dem Fluss braten. Man musste sich keine Gedanken machen. Heute kannst du den Fisch aus dem Wasser

nicht essen, du kannst das Wasser nicht trinken. An den meisten Stellen kannst du nicht einmal mehr im Wasser schwimmen.“ Der Grund für diese gravierenden Umweltschäden liegt im speziellen Abbauverfahren in den Appalachen, dem „Mountaintop Removal“, auf Deutsch: Bergspitzenbeseitigung. Statt die Kohle unter Tage nach oben zu fördern, baut man die Kohle von oben ab, indem man die Gipfel darüber wegsprengt.

„Auch in Kolumbien wird Steinkohle im Tagebau gefördert, 20 bis 40 Euro kostet die Tonne. In Deutschland sind es 140 Euro. Die Umweltfolgen sind ähnlich gravierend. Doch fürchten viele nicht nur um ihre Gesundheit, sondern sogar um ihr Leben. Das gilt besonders für diejenigen, die sich den Konzernen in den Weg stellen. Gewerkschafter zum Beispiel, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Mit 2.800 ermordeten Gewerkschaftern in den letzten 25 Jahren hält Kolumbien einen traurigen Weltrekord. Dem US-Kohlekonzern Drummond wird vorgeworfen, jahrelang die AUC, eine paramilitärische Einheit, finanziert zu haben, die nicht nur Minen und Bahnlinie von Drummond schützte, sondern gleichzeitig Hunderte Morde beging und Tausende Menschen vertrieb. Drummond selbst weist die Vorwürfe zurück und erklärt, Paramilitärs weder finanziert noch beschäftigt zu haben. Doch auch andere Zeugen bestätigen eine direkt Verbindung.“ Trotz vorgelegter Beweise und Zeugen, die bereit sind auszusagen, erfolgt in Kolumbien keine Anklage, keine gerichtliche Überprüfung. Ist der Konzern zu mächtig?

Durch den Tagebau werden giftige Metalle in die Bäche und Flüsse gespült. Feinstaub belastet die umliegenden Gemeinden. Nirgends in den USA sterben die Menschen früher. Es gibt überdurchschnittliche viele Geburtsfehler. „Alles spricht dafür, dass es durch etwas konkret vor Ort hervorgerufen wird. Und da kommt, das ist für mich offensichtlich, nur das Mountaintop-Removal-Verfahren in Frage“, sagt Michael McCawley, Leiter der Abteilung Umweltmedizin am Universitätsklinikum von West Virginia. Seine Schlussfolgerung: „Die Kohle muss auf andere Weise abgebaut werden oder gar nicht.“ – Wir gehen aber auch nicht gut mit der Natur um. Wieso ist ein Zusatzstoff für künstliches Aroma giftig und explosiv? Die Feuerwehr Bremen hat es durch einen Einsatzbericht öffentlich gemacht. Nur ein weiteres Beispiel, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

10. Das Bankgeheimnis, die Privatsphäre ist löchrig. Gerichtsvollzieher können **Bankdaten** abrufen. Sie erhalten aber keine Konteneinsicht. Diese neue Befugnis der Gerichtsvollzieher soll Ursache für die Rekordzahl an Kontenanfragen sein: „ Massenhaft Auskünfte“, schreibt der „Weser-Kurier“ am 26. April 2014. Die Bürger müssen über die Anfragen der Gerichtsvollzieher stets informiert werden. Wer macht das?

Bei Kontenanfragen der Jobcenter erfolgt eine Information des betroffenen Menschen nur, wenn das Jobcenter eine Nachfrage hat. Die Jobcenter-Mitarbeiter(innen) können *alle* Kontenbewegungen einsehen. Die Jobcenter finden im Zentralrechner alle Konten eines Bürgers – auch wenn der Mensch nur eingeschränkte Vollmacht hat, zum Beispiel um der Nachbarin den Weg zur Bank

zu ersparen. Auch die gemeinsame Nutzung eines Kontos wird so ersichtlich. Im Jobcenter scheint diese erweiterte Kontenabfrage Standard zu werden, entgegen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Die Kontoabfrage ist nur in Ausnahmefällen zulässig!

Die Banken übermitteln für diese Abfragen alle Kontendaten an einen Zentralrechner. Dort erfolgen die Zugriffe. Die Bank merkt nichts davon, der Bürger auch nicht. Jeder Kontozugriff ist aber auf dem Rechner registriert. Wenn der Zentralrechner diesen Zugriff an die kontoführende Bank übermittelt und dieser Zugriff auf dem Kontoauszug ausgewiesen wird, dann wird dieser Spuk erheblich reduziert! Der Kontoinhaber kann nun das Datum, die Uhrzeit, die Dienststelle und den Sachbearbeiter ersehen. Der Name und die Dienststellung des Sachbearbeiters kann eventuell verschlüsselt sein. Dieses Verfahren wäre automatisiert und ohne viel Aufwand umzusetzen!

11. Bremen hat den Bericht für den Stabilitätsrat fertig. „Linnert: Weniger neue Schulden“, titelte der „Weser-Kurier“ am 30. April 2014. In der Senatspresseerklärung steht es etwas anders: „Der aktuelle Bericht zeigt, dass das ehrgeizige Ziel, ab 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen, bei fortgesetzten Konsolidierungsanstrengungen und weiter günstigen Rahmenbedingungen, zu denen auch die Lösung der Altschuldenproblematik und eine bedarfsgerechte Finanzausstattung gehören, erreichbar ist“. Zwischen den Zeilen steht damit: Ohne Befreiung von den **Altschulden** und ohne niedrige Zinssätze ist das Ziel nicht zu erreichen!

Über die Änderungen im Länderfinanzausgleich wird erst 2020 Klarheit bestehen. Bremen spart sich bereits heute kaputt, ohne jedwede Gegenwehr! Warum macht Bremen nicht deutlich, wie einschneidend die Entscheidungen für das Gemeinwesen sind? Chefredakteurin Silke Hellwig sprach Verfassungsrechtler Joachim Wieland auf den vorstehenden Bericht an: „In ein paar Jahren werden Sie vielleicht nicht mehr für Bremen tätig sein müssen. Es wird ein neues System für den Länderfinanzausgleich geben, womöglich werden die Altschulden getilgt, und alles wird gut.“ Wielands Antwort: „Ich glaube nicht an Wunder.“

Die Schmerzgrenze für Kürzungen ist überschritten, wenn Unruhen entstehen, meinte ein Gutachter in der Diskussion mit Finanzsenatorin Linnert in der „Arbeitnehmerkammer“ vor einigen Monaten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das „Friedensforum“ lädt ein zur „**Mahnwache** gegen die **Rüstungshochburg Bremen**“ am **Freitag**, dem **16. Mai 2014**, von **12 bis 13 Uhr** an der **Domsheide** (vor „Kapitel 8“).

Regierung verschärft die Diskriminierung gegen Arbeitslose

Vor einigen Monaten tönte die SPD noch laut, ohne Mindestlohn werde es für sie keine Regierungsbeteiligung geben. Von Anfang an hat die Montagsdemo die unzureichende Höhe kritisiert: Von 8,50 Euro werden viele Leute nicht leben können und daher gezwungen sein, durch Hartz IV aufzustocken. Jetzt hat Arbeitsministerin Nahles vor Wirtschaftsvertretern weiter nachgegeben: Für Jugendliche unter 18 und für Langzeitarbeitlose soll dieser Mindestlohn nicht gelten. Nahles hat Mitleid mit Branchen, „die Probleme mit einem Stundenlohn von 8,50 Euro haben“. Diese sollen bis mindestens 2017 Ausnahmeregelungen bekommen.

Das ist Sozialpolitik à la SPD! Nahles rechtfertigt sich, ihr gehe es darum, dass Jugendliche eine Ausbildung machen statt zu arbeiten. In Wirklichkeit können immer mehr Jugendliche keine betriebliche Ausbildung machen, weil es schlicht zu wenige Plätze gibt. Immer mehr werden in Warteschleifen, Arbeitsamt-Maßnahmen und ewiger Schulzeit hingehalten. Zweitens fällt Nahles gar nicht ein, dass auch Auszubildende ausreichend verdienen müssen, um eigenständig leben zu können! Der Gesetzentwurf zum Mindestlohn macht Langzeitarbeitslose zu Menschen zweiter Klasse.

Seit mehr als zehn Jahren sind Arbeitslose durch die Hartz-Gesetze gezwungen, fast jede Arbeit anzunehmen. Diese Hungerlohn-Praxis hat nachweislich nicht dazu geführt, mehr Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen. Es besteht in Zukunft die große Gefahr, dass Langzeitarbeitslose für sechs Monate zu Hungerlöhnen beschäftigt werden, um sie anschließend wieder nach Hause zu schicken. Dieser Drehtüreffekt ist vorprogrammiert. Das Selbstwertgefühl vieler arbeitsloser Menschen wird ständig mit Füßen getreten – und jetzt werden sie noch zusätzlich diskriminiert. Würde kennt keine Ausnahmen! Diese Stigmatisierung Langzeitarbeitsloser wäre einmalig in Europa. Keine Ausnahmen: Mindestlohn für alle, und zwar in Höhe von zehn Euro pro Stunde!

Harald Braun

Irrige Thesen auf „Friedensdemos“: Hinter der Kritik am Zins soll der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital verschwinden, um zu verhindern, dass sich Unter- und Mittelschichten gegen die Oberschicht verbünden *(„Neues Deutschland“)*

Die Erhabenheit jobcenterlicher Bescheide über jeden Zweifel

Im „Spiegel“ (Nummer 19 vom 5. Mai 2014, Seite 17: „Geschäfte mit Hartz IV“) wird über das Buch des ehemaligen Fernsehjournalisten und Juristen Joachim Wagner berichtet, in dem dieser sich darüber mokiert, dass Juristen Geschäfte mit Hartz IV machten. Tausende von Anwälten hätten es zu ihrem Geschäftsmodell erkoren, Hartz-IV-Bezieher zu vertreten und auf diese Weise einen Großteil ihres Geldes zu verdienen.

2012 habe die Bundesagentur für die Anwälte von Hartz-IV-Beziehern 39,6 Millionen Euro ausgeben müssen. Weil die Hartz-Gesetze nicht nur mit glühend heißer Nadel gestrickt worden seien, sondern der Gesetzgeber zudem so viel Flexibilität bewies, sie auch noch 60 Male zu modifizieren, habe die Erfolgsquote von Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide 2011 bei 44 Prozent gelegen. Im Jahr 2010 hätten sechs Sozietäten jeweils mehr als 100.000 Euro bei Hartz-IV-Prozessen kassiert, eine sogar über 300.000 Euro.

Nach Schätzungen des Jobcenters Gifhorn stammten zwischen 2008 und 2012 zwei Drittel aller Einsprüche gegen Bescheide von nur einem einzigen Rechtsanwalt, der allein 2012 ganze 72.000 Euro daran verdient haben soll. Es gebe sogar Anwälte, die Centbeträge einklagen wollten. Wenn sie gewännen, müsse das Jobcenter für ihr Honorar aufkommen, und wenn sie verlören, die Justizkasse. In Thüringen habe ein Jobcenter zehn zusätzliche Sachbearbeiter einstellen müssen, um den massenhaften Klagen eines einzelnen Anwaltes Herr werden zu können.

Na, so etwas! Wo kommen wir denn da hin, wenn Anwälte auch noch ein Honorar für geleistete Arbeit kassieren wollten? Und selbst dann, wenn sie Hartz-IV-Bezieher vor Gericht vertreten! Dem muss natürlich Einhalt geboten werden. Sapperlot, da geben sich Sozialleistungsbezieher nicht nur mit den gewährten Almosen ihres so sozialen und großzügigen Staates nicht zufrieden, sondern kommen auch noch auf die undankbare Idee, Bescheide der Hartz-IV-Behörde anzuzweifeln, sich gar für ihr angebliches Recht einzusetzen!

Haben Transferleistungsbezieher überhaupt Rechte und dürfen sie diese etwa einklagen? Hier muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden, damit dieses arbeitsscheue Gesindel nicht in der abwegigen Idee bestärkt wird, sie seien ohne Arbeit immer noch gleichwertige, gar ehrenwerte Bürger! Selbstverständlich müssen Sonderrechtszonen für Erwerbslose geschaffen werden, wenn diese die Geduld des fürsorglichen Staates so über die Maßen strapazieren. Dann müssen

sie eben in Zukunft für Widersprüche und Klagen Gebühren zahlen. Arbeitnehmer entrichten doch auch Steuern!

Wovon Arbeitslose das tun sollen? Von ihren Salären? Ach so, na klar, dann sollen sie eben nicht klagen, und schon haben sie wieder mehr zu essen. Und dann wollen diese Pfennig-, äh: Centfuchser sogar wegen Minimalbeträgen von einer Handvoll Euro auf Staatskosten vor Gericht ziehen? Mit monatlich 392 Euro, immerhin noch zusätzlich zur Brutto-Kaltmiete für die Wohnung, obwohl sie nicht arbeiten, lässt es sich doch ganz wunderbar leben! Der Gast-, äh: Gesetzgeber gönnt jedem Hartz-IV-Bezieher schließlich freigiebig insgesamt vier Euro, wovon er sich immerhin drei komplette Mahlzeiten zaubern kann: Frühstück, Mittagessen und Abendbrot.

Und das sogar jeden Tag, selbst in der Fastenzeit! Dann sollen sich die Arbeitslosen nicht so anstellen, wenn ihnen mal nicht der volle Betrag auf ihr Konto überwiesen wird oder zehn Prozent der Regelleistung gekürzt werden, ob sie sich nun einen Regelverstoß zuschulden kommen ließen oder nicht. Schließlich gibt es nicht immer Zeugen; dann muss halt prophylaktisch sanktioniert werden, um der Gerechtigkeit Genüge tun zu können. Was sind denn schon 39,20 Euro für ein großer Verlust?

Erwerbslose können doch ruhig mal Fünfe gerade sein lassen, statt die Staatskassen unnötig zu belasten und die Gerichte damit quasi lahmzulegen! Immerhin sind die Sachbearbeiter der Jobcenter meist derart überqualifiziert, da etliche von ihnen zuvor ihre besonderen Talente bereits in allen möglichen Sparten, beispielsweise bei der Post oder der Bahn, unter Beweis stellen durften. Mit diesem vielfältigen, besonders wertvollen, weil eben fachfremden, also zusätzlichem und dadurch speziell bereicherndem, mitgebrachtem Wissen wird die Kompetenz der Sachbearbeiter gewissermaßen derart erweitert, dass die Richtigkeit ihrer Bescheide automatisch über jeden Zweifel erhaben sein muss.

Es ist an der Zeit, dass endlich auch Erwerbslose als Bildungsferne zu würdigen lernen, wie umsichtig und völlig selbstlos Vater Staat mit ihnen umgeht und dazu auch noch ganz umsonst neue Blickwinkel durch ihre famosen Sachbearbeiter mit auf den Lebensweg gibt. Ja, natürlich notfalls auch mit struktureller Gewalt. Was soll man denn sonst machen? Es ist ganz ausgezeichnet, dass mit diesem Artikel im „Spiegel“ bestimmt eine wunderbare Werbung für das in dieser Woche erscheinende Buch „Vorsicht Rechtsanwalt– ein Berufsstand zwischen Mammon und Moral“ von Joachim Wagner gemacht wird.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

472. Bremer Montagsdemo am 19. 05. 2014

Rot-grüner Senat will Billig-Erzieherinnen für Kita-Kinder

1. Es liest sich wie ein Schildbürgerstreich: Das Jobcenter Essen riet einer jungen Mutter zum Abbruch ihrer **Ausbildung**, um den vollen Hartz-IV-Satz und die Kosten für die Erstausstattung der Wohnung beanspruchen zu können. Die 18-Jährige wandte sich in ihrer Not an eine Zeitung, die den Fall publizierte. Natascha P. war erst 17 Jahre alt, als sie ihren Sohn bekam, hatte ihren Realschulabschluss in der Tasche und gerade damit begonnen, eine Ausbildung zur Kinderpflegerin zu machen. Nach der Trennung vom Vater ihres Kindes wollte die taffe junge Frau ihre Lehre fortsetzen und für sich und ihr Kind eine eigene Wohnung suchen.

Weil ihr Bafög nicht für den neuen Status als Ein-Eltern-Familie ausreichte, ging sie klugerweise vor dem Unterschreiben des Mietvertrages zum Jobcenter, um sich zu erkundigen, welche Leistungen ihr zustehen und ob sie sich die Wohnung überhaupt leisten kann. Erstaunlicherweise schickte der Angestellte des Jobcenters die junge Mutter mit der Auflage nach Hause, dass sie erst den Mietvertrag unterschreiben müsse, bevor sie weitere Auskünfte erhalten könne. Nachdem Natascha P. dies befolgte, bekam sie mit ihrem Leistungsbescheid eine böse Überraschung: Ganze 76 Euro sollte sie monatlich zusätzlich zum Bafög erhalten.

Daraufhin beantragte die junge Frau die Kostenübernahme für die Mietkaution und die Erstausstattung der Wohnung, was jedoch von der Hartz-IV-Behörde mit besagter Begründung abgelehnt wurde, sie müsse ihre Ausbildung abbrechen, um Anspruch auf die volle Hartz-IV-Leistung zu haben. Die Eltern nahmen einen Kredit für ihre Tochter auf, und Natascha P. schaltete einen Anwalt ein. Der Leiter des Amtes entschuldigte sich, räumte Fehler ein, bewilligte die der jungen Frau zustehende Erstausstattung für die Wohnung und betonte, diese Vorgehensweise entspreche nicht dem üblichen Ablauf der Behörde.

Es sei nicht üblich, jemanden zum Abbruch der Ausbildung zu raten, und es sei sehr wohl üblich, den Wohnkostenzuschuss vorab zu berechnen, damit Transferleistungsbezieher vorab wissen, auf welchen Kosten sie gegebenenfalls sitzen

blieben. Das sollen wir glauben? Kann nicht viel Geld eingespart werden, wenn erst mal eigentlich selbstverständliche Anträge mit abstrusen Begründungen abgelehnt werden, weil so viele Betroffene nicht um ihre Rechte wissen oder sich nicht zu wehren getrauen? Wäre es nicht viel lukrativer für die Jobcenter, von jungen Menschen zu verlangen, dass sie ihre Ausbildung abbrechen müssen, wenn sie finanzielle Unterstützung brauchen, und sie alle als ungelernte Kraft zu einem Ein-Euro-Job zu verdonnern?

2. Bei Stellenangeboten, die Jobcenter an ihre „Kunden“ weitergeben, muss zuvor auf angemessene **Entlohnung** geachtet werden. Bisher wurde die Angabe des Lohnes nicht verlangt, und es reichten Formulierungen wie „Entlohnung nach Vereinbarung“. Weil das Jobcenter in der Pflicht stehe, Leistungen zur Grundsicherung zu vermeiden, müsse von Unternehmen, die sittenwidrige Löhne zahlen, verlangt werden, die Leistung zu erstatten.

Der Sprecher der Berliner Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit erklärte, alle Jobcenter gingen konsequent gegen sittenwidrige Entlohnung vor. In den letzten Monaten seien 55 Fälle vor den Berliner Arbeitsgerichten entschieden worden, bei denen Jobcenter wegen sittenwidriger Löhne geklagt hatten. Das Bundesarbeitsgericht legte fest, dass ein Lohn dann als sittenwidrig einzustufen ist, wenn er weniger als zwei Dritteln des in der Branche üblichen Tariflohns entspricht. Falls es keinen Tariflohn gebe, sei vom „allgemeinen Lohnniveau im Wirtschaftsgebiet“ auszugehen.

3. Dem Journalisten Christian Weth vom „Weser-Kurier“ gefällt es nicht, dass der Personalrat von „Kita Bremen“ Nein sagt zum Einsatz von Sozialassistentinnen in Kindergärten, obwohl diese doch so wunderschön die personellen Lücken schließen könnten, durch die es zu immer mehr Notdiensten und Engpässen kommt. Ja, dieses Veto ist allerdings notwendig, um die Qualitätssicherung zu gewährleisten, weil die Assistentinnen eben nicht fünf, sondern nur zwei Jahre ausgebildet werden („Weser-Kurier“ vom 17. Mai 2014, „Klare Kante, Vergessen“, Seite 11).

Ich finde die Behauptung, dass diese Qualitätssicherung für die Eltern nicht nur keine sei, sondern eine Verschlechterung darstelle, ausgesprochen kurzsichtig. Hier geht es nicht nur darum, temporär einen Mangelzustand zu überbrücken, sondern langfristig dafür zu sorgen, dass Bremens Kinder auch in Zukunft nicht von **Billig-Erzieherinnen** betreut werden. Deutschland und Österreich sind die einzigen Länder in Europa, in denen eine Erzieherin in ihrer Ausbildung kein Studium absolvieren muss. Hier reicht eine fünfjährige Ausbildung mit Vorpraktikum und bezahltem Anerkennungsjahr. Überall werden Anstrengungen unternommen, die Ausbildung zur Erzieherin zu optimieren. Nur in Bremen nicht, wo ausgerechnet der rot-grüne Senat die Kita-Kinder in Zukunft durch gering qualifizierte sozialpädagogische Assistentinnen betreuen lassen will.

Statt wie die südlichen Bundesländer in frühkindliche Bildung zu investieren und die Erzieherinnen-Ausbildung zu akademisieren, wird ein neu zu schaffender Ausbildungsberuf eingeführt, in dem die Erzieherin noch schlechter bezahlt wird als ohnehin schon. Wie soll der angestrebte Personalmix denn überhaupt praktisch funktionieren? Ist dann für „pädagogisch wertvolle“ Arbeit die Erzieherin zuständig und für „weniger anspruchsvolle“ Tätigkeiten die Sozialassistentin? Rein hypothetisch könnten sich die Sozialassistentinnen zu Erzieherinnen weiterbilden lassen, doch wird eine junge Frau, die ihr erstes Geld verdient, keine dreijährige Weiterbildung draufsetzen, wie Erfahrungen aus anderen Branchen, zum Beispiel dem Einzelhandel, zeigen.

Es darf ja wohl nicht sein, dass Frauen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden, nur damit am sozialen Ende Geld gespart werden kann! Von einem Job als Sozialassistentin mit einer Entlohnung zwischen 1.400 und 1.700 Euro brutto kann niemand leben. Durch die Idee, Sozialassistentinnen anstelle von teureren Erzieherinnen einzusetzen, soll natürlich Geld eingespart werden. Ergo ist kaum darauf zu hoffen, dass Sozialassistentinnen, die auf den Stellen der Erzieherinnen sitzen sollen, dabei gefördert werden, sich zu Erzieherinnen weiterzubilden, weil damit die Ersparnis flöten ginge.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Die Partei‘ gewinnt die Europawahl“: „Abmelken nach allen Regeln der Kunst“ *(„Titanic“)*

Mit den Initiatoren dieser „Friedensmahnwache“ wird es keinerlei Zusammenarbeit geben!

1. Nach dem Grubenunglück in der türkischen Stadt Soma in der vergangenen Woche wurden bisher über 300 Tote geborgen. Nicht nur in Betreiberfirma sind Verbrecher, sondern auch in der Regierung! Erdogan schlägt Demonstranten, sein Berater tritt mit Füssen. Mit den Worten „Arbeitsunfälle passieren eben“ werden die Opfer verhöhnt. Über Soma wurde ein Demonstrationsverbot verhängt. Erst vor kurzem wurden schwere **Sicherheitsmängel** festgestellt, es gibt keine Schutzräume. Der Betreiber rühmt sich, die Kosten pro Tonne Kohle von 140 auf 27 Euro gesenkt zu haben. Den Angehörigen gilt unsere Solidarität

und unser tiefes Mitgefühl. Wir teilen aber auch ihre Wut! Erdogan kommt am Samstag nach Köln, er will hier Wahlkampf machen. Er wird einen „guten Empfang“ bekommen!

2. Bisher 44 Tote hat die Flutkatastrophe auf dem Balkan gefordert, es ist die schwerste jemals dort erlebte. In Serbien, Bosnien und der Herzegowina sind ganze Städte unbewohnbar, die Flut reicht bis in den dritten Stock. Am Samstag stand in der Zeitung: Das Festlandeis schmilzt viel schneller als erwartet. Aufgrund von Rückkopplungseffekten steigt der Meeresspiegel nicht um ein paar Zentimeter, sondern allein durch das Wegschmelzen des Festlandeises um anderthalb Meter, und das innerhalb der nächsten Jahrzehnte! Der Umschlag in die globale **Umweltkatastrophe** ist in vollem Gange. Wer weiß, was noch umkehrbar ist? Hauptverursacher sind auf jeden Fall die Monopole. Das ganze Profitsystem muss abgeschafft werden!

Im Europa-Wahlkampf ist dazu wenig zu hören. Die Grünen plakatieren zwar „Umwelt schützen – grün wählen“, aber in Niedersachsen stimmt Umweltminister Wenzel von den Grünen dem Fracking zu. Auch die EU-Kommission setzt sich für Fracking ein und außerdem für mehr Atomkraft. Ein Kernkraftwerk liefert täglich eine Million Euro – nicht Umsatz, sondern Reingewinn! Jahrzehntelang haben die Betreiberfirmen RWE, Vattenfall und Eon diese Riesenprofite eingesackt und dabei unser aller Leben aufs Spiel gesetzt. Jetzt soll der Staat – also sollen wir – die Entsorgung bezahlen! Für Profite gehen sie über Leichen, und Regierung und EU-Kommission spielen mit.

Denkt daran, wenn ihr am Sonntag wählen geht: Keine Partei, die am Gängelband der Großkonzerne geht, wählen! Ich finde, es wird Zeit, dass ins EU-Parlament Abgeordnete einziehen, die sich radikal für Arbeiterinteressen und den Schutz unserer Lebensgrundlagen einsetzen. Die EU-Kommission will nicht nur weiter AKWs bauen lassen und mit dem Fracking loslegen – Länder, die nicht mitziehen, werden mittels EU-Recht dazu gezwungen! –, sie will zum Beispiel auch die in Deutschland geplante Einführung der Rente mit 63 kippen, die freilich erst nach 45 Beitragsjahren und nur für die Jahrgänge 52 und 53, also eine sehr kleine Betroffenenzahl, gelten soll. Wenn die Durchsetzung der Interessen von Bonzen und Kapital am Widerstand von unten zu scheitern droht, dann wird eben die EU-Kommission instrumentalisiert.

3. Seit nunmehr zehn Jahren kämpfen wir gegen die **Hartz-Gesetze**. Auslöser war Harz IV: die Streichung der Arbeitslosenhilfe und die Beschränkung der Zahlung von Arbeitslosengeld auf zwölf Monate. Zuerst gab es 345 Euro ALG II, heute sind es 392 Euro. Wenn es vor zehn Jahren schon zu wenig zum Leben war, dann jetzt erst recht, denn die Preise, vor allem für den Lebensunterhalt, sind viel schneller gestiegen. Immer mehr Menschen leben in Armut. In Bremen lebt ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Hartz-IV-Familien. Aber wer meint, die Hartz-Gesetze

gingen nur die Arbeitslosen etwas an, täuscht sich: Mit Hartz I-III wurden Zeit und Leiharbeit im Massenumfang und damit Billiglöhne eingeführt.

Jetzt kommen die Vertragsarbeiter dazu. Das ist noch eine Schublade tiefer: Für 2,50 bis drei Euro arbeiten die rumänischen Schlachterei-Arbeiter in Niedersachsen. Da will Daimler nicht zurückstehen und hat ebenfalls diese feinste Form der Ausbeutung eingeführt. Wer heute einen neuen Job bekommt, als junger Mensch sowieso, bekommt in aller Regel nur noch einen Zeit- oder Leihvertrag. Die Hartz-Gesetze müssen weg, ohne Wenn und Aber! Stattdessen Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Arbeitszeitverkürzung für alle, um Millionen Arbeitsplätze zu schaffen! Mehr Lehrstellen in der Großindustrie, mindestens zehn Prozent Ausbildungsquote! Und für alle, die nicht mehr arbeiten können, einen weit über Hartz IV liegenden Sozialsatz, für ein Leben ohne Armut!

4. Diesen Montag waren circa 60 Teilnehmer aktiv im Kreis und zahlreiche Zuhörer in den Cafés da. Ich wurde darauf angesprochen, ob man auch etwas zum Thema Frieden und der drohenden Kriegsgefahr wegen der Ukraine-Krise sagen könne. Selbstverständlich! Die Montagsdemo ist offen für alle Fragen, die uns oder unsere Mitmenschen betreffen. Wir haben hier auch schon ausführlich darüber gesprochen: über die Heuchelei der Herrschenden, über die aggressive Rolle der EU im Ukraine-Konflikt, über die Provokation gegenüber Russland durch ständiges Verschieben der Grenzen von EU und Nato nach Osten. Selbst Altkanzler Schmidt bezeichnet das Verhalten der EU als „Größenwahn“. Auch Russland ist ein imperialistisches Land und alles andere als demokratisch. In einem solchen Konflikt gibt es keine Seite im Recht. Ein imperialistischer Krieg ist ein ungerechter Krieg, und jedes Volk ist gut beraten, den Kampf gegen die eigene Regierung zu führen. Erst wenn die imperialistischen Mächte gestürzt sind, können die Völker frei und friedlich miteinander leben.

Nun gibt es auch hier in Bremen eine „Montagsmahnwache für den Frieden“. Initiatoren wie Ken Jepsen aus Berlin steuern diese Veranstaltungen. Sie grenzen sich nicht eindeutig von den Faschisten ab. Wenn sie behaupten, alle Kriege der letzten 100 Jahre seien von der Fed, also der amerikanischen Notenbank, gesteuert worden, vom „jüdischen Finanzkapital“, dann begeben sie sich in ein ganz trübes Gewässer. Wer hat denn den Ersten und Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen? Das war der deutsche Imperialismus in seinem Größenwahn und seinem Streben nach Weltherrschaft! Das wird alles vertuscht und nur von Menschlichkeit und Liebe gefaselt. Wer soll da eigentlich an der Nase herumgeführt werden? Als Moderator der Bremer Montagsdemo erkläre ich jedenfalls: Mit den Initiatoren dieser „**Friedensmahnwache**“ wird es keinerlei Zusammenarbeit geben! Wir lassen die seit zehn Jahren bestehende Montagsdemo weder untergraben noch in Misskredit bringen. Jeder, der ehrlich für den Frieden eintreten will, ist hier auf der Montagsdemo willkommen. Aber wer hier vom „jüdischen Finanzka-

pital“ als Ursache alles Bösen schwafeln will, ist nicht willkommen, und dem werden wir den Ton abdrehen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Rebellion gegen die EU ist gerechtfertigt! Zusammen mit der AG „Rebellisches Musikfestival“ und den „Freizi“-Besetzern lädt die MLPD herzlich ein zur **Wahlparty** am **Sonntag**, dem **25. Mai 2014**, ab **18 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a. Getränke, Fleisch zum Grillen, Brot und veganes Essen stehen bereit. Wer möchte, kann gern noch einen Salat mitbringen.

Polizeibrutalität nach Minen-Massaker in Soma

Es war kein Arbeitsunfall, sondern ein Massaker! Am 13. Mai 2014 ist es in einer Mine in Soma in der türkischen Provinz von Manisa zu einer Explosion gekommen. Dabei sind nach offiziellen Zahlen mindestens 301 Arbeiter ums Leben gekommen, etwa 70 wurden verletzt. Es werden weitere 700 Arbeiter vermutet, die in der Grube eingeschlossen sind. Es handelt sich dabei nicht, wie die AKP-Regierung versichert, um einen Unfall. Zuvor haben allein in der Regierungszeit der AKP mehr als 100 Arbeiter ihr Leben verloren. Um nur die Massaker der vergangenen zwölf Jahre in Minen aufzulisten:

- 22. November 2003: Karaman-Ermenek, Gasexplosion, zehn Tote
- 8. September 2004: Kastamonu-Küre, 19 Tote
- 2. Juni 2006: Balikesir-Dursunbey, Gasexplosion, 17 Tote
- 10. Dezember 2009: Bursa-Mustafakemalpasa, Gasexplosion, 19 Tote
- 17. Mai 2010: Zonguldak, Gasexplosion, 30 Tote
- 8. Januar 2013: Kozlu, Gasexplosion: acht Tote
- 13. Mai 2014: Soma, Explosion wegen eines defekten Transformators: mindestens 301 Tote

Das alles ist kein Schicksal, kein Unfall, sondern ein Massaker, das sich infolge der Profitgier des Kapitalismus ereignet hat! Leiharbeit, niedrige Löhne, Kinderarbeit, fehlende soziale Absicherung, stattdessen Ausbeutung und moderne Sklaverei, Missachtung der Sicherheitsstandards, Privatisierung: Recep Tayyip Erdogan verkauft die Bevölkerung für dumm! Nach einer Gasexplosion am 17. Mai 2010 in Zonguldak erklärte er: „Leider gehört das zur Natur dieses Berufs“.

Wir bekommen auch nach dieser Katastrophe Statements der Regierung zu hören, in denen von „Schicksal“ die Rede ist und Geduld gefordert wird. Das ist unakzeptabel! Die Regierung ist für diese Katastrophe verantwortlich. Es war ein

Massaker! Warum müssen immer die armen Menschen sterben? Weil das Leben der Menschen im kapitalistischen System nichts wert ist. Es zählt allein der Profit. Die Erdogan-Regierung hat die Verantwortung und die Konsequenzen für dieses Massaker zu tragen.

Die Lage nach der verheerenden Minen-Explosion am 13. Mai 2014 ist auch eine Woche danach alles andere als entspannt. Diversen Medienberichten zufolge werden außerhalb der Stadt mit Messern und Knüppeln bewaffnete Schlägertrupps der AKP postiert. Linke Organisationen, aber auch Anwälte, die aus verschiedenen Landesteilen anreisen, um sich mit den Betroffenen in Soma zu solidarisieren, werden bei der Einfahrt in die Stadt von Polizeieinheiten gestoppt. Es werden ausnahmslos Fahrzeuge mit Kennzeichen der Provinz Manisa durchgelassen, und das auch nur nach massiven Kontrollen.

Berichten zufolge ereignete sich heute auch bei einer Versammlung im Haus der Bildungsgewerkschaft Egitim-Sen in Manisa ein Polizeiangriff. Vor dem Gebäude wurden zahlreiche Personen auf den Boden gezerrt und brutal festgenommen. Auch der Generalvorsitzende der „Vereinigung progressiver Jurist(inn)en“ CHD, der nach seiner Freilassung aus willkürlicher Haft erst kürzlich in Berlin mit dem diesjährigen „Hans-Litten-Preis“ geehrt wurde, ist Berichten zufolge festgenommen worden, nachdem er sich gegen den brutalen Polizeieinsatz ausgesprochen hatte.

Anwälte bestätigten die Festnahme und teilten zudem mit, dass ihrem Kollegen Kozagaclli von der Polizei ein Arm gebrochen wurde. Neben dem Anwaltsvorsitzenden sollen mehrere Anwält(inn)e(n) und Anrainer(innen), die sich ebenfalls gegenüber der Polizeigewalt empört zeigten, und ein Korrespondent der Zeitschrift „Yürüyüs“ festgenommen worden sein. Die Festgenommenen werden vorübergehend in einer Sporthalle festgehalten. Hierzu gibt es eine Erklärung vom „Anwaltsbüro des Volkes“:

„Folter, Festnahme, Verhaftung: Damit können sie uns weder mundtot machen noch die Wahrheit verschleiern! Im Zusammenhang mit dem Arbeiter-Massaker wurden die Anwälte in unserem Büro in Soma und Anwälte der CHD festgenommen. Die Namen unserer festgenommenen Anwaltsfreunde lauten: Selcuk Kozagacli, Günay Dag, Dincer Calim, Efkan Bolac, Mürsel Ünder, Fatma Demirel, Remzi Kazmaz, Gökhan Erkus.

Unser festgenommener Kollege Seluk Kozagacli wurde gefoltert: Seine Genitalien wurden gequetscht, und obwohl er mitteilte, dass er Metallplatten im Arm hat, wurde er rückwärts mit Handschellen gefesselt. Er wurde insbesondere auf den Arm, in dem sich eine Metallplatte befindet, getreten. Unsere Kollegen werden mit rückwärts verschlossenen Handschellen in einer Sporthalle festgehalten.

Unsere anderen Kollegen, die sich in Soma befinden, haben mit dem zuständigen Staatsanwalt gesprochen. Ihnen wurde mitgeteilt, dass unsere Kollegen nicht festgenommen wurden und dass es keinerlei rechtliche Hindernisse für die Kommunikation gebe. Entgegen diesen Aussagen können die Anwälte nicht von ihren Rechten Gebrauch machen und, abgesehen von der polizeilichen Behinde-

rung, keine Gespräche nach außen führen. Die Polizeikräfte sind so rücksichtslos geworden, dass sie unserem Kollegen Alihan Pilaf, der ein Gespräch führen wollte, vor der Kameralinse mit Pfefferspray ins Gesicht sprühten.

Schon zuvor wurden unsere Kollegen, die sich im Lehrerhaus in Soma aufhielten, verbal belästigt und bedroht. Die Regierung zeigt uns mit ihren Angriffen, dass es in diesem Land keine Demokratie gibt und dass das Märchen von Menschenrechten eine längst überholte Lüge ist. Wer immer noch an die Lügen der EU von der ‚fortgeschrittenen Demokratie' glauben will, sollte sich nach Soma begeben und selbst überzeugen. Wer noch weitere Lügen hören will, kann sich die Erklärungen von Ramazan Dogru, dem Personaldirektor des Besitzers der Kohlengrube in Soma, Alp Gürkan, weiter anhören.

Natürlich fürchten sie uns nicht ohne Grund. Ob sie uns nun rückwärts Handschellen anlegen, unseren Mund und unsere Zunge festbinden, oder auch in einer Sporthalle einsperren: Sie können die Wahrheit nicht vor dem Volk verheimlichen. Wenn sie Ohren haben, hören sie das Stöhnen der Menschen aus Hunderten Metern unter der Erde. Wenn sie Augen haben, sehen sie die Hände, die sie aus allen Ecken des Landes am Kragen packen: Der Kampf für Gerechtigkeit geht weiter!"

„Anatolische Förderation Bremen"

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

473. Bremer Montagsdemo am 26. 05. 2014

Fühlen sich weite Teile der Bevölkerung überhaupt noch durch die Politik vertreten?

1. Wenn **Flaschensammler** in Mülleimer greifen müssen, sieht das in diesem eigentlich sehr reichen Land schon ziemlich würdelos aus. Niemand weiß, worauf die tastenden Finger im Abfall stoßen werden, Essensreste und Glassplitter sollen noch das Harmloseste sein. Seit einigen Wochen hängen nun am Bahnhof und anderswo Pfandkisten, die dazu einladen, leere Flaschen dort abzustellen, statt sie wegzuschmeißen. Dahinter stecken die Hamburger Initiative „Pfand gehört daneben“ und der Getränkehersteller Lemonaid, die die Menschen dadurch für das Thema Armut im Alltag sensibilisieren möchten. Die Bremer Umweltbehörde hat keine grundsätzlichen Bedenken, wenn die Kisten weder jemanden gefährden noch Blinde oder den Publikumsverkehr an den Haltestellen stören.

In Bamberg wird zurzeit getestet, ob öffentliche Mülleimer mit Pfandringen versehen werden können, die eine stabile Abstellmöglichkeit für Flaschen bieten. In Hameln wurde die stadtweite Einführung von Pfandringen bereits im Umweltausschuss beschlossen. Dabei folgten die Parteien einem Antrag von „Linken“ und Piraten, in dem es heißt, dass solche Ringe Sammlern „das würdelose Durchsuchen von Mülleimern“ ersparen sollten. Die Bremer Umweltbehörde hat sich indes dagegen entschieden. Sie will in der nächsten Zeit keine Pfandringe einführen. Es werden Bedenken geäußert, dass womöglich nur noch ein Bruchteil bei den Bedürftigen ankomme, wenn sich jeder so leicht bedienen könne, dass manche im Auto vorführen, die mit den Pfandflaschen professionell Geschäfte machten.

In Hamburg sollen Bilder von Menschen, von Obdachlosen, ALG-II- Beziehern, Rentnern und Jugendlichen, die Flaschen aus Mülleimern sammeln, der Vergangenheit angehören. Darum wurden in der Fußgängerzone quasi über Nacht die vorhandenen Mülleimer durch 160 aus Steuergeldern finanzierte Hightech-

mülleimer ausgetauscht, die das Fischen nach Leergut verunmöglichen. Auch am Hauptbahnhof und an sämtlichen Bahnsteigen ist das Durchsuchen von Mülleimern mittlerweile untersagt. Es heißt, der Bahnhof solle ein „stimmiges“ Bild abgeben. Sozialarbeiter Stephan Karrenbauer kritisiert, dass durch solch große Mülleimer die Flaschensammler verschwänden, damit die Stadt „sauberer“ werde. In einer reichen Stadt wie Hamburg solle die Armut nicht sichtbar sein. Darauf antwortet Andree Möller von der Stadtreinigung lapidar, diese Papierkörbe seien nur aufgestellt worden, um insbesondere jetzt zur Veranstaltungssaison „noch bessere Sauberkeit“ herzustellen.

Die neuen Mülleimer, an denen sich mit Hilfe von Solarzellen der Füllstand überwachen lässt, kosten pro Stück fast 5.000 Euro. Die Klappe an den Mülleimern sorgt aber dafür, dass jede Pfandflasche verloren ist. Es wird komplett ignoriert, dass das Flaschensammeln für immer mehr Menschen ein wichtiger Bestandteil ihrer Existenz ist, ohne den sie noch mehr in Armut leben müssen als ohnehin schon. Schließlich sammelt niemand nur zu seinem Vergnügen Flaschen aus Mülleimern, sondern um mit circa fünf Euro mehr am Tag gerade so über die Runden zu kommen. 800.000 Euro Steuergelder werden verschwendet, damit der schöne Schein von allgemeinem Wohlstand gewahrt wird, statt mit dem Geld armen Obdachlosen, ALG-II-Beziehern, Rentnern und Jugendlichen zu helfen.

2. Letzte Woche passierte das teuerste Sozialprojekt der schwarz-roten Koalition, das „Rentenpaket“, den Bundestag. Milliarden Beitragszahler-Euro werden umverteilt. Diese euphemistische Mogelpackung trieft nur so vor sozialer Ungerechtigkeit, und ich frage mich, warum Andrea Nahles nicht die Schamesröte ins Gesicht steigt, wenn sie sich zu betonen getraut, es sei das gemeinsame Anliegen von Union und SPD, „gelebte Solidarität als Grundprinzip in unserer Gesellschaft zu stärken“. Der rentenpolitische Sprecher der Grünen, Markus Kurth, warf der Koalition vor, die Prioritäten falsch gesetzt zu haben und nichts gegen das wachsende Problem der **Altersarmut** zu tun.

Der größte Batzen des Pakets ist die sogenannte Mütterrente, die dafür sorgt, dass 9,5 Millionen ältere Frauen und 150.000 Männer, die vor 1992 geborene Kinder aufzogen, an monatlichem Ruhegeld 28, im Osten 24 Euro mehr pro Kind bekommen. Jährlich 6,7 Milliarden Euro kostet das Rentenplus, das ab 1. Juli an die Rentnerinnen automatisch ausgezahlt wird. Leider werden aber ausgerechnet jene Frauen, die das Geld am dringendsten brauchen, überhaupt gar nichts davon haben, denn Mütter, die wegen einer zu geringen Rente noch aufstockende Grundsicherung bekommen, können nicht davon profitieren, weil der Rentenzuschlag mit der Pseudo-Grundsicherung verrechnet wird.

Das läuft hier genau so wie bei einer Erhöhung des Kindergeldes, von der ausgerechnet die ärmsten der Armen nichts haben, weil absolut jeder Cent angerechnet wird. Den Müttern ist es doch schnurzpiepegal, aus welchem Topf sie ihr Zuwenig an Mütterrente, an Rente überhaupt bekommen! Da werden doch nur

die Ansprüche an diese Töpfe gewechselt. Das Minus einer viel zu niedrigen Rente bleibt bei den armen Müttern wieder mal bestehen.

3. Die **Europawahl** ist gelaufen. In Deutschland haben die Erzkonservativen die meisten und die *Spezialdemokraten* die zweitmeisten Stimmen bekommen – von jenen, die überhaupt zur Wahl gegangen sind. Das stand zu befürchten. Doch wird es vermutlich trotzdem wieder heißen, eigentliche Gewinnerin der Europawahl sei die „Partei der Nichtwähler", auch wenn es die eigentlich gar nicht gibt. Manche Erklärungen für das Nichtwählen gefallen mir überhaupt nicht, weil ich sie nur für populistische Stimmungsmache und keineswegs für fundiert halte, so zum Beispiel, dass ganz vorne Sorglosigkeit und Bequemlichkeit, Krankheit oder geringe Bildung lägen. Die Wahlforschung wisse, dass Obdachlose in der Regel ebenso wenig wählen gingen wie die Zeugen Jehovas, die Jüngeren und die wahlmuffeligen Städter. Wer auf dem Lande lebe, gehe in der Regel wählen, weil dort der Zusammenhalt größer sei.

Ich denke, es geht vielmehr darum, ob sich weite Teile der Bevölkerung überhaupt noch durch die Politik und die Politiker vertreten fühlen. Warum soll noch wählen gehen, wer sich durch Arbeitslosigkeit oder eine viel zu geringe Rente, also dauerhafte Armut, ausgegrenzt fühlt und es auch ist, wer dazu keinerlei Erfolgsmöglichkeit sieht, daran etwas verändern zu können, weil zum Beispiel das Vermögen in Deutschland extrem ungleich verteilt ist und niemand durch seiner Hände Arbeit reich werden kann, der nicht zuvor Geld oder Besitz geerbt hat? Schließlich finanziert sich der Staat zunehmend aus der Mehrwertsteuer, und das hat etwas grandios Ungerechtes: je höher das Einkommen, desto unbedeutender die Mehrwertsteuer, weil Geringverdiener schließlich einen viel größeren Anteil ihres Geldes für den Konsum aufwenden müssen als Reiche.

Wer viel Geld hat, trinkt deshalb nicht mehr Milch und kauft auch nicht ständig neue Fernseher. In der ständigen Erhöhung der Mehrwertsteuer liegt wohl auch der Beweis für die Unfähigkeit der Politik(er), die höheren Einkommen mehr zu besteuern, sich also das Geld da zu holen, wo es vorhanden sei. Nirgendwo in der Eurozone sind die Vermögen so extrem ungleich verteilt wie in Deutschland, weil Reiche vergleichsweise wenig an den Fiskus abgeben müssen („Der Spiegel", Heft 19/2014, Seite 59: „Bitte unten bleiben"). Es gilt eben das Prinzip: Wer Vermögen hat, dem wird gegeben – und umgekehrt. Da gibt es noch mehr Beispiele aus allen möglichen Bereichen. Wer die hohlen Worthülsen vieler Politiker hört, das inhaltslose Geblubber in Bezug auf die angeblichen Verbesserungen für Erwerbslose, Rentner, Kranke, also Ausgegrenzte, neoliberal ökonomisch nicht mehr Verwertbare, der kann sich doch nur verschaukelt fühlen, sofern er oder sie auf Transferleistungen angewiesen ist!

Dennoch plädiere ich dafür, dass auch zur Wahl gehen sollte, wer sich ausgegrenzt fühlt. Natürlich keine Stimme für die Verschaukler abgeben, aber vielleicht eine für die Tierschützer oder ähnliche, damit keine Stimme verschenkt wird, also die ungewollten Parteien nicht prozentual noch mehr Stimmen erhalten! Ich habe

meine Stimme einer Partei gegeben, die ins Europaparlament kommt, einer Partei, die sich (noch) nicht der Machtorientiertheit so weit unterworfen hat, dass sie sich selbst verrät und unglaubwürdig macht. Wenn sich das einmal ändern sollte, werde ich die Tierschützer wählen. Ihr Ziel ist auch meines.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die Folgen der deutschen Hegemonialpolitik

Der Wahlerfolg der rechten und eurokritischen Parteien ist vor allen eine Folge der deutschen Hegemonialpolitik. Die wirtschaftliche Dominanz der Deutschen in der Europäischen Union ist eine Folge des von der Schröder/Fischer-Regierung geschaffenen Niedriglohnsektors durch die Hartz-Gesetze. Die Subventionierung des Dienstleistungssektors ermuntert die deutschen Unternehmer, die Löhne auf ein menschenunwürdiges Niveau zu reduzieren, um die Gewinne zu steigern. Für die Nachbarländer ist diese Subventionierung eine Katastrophe.

In Frankreich hat die linke Regierung die Wahl, entweder etwas Ähnliches wie Hartz IV einzuführen oder angesichts eines großen Teils des Dienstleistungssektors, der nicht mehr konkurrenzfähig ist, alle negativen Folgen wie Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit hinzunehmen. In Dänemark wandert ein großer Teil der fleischverarbeitenden Industrie aus Kostengründen nach Deutschland ab. Für die Dänen bedeutet das Arbeitslosigkeit. Viele Bürger befürchten den Verlust regionaler Traditionen durch ein undurchschaubares bürokratisches Europa.

Manfred Seitz („Die Linke“)

21 Millionen Menschen leben in sklavenähnlichen Zuständen

Offiziell sind Zwangsarbeit und Sklaverei mittlerweile in allen Ländern der Welt verboten. Aber im 21. Jahrhundert schwillt die Zahl der versklavten Kinder, Frauen und Männer wieder dramatisch an. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) der Uno berichtet von 21 Millionen Menschen, die in sklavenähnlichen Verhältnissen gehalten werden. Das sind so viele, wie die Bevölkerung in Berlin und Nordrhein-Westfalen zusammen umfasst. Neben Waffen- und Drogenhandel geht es um besonders profitable, völlig unkontrollierte Geschäfte. Die Zwangsarbeit

von Männern, Frauen und Kindern wirft nach Schätzungen der ILO jährlich mindestens 110 Milliarden Euro ab.

Dabei steht die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern an der Spitze dieser Spirale. Schätzungsweise 72 Milliarden Euro pro Jahr erbeuten Schlepper, Zuhälter und Menschenhändler laut ILO allein aus dem Geschäft mit Prostitution und Pornografie. Menschen werden wie Leibeigene gehalten, schuften zu Hungerlöhnen und sind unter unzumutbaren Bedingungen untergebracht. Ihnen werden die Pässe weggenommen, sie werden mit Drogen ruhiggestellt oder bestialisch bestraft.

Über den aktuellen Bericht hinaus müssen in diesem Zusammenhang auch die Verhältnisse in vielen Sonderwirtschaftszonen der Welt angeprangert werden. Dort arbeiteten bereits 2002 rund 100 Millionen Menschen, wobei die Rechtlosigkeit der Arbeiter und die Unterdrückung von Gewerkschaften eine ähnliche Entwicklungsrichtung nehmen. Das kapitalistische Ausbeutersystem betrachtet die menschliche Arbeitskraft als Ware, mit der sich Profite scheffeln lassen. Unter dem Diktat der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion wird das auf die Spitze getrieben.

Auch wenn laut ILO die größten Zahlen der von der ILO in ihrem Bericht erfassten Menschen in Asien mit zwölf Millionen und in Afrika mit 3,7 Millionen ermittelt werden, steigt ihre Zahl auch in Europa. Von mindestens 145.000 Zwangsarbeitern und Zwangsprostituierten in Deutschland geht die ILO aus. Die realen Zahlen liegen wegen hoher Dunkelziffern weit darüber. Genannt werden Zahlen bis zu 700.000. Anstatt sich solcher Probleme ernsthaft anzunehmen, verschärfen EU und die Bundesregierung die Asylgesetze und verbinden das mit einer demagogischen Hetze gegen „Sozialtouristen“. Aus Angst vor Abschiebung wagen viele Zwangsprostituierte oder andere Zwangsarbeiter keine Anzeige.

In einem aktuellen Gesetzesentwurf einer Staatssekretärsrunde der Regierung soll Migranten aus anderen EU-Ländern unter anderem das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche befristet werden. Für einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten soll es nur dann erteilt werden, wenn begründete Aussicht auf eine Anstellung besteht. Damit werden indirekt auch Sklaverei und Zwangsarbeit gefördert, denn „Betroffene, die keine soziale Absicherung haben, müssen jeden Job akzeptieren, um über die Runden zu kommen“, so die ILO.

Lea Ackermann, Gründerin und Vorsitzende der Hilfsorganisation Solwodi, fordert schon lange mehr Schutz für die Prostituierten und Verfolgung von Menschenhändlern. Besonders empört ist sie, dass bis Mitte 2013 nur neun von 27 Mitgliedsländern der EU eine Richtlinie gegen den zunehmenden Menschenhandel und zum verbesserten Opferschutz unterschrieben haben. Damit sollten beispielsweise Zwangsprostituierte, die eine Klage wagen, vor der unmittelbaren Abschiebung bewahrt und finanziell unterstützt werden. Die Bundesregierung ver-

weigert bis heute die Unterschrift. Schluss mit Zwangsarbeit und Zwangsprostitution! Uneingeschränktes Asylrecht für alle Unterdrückten!

Harald Braun

Um Solidarität mit den Angehörigen der **NSU-Morde** zum Ausdruck zu bringen, organisieren linke Gruppen aus der Türkei in der **Arena Oberhausen** am **28. Juni 2013**, dem Jahrestag des Gezi-Aufstandes, ein **Konzert** mit der populären linken Musikgruppe „**Grup Yorum**“. Bei einer bundesweiten Durchsuchungswelle wurden die Hauptorganisator(inn)en des Konzertes festgenommen. Nein zu Repressionen! „Grup Yorum“ kann nicht zum Schweigen gebracht werden! Rassismus geht uns alle an!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

474. Bremer Montagsdemo
am 02. 06. 2014

Sozialmissbrauch ist etwas, das bei deutschen Unternehmen stattfindet

1. Nach Ansicht von Experten der „Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe“ (AGJ) waren die Umstände, unter denen Kinder und Jugendliche in Deutschland aufwachsen, noch nie so unterschiedlich und so ungerecht wie heutzutage. Während der größte Teil der Kinder und Jugendlichen in materieller Sicherheit lebe und Eltern habe, die ihnen ein sorgenfreies Aufwachsen ermöglichen, habe ein knappes Drittel von ihnen kaum Chancen, in der Gesellschaft Fuß zu fassen, weil kein Elternteil einen ausreichenden Bildungsabschluss besitze, beide arbeitslos beziehungsweise arm seien oder einen Migrationshintergrund hätten. Dies gelte auch besonders für Kinder von Alleinerziehenden.

Um für mehr Chancengleichheit zu sorgen und die Folgen der sozialen Unterschiede zu mildern, plädiert die AGJ für einen weiteren Ausbau der öffentlichen Kinder- und Jugendförderung. Dafür werde zum Beispiel eine Qualitätsoffensive bei den Kitas benötigt. Schulsozialarbeit sollte an allen Schulen eine Selbstverständlichkeit sein; dies sei aber ohne bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen nicht umzusetzen. Die AGJ-Vorsitzende Karin Böllert warnt davor, den Kommunen gehe das Geld für die jungen Menschen aus, wenn Bund und Länder die Schuldenbremse zögen. Die Pläne der Großen Koalition, von den im Koalitionsvertrag für den Bildungsbereich vorgesehenen sechs Milliarden Euro lediglich eine Milliarde in Krippen und Kitas zu investieren, seien ebenfalls eine Enttäuschung.

Auch in Bremen wird über eine bessere finanzielle Ausstattung für die Kinder- und Jugendhilfe gestritten. Die Einrichtungen fordern seit Monaten mehr Geld, um gestiegene Betriebskosten ausgleichen und den Ansprüchen an ihre Arbeit gerecht werden zu können, was aber wegen Bremens klammer Finanzlage schwierig sei. In der Hansestadt habe es in den vergangenen Jahren zwar einen deutlichen Personalzuwachs gegeben, doch seien die Ausgaben mit jährlich mehr als 2.800 Euro pro Einwohner unter 21 Jahren überdurchschnittlich hoch. Wenn vom

3. bis zum 5. Juni der „15. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag“ in Berlin stattfindet, soll das „abgehängte Drittel“ der Jugendlichen im Fokus stehen, das nach Meinung von Experten kaum eine Chance hat, in der Gesellschaft Fuß zu fassen.

Weil arme Kinder immer bei armen Eltern leben, muss für eine entschieden bessere finanzielle Ausstattung der Familien gesorgt werden. Hartz-IV-Bezieher müssen ebenso von einer Erhöhung des Kindergeldes profitieren wie von der Einführung eines Mindestlohnes. Ein trauriges Thema: Es muss ein Mindestlohn in Höhe von ungefähr 15 Euro eingeführt werden, um der Armut wirklich entgegentreten zu können! Das Wohngeld muss genauso kräftig wie das ALG II erhöht werden, um ein Leben zu ermöglichen, das vor gesellschaftlicher Ausgrenzung bewahrt. Es gibt kein Patentrezept zur Bekämpfung der **Kinderarmut**, aber drei Kernelemente eines integrierten Gesamtkonzepts, die allesamt mit einem großen G beginnen: Ganztagsbetreuung, Gemeinschaftsschule und Grundsicherung. Bildung muss von der sozialen Herkunft entkoppelt werden!

Mit einer inklusiven Pädagogik, die keine „Sonderbehandlung“ für bestimmte Gruppen mehr kennt, könnte man sozialer Desintegration und damit dem Zerfall der Gesellschaft insgesamt entgegenwirken. Ich höre schon das Geschrei, das sei alles viel zu teuer. Dabei ist die desaströse Situation der öffentlichen Haushalte das Ergebnis von zahlreichen Steuergeschenken für Reiche und Unternehmen seit dem Jahr 2000. Hier muss schleunigst zurückgefahren werden, indem die Vermögenden an den Kosten der Krise beteiligt werden!

2. Noch während der Europawahl versuchten Politiker, mit Stichworten wie „Armutsmigration“ oder „Sozialmissbrauch“ zu punkten, womit vor allem Arbeitskräfte aus osteuropäischen Staaten gemeint waren. Bundeskanzlerin Merkel stellte klar, dass Europa keine Sozialunion sei, die EU-Bürgern, die sich zum Zwecke der Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, Hartz IV zahle. Es wird suggeriert, dass **Sozialmissbrauch** aufseiten der Wanderarbeiter stattfände. Doch findet der Missbrauch mit Sozialleistungen offenbar ganz woanders in großem Stil statt: bei Unternehmen, die durch sozialen Missbrauch an Wanderarbeitern Profit machen und in Deutschland ansässig sind.

Da kommen junge Menschen auf der Suche nach Arbeit nach Deutschland und finden eine im Hafen, wo sie Waren verpacken und Pakete für den Versand vorbereiten. Bei der Lohnabrechnung fällt ihnen auf, dass nicht alle Stunden aufgeführt sind, die sie gearbeitet haben. Die Abzüge für die Unterkunft und den Transport zur Arbeit sind unangemessen. Wenn sie sich beschweren, wird ihnen mit Kündigung gedroht. Das Ganze hat System: Auch in den Folgemonaten stimmen die Abrechnungen nicht. Kurz vor Ablauf der halbjährigen Probezeit werden sie gefeuert und müssen umgehend die Wohnung verlassen, die der Arbeitgeber für sie angemietet hat. Das Jobcenter will ihnen nur Leistungen bewilligen, wenn sie einen Mietvertrag für eine Wohnung und eine polizeiliche Anmeldung vorlegen.

Weil das alles nicht so einfach klappt und die finanziellen Mittel bald erschöpft sind, geht es zurück nach Südosteuropa. Dann ist das Abenteuer Deutschland beendet, und sie haben nur draufgezahlt. An solchen Geschichten zeigt sich, wie systematisch manche deutschen Unternehmen Zuwanderer ausbeuten. Erntehelfer bekommen mitunter deutlich weniger als vier Euro Stundenlohn für einen 15-Stunden-Tag. Bauarbeiter werden um ihre Löhne gebracht. Nicht nur der Flughafen BER wurde teilweise von Wanderarbeitern errichtet, die nicht bezahlt wurden, sondern auch Hotelneubauten in Frankfurts schickem Europaviertel kamen mit dieser Ausbeutungspraxis in die Schlagzeilen.

So wird ganz nebenbei und von leichter Hand der Staat durch solche Praktiken um Steuern und Sozialversicherungsbeiträge betrogen. Niemand spricht darüber, wie sich die Firmen diesen Sozialmissbrauch ungehindert leisten können. Stattdessen soll Anfang Juni ein Gesetz des Innenministeriums im Kabinett beschlossen werden, das gegen Migranten, die angeblich zu Unrecht Hartz IV bekommen haben, eine Wiedereinreisesperre verhängt. Statt sich mit den tatsächlichen Bedingungen auseinanderzusetzen, wird eine Märchenkulisse von „Armutsmigration“, gar von „Sozialtourismus“ vorgespielt. Es werden Ressentiments gegenüber Migranten aus Rumänien und Bulgarien geschürt, als ob sie es nur auf Hartz IV abgesehen hätten.

In der bundesweiten Kriminalstatistik für das Jahr 2012 gab es lediglich 112 Fälle von Verdacht auf Sozialleistungsbetrug durch Bürger aus Rumänien (74) und Bulgarien (38). Es liegen keinerlei Hinweise darauf vor, dass eine beachtenswerte Anzahl von Zuwanderern aus diesen Ländern schon kurz nach ihrem Eintreffen in Deutschland Hartz IV beantragen würde. Die Annahme, deutsche Behörden vergäben großzügig Sozialleistungen an arbeitslose EU-Bürger, ist schlicht falsch. Vielmehr zeigt sich, dass nicht nur diejenigen, die noch nicht in Deutschland gearbeitet haben, de facto keine Leistungen bekommen, sondern häufig auch diejenigen leer ausgehen, die sowohl nach nationalem als auch nach EU-Recht Anspruch auf Unterstützung hätten.

Wer kein Deutsch spricht, bekommt in vielen Jobcentern nicht einmal einen Antrag auf ALG II ausgehändigt. Hingegen kennen Unternehmen viele Repressionsmöglichkeiten, um Arbeitsmigranten faire Löhne vorzuenthalten: Lohndumping, bei dem Mindestlöhne zum Beispiel durch Scheinselbständigkeit umgangen werden, oder Lohnbetrug, bei dem Löhne nicht bezahlt oder unbezahlte Überstunden erzwungen werden. Populistische Debatten, die Zuwanderer pauschal des Sozialmissbrauchs beschuldigen, sind nicht nur brandgefährlich, sondern lenken ab von dem deutlich größeren Problem, dass Sozialmissbrauch und Lohndumping nicht bei Arbeitsmigranten stattfindet, sondern bei etlichen deutschen Unternehmen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die erwogenen Kürzungen werden Alleinerziehende gravierend beeinträchtigen

1. Vor vielen Jahren ist es gelungen, mit einem kleinen Flugzeug unbemerkt auf dem Roten Platz in Moskau zu landen. Heute ist es möglich, von Tschetschenien in die Ost-Ukraine zu reisen und modernste Waffensysteme mitzuführen – Waffen, die es bisher in der Ukraine nicht gab! Unbemerkt von den russischen und tschtschenischen Behörden? Es seien unter 20 Kämpfer, sie handelten in Eigeninitiative, hat der tschetschenische Republikchef festgestellt, Oder war es doch eine Vereinbarung mit Russland? Tschetschenien hat wie alle anderen Nachbarstaaten Angst. Es ist Zeit für den **Frieden**! Ein Wort von Putin, und die Waffen schweigen!

Sind die freiwilligen Ost-Ukrainer wirklich freiwillig für die Ziele der neuen Machthaber? Die Neuen haben aufgefordert: Alle Frauen und Kinder in die Keller, alle Männer zum Rathaus. Dort wurden die Waffen ausgegeben, es wurde kontrolliert. Es war klar, dass verschwindet, wer sich der Aufforderung entzieht. Freiwilligkeit sieht anders aus! Was ist mit den verschleppten Soldaten aus den Kasernen in der Ost-Ukraine? „Die bringen wir an einen sicheren Ort, wo das Überlegen leichter fällt.“ So wurde eine Kaserne geräumt, und alle Soldaten wurden mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Was ist aus diesen Menschen geworden? Wenn die Waffen schweigen, werden die Menschen mit den Füßen abstimmen.

Im Bremer Theater „Moks“ wurde das Stück „Kindersoldaten“ aufgeführt. Eine Aufführung, die dieses Elend greifbar macht. Auch die Haltung Deutschlands wurde (kurz) thematisiert. Minister Gabriel möchte die Waffenausfuhren einschränken. Ein guter Vorsatz! Kurz vorher war bekanntgeworden, dass die Ausfuhrgenehmigungen für Waffenexporte stark angestiegen sind. Ich habe noch die Begründung für den Export von Schnellbooten an Saudi Arabien im Kopf: Sie dienten „zur Sicherung der Bohrinseln“, hatte Minister Gabriel gesagt, siehe 459. Bremer Montagsdemonstration.

Minister Gabriel hat nun endlich auch die Computerprogramme zur Auswertung von Telefonaten und Aktivitäten im Internet als Waffenlieferung eingestuft und die Ausfuhr ohne Genehmigung verboten. Diese Programme aus Deutschland haben Aktivisten, insbesondere jene des „Arabischen Frühlings“, in vielen Ländern den Sicherheitsbehörden ausgeliefert! Mit diesen Programmen lassen

sich unter anderem die Autoren von eigentlich anonym gedachten Nachrichten in den sozialen Netzwerken ermitteln und überwachen.

2. Die Generalbundesanwaltschaft hat bekanntgegeben, dass sie kein Verfahren wegen der NSA-**Spionage** einleiten will. Es gebe keine Zeugen und keine belastbaren Beweise – eine aus meiner Sicht faule Ausrede. Beweise gibt es genug. Dass diese Unterlagen echt sind, ergibt sich bereits aus der Reaktion der USA. Ein Zeuge ist sicher. Weitere Amtsträger haben sich zu dem Komplex geäußert und können ebenfalls geladen werden. Das ZDF hat hierzu die Dokumentation „ Die Geheimen Staaten von Amerika“ erstellt. Die Bundesstaatsanwaltschaft arbeitet wie alle Staatsanwaltschaften in Deutschland weisungsgebunden! Schon die Auswertung der ZDF-Dokumentation würde alle Zweifel beseitigen.

Ein Mensch bei der NSA hat zwei Rechner auf seinem Schreibtisch. Einer ist nur für geheime Unterlagen, der zweite für alles Übrige. Plötzlich war auf dem „normalen“ Rechner ein Geheimdokument zu sehen. Der Mensch brauchte gut fünf Minuten, um dies zu „verdauen“. Das war der Auftakt für die Veröffentlichungen der Unterlagen durch Edward Snowden. Die insgesamt sehr sehenswerte Dokumentation zeigt auch, dass die Behörden der USA nicht sauber mit Beweisen umgehen.

Der Geheimdienst Großbritanniens hat die Festplatten mit diesen Daten durch Agenten sozusagen persönlich vernichten lassen, zum Glück nur eine von mehreren Kopien. Die Vernichtung wurde durch massive Strafandrohung erzwungen. Alles nur für wertlosen Plunder? Bei den bisher veröffentlichten Unterlagen litten die Beteiligten unter Erklärungsnot und bestätigten letztendlich die Dokumente. Oder wird nicht ermittelt, weil es noch immer die Rechte der Sieger gibt? Die USA haben uns bis heute einen Friedensvertrag verweigert.

Edward Snowdens weitere Enthüllung: „NSA sammelt täglich Millionen Fotos“ macht die Datensammlungsdimension wieder bewusst. Die NSA arbeitet an einer Gesichtserkennungssoftware. Bereits im März wurde durch die Unterlagen von Edward Snowden bekannt, dass der britische Geheimdienst Bilder sammelt und dazu ferngesteuert Kameras und Mikrofone in PC und Handy einschaltet, ohne Wissen der Besitzer, siehe 463. Bremer Montagsdemonstration. Die EU betreibt ebenfalls Forschung zur automatischen Gesichtserkennung und Verknüpfung aller Bildquellen. Ein weiterer Schritt zur Totalüberwachung! Umso wichtiger ist die Wiederherstellung des Privaten!

Wie verhält sich der Bundesnachrichtendienst? Auch der BND sammelt alle Informationen, die er bekommen kann. Die Bundesregierung hat dazu per Gesetz bestimmt, alle Gespräche und Daten, die über den Frankfurter Knoten laufen, seien „Auslandsgespräche“. Dadurch kann der BND alles kopieren. Löscht der BND alle deutschen Verbindungen? Nach den Erfahrungen mit dem Verfassungsschutz Niedersachsen wahrscheinlich nicht. Die Bundesregierung ist unglaubwürdig, solange nicht einmal die Bespitzelung der eigenen Bürger eingestellt wird.

Dieses Gesetz dürfte einfach zu kippen sein, weil es gegen das Grundgesetz verstößt und damit ungültig ist. Die Bundesregierung muss, falls sie das Brief-, Daten- und Telefongeheimnis der Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht garantieren kann, das Grundgesetz entsprechend ändern. Allerdings wird diese Regierung eine solche Aufweichung des Grundgesetzes nicht überstehen!

Der Bundesnachrichtendienst möchte investieren: Er möchte die Netzwerke in Echtzeit ausforschen und damit auch kurzfristig reagieren. 300 Millionen Euro soll die entsprechende Aufrüstung kosten. Daraus ergibt sich auch der Umfang dieser Spionageaktion. Der BND macht dann genau das, was die arabischen Sicherheitsdienste und andere zur Bekämpfung der Aktivisten des „Arabischen Frühlings“ machen. Deutschland verliert damit endgültig die Glaubwürdigkeit.

3. Jeder dritte Deutsche kann sich unerwartete Ausgaben von mindestens 940 Euro nicht leisten. Knapp 22 Prozent müssen aus finanziellen Gründen auf Urlaubsreisen verzichten. Das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden für das Jahr 2012 mit. Für 8,2 Prozent der Bevölkerung in Deutschland war es aus finanziellen Gründen nicht möglich, mindestens jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder einem vergleichbaren vegetarischen Essen einzunehmen (EU: elf Prozent). Im Gegensatz dazu steigen die privaten Vermögen auf 5,15 Billionen Euro.

Sozialexperte Harald Thomé hat Informationen dazu mit der treffenden Überschrift „Zwei-Drittel-Gesellschaft in der Statistik. Zehn Jahre **Hartz IV** und die Folgen“ rumgeschickt. Das liefert die beklemmende Untermauerung in Zahlen für Elisabeths Beitrag auf der Bremer Montagsdemonstration. 2013 und auch aktuell hat sich die Kaufkraft der Leistungsbezieher und Geringverdiener weiter vermindert. Zu diesem Thema schreibt die Linksfraktion im Bundestag: „3,6 Prozent weniger Lohn als 2000“.

In den Änderungsvorschlägen fürs ALG II wird unter anderem die Streichung der Zuschläge für Alleinerziehende nach § 21 Absatz 3 SGB II genannt. Dies läuft alles unter der Überschrift „Rechtsvereinfachung im SGB II“! Die Schuldneuberatung Hamburg weist auf Beratungen ohne Öffentlichkeit und die Auskunftsverweigerung der Bundesregierung hin. Eine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag soll Klarheit bringen. Die Fragen machen den Umfang der erwogenen Kürzungen erahnbar. Alleinerziehende würden sie gravierend beeinträchtigen!

Für Nichtbetroffene ein Hinweis auf die Rahmenbedingungen: Beim SGB II wird das Kindergeld zu 100 Prozent als Einkommen des Kindes angerechnet. Wird Unterhalt gezahlt, erfolgt ebenfalls eine volle Anrechnung bis auf einen Versicherungsfreibetrag von 30 Euro monatlich. Die Erstattung der Kosten der Unterkunft (Miete) wird nach Köpfen innerhalb der Bedarfsgemeinschaft (Familie, Eltern mit Kind) aufgeteilt. Auch dadurch kommt es in keinem Fall zu einer finanziellen Besserstellung. Wenn die Mutter arbeitet, erhält sie nur einen auf Null gekürzten Freibetrag, weil der Freibetrag für Versicherungen von 30 Euro nur einmal gewährt

wird. Insgesamt ist die Leistung für Alleinerziehende mit Ihren Kind(ern)schon heute niedriger als in Sozialhilfezeiten.

Die Beratungen laufen, die Bundesregierung schweigt. Die Verwaltung hat dokumentiert, dass sie das Ergebnis der Beratungen nicht akzeptieren wird: „Die Hauptgeschäftsstelle hat zur Vorbereitung der AG Rechtsvereinfachung im SGB II im Frühjahr 2013 eine Umfrage durchgeführt und die als Anlage 5 beigefügten Vorschläge eingereicht. Wir werden diese Vorschläge in einem Gesetzgebungsverfahren weiter vorbringen, auch wenn sie teilweise in der AG Rechtsvereinfachung im SGB II keine Mehrheit bei Bund und Ländern erzielt haben."

Die Freie Hansestadt Bremen hat dazu den bisherigen Stand der Beratung vorgelegt, jedoch ohne Details der Deputation für Soziales et cetera. Die Meinung Bremens ergibt sich daraus nicht. Das Ergebnis betrachtet das Ministerium sowieso nicht für bindend.

4. Das **Freihandelsabkommen** CETA mit Kanada ist ausgehandelt. Wann und wie soll die Ratifizierung erfolgen? Auch dieses Freihandelsabkommen greift in alle Lebensbereiche ein. Vereinbart wurden auch die Investorenschutzklausel und die Ausklammerung der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Eingetauscht wurde gegen Schiedsgerichtsverfahren, also nichtöffentliche Verfahren vor einem Anwalt. Was sind dessen Qualifikationen und Interessenlagen?

Die EU hat zum CETA eine Presseerklärung herausgegeben. Zu den Argumenten der Kritiker siehe auch vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Die EU-Politiker der „Linken" wollen das Abkommen stoppen. Um eine Auswirkung zu skizzieren: Der Tabakkonzern X sieht seinen Gewinn geschmälert. Die Regierung des Landes will das Rauchen einschränken und schreibt per Gesetz vor, dass auf jeder Zigarettenpackung abschreckende Bilder der Folgen des Rauchens aufgedruckt werden müssen. Die Bilder legt das Gesundheitsministerium fest. Der Tabakkonzern hat im Vertragsland nur eine Briefkasten-Niederlassung. Die Klage wird vor einen Schiedsgericht verhandelt, geheim und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das Land hat keine Möglichkeit, einen Schiedsspruch anzufechten. Auch dadurch ist klar: CETA kann von jedem Konzern zur Interessendurchsetzung in der EU genutzt werden!

5. EU-Bürger sollten uns eigentlich willkommen sein. Das Sozialgericht Hildesheim hat Menschen aus Litauen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren ALG II bewilligt. Die Familie hat während der Arbeitssuche drei Monate Geld von der Behörde aus Litauen erhalten und sozialversicherungspflichtige Arbeit gefunden. Nach der Kündigung hat die Bedarfsgemeinschaft ALG II beantragt und nunmehr am 22. Mai 2014 vorläufig erhalten. In der EU können Arbeitnehmende den Anspruch auf ALG in ein anderes EU-Land „mitnehmen".

Zum Monatsende werden stets die Arbeitsmarktzahlen bekanntgegeben. Diese Zahlen stimmen nicht. Die Presseerklärung ist insofern falsch, weil nur die **Arbeitslosenzahlen** *gemäß Statistik* bekanntgegeben werden. Für diesen Zu-

satz sollte Raum und Zeit sein! Aus der Presseerklärung ist zu ersehen, wie dominant inzwischen die Erwerbslosigkeit in die Grundsicherung verlagert wurde: „Die Zahl der arbeitslosen Menschen hat von April auf Mai um 61.000 auf 2.882.000 abgenommen... Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) lag im Mai bei 4.425.000... 8,3 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter sind hilfebedürftig... Ein Großteil der Arbeitslosengeld-II-Bezieher ist nicht arbeitslos."

„Die Linke" hat die Trickserei addiert und eine tatsächliche Arbeitslosigkeit von 3.704.972 errechnet. Die Zahl der Unterbeschäftigten ist noch erschreckender! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Wegen **Pfingsten** findet die nächste **Montagsdemonstration**
erst am **16. Juni 2014** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

475. Bremer Montagsdemo am 16. 06. 2014

Wären wir doch so weit „unten“ wie der Ex-Bundespräsident!

1. Das Hamburger Jobcenter strich einer Frau, die aufgrund einer Krankheit seit dem Frühjahr 2011 arbeitsunfähig ist, die Leistung, weil sie sich weigerte, ihren Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden, da dies gegen den Datenschutz verstoße. Die gelernte Einzelhandelskauffrau hatte im Prinzip seit Antragstellung „Probleme“ mit dem Amt. So seien Unterlagen wie Kontoauszüge, Personalausweis und Mietvertrag angeblich nicht angekommen, obwohl sie ordnungsgemäß eingereicht worden seien. Als nach mehr als zwei Monaten Amtsschikane der 45-Jährigen schließlich der Verlust der Krankenversicherung drohte, konnte sie erst mithilfe eines Anwaltes einen Bescheid vom Jobcenter bekommen.

Obwohl sie von ihrem Arzt im Oktober 2011 mit Attesten arbeitsunfähig geschrieben worden war, folgten weiterhin „Einladungen“ zu Pflichtterminen und die Forderung nach Vorlage einer kostenpflichtigen Wegeunfähigkeitsbescheinigung, wenn sie diesen nicht nachkommen könne. Nachdem der Anwalt die Behörde dazu aufgefordert hatte, von solchen „Einladungen“ abzusehen, da die Krankheit der Frau bereits durch entsprechende ärztliche Bescheinigungen belegt worden war, verhängte das Amt eine **Sanktion** in Form einer zehnprozentigen Leistungskürzung, deren Rechtmäßigkeit nun vom Sozialgericht geklärt werden muss.

Ende vergangenen Jahres schaltete das Jobcenter den ärztlichen Dienst ein, um zu prüfen, ob die Betroffene tatsächlich erwerbsunfähig sei. Dafür sollte sie einen Gesundheitsfragebogen ausfüllen und ihren Hausarzt von der ärztlichen Schweigepflicht entbinden, was die Frau unter Hinweis auf den Datenschutz ablehnte. Daraufhin reagierte das Jobcenter mit einer vollständigen Leistungskürzung. In ihrer Not wandte sich die 45-Jährige an die Bundesbeauftragte für Datenschutz, deren Behörde im Januar 2014 antwortete und das Amt darauf hinwies, dass niemand zu Angaben zur Gesundheit und zu Schweigepflichtentbindungen gezwungen werden könne.

Erst nachdem die Frau eine einstweilige Verfügung vor dem Hamburger Sozialgericht erreicht hatte, setzte das Jobcenter endlich die Zahlungen fort. Nun soll aber niemand glauben, dass die Angelegenheit damit abschließend geklärt wäre! Im April dieses Jahres wurde die 45-Jährige vom Jobcenter zur „Untersuchung“ beim Ärztlichen Dienst aufgefordert und nahm den Termin unter Begleitung der ehemaligen Jobcenter-Mitarbeiterin und Hartz-IV-Aktivistin Inge Hannemann wahr. Nachdem die Probandin die Fragen der Psychiaterin nach Schulbildung und Arbeitsfähigkeit nicht beantwortete, brach die Ärztin die „Untersuchung“ ab, und das Jobcenter kürzte das Jobcenter die Leistung erneut um hundert Prozent.

Die gelernte Einzelhandelskauffrau ist nun von Hunger und Obdachlosigkeit bedroht. Das Amt „begründete“ seine drastische Entscheidung damit, dass die chronisch kranke Frau zwar zum Termin erschienen, jedoch nicht ihrer Mitwirkungspflicht nachgekommen sei. Natürlich legte die Hamburgerin gegen die Sanktion Widerspruch ein. Auch die Bundesbeauftragte für Datenschutz meint, dass chronisch kranke Hartz-IV-Bezieher ihre Ärzte gegenüber Jobcentern nicht von der Schweigepflicht entbinden und Fragebögen zur Krankengeschichte ausfüllen müssen. Jobcenter-Sprecherin Kirsten Maaß versuchte jetzt, das Vorgehen ihrer Behörde zu rechtfertigen, was aber mit den widersprüchlichen Angaben kaum möglich sei.

Geht es hier „nur“ um die Freiwilligkeit einer unfreiwilligen Auskunft oder um die Quadratur des Kreises? Wird hier versucht, mithilfe von Schikane und Willkür – im Zuge der Verfolgungsbetreuung – den Willen einer selbstherrlichen und deswegen sich immer und automatisch im Recht befindenden Behörde zum Zwecke der Unterwerfung und Umerziehung von Erwerbslosen, die sich für ihre Rechte einsetzen, auf Deubel komm raus durchzusetzen? Wie kann sich eine Behörde das Recht herausnehmen, ärztliche Atteste anzuzweifeln? Sind die Ärzte der Jobcenter besser ausgebildet, oder was rechtfertigt ihre besondere „Befähigung“? Wer kann es rechtfertigen, ein „Existenzminimum“, das nicht mal ausreicht, die Existenz tatsächlich zu gewährleisten, sanktionshalber auch noch zu kürzen, sogar um hundert Prozent? In meinen Augen ist das grundgesetzwidrig!

2. Ausgerechnet die „Bild“-Zeitung fragte den Chef des „Instituts der deutschen Wirtschaft“, Professor Michael Hüther, ob wir nun alle Angst vor **Altersarmut** haben müssten. Millionen Bundesbürger hätten Angst, dass sie im Ruhestand völlig verarmen! Nein, alle natürlich nicht, nur jene, die nichts auf die hohe Kante legen würden, antwortete dieser. Aber was sei nun mit denen, die keine Jobs hätten oder zu wenig verdienten, als dass ihnen das möglich sei? Ja, Arbeitslose oder Alleinerziehende seien in der Tat sehr gefährdet, daher sei es umso wichtiger, dass die Bundesregierung alles unterlasse, was die Arbeitsaufnahme dieser Personen noch schwieriger mache. In diesem Zusammenhang sei der Mindestlohn genau der falsche Weg, weil er es für viele schlecht ausgebildete Arbeitslose noch schwerer machte, einen Job zu finden.

Genau! Deswegen müssen natürlich alle, die von ihren Dumpinglöhnen nicht leben können, vom Mindestlohn ausgeschlossen werden. Das klingt logisch. Ungeachtet seiner vorherigen Aussage gibt Hüther den weisen Rat, sein Geld nicht nur in Sparbücher und Lebensversicherungen zu stecken, sondern auch in etwas risikoreichere Anlagen wie Investmentfonds. Es ist doch unglaublich! Die Überschrift prangert eine durchaus berechtigte Angst vor Altersarmut an und „verwechselt“ dann die Ursachen: Steigende Löhne durch einen Mini-Mindestlohn sollen dafür verantwortlich sein, dass durch zu geringe Löhne nichts für eine Rente angespart werden kann – die, nebenbei bemerkt, sowieso von der weiterhin zusätzlich erforderlichen Pseudo-Grundsicherung wieder aufgefressen, weil abgezogen wird.

Der Mindestlohn wird von allen Seiten attackiert. In vorderster Linie macht vor allem der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ Druck für zusätzliche Ausnahmen vom geplanten Gesetz bei Praktikanten und jungen Menschen. BDI-Präsident Ulrich Grillo fordert, dass Praktika für junge Menschen für die Unternehmen „bezahlbar“ bleiben müssten, weil dieser Generation sonst der Einstieg in einen qualifizierten Beruf erschwert werde. Eben, unsere Generation hatte doch viel schlechtere Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu ergattern, als die jetzige „Generation Praktikum“, die unendlich lange und für fast gar nichts „Arbeitserfahrungen“ sammeln darf!

Axel Reimann, der neue Präsident der Deutschen Rentenversicherung, argumentiert ganz anders und stellt klar, dass ein Mindestlohn von 8,50 Euro nicht einmal vor Altersarmut bei Millionen von Geringverdienern schützen würde. Auch ein Arbeitnehmer, dessen Verdienst sich auf Dauer auf dem Niveau des Mindestlohns bewege, werde über die Grundsicherung kaum hinauskommen. Der Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“, Ulrich Schneider, wird noch deutlicher und stellt klar, dass ein Mindestlohn deutlich über 13 Euro liegen müsse. Ohne Vollerwerbstätigkeit reiche auch dieser nicht aus. Es gebe bereits heute eine halbe Million Menschen, die im Alter von Sozialhilfe leben müssen. Bis zum Jahr 2025 werde sich diese Zahl mehr als verdoppeln.

3. Letzte Woche stellte der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff sein Buch „Ganz oben, ganz unten“ vor. Ulrich Schneider vom „Paritätischen“ kritisierte Wulff scharf für die Wahl des Titels. Ich teile Schneiders Meinung, dass der Titel ein peinlicher Fehlgriff ist, der bestenfalls noch Kopfschütteln auslöst. Wulf scheint jede Relation verloren zu haben, denn unter normalen Umständen bedeutet „ganz unten“ zu sein kaum, einen **Ehrensold** in Höhe von 200.000 Euro bis zum Lebensende pro Jahr zu erhalten und zusätzlich einen Chauffeur, ein Büro und eine Schreibkraft gestellt zu bekommen.

Schneider gesteht dem Ex-Bundespräsidenten zu, dass er nach eigenem Empfinden „sehr tief gefallen“ sei, doch habe er offensichtlich nicht bemerkt, dass es Menschen gebe, die tatsächlich „ganz unten“ seien, weil sie auf Hartz IV angewiesen sind und sich geradezu verhöhnt fühlen müssen. Dieser Buchtitel ist in

der Tat „zumindest ein weiteres Indiz dafür, dass sich Teile der Politik immer weiter von der Lebensrealität der Bevölkerung entfernen“.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

In Bremen und Bremerhaven wurden schon Tausende Privathaushalte von der Strom- oder Wasserzufuhr abgeklemmt, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen konnten. Der Zugang zu Wasser ist ein unveräußerliches Menschenrecht! Die Linkspartei ruft auf zur Teilnahme an ihrer **Wassersperren-Aktion** am **Montag**, dem **23. Juni 2014**, von **9.30 bis 11.30 Uhr** vor dem **Jobcenter West**, Schiffbauerweg 22, sowie am **Dienstag**, dem **24. Juni**, zur gleichen Zeit vor dem **Jobcenter Nord**, Lindenstraße 71.

Hartz-IV-Sanktionen sollen entschärft werden: Aber der Bundeshaushalt enthält drastische Sparvorgaben, die nur durch Leistungskürzungen und *schärfere* Sanktionen umsetzbar sind *(„Die Welt“)*

Spiele fürs Volk: Fracking für die Konzerne *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Jubelt! Mir! Zu!: Schnatterinchen düst mit leerem Großraumjet in die Fußballhelden-Kabine *(„Pfalz-Express“)*

Zum Glück privat versichert: Pittiplatsch an Leukämie erkrankt *(„Spiegel-Online“)*

Weder Impfung noch Therapie: Tödliche Ebola-Epidemie in Westafrika außer Kontrolle geraten *(„Spiegel-Online“)*

Wie Faschisten sich anschleichen: „Gesellt euch zu den anderen Menschen auf den Montagsmahnwachen“ *(„Rote Fahne News“)*

Deutscher Dschihadismus: Gaucks Anliegen ist nicht die Freiheit, sondern der Krieg *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

476. Bremer Montagsdemo am 23. 06. 2014

Erwerbslosigkeit soll an „Suchtproblemen“ liegen, nicht am Arbeitsplatzmangel

1. Eine erwerbslose Schauspielerin wollte nicht länger auf Hartz IV angewiesen sein und begann deshalb eine schulische Ausbildung zur Logopädin. Ihre Eltern kamen für die Ausbildungskosten in Höhe von 23.400 Euro auf. Ein guter Weg, der hier neu eingeschlagen wurde, sollte man denken – doch das Jobcenter in Berlin sah das anders und strich prompt die Leistungen. Der Berlinerin soll vom Amt gesagt worden sein, dass sie erst nach einem **Ausbildungsabbruch** wieder Geld bekomme. Die Entscheidung sei damit begründet worden, eine solche Ausbildung könne nicht vom Jobcenter gefördert werden, weil die Hartz-IV-Behörde sich an das Gesetz halten müsse.

Die erwerbslose Schauspielerin will sich mit der absurden Entscheidung des Jobcenters nicht zufrieden geben und notfalls lieber nachts arbeiten gehen, als ihre Ausbildung abzubrechen. Eine ähnliche Entscheidung wurde einer jungen Mutter vom Jobcenter Essen mitgeteilt. Obwohl die 18-Jährige nur aufstockende Leistungen sowie die Kostenübernahme für die Erstausstattung der Wohnung beim Jobcenter geltend machen wollte, riet ihr das Amt zum Abbruch ihrer Ausbildung zur Kinderpflegerin, um den vollen Hartz-IV-Satz beanspruchen zu können. Willkommen in Absurdistan!

2. Eine Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbundes kommt zu dem Schluss, dass mindestens die Hälfte aller erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher Schulden- und **Suchtprobleme** sowie psychosoziale Schwierigkeiten habe, von den Kommunen damit jedoch in den allermeisten Fällen alleingelassen werde. 2012 habe es gut 1,1 Millionen erwerbsfähige Hartz-IV-Bezieher mit Schuldenproblemen gegeben, von denen aber nur 32.500 eine entsprechende Beratung durch die Kommunen bekommen hätten. Von den geschätzt 450.000 Hilfebedürf-

tigen mit Suchtproblemen erhielten nur 9.000 eine Beratung, von den 900.000 Betroffenen mit psychosozialen Schwierigkeiten wurden nur für 20.000 Personen kommunale Hilfen gemeldet.

Der Arbeitsmarktexperte beim DGB-Bundesvorstand, Wilhelm Adamy, kritisierte, die Defizite im Hartz-IV-System bestünden vor allem darin, dass das Fordern sehr groß geschrieben werde, aber das Fördern viel zu kurz komme. Ohne eine soziale Stabilisierung könnten die Betroffenen nicht nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Häufig würden mehrere Problemlagen gleichzeitig auftreten oder sich gegenseitig verstärken. Mehr als zwei Millionen Menschen hätten Bedarf an Schulden-, Sucht- oder psychosozialer Beratung. Wie bitte? Mindestens die Hälfte aller Arbeitslosen hat Sucht-, Alkohol- oder Schuldenprobleme? Bewege ich mich in den falschen Kreisen, oder warum mache ich da gänzlich andere Erfahrungen?

Will uns der DGB glauben machen, Erwerbslosigkeit sei kein gesellschaftliches Problem, weil es nicht genügend Arbeitsplätze für alle gibt, sondern liege höchst individuell an kranken, süchtigen, verschuldeten, beratungs- und behandlungsbedürftigen und deswegen arbeitslos gewordenen Menschen? Ach so! Sind die Betroffenen auch möglicherweise selbst schuld an ihrer Situation? Sollte, wer zwei Jahre nicht vermittelt werden konnte, nicht gleich automatisch einen Termin beim Amtsarzt erhalten? Muss dieser dann nicht förmlich Sucht- oder psychosoziale Probleme diagnostizieren? Bietet sich hier nicht eine ganz wunderbare Möglichkeit, Langzeitarbeitslose auszumustern und aus der Statistik zu entfernen?

Weil psychosoziale Probleme fast jedem Menschen problemlos irgendwie bescheinigt werden können, lässt sich auf diese Weise die Arbeitslosenzahl ganz herzallerliebst auf einen Schlag deutlich senken, wobei nicht nur ein enormes Sanktionspotenzial entsteht, sondern auch endlose Aufträge für verschiedenste Maßnahmeträger aus dem Ärmel gezaubert werden können. Meiner Meinung nach stimmt an dieser DGB-Verlautbarung nur, dass das Jobcenter fordert und fordert und fordert und viel zu wenig fördert. Andererseits tragen Verfolgungsbetreuung, Ausgrenzung, Verächtlichmachung und permanente Entwertung von Hartz-IV-Beziehern auch nicht unbedingt zu ihrer Stabilisierung bei, im Gegenteil!

3. Der Armutsforscher Christoph Butterwegge stellt klar, dass es keinesfalls an statistischen Daten fehle, die den fortschreitenden Zerfall unserer Gesellschaft in Arm und Reich belegen, wohl aber an den zu seiner Bekämpfung notwendigen Taten. Dass zahlreiche Armuts- und Reichtumsberichte die Ursachen sozialer Fehlentwicklungen wie der wachsenden Ungleichheit vernachlässigen, hänge mit den anders gelagerten Interessen ihrer Auftraggeber zusammen. **Armut** und Reichtum seien keine unsozialen Kollateralschäden der Globalisierung, sondern im kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem strukturell angelegt.

Armut ist gewollt und wird bewusst erzeugt, weil sie die „Aktivierung“, Motivierung und Disziplinierung der Bevölkerungsmehrheit gewährleistet. Schließlich sichere die Angst vor der Armut den Fortbestand der bestehenden Herrschafts-

verhältnisse, die angeblich die „Leistungsträger“ mit Reichtum belohnen und die „Leistungsverweigerer“, „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“ mit Armut als gerechter Strafe. Dabei bilden Armut und Reichtum zwar ein begriffliches Gegensatzpaar, obwohl sie auch zwei Seiten derselben Medaille darstellen: Wenn die Geringverdiener aufgrund der sie hart treffenden Krisenfolgen häufiger ihr Girokonto überziehen und hohe Dispo-Zinsen zahlen müssen, werden die Eigentümer der Banken noch reicher.

Doch nicht das bestehende Geld- und Zinssystem sei laut Butterwegge für die Spaltung in Arm und Reich verantwortlich, vielmehr das Kapitaleigentum, aber auch eine Steuerpolitik nach dem Matthäus-Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben, und wer nicht viel hat, dem wird auch das Wenige noch genommen“. Während auf Kapitaleinkünfte wie Zinsen oder Dividenden bloß noch 25 Prozent Abgeltungssteuer gezahlt werden müssen, hat ein Arbeitnehmer bis zu 42 Prozent Lohn- beziehungsweise Einkommensteuer zu entrichten – eine schreiende Ungerechtigkeit. Die durch Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Rentenreformen vorangetriebene US-Amerikanisierung des Sozialstaates fördere eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur, also die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich auf allen Gebieten: Privatinitiative, Eigenverantwortung und Selbstvorsorge werden betont, und der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung, als ob allen dieselben Möglichkeiten offenständen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Hamburger „Sozialsenator“ plant Null-Euro-Jobs: „Wir wollen Langzeitarbeitslose motivieren, sich beruflich zu integrieren“ *(„Tageszeitung“)*

Bremer Senat will „kostenlose Beratung“ statt Verbot: Wassersperren beschneiden ein unveräußerliches Menschenrecht *(„Weser-Kurier“)*

EU plant Kriege der Zukunft: Sie werden sich gegen „Terroristen“ und Aufständische in Ballungsräumen richten *(„Deutschlandfunk“)*

„Widerlicher Kriegshetzer“: Was man in Deutschland nicht über den Präsidenten sagen darf, auch wenn es wahr ist *(„Spiegel-Online“)*

„Verfassungsrechtliche Bedenken“: Hätte es die doch auch vor Inkrafttreten der später gerichtsnotorischen Hartz-IV-Gesetze gegeben! *(„Die Welt“)*

„Eiweiß macht zuckerkrank“: Dialysetechnik-Spezialist sichert mit kleinen Desinformationen den Patientennachschub *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

477. Bremer Montagsdemo am 30. 06. 2014

Die rechtswidrige Massensanktionierung trifft fast jede(n) Zehnte(n)

1. Edward Snowden hat den mit 10.000 Euro dotierten „Berliner Preis für Zivilcourage“ verliehen bekommen. „Der Spiegel“ hat am 16. Juni 2014 Einzelheiten über die Zusammenarbeit des BND mit der NSA veröffentlicht. Am 18. hat das Magazin nachgelegt und über 50 Unterlagen von Herrn Snowden mit Bezug auf Deutschland ins Netz gestellt.

Aus diesen Dokumenten folgt, dass der Bundesnachrichtendienst und die NSA sehr eng zusammengearbeitet haben. Die Zusammenarbeit soll vertraglich geregelt sein. Das **Ausspähen** von deutschen Staatsbürgern soll ebenfalls vertraglich abgesegnet worden sein! Es ergibt sich eine nochmalige Bestätigung, dass Daten, die in Deutschland gewonnen wurden – auch aus dem Zusammenspiel mit deutschen Nachrichtendiensten – im Drohnenkrieg eingesetzt werden sollen. Dies bedeutet, dass der Mord per Drohne wissentlich mit deutscher Unterstützung erfolgt, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

In anderen Nachrichten war zu hören, dass die BND-NSA-Arbeitsgruppen inzwischen aufgelöst wurden. Der BND hat die Glasfasertechnik im Griff und arbeitet kreativ. Die Haltung der Bundesregierung hat es erahnen lassen: Sie wusste Bescheid und hat mitgewirkt! Die Frage nach den Aktivitäten der NSA in Deutschland hätte die Bundesregierung sofort und umfassend beantworten können. Nun läuft ihr die Zeit davon! Wir brauchen eine umfassende Aufklärung über die bisherigen Aktivitäten und darüber, wie diese Aktionen rechtlich verankert sind. Diese Bundesregierung kann die Bespitzelung der Wähler in Deutschland sofort beenden, wenn sie will! Sie kann dem Lügen sofort ein Ende machen, wenn sie will!

Am Donnerstag stand im „Weser-Kurier“, dass die Daten des Frankfurter Knotens nicht mehr vom BND an die NSA weitergegeben werden. Überhaupt seien die Daten deutscher Beteiligter nie übermittelt worden. Aber alle Daten des Frankfurter Knotens wurden per Gesetz der Bundesrepublik Deutschland zu „Auslands-

daten“ erklärt. Nur durch diese gesetzliche Bestimmung war es dem BND möglich, diese Daten zu kopieren, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

Das MDR-Magazin „Fakt“ hat die Erkenntnisse des Historikers Foschepoth öffentlich gemacht und damit indirekt ebenfalls Aussagen der Dokumente von Herrn Snowden bestätigt. Es ist ein sehr interessanter Beitrag mit sehr erschreckenden Erkenntnissen: Die Bundesregierung hat das Postgeheimnis gebrochen. West-Allierte, deutsche Zöllner und Bundeswehrsoldaten konnten jeden Brief öffnen, lesen und kopieren. Jeder Bundeskanzler hat den „Siegermächten“ den Bruch des Postgeheimnisses erlaubt. Nach der deutschen Wiedervereinigung wurden die Verträge neu geregelt. Was ist der Inhalt? Diese Geheimverträge sind bisher nicht öffentlich gemacht worden. Die von der Bundeswehr kontrollierte Post wurde vernichtet. Es wird Zeit zum Aufräumen!

Der amerikanische Staatsbürger André Shepherd ist desertiert. Er hat in Deutschland *kein* Asyl erhalten! Nunmehr klagt er vor dem Europäischen Gerichtshof. Er will Asyl für sich und andere untergetauchte Soldaten aus der US-Army. Das Urteil wird erst 2015 erwartet. Damals, im Jahr 2007, wollte er nicht in den Irak-Krieg. Heute ist unzweifelhaft klar, dass dieser Krieg völkerrechtswidrig war. Ob es Herrn Shepherd hilft? Ich drücke ihm die Daumen! Übrigens wird die Jagd auf untergetauchte US-Soldaten von den USA akribisch mit allen Mitteln betrieben. Die inzwischen zahlreichen Erinnerungsorte für die Deserteure hatten mir Hoffnung gemacht, dass auch aktuell Deserteure akzeptiert werden. Hier könnten die USA eine gute Tat vollbringen. Ob Deutschland dies angeregt hat?

2. Das **Freihandelsabkommen** mit Kanada wurde von Jean-Claude Juncker ausgehandelt, hinter verschlossenen Türen, ohne Öffentlichkeit, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Einfach haarsträubend! Wie konnte dies passieren? Ganz einfach: Herr Juncker hatte das Mandat der Regierungschefs, auch von Frau Merkel, für diese Verhandlungen und diesen Umgang mit den Bürgern! Der Chefposten der EU ist dadurch auch zu einer Glaubwürdigkeitsfrage für die Verwaltung der EU geworden. In jedem Fall gehört das Freihandelsabkommen mit Kanada ans Licht der Öffentlichkeit, auch wenn Herr Juncker weitermachen darf! Ein Artikel in der „Zeit“ beleuchtet die Umstände, geht aber leider nicht auf die Geheimniskrämerei ein. Die Wiederwahl sollte mit Auflagen verbunden werden. Verhandlungen müssen öffentlich sein! Europas Verträge müssen von den Bürgern begleitet und genehmigt werden!

Am Donnerstag habe ich den Bericht über ein gefährliches „Wundermittel“ in der Sendung „Kontraste“ gesehen. Wer dieses angebliche Wundermittel loswerden will, muss es als Sondermüll entsorgen. Dieses Mittel darf in Deutschland nicht verkauft werden, wohl aber in den USA. Nehmen wir an, wir hätten das Freihandelsabkommen mit Kanada unterzeichnet. Der Wundermittelverteiber würde in Kanada eine Zweigstelle errichten, eine Briefkastenfirma genügt, und von dort aus einen Antrag auf Genehmigung des Vertriebs seines Wundermittels in Deutschland stellen. Die zuständige deutsche Behörde würde ablehnen.

Der Wundermittelhersteller kann Deutschland nun vor einem Schiedsgericht auf entgangenen Gewinn verklagen, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Bereinigt dieses Freihandelsabkommen von den Hintertüren! Macht den Inhalt öffentlich!

Argentinien hat den Schuldenschnitt im Griff. Das Land war auf dem Weg zur Gesundung. Großinvestoren haben nun in den USA einen Sieg über das argentinische Volk errungen. Diese Spekulanten haben erreicht, dass Argentinien die Anleihen zum vollen Nennwert auszahlen muss. Argentinien darf nicht wie geplant die gemäß Schuldenschnitt reduzierten Papiere auszahlen. Ein Grund mehr, keinen Investorenschutz in das Freihandelsabkommen aufzunehmen! Griechenland, Spanien und Portugal wurden ebenfalls von Investoren vor Gericht gezogen. Die Auswirkungen sind ungewiss, aber in jedem Fall entstehen hohe Anwaltskosten zur Abwehr. Bei den drei EU- Staaten ist nicht einmal ein ordentliches Gericht zuständig! Schon sieht die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Bank der Zentralbanken, Europas Banken schwächeln. Sie sorgt sich, weil der Ankauf von Schrottpapieren durch Großinvestoren stark zugenommen hat.

3. Vor einem Jahr hat Barack Obama eine Rede vor dem Brandenburger Tor gehalten und unter anderem eine Reduzierung der Atomsprengköpfe in Deutschland angekündigt. Nun ist klar, dass die in Deutschland lagernden Atomwaffen von diesen Überlegungen ausdrücklich ausgenommen sind! Diese Atomwaffen werden modernisiert. Somit war dieser Teil der Rede des US-Präsidenten eine Lüge, die Frau Merkel erkennen musste. Herr Obama hat sich auch zu den Aktivitäten der NSA in Deutschland geäußert: „Das ist kein Abhörprogramm“. Somit war auch dieser Teil der Rede des US-Präsidenten eine Lüge, die Frau Merkel erkennen musste! Herr Obama kann die Äußerungen von Frau Merkel ganz anders einordnen. Er kann hören, dass Frau Merkel ihre Bürger absichtlich belügt! Wie will Frau Merkel vom US-Präsidenten noch ernst genommen werden?

Auf Radarschirmen in Österreich und Bayern verschwanden kurzfristig Flugzeuge, oder die Daten zu Flughöhe und Geschwindigkeit waren unvollständig. Die Fluglotsen haben den Luftverkehr mit Notmaßnahmen geregelt. Ursache soll eine Übung mit einem Aufklärungsflugzeug über Ungarn gewesen sein. Die Äußerungen der Nato dazu waren unbrauchbar, eine reine **Vertuschung**. Zum Glück kam niemand zu Schaden. Klar ist nun: Ein Awacs-Aufklärungsflugzeug kann den Radarschirm leeren, Daten verändern oder auch verschwinden lassen, egal wo!

4. Die Hartz-IV-**Sanktionen** sind rechtswidrig! Sie stehen zwar im Gesetz, aber was im Gesetz steht ist nicht immer Recht! Diese alte Weisheit gilt leider noch heute. Sanktionen mindern bei den Betroffenen die Einnahmen unter das Existenzminimum. „Die Linke“ hat hierzu eine Antwort der Bundesregierung erhalten. Demnach wurde in 42,5 Prozent aller Fälle bei Klagen gegen Sanktionen dem Arbeitslosen Recht gegeben, heißt es seitens des Bundesarbeitsministeriums. Von 6.367 entschiedenen Klagen wurden 2.708 vollständig oder teilweise zugunsten

der Betroffenen entschieden. Von 61.498 Widersprüchen gegen Sanktionen bei Hartz IV wurden 22.414 vollständig oder teilweise zugunsten der Betroffenen entschieden. Das sind über 36 Prozent!

„Die Sanktionspraxis führt zu massenhaften Rechtsverstößen. Grundrechte kürzt man nicht. Die Sanktionen gehören abgeschafft“, sagte die Linkspartei-Vorsitzende Katja Kipping. Die Bundesagentur hat die Sanktionsquote bisher mit drei Prozent angegeben, jetzt aber noch mal nachgesehen. Ergebnis: Die Sanktionsquote liegt inzwischen bei über neun Prozent aller ALG II Betroffenen! Berichtet hat dies die „Kölner Rundschau“. Ihr Begleittext ist allerdings diskriminierend und inakzeptabel!

Wer eine Sanktion erhalten und noch keinen Widerspruch erhoben hat, kann dies nachholen: Innerhalb der Widerspruchsfrist den Widerspruch erheben, ansonsten einen Antrag auf Überprüfung der Sanktionen und Aufhebung stellen, gegen eine Ablehnung Widerspruch erheben und notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen. Wer nicht so lange warten kann, sollte vorher zum Gericht gehen. Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Wenn der Sanktionsbescheid vor dem 1. Januar 2013 zugestellt wurde, kann er so einfach nicht mehr angefochten werden.

5. Der Übergang zur **Rente** wird für ALG-II-Betroffene zum Fastenzwang, wenn sie weiterhin auf Transferleistungen angewiesen sind, denn ALG II wird am Monatsanfang im Voraus gezahlt, Rente jetzt am Monatsende für den vergangenen Monat. Beim ALG II ist jeder Geldeingang monatsweise zu betrachten Die Rente am Monatsende wird dadurch auf die ALG Zahlung an Monatsanfang angerechnet. Die Folge: Am Monatsersten zahlt das Jobcenter keine Leistung aus, weil am Monatsende die Rentenzahlung zu erwarten ist. Auf Antrag wird dieser Betrag als rückzahlbares Darlehn ausgezahlt. Die Rentenansprüche sollen zwischen den Behörden aufgerechnet werden.

Für den Folgemonat steht damit bis zum Monatsende erneut kein Geld zur Verfügung, weder für die Miete noch fürs Essen! „Die Linke“ hat dazu eine Bundestagsanfrage gemacht. Die Antwort der Bundesregierung besagt: Dieser Mensch soll von seinem Vermögen leben! Dafür gebe es das Schonvermögen und notfalls ein Darlehn. Wer bisher sein Schonvermögen geschont hat, muss es jetzt tatsächlich bis auf die geringen Freibeträge der Grundsicherung aufbrauchen. Auch hier gilt der Grundsatz der Vorsorge wie vor der Beantragung von ALG II. Leider haben nur wenige Menschen mit ALG-II-Anspruch Vermögen. Das ALG II ist einfach zu gering. Die Rücklagen verschwinden leider wie von selbst!

Mit dem Wechsel in die Grundsicherung ist das SGB XII die Rechtsgrundlage. Es bestimmt, dass nur Einkommen angerechnet werden darf, das auch zur Bedarfszeit zur Verfügung steht (unter Punkt III auf Seite 2). Die Neufassung hat in diesem Punkt keine Änderung. Auswirkung: Wer ohne anrechenbares Vermögen und wegen geringer Rentenansprüche Grundsicherung beantragen muss, bekommt die Grundsicherung am Monatsanfang, obwohl am Monatsende die Ren-

te eingeht. Die Anrechnung der Rente erfolgt laufend ab Folgemonat. Durch diese Regelung klappt der Wechsel in die Grundsicherung *ohne* Zahlungsausfall!

Wer seinen Unterhalt nur auf Darlehnsbasis erhalten hat, sollte die Ausbuchung des Darlehns beim Jobcenter beantragen, verbunden mit einem Widerspruch gegen den Darlehnsbescheid. Auch diese Sachverhalte können rückwirkend ab 1. Januar 2013 angefochten werden. Falls Sie noch mit Rückzahlungsverpflichtungen aus der ALG-Zeit belastet sind, beantragen Sie die Niederschlagung der Restforderung, bevor Sie einer Weiterzahlung der Raten durch das Sozialamt zustimmen. Oder auch danach. Wie dies geht? Wir gehen mit!

6. Die Zeitung „Die Welt“ sorgt sich um die Qualität der Ausbildung für **Rechtsanwälte**. In dem Artikel werden viele Hiebe verteilt, insbesondere gegen Rechtsanwälte, die ALG-II-Betroffene als Mandanten akzeptieren. Dies ist aus meiner Sicht eine Ergänzung des vom „Spiegel“ vorgestellten Buchs zu diesem Themenbereich, siehe 470. Bremer Montagsdemonstration, Punkt 4. Es soll hier wohl Stimmung für einen Wohlverhaltensindex gemacht werden. Am Ende des Artikels wird dies angesprochen: Es werden Ethik-Richtlinien und ein Kodex für die Rechtsanwaltsarbeit angeregt.

Offenbar soll es damit möglich sein, über unliebsame Anwälte ein Berufsverbot zu verhängen. Vor einigen Monaten gab es in Oldenburg ein Gerichtsverfahren nach Standesrecht gegen einen kritischen Anwalt. Er hat nicht nur reihenweise die Bescheide für Behinderte mit Erfolg angefochten, sondern auch die Behördenpraxis, die zu den Bescheiden führte, hinterfragt und angeprangert. Er hat mit viel öffentlicher Unterstützung und Rückendeckung im Kollegenkreis sein Verfahren glücklicherweise gewonnen!

7. Die Schlacht gegen die Anti-„Stuttgart-21“-Demonstranten (siehe frühere Bremer Montagsdemonstrationen) wird jetzt juristisch aufgearbeitet. Die Politik bestreitet verschärfte Anordnungen. Daher stehen nun zwei Polizeiführungskräfte vor dem Richter.

Die EU erwartet bereits den nächsten Krieg gegen die eigenen Leute. Das Ziel für die EU-**Sicherheitskräfte** lautet: Sie sollen den Welthandel sichern, von dem der westliche Wohlstand abhängt, und vor allem sollen sie den „Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen“ gewährleisten“. Offiziell geht es dabei um „asymmetrische“ Einsätze in Ländern außerhalb der Europäischen Union. Aber mit Artikel 222 des Lissabon-Vertrags hat man auch die rechtliche Voraussetzung für den Einsatz von Militärs und paramilitärischen Einheiten in EU-Krisenstaaten geschaffen.

Insgesamt ein grausiger Gedanke! Die Bundesregierung trägt mit Lug und Trug (natürlich in Gesetze gegossen) erheblich zur Staatsverdrossenheit bei. Dies zu ändern, müsste eigentlich das Sicherheitsziel sein! – Am nächsten Montag sage ich etwas zu den Antworten der Bundesregierung und des Senats der Freien

Hansestadt Bremen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

FDP-Niebel kriegt Top-Job bei Rheinmetall: Denn im Bundessicherheitsrat hat er zuvor den Panzerexport nach Algerien eingefädelt *(„Spiegel-Online“)*

Sind Transferleistungsbezieher beim Null-Euro-Job völlig vogelfrei?

1. Die Hamburger Beschäftigungsträger warnen vor einer neuen Kürzung auf dem Arbeitsmarkt, weil SPD-Sozialsenator Detlef Scheele für nächstes Jahr 500 **Null-Euro-Jobs** plane. Bisher erhielten die teilnehmenden Arbeitslosen etwas mehr als den obligatorischen Euro die Stunde, Hartz-IV-Bezieher konnten bei einer 30-Stunden-Woche etwa 204 Euro im Monat dazuverdienen. Seit Jahren gibt es Streit um diese sogenannten Arbeitsgelegenheiten, die von 10.000 Stellen im Jahr 2010 auf derzeit 3.100 Stellen gekürzt wurden. Die Opposition fordert von der SPD schon lange einen „sozialen Arbeitsmarkt“, der Langzeitarbeitslosen eine Perspektive bieten könnte.

Laut Scheeles gebe es diesen bereits durch ein Programm mit insgesamt 3.631 Arbeitsgelegenheiten für 2015. Allerdings seien daneben auch diverse Maßnahmen wie besagte 500 Plätze für „marktferne Langzeitleistungsbezieher“ vorgesehen. Diese Null-Euro-Jobs sollen „stärker produktionsorientiert“ sein und auf einem anderen Gesetz als die übrigen Arbeitsgelegenheiten – nämlich auf Paragraf 45 des Sozialgesetzbuches III, dem Arbeitsförderungsrecht – fußen. Eingesetzt werden könnten die Null-Euro-Kräfte etwa in der Dulsberger Stadtteilküche „Pottkieker“, die Essen für bedürftige Senioren anbietet.

Die Kriterien für Null-Euro-Jobs seien weniger streng: Es reiche aus, wenn der Gaststättenverband bescheinige, dass Einrichtungen wie „Pottkieker“ oder das „Stadteilcafé Steilshoop“ den Markt nicht kaputtmachten. Die Maßnahme „Aktivcenter“ soll 500 Menschen, die schon lange Hartz IV beziehen, über neun Monate „motivieren, sich beruflich zu integrieren“. Die Teilnahme wird in einer „Eingliederungsvereinbarung“ festgehalten, ein Verstoß dagegen kann sanktioniert werden. Anders als bei den Arbeitsgelegenheiten soll es bei den neuen Maßnahmen

nur noch Geld für tatsächlich anfallende Kosten für Verpflegung, Kinderbetreuung oder Fahrten geben.

Obwohl es solche Unbedenklichkeitserklärungen für Stadtteilprojekte wie den „Pottkieker“ bereits gegeben hat, sah der Bundesrechnungshof die vom Gesetz geforderte Wettbewerbsneutralität gefährdet und machte Druck. In der Folge sollen Mitarbeiter vom „Team Arbeit“ des Jobcenters Hamburg persönlich in Haftung genommen worden sein und empfindliche Gehaltsabzüge haben hinnehmen müssen, weil sie mit der Bewilligung von Ein-Euro-Jobs für Stadtteilprojekte gegen jene Wettbewerbsneutralität verstoßen hätten.

Dieser Druck führt dazu, dass die Jobcenter sich Auswege wie diese Null-Euro-Jobs ausdenken. Solche Maßnahmen sind bei Arbeitslosen sehr unbeliebt, denn wer will schon arbeiten, ohne dafür Geld zu bekommen? Nein, niemals nicht werde hier jemals ein „sozialer“ Arbeitsmarkt konstruiert, nur um etwa die Träger glücklich zu machen. Nicht wahr, Leistung muss sich wieder lohnen! Da würde ich sagen: null Euro entsprechen auch null Leistung! Kann es wirklich sein, dass die Kriterien für Null-Euro-Jobs weniger streng sind? Wenn Ein-Euro-Jobs bekanntlich bestimmte Kriterien erfüllen müssen, können dann die Transferleistungsbezieher beim Null-Euro-Job völlig vogelfrei sein? Da kann doch was nicht stimmen!

2. Unter dem Motto „Der Zugang zu Wasser ist ein unveräußerliches Menschenrecht“ protestierten letzte Woche Mitglieder der „Linken“-Bürgerschaftsfraktion vor den Jobcentern West und Nord gegen Wasser- und Stromsperren durch die Versorger und informierten über Hilfsangebote. Es sei ein Zeichen von sich ausbreitender Armut, wenn die SWB in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bereits 400 Mal Wasser- und 2.351 Mal Stromanschlüsse im Land kappen ließ. Ihr sozialpolitischer Sprecher, Peter Erlanson, fordert ein Verbot von Energiesperren. Wegen unbezahlter Rechnungen habe die SWB in Bremen und Bremerhaven im vergangenen Jahr über 5.000 Mal den Strom und rund 850 Mal das Wasser abgestellt.

Die Bundesnetzagentur berichtet, dass bundesweit die Versorger im Jahr 2012 rund 322.000 Mal die Stromversorgung gekappt hätten. Peter Erlanson betonte, Menschen mit wenig Geld von der Strom- und Wasserversorgung abzuschneiden, sei für diese eine der härtesten Maßnahmen überhaupt. „Die Linke“ und andere Politiker in Bremen hätten sich deshalb schon mehrfach dafür eingesetzt, dass Stromsperren zumindest „weitestgehend verhindert“ und vorbeugende Angebote ausgeweitet werden. Die Fraktion verlangt vom Senat, regulierend einzugreifen, weil das Sperren der Wasserzufuhr infolge von Zahlungsrückständen das „Grundrecht auf Wasser“ verletze.

Der Senat erklärte, die „Zusammenarbeit der Behörden mit der SWB bei einer drohenden **Wasserabschaltung**“ sei weiter verbessert worden, und Hartz-IV-Betroffene könnten eine kostenlose Rechtsberatung bekommen. Auch lasse es sich regeln, dass die Behörden Abschlagszahlungen direkt an den Versorger leisten. Toll, damit wird suggeriert, dass die Menschen nicht mit Geld umgehen könn-

ten, und verschleiert, dass die Regelsätze den tatsächlichen Energiebedarf nicht decken!

3. Heute schon gekotzt? Wolfgang Steiger, Generalsekretärs des „CDU-Wirtschaftsrates“, will uns weismachen, der „aufgeblähte Sozialstaat“ mache „uns träge“. Seiner Meinung nach sollten wir, um den Wohlstand zu bewahren, weniger über das Verteilen reden und mehr über „**Leistungsgerechtigkeit**“. Dass der Bürgereinsatz für Hamster auf einer Wiese in Worms ein geplantes Gewerbegebiet verhinderte, kann er nicht fassen, denn dort hätten ja massenhaft Arbeitsplätze entstehen können. Niemand zähle die „Abermillionen Euro für Krötentunnel, stillgelegte Wiesen und Äcker“ zum Schutz von seltenen Fröschen, Wölfen und Luchsen. Stattdessen sollen wohl alle in das offenbar gewünschte Loblied „Arbeit, Arbeit über alles“ einstimmen dürfen.

Das Land sei geprägt von „Feigheit oder Gleichgültigkeit gegenüber den immer massiver werdenden Forderungen nach staatlich finanzierten Segnungen“, wobei der Wohlstand Deutschlands doch einzig und allein der „marktwirtschaftlichen Vernunft“ sowie dem Fleiß der Arbeitnehmer und Unternehmer zu verdanken sei. Meinungsforschungsinstitute sagten, die Deutschen seien „fast rundum zufrieden“ mit sich und der von ihnen gewählten Regierung. Man höre und staune darüber, dass die von Linken im Lande zum „Totschlagbegriff“ erhobene und von Teilen der Unionsparteien mittlerweile adaptierte „Umverteilungsgerechtigkeit“ unser Land zunehmend zu lähmen drohe, obwohl doch „Chancen- und Leistungsgerechtigkeit“ der Schlüssel für den Erfolg unserer sozialen Marktwirtschaft seien. Ja, Leistung müsse sich wieder lohnen!

Dem schönen alten deutschen Sprichwort „Ohne Fleiß kein Preis“ müsse wieder Geltung verschafft werden. Wie lange könne und wolle es sich dieses Land noch leisten, bei einem Gesamtetat von knapp 300 Milliarden Euro allein gut 120 Milliarden in den Haushalt der Ministerin für Arbeit und Soziales zu pumpen? Wie jetzt: Will er den im Grundgesetz garantierten Sozialstaat einfach ganz abschaffen? Steiger will uns vorgaukeln, dass sich mit Fleiß und Leistungswillen Wohlstand selbst schaffen lasse. Hahaha, dabei wird er doch vererbt! Ich lese und staune darüber, dass Deutschland zu den weltweit zehn Industrieländern mit der ausgeglichensten Einkommensstruktur gehören soll. Dabei weiß ich nur, dass die anderen Länder um Deutschland herum uns zunehmend als Billiglohnland nutzen. Na klar, das sind natürlich alles nur „reflexhafte Neidkampagnen“ gegen vermeintlich oder tatsächlich Reiche im Lande!

Oh wie niedlich, nun sollen wir uns das herzallerliebste Märchen anhören, dass dieses Land auch auf die Menschen angewiesen sei, die es zu Wohlstand gebracht hätten, weil angeblich sie es seien, die die Masse der Steuern zahlten! Hätten wir endlich Steuergerechtigkeit, müsste beim finanziell unteren Teil der Gesellschaft nicht gespart, könnte die Mitte der Gesellschaft entlastet und würden die Reichen und Spitzenverdiener angemessen herangezogen werden. Außerdem hätten wir dann mehr Geld, um zu investieren, und zwar in Bildung, Gesund-

heit und Kultur. Wo bleibt der Aufschrei darüber, dass immer mehr Menschen zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen, dass Erwerbslosen Grundrechte weggenommen werden, dass die Altersarmut im Kommen ist, der Mindestlohn nur ein trauriger Witz wird, ein Abklatsch dessen, was nötig wäre, um ohne Unterstützung leben zu können und im Alter nicht arm sein zu müssen? Selbst wer 35 Jahre lang Vollzeit gearbeitet hat und 2.500 Euro brutto im Monat verdient hat, bekommt nur eine Rente in Höhe der Grundsicherung von 688 Euro!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Kein Mindestlohn für Zeitungszusteller: Verleger erhalten Multimillionengeschenk, um sich mit Regierungskritik zurückzuhalten *(„Nachdenkseiten“)*

Primark macht Sie hässlich: Aber der Hartz-IV-Regelsatz reicht nur für unfair produzierte Klamotten *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Geschlechterkampf statt Klassenkampf: Steuerhinterzieherische Kachelmann-Biografin Schwarzer unterliegt liebesschuftigem Vergewaltigungsvorwurfsopfer *(„Spiegel-Online“)*

Weg mit dem Schleier: Europa-Richter bestätigen französisches Vermummungsverbot für Religionsbekenntnis-Demonstrantinnen *(„Spiegel-Online“)*

Verstoß gegen europäische Menschenrechtskonvention: Britische Arbeitslose dürfen nicht zu unbezahlter Arbeit gezwungen werden *(„Die Welt“)*

Erzwungene Obdachlosigkeit löst keine sozialen Probleme: Städte- und Gemeindebund will Leistungen für Unterkunft nicht mehr antasten *(„Die Welt“)*

Redaktionen müssen nicht nachträglich ihre Archive säubern: Nur weil sich jemand Jahre später über die Berichterstattung ärgert *(„Spiegel-Online“)*

„In Massen nach Wilhelmshaven“: „Auch Sozialhilfeempfänger wissen idyllischen Meerblick und frische Seeluft zu schätzen“ *(„Focus“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

478. Bremer Montagsdemo am 07. 07. 2014

Nur die Sanktionen haben durch die „Joboffensive“ zugenommen

1. Wasser, Strom, Gas abstellen ist jeweils mit Zusatzkosten verbunden, das Anstellen ebenfalls. Die Firma SWB als Netzbetreiber verdient gut daran. Der Bremer Senat hat bisher auf mehrere Anfragen zu diesen Thema geantwortet, aber die SWB hat sich nicht erkennbar bewegt: Sie akzeptiert nur Ratenzahlung von mindestens 50 Euro, sie führt keine Gespräche mit säumigen Kunden, sie mahnt und stellt ab. Die SWB bietet Informationen zur Energieeinsparung, doch dadurch wird die akute unbezahlte Rechnung nicht aus der Welt geschafft. Die SWB beteuert, Wasser werde zuletzt abgestellt, meistens liegen bereits Stromschulden vor. Warum überhaupt Wasser abgestellt wird und wie hoch die Zahlungsrückstände für Wasser sind, dazu äußert sich die SWB nicht.

Bei Wasser hat die SWB ein Monopol. Ihre Mithilfe ist zum Schutz von nur indirekt säumigen Zahlern wie Mietern in Mehrfamilienhäusern zwingend notwendig. Die SWB kann schnell die Voraussetzung für eine Änderung der Vorauszahlungen direkt auf ihr Konto schaffen und weiterliefern, die Zähler ablesen, die Mieter als Neukunden einstufen und Abschläge in Höhe der bisher an den Vermieter gezahlten festsetzten oder einfach den Verbrauch einschätzen. Zwischendurch kann die SWB das Wasser wieder anstellen. Für die aufgelaufenen Schulden hat sie die Möglichkeit der Objektverwertung.

Eventuell ist die SWB bereit, wie bei der Gewoba auf Einzelabrechnung mit den Mietern umzustellen. Allerdings verliert sie damit die Zugriffsmöglichkeiten zur Objektverwertung. Der Senat hat leider auch nach den vielen Anfragen der Fraktionen und eigenen Antworten noch immer keine Lösung gefunden und umgesetzt. Wenn die SWB „mauert“ und der Senat dies nicht ändert, sollte er eigentlich die Grundleistungserbringer in Bremen zu entsprechender Hilfe angewiesen haben. Leider ist auch das nicht erfolgt. Die Anfrage kommt, die Antwort auch, einschließlich Versprechen, aber es bleibt beim Absperren!

Im Bericht über eine Aktion gegen das Wasserabstellen hat der „Weser-Kurier“ auf eine CDU-Anfrage hingewiesen: „Vor wenigen Tagen hatte der Senat daraufhin erklärt, sofern die Sozialbehörden von drohenden oder bestehenden **Versorgungssperren** Kenntnis erhielten, würden sie Betroffene beraten und Empfänger von Transferleistungen unter anderem auf die kostenlose Rechtsberatung hinweisen. Beide Seiten, so der Senat, könnten zudem vereinbaren, dass die Behörden Abschlagszahlungen direkt an den Versorger leisten.“ Allein diese Antwort zeigt, dass hier scheinbar keine wirkliche Lösung angestrebt wird!

Abschlagszahlungen auf Wunsch durch den Leistungsträger direkt an den Versorger vorzunehmen, ist bereits seit vielen Jahren Praxis. Das Jobcenter bewilligt wie dessen Rechtsvorgänger ohne diese direkte Zahlung kein Darlehn. Die vom Senat erwähnte verbesserte Zusammenarbeit zwischen SWB und Sozialbehörden hat mich bisher nicht erreicht. Schön ist der Gedanke trotzdem, nur wie drückt sich dies aus? Der Verweis auf mögliche Rechtsberatung ist ebenfalls ein Nebenschauplatz.

Warum weist der Senat die Sozialbehörden nicht einfach an, wie folgt zu verfahren: Wenn ein Mensch eine unbezahlte Wasserrechnung vorlegt und erklärt, dass er diese Rechnung nicht regulieren kann, so ist der Leistungsträger verpflichtet, dies als Antrag anzunehmen und umgehend zu bearbeiten. Die Entscheidung ist schriftlich niederzulegen. Zur Einhaltung von kurzen Fristen trägt sicher auch das Vertrauen in die Angaben des Menschen bei. Auf die Vorlage von Belegen soll verzichtet werden!

Wenn der Senat oder das Jobcenter hier wieder auf den sorgsamen Umgang mit Steuergeldern hinweisen, so ist dieser durch solch eine Vereinfachung nicht gefährdet! Das Finanzamt macht es vor: Für die Einkommensteuererklärungen müssen schon seit Langem kaum noch Belege eingereicht werden. Für Menschen mit wenig Geld ist es nicht immer möglich, die laufenden Kosten zu regulieren, selbst wenn aus externer Sicht nichts Besonderes passiert ist.

Ein Gerichtsbeschluss aus dem Jahr 2009 lässt erahnen, dass viel Geld für Verwaltung statt für die Beseitigung von Notlagen ausgegeben wurde. In diesem Rechtsstreit hat die Bagis (jetzt: Jobcenter) die ausstehenden Wasserkosten reguliert und wurde vom Gericht auch zur Regulierung der Stromschulden verurteilt. Über das Verhalten der SWB hat das Gericht (mittlerer Absatz auf Seite 5) sinngemäß angemerkt, es dränge sich der Eindruck auf, dass der örtliche Energielieferant so handelt, weil der Grundsicherungsträger einspringen muss. Falls dies dem Grundsicherungsträger nicht gefällt, kann er es über den Senat ändern, der im Aufsichtsrat des Energielieferanten vertreten ist!

Die Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II et cetera lässt den steinigen Weg für Anträge auf Übernahme von Wasserschulden erahnen. Insbesondere sollen Kosten für Wasser und Abwasser nur insofern übernommen werden, wie die Mietobergrenzen nicht überschritten wurden. Diese wurden neu festgesetzt, aber mit den alten Fehlern. Die Verwaltungsanweisung ist keine Rechtsgrundlage, son-

dern eben nur eine Anweisung an die Verwaltung. Das oben zitierte Gericht hat auch dies erwähnt.

Zusammenfassung: Wer absehen kann, dass er seine Wasserrechnung nicht fristgerecht bezahlen kann, sollte umgehend beim Jobcenter eine Kostenübernahme, hilfsweise als Darlehn, beantragen. Falls er nicht prompt eine Zusage erhält, umgehend eine Beratungsstelle aufsuchen. Dies steht etwas detaillierter steht im Flyer der Linkspartei, der letzte Woche vor den Jobcentern verteilt wurde.

Wer seine Kosten der Unterkunft nicht vollständig erstattet bekommt, sollte dies ändern. Wie alles geht? Wir gehen mit! Zu der Antwort des Senats zum Wasserabstellen siehe auch die 440. Bremer Montagsdemonstration. Letzten Donnerstag hat der Senat der Sozialdeputation einen Bericht über seine Bemühungen zur Vermeidung von Stromsperren vorgelegt. Das Thema muss jetzt gelöst werden! Bremen hat die höchste Armutsquote, die meisten ALG-II-Betroffenen und logischerweise die meisten Millionäre!

Die „Tageszeitung“ berichtet: „In Bremen-Nord möchte die SWB die Mieter (darunter auch viele Kinder) als Druckmittel gegen den Vermieter erhalten. Die SWB ist nicht zur Zusammenarbeit bereit. Die Mieter sollen 1.400 Euro monatlich an die SWB zahlen. Dies wären 250 Euro pro Familie. Nur nach diesem Zahlungseingang will die SWB das Wasser wieder anstellen“. 1.400 Euro Euro liegen mit Sicherheit weit über dem Abrechnungspreis für den tatsächlichen monatlichen Wasserverbrauch! Die unterbrochene Wasserversorgung der Mieter in Bremen-Nord ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte, verursacht durch ein Monopolunternehmen!

Will der Senat dies hinnehmen? Will der Senat uns weismachen, er könne keinen Einfluss nehmen? Der Senat muss umgehend und notfalls per einstweiliger Verfügung die Wasserversorgung wieder herstellen! Die SWB erhält als Gegenleistung die künftigen Wasserlieferungen von den Mietern bezahlt. Falls die SWB das nicht will, muss der Senat zum Beispiel über einen Feuerwehr Hydranten das Trinkwasser hinter dem Absperrventil in die Hausversorgung einspeisen. Der ungehinderte Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht, ein Grundrecht nach internationalen Regeln und auch nach der Verfassung der Freien Hansestadt! Bremen hat allerdings auch falsch ermittelte Mietobergrenzen, Richtwerte genannt. Mehr dazu am nächsten Montag.

2. Sanktionen reduzieren die Regelleistung und verstoßen daher gegen das Grundgesetz. Zulässig sind demnach nur Sanktionen, die der Betroffene aus seinem Schonvermögen oder anderen Einnahmen bezahlen kann – doch wer, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen, hat das schon? Damit ist eigentlich alles klar. Die Bundesregierung will weiter Rechtsbruch verordnen. Herr Wiese von der Bundesagentur für Arbeit hält Sanktionen für unverzichtbar: „Wenn jemand nicht bereit ist, seinen Beitrag zu leisten, um aus Arbeitslosigkeit und Transferbezug herauszukommen, dann muss das sanktioniert werden können“.

Dies hat Herr Wiese am 27. Juni 2014 gesagt. Er hat damit seine Begründung verharmlost. Er redet nicht mehr von Gesetzesverstößen, die geahndet werden müssen. Gemeint hat er die Sanktionen. Auch die „Kölner Rundschau“ hat die begleitenden Worte geändert, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration. Herr Wiese will die Wirklichkeit aber scheinbar nicht wahrhaben. Hat er die Anhörung zu den Sanktionen im Deutschen Bundestag verpasst oder glaubt er, es geht einfach weiter so?

Sanktionen werden benutzt, um Erwerbslose auszuhungern und sie gefügig zu machen. Erwerbslose, die in die Krankheit flüchten, sind für den Sachbearbeiter im Jobcenter genauso ein Erfolg wie die erfolgreiche Vermittlung in Arbeit. In Bremen läuft die „Joboffensive“ erfolglos, siehe 464. Montagsdemonstration. Die Freie Hansestadt hat dem Jobcenter die Umwandlung von 5,8 Millionen Euro Leistungsmittel für die Eingliederung in Arbeit genehmigt und sich mit 882.000 Euro an den Kosten beteiligt, siehe 415. Montagsdemonstration. Dieses Geld wurde dem Haushaltsposten für die Kosten der Unterkunft entnommen.

Über eine erhöhte Vermittlungsquote sollte dieses Geld durch weniger Erwerbslose eingespart werden. Doch die Vermittlungsquote konnte nicht gesteigert werden, die Einsparung wurde nicht realisiert! Die Mittel fehlen nunmehr im Haushalt. Die Bewilligung der Kosten der Unterkunft erfolgt sehr knauserig, auch unter Bruch des rechtlichen Rahmens, siehe Bremer Montagsdemonstrationen. Lediglich die Sanktionen haben durch die „Joboffensive“ zugenommen. Das Jobcenter hatte die Sanktionsquote mit drei Prozent angegeben und dann mit neuer Auswertung auf über neun Prozent erhöht. Dies ist erneut eine Bestätigung, dass die Zahlen des Jobcenters mit Vorsicht zu genießen sind.

Gerade Zahl und Höhe der Sanktionen sind einfach festzustellen, siehe 295. Bremer Montagsdemonstration, denn „Sanktionen werden in der Leistungsabteilung in einem Extradatensatz erfasst. Über diesen wird die Zahlungskürzung oder Nichtzahlung gesteuert. Die Kürzungsbeträge stehen dort und lassen sich somit ‚teambezogen‘ auswerten. Damit ist jederzeit eine Aussage zur Zielerreichung möglich. Ziel im Jahr 2009 war es, die Auszahlung der Regelleistung um 4,8 Prozent zu kürzen. Auch Sanktionen zu 100 Prozent sind hier hinterlegt, weil nach Ablauf der Sanktion die Zahlung wieder aufgenommen wird.“

Diese Extra-Datensätze gibt es seit Jahren, sie auszuwerten ist einfach. Umso unverständlicher, dass die Sanktionen mit drei Prozent beziffert wurden! Herr Schröder vom Bremer „Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ hatte mit Zahlen der Jobcenter die höhere Sanktionsquote bereits bewiesen.

Noch einmal zur Antwort der Bundesregierung vom 1. Februar 2013 zu den Sanktionen. Die Fraktion „Die Linke“ hatte in Punkt 3 gefragt: „Werden durch die Bundesagentur für Arbeit (wie durch diverse Betroffenenenvereinigungen aufgrund von Aussagen von Jobcentermitarbeitern seit Längerem gemutmaßt wird) den Jobcentern gegenüber in irgendeiner Art Vorgaben zur sogenannten Sanktionsquote gemacht, das heißt pauschale Richtwerte bezüglich einer Sanktionsprozentzahl vorgegeben?“

Die Bundesregierung hat geantwortet: „Von der Bundesagentur für Arbeit werden keine Zielvorgaben für eine sogenannte Sanktionsquote gemacht. Sanktionen ergeben sich allein aus den rechtlichen Vorgaben nach § 31 ff. des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), die von den Jobcentern und deren Mitarbeitern einzuhalten sind.“ Diese Antwort ist eine Lüge. In den Zielvereinbarungen wird festgelegt, wie viel Prozent der Leistungsansprüche nicht ausgezahlt werden. Früher wurde die Quote von der Bundesagentur für Arbeit festgelegt. Aktuell geben die Jobcenter Angebote ab, die Minderauszahlungen der Grundsicherungsansprüche enthalten.

Die Antwort der Bundesregierung bestätigt, dass die Jobcenter die Sollzahlen (tatsächliche Ansprüche der Leistungsberechtigten) ermitteln und den Istzahlen (erfolgte Zahlungen) gegenüber stellen. Die zu erreichende Differenz steht in der Zielvereinbarung des Jobcenters mit der Bundesagentur für Arbeit. Wieso kann überhaupt weniger als der Leistungsanspruch ausgezahlt werden? Durch die Sanktionen!

3. „Der Spiegel“ berichtet, dass Edward Snowden der „Washington Post“ einen riesigen Datensatz der Inlandsüberwachung zur Verfügung gestellt hat. Die Notwendigkeit, diese Praxis einzustellen, zeigt sich daran, wie tief die Einblicke in das Privatleben der Bürger sind. Die Anpassung der Bürger an diese **Überwachungspraxis** bedeutet das Ende der Demokratie! – Die Sendung „Panorama“ berichtet, dass die NSA gezielt alle Nutzer des Verschlüsselungsprogrammes „Tor“ ausspioniert. Der Beweis wurde durch das Knacken des Quellcodes in der NSA-Spionagesoftware „XKeyscore“ ermöglicht.

Wie sehr die Bundesregierung per Gesetz Verfassungsbruch begeht, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemonstration. Eine Stellungnahme der Bundeswehr zu der aufgedeckten Postvernichtung durch Mitarbeiter der Bundeswehr habe ich im Netz nicht gefunden. Die Bundeswehr hat Post kontrolliert, geöffnet, gelesen und vernichtet. Diese Post hat ihre Empfänger nicht erreicht! Erkenntnisse aus dieser damals laufenden Praxis gibt es scheinbar nicht. Eine Stellungnahme der Bundesregierung zu den per Geheimverträgen vereinbarten Ausspähmöglichkeiten gegen alle Deutschen habe ich im Netz nicht gefunden.

4. Die Rente mit 63 ist eine Mogelpackung: Nur zwei Jahrgänge können mit 63 und 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in **Rente** gehen. Für alle anderen Arbeitnehmer gelten andere Rahmenbedingungen, aber Herrn Gabriel hat sicher das Wahlergebnis verbessert. Die Mütterente reduziert die Schlechterstellung der Mütter vor 1992, doch wieder werden Erziehungszeiten in Ost und West unterschiedlich bewertet. Die DRV soll ohne Antrag tätig werden, allerdings ist ein solcher nötig, wenn sie die Daten noch nicht hat. Unter dem Titel „Mütterente: Beschiss hoch drei“ zeigt das „Büro gegen Altersdiskriminierung“ die Schattenseiten nur teilweise auf: Der Schatten ist noch größer!

Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente gelten nur für neue EU-Rentner. Verbessert wurden die Zurechnungszeit und die Negierung von Arbeitszeitverringerungen in engem Rahmen. Die Auswirkung all dieser Wohltaten, die alle richtig, aber viel zu gering sind, fehlt in den Veröffentlichungen: Alle künftigen Rentenerhöhungen und -neubewilligungen fallen niedriger aus! Der Nachhaltigkeitsfaktor führt dazu, siehe Bremer Montagsdemonstrationen. Die Finanzierung aus der Rentenkasse führt zur Belastung der Beitragszahler, die anderen Bundesbürger werden verschont.

Immerhin ist der Mindestlohn trotz geringer Höhe von 8,50 Euro eine starke Verbesserung. Der Flickenteppich wird durch laufende Tarifverhandlungen noch löchriger. Arbeitgeber, die Gewerkschaft am liebsten von hinten sehen wollen, verhandeln, ihr Ziel lautet, den Mindestlohn zu verzögern! Zeitungsausträger, junge Menschen und Langzeitarbeitslose sind bereits jetzt Benachteiligte der Neureglung. Insgesamt wird von Personalfachleuten ein starkes Ansteigen der Arbeitsgerichtsklagen erwartet. Die gesetzlichen Regelungen sind nicht genügend ausgearbeitet.

5. Europa ringt um Posten und Pöstchen, die Sacharbeit tritt zurück. Es gibt keine Klarheit über den Inhalt des Freihandelsabkommens mit Kanada. Wollen wir diese Verträge wirklich? Die Bundesländer haben Änderungen für das geplante **Freihandelsabkommen** mit den USA angemahnt und mehr Offenheit gefordert, sind aber nicht auf das Abkommen mit Kanada eingegangen.

Der Bundesrat hat jetzt leider das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru durchgewunken. Dessen Auswirkungen auf die einfachen Leute in Kolumbien und Peru zeigen die „Kapitallustigkeit“ und sind übertragbar auf alle anderen Freihandelsabkommen. Will und wird der Bundestag angesichts dieser Beispiele das Freihandelsabkommen mit Kanada stoppen? Er sollte es tun. Was für die USA gewünscht wird, steht scheinbar nicht im Freihandelsabkommen mit Kanada.

6. Sigmar Gabriel treibt weiter die **Strompreise** in die Höhe. Die Befreiungen der Industrie von der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sollen nicht verändert werden, sagt er. Sie wurde jüngst von der FDP total ausgeweitet, die Begrenzung auf wirkliche Stromfresser beseitigt. Soll das so bleiben? Der Windpark in der Nordsee steht weiter, die Kosten trägt nicht der Netzbetreiber, sondern der Endverbraucher. Es war logisch, zuerst die Stromleitung im Landesinnern zu bauen und zuletzt die Anbindung auf See. Andersherum wäre zumindest eine Teillieferung schneller möglich gewesen.

Die Preise an der Strombörse fallen, doch diese Preisvorteile erhält nicht der Endverbraucher. Die Sonnenenergie wird unrentabler. Die Kohlekraftwerke rauchen wie verrückt. Dörfer werden plattgemacht, die Umwelt wird vergiftet. Das Klimaziel beim Kohlendioxid ist so nicht einzuhalten. Die saubereren Gaskraftwerke stehen still, weil die Bundesregierung die Rahmenbedingungen schon länger

falsch setzt: Wenn der Strom zu teuer wird, einfach die Steuern und Abgaben streichen! Die Teilfinanzierung des Bundeshaushalts muss beendet werden, damit die Energie für den Endverbraucher wieder bezahlbar wird! Und die Rahmenbedingungen sind umweltfreundlich zu gestalten! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Herr und Hund: „Es wäre unverantwortlich, würden die USA deutsche Regierungsbeamte nicht abhören“ *(„Spiegel-Online“)*

Der neue „Mindestlohn“ ist völlig unzureichend!

Der Bundestag hat letzte Woche das von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) eingebrachte Gesetz beschlossen, das einen Mindestlohn von 8,50 Euro ab 2015 vorsieht. Die Politiker der Großen Koalition hängen sich damit ein soziales Mäntelchen um: Es ist ein Hohn, wenn SPD-Chef Sigmar Gabriel die erbärmlichen 8,50 Euro zur Grenze erklärt, wo die „Würde der Arbeit“ anfängt! SPD- Fraktionschef Thomas Oppermann tönt sogar von einer „Sozialreform von historischem Ausmaß“.

Tatsächlich ist die Verabschiedung des Gesetzes eine Reaktion darauf, dass mehr als zehn Jahre lang Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Sozialverbände, linke Parteien und die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung gegen den wachsenden Niedriglohnsektor und für eine gesetzliche Lohnuntergrenze gekämpft haben. Wir wollten einen Lohn, der den Mindestbedarf einer Familie entsprechend den bei uns üblichen Lebenshaltungskosten deckt!

Davon kann bei dem neuen Gesetz aber keine Rede sein. Die in einem halben Jahr geltende Lohnuntergrenze von 8,50 Euro sichert mit höchstens 1.400 Euro brutto selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung das aktuelle Existenzminimum einer Familie nicht ab. Fast ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland verdienen heute weniger als zehn Euro und sind damit von Armut bedroht. Der Bundeskongress der DGB-Jugend geht heute schon von 12,40 Euro aus, um Armut zu verhindern, der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ fordert sogar 13 Euro.

Neben der völlig unzureichenden Höhe des Mindestlohns kritisieren wir: Langzeitarbeitslose bleiben im ersten halben Jahr einer Beschäftigung vom Mindestlohn ausgenommen. Lehrlinge und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten grund-

sätzlich keinen Mindestlohn. Praktikanten sind für drei Monate vom Mindestlohn ausgenommen – viel länger arbeiten sie auch kaum. Zeitungsverlage dürfen 2015 den Mindestlohn für ihre Zusteller um 25 und 2016 um 15 Prozent unterschreiten. Die Kosten für Wohnung und Verpflegung von Saisonarbeitern können verrechnet werden. Außerdem dürfen Saisonkräfte nun an 70 Tagen im Jahr beschäftigt werden, ohne sozialversichert zu werden.

Zudem soll der Mindestlohn nur alle zwei Jahre überprüft und eventuell den offiziellen Preissteigerungen angeglichen werden, das erste Mal 2017. Aber auch ein mickriger Mindestlohn macht aus dem herrschenden Kapitalismus kein gerechtes System, in dem die „Würde der Arbeit“ gewährleistet ist! Die kapitalistische Ausbeutung wird durch einen Mindestlohn nicht überwunden, weil insbesondere die Großunternehmen sich auch dann immer noch den allergrößten Teil der gesellschaftlich geschaffenen Werte aneignen. Ein Leben ohne Ausbeutung der Menschen und der Natur durch die Kapitalisten wird es erst im echten Sozialismus geben!

Harald Braun

50 Jahre Desinformation: Die mehligen Ratschläge der Deutschen Gesellschaft für Ernährung haben die Menschen fett und krank gemacht *(„Strunz“)*

Beim Schulbus kürzen für den Fußballzirkus?

Die Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien halte ich für eine Katastrophe, nicht nur wegen der schwarz-rot-goldenen Deutschtümelei. Das wirklich Schlimme an der Großveranstaltung sind die extrem hohen Kosten für den Bau der Anlagen, die auf Kosten der Infrastruktur des Landes gehen. Für die Bewohner in den Favelas bedeutet das Vertreibung und Zwangsumsiedlung, für die Kinder das Ende des Schulbesuchs, weil der Staat aus Geldmangel die Zuschüsse für den Schulbus gekürzt hat.

Das alles nur für einen Fußballzirkus, der keine sechs Wochen dauert! Die Fifa ist gut beraten, wenn auch Sportsgeist beim Bau der Anlagen vorhanden wäre. Darunter verstehe ich, dass die Fifa darauf achtet, dass die Anlagen frei von Korruption sind und die Arbeiter angemessen bezahlt werden. Ich hoffe, dass bei der nächsten Weltmeisterschaft solche Länder ausgewählt werden!

Manfred Seitz („Die Linke“)

Stürmerstar Neymar mit Wirbelbruch vom Platz getragen: Wer hat noch Spaß an der Fifa-Tretmeisterschaft? *(„Focus“)*

Messerstecherei: Mann stirbt bei Leichenschau im Großkino *(„Radio Bremen“)*

Am **Mittwoch**, dem **9. Juli 2014**, ist die **Bremer Montagsdemo** zwischen **15** und **17 Uhr** Thema der Sendung „**Bessere Welt**“ auf **UKW 92,5 Mhz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

479. Bremer Montagsdemo am 14. 07. 2014

Vor dem WM-Finale wurde ein Verlust von 40 Milliarden Euro für Versicherungskunden durchgewunken

1. Das „**Rentenpaket**“ wird von *allen* Rentnerinnen und Rentnern mit noch niedrigeren Rentenerhöhungen bezahlt, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration. Diese Auswirkung des „Nachhaltigkeitsfaktors“ ist bei der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ nachzulesen (letzte Seite unten). Ein Viertel der Mehrausgaben wird so durch geringere Rentenerhöhungen auf die Rentner der Deutschen Rentenversicherung umgelegt. Dies zeigt, dass die Finanzierung des „Rentenpakets“ willkürlich erfolgte: die DRV als Vierschiebebahnhof, um den Haushalt zu entlasten. Dazu gehört auch der Griff in die Kassen der gesetzlichen Krankenversicherungen. Hier blickt die Bundesregierung durch! Es ist absichtlich so gestaltet!

Das Magazin „Monitor“ hat über die Verschlechterung des Garantiezinses für Lebensversicherungen berichtet. Am Freitag vor dem Fußball-WM-Endspiel wurde diese Änderung durchgewunken. Für die Versicherungskunden ist das ein Verlust von 40 Milliarden Euro. „Monitor“ hat bezweifelt, dass dieses Reformgesetz zur Rettung der Lebensversicherungen notwendig sein soll. Ich schließe mich diesen Zweifeln an. Nicht thematisiert wurden die Erträge der Lebensversicherungen aus stornierten Verträgen Auch dank Hartz IV ist die Stornoquote steil angestiegen. Die Bilanzen der Lebensversicherungen zeigen daher die von der Bundesregierung befürchtete Schieflage der Versicherungskonzerne nicht! Offen bleibt die Frage: Blickt die Bundesregierung nicht durch, oder steht Absicht dahinter?

2. Die Bundesregierung ist verärgert. Diese Verärgerung ist jetzt auch in US-Zeitschriften angekommen. Die Bundesregierung ist dabei, zwei **Agenten** zu enttarnen – und reagiert! Oder lenkt sie nur ab? Die „Frankfurter Allgemeine“ sieht wesentlich mehr „Maulwürfe“ in Ministernähe. Was ich davon halte, steht unter Bremer Montagsdemo.

Die Bundeswehr hat zivile Opfer bei ihrem Einsatz in Afghanistan nachhaltig bestritten. „Monitor“ hat das Gegenteil bewiesen. Die Bundeswehr will nun „prüfen“. Sie könnte auch einfach „Monitor“ Recht geben, die Angehörigen der Opfer angemessen entschädigen und sie und die Öffentlichkeit um Entschuldigung bitten!

3. Auch die Aufteilung in einzelne Gesellschaften war Thema bei „Monitor“. Geprüft wird die Atomindustrie. Es soll festgestellt werden, ob die Rücklagen für den Rückbau der **Atomkraftwerke** und für die Endlagerung reichen. Die Energieerzeuger haben für jedes Atomkraftwerk eine Extra-Tochtergesellschaft gegründet. Das macht nichts, sagt die Bundesregierung, die Haftung bleibe über den Gewinnabführungsvertrag erhalten.

Nun hat Vattenfall für ein AKW den Gewinnabführungsvertrag gekündigt und haftet dadurch nicht mehr für die Kosten des Rückbaus, die nicht durch die Rücklagen gedeckt sind. Scheinbar „verschläft“ die Bundesregierung diese Entwicklung. Es muss eine eindeutige gesetzliche Regelung her, dass die Mütter auch haften, wenn sie sich von den Töchtern losgesagt haben! Offen bleibt die Frage: Blickt die Bundesregierung nicht durch, oder steht Absicht dahinter?

4. Zum Umgang des Versorgers SWB mit seinen Kunden (siehe Vorwoche) stand im „Weser-Kurier“ ein Artikel „Betteln um eine Dusche“. Nach der Lektüre fragt mensch sich: Wie geht dies? Die SWB kündigt den Versorgungsvertrag für die **Wasserlieferung** und liefert kein Wasser mehr, obwohl alle Wasserlieferungen bezahlt wurden! Die SWB ist ein von der Freien Hansestadt lizenziertes Monopolunternehmen für die Wasserversorgung in Bremen. Dieses Verhalten tritt die Menschenrechte mit Füßen! Der Senat muss handeln und nicht weiter auf Einsicht der SWB hoffen!

Die Energieunterbrechung darf nur noch unter strengen Auflagen möglich sein, die das lukrative Geschäft mit dem Ab- und Anklemmen ausbremsen. Einen Notfallfonds zur Vermeidung von Energieunterbrechungen wie in Hannover hat die SWB bereits vor einigen Tagen abgelehnt. Die Stadtwerke Hannover sind überwiegend in öffentlicher Hand. Das Amtsgericht Bremen beurteilt dies als normale Warenlieferungen und hat so auch dem Ausbau von Wasseruhren auf Antrag der SWB zugestimmt. Notfalls hat die Polizei den Gerichtsvollzieher begleitet. Offen bleibt die Frage: Blickt der Senat nicht durch, oder steht Absicht dahinter?

5. Die **Mietobergrenzen**, in Bremen „Richtwerte“ genannt, sind nicht gerichtsfest. Für diese Mieten ist keine entsprechende Wohnung zu haben. Die Mietobergrenzen stehen in einer Verwaltungsanweisung. Die umfassende Regelung unter dem Titel „Arbeitshilfe“ ist 84 Seiten lang. Die Entstehung der „Richtwerte“, warum sie nicht gerichtsfest sind und welche Möglichkeiten der Gegenwehr es gibt, ist insbesondere bei der 443., 451. und 452. Bremer Montagsdemonstration nachzulesen.

Das Sozialgericht Bremen hat die „Suppe“ auszubaden. Bei fehlendem Konzept kann das Sozialgericht die Daten selbst ermitteln oder nach Vorgabe des Bundessozialgerichts gemäß § 12 Wohngeldgesetz (für Bremen Mietstufe 4) plus zehn Prozent als Mietobergrenzen anerkennen. Selbst dies bedeutet für Bremens Haushalt eine Einsparung, denn die angemessene Mietobergrenze liegt oberhalb des so ermittelten Wertes.

Das Landessozialgericht hat bisher die angemessene Miete nach dieser Formel festgesetzt. Noch offen geblieben ist dort die Prüfung, ob dieser Pauschalzuschlag von zehn Prozent ausreichend ist. Somit verschiebt Bremen Verwaltungsaufwand des Jobcenters auf die Sozialgerichte. Langfristig wird das Gericht den qualifizierten Mietspiegel selbst ermitteln lassen. Die Rechnung wird Bremen zahlen müssen, siehe 446. Bremer Montagsdemonstration. Nur ist es bis dahin ein langer Leidensweg der Anspruchsberechtigten.

Bremen ist Haushaltsnotlagenland und hat nun eine Haushaltssperre verhängt. Die Freie Hansestadt hat den Haushaltstitel für die Kosten der Unterkunft teilweise unter Sanktionen verzockt, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration: Mit diesem Mitteln wurden zusätzlich Mitarbeiter(innen) fürs Jobcenter finanziert. Die „Joboffensive“ ist erreicht, die Einsparungszahlen nicht ansatzweise. Die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft werden vorhersehbar steigen.

Laut Verwaltungsanweisung muss jede(r) Umzugswillige vor Abschluss eines neuen Mietvertrags die Einwilligung des Jobcenters einholen. Von der vorherigen Zustimmung hängen weitere Ansprüche ab. Daher gilt es, eine Ablehnung umgehend vom Sozialgericht Bremen prüfen lassen, siehe Vorwochen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Der US-Geheimdienst liest jede Mail: Und wer sie verschlüsselt, gilt als „Extremist“ *(„Tagesschau“)*

Britischer Geheimdienst manipuliert Internet: Das Netz wird mit Propaganda geflutet und der Inhalt von Videoplattformen zensiert *(„Spiegel-Online“)*

Pöbelei und Gewalt: Wenn „Scheißjuden“ gerufen wird, ist keine sachlich begründete Israelkritik mehr möglich *(„Tageszeitung Bremen“)*

Volksverdummung Flaggen-Patriotismus: Deutschland hat sich partiell in eine rechte Demonstration verwandelt *(„Stern“)*

„Ganz exklusiver Klub“: Den rechtsesoterischen „Friedensmahnwachen“ schwinden die Besucher *(„Frankfurter Rundschau“)*

Bei der Bremer „Friedensmahnwache“ redet eine halbe Stunde lang eine ausgekochte Faschistin

Am Sonntag war das Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft. Die deutsche Mannschaft gewann in einem absolut spannenden Spiel, dessen Ausgang bis zuletzt offen war. Bei aller Begeisterung über diese Spiele: Sie wurden von den Herrschenden auch bewusst genutzt, um abzulenken von ihren eigenen Schandtaten, ihrer Korruption, dem durch sie verursachten Hunger und der Not vieler Menschen. „We love football, we hate Fifa!“, lautet ein weltweiter Slogan. Joseph Blatter, Repräsentant des korrupten Verbandes, wurde kaum ins Bild gekommen.

Ein tolles Beispiel, wie die WM auch genutzt werden kann, lieferte die algerische Mannschaft. Sie zeigte nicht nur die Solidarität mit dem geschundenen palästinensischen Volk, indem sie dessen Flagge an ihre Transparente hängte, sondern spendete dem Volk in Gaza ihre gesamte Prämie von neun Millionen Euro für das Erreichen des Viertelfinales! Auf der ganzen Welt herrscht Empörung über den brutalen Bombenterror Israels gegen die Palästinenser in Gaza. Am Samstag gab es große Solidaritätsdemonstrationen mit 10.000 Teilnehmenden in Paris, 5.000 in Den Haag, 3.000 Oslo und Hunderten in deutschen Städten, auch in Bremen.

Was macht die israelische Regierung? Vor dem Bombenterror gegen Gaza können sich die Menschen nicht im Bunker verstecken, es gibt nämlich keine! Noch nicht mal Keller haben sie. Schon über 170 Tote gibt es, viele davon sind Kinder! Jetzt wird eine Bodenoffensive, also die Besetzung Gazas vorbereitet, angeblich wegen der Ermordung dreier Religionsschüler. Das ist aber nur ein Vorwand! Ein ganzes Volk wird dafür in Geiselhaft genommen. In Wirklichkeit geht es um die Niederwerfung jeglicher Freiheitsbestrebung des palästinensischen Volkes. Das ist nur mit Rückendeckung der USA möglich, die nach ihrem jämmerlichen Scheitern im Irak nun wieder verstärkt die „Israel-Karte“ spielen, um den mittleren Osten unter Kontrolle zu halten und Zugriff auf dessen Schätze zu haben. Besonders widerwärtig ist es, wie die Palästinenser in den deutschen Medien nahezu gleichlautend als Terroristen bezeichnet werden.

Solidarität mit dem Volk von Palästina! Schluss mit dem israelischen Staatsterror und dessen Unterstützung durch die Bundesregierung! Hoch die internationale Solidarität! – Jetzt wird sicher wieder der Aufschrei kommen, das sei antisemitisch. Aber den Schuh ziehe ich mir nicht an, und ich glaube, auch sonst

keiner hier! Mit der „Antisemitismus-Keule“ sollten schon immer die Verbrechen der israelischen Regierung unantastbar gemacht werden. Ich warte darauf, dass der Schmierenjournalist Jan-Philipp Hein von der „Bild“-Zeitung morgen wieder seine Hetze ablässt! Wer die rassistische, imperialistische Politik Israels angreift, ist alles andere als ein Antisemit. Im Gegenteil: Die wirklichen Freunde des israelischen Volkes und immer mehr Israelis selbst lehnen diese barbarische Unterdrückung und Vernichtung der Palästinenser ab.

Jetzt komme ich zu den wirklichen Antisemiten. Auch die gibt es, auch hier in Bremen! Ich habe bereits mehrfach erklärt, warum wir als Montagsdemonstration nicht mit der sogenannten Friedensmahnwache, die hier im Anschluss seit einigen Wochen stattfindet, zusammengehen. Ich bin überzeugt: Die Mehrheit der Teilnehmer dieser „Mahnwache“ – auch wenn es immer weniger werden – kommt aus Sorge um den Frieden. Aber deren Initiatoren Andreas Popp, Ken Jebsen, Lars Mährholz und anderen geht es um etwas ganz anderes. Sie vertreten die Auffassung, „wir Deutsche“ müssten uns als „Querfront“ von links bis rechts gegen die Amerikaner und das „dahinterstehende jüdische Kapital“ zusammentun. Das ist nichts Neues. Das ist ein Aufkochen der Nazi-Ideologie!

Vor zwei Wochen sprach hier auf der „Friedensmahnwache“ eine gewisse Birgit mindestens eine halbe Stunde lang, und was sie vertrat (im Video zum Beispiel ab Minute 14:10), lässt einem die Haare zu Berge stehen: „Deutschland war nicht schuld am Ersten und Zweiten Weltkrieg“, „Hitler-Deutschland wurde der Krieg erklärt“, „die USA sind Hauptsiegermacht mit Oberanführer Obama“, „Deutschland ist ein besetztes Land“, „es gibt keinen Friedensvertrag“, „seit 100 Jahren sind alle Kriege von Amerika und der Fed ausgegangen“ und so weiter. Von den Organisatoren dieser „Mahnwache“ – zum Teil stehen einige davon hier – wurde diese ausgekochte Faschistin nur halbherzig durch „höfliches Nachfragen“ unterbrochen. Auch die hinterher beschlossene Distanzierung ist nur halbherzig: Es wurde beschlossen, das Thema „BRD-GmbH“ nicht mehr zu „befassen“.

Es ist aber sicher kein Zufall, dass so eine Person hier so lange reden kann, denn es ist genau die trübe Suppe, die zentral von Berlin ausgeht. Die Organisatoren dieser Veranstaltung betonen immer: „Wir sind weder links noch rechts“. Aber damit wollen sie gerade die Leute einlullen und für die faschistische Ideologie öffnen. Es erinnert mich stark an den Spruch von Kaiser Wilhelm vor dem Ersten Weltkrieg, mit dem er die SPD zur Zustimmung für die Kriegskredite gewinnen wollte und auch gewann: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“. Halbwegs geschickt wird das dann verbunden mit Angriffen auf Angela Merkel, die ja nun nicht so der Freund der Arbeiter und Arbeitslosen ist, sie sei eine „Agentin Israels und der USA“ und habe neben der deutschen auch die israelische Staatsbürgerschaft, sowie mit Angriffen auf Helmut Kohl, der auch nicht gerade unser ausgewiesener Freund ist, er sei ein „Verräter“ und hätte mit den Wiedervereinigungsverträgen Deutschland in Wirklichkeit den USA „ausgeliefert“.

Der Plan der Nazis und des hinter ihnen stehenden deutschen Finanzkapitals war: Zuerst Europa erobern und „deutsch“ machen, dann mit der Sowjetunion den

Bolschewismus unterwerfen und schließlich im „Endkampf“ den Hauptgegner, die USA und das hinter ihnen stehende „jüdische Finanzkapital“, niederringen. Was die heutigen Neonazis – getarnt als „Friedensaktivisten“ – vertreten, ist exakt dasselbe. Auch die scheinbar fortschrittliche Forderung nach Abschaffung des Geldes, der „Zinswirtschaft“, gehört dazu. Auch das hatten die Nazis so in ihrem Programm. Demagogisch unterschieden sie zwischen dem „raffenden Kapital“ (gemeint: die „jüdischen Zinswucherer“) und dem „schaffenden Kapital“. Als ob Kapital jemals „geschafft“ hätte! Mit solchen faschistischen Demagogen wie dieser Birgit oder auch mit Lars Mährholz, der „Pro Köln“ und die NPD unterstützt, kann es keine Gemeinsamkeit geben. Wir zeigen ihnen die Rote Karte! Jeder ehrliche Friedensfreund aber ist herzlich eingeladen, mit uns zusammen auf der Montagsdemo für den Frieden zu demonstrieren!

Wolfgang Lange (MLPD)

Karstadt-Rettung erneut gescheitert: „Heuschrecke mit Herz“ saugt Millionen Euro aus dem Konzern und schafft sie steuerfrei beiseite *(„Rote Fahne News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

480. Bremer Montagsdemo am 21. 07. 2014

Die US-Spionage gegen Deutschland ist umfassend

1. Die Sendung „Fakt“ hat weitere Fakten aufgedeckt: Die Spionage der Amerikaner ist flächendeckend, jede Information wird abgeschöpft und gespeichert. In dem Beitrag werden die Bundestagsabgeordneten vor der Gefahr gewarnt. Die Jalousien runterzulassen, bevor telefoniert wird, ist eine wenig erfolgreiche Maßnahme. Wenn über dem Bundestagsgebäude eine Handy-Abhörvorrichtung installiert wurde, wird jedes Gespräch mitgeschnitten und jedes Handy registriert, auch wenn es ausgeschaltet ist. Die Polizei fahndet mit solcher **Überwachungstechnik** erfolgreich. Nur Handys in der Mikrowelle sind „unsichtbar“. Jede Bewegung des Handys wird registriert, auch wenn es ausgeschaltet ist.

Durch die Registrierung dieser Handybewegung ist nachvollziehbar, wer mit wem wann und wie lange Kontakt hatte. Der Flughafen in Hamburg hat so das Einkaufsverhalten der Flughafengäste festgehalten. Es war nachvollziehbar, wie das Handy sich bewegt hat und welche Shops aufgesucht wurden. Die Verweildauer und der Weg längs der Regale, auch die Unterbrechungen, waren sekunden- und zentimetergenau bestimmbar. Nur das Handy von Frau Merkel werde nicht abgehört? Diese Zusicherung ist unglaubwürdig, weil die Ausnahme bei einem umfassenden Abhörnetz nicht darstellbar ist. Möglich ist es, diese Daten von Frau Merkels Handy nicht auszuwerten und sofort zu löschen. Doch selbst die Speicherung kann bei dem Datenvolumen nicht vermieden werden. Ein selektiver Zugriff ist erst nach der Speicherung wieder möglich.

Der „Fakt“-Bericht hat auch die Verschmelzung von NSA und BND thematisiert. Eine Entflechtung würde personelle Konsequenzen bedeuten. Die EDV-Anwendungen haben „Hintertüren“, die erkannt und beseitigt werden müssen. Die Tochterfirmen der NSA haben viele Auftragsarbeiten für deutsche Behörden durchgeführt – Hintertüren inklusive? Die CDU sieht aber eine Notwendigkeit hierfür. Einfach weiter so? Dass eine Entflechtung nötig wäre, dafür findet der frühere NSA-Mitarbeiter Drake doch recht klare Worte:„Ich will es deutlich sagen:

Deutschland sollte den USA gar nicht trauen, in keiner Weise“. Wie seht ihr, wie sehen Sie diese Spionageaktionen? Bei „Fakt“ kann für ein Meinungsbild abgestimmt werden.

2. Die Rettungsaktion für die deutschen **Lebensversicherungsgesellschaften** – siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration – hat bei der Ausgangslage die Kursentwicklung der Börsenpapiere von plus 67 Prozent nicht berücksichtigt. Aus den Bilanzen sind die Kurssprünge nicht ersichtlich, weil nur der geringere Anschaffungspreis zu bilanzieren ist. Die Versicherungsnehmer sind nun um 40 Milliarden Euro ärmer. Allein im vierten Quartal 2013 betrugen die Kursgewinne für Aktien und Investmentzertifikaten 47 Milliarden Euro!

Nichts zeigt die Position der Bundesregierung klarer: Die Erwerbslosen erhalten mit Hartz IV kein auskömmliches Einkommen, Asylbewerber und Grundsicherungsempfänger ebenfalls nicht, aber die Pfründen der Reichen und selbst der Superreichen werden gehegt! Dies lässt sich ändern! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! Wir haben genug Platz auf dem Marktplatz!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Die Bremer Montagsdemo beteiligt sich am **Straßenfest** in der **Lahnstraße** am Nachmittag des **2. August 2014**, das gleichzeitig der Schlussakkord für das „Kulturhaus Dete“ ist. Zur Vorbereitung findet nach der nächsten Montagsdemo am 28. Juli 2014 ab 19:15 Uhr eine Besprechung im Seemannsheim statt. Weiteres Thema ist die geplante Berlinfahrt.

Psychologische Kriegsführung: Die Kritik am Dauerfeuer auf ein dichtbesiedeltes Gebiet lässt sich nicht als „Judenhass“ abtun *(„Rote Fahne News“)*

Disziplinierter Protest gegen Krieg in Gaza: Auch Teile der Politik der reaktionär-islamistischen Hamas sind fragwürdig *(„Rote Fahne News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

481. Bremer Montagsdemo am 28. 07. 2014

Der Mindestlohn wurde in letzter Minute noch löchriger als geplant verabschiedet

1. Ein Bericht von „Report Mainz“ deckt auf: Die Zeitungsverleger haben erfolgreich Druck ausgeübt. „Falls die Änderungen für unsere Zeitungszusteller nicht im Gesetz stehen, stehst ihr nicht mehr in unserer Zeitung!“ Es war keine fürsorgliche Bitte: Der neue **Mindestlohn** von 6,38 Euro bedeutet für viele Zeitungszusteller eine Lohnminderung. 8,50 Euro werden dank der kurzfristigen Gesetzesänderung erst ab 2017 erwogen. Ein Abgeordneter hat dieses Vorgehen geschildert.

Die zweite Veränderung in letzter Minute sind die Rahmenbedingungen für Saisonarbeiter. Hier hat der Bauernverband Herrn Altmeier seine Änderungswünsche mit auf den Weg gegeben. Drastische Worte sollen die Wünsche untermauert haben: „Deutsches Gemüse findet nicht mehr statt“, „die Arbeitsplätze werden gestrichen“. Es hat gereicht, die Landwirte haben eine Änderung bewirkt.

Anzumerken ist, dass die Zeitungsverleger den Mindestlohn in Stücklohn umrechnen wollen. Dies haben Betriebsräte und Verdi im Vorfeld kritisiert. Beide Änderungen gehen zulasten der Arbeitnehmer, es gab keine kurzfristige Änderung zu ihren Gunsten. Aus meiner Sicht zeigt dieses Verhalten der Regierung wenig Standfestigkeit. Ein Verhalten wie in einer Bananenrepublik!

Kurz etwas Positives: Behinderte bekommen den ungekürzten Regelsatz, auch wenn sie mit den Eltern zusammenleben und einen eigenen (Teil-)Haushalt führen. Die Verfahren werden an die Instanzen zurück überwiesen, weil Details offen sind. Frank Jäger hat den notwendigen Antrag bereits vorformuliert. Dadurch wird der Anspruch auch rückwirkend erreichbar.

2. Das **Freihandelsabkommen** mit den USA war Thema bei „3Sat“. Die Verhandlungen laufen geheim, selbst die Politiker des EU-Parlaments werden nicht infor-

miert und bekommen auch keine Auskunft. Falls sie doch etwas erfahren, dürfen sie diese Information nicht verwenden. Die Gespräche erfolgen unter Einbindung der Wirtschaftsverbände, Verbände der Verbraucher sind nicht eingeladen. Bereits der Text zur Sendung ist heftig. Er übertreibt leider nicht:

„Nicht Parlamentarier, sondern Fachbeamte und Konzernberater sitzen bei den Verhandlungen exklusiv am Tisch. Eine Teilhabe demokratisch legitimierter Akteure ist nicht vorgesehen. Setzen sich die Unternehmen und ihre Lobbyisten durch, könnten Deutschland und Europa hinter gesetzte Standards zurückfallen: Grenzwerte für toxische Belastung könnten sinken, das Recht auf Privatsphäre eingeschränkt, die Errungenschaften des Arbeitsschutzes aufgeweicht und die Fortschritte der Klimapolitik zunichte gemacht werden."

Diese Sendung zeigt viele Details und bestätigt auch die bisherigen Beiträge (siehe Bremer Montagsdemonstration). Dabei wird auch die Auswirkung des Freihandelsabkommens für die Staaten außerhalb dieser Freihandelszone beleuchtet. Die Entwicklungsländer und auch die anderen Industriestaaten werden belastet. Sie werden unter diesen Absprachen leiden.

Besonders betroffen gemacht hat mich der Bericht über „Gen-Felder" und die Resistenz der Unkräuter gegen das eingesetzte Insektenvertilgungsmittel. Der Lieferant hatte es auf das Saatgut abgestimmt. Das ging einige Zeit gut, doch jetzt müssen Felder wegen starken Unkrautbefalls aufgegeben werden. Auch die Nutzpflanzen bringen keine Ertragssteigerung mehr Die Genveränderung hat also andere Anfälligkeiten geschaffen. Über 60 Prozent aller Nahrungsmittel in den USA haben Gentechnik-Bestandteile.

In den Hähnchenschlachtbetrieben werden die Bänder beschleunigt. Die kürzere Verweildauer der Hähnchen im Chlorbad wird durch weitere Chemie ausgeglichen. Geprüft wird, ob die Mischung die Keime abtötet; die Auswirkung auf Menschen und auf die Umwelt wird nicht geprüft. Diese Prüfungen sind nicht Voraussetzung für die Zulassung. Die neue Chemiemischung hat Beton zerstört, sagt eine ehemalige Mitarbeiterin. Dieser Bericht zeigt auch die Auswirkungen auf die Arbeitswelt, den Fortschritt, die ohnmächtige Nichtreaktionsmöglichkeit auf neue Erkenntnisse, die auch nur eine Einschränkung der Verkehrsfähigkeit bedeuten.

„3Sat" hat anschließen eine Diskussionsrunde mit Gerd Scobel zu dem Thema aus dem Jahr 2013 wiederholt. Auch diese Sendung hat Tiefe. Bei den Argumenten muss mensch berücksichtigen, dass 2013 noch nicht bekannt war, dass die USA die Kontrolle in den Schlachthöfen um 40 Prozent reduzieren und dass das Chlor durch weitere Chemikalien ergänzt wird, um die höhere Geschwindigkeit der Schlachtbänder auszugleichen.

Die Bestimmungen zum Investorenschutz sind besonders nachteilig für Verbraucher und für unser Demokratieverständnis, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Investorenschutz hat in unserem Rechtssystem nichts zu suchen! Der Klageweg vor ordentlichen Gerichten steht jedem Investor offen. Geheimverhandlungen wurden vor langer Zeit mit dem Sturm auf die Gerichte beendet. Die Bürger haben sich die Anwesenheit im Gerichtssaal und die öffentliche

Verhandlung erstritten. Zurück ins Mittelalter wollen wir nicht! Wir wollen Offenheit und Transparenz bereits bei der Verhandlung des Abkommens!

Aktuell hat die Bundesregierung die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit Kanada wegen des Investorenschutzes abgelehnt. Das Abkommen selbst ist immer noch nicht öffentlich! Hoffentlich knickt die Bundesregierung nicht wie beim „Gen-Mais“ ein. Die Auswirkungen des Investorenschutzes sind immens: Vattenfall verklagt Deutschland wegen des Ausstiegs aus der Atomkraft. Der Konzern kann aufgrund des Investorenschutzes von der Bundesregierung den vermutlich entgangenen Gewinn einklagen. Die deutschen Unternehmen haben diese Möglichkeit nicht.

Eine Zigarettenfirma verklagt bereits zwei Staaten, weil diese ihre Bürger stärker auf die Folgen des Rauchens hinweisen. Insgesamt sind 500 Klagen anhängig. Ist das „Neuland“? Laut „3Sat“ ist auch ohne diese Investorenschutzklausel der Vertrag mit Hintertüren für Industrie-Interessen versehen. In den Berichten um die Freihandelsabkommen zeigt sich die Unternehmerfreundlichkeit der EU, die Deutschland bereits vor längerer Zeit in „Metropolregionen“ aufgeteilt hat. Diese Aufteilung erfolgte über die Grenzen der Bundesländer hinaus. In den „Metropolregionen“ sind Schattenregierungen in Vereinsform installiert.

In diesen Schattenregierungen müssen Vertreter der Wirtschaft beteiligt werden. Dies geschieht ohne Wahl, ohne Mitwirkung der Wähler! Die Auswirkungen der Schattenregierungen sind kaum öffentlich. Eine davon ist Bremen recht spät aufgefallen: Ohne Mitwirkung und Unterschrift der Metropolregion kann die Hansestadt keine EU-Förderung beantragen, siehe Bremer Montagsdemonstration. Scheinbar wird in den Vereinen die „Verwaltungsfestigkeit“ hergestellt. Die Übertragung der Regierungsfunktion ist dann einfach. Damit es nicht dazu kommt, ist dieses Konstrukt Metropolregion zu beenden!

3. Die USA haben das Gefangenenlager Guantanamo für Neuzugänge geschlossen Die **Geheimgefängnisse** in Europa sind schon länger nicht mehr geheim. Polen wurde aktuell vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Beihilfe bei der Inhaftierung zu Schadenersatz verurteilt. Falls die USA ihre Praxis unverändert fortsetzen, stellt sich die Frage nach geeigneten Gefängnissen für Gefangene – oder nicht?

Die USA haben sich scheinbar für Mord entschieden: Mord ohne Anhörung, Gerichtsverfahren und Sicherheit, dass dieser Mensch sich strafbar gemacht und Unrechtes getan hat! Einfach gezielt umbringen, Nebenwirkung inklusive. Dieses abscheuliche Verhalten ist einer Demokratie unwürdig! Die USA werden lange unter den Folgen dieser Handlungen zu leiden haben. Plötzliche Kriege oder Gewaltausbrüche werden so erklärlich.

Wir sind mitschuldig: Wir akzeptieren die Drohnennsteuerung von Stützpunkten in Deutschland aus. Auch wir liefern den USA Daten für den Mord per Drohne, anscheinend auch Informationen von Asylbewerbern über ihre heimatliche Umgebung. Der Bremer Murat Kurnaz war unschuldig in Guantanamo. Offenbar wur-

de er wegen einer „US-Fangprämie“ beschuldigt. Er konnte seine Unschuld beweisen, siehe Bremer Montagsdemonstrationen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! Wir haben genug Platz auf dem Marktplatz!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

In der **Lahnstraße** steigt am Nachmittag des **2. August 2014** ein **Straßenfest** als Schlussakkord für das „Kulturhaus Dete“. Die Bremer **Montagsdemo** plant ein **Fest** am **Samstag**, dem **6. September 2014**, eine Woche vor der Fahrt zur **Großdemonstration** in **Berlin** am **13. September 2014**, zu der wir gemeinsam im Bus fahren wollen.

Sechs Jahre Krise: Sprunghaft angestiegene Staatsverschuldung der kapitalistischen Länder wird künftiges Wirtschaftswachstum bremsen *(„RF-News“)*

Gaucho-Pleite: Ist Gier ein schützenswertes Rechtsgut? *(„Tageszeitung“)*

Propagandalüge: Hamas ist nicht verantwortlich für den als Grund für die Gaza-Besatzung genannten Mord an israelischen Jugendlichen *(„RF-News“)*

Hamas lehnt Existenzrecht Israels ab: Müssen die Palästinenser „zur Vernunft gebombt“ werden wie die Deutschen im Zweiten Weltkrieg? *(„Tageszeitung“)*

„Das hat mit Gaza nichts zu tun“: „Warum gibt es keine Welle der Solidarität mit uns Juden?“ *(„Spiegel-Online“)*

Getötete Kinder, Frauen, Zivilisten: Uno bewertet israelischen Beschuss ihrer Schule in Gaza als Kriegsverbrechen *(„Spiegel-Online“)*

„Wir haben ein paar Leute gefoltert“: Piesepampel stimmt die Öffentlichkeit schon mal auf den CIA-Untersuchungsbericht ein *(„Spiegel-Online“)*

„Die Seuche ist zwar außer Kontrolle“: „Aber wir wissen, wie wir sie stoppen können“ *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

482. Bremer Montagsdemo am 04. 08. 2014

Zehn Jahre Montagsdemonstration

1. Am 26. Juli 2004 ging es in Magdeburg los. Zehntausend Menschen demonstrierten unter der Losung „Weg mit Hartz IV – das Volk sind wir!“ Rasend schnell breiteten sich die Montagsdemonstrationen in ganz Deutschland aus. Am 23. August 2004 nahmen bereits 250.000 Menschen in 230 Städten teil. In Bremen begannen wir am 16. August 2004. Dabei war Hartz IV, also das vierte der **Hartz-Gesetze**, erst das widerliche Tüpfelchen auf dem „i“.

Schon mit Hartz I und II wurden wir angegriffen und der Leih- und Zeitarbeit grenzenlos die Tür geöffnet. Es entstanden Billiglohnsektoren: Deutschland hat heute den größten Prozentsatz an Niedriglöhnern in Europa, nur in Litauen sind es noch ein paar mehr. Wer kriegt heute denn eine unbefristete, „normal“ bezahlte Arbeitsstelle? Es gibt fast nur Zeit- und Leihverträge, und noch übler: Vertragsarbeit. Und dann Hartz IV.

Das bedeutet: Nur noch zwölf Monate Arbeitslosengeld, bloß den Hungersatz von anfangs 345, heute 392 Euro. Davon kann man nicht leben – jedenfalls nicht sich gesund ernähren und am kulturellen Leben irgendwie teilnehmen. Und dann die ganzen Demütigungen und Bespitzelungen: Man könnte ja in einer nicht gemeldeten „Bedarfsgemeinschaft“ wohnen! Dagegen kriegt der Auftragsschreiber und Erfüllungsgehilfe Schröders und der Monopole, Peter Hartz, heute 25.000 Euro Rente im Monat.

Wer aber sein Leben lang gearbeitet hat, kriegt fast nichts – und später eine Rente, von der er auch nicht leben kann. Die Lebensleistung der Menschen wird mit den Füßen getreten! Wir haben allen Grund, weiter die Hartz-Gesetze zu bekämpfen! Zehn Jahre Hartz-Gesetze sind kein Grund zu feiern, wohl aber zehn Jahre Montagsdemonstrationen: Das ist ein guter Grund zu feiern! Egal ob Sonne oder Regen, Sommer oder Winter, Kälte oder Hitze – wir geben nicht auf, uns für soziale Gerechtigkeit einzusetzen!

Unsere Standards und Prinzipien waren der Garant, zehn Jahre durchzuhalten: Offenes Mikrofon, antifaschistische Grundlage, Elemente der direkten Demokratie wie öffentliche Abstimmungen, Delegiertenprinzip, Überparteilichkeit und finanzielle Unabhängigkeit. Solche klaren Grundsätze fehlen der sogenannten

Friedensmahnwache, weshalb sie von faschistischen Kräften missbraucht werden kann und wird.

Montag ist Widerstandstag! Wir sind die erste Anlaufstelle bei Streiks, bei Katastrophen wie Fukushima – da schwoll die Montagsdemo gleich auf mehrere Hundert Menschen an, nicht nur hier! – oder etwa Projekten wie „Stuttgart 21“. Am **13. September 2014** fahren wir nach **Berlin** – zur **11. bundesweiten Herbstdemo**, zu der die bundesweite Montagsdemobewegung aufruft. Wir fahren mit dem **Bus**, fahrt alle mit!

Auch wenn die Merkel/Gabriel-Regierung bemüht ist, sich ein soziales Image zu geben, trägt ihre Politik massiv zur Verschärfung der Umweltkrise bei. Mit der Anschaffung von Drohnen und aggressiven Tönen von Gauck verschärft sie ihre Außenpolitik. Ihr Geheimdienst ist tief in den Sumpf um das NSU-Mordtrio verstrickt. Wir versprechen: Mit unserem Widerstand habt ihr zu rechnen! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Montag ist Tag des Widerstands!

2. Solidarität mit dem palästinensischen **Freiheitskampf**! Wieder wurden zahlreiche Kinder vom israelischen Bombenterror getötet: Sie saßen im Schatten bei ihrer Schule, sie waren auf einem Markt in Gaza, als während einer Feuerpause die Bomben und Raketen einschlugen. Es gibt schon 1.800 Tote, auch acht Journalisten wurden getötet. Der Krieg gegen die Palästinenser ist grausam, er ist barbarisch, er ist Terror! Den willkommenen Anlass dazu lieferte die Ermordung dreier Religionsschüler, für die angeblich so grausam Rache genommen wird. Inzwischen ist klar, dass die Hamas dafür gar nicht verantwortlich war.

Dieter Graumann, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, behauptet, in Deutschland gebe es eine „neue Welle des Antisemitismus“, was von der „Bild“-Zeitung begierig aufgegriffen wird. Es werde gegrölt, dass „Juden vergast“ werden sollen. Zu Recht fragt der Verleger Abraham Melzer, selbst Jude, wo Graumann das denn gehört habe, und fährt fort: „Das ist unverantwortliche Hetze. Ich lebe auch in Deutschland, so wie er, und ich sehe nirgends eine Welle des Antisemitismus“.

Immer schon wurden für verbrecherische Kriege Vorwände gesucht oder geschaffen. Vor hundert Jahren begann der Erste Weltkrieg. Bis heute wird behauptet, die „Ursache“ dafür sei die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo gewesen. So wird es in den Schulen gelehrt, und so steht es immer wieder in vielen Artikeln, gerade dieser Tage. Das ist hundertprozentiger Quatsch: Es war eben nur der Anlass, der Vorwand. In Wahrheit ging es um die Neuaufteilung der Welt: Die aufstrebende imperialistische Macht Deutsches Reich und dessen herrschende Klasse sahen sich einerseits als benachteiligt und andererseits in der Lage, den „alten“ Mächten ihre Besitztümer (Kolonien, Bodenschätze, Arbeitssklaven) zu entreißen. Das war der Kriegsgrund. Im Ergebnis starben 17 Millionen Menschen.

Zweites Beispiel: Vor 50 Jahren begann der Vietnamkrieg. Der Vorwand lautete diesmal: Ein US-amerikanisches Schiff wurde in der Tonkin-Bucht beschos-

sen. Heute weiß man, und das steht sogar im „Weser-Kurier“, dass der inzwischen etwas bekanntere US-Gemeindienst NSA den Vorfall selbst inszeniert hatte. Der Angriffsplan auf Nordvietnam war schon wochenlang vorher fertig. So konnte das Bombardement Vietnams losgehen, an dessen Ende Millionen Tote und vergiftetes, verbranntes Land standen – noch heute sterben Menschen an den Folgen, Babys kommen missgebildet zur Welt –, aber auch ein siegreiches Volk: Das kleine Vietnam hatte die Supermacht geschlagen und gedemütigt!

Heute verfolgen wir Israels Bombenterror auf Gaza. Der Vorwand sind drei getötete Schüler. Der wahre Grund ist: Israel will mit allen Mitteln verhindern, dass es einen eigenständigen palästinensischen Staat gibt. Gerade in dem Moment, als Hamas und PLO aufeinander zugingen, begann deshalb die dauerhafte Besetzung Gazas. Vor dessen Küste Gazas lagern große Erdgasvorkommen. Die USA und Deutschland unterstützen diesen Terror, um damit weiter Einfluss auf den ganzen Mittleren Osten zu haben. Freiheit für Palästina! Schluss mit der Aggression des Staates Israel! Solidarität mit der Friedensbewegung in Israel! Sofortiger Stopp der militärischen und moralischen Unterstützung der israelischen Regierung durch die Bundesregierung!

Wolfgang Lange (MLPD)

Anlass sind Hitze und Algenblüte: Aber die Gründe für das Fischsterben in der Elbe sind Überdüngung, Salzeinleitung und Ausbaggerung *(„RF-News“)*

Jagt diesen Mörder aus dem Amt!

1. Barack Obama hat festgestellt, dass Foltern nicht mit den Grundrechten der USA vereinbar ist. Er und seine Vorgänger haben trotzdem foltern lassen. *Grundsätzlich* wurde gefoltert! „Einige Gefangene“ – diese Bewertung kann nur im Vergleich mit der gesamten Weltbevölkerung gemeint sein! Einige Tausend Menschen wurden so verschleppt und misshandelt, *ohne* Gerichtsverhandlung. Wie wenig Anklagendes in dieser Berichterstattung steht, ist beklemmend.

Die CIA hat die Tatsachenveröffentlichung über die **Folterungen** verhindern wollen und dazu relevante Dateien auf den Rechnern der Verfasser verschwinden lassen oder verändert. Dies wurde erst dementiert und nun per Entschuldigung zugegeben. Obama wird weiterhin per Drohne morden, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Die Proteste, die Reaktionen der Weltbevölkerung werden alle Amerikaner treffen. Jagt diesen Mörder aus dem Amt! Die Menschen

in Amerika haben einen solchen Präsidenten nicht verdient. Die Amerikaner sind freundlich, höflich und sehr entgegenkommend. Insofern habe ich die Hoffnung, dass die Rückwirkung dieser Morde auf Zuruf die Amerikaner wachrüttelt.

Die Datensammelwut der NSA wird durch die aktuelle Debatte nicht gebremst. Die Daten aus Irland, bisherige und zukünftige, soll „Facebook“ der NSA überlassen. Der Streit läuft schon länger. Microsoft wurde verurteilt, alle Daten aus Europa der US-Regierung zu überlassen. Dieses Urteil eines US-Gerichts ist noch nicht rechtskräftig. Insgesamt sind dies weitere Fakten, um die geheimen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA öffentlich zu machen und *kein* Freihandelsabkommen alter Art wie mit Kanada zu unterzeichnen!

2. Die SWB will sich ändern? Im „Weser-Kurier“ vom 30. Juli 2014 stand ihre Erhöhung des Wasserpreises: „Trinkwasser wird teurer“ und „Bevor der Hahn zugedreht wird“. Die SWB will nach der Sommerpause Einladungen zu einem „Runden Tisch“ verschicken. Dies ist gut – aber warum nicht sofort? Warum wird bis dahin weiterhin abgestellt? Wenn schon ein solch langer Vorlauf, dann aber ein sofortiger Stopp aller Versorgungsunterbrechungen! Die Notwendigkeit ist gegeben, denn die SWB geht selbst von einer Steigerung der **Versorgungsunterbrechungen** aus!

Die Nöte der säumigen SWB-Kunden sind mannigfaltig. Nicht einer hat seine Probleme in die Zentrale der SWB transferiert. Irgendwie komisch! Niemand wurde gefragt. Die SWB habe mit einer Reihe von Maßnahmen „versucht, die Zahl der Sperren zu reduzieren“. Leider nennt der „Weser-Kurier“ keine Details. Werden die Außendienstmitarbeiter der SWB künftig bei ihren Abstellaktionen die aktuellen Forderungsbeträge, den Kontoauszug mit Einzelbeträgen, gegen die säumigen Kunden zur Verfügung haben? Heute kommt die letzte Zahlungsaufforderung mit der Gesamtsumme plus Kosten in den Briefkasten. Bei der Versorgungsunterbrechung hat der SWB-Mitarbeiter auch nur eine Gesamtsumme, *ohne* Einzelbeträge.

Der Kunde und der SWB-Mitarbeiter könnten mit dieser detaillierten Unterlage sofort Unstimmigkeiten feststellen. Oftmals sind kurzfristige Zahlungen des Kunden nicht berücksichtigt. Hinzu kommt, dass die letzte Mahnung und auch der Besuch zur Versorgungsunterbrechung sich nach der Auslastung der Handwerker richten. In der Vergangenheit wurde auch Wasser abgestellt, wenn das Konto ein Guthaben auswies. Dabei wurden zum Beispiel die Rückstände aus den Stromlieferungen einfach saldiert. Strom kann nur im Hause abgestellt werden, Wasser vor der Haustür. Zu diesem „trockenen“ Thema siehe 477. Bremer Montagsdemonstration.

Bei der 440. Bremer Montagsdemonstration ist die Antwort des Senats zur „Trockenlegung“ durch die SWB nachzulesen. Die Mieter in Mehrfamilienhäusern sollen vom „Runden Tisch“ nicht profitieren. Die SWB kann auch diese Mieter vor der Trockenlegung bewahren, siehe 478. Bremer Montagsdemonstration. Die SWB will sich hoffentlich tatsächlich bewegen und nicht nur die Vertragsverhand-

lungen mit der Stadt ohne dieses Thema überstehen. Daher sofortige Unterbrechung der Versorgungsunterbrechungen! Die dabei zu gewinnenden Erfahrungen können die Lösung sicher beschleunigen.

3. Die Bremer Straßenbahn AG schwimmt in Geld? Der freiwillig ausscheidende Chef nimmt noch einen ordentlichen Batzen davon mit. Er geht so kurzfristig, wie dies kein normaler Angestellter tun könnte, der sich Sorgen um eine Schadenersatzforderung machen müsste, wenn er seine Kündigungsfrist nicht einhält. Einem „Normalo“ würde beim Arbeitslosengeld die Abfindung angerechnet, weil er die Kündigungsfrist nicht eingehalten hat. Werden jetzt die Tickets billiger und der Verlustausgleich durch Bremen geringer? Leider tritt das Gegenteil ein. Schon die Finanzierung der neuen Straßenbahnen breitet Kopfschmerzen.

Demgegenüber hat der Mindestlohn die Leiharbeiter in **Werkverträge** „gejagt“. Die ZDF-Sendung „Zoom“ zeigt: So einfach geht das zwar nicht, trotzdem wird es vielfach gemacht. Die Kriterien der Werkverträge werden dort benannt. Wer sich wehren will, sollte seine Arbeitstage dokumentieren: Einfach aufschreiben, woher die Arbeitsanweisungen kamen und wie Störungen abgehandelt wurden. Zuständig für die Werkverträge ist der Zoll. Einfach nachfragen und Unterstützung absprechen. Natürlich kennt auch die Gewerkschaft diese Unterschiede.

Auch die Firma Netto hatte Werkverträge. Der Zoll hat sie untersucht und für unzulässig befunden. Netto hat sich mit dem Zoll auf eine Strafzahlung in Millionenhöhe geeinigt und außerdem die Sozialversicherungsbeiträge nachgezahlt. Der Zoll war für diese Netto-Werkvertragsarbeiter ein rettender Engel! Die Regierung hinkt auch hier hinter den Gestaltungen her. Die Arbeiter(innen) zahlen die Zeche! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Schlauer Stromzähler: „Ich weiß, welche Filme du guckst“ *(„Spiegel-Online“)*

Blöde Telekom: „Wir wissen nicht, wann wir für dich Zeit haben“ *(„Spiegel“)*

Neues Kohlekraftwerk in Stade verstärkt drohende Klimakatastrophe

Wir erleben in diesem Sommer nicht nur in Deutschland extreme Unwetter mit Gewittern und monsunartigen Regengüssen. Letzte Woche waren erneut Nordrhein-Westfalen, aber auch das südliche Niedersachsen und Baden-Württemberg von

Starkregen und Überschwemmungen betroffen. Das ist eine Folge der Klimaerwärmung, die sich immer mehr beschleunigt.

Doch statt die klimaschädliche Kohleverstromung zurückzufahren, wird sie durch die Politik von Bundesregierung und EU noch ausgebaut. Unter den 30 europäischen Kraftwerken mit dem höchsten Kohlendioxid-Ausstoß waren 2013 gleich neun aus Deutschland, drei davon stehen in Nordrhein-Westfalen. Das geht aus einer Studie des „World Wide Fund for Nature“ hervor. An erster, zweiter und fünfter Stelle dieser neun größten deutschen Klimakiller stehen die RWE-Kraftwerke Neurath, Niederaußem und Weisweiler.

Letzte Woche hat der Stadtrat von Stade dem Bau eines neuen Kohlekraftwerks auf dem Gelände des Chemiewerks Dow zugestimmt. Das 1,2-Milliarden-Euro-Projekt an der Elbe wird jedes Jahr fünf Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen und damit die heraufziehende Weltklimakatastrophe weiter beschleunigen. Gabriele Bruckhausen von der „Bürgerinitiative Stade – Altes Land“ warnt: „Es gibt keine ungefährlichen Grenzwerte für Quecksilber, Blei oder Feinstäube, da sich diese Stoffe im Körper anreichern“.

„Greenpeace“ verweist auf die Studie „Tod aus dem Schlot“. Darin ermittelte die Universität Stuttgart, wie sich Kohlekraftwerke auf die menschliche Gesundheit auswirken: „Feinstaub, Ozon, Stickstoff und Schwefeldioxid, die beim Verbrennen von Kohle entstehen, beeinträchtigen die Gesundheit auf vielfältige Weise“. Demnach würde das Stader Kraftwerk pro Jahr europaweit zu fast 17.000 krankheitsbedingt ausfallenden Arbeitstagen führen und den Menschen das Leben um insgesamt mehr als 800 Jahre verkürzen.

Gegen solche Pläne regt sich zunehmender Widerstand. In Stade demonstrierten Umweltschützer vor und während der Ratssitzung. Am Sonntag ging das „Klimacamp Rheinland“ zu Ende, bei dem circa 200 Teilnehmer(innen) mitgemacht hatten und besonders der Stromkonzern RWE ins Visier genommen wurde. Das **Klimacamp** im **Lausitzer Braunkohlegebiet** findet vom **16. bis 24. August 2014** statt. Für den 23. August rufen mehrere Umweltorganisationen zur ersten internationalen **Anti-Kohle-Kette** von Kerkwitz (Deutschland) bis Grabice (Polen) auf.

Der Aufbau einer kämpferischen Umweltgewerkschaft nimmt Fahrt auf. Im Entwurf ihres Programms setzt sie sich auch für Sofortmaßnahmen im Klimaschutz ein. Sie fordert eine drastische Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen um 90 Prozent bis 2030 durch die Umstellung auf hundertprozentig erneuerbare Energien.

Um durchzublicken und aktiv zu werden für die Rettung der Umwelt kann ich das Buch „Katastrophenalarm! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“ sehr empfehlen. Die Hauptursachen dieser Zerstö-

rung liegen in der kapitalistischen Profitwirtschaft – deshalb ist ein gesellschaftsverändernder Kampf notwendig. Erst im echten Sozialismus wird es keine Ausbeutung von Mensch und Natur mehr geben.

Wir sollten uns bereits heute dafür engagieren, dass sich eine weltweite Widerstandsfront zur Rettung der Umwelt entwickelt. Die nächste Gelegenheit wird der internationale **Anti-Fracking-Tag** am **11. Oktober 2014** sein. Unsere Montagsdemo sollte dazu beitragen, dass wir hier auf dem Marktplatz ein starkes Zeichen für das Verbot des Fracking setzen!

Harald Braun

Bullen raus: Demonstrationen sind die körperliche Sichtbarmachung von *gemeinsamen* Überzeugungen *(„Tageszeitung“)*

Militarisierung im digitalen Zeitalter: Wir befinden uns mitten im Krieg *(„Bremer Friedensforum“)*

Du bist doch ein Terrorist: Sonst hätten wir dich nicht in unserer Datenbank *(„Spiegel-Online“)*

Zwangszensur ist inakzeptabel: „Wikipedia“ sagt, welche ihrer Artikel nicht mehr zu googeln sind *(„Spiegel-Online“)*

Mach dich frei: Schleimeimer bittet ausländische Agent(inn)en um Enttarnung *(„Spiegel-Online“)*

Skandal im Sperrbezirk: Hader und Hauen um Modell Christine *(„Spiegel“)*

„Heil Kräuter“: Rechtsradikale tarnen sich als Veganer *(„Stern“)*

Plasmatentakel an Dinosaurierfuß: Können außerirdische Köstlichkeiten den Proteinbedarf der Menschheit decken? *(„Spiegel-Online“)*

Weshalb eine Pille 700 Euro kosten darf: Obwohl auch das „Lichthormon“ Vitamin D gegen Hepatitis C und Befindlichkeitsstörungen seltsamer Art hilft *(„Spiegel-Online“)*

Schoko-Veganer-Kuchen: Je zwei Gewichtsteile Weizengluten und Sojamehl, dazu je ein Gewichtsteil Kakaopulver sowie gemahlene Kürbiskerne, Para- und Walnüsse, Sesam- und Leinsamen, Mandeln und Mohn ergeben die Hauptzutaten für einen Teig mit rund einem Drittel Eiweißgehalt der Trockenmasse *(Bundeslebensmittelschlüssel)*

Früher wurde mehr marschiert: Den vom Reichsvollkornbrotausschuss genannten Tagesbedarf von einem Gramm Protein je Kilogramm Körpergewicht hat die Deutsche Gesellschaft für Ernährung um ein Fünftel gekürzt *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

483. Bremer Montagsdemo am 11. 08. 2014

Zehn Jahre bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung

Die bundesweite Montagsdemonstration mit ihrem Motto „Montag ist Tag des Widerstands – Weg mit Hartz IV – Das Volk sind wir!“ feiert im August ihren zehnten Geburtstag. Die Koordinierungsgruppe gratuliert allen Montagsdemos – von der Küste bis zu den Alpen, in Ost und West – ganz herzlich! Im August 2004 entstanden die Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 bundesweit in über 100 Städten.

Von einigen immer wieder belächelt, von manchen sogar totgesagt, hat sich die bundesweite überparteiliche Montagsdemonstration zum sozialen und immer mehr auch zum ökologischen Gewissen in vielen Städten entwickelt. Es ist einmalig, dass eine Widerstandsbewegung einen so langen Atem beweist. Wir haben dafür gesorgt, dass die Kritik und der Widerstand gegen diese unsoziale Politik nie aus der Öffentlichkeit verschwunden sind. In den letzten Jahren haben wir auch einige neue Geschwister und Nachahmer bekommen wie die Montagsdemonstrationen gegen „Stuttgart 21“ oder gegen die Flughafenerweiterung in Frankfurt.

Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung hat in ihren zehn Jahren so manche Bundesregierung überlebt: Schröder, Fischer, Westerwelle, Rösler und Müntefering, sie alle sind weg – die Montagsdemos dagegen sind immer noch in 80 Städten da und quicklebendig! In den letzten Tagen hat sich der Vizekanzler und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel zu einer unverschämten Hetze gegen Hartz-IV-Bezieher verstiegen: Er verglich sie mit „überflüssigen Kohlekraftwerken“, für die die Energiemonopole aufgrund gewachsener erneuerbarer Energien Entschädigungen fordern: „Was der Kapazitätsmarkt nicht werden kann, ist so was wie Hartz-IV für Kraftwerke: Nicht arbeiten, aber Geld verdienen“.

Mal sehen, wie lange es Herr Gabriel noch als Vizekanzler macht! Nach zehn Jahren ziehen wir heute folgendes Fazit: Die Erwerbstätigkeit ist zwar gestiegen, aber nur auf Kosten einer immensen Ausweitung von Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und

Niedriglöhnen. Millionen müssen trotz Vollzeitjob noch mit Arbeitslosengeld II aufstocken. Altersarmut ist für viele vorprogrammiert. Jedes siebente Kind lebt von Hartz IV. Über die Hälfte aller unter-25-jährigen Beschäftigten in Deutschland arbeitet zu Niedriglöhnen.

Der jetzt von der Bundesregierung beschlossene Mindestlohn gilt nicht für Jugendliche unter 18 Jahren und nicht für Auszubildende! Unter dem Vorwand von „Vereinfachung“ und „Bürokratieabbau“ plant die Bundesregierung Ende des Jahres weitere Verschärfungen bei Hartz IV: Mietzuschüsse sollen gedeckelt, Sanktionen beim ALG II verschärft werden. Nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen werden damit bekämpft! Wir werden unseren Widerstand fortsetzen, bis die Hartz-Gesetze vom Tisch sind!

Ein Markenzeichen unserer Bewegung ist, dass sie über den Tellerrand schaut. Wir waren solidarisch mit den Volksprotesten in der Türkei gegen die konservative Erdogan-Regierung; mit den griechischen Stahlarbeitern aus Griechenland, die um ihre Arbeitsplätze kämpften; mit den Flüchtlingen aus Lampedusa und vielen mehr. Gegenwärtig ist uns die Solidarität mit dem Freiheitskampf des palästinensischen Volkes und der Protest gegen den mörderischen Bombenterror Israels ein besonders Anliegen. Hoch die internationale Solidarität!

Im Gegensatz zu den „Montagsmahnwachen für Frieden“ finden unsere Kundgebungen und Demonstrationen konsequent auf antifaschistischer Grundlage statt. Faschisten, Rassisten und religiöse Fundamentalisten haben bei uns nichts zu suchen – weder am offenen Mikrofon noch inkognito auf dem Platz! Ein ganz besonderer Höhepunkt der Aktivitäten unserer bundesweiten Montagsdemo ist die **11. Herbstdemonstration gegen die Regierung** am **13. September 2014** in **Berlin**, zu der wir alle kämpferischen Arbeiter und Arbeitslosen, rebellischen Jugendlichen, couragierten Frauen, Umweltkämpfer, Antifaschisten und friedensbewegte Menschen ganz herzlich einladen!

Pressemitteilung von Fred Schirrmacher
(Koordinierungsgruppe Bundesweite Montagsdemonstration)

„Essen Sie reichlich Kohlenhydrate mit wertvoller Energie“:
Empfiehlt die Spezialistin fürs Fettabsaugen *(„Strunz“)*

Heute treten die Nazis anders auf als früher

1. Wer arbeitslos wird, kriegt 392 Euro **Hartz IV** – egal, wie lange er oder sie gearbeitet hat. Nach zwölf Monaten Arbeitslosengeld ist Schluss. Viele Junge bekommen nie einen richtigen Beruf. Wer wird denn als junger Mensch heute

unbefristet eingestellt? Es gibt nur noch prekäre Zeit-, Leih-, Vertragsarbeit – oder gar nichts! Ein Drittel der Jugendlichen und Kinder in Bremen lebt von Hartz IV.

Unter den Rentner(inne)n herrscht immer mehr Altersarmut. Das Rentenniveau wird auf 45 Prozent des Durchschnittslohns abgesenkt. Bei 2.000 Euro brutto sind das noch 900 Euro, wovon alle Kosten für das Wohnen abgehen – Miete, Heizung, Strom, Wasser –, sodass nicht mehr als Hartz IV verbleibt. Aber es gibt auch andere Beispiele.

Roland Koch, früherer CDU-Ministerpräsident in Hessen, muss nach drei Jahren seinen Chefposten beim Baukonzern Bilfinger räumen, weil er versagt hat. Zwei Gewinnwarnungen waren dem Aufsichtsrat zu viel, obwohl Koch gleich wie die Wildsau losgelegt und Arbeiter entlassen hatte. 3,5 Millionen Euro Gehalt bekommt er noch bis Februar 2016 – ein bisschen mehr als 392 Euro im Monat!

Koch war bekannt durch seine braunen Sprüchen von „kriminellen Ausländern“ und seine Hetze gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. In der CDU-Spendenaffäre hatte er behauptet, das Schwarzgeld stamme aus „jüdischen Vermächtnissen“, und „brutalstmögliche Aufklärung“ versprochen. Alles war Lüge! Seine Betrügereien wollte er zunächst auch als Konzernchef weiterführen und den Einbruch des Börsenkurses vertuschen.

Doch da verstanden die Aktionäre und der Aufsichtsrat keinen Spaß. Wähler dürfen ruhig beschissen werden – aber wehe, es geht an die Gewinnausschüttung! Über eine satte Dividende freuen sich die Mehrheitsaktionäre bei VW, die Familien Piëch und Porsche: Sie gönnen sich mal eben über 350 Millionen Euro – pro Familie, versteht sich.

Wegen Bestechung und Anstiftung zur Untreue wurde Bernie Ecclestone angeklagt. Es ging um den Verkauf der Bayern-LB-Anteile an der „Formel 1“, damit er dort unumschränkter Herrscher werden konnte. Gegen eine Geldauflage von 100 Millionen US-Dollar wurde das Verfahren eingestellt. Begünstigt ist diesmal die Bananenrepublik Deutschland. Willkommen!

2. Heute treten die Nazis anders auf als früher. Dirk-Uwe Träger, Redner auf der vorletzten „Friedensmahnwache“ in Bremen, ist ein brauner Esoteriker, der sich zu tarnen versucht. Seine braune Gesinnung zeigt er immer nur häppchenweise: Das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 bestehe fort, Deutschland sei ein besetztes Land, 2007 sei das Besatzungsstatut wieder in Kraft gesetzt worden. Entgegen der Behauptung „Wir sind gegen **Faschismus**“ darf er wieder endlos reden! Wer jetzt noch an dieser „Friedensmahnwache“ teilnimmt – frecherweise nennt sie ihre Homepage „Montagsdemo.EU“ –, sollte sich überlegen, auf welcher Seite er oder sie stehen will! Das gilt auch für jene, die außerdem an der Montagsdemo teilnehmen.

In Gaza herrscht bis Mittwoch Waffenruhe. Über die Besetzung der Stadt und den Bombenterror Israels gibt es weltweite Empörung. In London demonstrierten 150.000, in Kapstadt 100.000 Menschen. Alle fordern das Ende von Besatzung und Vernichtung – und Freiheit für Palästina. Besondere Empörung hat der stellvertretende Knesset-Sprecher Moshe Feiglin hervorgerufen. In einem Brief an Netanjahu fordert er die Vernichtung aller Widerstandskämpfer und deren Unterstützer, die Errichtung von Lagern, die vollständige Eroberung des Landstreifens, die Zerstörung der Stadt Gaza und die Deportation der Überlebenden mit Schiffen in alle Welt. Der hat aber gut bei den deutschen Faschisten gelernt, das *ist* ein Faschist!

Die USA haben Artilleriestellungen der faschistischen Organisation „Islamischer Staat“ bombardiert. Nicht diese, sondern die Kräfte der kurdischen PKK und der „Volksverteidigungseinheiten“ aus Rogava retteten bisher Zehntausenden Flüchtlingen das Leben. Laut Edward Snowden soll die faschistische IS-Truppe, wie bereits Al-Qaida und die Taliban, von den USA und dem Mossad aufgebaut worden sein. Heute werden sie von Saudi-Arabien und Katar unterstützt. In Deutschland haben islamistisch-fundamentalistische und faschistische Kräfte allen Spielraum, aber die kurdische Arbeiterpartei PKK und „Devrimci Sol“, die „Revolutionäre Linke“, bleiben verboten. Die deutschen und US-amerikanischen Imperialisten haben kein Herz für den kurdischen Freiheitskampf entdeckt: Ihr Ziel bleibt der Einfluss auf die ölreiche Region!

Wolfgang Lange (MLPD)

BND ruiniert Deutschlands Ansehen: Wozu braucht ein Rechtsstaat einen Geheimdienst? *(„Spiegel-Online“)*

„Kein gutes Geschäft“: Hässlicher Spekulant verschenkt Karstadt an schönen Spekulanten *(„Die Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

484. Bremer Montagsdemo am 18. 08. 2014

Aufruf zur Demonstration in Berlin am 13. September 2014

Nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen werden bekämpft. Wir werden unseren Widerstand dagegen fortsetzen, bis die Hartz-Gesetze vom Tisch sind! Deshalb wollen wir mit vielen anderen am Sonnabend, dem 13. September 2014, in Berlin wieder zahlreich demonstrieren. Auch alle, die zwischenzeitlich mutlos geworden sind, sollen mitfahren und wieder Mut fassen!

Dazu ist eine breite überparteiliche Aktion nötig. Die Bremer Montagsdemo ruft deshalb zur Beteiligung und Unterstützung auf. Wir wollen in diesem Jahr wieder mit einem Bus nach Berlin fahren. Um die hohen Kosten von 900 Euro abzudecken, müssen wir eine Kostenumlage machen mit gestaffelten Preisen:

1. Alle, die ein gesichertes Einkommen haben, zahlen 40 Euro.
2. Rentner und Studenten zahlen 20 Euro.
3. Hartz-IV-Betroffene zahlen 10 Euro.
4. Wer gar kein Geld hat, wird, soweit es geht, aus der Kasse der Bremer Montagsdemo unterstützt.
5. Förderer, die nicht mitfahren, aber unsere Demonstration unterstützen wollen, können spenden, ab 10 Euro aufwärts.

Wir verkaufen ab sofort Fahrkarten gegen sofortige Bezahlung. Auf allen Montagsdemos ist dazu Gelegenheit. Wenn Einzelpersonen, Parteien oder Organisationen dazu keine Gelegenheit haben, bestellen diese bitte über unsere E-Mailadresse Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de und bezahlen per Überweisung auf das Spendenkonto, das auf unserer Homepage genannt ist.

Jobst Roselius

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84, BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

„Großräumig abgesperrt“: Frau kollabiert nach Afrika-Reise mit Fieber in Berliner Jobcenter, und Hunderte werden festgehalten *(„Spiegel-Online“)*

Der Merkel-Regierung geht es nicht um den Schutz der Kurden

Am Wochenende landete das erste von fünf „Transall“-Transportflugzeugen der Bundeswehr in Arbil. Sie bringen Hilfsgüter aus Deutschland in die Hauptstadt der kurdischen Region im Nordirak. „Es kommt jetzt darauf an, dass ein europäisches Unterstützungspaket zustande kommt, das denen wirklich hilft, die den Vertriebenen Schutz gewähren und die sich gegen die IS-Bedrohung zur Wehr setzen“, so Bundesaußenminister Steinmeier in „Bild am Sonntag“.

Würde dieser fromme Wunsch auch nur ansatzweise der Wahrheit entsprechen, hätte die Bundesregierung spätestens im Sommer 2013 aktiv werden müssen. Seitdem verteidigen die kurdischen Volksverteidigungseinheiten mit hohem Blutzoll in Syrien ihr Gebiet Rojava gegen die islamistisch-faschistischen Banden des „Islamischen Staates“. Dort haben Zehntausende syrische Flüchtlinge aus allen Ethnien und Religionen Schutz gefunden. Auch in dieser Woche waren es vor allem die Volksverteidigungseinheiten und PKK-Kräfte, die über 100.000 Menschen, vor allem Jesiden, aus der Sindschar-Region nach Rojava evakuiert haben. All das unterstützt die Bundesregierung aber in keiner Weise. Ohne Widerspruch der Bundesregierung beteiligt sich das Nato-Land Türkei bis heute an einer Blockade und einem Embargo gegenüber Rojava.

Auch am letzten Samstag attackierte die Türkei kurdische Kräfte in Dersim mit Drohnen und schweren Waffen. Steinmeier und der Bundesregierung geht es nicht um den Schutz und die Interessen des kurdischen Volkes: „Ein unabhängiger Staat der Kurden würde die Region weiter destabilisieren und neue Spannungen hervorrufen, möglicherweise auch mit Nachbarstaaten des Irak“. Damit erteilt Steinmeier einem kurdischen Staat eine Absage und wirft den Kurden eine Destabilisierung der Region vor – der Außenminister, dessen Land zu den wichtigsten Rüstungslieferanten Saudi-Arabiens zählt! So genehmigte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel im ersten halben Jahr seiner Amtszeit Rüstungslieferungen über 31 Millionen Euro nach Saudi-Arabien – eine der wichtigsten Unterstützungsquellen der IS-Terroristen.

Die Frage ist aber nicht nur was, sondern vor allem, an wen und warum etwas geliefert wird! Egal, ob die Bundesregierung Decken, Waffen, Schutzausrüstung, Soldaten oder ihren Außenminister schickt: Es geht immer nur um die Außenpolitik im Interesse der deutschen Monopole. Deshalb fließt auch weiterhin keine deutsche Hilfe nach Rojava, wo revolutionäre, fortschrittliche Kräfte eine Selbst-

verwaltung organisiert haben. Deshalb verhandelt Steinmeier auch weder in Rojava noch mit Vertretern der PKK. Er reist lieber zu Masud Barzani, dem Präsidenten der Region Kurdistan im Irak. Barzani ist seit Jahren ein treuer Verbündeter der USA. Er schreit nach Waffen, Militärausbildung und US-Luftschlägen. Dabei waren es seine Peschmerga-Truppen, die sich vor dem IS zurückzogen und die Zivilbevölkerung in Sindschar im Stich ließen, und er beteiligt sich an der Blockade gegen Rojava.

„Wir verurteilen die Angriffe des IS“, ist eine aktuelle Protest- und Solidaritätserklärung der „Föderation der Arbeitsimmigrant(inn)en in Deutschland“ (AGIF) überschrieben: „Jahrelang haben EU und USA über die Massaker des IS geschwiegen. Der IS konnte von seinen Terrorcamps aus dem Nato-Land Türkei Angriffe gegen die Kurden in Rojava ausführen, ohne mit irgendwelchen Konsequenzen rechnen zu müssen. Er konnte ohne weiteres Menschen anderen Glaubens ermorden, verschleppen und versklaven. Er genießt heute noch Gastrecht in den Terrorcamps in der Türkei. LKW-Ladungen voller Waffen werden quer durch die Türkei zu diesen Camps verfrachtet.“

Wir solidarisieren uns mit Rojava und mit dem Widerstand des kurdischen Volkes gegen den Völkermord der islamisch-faschistischen IS-Banden! Am **1.September 2014** ist der internationale **Antikriegstag**. Die Montagsdemo wird dabei sein und sich für Frieden und Völkerfreundschaft einsetzen. Zehn Jahre Montagsdemo sind auch zehn Jahre praktizierte internationale Solidarität!

Harald Braun

Indifferentes Verhalten zum Gaza-Krieg: Bremer Linkspartei in der Rechtskurve? *(„Scharf links“)*

Es ist Zeit, die Geheimdienste kaltzustellen!

1. In einer Kleinstadt in den USA empfinden die Bürger die **Polizei** nicht als Helfer: „Die Polizei ist zu uns wie eine Besatzungsarmee!“ Diese Meldung ist unfassbar, aber glaubwürdig. „Amnesty International“ hat sich zu den Ereignissen in Ferguson, einem Vorort von St. Louis im US-Bundesstaat Missouri, geäußert. Am vorletzten Freitag hatte ein Streifenpolizist dort den unbewaffneten 18-jährigen Michael Brown erschossen. Die anschließenden Proteste schlug die Polizei gewaltsam

nieder, schoss scharf und misshandelte dabei Passanten und Journalisten. Gouverneur Jay Nixon zog schließlich die Ortspolizei ab und ersetzte sie durch eine andere Polizeieinheit. Herr Obama hat sich eingeschaltet. Er will schlichten. Die Proteste laufen.

2. Die Bundesregierung hat alles selbst abgesegnet, was der NSA-Untersuchungsausschuss hinterfragt. Der Spion im BND hat nun den „Braten“ öffentlich gemacht. Die Blamage ist perfekt! Die Bundesregierung spielt mit gezinkten Karten: Es war ihr seit Langem klar, dass alle Bundesbürger abgehört werden, dass alle Mails, Telefonate und anderes abgehört und schriftlich ausgewertet werden. Die NSA ist auf das Datenvolumen eingestellt. Die Technik kann dies leisten, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Was machen der BND, die NSA und die anderen **Geheimdienste** mit diesem Datenvolumen?

Alles wird registriert und automatisch nach Auffälligkeiten geprüft. Wenn zum Beispiel ein Telefonat bei der automatischen Prüfung Auffälligkeiten aufweist, kommt die „menschliche Prüfung“. Dabei hat der menschliche Prüfer Zugriff auf alle bisherigen Speicherungen über die Telefonpartner. Wird die Auffälligkeit nicht ausgeräumt, kommen die überwachten Menschen in die Verdachtsdatei – mit bisher Hunderttausenden anderer Bürger. Wie sagte doch einmal der NSA-Chef: „Wir können Ihnen mit unseren Daten sagen, wer ein Verbrechen begehen wird, bevor dieses Verbrechen begangen wird!“

NSA, BND et cetera sammeln auch biometrische Daten wie Bilder oder Blutgruppe – einfach alles, was sie kriegen können. Dazu gehören auch Adressen und jede Art von Kontakten, etwa Bewegungsprofile laut Handy. All dies und noch viel mehr liegt offen im Netz. Geforscht wird noch an der Verbesserung einer Software zur Gesichts- und Personenerkennung. Beim Einsatz von Drohnen werden bereits heute alle vorliegenden Informationen genutzt. Die USA sind mit der Anwendung dieser Technik weiter. Dies alles zeigt, dass es Zeit ist, die Geheimdienste kaltzustellen!

Der Untersuchungsbericht über den Verfassungsschutz Thüringen zeigt aus meiner Sicht, mit wie viel Mühe und Einfällen es dieser geschafft hat, das NSU-Trio nicht zu finden. Dabei waren scheinbar auch andere Dienststellen behilflich. Der Verfassungsschutz konnte bisher überlegen, weil er in den einzelnen Bundesländern zugeordnet ist. Er wurde von den Verantwortlichen in der Vergangenheit oftmals für besondere „Erkundungen“ eingesetzt. Was wären der Verfassungsschutz ohne Nazis und die Nazis ohne Verfassungsschutz? Der Verfassungsschutz insgesamt hat seine Daseinsberechtigung verloren!

3. Nun einen Sprung in den Alltag zu etwas Greifbarem. Sozialrechtsreferent Harald Thomé hat die BSG-Entscheidung zum SGB II herumgeschickt: „Bei Zufluss von zwei Monatslöhnen aus demselben Arbeitsverhältnis innerhalb eines Kalendermonats seien die hiernach zustehenden **Freibeträge** jeweils für jeden Monatslohn in Abzug zu bringen. Zwar müssten die Einnahmen, die in einem Monat zu-

geflossen sind, auch grundsätzlich in diesem Monat angerechnet werden. Sofern Freibeträge betroffen seien, sei dieses Zuflussprinzip jedoch zu modifizieren. Nach ihrem Sinn und Zweck könne die Berücksichtigung nicht davon abhängen, wann das Arbeitsentgelt zur Auszahlung gelangt sei.“ Die Anrechnung des dann verbliebenen Zahlungseingangs erfolgt aber unverändert nach dem Zuflussprinzip (Aktenzeichen: B14 AS 25/13 R).

4. In der Pflegeversicherung muss die **Pflegestufe** beantragt werden. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen führt dann die Begutachtung durch. Was dabei so alles passieren kann, hat die ARD thematisiert. Wenn der Medizinische Dienst sich anmeldet, können Vertraute die Begutachtung begleiten. Auch der geplante oder schon tätige Pflegedienst kann hinzugezogen werden, und den Hausarzt nicht vergessen! Verständlich nachzulesen sind die Voraussetzungen in dem Buch „Der einfache Weg zur Pflegestufe“ von Uwe Beul.

Die vorbereitete Minutenzählerei bringt etwas Sicherheit in den Begutachtungstermin. Ebenfalls im Vorfeld kann unabhängiger Rat im „Gesundheitsladen“ eingeholt werden. Die „Gesundheitsläden“ sind unabhängig. Wie sehr die Krankenkassen bei ihrem Medizinischen Dienst „mitregieren“, zeigt eine „Report“-Sendung des SWR. Wer mit einer Entscheidung des Medizinischen Dienstes nicht einverstanden ist, kann Widerspruch einlegen – falls die Zeit eilt, zur Fristwahrung. Dann die Argumente mit den Fachleuten absprechen.

Die Eigenpflege kann sehr aufreibend sein. Daher sollte auch die finanzielle Seite klar sein: Ein Pflegedienst berechnet für die Pflegeleistung in der Regel mehr, als die Pflegeversicherung bezahlt. Es geht somit um die Rente und das Ersparte. Ein gemeinsam bewohntes Einfamilienhaus muss nicht verkauft werden, Leistungen des Sozialamtes können aber als Hypothek eingetragen werden. Ein Kind muss für die ungedeckten Kosten der Pflege nur zahlen, wenn es 100.000 Euro oder mehr pro Jahr als Einkommen hat. Allerdings versuchen manche Sozialämter auch von Kindern mit geringerem Einkommen Geld einzutreiben. Dagegen hilft: das Übliche!

5. Das ALG II soll für **Unterfünfundzwanzigjährige** geändert werden, so ein Vorschlag der Arbeitsagentur. Die besonderen Sanktionsregeln sollen aufgehoben werden (Seite 7). Damit soll ein „Fehler“ berichtigt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat für diesen Sachverhalt eine Verfassungsbeschwerde erhalten. Die Diakonie hat dazu Stellung genommen und logischerweise alle nachteiligen Regelungen für die Unterfünfundzwanzigjährigen einbezogen:

„Die eigenen Erhebungen der Diakonie Deutschland über die praktischen Auswirkungen der Sonderregelungen belegen diese juristische Einschätzung. Die Diakonie Deutschland regt deshalb an, dass das Bundesverfassungsgericht das ‚Gesamtpaket‘ der Sonderregelungen für junge Menschen vor Vollendung des 25. Lebensjahres in seine Prüfung einbezieht.“ (Seite 1 unten). Die Begründung ist lesenswert. auch die kurze Bemerkung zum Auszugsverbot für Unterfünfundzwan-

zigjährige. Wer als Angehöriger dieser Altersgruppe Sanktionen erleiden muss, kann gegen den Bescheid Widerspruch einlegen, falls die Frist noch nicht abgelaufen ist. Ansonsten sind mit einem Antrag auf Überprüfung noch alle Sanktionen seit dem 1. Januar 2013 angreifbar, am besten sofort, bevor das Bundesverfassungsgericht entscheidet.

Die EU hat bei der Urlaubsregelung und der Feststellung der Betriebszugehörigkeit alle altersbedingten Einschränkungen kassiert. Die EU hat festgestellt, dass europäisches Recht über dem nationalen Recht steht und dass auch ohne besonderen Antrag des Klägers Europarecht anzuwenden ist. Damit sind die reduzierten Regelsätze für Unterfünfundzwanzigjährige seit Jahren rechtswidrig. Widerspruch ist möglich, per Überprüfungsantrag sind alle Bescheide mit Leistungszeitraum ab 1. Januar 2013 noch erreichbar. Am besten sofort machen!

6. Kriege sind überall, leider. Die Bedrohung ist allgegenwärtig, sie ist dauernd zu hören. Es gibt Kampflärm in vielen Gebieten. Bedrohung ist auch das Geräusch von **Drohnen**. Drohnen töten. Drohnen töten nicht nachvollziehbar. Drohnen ängstigen die Bürger in Pakistan und vielen anderen Ländern. Dort schlägt die Angst um in Wut und Hass, der nicht auf die USA begrenzt ist. Wut und Hass auf die westliche Welt ist inzwischen weit verbreitet. Dass Drohnen auch aus Deutschland gesteuert werden: Obama, lass es sein! Die Terrororganisation ISIS ist aus meiner Sicht auch eine Reaktion auf den Drohnenterror. ISIS ist durch nichts zu entschuldigen, Obamas Morden per Drohne ebenfalls nicht! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Klimapolitik mit dem Stromzähler

Vor einigen Tagen wurde ich von meinen Stadtwerken dazu überredet, einen Termin zu vereinbaren, zu dem für mich ein neuer Stromzähler installiert werden sollte. Das ist nach § 25 des Bundeseichgesetzes – bis auf viele Ausnahmen – alle 16 Jahre vorgeschrieben, und „kostenneutral“ wurde mir alles genau erklärt. Warum ich das hier auf dem Bremer Marktpatz erzähle? Wenn ich jetzt in den Verdacht geraten wollte, die Montagsdemo als esoterischer Friedensapostel zu unterwandern, würde ich das so beantworten: „Liebe Dame und Herren, mein neuer

Stromzähler hat mich sehr glücklich gemacht und mir ein bisschen mehr inneren Frieden und Erkenntnisse gegeben“.

Doch wir sind hier auf einer der Montagsdemos, die es in ganz Deutschland gibt. Auch die Bremer Montagsdemo, die seit genau zehn Jahren aktiv ist, befasst sich mit handfesten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Themen. Sie gibt sachliche Informationen und neutrale Aufklärung über Probleme, die jeden von uns etwas angehen oder betreffen können. Genau deshalb berichte ich Ihnen hier gerne über meinen neuen Stromzähler. Ein weiter Grund ist: Mit dem neuen können wir jetzt noch einfacher aktiv an der Energie- und Klimapolitik mitwirken, als es mit dem großen schwarzen Zähler möglich ist. Wie das geht, will ich hier kurz erklären. Es ist einfacher, als Sie glauben, und es kann viel wirkungsvoller werden, als es bisher jeder Klimagipfel war, wenn Sie mit den Fakten bewusst umgehen.

Der neue Stromzähler ist kleiner als der alte schwarze, und er ist weiß. Statt des drehenden Rades und des mechanischen Zählwerkes hat er ein rotes Blinklicht und ein „modernes“ LC-Display. Das zeigt wie gewohnt Ihren bisher verbrauchten Strom in Kilowattstunden an, den Sie zu beliebigen Zeiten ablesen können. Doch da ist noch eine weitere, kleinere Zahl in der Anzeige, hinter der ein „W“ für Watt steht. Da können Sie beobachten, wie viel Leistung alle Geräte in Ihrem Haushalt gerade zusammen aus dem Stromnetz entnehmen. Setzen Sie sich eine Weile vor Ihren Stromzähler, eventuell mit Taschenlampe und Brille, und beobachten Sie besonders die Watt-Zahl, denn abhängig davon, welches Gerät oder welche Lampe in Ihrer Wohnung gerade ein- oder ausgeschaltet wird, springt die Watt-Zahl herauf oder herunter.

Das müssen noch nicht einmal Verbraucher sein, die zu Ihrem Wohnbereich gehören. Besonders in Altbauten oder umgebauten Häusern können fälschlich Verbraucher angeschlossen sein, die gar nicht zu Ihnen gehören. Schaltet sich zum Beispiel mein Kühlschrank ein, so springt auf meiner Anzeige die Watt-Zahl um 100 höher, solange die Kühlung läuft, und nach etwa fünf Minuten wieder um 100 nach unten. Schalten Sie jetzt alle anderen Geräte aus, die Sie in Ihrem Haushalt finden. Die Watt-Zahl muss immer kleiner werden, bis sie endlich auf „- - - -“ springt. Das soll null sein, also kein Verbrauch. Bei mir blieb die Anzeige zunächst bei 17 Watt stehen, bis ich entdeckte, dass da noch ein Radiowecker, die Ladestation eines schnurlosen Telefons und das Internet-Zugangsgerät am Stromnetz hingen.

Nach dem ich diese Geräte vom Netz genommen beziehungsweise ausgeschaltet hatte, blieben nur noch acht Watt übrig. Diesen Verbraucher zu finden, dauerte etwas länger: Es war die Gastherme für Heizung und Warmwasserbereitung. Die Therme wird normalerweise nicht abgeschaltet, auch wenn keine Heizung gebraucht wird und niemand warmes Wasser entnimmt. Das ist sinnloser Luxus, und ich werde deshalb die Anlage nur einschalten, wenn ich sie brauche. In Mietwohnungen wird eine Zentralheizung normalerweise an den Gemein-

schaftsstromzähler angeschlossen, und Sie selbst haben mit deren Stromverbrauch nichts zu tun.

Das Wichtigste ist nun wirklich herauszufinden, wie beziehungsweise ob Ihre Watt-Zahl auf null gebracht werden kann. Ist das geschafft, schalten Sie alle Geräte wieder dazu, von denen Sie möchten, dass sie unbedingt das ganze Jahr hindurch am Stromnetz angeschlossen sein sollen. Kühlschrank oder Kühltruhe sollen dabei gerade nicht laufen. Die Watt-Zahl, die Ihr Display jetzt anzeigt, multiplizieren Sie mit 8.760 (das sind die Stunden, die ein Jahr hat), teilen das Ergebnis durch 1.000, und schon haben Sie die Zahl der Kilowattstunden, die theoretisch vermeidbar sind.

Berechnen wir meinen Fall mit den 17 Watt, die ich zunächst nicht gefunden hatte: 17 Watt mal 8.760 Stunden geteilt durch 1.000 sind rund 150 Kilowattstunden, die pro Jahr sinnlos verbraten wären. Das ist doch ein recht großer Teil von meinem gesamten Jahresverbrauch von etwa 1.200 Kilowattstunden. Da ich das nun weiß, kann ich meinen persönlichen Strombedarf reduzieren und habe so in die Energiepolitik eingegriffen, zulasten der Stromerzeuger, zugunsten des Klimas durch Verbesserung meiner persönlichen Kohlendioxidbilanz.

Helmut Minkus (parteilos)

„Missbrauch der Geschichte“: „Völkermord beginnt
mit dem Schweigen der Welt“ *(„Spiegel-Online“)*

Heuchelei: Antifaschismus wird politisch beschworen, aber der
neofaschistische Hintergrund von einschlägigen Gewalttaten
regelmäßig durch die Justiz unterschlagen *(„Die Zeit“)*

Hetze: „Für Nazli ist die Kombination aus eigenem Gehalt, Hartz IV und
Schwarzarbeit finanziell relativ attraktiv“ *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

485. Bremer Montagsdemo am 25. 08. 2014

Das Märchen von der Unterstützung für deine Rückkehr in den Beruf

1. In einigen Stunden wird die Bundesagentur für Arbeit wieder die Falschmeldung des Monats veröffentlichen. Monat für Monat geht es so: Die Kernaussage über die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist falsch. In der Meldung werden nur die Erwerbslosen gemäß den Rahmenbedingungen der Statistik genannt. Die Zahl der gemeldeten Erwerbslosen ist wesentlich höher. Aufgrund der für die Statistik geschaffenen Rahmenbedingungen weiß Herr Weise auch nicht, wie viele **Erwerbslose** es in Deutschland gibt. „Die Linke“ hat die Ausnahmen gemäß Statistik bis Juli addiert und kommentiert.

Wenn du vom Arbeitsamt oder Jobcenter betreut wirst, bekommst du Hilfe und Unterstützung für deine Rückkehr in den Beruf. Sie machen sogar einen Vertrag mit dir, wie dies geht und was du und das Amt tun müssen, um dieses Ziel zu erreichen – so die weitverbreitete Meinung. Ein Märchen! Natürlich könnte die Bundesagentur für Arbeit oder das Jobcenter dies leisten. In einigen Fällen klappt es auch. In der Behörde werden aber auch die Vermittlungserfolge nach den Rahmenbedingungen der Statistik gemessen.

Ein Erwerbsloser, der erkrankt ist, fliegt genauso aus der Statistik wie ein Erwerbsloser, der in Arbeit vermittelt wurde. Bei dem Kranken ist ausschlaggebend, dass er am Zähltag arbeitsunfähig ist. Die Zähltage sind bekannt. Für die „erfolgreiche“ Arbeitsvermittlung reicht eine Tätigkeit von sieben Tagen. Auch der Übergang in die Rente, die hundertprozentige Leistungskürzung sowie Todesfälle sind aus der Statistik als „Abgang in Nichterwerbstätigkeit“ zu entnehmen. Sie stehen unter „Bewegungsdaten zur Arbeitslosigkeit“ in der letzten Zeile.

Aus der Tabelle ergibt sich (Seite 5): Abgang an Arbeitslosen insgesamt 4.936 Menschen, davon 38,8 Prozent in Nichterwerbstätigkeit: 1.915 Menschen. *Nur* 1.327 Menschen wurden in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Diese Zahlen sind für Mai, es sind die neuesten beim Senator für Häfen et cetera. Würde die Bun-

desagentur für Arbeit die Unterbeschäftigungszahlen veröffentlichen, käme dies der Wahrheit etwas näher.

Die Einladungen zum Gespräch mit der Ankündigung „Wir wollen über Ihre berufliche Zukunft sprechen“ sind eine Farce. Sie sind neu erwerbslos und freuen sich auf ein produktives Gespräch? Das ist meistens Fehlanzeige, denn der Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung ist Ihrem Gesprächspartner zwingend vorgeschrieben. Worauf Sie achten müssen, steht unter der 374. Bremer Montagsdemonstration. Das „Aktionsbündnis Sozialproteste“ hat dazu eine Handreichung verfasst.

2. „ZDF Zoom“ hat einen sehr interessanten Bericht gebracht über die Ansiedlung von „Legoland“ im Wahlkreis von Theo Weigel, obwohl einige Kilometer weiter ein sofort bebauungsfähiges Grundstück zur Verfügung stand. Außerdem ging es um die Behandlung und Entlohnung der Mitarbeiter(innen) und den Kontrast zum „Legoland“ in Dänemark. Die Firmengestaltung führt scheinbar dazu, dass in Deutschland keine Unternehmenssteuern bezahlt werden müssen. Wie Herr Weigel auf diese Information reagiert, zeigt nicht gerade den Ehrgeiz, für **Steuergerechtigkeit** einzustehen.

Herr Schäuble klebt an der „schwarzen Null“, egal wie viel dadurch versäumt wird. Allein die fehlenden Bildungsvoraussetzungen sind nicht reparierbar, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Diese Art der Steuerumgehung ist auch Thema der Sendung „Zeitbombe Steuerflucht – Wann kippt das System?“

Bei „Stratmanns“ im WDR am vergangenen Samstag war Edward Snowden Thema. Nur ein Beispiel für den mangelnden Elan, sich für Menschen einzusetzen, die alles aufgegeben haben, weil sie den Betrug an den anderen Menschen nicht mehr mittragen wollten? Edward Snoden hat weitere drei Jahre Asyl in Russland erhalten, er darf dort aus- und einreisen. Wir können dies unserer Bundesregierung verklugfideln. Edward Snowden Asyl in Deutschland anzubieten, wäre eine angemessene Reaktion! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Nachbarländer beschweren sich schon: Sparpolitik, Lohndumping und Exportüberschüsse Deutschlands gefährden die Währungsunion *(„Spiegel-Online“)*

Perfide Streikwarnung: Solidarisieren Sie sich bloß nicht mit kämpferischen Arbeiter(inne)n und Gewerkschaften *(„Spiegel-Online“)*

Propagandaschlacht: Die Erträge mit gentechnisch verändertem Saatgut gehen oft nach wenigen Jahren wieder zurück *(„Das Erste“)*

Perfide Pathologisierung: Es ist doch nicht normal, dass man sich Gedanken um gesunde Ernährung macht! *(„Spiegel-Online“)*

Energiewende mit dem Stromzähler

Heute erzähle ich Ihnen, wie Sie aktiv daran mitwirken können, einige sinnlose Atom- oder Kohlekraftwerke in Deutschland abzuschalten, denn eine vernünftige Energiewende erfordert entschlossenes Handeln gleichermaßen von Bürgern wie von Politikern. Da die meisten Politiker beim Gesetz- und Gewinnmachen aber eher mit Atom- und Kohlestromern kooperieren, statt ihre Bürger besser zu beteiligen, wende ich mich direkt an Sie – hier auf dem Marktplatz!

Es geht darum, den Stromverbrauch um mindestens 25 Prozent effizienter zu machen, das heißt sinnlosen Verbrauch zu vermeiden, was noch nichts mit Sparen zu tun hat. So kann ich auf meinem Stromzähler indirekt ablesen, wie viel Kohlendioxid mein Stromlieferant für mich bereits in die Luft geblasen hat – mit den Kraftwerken, in denen er meinen Strom erzeugt.

Lesen Sie auf Ihrem Zähler die Kilowattstunden ab – egal, ob es ein alter schwarzer mit mechanischem Zählwerk ist oder ein neuer weißer mit LC-Display – und multiplizieren Sie diesen Wert mit 0,9 Kilogramm pro Kilowattstunde. Das ist die für Ihren Strom erzeugte Masse Kohlendioxid in Kilogramm. Dieser Wert soll möglichst niedrig gehalten werden. Wenn Sie zum Beispiel für einige Zeit in Urlaub gehen, schreiben Sie die Zählerstände vorher und nachher genau auf und bilden die Differenz. Dann wissen Sie, wie viel Strom selbst während Ihrer Abwesenheit verbraucht wurde.

Teilen Sie diese Kilowattstunden durch die Tage Ihrer Abwesenheit und nehmen diesen Wert mal 365. Das ist die Zahl der Kilowattstunden, die in einem Jahr theoretisch vermeidbar gewesen wären. Es darf in dieser Zeit keine Kühltruhe oder kein Kühlschrank nebenher mitgelaufen sein; da sie sich selbst ein- und ausschalten, muss ihr Jahresverbrauch getrennt ermittelt werden. Es wäre ideal, wenn Ihr Stromzählwerk während des Urlaubes stehen bliebe, der Verbrauch also null wäre.

Dazu müssen Sie natürlich alle Strom verbrauchenden Geräte in Ihrem Haushalt wirklich finden und abschalten können beziehungsweise wollen. Das kann ein Radiowecker sein, die Haustelefonanlage, ein Computerteil, eine Ladestation oder die Heizungsanlage. Es kann sogar ein falsch angeschlossenes Gerät sein, das gar nicht zu Ihrem Haushalt gehört und trotzdem Ihren Strom frisst. So etwas ist möglich in einem alten oder umgebauten Mehrfamilienhaus.

Das können Sie aber nur herausfinden, wenn Sie das Zählwerk selbst zum Stillstand bringen. Das bedeutet aber nicht, dass Sie jetzt eine Stromrechnung erhalten, bei der Sie nichts mehr zahlen müssen, denn selbst wenn Sie es schaffen, ein ganzes Jahr lang keine einzige Kilowattstunde Strom zu verbrauchen, muss die Grundgebühr trotzdem gezahlt werden. Der genaue Betrag steht in der Stromrechnung und liegt bei etwa 100 Euro pro Jahr.

In diesen Gebühren ist nach § 25 des Bundeseichgesetzes alle 16 Jahre ein neuer Zähler enthalten. Fragen Sie mal bei Ihren Stadtwerken, wann Ihr neuer Zähler installiert wird. Mit ihm können Sie viel einfacher Ihre einzelnen elektrischen Geräte kontrollieren. Wenn Sie alle gefunden und abgeschaltet haben, sehen Sie sofort, dass die Anzeige im Zähler auf null Watt springt. Das habe ich in meinem letzten Montagsdemobeitrag vom 18. August 2014 genauer beschrieben.

Eine weitere Möglichkeit bietet ein moderner Zähler, über die Sie auch informiert sein sollten: Mit ihm und Ihrem Computer könnten Sie Ihre Elektrogeräte ferngesteuert schalten. Ihr Stromlieferant kann abhängig von Ihrem Verbrauchsverhalten Tarife umschalten. (Lastmanagement). Lassen Sie sich diese Möglichkeiten genauer von Ihren Stadtwerken erläutern.

Doch lassen Sie sich nicht abschrecken von Horrormeldungen aus den USA, wo sich Bürgerinitiativen gebildet haben, die sich dagegen wehren, dass von US-Stromversorgern gewaltsam oder ohne Erlaubnis in Wohnungen eingedrungen worden sein soll, um ihren Kunden neue Zähler aufzuzwingen, und dass die Zähler mit stark strahlenden Sendern versehen sind, die dazu benutzt werden, Kunden auszuspionieren, woraufhin diese aus ihren Wohnungen flüchten.

Technisch ist heute sehr viel möglich, und wir wollen nicht zu leichtgläubig werden. Doch ich denke, wer sich gut informiert, braucht weniger Angst zu haben. Zudem gibt es hier in Deutschland noch immer die Möglichkeit, öffentlich und ungestraft unsere Kritiken, unsere Meinungen, unsere Bedenken, unseren Kummer zu äußern, Missstände und Ungerechtigkeiten aufzuzeigen und dagegen öffentlich zu protestieren, auch hier auf dem Bremer Marktplatz bei den Montagsdemos. Nutzen auch Sie diese Freiheit!

Helmut Minkus (parteilos)

Untragbare Zustände: Wuppertaler Erwerbslosenpolizei verbietet Protestaktion vor dem Jobcenter wegen „Privatheit des Grundstücks“ *(„Tacheles Sozialhilfe“)*

Kriminalkräuter auf der Dachterrasse: Berliner Grünzeug- und Graswurzel polizei prüft „jeden möglichen Gesetzesverstoß“ *(„Westdeutsche Allgemeine“)*

Abgang statt Abflug: Klaus nicht mehr pobereit *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

486. Bremer Montagsdemo am 01. 09. 2014

Armen EU-Einwanderern droht die Ausweisung

Millionen Menschen sind auf der Flucht. Laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR sind es mindestens 51,2 Millionen – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Der Strom nur mit dem nackten Leben davon gekommener, oft schwer traumatisierter Menschen schwillt momentan dramatisch an, es sind jetzt bereits sechs Millionen mehr als im Vorjahr. Die allermeisten kommen zurzeit aus Syrien und dem Irak. Die Bundesregierung ist durch die Waffenlieferungen deutscher Konzerne an die reaktionären Kriegsherren und durch das Desaster des sogenannten Antiterrorkriegs mitverantwortlich für das schreiende Elend. Das hindert sie nicht, zynisch Stimmung gegen die Flüchtlinge zu schüren, die es bis nach Europa schaffen.

Eine „Deckelung“ der Aufnahme von Flüchtlingen fordert Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in „Bild am Sonntag“ vom 24. August 2014. Man habe ja schon etwa 50.000 Syrer aufgenommen, brüstet er sich – 50.000 von 6,5 Millionen Menschen, die innerhalb Syriens auf der Flucht sind, und nochmals 2,5 Millionen, die in Flüchtlingslagern im Libanon oder in der Türkei darben! Der Innenminister „fürchtet“, dass bis zum Jahresende 200.000 Asylanträge in Deutschland gestellt werden könnten. Das sind immer noch weniger als vor 1993, als die damalige Kohl-Regierung das Asylrecht mit Zustimmung der SPD-Mehrheit massiv einschränkte. Jetzt will de Maizière „Abschiebungen wieder praktikabel machen“.

In Berlin mussten letzte Woche über 100 Flüchtlinge im Handstreich und mit massiver Polizeipräsenz ihre Unterkünfte verlassen. Ihnen wurde angekündigt, dass sie ab September keinen Cent Unterstützung mehr bekommen und die Stadt verlassen müssen. Die meisten dieser Flüchtlinge gehören zu den 553 Menschen, die monatelang auf dem Oranienplatz in Berlin campiert hatten. Mit Spaltungsmanövern und Versprechungen waren sie zunächst in eine leerstehende Schule gelockt und dann von dort vertrieben worden. Auch damals gab es wieder Zusagen für Einzelfallprüfungen und unbürokratische Hilfe. Die hat aber nicht stattgefunden: Kein einziger Antrag auf Bleibemöglichkeit wurde positiv beschieden. „Es

gab viel zu wenig Zeit, sich in die Einzelschicksale einzuarbeiten“, erklärte auch ein „Caritas“-Sprecher.

Auf dem Dach einer der Unterkünfte haben sich einige der Flüchtlinge in ihrer Verzweiflung verschanzt, um nicht abgeschoben zu werden. Deshalb wurde in der letzten Woche von der Bundesregierung wieder einmal kräftig Stimmung gemacht gegen den angeblichen „Sozialmissbrauch“ von EU-Einwanderern. In dem 140-seitigen Bericht über „Armutsmigration“ findet sich aber kein einziger Hinweis darauf, wie viele solcher Fälle überhaupt aktenkundig geworden sind. „Missbrauch haben wir nicht festgestellt“, sagt der Leiter des Jobcenters Dortmund, Volkmar Kassner, in einem Interview für die „Tageszeitung“ vom 28. August 2014.

In der Bevölkerung gibt es neben zahlreichen Protesten gegen die zynische Flüchtlingspolitik der Regierung viele Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen. In Essen übernahmen Anwohner eine Art Patenschaft für ein Flüchtlingsheim. Sie berichten, dass die Flüchtlinge von sich aus bei Aufräumarbeiten nach dem Pfingststurm mit angepackt haben. Ein Mülheimer Handwerksmeister gab einen Spendenaufruf für ein „Warenhaus für Flüchtlinge“ heraus. Es kamen so viel Kleidung, feste Schuhe, Seife und andere Hilfsgüter zusammen, dass er mit seinen mittlerweile 17 festen Helferinnen und Helfern einen ersten Hilfskonvoi in die Nachbarstadt Duisburg bestücken konnte.

Immer mehr rückt auch der gemeinsame **Kampf** gegen **Krieg, Ausbeutung, Umweltzerstörung, Unterdrückung** – also gegen die Fluchtursachen – ins Zentrum. Diesen Protest und Widerstand auf die Straße zu tragen, dafür steht die Montagsdemo auch am heutigen Antikriegstag hier auf dem Marktplatz. Wir werden das auch weiterhin machen! Wir laden Sie ein, mit uns am **13. September 2014** zur bundesweiten **Herbstdemonstration** nach **Berlin** zu fahren. Busfahrkarten gibt es hier bei uns.

Harald Braun

Für eine Kultur des Whistleblowing: Wir brauchen einen Edward Snowden in BND und „Verfassungsschutz“ *(„Freiheit statt Angst“)*

Mehr Strafe statt vernünftiger Arbeit ist wirklich nicht die Lösung!

1. Die Falschmeldung der Bundesagentur für Arbeit liegt vor. „**Arbeitslosigkeit** auf Rekordtief“, hat der „Weser-Kurier“ getitelt und auf die Zahlen der Behörde Bundesagentur für Arbeit verwiesen. „Die Linke“ hat flott nachgerechnet: „Tatsächliche Arbeitslosigkeit im August 2014: 3.670.120, offizielle Arbeitslosigkeit: 2.901.823,

nicht gezählte Arbeitslose gesamt: 768.297“. Diese Zahlen stammen ebenfalls aus den Unterlagen der Bundesagentur für Arbeit.

Scheinbar wird der Wähler so eingeschätzt, dass er die Zahlen glaubt und nicht hinterfragt. Wenn sich die Lage ändert, können ja die Rahmenbedingungen für diese Statistik geändert werden. Zuletzt wurden die 151.380 Erwerbslosen in „Aktivierung und beruflicher Eingliederung (zum Beispiel Vermittlung durch Dritte)“ nicht mehr mitgezählt. Eventuell darf Herr Weise uns ja künftig die tatsächlichen Zahlen verkünden – dazu müssten diese aber erst einmal in die Auswertung einfließen.

2. „Mehr **Sanktionen** bei Hartz-IV-Beziehern“, so hat der „Weser-Kurier“ die Feststellungen des Bremer „Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ zur gesteigerten Sanktionsquote überschrieben. Helmut Westkamp, Chef der Jobcenter in Bremen, widersprach und präsentierte andere Zahlen. Demnach wurden in der Hansestadt weniger Sanktionen verhängt. Diese Argumente waren wohl nicht überzeugend. Im Netz hat der „Weser-Kurier“ den Untertitel „Zahl nimmt auch in Bremen zu“ für diesen Bericht gewählt.

„Verein zweifelt an Zahlen des Jobcenters“, war die prompte Reaktion des Instituts. Der „Weser-Kurier“ korrigierte dabei auch seine Zahl: Von „gut 30.000 Hartz-IV-Beziehern im Land Bremen“ hatte er in der Printausgabe geschrieben. Die Berichtigung lautet: „Der Verein verweist zudem darauf, dass im April 67.269 erwerbsfähige Leistungsberechtigte ganz oder ergänzend auf Hartz IV oder Sozialgeld angewiesen waren. In unserem Bericht vom Mittwoch hatten wir nur die Zahl der Arbeitslosen genannt, die diese Leistungen erhalten. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.“ Die Zahlen für April stehen beim Senator für Häfen et cetera.

Herr Westkamp nannte geringere Sanktionszahlen für Bremen und wird in dem vorstehenden „Weser-Kurier“-Artikel wie folgt zitiert: „In der Stadt Bremen betrage sie sogar nur 2,8 Prozent. Das bedeute im Bundesvergleich Plätze im unteren Mittelfeld. ‚Man kann uns also keine Verfolgungsmentalität vorwerfen‘, findet Westkamp.„ Komisch, aber treffend: Herr Westkamp bringt Sanktionsquote und Verfolgungsbetreuung unter einen Hut!

Allerdings beginnt die Verfolgungsbetreuung bereits bei der Verweigerung von Antragsformularen. Der Artikel bestätigt, dass nicht wahrgenommene Termine der Hauptsanktionsgrund sind. Kommt da der Chef nicht auf die Idee, dass seine Mitarbeiter in diesen Terminen einfach nichts Positives vermitteln? In den geplanten „Rechtsvereinfachungen“ wird vorgeschlagen, die Kürzungsquote von bisher zehn auf 30 Prozent hochzuschrauben. Mehr Strafe statt vernünftiger Arbeit ist wirklich nicht die Lösung!

„Vermieter von Hartz-IV-Sanktionen betroffen“, schreibt der „Weser-Kurier“ am 29. August 2014, weil eine Mieterin ihre Wohnung nicht mehr bezahlen kann. Der Mieterin wurden alle Leistungen gekürzt. Sie erhält für drei Monate auch keine Miete erstattet. Die Mieterin hat mit geliehenem Geld den Zahlungsrückstand ausgeglichen. Der Vermieter sieht seine Mieterin in der Schuldenfalle. Recht hat er! Er versteht nicht, warum die Leistungskürzungen so stark vollzogen werden. Das Jobcenter sieht sich im Recht und stellt dies als Einzelfälle dar. Das „Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ sieht dies anders und fragt: „Jobcenter Bremen – Kosten der Unterkunft nur in wenigen Einzelfällen gekürzt?“

Jede Sanktion wird sofort vollstreckt. Der Bescheid kommt eventuell sogar erst *nach* der durchgeführten Kürzung. Damit ist diese Strafe *ohne Beispiel*: Jeder Verkehrssünder wird erst bestraft, wenn das Gericht die Schuld feststellt. Aber Gegenwehr ist möglich, denn vor jeder Sanktion steht die Anhörung. Geht mit dem Anhörungsbogen umgehend zur Beratungsstelle! Dort wird euch geholfen, so wie bei der Rechtsantragsstelle des Sozialgerichts bei einer Klageerhebung. Die meisten Sanktionen werden zu Unrecht verhängt, insofern ist die Erfolgsquote hoch.

3. Das Weserstadion braucht einen Hochwasserschutz. Die Anlieger sehen den Hochwasserschutz vor allem als Grundwasserschutz. Das Weserstadion wurde circa 2,10 Meter tiefergelegt. Entsprechend ist die Gefahr durch aufsteigendes Grundwasser gestiegen. Auch der Druck auf die Fundamente wird heftiger. Die Anlieger werfen „Werder Bremen“ vor, mit dieser Planung die Stadionnachbarn zu vertreiben, wie schon länger versucht.

Zoff gibt es auch um das liebe Geld. Scheinbar fühlt Bremen sich als Zahlungspflichtiger. „Werder Bremen“ sowie die Stadiongesellschaft wären dann schön raus, der Architekt ebenfalls. Damals beim Umbau wurden die Bauarbeiten gestoppt und geändert. Die Innenausstattung des Spielerbereichs wurde aufwendiger gestaltet. Muss Bremen demnächst für die Bürgschaft geradestehen? Doch die Hansestadt hat eine **Haushaltssperre**.

Bremen hat einen Wissenschaftsplan vorlegt, der die Universität zwingt, durch Einsparungen Substanz zu vernichten. Bremen hat die Bildung insgesamt nicht ausreichend finanziert. Die Krankenhäuser sind über den Dachverband überschuldet. Die Neubaufinanzierung läuft nicht rund. Insgesamt gibt es viele Baustellen. Was der Bund unterlässt, um die „schwarze Null“ nicht zu gefährden, unterlässt Bremen für den Stabilitätsrat: Die Hansestadt wird alle Steuermehreinnahmen ungekürzt zur Schuldentilgung verwenden, weil dies dem Stabilitätsrat zugesagt wurde. Wirklich? Im Netz ist nichts über diese Vereinbarungen nachzulesen.

Bremen spart sich kaputt. Übervorteilt die Hansestadt ihre Bürger? Bei den Mietrichtwerten garantiert, bewusst und absichtlich! Sie haben sich über das Neubauprogramm von Sozialwohnungen gefreut? Für Erwerbslose und Grundsicherungsempfänger sind diese Wohnungen zu teuer, die Mieten liegen oberhalb der Mietrichtwerte. Damit dies nicht so krass dasteht, kann die Anmietung einer sol-

chen „Sozialwohnung“ auch oberhalb der Richtwerte erfolgen. Die Arbeitshilfe zur Verwaltungsanweisung ist eine umfassende Darstellung. Auf Seite 15 steht der soziale Wohnungsbau, ein gut verpacktes Nein. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Ideen zur Vermeidung des Klimawandels

Noch vor wenigen Jahren wurde behauptet, einen Klimawandel, verursacht durch den Menschen, gebe es nicht, das sei „alles natürlich“. Eine globale Erhöhung der durchschnittlichen Temperatur der Erde sei wissenschaftlich noch nicht nachgewiesen, ein Anstieg des Meeresspiegels noch nicht messbar. Was „Klimaflüchtlinge“ sein sollten, konnte sich kaum jemand vorstellen.

Heute wird in vielen Gremien der Welt darüber nachgedacht, wie der weltweite Temperaturanstieg gebremst werden könnte. Es wird berechnet, wie hoch der Anstieg des Meeresspiegels sein wird und der daraus folgende wirtschaftliche Schaden. Es wird berechnet, wie Verluste, Gewinneinbußen und Schäden durch Naturkatastrophen am besten versichert werden können und ähnlicher Unsinn.

Es wird offen darüber gesprochen, dass eine globale Temperaturerhöhung nicht mehr zu verhindern ist und welche Folgen das hat. Fast alle Politiker der Welt sind sich darüber einig: Es sollen nicht mehr als zwei Grad Celsius sein, sonst wird es zu teuer. Es werden Klimagipfel veranstaltet, auf denen krampfhaft versucht wird, schnelle und wirkungsvolle Lösungen zu finden. Da kommen zum Beispiel einige EU-Politiker auf die tolle Idee, den Bau von Atomkraftwerken zu fördern, weil sie „klimaneutral“ Strom produzieren könnten.

Selbst das „Intergovernmental Panel on Climate Change“, der „Weltklimarat“, steckt hier mit unter einer Decke. Er nennt im dritten Teil seines fünften Weltklimaberichtes vom 13. April 2014 die Atomenergie als eine „mögliche Alternative“, die fossilen Brennstoffe zu ersetzen. Diese Idee gehört zwar zur Gruppe der Maßnahmen, die das Kohlendioxid-Übel an der Wurzel packen, nämlich die Vermeidung dieser Emissionen, was eigentlich der vernünftige Ansatz wäre. Doch ich werde hier nicht mehr die „Vorteile“ von Atomkraftwerken besprechen. Die kennen wir alle schon aus tragischer Erfahrung.

Da finde ich eine andere Idee, die in die gleiche Gruppe gehört, viel besser, nämlich keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr zu produzieren beziehungsweise sie für den Individualverkehr zu verbieten. Das wäre für bestimmte Wirtschafts- und Industriezweige sowie Autonutzer zwar eine Katastrophe, aber ein sehr wirksamer Beitrag zur Klimapolitik. Eine weitere, weniger radikale Möglichkeit, den Kohlendioxidausstoß stark zu verringern, bestünde darin, jeglichen Güterverkehr von der Autobahn auf die Schiene zu verlagern.

Diese Art von Lösungen will ich hier nicht weiter ausführen, denn sie wurden nicht nur von mir und nicht nur in einigen Montagsdemobeiträgen behandelt, sondern die halbe Welt befasst sich damit und weiß etwas darüber. Doch es gibt noch eine weitere Gruppe von Aktivitäten und Maßnahmen, die den Treibhauseffekt und den Klimawandel stoppen beziehungsweise mildern sollen. Als Stichworte nenne ich Geoengineering, Chemtrails, Kohlendioxidabscheidung und -speicherung sowie Emissionsrechtehandel. Darüber werde ich in den nächsten Beiträgen etwas genauer berichten.

Sie alle gehören in die Gruppe der unsinnigen Lösungen, doch ihre Erprobungen werden trotzdem seit Jahren von uns, den Steuerzahlern und ärmeren Leuten, mitfinanziert – „zum Wohle der Menschheit“, unter Verdrängung von Risiken, hinter unserem Rücken. Es sind Lösungen, die nicht die Ursache selbst beheben, sondern nur an den Symptomen, den Auswirkungen herumdoktern, so wie wir es zum Beispiel von der Pharmamedizin her kennen. Da werden oft durch möglichst viele Medikamente Schmerzen gelindert, statt die Krankheit zu kurieren.

Es gibt seit 2008 in Deutschland ein konkretes Projekt des „Deutschen Geoforschungszentrums“ in Potsdam, bei dem Kohlendioxid aus den Abgasen entfernt und in den Erdboden gepresst wird. Kohlestromer können sich freuen, dass sie wieder in Konkurrenz zu Atomstromern produzieren können. Autobauer und ihre potente Kundschaft können sich freuen, weiterhin immer mehr und immer leistungsstärkere „Sport Utility Vehicles“ zu produzieren beziehungsweise zu kaufen, um damit weiterhin sinnlos das Weltklima zu belasten – skrupellos, hirnlos, verantwortungslos. Wie die verpestete Luft mit der Methode der Kohlendioxidabscheidung wieder gereinigt werden soll, erzähle ich hier das nächste Mal.

Helmut Minkus (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

BREMER MONTAGSDEMO FÄHRT AM 13.09.2014 NACH BERLIN ZUR HERBSTDEMO

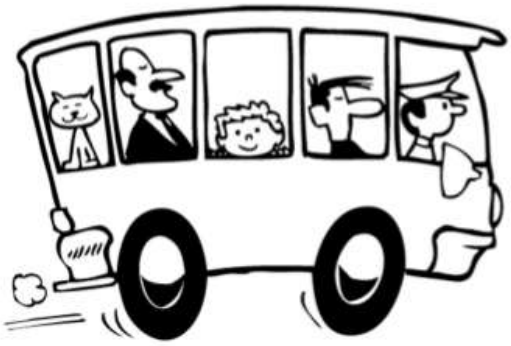
Die bundesweite Montagsdemo feiert im August ihren 10. Geburtstag. Wir wollen in Berlin am 13.09.2014 wieder zahlreich demonstrieren! Die Bremer Montagsdemo ruft deshalb zur Unterstützung und Beteiligung auf! Wir wollen wieder mit einem Bus von Bremen nach Berlin fahren!

Um die hohen Kosten für den Bus abzudecken, müssen wir eine Kostenumlage mit gestaffelten Preisen machen:

Verkauf der Karten ab sofort

montags von 17:30 – 18:30 Uhr auf der Bremer Montagsdemo/Marktplatz oder bestellen per E-Mail: Initiative@Bremer-Montagsdemo.de

Bundesweite Montagsdemo – seit 10 Jahren Widerstand gegen Hartz IV, Arbeitslosigkeit und Kinderarmut, Neonazis! Für Umweltschutz, Solidarität und eine lebenswerte Zukunft!



Preise

Alle, die ein gesichertes Einkommen haben	*40,00 €*
Rentner/Studenten	*20,00 €*
Hartz IV-Betroffene	*10,00 €*

Wer gar kein Geld hat, wird soweit es geht von der Bremer Montagsdemo unterstützt

Förderer, die nicht mitfahren können, können Spenden ab 10,00 aufwärts

Spendenkonto:
Jobst Roselius,
IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84,
BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

V i. S. d. P.: Initiative Bremer Montagsdemo hier vertreten durch Jobst Roselius

Weitere Informationen auf der Homepage der Bremer Montagsdemo:
http://www.bremer-montagsdemo.de

487. Bremer Montagsdemo am 08. 09. 2014

Mit Selbstbewusstsein und Stolz hat die **bundesweite Montags-demonstrationsbewegung** in circa 80 Städten im August dieses Jahres ihren 10. Jahrestag begangen und wird in diesem Sinne am **Samstag**, dem **13. September 2014**, in **Berlin** ihre **11. Herbstdemonstration** durchführen. Wir fahren gemeinsam mit dem Bus dorthin. Fahrkarten gibt es bei Jobst Roselius, E-Mail: jobst.roselius@nord-com.net, Telefon: 0421-705 687, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84, BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg).

Jobst schreibt: „Hallo, liebe Unentschlossene! Am Dienstag haben wir den **Bus** fest geordert. Es sind noch einige wenige Plätze frei. Kosten: Verdiener 40, Rentner und Studenten 20, Hartz-IV-Betroffene 10 Euro. **Abfahrt** Punkt **6 Uhr** am **ZOB Breitenweg** (nicht am Kino), Rückkehr 22 bis 23 Uhr. Bitte fest anmelden bei mir und **Geld zum Bus mitbringen!** Gruß, Jobst“

„Nicht zu beanstanden“: Bundesverfassungsgericht winkt kleingerechneten Hartz-IV-Regelsatz durch *(„Gegen Hartz“)*

Auf Recht bestehen!
Kein Sonderrecht im Jobcenter!

Die monatliche Falschmeldung der Bundesagentur für Arbeit – siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen – wurde von der „Welt“ aktuell kommentiert, der Titel: „Darum gibt’s mehr Hartz-IV-Bezieher als Arbeitslose“. Die Erläuterungen entsprechen dieser Überschrift. Die Verschleierung der Statistik wird als Statistiktrick kritiklos dargestellt, ansonsten eine Studie des DGB aus dem Jahr 2013 über Erwerbslosigkeit zitiert.

Der DGB thematisiert das Zerbröckeln eines zentralen Elementes des deutschen Sozialsystems: „Allerdings hat die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahren deutlich abgenommen – nur noch ein Drittel des Bestandes der Arbeitslosen werden von ihr erfasst. Die anderen zwei Drittel der Arbeitslosen sind auf Hartz IV angewiesen. Im Versicherungssystem gehen Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug nicht immer miteinander einher. Im Jahr 2013 waren bei der Arbeitslosenversicherung nahezu 235.000 Personen arbeitslos gemeldet, die kein Arbeitslosengeld erhielten. Sie zählen zu den sogenannten Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern.“

So werden in der Regel arbeitslos gemeldete Personen bezeichnet, die vom Versicherungssystem betreut werden, aber weder Anspruch auf Arbeitslosengeld noch auf Hartz IV haben beziehungsweise keinen Hartz-IV-Anspruch geltend gemacht haben. Der DGB beschreibt kritisch den Maschenriss in der Arbeitslosenversicherung:

> (Seite 8:) *Mangelnde Absicherung bei Arbeitslosigkeit.* Die Trennung des Arbeitsmarktes in das Versicherungs- und in das Hartz-IV-System sowie die mangelnde Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit haben Einfluss auf die Entwicklung der Zahlen der Nichtleistungsempfängerinnen und -empfänger.
>
> Rund jede(r) Vierte rutscht bei Eintritt in Arbeitslosigkeit direkt in Hartz IV: Zum Rückgang der Anzahl an Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern trägt auch – neben den bislang aufgeführten Gründen – die Abnahme der Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung bei: Zwei Drittel des Arbeitslosenbestandes wird durch das Hartz-IV-System betreut. Besonders dramatisch ist dabei, dass beinahe jede vierte Per-

son, die aus einer Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt oder nach einer Ausbildung arbeitslos wird, unmittelbar in das Hartz-IV-System rutscht. Im Jahr 2013 betraf dies 665.990 Menschen: 616.052 nach Beschäftigung, 49.938 nach einer (außer-)betrieblichen Ausbildung. Hinzu kommen noch 181.610 Aufstockerinnen und Aufstocker, deren Arbeitslosengeld nicht existenzsichernd ist und die ergänzend Hartz-IV-Leistungen beziehen.

All diese Arbeitslosen können nicht – oder nur völlig unzureichend – von den Leistungen des Versicherungssystems partizipieren, obwohl sie vorher in der Regel Beiträge gezahlt haben. Der Personenkreis derer, die unmittelbar ins Hartz-IV-System rutschen, ist insgesamt – wie aus sonderausgewerteten Daten der Bundesagetnur hervorgeht – sehr groß. Diese Größe muss bei der Betrachtung der Entwicklung der Anzahl an Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern ebenfalls bedacht werden, da die Entwicklung der Zahl der Nichtleistungsempfänger(innen) maßgeblich von der Zahl der Arbeitslosen im Versicherungssystem abhängt.

Weitere Sicherungslücken im Versicherungssystem, Probleme nicht quantifizierbar. Darüber hinaus kann es auch vorkommen, dass Personen unmittelbar nach Eintritt in Arbeitslosigkeit weder Arbeitslosengeld noch Hartz IV erhalten. Wie groß dieser Personenkreis ist, lässt sich derzeit ebenso wenig ermitteln, wie die Frage, wie viele Nichtleistungsempfängerinnen und -empfänger ihren Versicherungsanspruch bereits aufgebraucht haben. Darüber hinaus ist auch nicht statistisch erfasst, wie viele Nichtleistungsempfängerinnen und -empfänger ihre Anwartschaft nicht erfüllt haben und wie viele vorher nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Dieser Personenkreis hat zuvor teils gearbeitet, aber nicht lange genug, um Arbeitslosengeld erhalten zu können, ist aber noch nicht hilfebedürftig im Sinne des Hartz-IV-Systems.

Einfluss von Rechtskreiswechsel. Hinzu kommt, dass bei Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug Rechtskreiswechsel bedingen, ob jemand zu den Nichtleistungsempfänger(inne)n zählt oder zu den Hartz-IV-Empfänger(inne)n. Das heißt: Ändern sich die Einkommensverhältnisse des Partners beziehungsweise der Partnerin oder der Eltern (unter Umständen bei Unter-25-Jährigen) beispielsweise durch Arbeitslosigkeit, kann dies dazu führen, dass auch die Nichtleistungsempfängerin beziehungsweise der Nichtleistungsempfänger ins Hartz-IV-System wechselt oder von diesem ins Versicherungssystem. Über Umfang und Dynamik von Rechtskreiswechsel bei Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern liegen derzeit auch leider keine Daten vor.

(Seite 10:) *Arbeitslosigkeit ohne Arbeitslosengeldbezug besonders häufig am Beginn und am Ende der Erwerbsbiographie.* Gerade sehr junge Menschen haben häufig noch keinen Versicherungsanspruch auf-

gebaut. Leben sie bei ihren Eltern und ist deren Einkommenssituation ausreichend, bekommen sie auch kein Hartz IV. Dies gilt auch für diejenigen, die schon in Partnerschaften leben. Bei den über-50-jährigen arbeitslosen Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern ist mehrheitlich davon auszugehen, dass sie ihren Versicherungsanspruch bereits aufgebraucht haben und aufgrund der Einkommenssituation des Partners beziehungsweise der Partnerin oder der Vermögensverhältnisse oder gegebenenfalls aufgrund von Abfindungen nicht hilfebedürftig sind. Über-50-Jährige machen rund 40 Prozent aller Nichtleistungsempfänger(innen) aus. Diese Gruppe ist somit relativ groß.

Diese Feststellung des DGB belegt, dass viele Arbeitnehmer(innen) im Alter kein Vermögen mehr haben. Diese Rahmenbedingungen der Arbeitslosenversicherung und von Hartz IV treiben in die Altersarmut.

(Seite 12:) Fast jede(r) zwölfte Nichtleistungsempfänger(in) ist schwerbehindert. (Seite 13:) *Arbeitsförderung.* Die aktiven Angebote der Agenturen (beziehungsweise bei Hartz-IV-Empfänger(inne)n der Jobcenter), also die Arbeitsförderung, sind ein wichtiges Element des Sozialstaates. Arbeitsförderung sollte idealerweise einen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe am Arbeitsmarkt und zur Chancengleichheit leisten – unabhängig davon, ob jemand Arbeitslosengeld oder Hartz IV bezieht oder Nichtleistungsempfänger(in) ist. Alle sollten bei Bedarf ein notwendiges Maximum an Förderung zum Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit erhalten. Anspruch und Wirklichkeit sind aber nicht immer deckungsgleich.

Ja! Gut, dass der DGB dies so aufdröselt. Die Auswirkung auf die Lebensläufe dieser Betroffenen stehen nachlesbar auf vielen Seiten im Netz. Nachfühlbar sind die damit verbundenen persönlichen Gefühlslagen nicht, bereits Erwerbslosigkeit ist für Nichtbetroffene schwer zu verstehen. Das Jobcenter hat einen sehr schlechten Ruf. Wie den Ausführungen des DGB zu entnehmen ist, verzichten Erwerbslose auf ALG II: Sie stellen keinen Antrag auf entsprechende Leistungen. Dies ist ein Erfolg für die Jobcenter – und für die Gesellschaft eine schwere Bürde! Die Leistungsverhinderung oder -vermeidung durch Behördenmitarbeiter(innen) ist eine mit Hartz IV einhergehende Erfahrung.

Das SGB II drückt die Leistungsberechtigten unter das Niveau des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Aktuell wird unter dem Titel „*Rechtsvereinfachung* im SGB II“ eine weitere *Verschärfung der Rahmenbedingungen* für den Leistungsbezug vorgeschlagen, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Ein Entwurf für den abschließenden Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe wurde bereits bekannt, allerdings hat die Behörde bereits beim Anschub des Diskussionsentwurfs darauf hingewiesen, dass sie sich an keinen Änderungsvorschlag gebunden fühlt.

Zusätzlich wurde darauf hingewiesen, dass keinerlei Haushaltsmittel für die Änderung bereitgestellt wurden. Verbesserungen müssen intern finanziert werden – das ist sicher sehr motivierend! Die „Koordinierungsstelle gewerkschaftli-

cher Arbeitslosengruppen“ hat zu einer Aktionszeit angeregt: „**Auf Recht bestehen! Kein Sonderrecht im Jobcenter**!“ Viele machen mit, wir ebenfalls. Der **2. Oktober 2014** ist erster **Aktionstag** in dieser Serie.

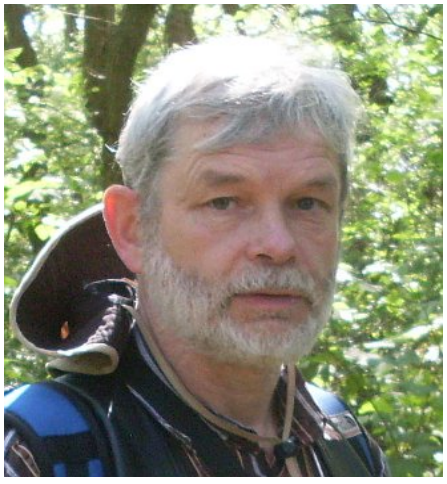
Über die trickreiche und damit unbrauchbare Statistik der Bundesagentur für Arbeit steht viel auf unserer Seite. Das Bruttoinlandsprodukt war für mich bisher eine gesicherte Größe. Ab 1. September 2014 wurde dessen Berechnung für alle EU-Länder verbindlich geändert. Einbezogen werden weitere Erträge, zum Beispiel aus dem Schmuggel von Waffen, Zigaretten oder Drogen. Erträge von Sex-Arbeiter(inne)n und aus Schwarzarbeit sollen schon länger berücksichtigt sein.

Forschungsaufwendungen steigern jetzt das Bruttoinlandsprodukt, Rüstungskäufe ebenfalls, jedenfalls bei den Käufern – die Rüstungsindustrie wird es freuen! Dies sind aber keine greifbaren Fakten. Die Werte werden geschätzt. Jedes Land schätzt selbst und nach eigenen Erkenntnissen. Durch diese Änderungen steigt das Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Länder und der EU. Einige Länder haben diese Erträge bereits früher berücksichtigt. Durch diese Änderungen steigt die Wertschöpfung, und die Schuldenquote wird niedriger.

Die Rating-Agenturen wird das erfreuen! „Handelsblatt“ und „Süddeutsche Zeitung“ berichten darüber etwas unterschiedlich. Das Bundesamt für Statistik hat „Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2014“ veröffentlicht. „Alle Ergebnisse basieren auf den neuen Konzepten des ESVG 2010“, lautet der Hinweis auf die geänderten Rahmenbedingungen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Klimapolitik mit Kohlendioxid-abscheidung und -speicherung



Heute an Sie, meine Damen und Herren, eine einfache Frage: Wer heizt seine Wohnung oder kocht sein Essen noch mit einem Kohleofen? Zu teuer? Wer liefert denn die Kohle? Keine Ahnung? Zu schwarz, zu dreckig, zu unbequem. Ist schon lange nicht mehr gefragt. Warum nicht? Sie haben Recht: Kohle ist die dreckigste Energieform, die es heutzutage gibt, denn bei der Verbrennung von einer Tonne Braunkohle entstehen 3,25 Tonnen des bekannten Klimakillers Kohlendioxid.

Doch die Kohle ist deshalb noch lange nicht tabu, wie Sie vielleicht glauben. Bei Ihnen im Kohlenkeller vielleicht, falls Sie mal

einen hatten. Doch für einen Teil unserer Politiker ist die sinnlose Verbrennung von Kohle wieder sehr modern geworden. Es werden Verträge abgeschlossen mit großen Stromerzeugern, dass sie wieder Kohle abbauen dürfen. Zum Verheizen, um damit Wasser zu Dampf zerkochen, um damit eine Turbine anzublasen, die einen Generator treibt, der ein bisschen Strom erzeugt, um damit zum Beispiel eine Herdplatte zu heizen.

Zur Verdeutlichung, wie dreckig der Kohlestrom ist, hier ein Vergleich: Um eine lumpige Kilowattstunde Strom aus Braunkohle zu erzeugen, werden 1.150 Gramm Kohlendioxid in die Atemluft geblasen. Bei der Erzeugung von einer Kilowattstunde Strom aus Windkraft werden 23 Gramm veranschlagt. Sie entstehen bei der Herstellung der Windräder. In einem der größten Braunkohlekraftwerke Deutschlands, der „Schwarzen Pumpe“ in der Lausitz, werden in 24 Stunden 36.000 Tonnen Braunkohle verheizt. Heute noch, täglich.

Ein älterer Bekannter, der sich noch an die Zeit des Heizens mit Kohle erinnerte, erzählte mir neulich, dass seine Familie pro Jahr etwa eine Tonne verbrauchte, zum Heizen und Kochen, nicht zum Stromerzeugen. Jetzt können Sie den Rest selber ausrechnen und mit gutem Gewissen überlegen, ob Sie nicht auch wieder Kohle verheizen wollen. Haben Sie keine Bedenken. Versuchen Sie mal, ein paar Zentner Briketts zu bestellen. Machen Sie es wie die Kohlestromer und einige ihnen nahestehende Politiker: Pfeifen Sie auf den schwarzen Dreck, denn es gibt eine „gute“ Lösung zur Vermeidung des Kohlendioxidausstoßes, zwar noch nicht für einzelne Haushalte, aber für große Dreckschleudern.

Es ist die Methode der Kohlendioxidabscheidung und -speicherung. Hier wird das Kohlendioxid, noch bevor es den Schornstein des Kohlekraftwerkes verlässt, aus den Abgasen abgefangen und herausgewaschen, dann in Kesselwagen abtransportiert und einige 100 Meter tief in poröse Sandsteinschichten gepresst, in der Hoffnung, sie bleiben dicht. Für mich ist das ein umgekehrtes Fracking, denn bei diesem wird poröses Gestein aufgesprengt, damit das Gas herauskommt. Da kann ich nur hoffen, dass nicht irgendwann mal ein Fracker sein Gestein mit einem Kohlendioxidlager verwechselt und es aufsprengt!

Die geologische Speicherung von Kohlendioxid wird bereits seit 2004 vom „Deutschen Geoforschungszentrum Potsdam“ an einem Pilotstandort in Ketzin in Brandenburg erfolgreich erprobt. Hier wurden in einem Zeitraum von gut drei Jahren 57.000 Tonnen Kohlendioxid über Injektionsbohrungen in den Untergrund eingespeist. Die „Schwarze Pumpe“ erzeugt pro Tag mehr als das Doppelte. Da kamen mir gewisse Zweifel, ob und wie lange das überhaupt funktioniert. Diese Fragen stellte ich einem Meteorologen, der an diesem Projekt seit Jahren mitarbeitet.

Er konnte mich insofern „beruhigen“, als er mich darüber aufklärte, dass das gesamte Norddeutsche Becken bis nach Belgien aus solchem porösen „Speichergestein“ bestehe und es kein Problem sei, viel mehr als die gesamte deutsche Kohlendioxidproduktion der nächsten Jahrzehnte dort „sicher und dicht“ einzulagern. Was „sicher und dicht“ bedeutet, kennen wir schon von Atomkraftwerken und der Endlagerung ihres radioaktiven Restmülls. Es fällt mir also ziemlich

schwer, das alles ernst zu nehmen. Doch der nette Herr vom GFZ nannte mir noch eine weitere ernüchternde Zahl beziehungsweise Tatsache: Deutschland ist nur zu 2,8 Prozent am weltweiten Kohlendioxidausstoß beteiligt.

Das ist zwar eine bittere Realität, doch wir alle haben trotzdem die beiden Möglichkeiten, entweder aktiv an der Kohlendioxidvermeidung mitzuwirken oder den Kopf in den Sand beziehungsweise ins „Speichergestein“ zu stecken und zu hoffen, dass japanische, chinesische, russische und amerikanische Politiker es schon richten werden, mit Unterstützung weniger hilfsbereiter Großkonzerne. Da Letzteres mit Sicherheit für den Klimaschutz gar nichts bringt, gibt es für mich nur eine sinnvolle Lösung: Abschaffen aller Kohlekraftwerke weltweit! Dann wird auch die Kohlendioxidabscheidung und -speicherung sinnlos.

Helmut Minkus (parteilos)

Bedrohtes Trinkwasser: Fracking-Bohrstellen durchdringen die Rotenburger Rinne, aus der auch Trinkwasser für Bremen gespeist wird *(„Tageszeitung“)*

Geschlechtergleichbehandlung ist wichtiger als Sprachstilbewahrung: Wenn die Klassenlehrerin ein Kind bekommt, bekommen die Kinder ein neues Klassenlehrix und warten gespannt, ob es wieder eine Frau oder diesmal ein Mann sein wird *(„Die Welt“)*

Durchmarsch der Rechtspopulixe: Der Osten wählt braun *(„Die Welt“)*

Panik in London: „In zehn Tagen könnten wir alle wie Zombies rumlaufen“ *(„Spiegel-Online“)*

Angekündigter Diebstahl: Neoliberaler Briten-Premier droht abspaltungswilligen Schotten mit Einbehalt ihrer Renten *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

488. Bremer Montagsdemo am 15. 09. 2014

Die „Joboffensive“ hat bei der Arbeitsvermittlung versagt

1. Der Sozialdeputation wurde zur Kenntnis vorgelegt, dass die „**Joboffensive**“ weitergehen wird. Die Zahl der zusätzlichen „Integrationsfachkräfte“ wird aber reduziert: von jetzt 41 befristeten auf 19 unbefristete und zehn bis zum 31. Dezember 2015 befristete Stellen. In der Vorlage für die Deputationssitzung heißt es: „Durch die ‚Joboffensive‘-Teams sind im Jahr 2013, also nach zehn von 22 operativen Monaten der ‚Joboffensive‘, 3.313 Personen in Arbeit vermittelt worden.“ Im Zwischenbericht der „Joboffensive“ zum 30. Juni 2013 steht noch die Null: Es gab keine einzige zusätzliche Vermittlung bis zu diesem Stichtag, siehe 464. Bremer Montagsdemonstration (Punkt 6).

Weiter: „Hieraus ergeben sich 312 zusätzliche Integrationen für das Jahr 2013 (10.707 insgesamt erreichte Integrationen minus 10.395 erwartete Basisintegrationen). In der Gesamtschau bleibt, auch unter Berücksichtigung der 312 zusätzlichen Integrationen, das Ist aller Integrationen von 10.707 um rund 7,4 Prozent hinter dem Soll von 11.562 Integrationen (10.395 Basis- und 1.167 zusätzlichen Integrationen) zurück.“ Insgesamt haben die zusätzlichen Fachleute im vergangenen Jahr 312 zusätzliche Vermittlungen geschafft. 312 zusätzliche Vermittlungen in zwölf Monaten, wobei die neuen und die vorhandenen Fachleute, insgesamt 76 Mitarbeiter(innen) zwei Monate zum „Anlauf“ bewilligt bekommen haben!

Geplant waren für das Jahr 2013 1.167 zusätzliche Vermittlungen in Arbeit. 312 Vermittlungen wurden durchgeführt. Es ergibt sich somit eine Unterdeckung von über 70 Prozent. Trotzdem wird die „Joboffensive“ verlängert. Warum nur? Bezahlt Bremen erneut zulasten des Haushaltspostens „Kosten der Unterkunft“? So wird aus den Geldern für die Erwerbslosen Gehalt für die „Integrationsfachkräfte“. Der Haushaltsposten „Kosten der Unterkunft“ sieht zurzeit sicher gut aus, doch sind die Richtwerte für die Unterkunftskosten in Bremen zu niedrig festgesetzt. Wenn die Erwerbslosen sich wehren, werden erhebliche Nachzahlungen fällig.

Bei der Arbeitsvermittlung hat die „Joboffensive“ versagt. Ihre Bewertung soll künftig nach weiteren Faktoren erfolgen. Dadurch wird das Versagen nicht so einfach offensichtlich. Die Vorlage bei der Deputation für Soziales verniedlicht das Versagen der „Joboffensive“. Es steht auch nichts zur Qualität und Dauer der „Integration in Arbeit“ in dem Papier. Es ist ein Papier, das Erfolge vortäuscht. In der ersten Vorlage zur Einführung der „Joboffensive“ wurde ein genaues Controlling versprochen. Davon ist so gut wie nichts übriggeblieben.

Wenn mensch berücksichtigt, dass Bremen nicht Vorreiter für diese „Joboffensive“ war, gibt es zwei Möglichkeiten: Die Controllinginstrumente haben in Berlin funktioniert, oder sie waren nur ein „Lockvogel“. Die genauen Details über den Werdegang vom Angebot zum Vertrag über die „Joboffensive“ wurden von der Senatorin für Soziales der Deputation für Soziales nicht vorgelegt, sie sind in der Trägerversammlung „hängengeblieben“. Diese Fakten gehören auf den Tisch!

2. Das Sozialgericht Mainz konkretisiert mit Urteil vom 15. April 2013 (Aktenzeichen S17 AS 518/12) den Angemessenheitsbegriff „nach Maßgabe des Grundsatzes der verfassungskonformen Auslegung in der Weise, dass unangemessen im Sinne des § 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II lediglich Kosten der Unterkunft sind, die deutlich über den üblichen **Unterkunftskosten** für der Größe und Struktur nach vergleichbare Haushalte im geografischen Vergleichsraum liegen.“ Die Berufung wird zugelassen. –

Rechtsanwalt Helge Hildebrand aus Kiel hat die Möglichkeit zur rückwirkenden Befreiung von **Rundfunkbeitrag** für SGB-II-Bezieher ausgegraben. Etwaig erhobene und auch schon bezahlte Beiträge können zurückgefordert werden, hierfür gibt es aber eine Frist bis zum Jahresende. –

Von der Diakonie und dem neuen für Hartz IV zuständigen Grünen-Sozialexperten Wolfgang Strengmann-Kuhn gibt es Bewertungen der Vorschläge zu den „Rechtsvereinfachungen“, die von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder vorgelegt worden sind. Sozialrechtsreferent Harald Thomé hat eine Geheimunterrichtung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales an die Mitglieder der Großen Koalition zu diesen „Rechtsvereinfachungen“ öffentlich gemacht, die am 10. September 2014 stattgefunden hat und deren Arbeitstitel „Weiterentwicklung des Sanktionsrechts im SGB II“ lautete.

Grundlage für die **Sanktionen** ist oftmals die Eingliederungsvereinbarung. Damit befassen wir uns am nächsten Montag. Wir haben ein Offenes Mikrofon. Wer Erfahrungen hat, kann diese kundtun. Wer es nicht selbst erzählen möchte, kann mir eine schriftliche Schilderung geben. Sie wird verlesen – ohne Namensnennung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wir haben jetzt ein Zeitfenster von wenigen Monaten

Das Bundesverfassungsgericht hat, wie am 9. September 2014 bekanntgegeben, am 23. Juli im Rahmen des Vorlagebeschlusses des Sozialgerichtes Berlin geurteilt, dass die SGB-II-Regelleistungen gerade „noch“ hoch genug seien, um nicht verfassungswidrig zu sein. Steigen die Preise für besondere Bedarfspositionen wie etwa für Strom oder Mobilität unerwartet, muss eine Anpassung vorgezogen werden, urteilt Karlsruhe. Zunächst wurde die Regelleistungsfestsetzungsmethode der Bundesregierung als zulässig erachtet, allerdings wurden eine Reihe von Anmerkungen getroffen, wo Unzulänglichkeiten vorliegen.

Natürlich zementiert das Bundesverfassungsgericht mit diesem Urteil das derzeitige Hartz-IV-SGB-XII- Elend. Etwas anderes ist auch nicht vom Bundesverfassungsgericht zu erwarten. Allerdings lässt sich mit manchen Punkten des Urteils einiges machen. So rügt das Bundesverfassungsgericht beispielsweise die Haushaltsenergie an, die Einbeziehung der Brille in die Regelleistung, regt die Rausnahme der Elektrogeräte aus den Regelleistungen an und vieles mehr. Es ist jetzt Aufgabe der Erwerbslosenbewegung, der Wohlfahrts- und Sozialverbände und politisch Bewussten und Interessierten auf der Straße, in der Öffentlichkeit dahingehende Forderungen zu entwickeln und zu stellen.

Wenn jetzt zum Beispiel eine Kampagne zur Rauslösung der Haushaltsenergie aus den Regelleistungen entfacht würde, kann das dazu führen, dass diese kurzfristig im Rahmen der geplanten SGB-II-Änderungen unter dem Arbeitstitel der „Rechtsvereinfachungen“ noch durchgesetzt werden könnte. Ich will damit aufrütteln, mobilisieren: Leute, legt euch ins Zeug, fangt an, dahingehende Forderungen zu erarbeiten und diese in die Öffentlichkeit zu tragen! Wir haben jetzt ein Zeitfenster von ein paar wenigen Monaten, um gravierende Rechtsverschärfungen im SGB II zu bekämpfen und gegebenenfalls eigene Forderungen zum Teil durchzusetzen!

Laut neuester Information soll der erste Gesetzesentwurf zu den geplanten SGB-II-Änderungen im Herbst vorgelegt werden. Gleichzeitig soll das Sanktionsrecht aus dem SPD-geführten Arbeitsministeriums „entschlackt“ werden, „alles neu und vereinfacht“. Mit der „Vereinfachung“ werden aber nur die offen verfassungswidrigen Zustände im Sanktionsrecht beseitigt. Sanktionen sind das schärfste Instrument bei der Bekämpfung von Arbeitslosen und zur Durchsetzung von Zwangsarbeit und Niedriglohn. Daher ist generell *jede* Unterschreitung des Existenzminimums abzulehnen! Hartz IV ist schon Strafe genug.

Nun ist auch der Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur „Vereinfachung“ des passiven Leistungsrechts – einschließlich des Verfahrensrechts – im SGB II durchgesickert. Die geplanten Änderungen bedeuten eine Vielzahl von Rechtsverschärfungen und die Etablierung von Hartz-IV-Sonderrecht im Verhältnis zum allgemeinen Sozialrecht.

Gegen die Weigerung des Bundesarbeitsministeriums, mir vorliegende Unterlagen im Rahmen eines Antrages nach dem Informationsfreiheitsgesetz weiterzugeben, habe ich mittlerweile Klage eingelegt, denn hier werden heftige Rechtsverschärfungen diskutiert, und solche Pläne gehören an das Licht der Öffentlichkeit. Letzte Woche hat das Bundesverfassungsgericht noch mal klargestellt, dass es ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums geben soll. Im Rahmen der Arbeitsgruppe wird darüber diskutiert, wie eben dieses Grundrecht systematisch ausgehebelt werden kann, immer gerade an der Verfassungswidrigkeit entlang.

Geplant sind regierungsseitig Änderungen im Sanktionsrecht bei den Dingen, wo sowieso jeder weiß, dass diese verfassungswidrig sind. Insofern sind diese Änderungen überflüssig. Allerdings plant Frau Nahles auch die verschärfte Sanktion bei Meldeversäumnissen. Wer sich die Sanktionszahlen anschaut, wird feststellen, dass dies 72 Prozent aller Sanktionen sind. Die Regierung will sich mit den neuen Sanktionsregeln bei Meldeversäumnissen den Weg frei machen für ein Sanktionsterrorregime. Allerdings ist es wichtig, jetzt nicht nur auf die Sanktionen zu schauen, sondern auch auf alle anderen Regelungen, insbesondere auf die Sonderrechtsregeln.

Am **22. September 2014** beginnt die bundesweite Mobilisierung von Erwerbslosengruppen, Gewerkschaften und Sozialverbänden, um bei bundesweiten **Aktionen** unter dem Motto „**Auf Recht bestehen! Kein Sonderrecht im Jobcenter!**“ Missstände in den Jobcentern anzuprangern und weitere, konkrete Verbesserungen einzufordern. Höhepunkt wird der **Aktionstag** am **2. Oktober 2014** sein. In über 80 Städten wird es Aktivitäten geben. Es wäre super, wenn sich noch viele in die Mobilisierung einklinken könnten, denn Druck „von unten“ ist notwendig!

Rundbrief von Harald Thomé („Tacheles Sozialhilfe“)

Placebo-Urteil: Mit der Annahme, dass aus den Ausgaben der Armen der Bedarf der Ärmsten errechnet werden könne, begibt sich das Verfassungsgericht in eine Sackgasse, aus der es trotz aller Ermahnungen nicht mehr herauskommt *(„Nachdenkseiten“)*

Ein **Treffen** zur Konstituierung eines Netzwerks „**Hartz IV muss weg**“ für Bremen findet am **19. September 2014** um **17 Uhr** im **Beratungsladen** des „Bremer Erwerbslosenverbands“ in der Hohentorsheerstraße 24 statt.

„Ehrensold“ vom Bundespräsidenten: Verarmten Promis bleibt die Schande erspart, sich auf dem Sozialamt ausziehen zu müssen *(„Morgenpost“)*

„Andrea 21“: SPD gibt auch die nächsten beiden Bundestagswahlen verloren *(„Bild“-Zeitung)*

Keine Experimente: Schottland bleibt britisch *(„Spiegel-Online“)*

Risse am Heck: Uschi von der dreyen Hubschrauber mag nicht über Altersschwäche reden *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

489. Bremer Montagsdemo am 22. 09. 2014

Bremen lässt sich vom Jobcenter auf der Nase herumtanzen

1. Diesen Dienstag ist bei der UN die Weltklimakonferenz, und die Veranstaltung ist entsprechend hochkarätig besetzt. Frau Merkel nimmt nicht teil – verständlicherweise. Wie sollte sie den Anwesenden erklären, dass sie trotz der Möglichkeiten der Windkraft und der Sonnenenergie sowie der betriebsfähigen Gaskraftwerke ausgerechnet die Energieproduktion der Kohlekraftwerke steigert, mit allen Nebenwirkungen? Wie soll Frau Merkel erklären, dass Deutschland die Klimaziele nicht erreichen wird, weil die Kohle zu schmutzig ist? Deutschland tut dies ohne Not. Die alternativen Energien könnten die Versorgung sichern! Die Menschen könnten einfach wohnen bleiben. Die Gewinnung der **Energie** aus Sonne und Wind könnte überzeugend rübergebracht werden.

Ausgerechnet in Afrika sind die meisten Atommeiler geplant. Allein die USA haben dort 50 Atomkraftwerke verkauft. Dabei ist die Atomkraft durch die Nebenwirkungen die schmutzigste Energie. Die Abdeckung für den Reaktor in Tschernobyl ist in Bau, doch die Verstrahlung aus Tschernobyl geht weiter. Sie führt noch heute dazu, dass in Sachsen 40 Prozent der Wildschweine nicht verzehrt werden dürfen. In Japan wird weiterhin verstrahltes Wasser in den Ozean eingeleitet. Die Folgen werden weltweit spürbar. Sie können mit der jetzigen Technik nicht beherrscht werden, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

2. Die Jobcenter Bremen und Bremerhaven schwimmen im Geld. Gibt es zu wenige Erwerbslose in unserem Bundesland? Haben Bremen und Bremerhaven für 4,5 Millionen Euro keine sinnvolle Verwendung? Lesen Sie doch einfach mal den Ablauf und die Erfolgsquote der „**Joboffensive**“ des Jobcenters in Bremen – die Beschreibung eines Flops, mitfinanziert durch die Freie Hansestadt mit rund 500.000 Euro pro Jahr. Das Bremer Geld war im Haushalt für die Kosten der Unterkunft, also die Miete der Erwerbslosen vorgesehen.

Der Kostenanteil des Jobcenters wurde dem Vermittlungsbudget entnommen, um die höheren Verwaltungskosten zu decken. Durch solche Umwidmung wurden und werden aus Geldern für die Vermittlungsförderung der Erwerbslosen und aus Geld für deren Miete Personalkosten des Jobcenters. Im Jahr 2013, als die „Joboffensive“ bereits lief, wurden vom Jobcenter jedoch Millionen ungenutzt zurückgegeben. Wieso lässt sich Bremen so über den Tisch ziehen, so auf der Nase herumtanzen? Die „Joboffensive“ wäre mühelos ohne Länderbeteiligung zu stemmen gewesen, in Bremen und anderswo! Das „Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ hat dazu interessante Ergebnisse veröffentlicht.

Die Ein-Euro-Beschäftigungsverhältnisse und die „Bürgerarbeit“ sind zum 30. Juni 2014 ausgelaufen. In Bremen werden die Ein-Euro-Beschäftigungsverhältnisse bis zum 30. Juni 2015 als „ehrenamtliche Tätigkeit“ fortgeführt. Und dann? Der Senat will informieren, wenn er sich eine Meinung gebildet hat. Der „Weser-Kurier“ hat am 20. September 2014 festgestellt, dass dadurch über 100 Einrichtungen in allen Stadtteilen betroffen sind. Die richtige Reaktion sind vernünftige Arbeitsverhältnisse mit vollem Sozialversicherungsschutz. Das Jobcenter beweist doch alle Jahre wieder: Es ist möglich! Dieses Geld wäre zweckbestimmt und vernünftig angelegt.

Wohl aber hat die „Joboffensive“ erfolgreich die Anzahl der gegen Erwerbslose verhängten Sanktionen gesteigert. Die Erträge aus den nicht ausgezahlten Regelleistungen werden zugunsten des Bundes verbucht. Wenn die Sanktionen zu einer Kürzung der Kosten der Unterkunft führen, geht dieser Ertrag zugunsten der Freien Hansestadt Bremen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Wir haben den **2. Oktober 2014** als **Aktionstag** vorgemerkt. Unsere Aktion wird innerhalb des Bremer Netzwerks „**Hartz IV muss weg**“ erfolgen. Dessen nächstes Treffen findet am **Freitag**, dem **26. September 2014**, um **17 Uhr** im **Beratungsladen** des „Bremer Erwerbslosenverbands“ in der Hohentorsheerstraße 24 (Ecke Lahnstraße) statt.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Ausgezehrt wie von Hartz IV: Uschi von der dreyen Hubschrauber kann nur noch mit Ach und Krach in den Irak transportiert werden *(„Spiegel-Online“)*

Wettermodifikation mit Chemtrails

Heute will ich mal etwas zum Wetter sagen, denn ich wurde neulich gefragt, ob es „Chemtrails“ gibt beziehungsweise was ich davon halte. Diese Frage könnte ich genauso beantworten, als würde sie mit dem Wort „Autos“ gestellt: Schauen Sie doch öfter mal genau in den Himmel oder auf die Straße, oder suchen Sie

unter diesen Stichwörtern im Internet. Letzteres ist heute so voller Infos auch zu diesen Themen, dass es für einfache, ehrliche Recherchen fast nicht mehr zu gebrauchen ist.

Zum Thema Auto habe ich hier schon mehrfach öffentlich meine Meinung gesagt und meine Beobachtungen geschildert. Heute mache ich das zum Thema Chemtrails. Was das genau ist, werde ich hier nicht erklären, denn das Spektrum der Informationen im Internet reicht von „seit Jahrzehnten praktizierte Realität und ihre Folgen“ bis „esoterische Spinnerei“. Wenn jemand von Ihnen noch nie etwas von Chemtrails gehört hat, so ist das kein Wunder: Es ist ja auch schon seit Jahrzehnten streng geheim, und ich darf nichts darüber erzählen.

Einer der ersten deutschen Chemtrail-Beobachter und inzwischen Experte ist der Elektrotechniker und Ex-Greenpeace-Aktivist Werner Altnickel aus Oldenburg. Er beobachtet nach eigenen Angaben seit 2002 im Raum Oldenburg zeitweise fast täglich Chemtrail-Sprühaktionen. Auch der weltberühmte Edward Snowden soll unter anderem enthüllt haben, dass der Klimawandel als Bedrohung für die US-Landwirtschaft gesehen wird und zu einer nationalen Sicherheitsangelegenheit erklärt wurde. Deshalb soll es bereits seit den 1960er Jahren ein geheimes Labor namens Muad’dib geben, in dem zusammen mit dem Gentechnik-Konzern Monsanto ein Chemtrail-Programm entwickelt wurde und massiv betrieben wird.

Was „Wikipedia“ und andere „Experten“, Spekulanten und Verschwörungstheoretiker dazu schreiben, interessiert mich nicht besonders. Für mich sind Chemtrails nur ein mögliches Werkzeug im Rahmen von Wettermodifikationen, wie sie schon heute nahezu flächendeckend auf der Welt eingesetzt werden, die aber vor Staatsgrenzen keinen Halt machen. Das geht auch aus dem Geoengineering-Zukunftsbericht des Planungsamtes der Bundeswehr eindeutig hervor, obwohl das Wort „Chemtrails“ dort nicht vorkommt. Es wird „Strahlungsmanagement durch reflektierende Aerosole“ genannt und hier nicht als „Geoengineering“ definiert, sondern als „gezielte Manipulation lokaler und zeitlich begrenzter Wetterereignisse“ bezeichnet (Seiten 10 und 11).

Beispiele sind: Regen in Dürrezonen, Beeinflussung von Wolken, Umleitung von Stürmen. Solche Wettermodifikationen werden heute hauptsächlich in China und USA betrieben und können an Bedeutung gewinnen zur scheinbaren Bekämpfung von Folgen des Klimawandels. Doch sie sind nicht brauchbar zur Behebung der Ursache, dem Kohlenmonoxid-Ausstoß. Sie entziehen so dem einzelnen Verursacher die persönliche Verantwortung. Er kann keinen Beitrag zur Gesellschaft leisten, weder geistig noch moralisch noch praktisch. Das nenne ich Volksverdummung und Entmündigung. Das kann jedoch nur jeder für sich selbst erkennen, um selbst mitwirken zu können.

Was ich damit meine: Fragen Sie zum Beispiel mal den Fahrer, der allein in seinem „Sport Utility Vehicle“ sitzt, was er da macht beziehungsweise warum er das macht. Er wird Sie nicht verstehen und deshalb glauben, Sie spinnen. Deshalb darf auch ich hier meine ernst gemeinte Spinnerei öffentlich verkünden. Sie wäre eine sehr wirksame Maßnahme zur Reduzierung des Klimakillers Kohlendioxid: Den heutigen motorisierten Individualverkehr einschließlich der an konventionellen Kraftwerken „getankten“ Elektroautos weitgehend und in wenigen Jahren weltweit einzustellen.

Doch das gegen eine gewaltige monetäre Wirtschafts- und Industrielobby, gegen macht- und ratlose Politiker und vor allem gegen sich selbst durchzusetzen, ist sehr schwer, für die meisten von uns wahrscheinlich so schwer, dass wir reale Beobachtungen von anderen und deren Schlussfolgerungen leichter als esoterische Spinnereien hinstellen können, als selbst zu versuchen, die Realitäten dahinter zu finden, weil wir nichts gesehen haben oder die Realitäten verdrängen, die wir selbst nicht wahrhaben wollen.

So wird uns immer wieder vorgelogen, dass es wirtschaftlich gesehen besser ist, neue, wenn auch grundsätzlich sinnlose Industriezweige aufzubauen und Produkte zu erfinden, um die Schäden, die mit anderen sinnlosen (Hightech-)Produkten angerichtet wurden, zu beheben. Mein Fazit: Darüber zu diskutieren, ob und warum es Chemtrails gibt, ist wie über Sinn und Unsinn von Autos zu diskutieren. Beide sind Realität. Aber zu welchem Zweck?

Helmut Minkus (parteilos)

Paranoid von links bis rechts: Querfront-Duo „Die Bandbreite“ hiphopt über bundesdeutsche „Friedensmahnwachen“ *(„Neues Deutschland“)*

Es ist nicht leicht, ein Gott zu sein: Wenn wir die gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der historischen Dialektik scheinbar verwirklicht haben und das Leben in einer quasi-feudalistischen Gesellschaft beobachten *(„Wikipedia“)*

Führungsausfall: Wo ist Kim Jong un-päslich? *(„Spiegel-Online“)*

Die MLPD lädt ein zur Vortrags- und **Diskussionsveranstaltung** am **Samstag**, dem **27. September 2014**, in der Sportgaststätte „**Postillion**“, Werderstraße 66. Vorgestellt wird das **Buch** „**Katastrophenalarm**! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“ Beginn ist um **17 Uhr**, der Eintritt beträgt drei, ermäßigt zwei Euro.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

490. Bremer Montagsdemo am 29. 09. 2014

Zum weiteren Vorgehen

Die Bremer Montagsdemo muss wöchentlich weiterhin aktiv bleiben, lasst sie nicht eingehen! Hallo Mitstreiter(innen) und Freund(inn)e(n), ich war ja schon lange nicht mehr bei einer Montagsdemonstration in Bremen dabei – hauptsächlich waren es aber gesundheitliche Probleme. Ich selbst würde es falsch finden, den wöchentlichen Rhythmus der Kundgebungen einzuschränken. Das wäre schon fast wie ein kleiner Sieg der Behörden und der verantwortlichen Politik.

Man sollte sich aber künftig wieder ausschließlich auf das ursprüngliche Thema beschränken, nämlich den Sozialabbau und damit gleichzeitig das Absenken von Produktions- und Dienstleistungskosten über Lohnkosten, Arbeitsverdichtung oder sogar Dichtmachen von Betrieben. Dass es sich hierbei um asoziale kapitalistische Politik und Handlungsweisen handelt, die vorsätzlich betrieben werden, muss man ganz klar zum Ausdruck bringen. Weiterhin muss man den Menschen aber auch ein mögliches Lösungsangebot vermitteln, welches anfangs innerhalb dieses Gesellschaftssystems funktionieren kann, übrigens auch wie in allen anderen.

Man muss das Lösungsangebot eines solidarischen Grundeinkommens mit der Zahlung von wenigstens einem Mindestlohn und die gleiche Verteilung aller Lohnarbeitsstunden auf alle möglichen Erwerbsfähigen den Menschen rüberbringen. Das bedeutet natürlich im Umkehrschluss, dass Zwangsmaßnahmen zu einer Arbeitsaufnahme niemals der richtige und verfassungsgemäße Weg sein oder bleiben dürfen. Ohne ein vernünftiges mögliches Angebot wird man die Menschen nicht überzeugen können. Die Menschen sollten mehrheitlich selbst bestimmen dürfen, wer wie wann was oder ob überhaupt etwas gemacht wird.

Das Wählen von Stellvertreter(innen) – die oftmals nach erfolgreicher Wahl behaupten, sie wären *nicht* ihren Wählerinnen und Wählern verpflichtet, sondern ausschließlich ihrem eigenem Gewissen – muss man nachdrücklich kritisieren und Vorschläge machen, wie politische Vertreter(innen) auch vorzeitig aus dem Amt befördert werden könnten, zum Beispiel bei groben Verstößen. Nur auf die juristische Schiene zu setzen, kann bei einem Rechtsstaat, der offensichtlich nur

das Recht der „Anderen“ – nämlich der herrschenden Minderheit – vertritt, niemals allein die Lösung werden.

Da es mir heute – nach meinem Herzinfarkt im Mai 2014 – wieder erheblich besser geht und ich wieder besser laufen kann, bin ich auch gerne bereit, wieder regelmäßiger an den Montagskundgebungen teilzunehmen – allerdings nur zielgerichtet gegen die asozialen Hartz-Gesetze und nicht beliebig zu vielen anderen Themen. Ich finde, ihr solltet meine Meinung hierzu wissen, und schlage vor, die Diskussion öffentlich auf der Internetseite der Bremer Montagsdemo zu führen. Mit freundlichen solidarischen Grüßen, Suppenkasper kontra Schweinebande.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik) –
siehe auch „Scharf links“

Kommt bitte zahlreich zur nächsten **Nachbesprechung** unserer **Montagsdemonstration**! Sie findet am **20. Oktober 2014** um **19 Uhr** im **Seemannsheim** statt. Wir haben sie um zwei Wochen verschoben, weil **Inge Hannemann** zu einer **Veranstaltung** am **6. Oktober 2014** um **19 Uhr** in die **Friedensgemeinde** kommt. Einige Mitstreiter wollen dort unbedingt hin. Bei der Nachbesprechung am 20. Oktober soll es um den weiteren Weg der Montagsdemonstrationen in Bremen gehen. Wir sind uns einig, dass die Montagsdemo weitergeführt und gestärkt werden soll. Was den künftigen Rhythmus angeht, so sind die meisten dafür, die wöchentlichen Montagsdemo beizubehalten. Wir wollen aber auch in Zukunft mehr Hartz-IV-Betroffene, von Arbeitsplatzvernichtung bedrohte Belegschaften, Jugendliche in Leiharbeit et cetera direkt ansprechen. Dazu wollen wir Bilanz ziehen und neue Ideen besprechen und verwirklichen.

Harald Braun

Zur Herbstdemo in Berlin

Die 11. bundesweite Montagsdemo am 13. September 2014 in Berlin glich mehr einer Parteiveranstaltung der MLPD. An der Route hatte sich nichts geändert, die Teilnehmerzahl lag bei etwa 2.000. Vermisst habe ich Kernthemen wie Hartz IV, Jobcenter-Schikanen und Berichte von Betroffenen. Es gab viele Parolen und wenige Redner, die begeisterten. Gewünscht hätte ich mir Vorträge von Prominenten wie Inge Hannemann und Ralph Boes, die unter anderem zum Grundeinkommen, zur Entwicklung der Hartz-Gesetze und zu anderen sozialen Themen Stellung nehmen.

Manfred Seitz („Die Linke“)

Jung und Alt gemeinsam im Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz!

Unter dem Motto „Revolution Bildung“ demonstrierten am vergangenen Samstag 20.000 junge Metallerinnen und Metaller beim Jugendaktionstag der IG Metall in Köln. Im Mittelpunkt der offiziellen Reden stand und soll auch in Zukunft bei Tarifverhandlungen stehen: Unbefristete Übernahme entsprechend der Ausbildung! Die Übernahme nach der Ausbildung in einen unbefristeten Job ist eine Existenzfrage für Azubis, aber nur etwa die Hälfte wird übernommen – und das meist nur kurz befristet. 40 Prozent der Unter-25-Jährigen hängen in Praktika, Leiharbeit oder Teilzeitjobs. 28 Prozent der Unter-35-Jährigen hatten noch nie einen festen Job. Ein planbares Leben ist so nicht drin. Weiterbildung schadet sicher nie, aber für ausreichend Ausbildungsplätze und Übernahme nach der Ausbildung sorgt sie nicht.

Die große Mehrheit der jugendlichen Demonstrantinnen und Demonstranten war unter 20 Jahre alt. Sie waren sehr diszipliniert und kämpferisch. Hier wächst eine engagierte Generation von Metallern heran, und sie haben allen Grund, auf die Straße zu gehen. Die Bundesregierung preist Deutschland zwar gern als Vorbild im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Zur realen Situation stellt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Harnack fest: „Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich für die Jugendlichen in den letzten Jahren verschlechtert. Die These, dass es zurzeit mehr Ausbildungsplätze als Bewerber gibt, ist schlicht falsch. Fast jeder dritte Jugendliche ist 2013 bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgegangen.“

Offiziell wird immer die Zahl von nur 21.000 „unversorgten Bewerbern“ für Lehrstellen genannt. Doch zwölf Mal so viele (250.000) Jugendliche befinden sich in sogenannten „Warteschleifen“: noch längere Schule, Bewerbungstrainings, Qualifizierungsmaßnahmen. Der Prozentsatz aller Bewerber, die einen Ausbildungsplatz bekamen, ging von 68,3 im Jahr 2012 auf 65 Prozent im letzten Jahr zurück. 2013 bildeten nur noch 21,3 Prozent der Unternehmen überhaupt aus. Viele der Jugendlichen, die ausgelernt haben, werden umso mehr ausgebeutet. So ist in der Auto-, Metall- und Elektroindustrie jeder dritte Beschäftigte Werksverträgler oder Leiharbeiter.

Die Belegschaften von Opel in Bochum oder bei Daimler in Düsseldorf betonen in ihrem Kampf um die Arbeitsplätze besonders ihre Verpflichtung gegenüber der Jugend. In Bochum soll Ende 2014 das erste Automobilwerk in Deutschland

mit fast 45.000 anhängenden Arbeitsplätzen geschlossen werden. In Düsseldorf beginnt Daimler mit der bevorstehenden Vernichtung von Arbeitsplätzen im ganzen Konzern. Dort wird die Nachtschicht des „Sprinter“ mit 1.800 Arbeitsplätzen gestrichen und die Produktion in das neu erbaute Werk in den USA verlegt. Ein Hauen und Stechen aller internationalen Großkonzerne ist entbrannt um die Führungsposition auf dem Weltmarkt.

Opel-Betriebsräte schreiben an die Kollegen von Daimler Düsseldorf: „Als ‚Belohnung‘ dafür, dass die Arbeiter immer produktiver werden, wollen die Kapitalisten unsere Arbeitsplätze vernichten. Statt die Arbeitszeit zu verkürzen und damit die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen, kennen sie immer nur eine Lösung für ihre chronische Krise. Doch einmal muss Schluss sein! Statt sich immer wieder dem Diktat der Profitwirtschaft unterzuordnen, sollten wir gemeinsam den Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz führen.“ Ab heute Nacht soll kein „Sprinter“ mehr vom Band rollen, um die Entlassungspläne zu Fall zu bringen. Wir sind als Montagsdemo solidarisch an der Seite der Streikenden.

Harald Braun

Schützt Kobanê: Verhindert ein zweites Sengal, verteidigt das mutige Rojava! *(„Rote Fahne News“)*

Gegen Sanktionen kann mensch sich ganz einfach wehren

1. Das Freihandelsabkommen mit Kanada soll nicht mehr nachverhandelt werden, so die EU-Verursacher. Das Freihandelsabkommen mit den USA soll *ohne* Investorenschutzklausel und Schiedsgerichte auskommen. In den Nachrichten der letzten Tage wurden die Auswirkungen zielgerichtet verharmlost, deshalb hier einige Klarstellungen.

Schiedsgerichte sind keine Gerichte gemäß unserer Verfassung. In Schiedsgerichtsverfahren werden Anwälte als Richter agieren. Die Klageschriften, das Verfahren, die Verhandlungen, das Urteil und auch die Urteilsbegründung sind nicht öffentlich. Gegen das Urteil ist kein Rechtsmittel möglich. Schiedsgerichtsverfahren gibt es schon länger: Vattenfall verklagt Deutschland, weil der Atomausstieg die Gewinne schmälert. Über diese Klagen kann jedwede Gesetzgebung zum Schutz der Menschen ausgehebelt werden.

Die EU-Abgeordneten wurden über die Verhandlungen informiert, nein: Sie bekamen auf Nachfrage als vertraulich deklarierte Informationen, deren Weitergabe untersagt wurde. Verhandelt wurde unter Einbeziehung der Unternehmensvertreter. Die „Verbraucherzentrale“ und andere Organisatoren für die Interessen von Mensch, Tier und Umwelt wurden weder zugelassen noch informiert. Über die Rahmenbedingungen ist alles nachzulesen, auch auf unseren Seiten. Die Inhalte sind geheim, unfassende Veröffentlichungen der Inhalte erfolgten nicht.

Die Mahnungen, dass mit den **Freihandelsabkommen** noch weitere negative Auswirkungen verbunden sind, insbesondere für Menschen in anderen Ländern, kamen bisher zu kurz. Am **Dienstag**, dem **30. September 2014** ist dies um **19:30 Uhr** Thema im Bremer **Überseemuseum**. Danach wird hoffentlich jeder sagen: „Lasst es! So nicht!“, und dies möglichst laut.

„Campact“ hat den Protest für die Verantwortlichen hörbar gemacht und setzt dabei auf die Stimmen der Menschen in Europa. Die Politiker beider Seiten sollten eigentlich wissen, dass ein Abkommen *ohne* Beteiligung der Öffentlichkeit nicht akzeptabel ist! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

2. Die **Schuldenbremse** wirkt bereits heute: Für die „schwarze Null“ unterlässt der Bund selbst dringendste Handlungen. Die Länder und Gemeinden brauchen die Unterstützung zur Umsorgung der Asylbewerber. Die Flüchtlinge brauchen ein Tor zu Europa! Bis dahin muss die Seerettung im bisherigen Umfang gesichert werden. Da schauen wir einfach nicht mehr hin, denn das bringt viele Menschen um. Italien braucht unsere Unterstützung! Die „schwarze Null“ muss der Vernunft weichen!

Die Schuldenbremse wirkt in Bremen bereits heute und seit Längerem. Bremen hat sich gegenüber dem Stabilitätsrat verpflichtet, jedwede Steuermehreinnahme zur Schuldentilgung zu verwenden, obwohl die Haushaltslöcher zum Himmel schreien. Bremen erhält als Belohnung 300 Millionen Euro pro Jahr, ein Schüler in Bremen garantiert eine schlechtere Schulbildung als noch vor Jahren. Die Schuldenbremse wirkt auch in den anderen Bundesländern. Dies ist untragbar! In Bremen kommt hinzu, dass ohne Regelung für die Altschulden das Sparziel nicht zu erreichen ist.

Den Ausweg für die öffentliche Hand sollen die Investoren bieten, denn durch die Schuldenbremse ist es der öffentlichen Hand unmöglich, Investitionen allein umzusetzen. Es wird immer ein Investor gebraucht. Bremen hat für den Krankenhausneubau einen Investor gesucht. Es gab Interessenten, die eines gemeinsam hatten: Sie wollten eine Garantie für ihren Mindestgewinn. Diese Forderung hat Bremen bewogen, selbst Kredit aufzunehmen, denn die Zusammenarbeit mit einem Investor hätte die Kosten erhöht. Die Abkürzung für die Beteiligung von Investoren heißt PPP. Der NDR hat über „Public-private-Partnership“ eine Dokumentation gesendet, 45 Minuten Staunen und Grausen: „Der geplünderte Staat“.

Durch die Schuldenbremse werden die öffentlichen Hände gezwungen, Investitionen per PPP umzusetzen. Es wird teuer! Die Schuldenbremse sollte eigentlich die Schulden senken, aber durch PPP wird das Gegenteil erreicht. Firmen müssen seit einiger Zeit die bestehenden Verpflichtungen durch Miete, Pacht und Leasingverträge (Laufzeit und Verbindlichkeit) im Jahresabschluss ausweisen. Die Schuldenbremse ist nicht anderes als ein Förderprogramm für Superreiche. Die Überschuldung wurde festgestellt, *ohne* die Werte und das Vermögen der öffentlichen Hände zu berücksichtigen. Die Rücknahme ist überfällig! Die fehlende Lehrerin oder Lehre lässt sich nicht „nachholen“, die Mangelversorgung in den Krankenhäusern auch nicht, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

3. Edward Snowden hat den „Alternativen Nobelpreis“ verliehen bekommen. Der Geheimdienstuntersuchungsausschuss plagt sich mit Zeugen, die scheinbar täuschen und tarnen, so wie die NSA die amerikanischen Volksvertreter getäuscht und belogen haben. Edward Snowden hat darauf reagiert. Wann platzt einem Mitarbeiter von BND oder Telekom der Kragen? Alle Telefonanlagen in Deutschland haben einen „Hintereingang“: Wer den Schlüssel kennt, hat vollen Zugriff auf Telefonie und Raumüberwachung. Die Telefonzentrale macht diese Aktivitäten nicht deutlich.

„Apple verspricht mehr **Datenschutz**“, titelte der „Weser-Kurier“. Das Unternehmen hat im neuen Betriebssystem für seine „iPhone“- und „iPad“-Modelle keine Möglichkeit mehr, unter Umgehung des Passwortes auf die Nutzerdaten zuzugreifen. Damit wird bestätigt, dass die Nutzerdaten bisher unbemerkt ausspioniert werden konnten. Dazu gehört auch das Ferneinschalten des Mikrofons und der Kamera. Die Reaktion der US-Behörden bestätigt die Datensicherheit: Wenn sie Bestand haben soll, wird Apple wohl die USA verlassen müssen.

Betriebsräte, Buchhaltung und Personalabteilung erhalten oftmals im Computersystem des Unternehmens einen durch Passwort geschützten Bereich. Eines sollten die „Geschützten“ wissen: Ein Zugriff ist jederzeit durch die Umgehung der Passwörter möglich. Voraussetzung ist die Kenntnis über das „Wie“. Lösung sind eigene Rechner ohne Netzanbindung.

4. Auf der 489. Bremer Montagsdemonstration habe ich die Umwandlung von Ein-Euro-Beschäftigungsverhältnissen in „ehrenamtliche Tätigkeit“, befristet bis zum 30. Juni 2014, angesprochen: „Der Senat will informieren, wenn er sich eine Meinung gebildet hat“. Nun hat er das Nachdenken eingestellt: Die Nachfolgeregierung soll dies lösen. So hat der „Weser-Kurier“ sinngemäß am 29. September 2014 im Rahmen eines Artikels über die Stadtteilfarm in Huchting berichtet.

Letzte Woche habe ich auch das Finanzgebaren des Jobcenters zulasten Bremens angesprochen: „Löcher stopfen mit Hartz-IV-Millionen“, nennt das der „Weser-Kurier“ am 27. September 2014 und hebt hervor, dass Bremen bei der Zweckentfremdung von Geldern für Erwerbslose kein Einzelfall ist. So werden aus Millionen für die Hilfe zur Überwindung der Erwerbslosigkeit Millionen für

Personalkosten der Jobcenter generiert. Die Steigerung der Sanktionen statt Beendigung der Erwerbslosigkeit bringt das verwaltungsstechnische Erfolgserlebnis! Total daneben. Wir sehen und hören uns am **Donnerstag** bei der **Aktion „Kein Sonderecht im Jobcenter“**!

Die Umwidmung dieser Gelder bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates. Nachfragen kann in Bremen der Senator für Arbeit als oberste Landesbehörde beantworten. Schön wäre es, wenn dabei gleich der Rückfluss der Haushaltsmittel und der Grund für den gestiegenen Verwaltungskostenbedarf des Jobcenter geklärt werden. Der Bundesrechnungshof hatte die Vertragsgestaltung für die Führungskräfte im Jobcenter beanstandet: Die Verträge hatten eine zu hohe Vergütung und diverse Extras. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beanstandungen des Bundesrechnungshofes nicht abgestellt, aber der Gesetzgeber hat die Rahmenbedingung zur Entlohnung der Führungskräfte geändert. Über das Volumen ist nichts bekannt.

5. Gegen **Sanktionen** kann mensch sich ganz einfach wehren. Die Zielvereinbarungen des Jobcenters geben die zu verhängenden Sanktionen in Euro vor. Der Fallmanager muss seine Sanktionsquote im Team erfüllen. Er lädt zum Gespräch. Wenn der Erwerbslose nicht erscheint, erfolgt sofort eine Einladung zum neuen kurzfristigen Termin, und der Erwerbslose erhält einen Anhörungsbogen zur beabsichtigten Sanktionierung. Über 70 Prozent aller Sanktionen waren Terminversäumnisse. Aktuell werden diese Sanktionen mit zehn Prozent der Regelleistung verhängt. Dies soll geändert und alle Sanktionstatbestände sollen gleich schwer sanktioniert werden. Der Betrag oder Prozentwert steht noch nirgends.

Wer die Einladung zum zweiten Termin im Briefkasten hat und vom ersten Termin nichts wusste, schreibe dies in den Anhörungsbogen. Den Anhörungsbogen gegen Stempel beim Jobcenter abgeben. Warum die Einladung zum ersten Termin nicht angekommen ist? Es geht schon mal Post verloren, es kommt allerdings auch vor, dass der Fallmanager einfach die Einladung zum zweiten Termin mit allen Drum und Dran verschickt, obwohl Sie den ersten Termin wahrgenommen haben oder obwohl er Sie überhaupt nicht zu einem ersten Termin eingeladen hat. „Aktivierung“, nennt es dieser Fallmanager: Mal sehen, ob er sich wehrt. Die Gegenwehr ist ganz einfach, weil das Jobcenter beweispflichtig ist.

Grund des Gesprächs ist gemäß Einladung fast immer „Ihre berufliche Zukunft“. Leider ist dieses Gespräch oftmals nur eine „Lebendkontrolle“. Eventuell gibt es einem Vermittlungsvorschlag, der sich oftmals als „überlagert“ herausstellt. Außerdem muss der Fallmanager eine „Eingliederungsvereinbarung“ abschließen und erneuern, bevor die bisherige ausgelaufen ist. Sie gehen nicht gerne zum Jobcenter? Und nun so etwas – eigentlich lange erwartet!

Nehmen Sie sich jemanden mit, einen Menschen Ihres Vertrauens als Begleitung. Eine Begleitung wird das Gespräch versachlichen und weitere „Aktivierungen“ vermeiden. Eine Begleitung verhindert somit Weiterungen allein durch Anwesenheit. Egal ob mit oder ohne Begleitung: Im Jobcenter bitte nichts, was

vorgelegt wird, unterschreiben. Alles kann mitgenommen und in Ruhe nochmals überdacht werden. Falls etwas nicht eindeutig ist, können Sie damit zu einer Beratungsstelle gehen.

Falls Sie sich in der „Eingliederungsvereinbarung“ nicht „wiederfinden“, schreiben Sie einfach Ihre Wünsche darunter: „Ich bitte um Änderung“, danach Ihre Unterschrift. Sie können auch einfach vermerken: „Meine Wünsche wurden nicht berücksichtigt“. Die so ergänzte „Eingliederungsvereinbarung“ geben Sie dem Jobcenter nachweislich gegen Stempel zurück. Sie müssen aber nicht unterschreiben, diese Unterschriftsverweigerung wird nicht mehr sanktioniert. Die „Eingliederungsvereinbarung“ kann dann unverändert als Verwaltungsakt erlassen werden.

Dagegen können Sie Widerspruch erheben. Er hat allerdings keine aufschiebende Wirkung. Diese müssen Sie extra einfordern und bis dahin machen, was in der „Eingliederungsvereinbarung“ steht. Das Sozialgericht wertet die Unterschriftsverweigerung leider als mangelnde Mithilfe zur Überwindung der Erwerbslosigkeit. Bei einer begründeten Verweigerung oder bei Änderungswünschen kann dieser Vorwurf nicht erhoben werden. Die Eingliederungsvereinbarung ist die Grundlage für viele Sanktionen. Beachten Sie bitte alle Verpflichtungen genau.

Wenn eine Liste über Ihre Bewerbungsbemühungen am ersten Tag des Folgemonats an der Information des Jobcenters abgegeben werden soll, so machen Sie dies nachweislich. Es gibt weitere unsinnige Forderungen. Egal was, machen Sie es fristgerecht, oder hebeln Sie diese Verpflichtung durch die Anmerkung auf der „Eingliederungsvereinbarung“ aus. Setzen Sie Ihre Unterschrift nur unter diese Anmerkung. Die Bewerbungsfrist von drei Tagen für Arbeitsangebote halten Sie bitte auch ein. Dass diese drei Tage durch die Postlaufzeit variabel sind, ist klar. Auch hier ist das Jobcenter beweispflichtig.

Falls Sie ein Arbeitsangebot erhalten und Sie die Arbeitsstelle ergattern können, gehen Sie hin. Mangelhafte Bezahlung und nicht zumutbare Arbeitsbedingungen lassen sich bestens mit Hilfe der Gewerkschaft und notfalls der Arbeitsgerichte klären. In Bremen können Sie die Möglichkeiten außerdem mit der „Arbeitnehmerkammer“ besprechen. Nutzen Sie die Tätigkeit, um eine andere Arbeitsstelle zu ergattern, denn aus einem Job ist die Bewerbung erfolgreicher.

Wer bei der Tätigkeit an seine Grenzen stößt, bespreche dies mit seinem Arzt. Der Arbeitgeber wird bei einer Krankmeldung eventuell negativ reagieren. Das Jobcenter reagiert bei einer Eigenkündigung negativ: Der selbst verursachte Verlust des Arbeitsplatzes wird mit Leistungsentzug bestraft. Falls der Arzt Sie für arbeitsunfähig hält und der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis kündigt, muss das Jobcenter dies akzeptieren. Viele Arbeitgeber sind von den Negativmeldungen über Ein-Euro-Mitarbeiter so erschreckt, dass sie überhaupt keine Erwerbslosen mehr einstellen.

Leiharbeitsfirmen sind gegenüber Erwerbslosen aufgeschlossen, sie probieren es aus. Die Eingliederungsmittel des Jobcenters oder Arbeitsamtes sind ihnen ein willkommenes Zusatzeinkommen. Die Zeitarbeitsfirmen haben sich oftmals danebenbenommen! „Bei den Sklavenhaltern arbeite ich nicht“, so hört es

mancher Fallmanager auf dem Flur, und die Sache ist geritzt: Das Arbeitsangebot bei der Leihfirma folgt und bei der erwarteten Ablehnung die Sanktion. Diskutieren Sie mit Ihrem Fallmanager die Arbeitsangebote. Lassen Sie sich erklären, warum er nichts hat, was zu Ihnen passt, aber sagen Sie nicht nein.

Gehen Sie hin und machen Sie alles klar – siehe vor. Ich habe außer dem Bewerbungsgespräch für meine Lehrstelle (heute Ausbildung) kein im Detail zutreffendes Bewerbungsgespräch gehabt. Die Ansprechpartner haben nicht die Wirklichkeit getroffen. Es gibt keine Firma, in der alles rund läuft. Machen Sie sich nicht klein. Gehen Sie hin, das Risiko ist beim Wegbleiben höher. Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Klimapolitik mit Geoengineering

Im Gegensatz zu zeitlich und örtlich begrenzten Wettermodifikationen bezeichnet der Begriff „Geoengineering“ den künstlichen Eingriff in das globale Wetter- beziehungsweise Klimasystem. Ziel soll sein, den Klimawandel abzuschwächen und dem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur unserer Erde entgegenzuwirken. Von der internationalen Weltgemeinschaft, den Vereinten Nationen, wurde beschlossen, dass der Temperaturanstieg im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter, also vor circa 1850, dauerhaft auf maximal zwei Grad Celsius begrenzt werden soll. Dazu muss der übermäßige Ausstoß von Treibhausgasen weltweit schnell und stark reduziert werden. Beschlossen wurde zum Beispiel, dass der Ausstoß von Kohlendioxid im Vergleich zum Basisjahr 1990 bis 2050 um 50 Prozent gesenkt werden soll. Realität ist: Zwischen 1990 und 2014 gab es einen Anstieg von über 60 Prozent.

Auch aufgrund dieser Tatsache äußert sich der bekannte Hamburger Klimaforscher Mojib Latif in Talkshows und Interviews sehr skeptisch, ob das Zwei- Grad-Ziel gehalten werden kann. ZDF-Chefmeteorologe Dr. Gunther Tiersch hält es bereits für illusorisch, wie er im Juni 2014 in einem Vortrag erklärte. Auch das Planungsamt der Bundeswehr kommt in seinem Geoengineering-„Zukunftsbericht“ bereits im November 2012 zu dem Ergebnis, dass dieses Ziel kaum noch zu erreichen ist (Seite 5). Am 23. September 2014 wurde sogar in der „Tagesschau“ darüber berichtet, dass im Rahmen des New Yorker Klimatreffens die gleiche Feststellung gemacht wurde.

In diesem Punkt, der Vermeidung von Treibhausgasen, hat die Politik trotz aller Klimagipfel bisher versagt, „weil es hier eigentlich nicht ums Klima ging, sondern um wirtschaftliche Interessen“, meinte Mojib Latif in einem Interview. Es gilt nun als zweitem Punkt, Anpassungen an bereits nicht mehr zu verhindernde Folgen des Klimawandels vorzunehmen, wie Finanzierung von Hochwasserschutz – zum Beispiel Deichbau –, besseres Regenwassermanagement und Neuansiedlung von Klimaflüchtlingen, von denen es heute bereits 20 Millionen gibt. Als dritter Punkt der internationalen Klimapolitik könnte Geoengineering in einer (Alibi)-Aktion zum Einsatz kommen, und zwar in vier möglichen Optionen:

Erstens als tragende Säule, was nicht sinnvoll ist, weil die Erde so nur künstlich gekühlt wird. Zweitens als „Brückentechnologie“, um Zeit zu gewinnen für die nötige Transformation in ein „postfossiles Zeitalter“. Das wäre eine brauchbare Option, wenn dieser Wechsel in dieses neue Zeitalter wirklich in sehr wenigen Jahren global stattfinden würde. Drittens als Notfalllösung, wenn sich der Klimawandel unerwartet schnell beschleunigt beziehungsweise droht, sich einem Wendepunkt zu nähern. Das kann zu spät sein, weil sich angepasste Ökosysteme sehr schnell, unkontrollierbar und ohne Vorwarnung destabilisieren, was eine globale Katastrophe wäre. Viertens als Werkzeug von finanzstarken nichtstaatlichen Wirtschaftsmächten, faschistischen Regierungen oder Militärdiktaturen, also in falschen Händen.

Wissenschaftlich werden grundsätzlich zwei Hauptgruppen von Methoden des Geoengineerings zur Beeinflussung des Klimawandels unterschieden. Die erste Gruppe umfasst Methoden zur Veränderung des Strahlungshaushaltes der Erde. Durch das Abschmelzen von Eisbergen, Gletschern und Schnee infolge des Treibhauseffekts verliert die Erde große Flächen, die Sonnenstrahlen nicht mehr in den Weltraum reflektieren und so die Erde aufwärmen. Hierfür sollen Ausgleichsflächen geschaffen werden. Die Vorschläge dafür lauten wie folgt:

Auf den Ozeanen und in den Wüsten viele schwimmende, reflektierende Kissen beziehungsweise reflektierendes Material auslegen. In besiedelten Gebieten alle Dächer beziehungsweise Dachziegeln weiß anstreichen. Auf landwirtschaftlichen Flächen viele weiße Blumen anbauen. Im Luftraum über den Ozeanen Salze als Kondensationskeime zur Wolkenbildung von Schiffen oder Flugzeugen aus direkt in die Luftschichten sprühen. In höheren Luftschichten reflektierende Kleinobjekte wie Aluschnipsel verteilen und Chemikalien wie Schwefelverbindungen und Aerosole versprühen. Im erdnahen Weltraum kleine Spiegel oder Staubpartikel installieren, im erdfernen Weltraum, auf dem Mond oder zwischen Sonne und Erde Riesenspiegel stationieren. Beim Abbruch des „Solarstrahlungsmanagements“ ohne Emissionsreduzierung wären ein abrupter Temperaturanstieg und gefährliche Kaskadeneffekte wahrscheinlich.

Die zweite Gruppe umfasst Methoden zur Reduzierung der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre. In Kohlekraftwerken wird Kohlendioxid aus den Rauchgasen abgeschieden und in Gestein gepresst. Zur Filterung aus der Umgebungsluft sind verschiedene Methoden in Entwicklung, für das Geoengineering

also noch nicht brauchbar. Es gibt noch weitere Maßnahmen zur Entfernung von Kohlendioxid, die im Bundeswehr-„Zukunftsbericht“ genannt werden. Sie haben das Problem eines dauerhaften Endlagers von Kohlendioxid. Allen Methoden ist gemein, dass sie keinen Einfluss auf den Ausstoß von Treibhausgasen haben. Sie wirken nicht gegen die Ursachen des Klimawandels, sondern nur gegen die Folgen. Staaten würden weiterhin massiv Treibhausgase ausstoßen, weil sie nicht mehr auf eine Reduzierung angewiesen wären.

Helmut Minkus (parteilos)

Notlandung auf Gran Canaria: Uschi von der dreyen Hubschrauber bricht mit einem alten klapprigen Fliewatüüt in den Senegal auf *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

491. Bremer Montagsdemo am 06. 10. 2014

Die erschreckende inhaltliche Leere der Gespräche mit dem Fallmanager

1. Die Haushaltslöcher der Freien Hansestadt Bremen sind gestopft – für 2014. Wie das? Mensch hat noch mal genau hingesehen. Dabei wurde festgestellt, dass die Kreditzinsen um über 50 Millionen Euro niedriger ausfallen. Komisch, das war doch bereits vor der **Haushaltssperre** bekannt! Bremen hat jetzt den Haushalt 2014 finanziert. Bremen hat aber nicht aufgehört, sich kaputt zu sparen.

Die Ausgaben für Bildung entsprechen nicht dem Notwendigen. Die Universität Bremen wird den Studiengang Psychologie schließen. Ab 2015 können sich nur noch fortgeschrittene Studierende einschreiben. Betroffen ist wieder ausgerechnet ein Studiengang, dessen Absolvent(inn)en am Arbeitsmarkt dringend gebraucht werden. Die Schuldenbremse liefert die Begründung für das Fehlverhalten des Senats, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration.

Bremen hat in Arbeitsplätze investiert und erfolgreich Arbeitsplätze geschaffen. Damals wurde die Lohnsteuer dem Arbeitsort zugeordnet. Bremen konnte so die Früchte ernten. Unter Basta-Kanzler Schröder wurde dies verändert: Die Lohnsteuer wird nun gemäß den Wohnorten verteilt. Mit dem alten Verteilerschlüssel für die Lohnsteuer wären dieses Haushaltsloch und jene der Vorjahre nicht einmal sichtbar geworden. Der Basta Kanzler hat die Zustimmung Bremens mit dem „Kanzlerbrief“ erschlichen.

In der Rede von Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum zur Einbringung des Doppelhaushalts 2004/2005 vor der Bremischen Bürgerschaft steht über den „Kanzlerbrief“ (letzte Seite): „Wir gehen davon aus, dass der Bund seine im ‚Kanzlerbrief‘ formulierte Zusage einhält. Sollten die von uns errechneten Kompensationsbedarfe nicht in voller Höhe anerkannt werden, wäre die entstehende Finanzierungslücke kurzfristig durch zusätzliche Einsparungen nicht zu schließen.“ Die Zusagen des Kanzlerbriefs wurden nicht eingehalten, sie wurden sogar in Ab-

rede gestellt. Demnach wurde Bürgermeister Henning Scherf von Basta-Kanzler Schröder reingelegt! Ausbaden müssen dies noch immer die Bürger Bremens.

Bremen hat nur eine Handelskammer. Die meisten Städte haben eine *Industrie- und* Handelskammer. Dies ist dem Handelsvolumen der hiesigen „Pfeffersäcke“ geschuldet. Die Hansestadt hat als Industriestandort inzwischen Berlin auf Platz 6 verdrängt, wie die Handelskammer Bremen feststellt: „Gemessen am Umsatz wuchs die bremische Industrie von 2011 bis 2012 um gut 1,4 Milliarden Euro auf fast 23,6 Milliarden Euro. Vor Bremen liegen nur noch Hamburg, Wolfsburg, München und Köln. In Berlin dagegen, das sonst immer vor Bremen lag, ließ die Leistung der Industrie um knapp 1,5 Milliarden Euro nach.“ Und weiter zur Industrie „Sie sorgt wesentlich für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.“

Nach dieser positiven Einschätzung stellt sich die Frage. Wohin fließen diese Steuern? Welches Steuervolumen geht durch Steuervermeidung verloren? Bremen hat aktuell ein Haushaltsvolumen von 4,5 Milliarden Euro. Die Sache mit den Arbeitsplätzen sieht die „Arbeitnehmerkammer“ anders: In den vergangenen fünf Jahren liege der Zuwachs an Beschäftigung unter dem Bundesdurchschnitt. Von einer Schaffung von Arbeitsplätzen hat die Handelskammer aber auch nicht explizit gesprochen.

2. Sanktionen gegen Erwerbslose erfolgen zugunsten der Staatskasse, siehe insbesondere die beiden vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen. An diesem Montag titelt der „Weser-Kurier“: „Streit über Hartz-IV-**Sanktionen**“. Gestritten wird über die als „Rechtsvereinfachung im SGB II“ verpackten nochmaligen Verschärfungen für Erwerbslose.

Die Entschärfung der Sanktionen betrifft leider nur die besonders scharfen Regelungen für junge Erwachsene unter 25 Jahren sowie die Begrenzung der Kürzungen auf die Regelleistungen. Die Kosten der Unterkunft sollen auch bei einer 100-Prozent-Sanktion weiter erstattet werden. Die Zahl der Obdachlosen ist in Niedersachsen im Jahr 2013 um 15 Prozent gestiegen; in anderen Bundesländern sieht es nicht besser aus. Insbesondere vollsanktionierte Jugendliche sind auf der Straße gelandet, wenn sie die Miete nicht mehr zahlen konnten.

Der Sanktionsgrund „Versäumnis eines Gesprächstermins“ wird heute mit einer Zehn-Prozent-Kürzung belegt, jeder andere Grund mit 30 Prozent. In der Änderung ist eine „gleichmäßige“ Sanktionierung vorgesehen. Welcher Prozentsatz beziehungsweise Betrag geplant wird, steht *nicht* in der Vorlage. Die Abgeordneten der Regierungsfraktionen wurden über diese Änderungen bereits vorab und geheim informiert. Der Sozialrechtler Harald Thomé hat diese Geheimunterrichtung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales an die Mitglieder der Großen Koalition zu den „Rechtsvereinfachungen“ am 10. September 2014 öffentlich gemacht.

Ein weiteres Ziel der „Rechtsvereinfachung“ lautet: Die Mitarbeiter des Jobcenters sollen mehr Zeit für die Erwerbslosenbetreuung aufwenden können. Vorgeschlagen wird unter anderem, Bescheide für zwölf statt bisher sechs Monate

auszufertigen. Dies ist *keine* Änderung: Bescheide über zwölf Monate sind bereits jetzt möglich. Die Forderung „mehr Zeit für die Erwerbslosen“ wurde in Bremen erfüllt: In der „Joboffensive“ sind 41 Arbeitsvermittler zusätzlich für die Beratung et cetera der Erwerbslosen im Amt. Gerade mal etwas über 300 zusätzliche Vermittlungen wurden erreicht, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen – gesteigert wurden die Sanktionen!

Alle Fallmanager in Bremen gewähren Erstattungen für Bewerbungskosten nach dem tatsächlichen Aufwand. Mit der Kontrolle der Quittungen vergeht circa eine Viertelstunde der durchschnittlichen Gesprächszeit von 30 Minuten. Es ist bereits jetzt möglich, die Bewerbungsschreiben pauschal zu vergüten. Die Bearbeitungszeit würde auf unter fünf Minuten pro Antrag sinken, einschließlich Begleitplausch. Durch diese Pauschalierung würde mehr Zeit gewonnen als durch die 41 zusätzlichen Fachleute.

Mit dem Argument der Zeitersparnis werden auch alle anderen Vorschläge begründet. „Die Linke“ hat mit der Nachfrage, warum die Kürzung des Alleinerziehungszuschlags ein „Zeitgewinn“ sein solle, erreicht, dass dieser Punkt verschwunden ist. Diese Änderungen bringen wohl kaum Zeitgewinn, aber viele Verschärfungen für die Erwerbslosen! Sie enthalten nicht einen Vorschlag zur besseren Vermittlung, nicht einen Vorschlag für eine respektvolle Gesprächskultur!

Die inhaltliche Leere dieser Gesprächstermine ist erschreckend. Es erfolgen sehr selten echte Beratungsgespräche. Wichtig ist dem Fallmanager, erst einmal zu fragen: „Was haben Sie falsch gemacht? Warum sitzen Sie heute hier?“ Eigenes Versagen wird so unterstellt. Der Fallmager schreibt über jedes Gespräch eine Aktennotiz. Lassen Sie sich die Aktennotiz des letzten Gesprächs geben. Beanstanden Sie Ungenauigkeiten. Falls Sie tatsächlich gegen eine Sanktion über ein Meldeversäumnis klagen müssen, können Sie so die Belanglosigkeit dieser Termine untermauern.

Wenn Sie verschlafen haben, rufen Sie Ihren Fallmanager an und fragen Sie, was er Ihnen sagen wollte. Er kann dies per Post schicken oder kurzfristig einen neuen Termin vereinbaren. Falls er dennoch einen Anhörungsbogen für eine Sanktion schickt, gehen Sie mit diesem Bogen zu einer Beratungsstelle. Auf der vorigen Bremer Montagsdemonstration habe ich geraten, nicht allein zum Jobcenter zu gehen: Sich jemanden mitzunehmen, erspart Unannehmlichkeiten.

Egal ob mit oder ohne Begleitung: Nichts unterschreiben! Alles, was vorgelegt wird, kann mitgenommen werden. Wenn ein Fallmanager zum Beispiel die „Eingliederungsvereinbarung“ nicht mitgeben will, ist dies erst recht ein Grund, sie mitzunehmen. Wenn ein Fallmanager mündlich einen Folgetermin ansetzt, damit die „Eingliederungsvereinbarung“ dann im Jobcenter unterschrieben wird, nehmen Sie zu diesem Folgetermin jemanden mit. Sie werden sich wundern, wie sehr Sie Ihren Fallmanager missverstanden haben! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das Märchen von CETA und TTIP

Es waren einmal zwei riesige Machtblöcke, die hießen Kanada und Europa. Sie hatten einander so lieb, dass sie ein geheimes Abkommen schließen wollten, mit dem sie viele neue Arbeitsplätze schaffen, ein märchenhaftes Wirtschaftswachstum und noch ein paar Dinge nebenbei regeln wollten, von denen sonst niemand auf der ganzen Welt etwas wissen sollte. Da die beiden Wirtschaftsmächte nun schon seit 2009 verhandeln und in ihren Ländern einige aufmerksame Leute wohnen, ist das Ganze zum Glück nicht mehr geheim, sonst könnte Ihnen noch nichts darüber berichten.

Das Abkommen liegt zwar seit letzter Woche bereit zum Unterschreiben, aber es gibt so viele Probleme damit, über die noch viele Millionen Bürger in Europa informiert werden müssen, dass es auf keinen Fall schon unterzeichnet werden darf. Was da in den ganzen Jahren Geheimnisvolles verhandelt wurde, sollen möglichst alle Europabürger schnell verstehen lernen. Es soll das umfassendste Wirtschafts- und Freihandelsabkommen sein, das je ausgehandelt wurde, und den schönen Namen „CETA“ tragen, zusammengesetzt aus den Anfangsbuchstaben der englischen Bedeutung „Comprehensive Economic and Trade Agreement“.

Das ist zwar kein Geheimnis, doch es betrifft jeden einzelnen Bürger in Kanada und Europa, die dann alle selbstverständlich auch die „Europasprache“ englisch verstehen müssen. Als Eselsbrücke für C und E könnten auch „Canada“ und „Europe“ stehen. Es gibt nun große Unterschiede zwischen dem, wie etwas heißt (hier CETA), was es sein soll (die englische Bezeichnung in die jeweilige Landessprache übersetzt) und welchen tatsächlichen Nutzen es für wen bringt. Das C von „Comprehensive“ ist so umfassend, dass es nicht nur Wirtschaft und Handel betrifft, so wie das Abkommen eigentlich heißt („Economy and Trade“), sondern Einfluss auf alle Lebensbereiche jedes einzelnen Bürgers hat.

Ein krasses Beispiel hierzu: Es wurde heimlich auch gleich ein Investitionsschutzabkommen mitverhandelt. Das bedeutet: Investoren aus Kanada, die in Europa zum Beispiel Fracking-Projekte finanzieren, sollen „geschützt“ werden, zum Beispiel vor Verlustgeschäften durch Bürgerprotestaktionen oder vor nicht erteilten Genehmigungen durch Kommunen oder Regierungen. Sogar Investoren, Wirtschaftskriminelle und sonstige Händler aus den USA werden in diesem Kanada-Europa-Abkommen CETA schon mit den gleichen Privilegien bedacht, wenn sie Tochterunternehmen in Kanada besitzen.

Das wiederum bedeutet: Selbst wenn die kleine Schwester von CETA namens TTIP nicht durchgesetzt werden kann, so ist in CETA schon viel von TTIP enthalten. TTIP ist eine „transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ zwi-

schen den USA und Europa; der Name ist zusammengesetzt aus den Anfangsbuchstaben der englischen Bedeutung „Transatlantic Trade and Investment Partnership“. Auch hier umfasst das Abkommen fast alle Bereiche des Lebens, von Verbraucherschutzstandards über Umweltschutz bis zur Vermarktung von Dienstleistungen. Alles wird geregelt zugunsten des Wirtschaftswachstums und der Maximalgewinne von Konzernen und Investoren.

Leider sind das keine Märchen, wie es sich vielleicht mit einiger Phantasie weiter ausmalen lässt, sondern es kann zur bitteren Realität werden, wenn wir nicht massenhaft daran mitwirken, die **Ratifizierung** von **CETA** und **TTIP** zu **verhindern**. Deshalb haben sich allein in Europa 76 Organisationen und Vereine zu einem Bündnis vereint, um Aufklärungs- und Protestaktionen durchzuführen. Einige **Veranstaltungen** finden aktuell in Bremen statt: Am **Freitag**, dem **10. Oktober 2014**, gibt es ab **17 Uhr** auf dem **Marktplatz** eine Aktion von „Attac“, am **Samstag**, dem **11.**, ebendort ab **11 Uhr** auch von anderen Organisationen und ab 12 Uhr von „Greenpeace“ eine mobile Unterschriftensammlung. Seien auch Sie aktiv dabei, sodass wir hoffentlich bald wirklich erzählen können: Es waren einmal zwei märchenhafte Lügengeschichten TTIP und CETA...

Helmut Minkus (parteilos)

„Katastrophale Zahlen“: Schwache Industriekonjunktur könnte Deutschland in die Rezession getrieben haben *(„Die Welt“)*

Putzen für Bier: Essen beutet Suchtkranke aus *(„Die Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

492. Bremer Montagsdemo am 13. 10. 2014

An diesem **Montag**, dem **13. Oktober 2014**, findet die **Montagsdemo** letztmalig vor dem Freimarkt auf dem **Marktplatz** statt. Am **20.** und **27. Oktober** sind wir dann auf dem **Hanseatenhof** beim „**Bessel-Ei**“, wo wir auch im letzten Jahr waren. Ab **3. November** sind wir bis zum Weihnachtsmarkt wieder auf dem **Marktplatz**. Beginn ist jeweils um **17:30 Uhr**.

Wie Kinder lernen, dass Arbeit sich nicht lohnt

1. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert wegen der grassierenden **Kinderarmut** in Deutschland „ein Aktionsprogramm für Eltern, die mit ihren Kindern schon länger von Hartz IV leben müssen und ihre Transferleistung weder mit einem Zusatzjob aufstocken noch an einer Maßnahme des Jobcenters teilnehmen“. Das DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte, es passe nicht zusammen, einerseits über „Fachkräftemangel“ zu diskutieren und andererseits zuzulassen, dass etwa 1,9 Millionen Kinder unter 18 Jahren „im Hinterhof“ unserer Wohlstandsgesellschaft in Hartz-IV-Armut leben müssten.

Bis zur Bemängelung der Kinderarmut und der Erkenntnis, dass arme Kinder immer die Kinder armer Eltern sind, sind wir einer Meinung. Doch das geforderte Aktionsprogramm, mit dem mehr „geförderte“ Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, klingt in meinen Ohren bestenfalls nach blindem Aktionismus beziehungsweise altem Wein in neuen Schläuchen und wird für die meisten Eltern ganz bestimmt nicht für eine neue berufliche Perspektive sorgen. Selbst wenn sich der lachhafte, keinesfalls zum Leben ausreichende Mindestlohn überall durchgesetzt hätte, würden die betroffenen Eltern nicht genug Geld verdienen können, um aus der Armut herauszukommen.

Es ist mehr als überfällig, dass sich der DGB endlich wieder für Löhne einsetzt, von denen es sich leben lässt. Dass sie höher als der ALG-II-Regelsatz

sein müssen, taugt zur „Berechnung“ nicht, da beim Vegetieren von Letzterem am Ende des Geldes immer noch ganz viel Monat übrig ist! Brauchen die Kinder von ALG-II-Beziehern ihre Eltern als gute Vorbilder? Oh ja, so wie alle anderen Kinder! Dann sollen sie aber auch – ebenso wie alle anderen Kinder – erfahren dürfen, dass ihre Eltern durch Arbeit ein zufriedeneres Leben bekommen, weil sie sich anerkannter, ausgeglichener fühlen und es sich von dem Gehalt ihrer Arbeit für die ganze Familie leisten können, ganz normal an dieser Gesellschaft teilzunehmen!

Ein nicht nachahmenswertes Vorbild müssen Eltern für ihre Kinder darstellen, wenn sie zu einer Arbeit gezwungen werden, die ihnen nicht liegt, deren Erlös nach wie vor nicht zum Leben reicht, wenn sie außerdem noch immer unter dem Joch der Verfolgungsbetreuung durch die Behörden stehen und sie weiterhin nicht genügend Geld zum Leben haben! Wenn zusätzliche „geförderte“ Arbeitsplätze nur dazu führen, dass die finanziell armen Familien nach wie vor im „Hinterhof unserer Wohlstandsgesellschaft“, vergleichbar der Hartz-IV-Armut, vegetieren müssen, dann können ihre Kinder nur lernen, dass sich Arbeit (so auf jeden Fall) nicht lohnt. So kann es ja wohl nicht gehen, da nicht mehr Arbeit für alle da ist. Ich bin für ein bedingungsloses Grundeinkommen, von dem es sich ohne Zwang und Angst ausreichend leben lässt!

2. Immer mehr Bremer müssen um ihre Pseudo-Grundversorgung mit Strom oder Wasser bangen, weil sie die Preise der SWB nicht mehr bezahlen können. Ja, es brennt, es muss endlich gehandelt und auch angesichts des bevorstehenden Winters nicht immer nur palavert und verwaltet, sondern endlich gehandelt werden! Der Bremer Energieversorger SWB hat im vergangenen Jahr in insgesamt 6.700 Fällen Strom, Wasser oder Gas abgestellt. Die hiesigen Grünen haben der Bürgerschaftsfraktion in einer Expertenrunde mögliche Wege aufgezeigt, wie sich ihrer Meinung nach **Wasser- und Energiesperren** künftig vermeiden ließen.

Weil fast immer Hartz-IV-Bezieher und Menschen mit sehr niedrigem Einkommen davon betroffen sind, sprach sich die Partei für einen Härtefonds nach hannoverschem Vorbild aus. Dort stellt der Energielieferant Enercity jährlich 150.000 Euro bereit, um alten, kranken und alleinerziehenden Menschen bei den Energiekosten finanziell unter die Arme zu greifen. Bevor so ein Härtefonds allerdings helfen kann, müssen Betroffene erst einmal einen ganzen „Ämter-Parcours“ durchlaufen, bis sie schließlich einmalig Geld bekommen.

Weil die meisten Betroffenen wegen der zum tatsächlichen Leben nicht ausreichenden ALG-II-Leistung mehrfach verschuldet sind, kann ein einmalig ausgezahlter Betrag aus dem Härtefonds nicht zu einer langfristigen Lösung beitragen. Auch Ratenzahlungen bringen nichts, weil die SWB sie erst ab 50 Euro akzeptiert. Von einer „Beratung“, wie das Zuwenig aufzuteilen sei, um damit auszukommen, halte ich gar nichts! Abgeordnete der Fraktion „Die Linke“ haben im vergangenen Juli vor dem Jobcenter Ost I in Osterholz protestiert und gefordert, dass die Versorgung mit Wasser und Strom ein Grundrecht sein muss.

Da die Bedarfe für Transferleistungsbezieher von den jeweils verantwortlichen Politikern immer künstlich und vollkommen unrealistisch „heruntergerechnet“ werden und Bedürftige abschrecken, ja bestrafen sollen, wünsche ich mir ein bedingungsloses Grundeinkommen, das diesen Namen verdient! Jüngst gab es vom Bundesverfassungsgericht nur ein Placebo-Urteil zum Hartz-IV-Regelsatz. Mit der Annahme, dass aus den Ausgaben der Armen der Bedarf der Ärmsten errechnet werden könne, hat es sich in eine Sackgasse begeben, aus der es trotz all seiner Ermahnungen nicht mehr herauskommt.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Aber nicht mal ein Drittel kommt bei den Betroffenen an: „Arbeitsministerin“ Nahles will 46.000 Euro Subvention an jeden „Arbeitgeber“ ausschütten, der einen Langzeiterwerbslosen „passiv-aktiv tauscht“ *(„BZ Berlin“)*

Ein Heimatbesuch rechtfertigt keine anschließende Hartz-IV-Sperre: Und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ist ein Fall für den Staatsanwalt, nicht fürs Jobcenter *(„Bild“-Zeitung)*

Multinationale Konzerne zahlen zu wenig Steuern

1. Stellen Sie sich vor, Sie können einen Vertrag mit dem Finanzamt abschließen. Dieser begrenzt Ihre Steuerschuld aufgrund Ihrer Möglichkeiten auf circa ein Prozent und hat eine Laufzeit von über zehn Jahren. Dies würde bereits jeden Facharbeiter begeistern. Stellen Sie sich die Begeisterung von Millionären und erst recht von Milliardären vor! Die Firma Amazon versteuert in Luxemburg ihre europaweit generierten Erträge. Aufgrund des vorstehenden Vertrags betrugen die gezahlten Ertragsteuern circa ein Prozent des steuerpflichtigen Einkommens. Die EU-Kommission hat diesen Vertrag „gefunden“ und wird die Rechtmäßigkeit prüfen. Falls sie ihn beanstandet, muss Amazon die Steuern nachzahlen.

Die EU wird unter Kommissionspräsident Juncker entscheiden. Er war damals Luxemburger Ministerpräsident, als der Vertrag unterzeichnet wurde. Ebenfalls untersucht werden die Steuervorteile für Fiat, Apple und Starbucks. Der EU-Wettbewerbskommissar ist die treibende Kraft. Sein Motiv: „Wenn zu wenig Geld in den öffentlichen Kassen ist und die Bürger wegen der Krise viele Einschnitte

hinnehmen müssen, dann kann nicht hingenommen werden, dass multinationale Konzerne zu wenig Steuern bezahlen.“ Die Einstellung des EU-Kommissars ist sehr lobenswert. Eigentlich sollte jeder Verantwortliche insbesondere des öffentlichen Dienstes so handeln.

Die HSH Nordbank hat von der Stadtwerke Kiel AG eine Bankgebühr von circa einer Million Euro erhoben. Wofür? Das Geld war bei der angestrebten **Steuervermeidung** von über fünf Millionen Euro einfach „über“. Die HSH Nordbank hat den Stadtwerken Kiel umfangreiche Wertpapiere geliehen. Die Stadtwerke Kiel haben die Dividenden an die HSH Nordbank weitergeleitet und letztlich über fünf Millionen an Steuern nicht gezahlt. Dieses Steuersparmodell und die Steuervermeidung ist schiefgegangen: Der Gesetzgeber hat die Lücke rückwirkend beseitigt. Das war 2007. Nunmehr haben die Stadtwerke Kiel die laufende Gewinnprognose um die nachzuzahlenden Körperschaftsteuern, also der Einkommensteuer der Konzerne, und um Zinsen gesenkt. Insgesamt sind es über fünf Millionen Euro. Sie wurden 2007 gespart und noch immer nicht nachgezahlt!

Pikanterweise sind sowohl die HSH Nordbank als auch die Stadtwerke Kiel in öffentlicher Hand. Peter Nippel, Professor für Betriebswirtschaft an der Universität Kiel, kritisiert, das Geschäft sei wirtschaftlich unsinnig gewesen und habe nur dem Zweck gedient, Steuern zu sparen. Unternehmen, die zu großen Teilen in Besitz des Staates sind, würden dem Staat und damit dem Steuerzahler in die Tasche greifen, so Nippel. Die HSH Nordbank und die Stadtwerke Kiel AG haben Gesprächsbedarf: Scheinbar ist den Stadtwerken die Bankgebühr aus jetziger Sicht doch zu hoch. Personelle Konsequenzen? Ja! Aber richtig!

Deutschland hat CDs mit Daten von Bankkunden gekauft, besser bekannt als „Steuer-CDs“. So erhaltene Bankdaten wollten Steuerfahnder damals auswerten, doch ihre Vorgesetzten waren strikt dagegen. Sie verboten den Steuerfahndern die weitere Auswertung dieser Daten. Vier von ihnen beschwerten sich bei Landesvater Koch – mit unerwarteter Reaktion: Sie wurden zu einem psychiatrischem Gutachten verpflichtet. Der Gutachter stellte dauerhafte Dienstunfähigkeit fest, bei allen vier Beamten. Die zwangsweise Abschiebung der Beamten in den Ruhestand war die Folge.

Wie geht so was? Die in Ungnade gefallenen Beamten bekamen keine Aufgaben mehr zugeteilt. Ihre Büros enthielten Stuhl und Schreibtisch, aber keine Akten und kein Telefon. Die Beamten wurden „sauer gefahren“, damals, 2006 – siehe Bremer Montagsdemonstration. Jetzt wurde vor dem Frankfurter Landgericht verhandelt, und der Gutachter konnte erneut nicht überzeugen. Er wurde zu Schadenersatz von 200.000 Euro verurteilt. Die verantwortlichen Politiker und Behördenmitarbeiter wurden bisher nicht belangt.

2. Im Rahmen der „Woche des Grundeinkommens“ hat Frau Inge Hannemann in der Bremer Friedenskirche gesprochen. „Attac“ schreibt: „Die von der Arbeit wegen ihrer kritischen Haltung „freigestellte“ Jobcenter-Mitarbeiterin Inge Hannemann sieht in der Grundeinkommensidee eine wirkungsvolle Strategie zur Ver-

besserung unserer Gesellschaft. Durch ein bedingungsloses **Grundeinkommen** kann die durch die Hartz-IV-Gesetze deformierte Gesellschaft wieder ihren eigentlichen Aufgaben nachkommen.

Macht, Zwänge, Bestrafung – alles, was zur Entwürdigung beiträgt, wird durch ein BGE entschärft. Aus den Jobcentern könnten Beratungscenter werden, die mit den Hilfesuchenden deren Stärken evaluieren, sie unterstützen und Arbeitsmöglichkeiten vermitteln. Erniedrigende Bedürftigkeitsprüfungen oder gar Sanktionen fallen weg. Mit einem BGE muss niemand unzumutbare Bedingungen akzeptieren, auch nicht Löhne, von denen keiner menschenwürdig leben kann. Mit einem BGE sind positive, emanzipative Entwicklungen möglich, es führt neben den ganz praktischen Verbesserungen auch zu einer respektvollen und fairen Behandlung untereinander und durch Institutionen. Das ist auch ein Gewinn für deren ethische Haltungen.“ Auf den Punkt gebracht: Mit einem BGE ist Hartz IV Vergangenheit!

3. Die **Freihandelsabkommen** dürfen nicht unterzeichnet werden! Dies war am letzten Freitag auf dem Marktplatz gut zu hören und einprägsam dargestellt und diese Woche auch Thema auf der Bremer Montagsdemonstration. Zu den vielen Beschreibungen der Veränderungen hat Frau von der Leyen folgende Variation hinzugefügt: Die in den USA entwickelte „Eurohawk“-Drohne erhält in Deutschland keine Zulassung. Es fehlt eine Absicherung gegen Zusammenstöße – diese Sicherheitseinrichtung war aber in der Ausschreibung nicht enthalten.

Frau von der Leyen könnte, wenn das Freihandelsabkommen steht, die „Eurohawk“-Drohne in die USA verkaufen, dort die Zulassung durchführen lassen und die zugelassene Drohne mieten. Diese US-Zulassung wäre auch in Deutschland gültig. Wenn die Starterlaubnis trotzdem verweigert wird, kann der Eigentümer als „Geschädigter“ Schadenersatz vom deutschen Staat verlangen. Dieser Umweg geht auch mit Kanada – wenn das Freihandelsabkommen unterschrieben wird! Ein Grund mehr fürs Nein. So nicht!

Wer aktuell noch nicht für die EU-Bürgerinitiative unterschrieben hat, kann dies bei „Campact“ tun: „Was für ein kraftvoller Auftakt für unsere selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA: In den ersten 48 Stunden haben schon mehr als 269.686 Menschen unterzeichnet. Unser Ziel von einer Million Unterschriften wird greifbar. Helfen Sie mit, dass wir in den nächsten 48 Stunden bereits 500.000 werden!“ Die bisherigen Unterschriften gegen die Freihandelsabkommen zählen bei der Bürgerinitiative nicht mehr. Es ist Ihre erneute Stimmabgabe erforderlich!

4. „Pelzig hält sich“ hat herausgearbeitet, dass die Politik gerne im Geheimen wurstelt. Der Vertrag mit dem Mautbetreiber „Toll Collect“ ist geheim. Auch die Gründe, warum ausgerechnet jetzt der Vertrag verlängert wurde, unterliegen der **Geheimhaltung**! Wurde er wirklich rechtsgültig verlängert? Die SPD hat sich da-

gegen ausgesprochen. Auch die aktuellen Überlegungen zur Mautänderung und die überfälligen Schadenersatzforderungen sprechen dagegen.

Die Vertragsverlängerung soll mit einer Zusage zur Mautveränderung durch den Betreiber verknüpft sein – einer Änderung, die erst noch der Zustimmung des Parlaments bedarf. Wieso soll die Vertragsverlängerung *ohne* Zustimmung und Beschlussfassung des Parlaments erfolgen? Pelzig hat auch die Zusatzkosten für „Public-private-Partnership"-Projekte verdeutlicht. Ministerpräsident Weil hat den Geldmangel und den Zeitgewinn durch PPP hervorgehoben. Er hat nicht gesagt, dass das Land sich das Geld leihen könnte und ohne privaten Investor günstiger investieren könnte, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Noch geht dies ja! Mit dem Verbot der Neuverschuldung wird den Investoren das Tafelsilber des Volkes auf dem Tablett serviert!

5. Der Deputation für Soziales et cetera wurde der Controllingbericht für Januar bis Juni 2014 vorgelegt. Auf Seite 2 unten wird der 15-Prozent-Anteil Bremens an den **Verwaltungskosten** des Jobcenters nachbewilligt. Die 400.000 Euro werden dem Haushaltsposten „Leistungen für Erstausstattung der Wohnung" genommen. Dieses Geld soll über Rückflüsse aus dem Jobcenter „haushaltsneutral" sein: „Die haushaltstechnische Einsparung führt zu keinen Einschränkungen der Leistungen". Ich kann dies nicht glauben. Wer keine oder nur geringe Mittel zur Erstausstattung erhält, kann sicher erfolgreich die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen.

Bremen spart sich kaputt. Im „Weser-Kurier" von diesem Montag wird der Sanierungsstau für die Infrastruktur angerissen. Der Instandhaltungsrückstand soll nur fünf Jahre betragen? Bereits 2004 wurde über Sparanstrengungen gestöhnt, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration. Die Infrastruktur besteht aus Beton – die Einsparungen in den Schulen, Krankenhäusern oder auch den Dienstleistungen für die Bürger Bremens sind unreparabel! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Mit Blumen ist der islamische Faschismus nicht aufzuhalten

1. Ich war an diesem Montag beim kurdischen Verein „Birati", um mich über die aktuelle Lage in der Schlacht um Kobanê zu informieren. Dabei wurde wieder mal deutlich, wie die herrschenden Medien manipulieren. Dort wird zum Beispiel behauptet, dass Kobanê kurz vor dem Fall stehe. Das entspricht nicht den Tatsachen: Die kurdischen Freiheitskämpfer haben wichtige Erfolge errungen und kon-

trollieren 90 Prozent der Innenstadt. Die IS-Faschisten trauen sich nicht in die Stadt, weil sie den Guerillakampf in den Straßen fürchten. Die Fahnen des IS auf Häusern, die man im Fernsehen ständig sieht, wehen nur vereinzelt in einigen Außenbezirken der Stadt.

Die türkische Regierung unterstützt nach wie vor den IS, indem Nachschub an Menschen und Material die Grenze passieren kann und verletzte Faschisten in türkischen Krankenhäusern behandelt werden. Erdogan und Konsorten hoffen, dass der IS den kurdischen **Befreiungskampf** auslöscht. Vor einer Woche hat Erdogan schon gejubelt: „In zwei Tagen ist Kobanê erledigt!“ Da hat er sich wohl schwer getäuscht.

Alle Imperialisten der Welt, vor allem die USA und die EU, die die islamischen Faschisten gefördert und lange Zeit mit Waffen versorgt haben, wünschen sich, dass das freie Gebiet Rojava endlich beseitigt wird, denn Rojava ist ein Signal für den Kampf für Freiheit und Demokratie, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur, für ein Ende der Unterdrückung und für die Befreiung der Frau. Daher ist die Schlacht um Kobanê von weltweiter Bedeutung: Es geht um die Entscheidung, ob die islamischen Faschisten sich durchsetzen oder der Freiheitskampf einen wichtigen Sieg erringt. Deshalb ist die weltweite Solidarität so wichtig!

Am Wochenende waren Millionen mit ihrer Solidarität auf der Straße. Sie forderten auch Waffen für die kurdischen Befreiungskämpfer, denn mit Blumen ist der IS nicht aufzuhalten. In Düsseldorf waren es 100.000 Menschen – nicht 21.000, wie der „Weser-Kurier“ demagogisch behauptet. Allein die Angaben der Polizei lagen bei 60.000, und die zählt ja immer nur jede zweite Person. Der weltweite Protest hat dazu geführt, dass die USA am Wochenende zum ersten Mal die Panzerverbände des IS vor der Stadt Kobanê beschossen hat. Zuvor haben sie nur so getan, als ob sie dem kurdischen Volk in dieser Schlacht helfen wollten. Die US-Regierung fürchtet, ihr Gesicht vor der Weltöffentlichkeit zu verlieren.

Das zeigt auch, dass die Solidarität der Völker Wirkung zeigt. Deshalb wollen wir sie weiter verstärken! Am kommenden **Samstag**, dem **18. Oktober 2014**, ist in Bremen die nächste Solidaritätsaktion geplant: Es wird eine **Demonstration** ab **13:30 Uhr** am **Ziegenmarkt** geben. Sie führt durch die Innenstadt und endet am Hillmann-Platz. Dort findet eine Abschlusskundgebung statt. Kommt zahlreich und bringt viele Leute mit! Tägliche Berichte von einem Reporter vor Ort findet ihr auch auf „Rote Fahne News“.

2. Fracking ist ohne Giftcocktail nicht möglich! Die großen Energiekonzerne haben in den letzten Wochen und Monaten ihre Propaganda verstärkt, um **Fracking** endlich auch in Europa durchzudrücken. Für sie winken Superprofite in Milliardenhöhe – für uns eine neue hochgiftige Zeitbombe für künftige Generationen und

eine Beschleunigung auf dem Weg zur globalen Umweltkatastrophe. Mit einer ganzseitigen Anzeigenkampagne in großen Tageszeitungen behauptet der weltweit führende Fracking-Konzern Exxon Mobil, er habe das „ungiftige“ Fracking gefunden und werde Deutschland auf Jahrzehnte mit heimischem Schiefergas zu höchsten Umweltstandards versorgen.

Angeblich habe Exxon aus dem Giftcocktail nahezu alle der 150 bisher enthaltenen Gifte eliminiert. Wer’s glaubt, wird selig – und wer’s nicht glaubt, sollte sich engagieren für das internationale Verbot des Fracking! Dreist und im vollen Bewusstsein seiner Lügen behauptet Exxon, es kämen nur noch zwei „ungiftige“ und „biologisch abbaubare Zusätze“ zum Einsatz: der Gesteinsstabilisator Cholinchlorid und der Reibungsminderer Butyldiglycol. Komisch nur, dass das angeblich ungiftige Butyldiglycol nach dem Sicherheitsdatenblatt in der Gefahrstoffverordnung aufgeführt wird und weder in die Kanalisation noch ins Grund- und Oberflächenwasser gelangen darf und von Nahrungs- und Futtermitteln ferngehalten werden muss. Die Umweltschutzorganisation „BUND“ kritisierte die Anzeigenkampagne von Exxon als „reine PR-Masche“ und verweist darauf, dass kein einziger „Frack“ weltweit ohne Giftcocktail funktioniert hat!

Am letzten Samstag wurde zum dritten Mal der weltweite Tag gegen Fracking begangen. Erstmals fand er 2012 mit 200 Aktionen in 20 Ländern statt. Inzwischen ist die internationale Protestbewegung weiter angewachsen: Dieses Jahr waren es bereits fast 400 Aktionen in über 30 Ländern. Zum ersten Mal waren wir auch in Bremen mit einer Kundgebung und einer Film- und Diskussionsveranstaltung dabei. Es gab durchweg sehr positive Reaktionen in der Bevölkerung und eine breite Ablehnung der umweltzerstörenden Fracking-Technik. Allerdings gab es auch Zweifel, ob das alles „etwas bringt“. Jede(r) muss sich aufraffen, dann können wir was verändern!

Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wurde gekippt, und acht Meiler mussten abgeschaltet werden, weil Millionen Menschen die Regierung dazu gezwungen haben. In Frankreich, in Argentinien, im Bundesstaat New York wurde durch Massenprotest das Verbot von Fracking erkämpft. Deshalb gilt für uns ganz klar: Es ist eine Minute vor zwölf – retten wir unsere Mutter Erde durch gemeinsamen Widerstand! Verbot von Fracking weltweit! Schnelle Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien! Die „Bürgerinitiative gegen Gasbohren im Landkreis Rotenburg“ lädt alle Interessierten ein zum **Bürgerinformationsabend** am **16. Oktober 2014** um **19:30 Uhr** im **Gustav-Heinemann-Bürgerhaus**, Kirchheide 49.

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

493. Bremer Montagsdemo am 20. 10. 2014

Gewerkschaften, gemütlich auf den Schößen der Unternehmer-verbände zusammengerollt

1. Ist es nicht toll, sind Facebook und Apple nicht super-sozial? Sie zahlen nicht nur Top-Gehälter, holen ihre Mitarbeiter mit Shuttle-Bussen ab, gönnen ihnen auf der Arbeit kostenlose Verpflegung und Freizeitangebote, nein: Sie bezahlen ihren weiblichen Mitarbeitern jetzt sogar noch das Einfrieren von Eizellen, damit diese die Produktion ihres Nachwuchses hinausschieben können. Selbstredend erfolgt das Angebot nur auf das persönliche Begehren der jungen Frauen, von Druck kann gar keine Rede sein! Welche Frau wollte nicht sofort das Ranking um die klügsten Köpfe mitmachen wollen? Jetzt kann jede ihre Sehnsucht nach einem eigenen Kind hinausschieben und sich in jungen Jahren voll und ganz auf ihre Karriere konzentrieren. Laut US-Medienberichten geht es hier immerhin um Kosten von bis zu 20.000 Dollar pro Fall.

Der „iPhone“-Konzern und das weltgrößte Online-Netzwerk betonten zugleich, dass diese Maßnahme natürlich lediglich ein Teil ihrer Sozialleistungen für Frauen und Familien seien. Schließlich gewähre Apple in den USA einen über vier Monate langen Mutterschaftsurlaub und die Übernahme von Adoptionskosten. Bei Facebook bekämen die Mitarbeiter nach der Geburt eines Kindes vier Monate bezahlten Urlaub und eine zusätzliche Zahlung von 4.000 Dollar. Wer weiß, ob nicht sogar die Kosten für eine Leihmutterschaft übernommen würden, wenn sich das Hinausschieben einer eigenen **Schwangerschaft** bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinauszögert oder sich das späte Einpflanzen der vordem tiefgefrorenen Eizellen schwieriger gestaltet als erwartet? Es gab ohnehin noch nie eine Mutterschaftsgarantie für irgendeine Frau.

Als Microsoft-Chef Satya Nadella vor wenigen Tagen während eines öffentlichen Auftrittes meinte, Frauen sollten nicht unbedingt nach Gehaltserhöhungen fragen, weil sie dann durch „gutes Karma“ belohnt würden, sollte dies natürlich

niemals missverstanden werden. Mit Sicherheit wird nun niemand von Frauen erwarten, dass sie ihre Potenz, Kinder zu bekommen, ihre persönlichste Lebensplanung, den ökonomischen Interessen, der Unersättlichkeit, der Begierde nach immer mehr Profitsteigerung ihrer Arbeitgeber unterordnen! Zweifelsohne um solchen Missverständnissen vorzubeugen, nahm Nadella wenig später seine Bemerkungen zurück und entschuldigte sich dafür. Mal ehrlich: Welche Frau könnte zu diesem Angebot schon Nein sagen wollen und darauf beharren, ihre Kinder trotzdem noch „so früh“ zu bekommen?

2. Aus einem unveröffentlichten Konzept von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles kamen nun Details auf den Tisch, wonach Hartz-IV-Bezieher künftig für den Erhalt von Sozialleistungen arbeiten sollen. Beim sogenannten „Passiv-Aktiv-Tausch“ sollen Regelsatz und Unterkunftskosten in ein Gehalt für einen sozialversicherungspflichtigen Job investiert werden, über den Erwerbslose mit großen Vermittlungshemmnissen in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. In Nordrhein-Westfalen soll ein solcher „sozialer Arbeitsmarkt“ nun tatsächlich für Hartz-IV-Bezieher umgesetzt werden, die mindestens drei Jahre erwerbslos sind und kaum noch Chancen auf eine reguläre Beschäftigung haben.

Sie sollen in Kitas, Schulen oder Pflegeheimen als Assistenten arbeiten, als Begleitdienst in Bus und Bahn oder als Servicekraft an der Tankstelle eingesetzt werden. Die Tätigkeiten sollen zu hundert Prozent „zusätzlich“ sein und die Assistenten den Stammbelegschaften zur Seite stehen. Der soziale Arbeitsmarkt soll von den Kommunen aufgebaut und organisiert werden. Wie sozial dieser soziale **Arbeitsdienst**, äh: Arbeitsmarkt ist und wie Aushilfstätigkeiten zu Niedriglöhnen dazu beitragen können sollen, langzeiterwerbslosen Menschen wieder eine Perspektive zu verschaffen, ist mehr als fraglich! Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Hartz-IV-Bezieher, die sich weigern, diese herzallerliebsten Jobs „für lau“ anzutreten, wahrscheinlich sanktioniert werden.

Es ist eine Schweinerei, so einen „sozialen“ Arbeitsmarkt zu schaffen, der in meinen Augen nur dazu dienen kann, „zu alt“ oder „zu krank“ Gewordene, „zu Ungebildete“, denen von den Job-Centern die Berufsausbildung aberkannt wurde, oder schlicht jene „Überflüssigen“, für die kein regulärer Arbeitsplatz mehr vorhanden ist, systematisch auszubeuten und gleichzeitig die noch Arbeitenden mit diesem staatlichen Disziplinierungsapparat davor zu warnen, was ihnen blühen kann, wenn sie aufmucken, sich gar für ihre Rechte einzusetzen getrauen! Warum sollen Menschen überhaupt „für einen Apfel und ein Ei“ arbeiten? Mit welchem Recht geht es vom Welfare- zum Workfare-System?

3. Der Streik der GDL löste wütende Angriffe der Medien aus. Es soll, bitte schön, weder am Wochenende, noch in der Urlaubszeit und in der Arbeitszeit schon dreimal nicht gestreikt werden, also am besten nie. Die Forderung nach fünf Prozent mehr Lohn und einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit um zwei Stunden führte zu scharfer Kritik. Auch wenn sie mit ihren über 30.000 Mitgliedern ein ver-

schwindend „kleiner Haufen“ ist, vertritt die GDL immerhin 90 Prozent der Lokführer und 30 Prozent der Zugbegleiter und tritt dabei nicht so handzahm auf wie „Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft“, die über 200.000 Mitglieder hat.

Wer setzt sich denn für seine Mitglieder ein, für ein höheres Gehalt, das der Verantwortung entspricht, für längere Ruhezeiten bei nur 1.750 netto als Verantwortlichem für Hunderte Fahrgäste und millionenteure Technik? Die Masse macht es kaum. Klar ist die GDL vielen ein Dorn im Auge, zeigt sie doch allen anderen Gewerkschaften, was es heißen könnte und müsste, **Arbeitnehmerrechte** zu verteidigen. Um sich davon keine allzu große Scheibe abschneiden zu müssen, ist es natürlich leichter, die GDL zu verteufeln.

Mal wieder vortrefflich funktioniert das Prinzip Sündenbock, wonach ohne diesen die Arbeitnehmerrechte völlig in Ordnung sind. Arbeitsministerin Andrea Nahles möchte deshalb ein Gesetz verabschieden lassen, demzufolge es pro Betrieb – hier die Deutsche Bahn – nur noch einen Tarifvertrag, also auch nur noch einen Tarifpartner auf Arbeitnehmerseite geben soll. Das wäre dann das gewollte Ende der GDL, vom Mainstream der De-facto-Einheitsmedien unterstützt. Hätten sich die Gewerkschaften nicht so gemütlich auf den Schößen der Unternehmerverbände zusammengerollt, hätten wir heute keinen derartig aufgeblähten Dumpinglohnsektor, mit so vielen tollen „Jobs“, von denen keiner leben kann!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Der Elefanten-Streik

Es ist schwer, sich mit den Einzelgewerkschaften anzufreunden, die noch übrig geblieben sind. Wie kann das sein? Die Medien suchen Sensationen: die Wirkung weniger, die Abhängigkeit ganz vieler. Das schafft tatsächlich Unruhe, die beim Streik im April noch von Verständnis begleitet war. Ich sehe da viele, die weiter für Minigeld Überstunden arbeiten, schon lange verlassen. Die sogenannten Konkurrenten werden von der Gewerkschaft GDL wohl gar nicht beachtet. So ist es auch bei den Piloten, die den Streik allein machen. Das ist ein großen Fehler, der zur Selbstzerstörung führt. Am Ende haben dann die anderen endgültig gewonnen.

Es müssen wie früher in den Sechzigern und Siebzigern alle mit ins Boot! Dann ist erst die große Kraft beim Streik da. In Frankreich lief vor nicht langer Zeit noch so etwas ab, früher erst recht. Was jetzt läuft, ist eine Art Wettbewerb im Streiken. Man könnte meinen, die GDL könnte einen Elefanten am Rüssel pieken, dass er freundlich wird. Aber wir wissen, wie wütend Elefanten ohne Käfig werden können. Nur im Käfig können wir Elefanten besser erziehen und dazu, dass er für besten Lohn auch noch tanzt. Hier kennt man ja schon die Sache mit Hartz IV, aber in der bürgerlichen Welt will man es immer noch nicht wissen, dass ein Drittel der Menschen wie in den USA auf den Armutsabhang zuläuft.

Jeder kann sehen, wie unterschiedlich Tarifverträge erhöht werden, trotz der Gleichheitsformel des Grundgesetzes. Die Macher glauben, es könne im Materialismus nur so sein. Glücklich machen kann das niemals alle, die arbeiten. Das sind die Unterschiede: Hartz-IV-Erhöhung acht Euro, erste Beamtenbesoldungsstufe A1 schon über 70 Euro, B1-Beamter über 150 Euro, und dann geht es in Richtung 1.000 und 100.000 Euro für Leute, die das Sagen haben. Wer schon mal nachgefragt hat, was Demokratie ist, wird erkennen, dass die Bundesrepublik keine Demokratie ist, sondern ein neoliberaler Zahlenwirkungsapparat.

Schauen wir doch mal über hundert Jahre zurück. Unter dem Kaiser hatten die Menschen im Durchschnitt mehr Eigentum als heute, und sei es als kleine Bauern. Dann waren sie selber eine kleine Firma ohne Lohnabhängigkeit. Zu der Zeit war das Arbeiten zwar härter, aber die bäuerliche Unabhängigkeit ist eindeutig eine größere Freiheit. Davon ist das meiste von Lohnabhängigkeit vernichtet worden, durch Krupp damals, durch Amazon und Zalando heute. Deutschland ist nicht glücklicher, höchstens komfortabler geworden.

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

So geht es nicht! Ihr klagt auf hohem Niveau und versteht nicht, dass Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder von euch nicht akzeptiert werden. Die MLPD ist für mich postkommunistischer Sozialromantizismus. Ihr seid nette Leute, aber politisch hoffnungslos naiv! :-(((Mit freundlichem Gruß!

Zuschrift von Ulrich Peters (Verdi), aktiver Betriebsrat

Schluss mit der Sozialromantik: Krankheit lässt sich nicht verbieten *(„Die Zeit“)*

„Ich hasse euch alle“: „Und wenn sich jetzt jemand aufregt, dann ist das mein Ejakulat“ *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

„Hasta la vista, Salafista“: Kölner Polizei lässt Nazis randalieren *(„Spiegel-Online“)*

Kein Verstoß gegen Urheberrechte: Europäischer Gerichtshof erlaubt Einbettung von „Youtube“-Videos *(„Spiegel-Online“)*

Die nächste **Montagsdemo** beginnt am **27. Oktober 2014** wieder um **17:30 Uhr**, wegen des Freimarktes jedoch auf dem **Hanseatenhof** beim „**Bessel-Ei**“. Ab **3. November** sind wir bis zum Weihnachtsmarkt wieder auf dem **Marktplatz**.
www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

494. Bremer Montagsdemo am 27. 10. 2014

Solidarität mit Kobanê und Sindschar

Nachdem die Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Syrien und im Irak Gebiete erobert hat, sind seit mehreren Monaten die Stadt Kobanê und die Region Sindschar stark umkämpftes Gebiet. Bei den Angriffen in Sindschar wurden Tausende, überwiegend jesidische Kurd(inn)en vom IS ermordet. Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht. Aktuell drohen weitere Massaker. In Kobanê leisten die lokalen Selbstverteidigungskräfte YPG und YPJ gemeinsam mit der PKK und verbliebenen Bewohner(inne)n der Stadt seit Wochen verzweifelt Widerstand.

Sollte der IS die Stadt Kobanê einnehmen, droht die ganze Region Rojava zu fallen und damit das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher kultureller und religiöser Gruppen vom Terror des IS zerstört zu werden. In Rojava hat sich in den letzten Jahren ein basisdemokratisches Selbstverwaltungsmodell entwickelt, dessen Grundlagen eine gemeinschaftliche Wirtschaftsweise, Ökologie und Gleichberechtigung sind. In Rojava wird versucht, ein alternatives menschlicheres und gerechteres Zusammenleben zu gestalten, das nun in höchster Gefahr ist.

Die Türkei spielt dabei ein doppeltes Spiel: Obwohl sie offiziell Teil der Anti-IS-Allianz ist, blockierte sie wochenlang militärische und humanitäre Hilfe für die bedrohte Stadt Kobanê. An der Grenze werden Flüchtlinge durch türkische Sicherheitskräfte angegriffen. IS-Kämpfer(innen) können hingegen die Grenzen ungehindert passieren und nutzen die Türkei als Rückzugs- und Anwerbegebiet. Proteste in der Türkei gegen diesen Kurs der Regierung werden äußerst brutal niedergeschlagen; es gibt bereits zahlreiche tote Demonstrant(inn)en. Erdogan will ein unabhängiges, selbstverwaltetes Rojava verhindern. Die türkische Regierung setzt die demokratischen Verteidiger(innen) von Rojava offen mit den faschistischen Kämpfer(inne)n des IS gleich.

Auch in der Bundesrepublik ist die PKK bis heute verboten, und Unterstützer(innen) werden hierzulande juristisch verfolgt. Die Kriminalisierung der PKK, die eine progressive und demokratische Entwicklung in der Region propagiert, wirkt geradezu absurd. Stattdessen verkaufen deutsche Unternehmen Waffen an Saudi- Arabien und Katar. Beide Staaten haben den IS finanziert. Eine Unterstützung durch Bodentruppen der Nato oder der Türkei lehnen die Kämpfer(innen) in Kobanê ab. Stattdessen fordern sie ein Ende der Unterstützung des IS durch die

Türkei und einen Korridor über die türkische Grenze nach Kobanê für humanitäre und militärische Hilfsgüter.

Noch ist der Widerstand in Kobanê und Sindschar nicht gebrochen! Es liegt an uns allen, uns solidarisch zu zeigen und alle vom IS-Terror Betroffenen bestmöglich zu unterstützen. Erhöhen wir den Druck – auch hier in Deutschland! Es gilt auch hier, IS-Sympathisant(inn)en und Salafisten entschlossen entgegenzutreten. Genauso stellen wir uns gegen die rassistischen Mobilisierungen gegen den IS, wie aktuell durch rechte Hooligans in Köln, die das Thema für ihre menschenfeindliche Ideologie instrumentalisieren.

Am **Samstag**, dem **1. November 2014**, werden alle Menschen, die sich mit dem Widerstand von Kobanê und Sindschar solidarisieren, dazu aufgerufen, im Rahmen des weltweiten Aktionstages „Global Rally for Kobanê“ auf die Straße zu gehen. Am 1. November soll überall auf der Welt gezeigt werden, dass der Widerstand gegen den IS-Faschismus nicht allein ist. **Solidarität** mit den **Menschen** in **Rojava** und **Sindschar**! Unterstützung der basisdemokratischen selbstverwalteten Strukturen in Rojava! Stoppt die Unterstützung des IS! Für die Aufhebung des PKK-Verbotes! Die **Auftaktkundgebung** in **Bremen** beginnt um **14 Uhr** auf dem **Ziegenmarkt.**

Bremer Aufruf zur Beteiligung am weltweiten Tag der Solidarität mit Kobanê

Es ist ein Fehler, den Ländern die Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau zu überlassen

1. Es klingt unglaublich bis grotesk, dass in Berlin trotz des allgemeinen Mangels an preisgünstigen Wohnungen ausgerechnet Tausende **Sozialwohnungen** leer stehen. Aus einer veröffentlichten Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf die Anfrage einer „Linken“-Abgeordneten geht hervor, dass von rund 142.000 Wohnungen, die mit öffentlicher Förderung entstanden sind, im vergangenen Jahr 5,2 Prozent, also mehr als 7.000 Wohnungen, nicht vermietet waren. Der Hauptgrund für diesen Missstand dürften die „hohen“ Mieten ausgerechnet in den Sozialwohnungen sein, wo im vergangenen Jahr für den Quadratmeter Wohnfläche durchschnittlich 5,74 Euro kalt gezahlt werden musste, wohin-

gegen er auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt laut Mietspiegel 2013 im Schnitt für nur 5,54 Euro zu haben gewesen sein soll.

Bei den hinzuzurechnenden Betriebskosten wird der preisliche Unterschied noch größer, weil die Warmmiete einer Sozialwohnung 8,68 Euro je Quadratmeter koste, alldieweil sie auf dem freien Markt 8,06 Euro betrage. Die hohen Sozialmieten werden mit dem früheren Fördersystem begründet, wonach sich die jährliche Förderung um rund 13 Cent je Quadratmeter Wohnfläche verringerte – was die Eigentümer dann auf die Miete draufschlugen, völlig unabhängig davon, ob die ortsübliche Miete bereits erreicht war oder nicht.

So kam es Jahr für Jahr zu Mieterhöhungen. Dabei sollten doch Sozialwohnungen nur von Haushalten anzumieten sein, die einen Wohnberechtigungsschein besitzen. Ein unhaltbarer, paradoxer Zustand, bei dem es nicht genügt, dass sich die Politiker „dessen bewusst“ sind! Der „Berliner Mieterverein“ schlägt dem Senat eine Umstellung des Mietensystems auf eine soziale Richtsatzmiete vor, die niedriger als die allgemeine Miete sein soll. Das war eigentlich mal Sinn und Zweck von Sozialwohnungen.

2. Auch in Bremen herrscht absoluter Notstand, was preisgünstige Wohnungen für die vielen Hartz-IV-Bezieher, Dumpinglohnarbeiter, Aufstocker, Rentner, Alleinerziehenden, Familien mit mehreren Kindern, Studenten und Asylanten mit ihren kleinen Portemonnaies betrifft. *Eigentlich* zählt die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem und angemessenem Wohnraum zu den wichtigsten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen. In Bremen hat das Recht auf Wohnen sogar Verfassungsrang. Der Trend zu kleineren Haushalten und der stetige Rückgang sogenannter Belegungsbindungen im sozialen Wohnungsbau, also das Auslaufen der Mietverträge für „B-Schein-Wohnungen“, erschweren es gerade den Beziehern niedriger Einkommen, angemessenen Wohnraum zu finden.

Hinzu kommen die überaus zurückhaltenden Investitionen in den Wohnungsneubau, die dazu ausgerechnet vorwiegend im hochpreisigen Bereich stattfinden, der selbst für Haushalte mit einem mittleren Einkommen oft unbezahlbar ist. So kümmert sich das vom rot-grünen Senat geführte Bremen *uneigentlich* nur völlig unzureichend und ungenügend um die steigende Anzahl von einkommensschwachen Menschen. Als ob das alles nicht schon genug wäre, geben viele Bundesländer die hohen Millionenzahlungen des Bundes gar nicht für geförderte Sozialwohnungen aus, und trotzdem fordert der Bund das Geld nicht zurück.

Einige Länder empfanden die eigene **Haushaltsnot** drückender als die Wohnungsnot ihrer Bürger. So wurden in Berlin, Bremen, dem Saarland und den ostdeutschen Ländern die Zuschüsse des Bundes für Wohnungssanierungen, die Abzahlung von alten Verpflichtungen oder für ganz andere Zwecke wie die Entschuldung verwendet, also zweckentfremdet. Es war offenkundig ein Fehler, den Ländern allein die Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau zu überlas-

sen, denn unter dem Druck der Schuldenbremse werden finanzschwache Länder kaum in der Lage sein, diese Aufgabe sachgerecht zu erfüllen.

3. Um die klammen Kommunalkassen auch künftig so weit zu „pampern“ wie nur irgend möglich, wird wie bisher auf dem Rücken der Ärmsten der Armen in unserem reichen Lande gespart. Bundesweit werden flächendeckend mithilfe zweifelhafter Schlecht-, äh: Gutachten die Kosten der Unterkunft gekürzt. Die angewandten sogenannten KdU-Richtlinien der deutschen Kommunen, und dies gelte auch für die ihnen vorliegenden (albernen) KdU-Gutachten und deren **Mietkürzungsaufforderungen**, hätten in den allermeisten Fällen keine sogenannte rechtliche Außenwirkung, seien somit nicht anwendbar, und jede(r) vom SGB- II-Bezug Betroffene könne und sollte sich deshalb dagegen wehren, schreibt Regelsatz-Kläger Thomas Kalley.

Wer also zum Beispiel vom Jobcenter eine Mietkürzungsaufforderung bekommen habe, möge als Antwort eine schriftliche Auskunftsanfrage an die Kommune oder das Jobcenter oder ähnliche Einrichtungen richten, auf welchen gesetzlichen Vorgaben die aktuellen KdU-Richtlinien und die sich darauf berufenden Mietkürzungsaufforderungen des Jobcenters detailliert beruhen. Thomas Kalley fordert alle Betroffenen auf, sich zu wehren, damit möglichst viele Verfahren vor Gericht landen, um so auf Änderungen der Hartz-Gesetze zu hoffen und sich nicht still leidend ins eigene Kämmerlein zu verkriechen.

4. Mit der Überschrift und der Einleitung „Aufnahmestopp für Flüchtlinge. ‚Tafel‘-Spenden reichen nicht mehr. Wer nichts hat, kann auch nichts geben: Die ‚**Tafeln**‘ in Niedersachsen und Bremen kämpfen mit der wachsenden Zahl von Asylbewerbern“ prägt sich fast unversehens ein, dass die „Tafeln“ in Bremen und Hannover wegen der vielen Flüchtlinge zu wenig Spenden zu verteilen hätten. Genaue Zahlen konnten die „Tafeln“ nicht nennen. Karl-Heinz Krüger, Vorsitzender des „Landesverbands der Tafeln“, fordert die Politik auf, die rund 100 „Tafeln“ im Landesverband zu unterstützen. Wenn die Spenden nicht mehr ausreichten, müsse der Staat andere Möglichkeiten suchen, die Defizite auszugleichen.

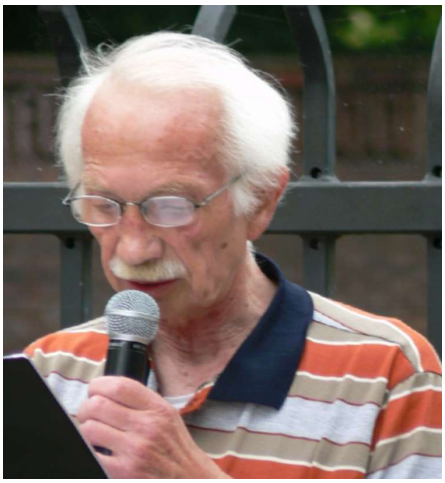
Er betonte, die „Tafeln“ könnten nicht „alles“ tun und vor allem den Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Als ob sich der Staat nicht durch die „Tafeln“ längst aus seiner Verantwortung, nämlich für angemessen hohe Regelsätze zu sorgen, gezogen hätte! Passenderweise existieren keine genauen Zahlen, sodass niemand anhand der Frequentierung der „Tafeln“ die wachsende Zahl der Armen belegen kann. Um Schwierigkeiten wegen des Andrangs an den Ausgabestellen zu vermeiden, beliefert die „Tafel“ in Hannover bereits seit mehr als 15 Jahren Flüchtlingsheime. Die Lage dort sei aber längst nicht so dramatisch wie in Bremen. Dass hier mehr Menschen das Angebot nutzten, sei jedoch nicht den steigenden Flüchtlingszahlen geschuldet.

Nein, natürlich nicht, weil erstens die Flüchtlingszahlen noch keine 15 Jahre steigen, dafür aber Armut und Armutsbedrohung weiter in der Gesellschaft ver-

breitet seien, als die Bundesregierung in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht vermittle. Die „Tafeln“ seien eine „Kompassnadel für gesellschaftliche Entwicklungen“, wo die Not der Menschen sichtbar werde. Nach eigenen Angaben helfen die bundesweit mehr als 900 „Tafeln“ regelmäßig circa 1,5 Millionen Menschen; ein Drittel davon sind Kinder und Jugendliche. Ihr Engagement ist nicht unumstritten. So weisen beispielsweise einige Vertreter von „Caritas“ und der Gewerkschaft Verdi darauf hin, dass die „Tafeln“ dem Staat dabei helfen, sich aus seiner Verantwortung zu ziehen. Das sieht Vera Heidmann, die hier ehrenamtlich arbeitet, ähnlich, aber sie möchte die Leute nicht stehen lassen – weil die Not der Menschen bleibt.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Karstadt-Schließungen: Menschen wie Abfall behandelt



Besagte Kaufhäuser sind in vielen Städten ein fester Bestandteil urbaner Einkaufskultur. Sie sind dort nicht wegzudenken. Doch dies soll sich nun radikal ändern. René Benko, als Karstadt-Eigentümer eine „Heuschrecke“ par excellence, will per Aufsichtsratsbeschluss sechs Filialen zerschlagen. Dafür sollen dort so etwas wie Luxus-Boutiquen für Superreiche entstehen. Der von Benkos Aufsichtsräten eingesetzte Karstadt-Chef Stephan Fanderl soll das Zerstörungswerk durchziehen, obschon die meisten Standorte wirtschaftlich gesund und umsatzstark sind.

Außer Stuttgart sollen die Modeketten „K-Town“ in Köln und Göttingen sowie zwei Schnäppchenmärkte in Paderborn und Frankfurt/Oder „dran glauben“. Besonders Stuttgart ist ein Umsatzrenner. Ausgerechnet dieses bei den Einwohner(inne)n höchst beliebte Haus will Benko als erstes profitträchtig verscherbeln, denn es gehört zu seinem österreichischen Immobilien-Konzern „Signa-Holding“. Was dann an Karstadt-Häuern übrig bleibt, könnte womöglich mit Kaufhof-Filialen verschmolzen und an die Börse gebracht werden.

Über solche Szenarien denkt die Immobilien-Mafia um Benko verschärft nach. 2.000 Angestellte gehen damit einer höchst ungewissen Zukunft entgegen, was wieder einmal zeigt, wie solche Leute denken: Benko und seiner gesamten Führungsriege sind die Angestellten und Kund(inn)en völlig wurscht. Hier geht es nur noch um Profit, Profit und nichts als Profit!

Auf der Strecke bleiben die Beschäftigten. Da die meisten um die 50 Jahre alt sind und kaum anderweitig eine Stelle finden werden, die ihrer Qualifikation entspricht, droht ihnen Existenzverlust und letztlich der ausweglose Albtraum von Hartz IV. Hier ist die Gewerkschaft Verdi gefordert, alle Kräfte zu mobilisieren und alles Menschenmögliche zu tun, damit diese neoliberale Wahnsinnstat verhindert wird!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“)

Indem wir sie rechtswidrig sanktionieren: „So erziehen wir unsere Bürger zur Mitwirkung“ *(„Gegen Hartz“)*

EU-Klimagipfel – nur heiße Luft der Klimaschutzbremser

Auf dem EU-Klimagipfel in der letzten Woche einigten sich die 28 EU-Staaten auf „verbindliche“ Klimaziele bis 2030. Beschlossen wurden eine Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes um 40 Prozent im Vergleich zu 1990, eine Energieeinsparung von 27 Prozent und die Umstellung auf einen Anteil der erneuerbaren Energien von ebenfalls 27 Prozent. Dabei erreichte Polen sogar zusätzliche kostenlose Emissionsrechte, um am Umfang der Kohleverstromung von 90 Prozent der Energieerzeugung festhalten zu können. Großbritannien setzt weiter auf den Ausbau der Atomkraft. Ist das der Beitrag der EU zu einer neuen Vereinbarung, die bei der UN-Klimakonferenz 2015 erreicht werden soll?

Diese Vereinbarung liegt voll auf der Linie „weiter so“: Das bis 2020 beschlossene Ziel von 20 Prozent Reduzierung von Kohlendioxid ist heute schon erreicht, und es bedarf keiner zusätzlichen Anstrengungen in der dringend notwendigen Energiewende. Um die drohende Klimakatastrophe zu vermeiden, müssen die Treibhausgase bis zur Mitte des Jahrhunderts jedoch auf Null heruntergefahren werden. Das ist unter seriösen, fortschrittlichen Wissenschaftlern und Umweltverbänden Konsens!

Das zweite Ziel, bis 2030 den Anteil der erneuerbaren Energien nur auf 27 Prozent zu erhöhen, ist eine Bankrotterklärung im Interesse der Energie- und Autokonzerne. Beim derzeitigen Trend wird es 2020 bereits 25 Prozent erneuerbare Energien geben. Fracking und fossile Verbrennung können munter weitergehen. Offenbar sahen sich die Regierungen aufgrund des wachsenden Umweltbe-

wusstseins gezwungen, überhaupt ein Ergebnis zu präsentieren. Diesen faulen Kompromiss bezeichnen die EU-Imperialisten nun auch noch als „ehrgeizigstes Klimapaket der Welt“.

Das ist nicht nur heiße Luft, sondern Politik für die großen Energiemonopole. Denen gehen selbst diese mageren Ziele noch zu weit. Der Industrie-Dachverband „Business Europe“ will das 40-prozentige Kohlendioxid-Reduktionsziel in der EU davon abhängig machen, dass sich China oder die USA auf dem Weltklimagipfel 2015 auf „Klimafortschritte“ verpflichten. Im Nebensatz gelten demnach alle Beschlüsse unter dem Vorbehalt der Überprüfung nach 2015.

Treffend schätzt Brook Riley von der Umweltschutzorganisation „Friends of the Earth Europe“ die Beschlüsse ein: „Kürzungen von 40 Prozent bei den Emissionen als angemessen oder ambitioniert zu bezeichnen, wie es die EU-Staats- und Regierungschefs tun, ist auf gefährliche Weise unverantwortlich. Diese Vereinbarung tut nichts, um die Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen zu beenden oder unsere Umstellung auf eine saubere Energiezukunft zu beschleunigen. Es ist eine Vereinbarung, die die Interessen der schmutzigen Industrie vor die der Bürger und des Planeten stellt.“

Wir fordern für die Rettung unserer Mutter Erde: Ersetzen fossiler Brennstoffe durch regenerative Energien! Energiegewinnung vor allem aus Sonne, Wind, Wasser und Bioabfällen! Senkung der Treibhausgas-Emissionen um 70 bis 90 Prozent bis zum Jahr 2030 und klarer Kurs auf Absenkung des Kohlendioxidgehalts in der Luft auf 350 ppm! Sofortige, weltweite Stilllegung aller Atomkraftanlagen! Diese Forderungen können nur durch einen aktiven Widerstand international durchgekämpft werden. Eine gute Gelegenheit dafür ist der **Weltklimatag** am **6. Dezember 2014**. Dazu sollte es auch in Bremen eine Aktion zur Rettung der natürlichen Umwelt geben!

Harald Braun

„Das hat nichts mit dem Islam zu tun“: Wenn sich rechte Fremdenfeinde und gewaltbereite Fußballfans verbünden *(„Die Welt“)*

Zuckerbrot und Peitsche: Was unterscheidet den „gemeinnützigen Integrationsbetrieb“ von der „arbeitsmarktfernen Parallelwelt“? *(„Frankfurter Allgemeine“)*

Die nächste **Montagsdemo** beginnt am **3. November 2014** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Am **8. Dezember 2014** findet die **500. Bremer Montagsdemo** statt. Wir wollen das mit euch feiern: Zuerst auf dem **Hanseatenhof**, ab **17:30 Uhr** – und hinterher ab **19 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor** im Geschwornenweg 11. Das ist gleichzeitig unsere diesjährige **Weihnachtsfeier**. Wir würden uns sehr freuen, wenn auch die „alten“ Weggefährten zu

diesem Jubiläum kommen würden – alle, die irgendwann schon mal an der Montagsdemo teilgenommen haben und sich dem Kampf gegen die Hartz-Gesetze und den anderen Themen der Montagsdemo verbunden fühlen. Höchst willkommen sind auch kulturelle Beiträge jeglicher Art, politische und kulinarische Beiträge. Wir freuen uns auf euch!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

495. Bremer Montagsdemo am 03. 11. 2014

Demokratie ist, wenn die Bürger nicht so wählen, wie der Präsident will

1. Trotz der gesenkten Wachstumsprognose der Bundesregierung rechnet der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, auch weiterhin mit einem leichten Rückgang der **Arbeitslosigkeit**. Bei der Bundesagentur behält man die rosarote Brille fest auf der Nase, sieht derzeit keinen Anlass, die Erwartung für 2014 zu korrigieren und spekuliert immer noch auf 46.000 Erwerbslose weniger als im vergangenen Jahr. Wenn Weise erläutert, dass es nicht immer eine direkte Korrelation zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Arbeitslosigkeit gebe, weil die zahlreichen neuen Arbeitsplätze, die in vielen Dienstleistungsbereichen entstanden seien, leider nicht zum Wirtschaftswachstum beitrügen, ja, dann gibt er von hinten durch die Brust ins Auge beinahe unumwunden zu, dass beim deutschen Jobwunder lediglich prekäre Jobs entstehen.

Mit anderen Worten dürfen Dumpinglöhner wie gehabt arm bleiben, weil sie eben nach wie vor von einem über die Grundbedürfnisse hinausgehenden Konsum ausgeschlossen bleiben. Arm trotz Arbeit soll hier als Erfolgsmodell verschaukelt, äh: verkauft werden, weil es ja weniger Arbeitslose gebe. Die Linkspartei warnt indes vor Optimismus, hält dagegen, dass sich an der großen Zahl von Langzeitarbeitslosen nichts verändert habe und die Sockelarbeitslosigkeit gleichbleibend hoch sei. Dazu kämen statistische Tricks, die von der realen Zahl der Arbeitslosen ablenken. Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung blieben weiterhin die Großbaustellen auf dem Arbeitsmarkt, weil die Langzeitarbeitslosigkeit bei über einer Million verharre und über die Hälfte der neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze zudem Teilzeitjobs seien.

Die jubilierende Bundesregierung posaunt freudig aus, dass im September 2014 „nur“ genau 2.732.769 Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sei-

en. Doch wenn wir uns die Zahlen etwas genauer anschauen, bekamen im Oktober dieses Jahres 789.314 Menschen Arbeitslosengeld I, mussten 4.313.844 mit Hartz IV auskommen, womit wir zusammengerechnet bereits bei 5.103.158 Arbeitslosengeld-Beziehern im Oktober 2014 sind. Mit weiteren 1.698.937 Menschen, die Sozialgeld erhielten, kommen wir laut Bundesagentur-Tabelle schon auf 6.802.095 Leistungsbezieher.

Doch auch diese Zahlen reichen immer noch nicht aus, um das wahre Ausmaß der Armut im reichen Deutschland aufzuzeigen, weil Bezieher von Wohngeld, Kinderzuschlag oder Sozialhilfe nach SGB XII in den Berichten praktischerweise gar nicht erst nicht erfasst sind – gar nicht zu reden von den Aufstockern, zu hundert Prozent Sanktionierten, Umschülern, Besuchern von Fortbildungskursen und anderen Fördermaßnahmen, sogenannten Ein-Euro-Jobbern, Kranken, Über-58-Jährigen, gemeldeten Arbeitslosen, die keine Leistung beziehen, oder Alleinerziehenden mit einem Kind unter drei Jahren.

Laut einer Studie des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ „leben“ in Deutschland weitere 3,1 bis 4,9 Millionen Menschen, die *eigentlich* Anspruch auf die Pseudo-Grundsicherung hätten, diese aber *uneigentlich* wegen der unwürdigen Behandlung, der Verfolgungsbetreuung, oder aus Unwissenheit nicht beantragen. Neben solchen – nett ausgedrückt – „Euphemismen“, krasser formuliert: Lügen will offenbar niemand wahrhaben, dass den „ungebildeten“, „alkoholkranken“ Erwerbslosen, die vermeintlich an ihrem Status „selbst schuld“ sind, und einer mindestens ebenso hohen Anzahl von verdeckten Berechtigten gerade einmal mickerige 517.000 offene Arbeitsplätze gegenüberstehen!

2. In der Unionsfraktion werden Stimmen laut, die zwar die **Sanktionen** bei Hartz IV, das heißt Kürzungen der Regelleistungen bei verpassten Terminen, erhalten – und zwar bis zu hundert Prozent, also das Existenzminimum wegen einer Ordnungswidrigkeit antasten bis komplett wegnehmen –, aber zusätzlich auch Prämien und positive Anreize schaffen wollen, wenn sich zum Beispiel ein Jobsuchender besonders um einen Neueinstieg in das Berufsleben bemüht, einen Berufsabschluss erwirbt oder ähnliches.

Wie die Prämien finanziert werden sollen, steht noch außer Frage, doch gilt es genau hinzuschauen, was sich dort „zusammenbraut“: Denkbar ist, dass das „Anreizsystem“ eine versteckte Kürzung darstellt, wenn die „volle“ Transferleistung nur bekommt, wer sich „nachweisbar bemüht“ – was wiederum dehnbar auszulegen ist und wovon auch nur die „Spitze des Eisberges“ vor Gericht ausgetragen würde.

Klar ist lediglich, dass noch so viele Anreize zum Arbeiten ebenso wenig zur wundersamen Vermehrung von Arbeitsplätzen beitragen können wie ein vermehrtes Coachen mit immer mehr Mitarbeitern und entsprechend sinnlosen Terminen. Die Union schmiert scheinbar Zuckerbrote für Erwerbslose, während aus dem Hintergrund schon das Surren der Peitsche zu vernehmen ist, die schwingen und klatschen soll. Unterstellt wird auch hier wieder, dass sich Erwerbslose nur nicht

genügend um Arbeitsplätze bemühten. Außerdem soll offenbar zwischen „guten“ und „bösen“ Erwerbslosen unterschieden werden.

3. Als ich Ende letzter Woche die von Bundespräsident Joachim Gauck geäußerten Bedenken gegenüber dem thüringischem Landeschef der Linkspartei, Bodo Ramelow, als potentiellem Ministerpräsidenten einer rot-rot-grünen Koalition hörte, glaubte ich mich im ersten Moment verhört zu haben. Er fragte doch allen Ernstes, ob die Partei, die da den Ministerpräsidenten stellen wird, tatsächlich schon so weit weg sei von den Vorstellungen, die die SED hier einst bei der Unterdrückung der Menschen hatte, dass wir ihr voll vertrauen könnten!

Worauf sich das Urteil des Bundespräsidenten gründet, die Linkspartei in Thüringen für nicht vertrauenswürdig und der SED verhaftet zu halten, erfahren wir nicht. Bei aller Meinungsfreiheit kam diese schwere Kritik eben nicht aus dem Munde eines Privatmannes, sondern aus dem unseres Bundespräsidenten. Darf sich ein Staatsoberhaupt auf diese Weise de facto für eine Verlängerung der CDU-Regentschaft in Thüringen einsetzen? Weil Gauck eben auch als ostdeutscher Bürgerrechtler spricht, wird seine Warnung schwer in der Waagschale liegen und eine Rot-Rot-Grün-Regierung nun vielleicht gar nicht mehr zustande kommen, weil diese an der äußerst dünnen Mehrheit von einer Stimme hängt.

Überschreitet Gauck nicht die Grenzen seines Amtes und greift sogar indirekt in den Prozess der Regierungsbildung in Thüringen ein, wenn er der CDU dabei hilft, Einfluss auf die SPD-Basis zu nehmen, indem sie den möglichen Ministerpräsidenten Ramelow und seine Partei verteufelt? Joachim Gauck tut der **Demokratie**, an die er doch appelliert, keinen Gefallen. Wes Geistes Kind er selber ist, offenbarte Gauck uns ja 2010 bei seiner Verteidigung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan oder des Sozialabbaus und als er die Gegner von Hartz IV kritisierte. Gauck gilt als Unterstützer der Agenda 2010 Gerhard Schröders und nannte den Begriff Montagsdemonstration im Zeichen der Sozialproteste gegen Hartz IV „töricht und geschichtsvergessen“.

Die Linkspartei-Vorsitzende Katja Kipping griff Gauck scharf an, weil er „effektiv in einer parteipolitischen Auseinandersetzung Partei ergriffen“ habe. Gauck habe „polarisiert, wo von einem Präsidenten Signale der Versöhnung nötig wären“. Kipping warf ihm vor, sich in einer Weise geäußert zu haben, „die unsere vier Millionen Wähler direkt beleidigt und indirekt an der demokratischen Gesinnung der Hälfte der Bürger im Osten zweifelt. Das muss er richtigstellen. So gehen Demokraten nicht miteinander um.“

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

No, we can’t: Piesepampel hat alle enttäuscht *(„Spiegel-Online“)*

„Fast“ absurd: Geringverdiener muss 63 Jahre
für Hartz-IV-Rente arbeiten *(„Die Welt“)*

100 Prozent Lohnsubvention: Die alten Römer mussten ihre Sklaven noch selbst bezahlen *(„Tagesschau“)*

Die Stromkonzerne haben die Politik tanzen lassen

1. Bremens Versorger SWB hat eingeladen. Der Runde Tisch hat getagt. Er soll dazu beitragen, Lösungen zur Vermeidung von **Energieunterbrechungen** zu finden, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Der „Weser-Kurier“ hat mit der Überschrift „Debatte auch über Härtefonds“ berichtet. Der Runde Tisch hat sich vertagt und aufgespaltet in Arbeitskreise. Die SWB sucht den Kontakt zu ihren säumigen Kunden. Helfen sollen alle, Bürgerhäuser, Quartiersmanager et cetera. Aber wie sollen die wissen, wer bei der SWB ein säumiger Kunde ist?

Die Presseerklärung der SWB sieht ab 2015 Lösungen zur Vermeidung von Energiesperren. Die größte Energieeinsparung wäre wohl die Anschaffung von sparsamen Elektrogeräten. Das ist Menschen mit geringem Einkommen nicht möglich. Selbst bei der Erstausstattung einer Wohnung werden Leistungsberechtigte auf gebrauchte Elektrogeräte verwiesen, ohne Rücksicht auf den Energieverbrauch.

Ob die Erfahrungen von Herrn Köhne in die Beratungen des Runden Tisches eingeflossen sind, steht dort ebenfalls nicht. Im „Weser-Kurier“ vom 9. Oktober 2014 war zu lesen: „Laut Torsten Köhne arbeitet die SWB jedoch daran, die Zahl der Sperren zu reduzieren“. Davor steht in dem Artikel: „Sind zehn Tage ohne Geldeingang verstrichen oder ist ein Betrag von über 100 Euro offen, verschärfe man den Ton und drohe mit einer Sperre. Im schlimmsten Fall müssen säumige SWB-Stromkunden damit rechnen, dass ihnen das Wasser abgestellt wird – auch wenn sie die Abschläge dafür regelmäßig überwiesen haben.“

Dieses Vorgehen wurde von der SWB bisher bestritten. Ob dies mit der Sonderstellung als Monopolist für die Wasserversorgung vereinbar ist? In der Antwort des Senats auf die Anfrage der Fraktion „Die Linke“ steht das so nicht: „Antwort zu Frage 2: Nach Auskunft der SWB Vertrieb GmbH wurde in keinem Fall von einer Sperre der Wasserzufuhr abgesehen. Die SWB Vertrieb GmbH begründet dies wie folgt: Zum einen liegen keine Einreden dieser Art vor, zum anderen ist für einen Kunden die Darlegung äußerst schwierig. Denn im Regelfall werden, wenn die Kosten für Wasser nicht beglichen werden, auch die Kosten für Strom, Gas

oder Fernwärme nicht gezahlt. Hierbei hat SWB prozessual – und zugunsten des Kunden –festgelegt, dass zuerst alle anderen Sparten und erst zuletzt Wasser gesperrt wird. Das hat zur Folge, dass eine Sperrung des Wassers dann immer verhältnismäßig ist. Die SWB Vertrieb GmbH sieht sich durch diverse Bremer Gerichtsurteile in dieser Ansicht bestätigt."

Weiter: „Antwort zu Frage 7: Der Senat unterstützt die dargestellten Bemühungen der beteiligten Stellen und verfolgt weiterhin das Ziel, Einstellungen der Wasserlieferung zu vermeiden." Und was wurde bisher vom Senat unternommen? Die SWB macht vielerlei Geschäfte mit der Freien Hansestadt Bremen. Die Antwort des Senats datiert vom 20. Juni 2013!

Im aktuellen „Weser-Report" hat ein Mitarbeiter eines Energielieferanten Hinweise zur Energieeinsparung gegeben. Einen Artikel weiter stehen aus dieser Feder Möglichkeiten zum Geldsparen. Allerdings wird mensch die SWB durch einen Anbieterwechsel nicht vollständig los. Die SWB hat in Bremen die meisten Kunden und ist daher Grundversorger. Dieser ist zuständig für die Zählerstände und auf Antrag des aktuellen Lieferanten auch für Energieunterbrechungen.

Die SWB ist ein leistungsfähiger Energieversorger! Wieso tanzt sie so um den „heißen Brei" herum? Die SWB hat am Runden Tisch bedauert, dass sie keinen Kundenkontakt hat. In der Senatsantwort zu Frage 6 steht es anders: „ Die SWB Vertrieb GmbH lässt ein hohes Maß an Fürsorge walten, bevor die Versorgung unterbrochen wird und teilt dazu Folgendes mit: Kommt ein Kunde, aus welchen persönlichen Gründen auch immer, in Zahlungsverzug, bemüht sich die SWB Vertrieb GmbH , mit ihm eine Zahlungsvereinbarung zu treffen." Die Wirklichkeit sieht anders aus: Teilzahlungen werden nur ab 50 Euro monatlich akzeptiert. Warum nur? Weil die SWB es so will!

Wer von der SWB eine Mahnung erhält oder absehen kann, dass er mit der Zahlung in Verzug gerät, sollte handeln. Die Handlungsschritte sind nachzulesen unter vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen. Sie stehen auch in dem vor den Jobcentern verteilten Flyer gegen die Wassersperren.

Diesen Montag war im „Weser-Kurier" zu lesen, dass die SWB eine Wasserrechnung mit dem sechsfachen Verbrauch der Vorjahre aufrecht hält. Zum Glück hat eine Kostenübernahme des Jobcenters die Versorgungsunterbrechung verhindert. Für die Kundin ist es eine unerklärliche Rechnung: 1.200 Euro Nachzahlung für Wasser, einfach so, ohne Verbrauchsänderung und ohne Wasserrohrbruch. Die Wasseruhr wurde von der SWB geprüft und für gut befunden. Ratschläge dazu sind im „Wasser"-Forum nachzulesen. Am einfachsten sind die Zwischenablesung sowie das Beobachten des Verhaltens der Uhr, wenn kein Wasser entnommen wird. Ansonsten stehen in dem Forum auch Berichte über Uhren, die trotz Eichung falsch anzeigen.

Die SWB bekommt weitere Zusatzarbeit: Ihre Kunden können wahrscheinlich die Preiserhöhungen rückwirkend anfechten und die Mehrkosten zurückholen. Dies betrifft Kunden in der Grundversorgung für Strom und Gas. Es wurde „zu wenig über Preisanpassungen informiert", wie der „Weser-Kurier" berichtet. Die

„Verbraucherzentrale Bremen“ rät den Kunden, sie „sollten die SWB schon jetzt vorsorglich schriftlich auffordern, auf die Einrede der Verjährung bezüglich der Rückzahlung bereits gezahlter Preiserhöhungen zu verzichten. Dies sollte man sich schwarz auf weiß bestätigen lassen. Es reiche nicht, wenn die SWB das öffentlich erklärt.“

2. Wie die **Stromkonzerne** sich entwickelt haben, geht aus einem Beitrag der ARD hervor. Beschrieben wird der Werdegang der RWE. Sie hat sehr früh ihre Gemeinden auch als Aktionäre gewonnen. Die RWE hat einen Beirat gebildet und in diesen alle Bürgermeister ihrer Gemeinden berufen. Jedem Beiratsmitglied wurde ein Automobil zur Verfügung gestellt – damals, vor dem ersten Weltkrieg. Die Stromkonzerne haben die Politik tanzen lassen!

Im Dritten Reich wurden die Konzerne verpflichtet, dem Volk günstigen Strom zu liefern. Dafür wurden die Konzerne vor schädlichem Wettbewerb geschützt. Dieses Gesetz hat die Zeit überdauert und wurde erst 1998 aufgehoben. Die Stromkonzerne hatten somit immer „ihre“ Liefergebiete: Es gab keinen Wettbewerb. Die Konzerne verdienten klotzig und festigten ihre Macht. Zur Atomkraft mussten die Politiker die Stromkonzerne „tragen“. Franz Josef Strauß hatte stolze Pläne mit der Atomnutzung. Von Gefahr und Entsorgung sowie allen Nebenkosten der Atomkraft wurden die Konzerne freigestellt!

Die EU wollte diese Monopolstellungen knacken. Gerhard Schröder hat mit den Änderungen in Deutschland jedoch die Monopolstellungen der Konzerne gestärkt. Nur mit der freien Wahl des Energielieferanten für Gas und Strom kommt langsam, sehr langsam der Wettbewerb. Die Stromkonzerne haben aktuell die Nutzung der erneuerbaren Energien verlangsamt und die Braunkohle wieder „angefahren“. Die geänderten Rahmenbedingungen für die Energiewende werden scheinbar mit allen Mitteln hintertrieben – von der Politik oder den Konzernen?

Die Fortsetzung der Konzerngeschichte läuft in der „Tagesschau“: „Russland annektiert die Krim, der Westen bereitet Sanktionen vor – doch die Wirtschaft macht weiter, als wäre nichts geschehen: Noch am Abend des Krim-Referendums verkündete der Essener Energiekonzern RWE, die Tochter RWE Dea für 5,1 Milliarden Euro an einen Investor namens ‚Letter One‘ zu verkaufen. Hinter dem steht der Oligarch Michal Fridman, einer der reichsten Russen überhaupt.“

3. Das **Freihandelsabkommen** mit Kanada darf nicht unterschrieben werden! Vorher sind die Vereinbarungen zu veröffentlichen. Auch das Freihandelsabkommen mit den USA muss überdacht und öffentlich werden. Beispiel Vattenfall: Der schwedische Konzern verklagt Deutschland, weil er durch den Atomausstieg seinen Gewinn geschmälert sieht. Die Klage wurde 2012 eingereicht. 4,7 Milliarden Euro will Vattenfall haben. Die Klage wurde nicht vor einem ordentlichen Gericht in Deutschland eingereicht, sondern ist vor einem US-Schiedsgericht anhängig, weil Vattenfall eine Investorenschutzklausel nutzt. Solche Klauseln sind auch im Freihandelsabkommen mit Kanada enthalten.

Diese Schiedsgerichte bestehen aus Rechtsanwälten. Die Klagen und die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Auch die Ermittlung des entgangenen Gewinns ist nicht öffentlich. Das Urteil, Pardon: die Entscheidung dieser Anwälte ist bindend. Ein Rechtsmittel gegen diese Entscheidung ist nicht möglich. Die Bundesregierung wendet bereits Millionenbeträge für die Abwehr der Klage auf. Die Mitbewerber von Vattenfall wollen ebenfalls die Bundesregierung wegen des Atomausstiegs verklagen. Die Mitbewerber können dies tun, aber vor den ordentlichen deutschen Gerichten, wie es sich gehört!

Wenn Vattenfall gewinnt und die anderen Konzerne vor den ordentlichen Gerichten in Deutschland verlieren, wird jeder Konzern Investitionen in Deutschland auf eine ausländische Gesellschaft verlagern. Dann können diese Konzerne über das Schiedsgerichtsverfahren für *jede* Ertragsverschlechterung eine Entschädigung vor den Schiedsgerichten einklagen – ein Bombengeschäft für die Rechtsanwälte!

Der Bundeswirtschaftsminister brauchte Argumente für die Freihandelsabkommen und die darin enthaltenen Bedingungen zum Investorenschutz. Es wurde ein entsprechender Gutachter gefunden: ein Anwalt aus der Welt der internationalen Schiedsgerichte soll es sein. Das Gutachten unterstützt den Minister voll und ganz! Anscheinend ist insgesamt die Gutachteritis ausgebrochen. Im Netz stehen viele Überschriften zu den Gutachten, aber wenig Inhalt. Die bestehenden Freihandelsabkommen der USA mit Kanada und Mexiko haben keine Arbeitsplätze oder irgendwelche Vorteile für die Arbeitnehmer geschaffen, aber die Anzahl der Klagen vor den Schiedsgerichten ist sprunghaft gestiegen. So werden die demokratischen Rahmenbedingungen ausgehöhlt! Alles andere war heiße Luft, aber die Umsatzverlagerung auf die Großkonzerne hat zugenommen.

4. „Attac“ ist zu politisch. Der Organisation wurde vom zuständigen Finanzamt in Frankfurt die Gemeinnützigkeit aberkannt: „‚Attac‘ verfolge allgemeinpolitische Ziele, zum Beispiel die Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder einer Vermögensabgabe, und sei deshalb nicht förderungswürdig, so das Finanzamt. ‚Attac‘ hatte die Förderung von Bildung und des demokratischen Staatswesens als Hauptzwecke des Vereins angegeben.“

Dass **Steuergerechtigkeit** Voraussetzung für den Bestand der Demokratie ist, ist wohl unstrittig. Dass Einkommensentwicklung und Vermögenskonzentration außer Kontrolle geraten sind, ist ebenfalls unstrittig. Die Börsen jagen Milliarden um die Erde, auch für minimale Gewinnmargen. Die Vermögensabgabe würde die Reichen nicht arm, aber die Schüler schlau machen. Die Finanztransaktionssteuer würde den wahnsinnigen Finanzzirkus etwas entschleunigen.

Bereits vor Jahren haben führende Mitarbeiter der Finanzämter darauf hingewiesen, dass die Durchsetzung der Steuergerechtigkeit eine Voraussetzung für die Bewahrung der Demokratie ist. Genau dies ist heute ein einziger Scherbenhaufen. Die Erfüllung dieser Forderungen von „Attac“ ist somit überfällig. Mehr dazu auf der nächsten Bremer Montagsdemonstration. Ich bin solidarisch mit „At-

tac“! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Kreuziget ihn“: Lokführer-Gewerkschaftschef Weselsky lässt fast fünf Tage streiken *(„Spiegel-Online“)*

„Hier stehe ich“: Martin Luther taugt doch zum Vorbild *(„Focus“)*

Beamtete Lokführer hätten nicht streiken dürfen: Aber die Bahn musste ja unbedingt ein staatlicher Privatbetrieb werden *(„Spiegel-Online“)*

„Wer kann Weselsky noch stoppen“: Um das Streikrecht einzuschränken, greifen Wutjournalisten zum verkappten Mordaufruf *(„Neues Deutschland“)*

Jetzt ist ein Entgegenkommen der Bahn fällig: Nach zwei Siegen vor Gericht beendet die GDL ihren Ausstand vorzeitig *(„Spiegel-Online“)*

Geistig ausgeblutet: Wolf Bierbauch hält sich für einen Drachentöter *(„Spiegel-Online“)*

Polystyrol ist das neue Asbest: Mit Steuermilliarden brachte die Wärmedämm-Lobby Millionen Menschen in die Gefahr des Feuertodes *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

496. Bremer Montagsdemo am 10. 11. 2014

Atomkonzerne wollen weitere Milliarden erpressen

Die vier großen Energiekonzerne haben gegen die Bundesregierung wegen des Atomausstiegs bisher insgesamt 19 Klagen vor deutschen und internationalen Gerichten eingereicht. Ihre Klagen richten sich gegen die vorzeitige Abschaltung von Atomkraftwerken, gegen die Brennelementesteuer und das Endlagersuchgesetz. Damit wollen sie von uns als Steuerzahler einen sogenannten Schadenersatz in Höhe von 5,5 Milliarden Euro erpressen. Allein die Klage von Vattenfall in den USA hat einen Streitwert von 4,7 Milliarden. Der schwedische Staatskonzern will damit für die Abschaltung seiner Atommeiler in Brunsbüttel und Krümmel nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima entschädigt werden.

Alle diese Konzerne haben in den letzten 50 Jahren unvorstellbare Superprofite eingestrichen und staatliche Subventionen in Höhe von 204 Milliarden Euro einkassiert – und jetzt sollen weitere Milliarden erpresst werden! Diese Konzerne sind einfach skrupellos in ihrer Profitgier. Sie bedrohen die ganze Menschheit mit einer nicht beherrschbaren Technik. Sie lehnen die Verantwortung für den atomaren Abfall ab, der noch Millionen Jahre strahlen wird. Jetzt sollen wir wieder einmal für diesen *Scheiß* bezahlen. Nicht mit uns! Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit auf Kosten der Betreiber! Höchste Sicherheitsstandards bei Lagerstätten des Atommülls! Vollständiges Ersetzen von Atomkraft und fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien!

Einen wichtigen Erfolg haben Fracking-Gegner in den USA erkämpft. In Denton im US-Bundesstaat Texas haben sich die Bewohner in einem Volksentscheid mit 59 Prozent für ein Fracking-Verbot ausgesprochen. Denton ist der erste Ort im Öl-Staat Texas, der Fracking verbietet. Im Bereich der Stadt Denton mit 110.000 Einwohnern gibt es 272 Fracking-Anlagen, die zum 2. Dezember 2014 abgeschaltet werden müssen. Die Ölkonzerne wollen den Volksentscheid anfechten. In den USA haben sich bereits 150 Städte und Countys für ein Fracking-Verbot ausgesprochen.

Auch wir in Bremen haben am weltweiten Anti-Fracking-Tag unseren Protest auf die Straße getragen. Die „Bremer Initiative für den Aufbau einer **Umweltgewerkschaft**“ will diese ersten erfolgreichen Schritte im Kampf gegen **Fracking** gemeinsam auswerten und den weiteren Widerstand beraten. Wir laden alle, die die Erde vor dem Kollaps retten wollen, zum nächsten **Treffen** ein am kommenden **Samstag**, dem **15. November 2014**, um **14 Uhr** bei „**Greenpeace**“ in der Neustadt, Pappelstraße 35.

Harald Braun

Die SWB verliert durch jede nicht erfolgte Versorgungsunterbrechung

1. Auf der vorherigen Bremer Montagsdemonstration habe ich über den Runden Tisch der SWB zur Abwendung von **Energieunterbrechungen** berichtet. Die SWB tut sich schwer. Warum? Es geht nicht um den Verzicht auf Forderungen. Die SWB soll ihre Rechnungen bezahlt bekommen, nur soll der Kunde dafür mehr Zeit erhalten. Welche Auswirkung hat dies auf die Ergebnisstruktur der SWB? Falls die SWB eine Versorgungsunterbrechung durchführt, berechnet sie folgende Kosten, siehe Senatsantwort zu Frage 4:

Erste, zweite und dritte Mahnung: je 4,50 Euro, Wegekosten für die Sperrung der Versorgung und ebenso für deren Wiederherstellung: je 85,76 Euro, Gesamterlös der SWB für die Versorgungsunterbrechung: mindestens 180,52 Euro. Wenn statt der dritten Mahnung die Sperrankündigung per Boten kommt, werden circa 35 Euro berechnet. Diese Kosten der Sperrankündigung wurden erfragt, aber vom Senat nicht genannt. Wenn vergeblich versucht wird, die Versorgung zu unterbrechen, werden jeweils circa 35 Euro berechnet. Auch dies steht nicht in der Senatsantwort.

Außerdem ist die Zählertafel durch einen Fachbetrieb zu überprüfen und zu testieren, wenn zwischen der Unterbrechung und der Wiederanstellung eine gewisse Zeit vergangen ist. Die Kosten sind vom Kunden zu bezahlen. Die SWB macht erst einen Termin für die Wiederanstellung, wenn das Testat vorliegt. Kosten: circa 300 Euro. Diese Forderung der SWB wurde für die Wiederanstellung von Strom erhoben. Nun steht es jedem frei, den Gesamterlös je Versorgungsunterbrechung mit der Anzahl der Versorgungsunterbrechungen zu multiplizieren. Der Personalaufwand ist gering, siehe 482. Bremer Montagsdemonstration.

Wasser wird ab einem Rückstand von 100 Euro abgestellt. Die SWB begründet dies wie folgt (Antwort zu Frage 1): „Die Durchführung von Wassersperren wird durch die SWB Vertrieb GmbH mit wirtschaftlichen Zwängen und einer entsprechenden Vertragslage begründet.“ Wirtschaftliche Zwänge? Entsprechende Vertragslage? Die SWB kann nicht durch 100 Euro Außenstand unter wirtschaftlichen Zwängen leiden! Die SWB ist bei Wasser Monopolunternehmen. Sie kann durch ihre Lieferbedingungen bereits ab 100 Euro Rückstand das Wasser abstellen. Sie macht dies eigenverantwortlich, nicht unter Zwang!

Bei Strom oder Gas ist denkbar, dass der Verbraucher bei einem anderen Versorgungsunternehmen seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen ist und dieser Versorger nunmehr die SWB mit der Versorgungsunterbrechung beauftragt. Nur dann besteht hierzu ein Zwang, wobei wohl auch der andere Versorger nichts gegen eine vernünftige Lösung ohne Energieunterbrechung hat. Fazit: Der SWB entgeht durch jede nicht erfolgte Versorgungsunterbrechung viel Geld!

Die SWB hat die Buchhaltung ausgelagert und Personal abgebaut. Durch die Verweigerung von Ratenzahlungen unter 50 Euro und die strikte Versorgungsunterbrechung wird Verwaltungspersonal gespart. Die Kunden der SWB müssen es ausbaden! Aber Wechseln ist möglich, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen, insbesondere 440., 477. sowie 482. Erneut stellt sich die Frage: Warum hat der Senat diese Antworten der SWB akzeptiert?

2. Auf „3Sat“ habe ich „Die Anstalt“ gesehen. Die Themen wurden sehr gut verabreicht. Einfach mal reinsehen! Es geht um **Steuervermeidung**, vom Märchen Freihandelsabkommen, um Rekordsteuereinnahmen Jahr für Jahr, die Ausgrenzung von „Attac“, den BND-Sprung, etwas Erdkunde und anderes. Alles gut verständlich und einfach überzeugend!

Journalisten haben aufgedeckt, wie Steuern durch politische Unterstützung vermieden werden. Unfassbar! Aus der „Süddeutschen Zeitung“: „Auf ‚Mr. Rulings‘ Schreibtisch landeten die Fälle der großen multinationalen Firmen, die geheime Abmachungen mit Luxemburg erbaten – sogenannte tax rulings, daher der Spitzname. Mit diesen individuellen ‚rulings‘ genehmigte Luxemburg den globalen Konzernen zum Teil absurde Steuervermeidungskonstruktionen mit Steuersätzen von bisweilen weniger als einem Prozent.

Die Berater von PwC stellten Marius Kohl im Namen ihrer Kunden – darunter Konzernen wie Ikea, Pepsi, Eon oder Deutsche Bank – die Pläne der Firmen vor, in der Hoffnung, auf offene Ohren zu stoßen. Kaum einer wurde enttäuscht, nach spätestens ein bis zwei persönlichen Treffen wurde ein schriftlicher Antrag eingereicht, den Marius Kohl oft noch am selben Tag positiv beschied. Es mögen Tausende Anträge gewesen sein, die Marius Kohl in den 22 Jahren seiner Amtszeit bearbeitet hat, und an manchen Tagen genehmigte Kohl die Anträge fast seriell, bis zu 54 an einem Tag.

Der Steuerschaden, den allein diese , rulings‘ in den europäischen Nachbarstaaten angerichtet haben, ist gigantisch. Das durch die Dokumente der

Luxemburg-Leaks erstmals zu besichtigende Ausmaß der Kooperation – oder soll man sagen: Kumpanei? – zwischen den Luxemburger Behörden, verkörpert durch Marius Kohl, und den globalen Großkonzernen ist erstaunlich. Die Enthüllung der geheimen Steuerdeals kommt vor allem für einen Mann zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Jean-Claude Juncker."

Auch Amazon ist Nutznießer. Amazon hat eine einprozentige Steuerlast, wird aber nicht müde zu betonen: „Wir machen Verlust!" Ja, aber wohl nur nach Luxemburger Recht. Die Steuervermeidung bedroht die Demokratie! Die Politik muss handeln! Die Verbraucher können diese Konzerne meiden!

3. In Bremen sind die vom Jobcenter verhängten **Sanktionen** um über 20 Prozent gestiegen. Dies ist wohl für den Leiter des Jobcenters völlig überraschend passiert: Noch im Sommer hat er eine Steigerung von höchstens drei Prozent gesehen. Die „Joboffensive" wirkt, siehe 478. Bremer Montagsdemonstration! Wer eine Sanktion erlitten hat, kann sich wehren, mithilfe des Gerichts bereits *vor* der Kürzung, aber auch noch, wenn die Widerspruchsfrist vorbei ist. Wie dies alles geht? Das ist nachzulesen auf den vorherigen Seiten der Bremer Montagsdemonstration – oder einfach vorbeikommen zur Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Die alten Römer mussten ihre Sklaven noch selbst bezahlen

Nun kamen unerfreuliche Details aus dem Konzept von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles auf den Tisch, für das sie insgesamt 150 Millionen Euro jährlich hinblättern will. Natürlich muss ihr Vorhaben noch mit einer ordentlichen Prise verunglimpfender Demütigung in der Arbeitsbeschaffungssoße gewürzt werden, weil „diese Menschen" – Erwerbslose – „lernen sollen, durch eine Arbeit wieder eine Struktur in ihren Alltag zu bekommen". Das „Erwerbslosenforum Deutschland" hält Andrea Nahles' Programm zur Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit eher für einen schlechten Scherz.

Forumssprecher Martin Behrsing kommentiert, dass mit den Mitteln des „Europäischen Sozialfonds" und dem Programm zur „sozialen Teilhabe" gerade mal 43.000 Betroffene erreicht werden und sich somit die Situation von weit über einer

Millionen Langzeiterwerbslosen keineswegs verbessert. Er bezeichnet die angekündigten Lohnsubventionen, die bis zu 100 Prozent betragen können, als völlig unakzeptabel. Nicht nur ihm ist klar, welche Absahner da bereits wieder in den Startlöchern stehen, sich die Hände reiben und sich ihre Gewinne subventionieren lassen, ohne dass dadurch etwa nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen würden. Da werden Unternehmerträume wahr, wenn sie keinerlei Lohnkosten mehr zu tragen haben, weil alles aus Steuergeldern finanziert wird, und sie als Sahnehäubchen ihre Gewinne selbstverständlich genüsslich einstreichen dürfen!

Anstelle von Lohnsubventionen bräuchten wir hingegen unbedingt einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, in dem Menschen tariflich und existenzsichernd entlohnt werden. Ich denke auch, dass viele Menschen eher die Möglichkeit hätten, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, wenn sie von den Jobcentern endlich qualifizierte Weiterbildungen erhalten würden und nicht nur so einen *Stuss* wie das zigste Bewerbungstraining oder eine Weiterbildung, die zwar mit ihrem Beruf nicht das Mindeste zu tun hat, sie aber aus der Arbeitslosenstatistik katapultiert.

Ich persönlich kenne diverse Erwerbslose in den Fünfzigern, deren Weiterbildungswünsche systematisch behindert und blockiert wurden, die aber ihrem Sachbearbeiter regelmäßig sinnlose Bewerbungen vorlegen müssen, weil sie sonst sanktioniert werden. Leider ist es auch üblich, dass Erwerbslosen ihre Bildungsschlüsse nach einiger Zeit aberkannt und sie dann als bildungsferne Ausbildungslose abgewertet werden, die einfach so in nicht existenzsichernde Dumpinglohnjobs gesteckt werden können. Es wird Zeit, dass endlich der Druck auf Erwerbslose abgebaut wird, jeden Job zu jeder Bedingung und Entlohnung annehmen zu müssen, und Vermittlungen mit dem gleichzeitigen Drohinstrument von Sanktionen in prekäre Jobs ein Tabu werden!

Natürlich hat jede(r) eine Chance verdient, aber welche(r) „normale“ Arbeitnehmer(in) wäre bereit, für einen skandalösen Dumpinglohn auch nur einen Finger krumm zu machen? Mit welchem Recht wird dies gerade von Erwerbslosen verlangt? Mit ihren „zusätzlichen“ Arbeitsmaßnahmen, für die sie bis zum 18. Monat bis zu 75 Prozent des Lohns zahlen will, beabsichtigt die Arbeitsministerin natürlich nie, niemals, nimmer nicht, „arbeitsmarktferne Parallelwelten“ zu schaffen, die „weit davon entfernt“ seien, „eine realistische Chance auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu entwickeln“. Statt bis 2019 etwa 33.000 Menschen mit einem „Coach“ an der Seite zu „fördern“, sollte Frau Nahles lieber sinnbildlich allen Erwerbslosen ein gemütliches Sofa finanzieren, weil das ALG II alles andere als bedarfsdeckend ist und nun mal nicht für alle ein Arbeitsplatz vorhanden ist, solange die Arbeitszeit nicht gerecht für alle aufgeteilt wird.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Verabscheuungswürdig“: Tränen über DDR-Mauertote vergießen, Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen abschießen *(„Spiegel-Online“)*

497. Bremer Montagsdemo am 17. 11. 2014

Werden jetzt alle Gesetze extra für Hartz-IV-Bezieher umgeschrieben?

In sogenannten Hartz-IV-Prozessen wird häufig um Vermögensfragen und die Einkommenssituation von Leistungsbeziehern gestritten. Um die Sachlage zu klären, befragen die Sozialgerichte immer wieder auch Verwandte dazu. Nun entschied das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, dass Verwandte bei Vermögensfragen in Hartz IV-Prozessen nicht die Aussage verweigern dürfen. Eigentlich räumt die Prozessordnung Verwandten zwar ein Zeugnisverweigerungsrecht vor Gericht ein, doch das Gericht stellte jetzt klar, dass dies uneigentlich offenbar nicht für Hartz-IV-Verfahren gelten dürfen soll. (Aktenzeichen: L19 AS 1880/14 B und L19 AS 1906/14 B). Bei Zuwiderhandlungen, sprich: Wenn Verwandte die Aussage dennoch verweigern, droht ihnen ein Ordnungsgeld.

Im verhandelten Fall verweigerte das Jobcenter einem Erwerbslosen Hartz-IV-Leistungen, weil dieser mit Mutter und Stiefvater in einer Wohnung lebte und angeblich mit ihnen eine Bedarfsgemeinschaft bilde. Der Erwerbslose sah nicht ein, dass er vom Geld seines Stiefvaters leben sollte, und versuchte, sich seine Transferleistung gerichtlich einzuklagen. Als Mutter und Stiefvater sich dann auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht beriefen und keine Aussagen zur Vermögenssituation machen wollten, wurde dies vom Sozialgericht als rechtswidriges Verwalten bewertet und vom Landessozialgericht als nächsthöherer Instanz bestätigt, dass nämlich Verwandte die Aussage bei Vermögensfragen in Hartz IV-Prozessen nicht verweigern dürften. Die Beschlüsse sind rechtskräftig.

Sowohl für den deutschen Zivilprozess wird in § 383 der Zivilprozessordnung als auch für den deutschen Strafprozess in § 52 der Strafprozessordnung geregelt: „Der Zweck des Zeugnisverweigerungsrechts ist der Schutz des Zeugen vor Konfliktlagen, die sich aus Loyalität zu sich selbst oder einem Dritten gegenüber und der Pflicht zur wahrheitsgemäßen Aussage ergeben würde, wenn der Zeuge zur Aussage gezwungen wäre. Zu solchen Konfliktlagen gehört insbesondere die

Situation, dass der Zeuge sich selbst oder ihm nahestehende Dritte belastet und so eventuell der Gefahr einer (schwereren) Strafverfolgung aussetzt.“

Werden demnächst alle Gesetze extra für Hartz-IV-Bezieher umgeschrieben? Braucht das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz per se nicht auf Hartz-IV-Bezieher angewandt zu werden? In Artikel 12 des Grundgesetzes steht ja auch, dass alle Deutschen das Recht haben, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen, oder dass niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden kann, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht, und dass Zwangsarbeit nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig ist.

Darf dann der Sachbearbeiter eines Jobcenters einen Arbeitslosen unter existenzgefährdenden Sanktionsdrohungen dazu zwingen, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben, in der er den Arbeitslosen beispielsweise zu Bürgerarbeit oder einen Ein-Euro-Job verpflichtet? Darf ein Existenzminimum überhaupt angetastet werden, gar nur wegen einer popeligen Ordnungswidrigkeit? Der Artikel 11 des Grundgesetzes garantiert auch das Recht, seinen Wohn- und Aufenthaltsort frei zu bestimmen. Wie ist das mit der Residenzpflicht für Erwerbslose zu vereinbaren? Der ohnehin viel zu geringe Mindestlohn, der in den ersten sechs Monaten nicht für Langzeiterwerbslose gilt, hat natürlich einen Drehtüreffekt zur Folge, sodass logischerweise nach sechs Monaten wieder eine neue „Ladung“ Langzeiterwerbsloser für ein halbes Jahr eingestellt wird.

Darf eine Grundsicherung so niedrig sein, dass sie eben *kein* menschenwürdiges Existenzminimum gewährleistet, weil für die „Berechnung“ 20 Prozent der ärmsten Single-Haushalte zum Vergleich genommen werden, die nicht Hartz IV beziehen? Sind Kinder bloß „kürzere und leichtere Erwachsene“, kommen sie deswegen mit 60 bis 70 Prozent der Hartz-IV-Leistung für einen Erwachsenen aus? Wo hat Frau von der Leyen bloß die Sportvereine, Musikschulen und Nachhilfekurse versteckt, die es für ein zehn Euro teures Bildungspaket gibt?

Wenn ich als juristische Laiin alle Naivität zusammenkratze, aber dennoch weiß, dass die verankerten Grundrechte der Verfassung nicht durch das Parlament geändert oder aufgehoben werden können, wie kann es dann sein, dass für ALG-II-Bezieher offenbar doch andere Gesetze gelten? Verlieren Langzeiterwerbslose durch ihren Status als Arbeitslose quasi automatisch ihre Menschenwürde, weil dies ein Widerspruch in sich selbst ist? Gibt es juristisch einen gravierenden Unterschied zwischen der Abschaffung und der Aushöhlung des Grundgesetzes für alle? Ach, was rege ich mich auf, das Urteil des LSG ist nicht mehr und nicht weniger als wieder nur eine neue rechtliche Besonderheit im Umgang mit Erwerbslosen! Es kann nicht mehr so lange dauern, bis das abgehängte Prekariat einfach ganz vom Grundgesetz abgekoppelt wird, oder das Grundgesetz vom abgehängten Prekariat, oder wie auch immer.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Staatsgeheimnis EVS-Rohdaten: Wann kommt die Mauschelei mit dem Hartz-IV-Regelsatz vor den EU-Gerichtshof für Menschenrechte? *(„Gegen Hartz“)*

Wenn das alle täten: Warum sollte ich jemandem hinterherlaufen, der meine Interessen vertritt? *(„Bild“-Zeitung)*

Die letzte Frage an die katholische Kirche in Deutschland

1. Am Montag hat der „Weser-Kurier“ wieder über eine – dieses Mal ohne Mitwirkung der SWB – kalte Wohnung berichtet. Der gegenwärtige Vermieter hat sein Haus verkauft, Anfang Dezember soll es an den neuen Eigentümer übergehen. Der bisherige Hauswirt beklagt sich über **Mietrückstände** und lässt die Heizung kalt. Das Heizöl ist bereits länger „alle“. Der Neue soll es richten. Der betroffene Mieter hat trotzdem die Miete einschließlich Heizung überwiesen. Er ist „Kunde“ beim Jobcenter, das über die kalte Wohnung informiert ist.

Das Jobcenter hilft jedoch ihrem „Kunden“ nicht, weil es nicht Vertragspartner ist. Nur Adressen für professionelle Hilfe gibt es. Jobcenter-Geschäftsbereichsleiterin Gattow betont in diesem Zusammenhang den „Schutz des Sozialgeheimnisses“, auch gegenüber dem Vermieter. Dies ist sehr lobenswert, nur fordert das Jobcenter von seinen Kunden regelmäßig mehr Informationen über seine Wohnung, als sich aus dem vorzulegenden Mietvertrag ergeben. Die Zusatzfragen kann der Mieter oft problemlos beantworten, das Jobcenter glaubt aber meist nur dem Vermieter.

Dem ist spätestens jetzt klar: Sein Mieter ist Leistungsempfänger! Sozialdatenschutz geht anders. Vom jetzigen Hauswirt kann der Mieter Schadenersatz fordern. Der Mieter braucht keine Einmalberatung, sondern Sicherheit: eine Mitgliedschaft im Verein, in Bremen „Mieter für Mieter“ oder Mieterbund. Also auf zum Jobcenter, den Antrag für die Mitgliedsbeitrag stellen! Das Jobcenter schaut zu, erstattet aber nur Kosten, die zivilrechtlich geschuldet wurden.

2. „Gott hat hohe Nebenkosten“, heißt eine Reportage des SWR. Das Thema: „Bei Caritas und Diakonie finanziert die Kirche selbst nur noch etwa zwei Prozent des Etats, 98 Prozent trägt die Gesellschaft. Die Allgemeinheit zahlt Milliardenbeträge, aber sie hat nichts zu sagen. Wie kommt es zu diesen Summen? Und wofür gibt die Kirche das eigene, das **Kirchensteuer**-Geld aus?“ Letzteres kommt

nicht klar rüber. Gut dargestellt wird die Besonderheit des kirchlichen Arbeitsrechts: Personal außerhalb des Betriebsverfassungsrechts. Die Kirche übernimmt ein Krankenhaus, dem Personal wird Lohnverzicht nahegelegt. Der Verantwortliche, ein Pastor, sagt dazu: „Wir müssen die Mitarbeiter marktgerecht stellen!“

Dabei hat die Kirche mit dem öffentlichen Dienst gerade im Krankenhausbereich eine marktbestimmende Position. Die Kirche kann die Rahmenbedingungen positiv verändern. Dazu war in dem Beitrag nichts zu sehen. „Es arbeiten weit über eine Million Menschen in sozialen Einrichtungen für die Kirchen – in Kindergärten, Krankenhäusern, Schulen und Altenheimen. Sie alle unterliegen einem besonderen Arbeitsrecht.“ Inzwischen ist sogar das Thema Scheidung bei Papst Franziskus angekommen. Die evangelische Kirche hat hierzu bereits eine tolerantere Einstellung. Ausgeschlossen von diesen Millionen Arbeitsplätzen sind in beiden Kirchen alle Nichtchristen!

Ist dies noch zeitgerecht, trotz aller Versöhnung? „Vergelt’s Gott“: Eine weitere Reportage des SWR betrifft den „verborgenen Reichtum der katholischen Kirche“: „Bis hin zu den letzten Fragen weiß die Kirche eine Antwort. Nur eine Frage beantwortet sie bislang nicht: Wie reich ist die katholische Kirche in Deutschland?“ Der Film zeigt eine bereits aufgrund der jetzigen Angaben sehr reiche Kirche. Gezeigt wird auch die Beteiligung an einem Wohnungsbesitz. Die Geschäftsführung ist in Holland per Briefkasten angemeldet.

Der verantwortliche Geistliche bestätigt die Steuervermeidung durch dieses Konstrukt: „Wir haben nichts Strafbares getan“. Recht hat er, doch für die katholische Kirche gilt doch vorrangig ein gutes Miteinander! Dieser Geistliche schadet uns allen durch Steuervermeidung. Dadurch, der Film bringt es klar zum Ausdruck, müssen die anderen Bürger mehr Steuern zahlen! Dieser Geistliche hat sich nach staatlichem Recht nicht strafbar gemacht – aber nach Kirchenrecht? Auch hier ruht die Veränderung auf den Schultern von Mensch Papst Franziskus.

3. „Steuer-Senker“, ein Beitrag von Dietrich Eickmeier im „Weser-Kurier“ vom 16. November 2014, nimmt die Steuerschuld von Ikea als Beispiel für die Gesamtproblematik. Ikea soll eine Jahressteuerschuld von 50.000 Euro in Luxenburg bezahlt haben und somit einen Steuersatz von 0,002 Prozent erzielt haben. Ikea ist seit Längerem dafür bekannt, dass die Möbelhäuser in Deutschland Lizenzgebühren an Ikea in Holland zahlen. Dort werden Erträge aus Lizenzen nur gering besteuert. Der Konzern schadet mit dieser **Steuervermeidung** der Gesellschaft: Er schmälert die verfügbare Haushaltsmasse – mit allen negativen Konsequenzen!

Ikea hält sich dennoch für einen guten Steuerzahler: „Der neue Ikea-Chef verteidigt die Steuermoral seines Unternehmens. Die aktuelle Steuerlast von 18 Prozent sei ‚nicht besonders niedrig‘.“ Ikea sagt nichts über ersparte oder vermiedene Steuern. „Ikea hatte sich im Juli ebenso wie die US-Konzerne Apple und Facebook geweigert, an einer Anhörung vor dem französischen Parlament zur ‚Steueroptimierung‘ teilzunehmen. Dies war bei den Abgeordneten auf scharfe Kritik gestoßen.“

„Extra 3“ hat einen Beitrag zur „Steueroase Luxemburg“ gebracht, garniert mit einem Liedchen über Juncker – einfach gelungen! Über Steuerbetrug gibt es viele Infos auf unseren Seiten, über die anderen Handlungen zu unserm Nachteil ebenfalls. Die Macht der Verbraucher kann dies ändern. Wie? Abgestimmt wird mit den Füßen! Diese Abstimmung wird ergänzt durch das Kreuz bei den Wahlen. Schaut euch die Meinung der Parteien an, ihre Reaktion auf die Gegenwart! Macht deutlich, was ihr davon haltet, und bringt euch ein!

4. Über die Reduzierung unserer Standards durch die **Freihandelsabkommen** wurde ausführlich berichtet. Die USA haben ein strengeres und besseres Bankenrecht – aus Sicht der Verbraucher. Die Banken in Deutschland wollen dies ändern: Über das Freihandelsabkommen sollen diesbezüglich die Standards der USA gesenkt werden. „Brisante Dokumente zeigen: Ausgerechnet die EU versucht, europäische Banken durch TTIP vor den strengen Finanzmarktregeln der USA zu bewahren.“

„Report München“ zeigt auch, dass selbst EU-Abgeordnete keinen Einblick in die Verhandlungsunterlagen haben. Parlamentarier Jan Philip Albrecht darf eigentlich Einsicht nehmen – aber doch nicht! Ist die Begleitung durch das Fernsehteam der Verweigerungsgrund? Die Dokumente des Bankenverbandes zeigen den Erwartungsdruck der Interessenverbände gegenüber den Unterhändlern der EU: Hart verhandeln, nicht nachlassen! Auch dieser Beitrag zeigt: Die EU hat viel zu verstecken, die USA ebenfalls. Den Ausführungen von Lori Wallach, Direktorin der „Public Citizen Foundation“, am Beitragsende ist nichts hinzuzufügen.

Diese Freihandelsabkommen sind für die Menschen in Deutschland nachteilig. Die Vorteile werden für die Konzerne vereinbart. Noch immer ist alles geheim, eine Veranstaltung der Interessenvertreter. Verbraucher, Arbeitnehmer, Beamte, Kleinunternehmer und mittelständische Betriebe sind nicht vertreten. Sie werden verlieren – aber nur, wenn diese Abkommen tatsächlich unterschrieben und ratifiziert werden! Verlieren werden auch die Länder der Dritten Welt und alle anderen Partner Europas.

5. In Bremen soll es weiterhin Arbeitsverhältnisse als **Ein-Euro-Job** geben. 1.500 sollen es sein. Die gefährdeten 237 Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse sollen ebenfalls weiterhin bis zum 30. Juli 2015 finanziert werden. Bremen stellt dafür 630.000 Euro zur Verfügung. Vernünftige Arbeit muss mit angemessener Entlohnung einhergehen! Tariflohn mit voller Arbeitnehmereigenschaft wäre die richtige Lösung, wobei heute nicht einmal Tariflohn die Altersarmut verhindert – aber verringern würden sich die Ausgaben für die Grundsicherung dieser Ein-Euro-Arbeitnehmer.

Die Freie Hansestadt Bremen wäre auch das Prozessrisiko für die nachträgliche Anhebung der Ein-Euro- oder auch Null-Euro-„Entschädigung“ auf Tariflohn abzüglich ALG II los: Wer die eigene Tätigkeit als „normal“ und „nicht zusätzlich“ sieht, kann die Differenz einklagen – egal ob Ein-Euro-Job, mit null Euro als „Ehrenamt mit Aufwandsentschädigung“ oder „Bürgerarbeit“, auch rückwirkend. Die

Klage ist gegen die Stadt Bremen zu richten, nicht gegen den Arbeitgeber oder Verein. Wie dies geht? Wir gehen mit!

„Renten steigen um bis zu zwei Prozent“, meldet der „Weser-Kurier“. Eine freudige Überschrift? Im Text steht, dass die Erhöhung um 1,1 Punkte niedriger ausfällt, weil die EU alle Beschäftigten im Niedriglohnsektor mitrechnen will. Gemeint sind auch die Beschäftigten in Behindertenwerkstätten, Weiteres habe ich nicht gefunden. Frau Buntenbach sieht die Auswirkungen als Einmaileffekt für 2015. Die Einschätzung stimmt aber nur, wenn dieser Beschäftigungssektor nicht ansteigt. Die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse wurden bereits bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Diese Ein-Euro-Jobs werden auf einen fiktiven Lohn hochgerechnet.

Bleibt es dabei? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! Den Satz „Ich bin nicht einverstanden“ kann ich so nicht mehr stehen lassen. Es gibt Bewegung, viele gute Entscheidungen wurden getroffen. Der Steuerbetrug verliert seine Hoffähigkeit und vieles andere auch. Die lebenswerte Zukunft ist mein Ziel. Die Änderung meines Schlusssatzes soeben ist schon jetzt Vergangenheit. Rund zehn Jahre liegen hinter uns – die **500. Bremer Montagsdemo** am **8. Dezember 2014** liegt vor uns. Mehr als ein Grund zum Feiern!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

“Boy is doing backflip on wakeboard”: Nach der Gesichtserkennung kommt die Kontexterkennung *(„Spiegel-Online“)*

Jahrhunderthitze: „Das wird hoffentlich die dummen Behauptungen beenden, dass die globale Erwärmung zum Erliegen gekommen ist“ *(„Spiegel-Online“)*

Millionäre spenden für Berliner Stadtschloss: Aber die restliche Milliarde sollen die Steuerzahler zuschießen *(„Stern“)*

Ganz ohne Mehrkosten: Tausende Kriminalkräuterpolizisten könnten auch sinnvolle Arbeit leisten *(„Spiegel-Online“)*

„Was will Putin“: Sich einer zunehmend als aggressiv empfunden Ausdehnung des westlichen Wirkungskreises erwehren *(„Spiegel-Online“)*

Gutes Fett wird schnell ranzig: Deshalb verfettet uns die Industrie mit giftigen Transfetten und wertlosen Kohlenhydraten *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

498. Bremer Montagsdemo am 24. 11. 2014

Noch nie wurden in Bremen so viele Sanktionen verhängt

1. Aus den Unterlagen von Edward Snowden geht hervor, dass Vodafone sich eine Firma gekauft hat – und nun Folgendes nicht wissen will: „Wie die Spione dabei mit britischen Telekommunikationsunternehmen konkret zusammengearbeitet haben sollen, das ergibt sich aus bislang unveröffentlichten Dokumenten aus dem Snowden-Archiv, die NDR, WDR und ‚Süddeutsche Zeitung' einsehen konnten. Darin zeigt sich: Zu einer Firma scheinen die Bande des Government Communications Headquarters offenbar besonders eng gewesen zu sein: Cable & Wireless, ein Unterseekabel-Betreiber, der 2012 von Vodafone übernommen worden ist... Auch die Firma British Telecom wird in den Dokumenten genannt, unter ihrem Decknamen ‚Remedy', oder der Kabelbetreiber Level 3, getarnt als ‚Little'. Insgesamt sind es sieben Unternehmen. Aber nach den Unterlagen sei wohl keines so aktiv gewesen wie die heutige Vodafone-Tochter."

Keiner der Abgehörten hat einen Beweis dafür, dass er abgehört wurde. Dies zeigt, wie fadenscheinig die Bundesanwaltschaft argumentiert. Scheinbar werden die Dokumente Edward Snowdens von der Bundesanwaltschaft nicht gelesen. ZDF wird auch nicht geschaut (siehe 474. Bremer Montagsdemonstration)? Vor dem Geheimdienstausschuss der Bundestages hat ein BND-Spitzenbeamter ausgesagt, aus den in Frankfurt gewonnen Daten würden die Daten deutscher Staatsbürger entfernt und nur die Daten ausländischer Staatsbürger an den US-Geheimdienst weitergeleitet – mit Fehlerquoten von fünf Prozent.

Allerdings sind nach der geltenden Rechtslage alle über den Knotenpunkt Frankfurt laufenden Daten die Daten von Ausländern – per Gesetz der Bundesrepublik Deutschland. Es wird weiter gelogen, so wie Edward Snowden es von den Chefs der amerikanischen Geheimdienste hören musste! Wann packt der erste BND-Mitarbeiter aus? Deutschland macht so etwas nicht? Bewiesen wurde, dass die „alte" Bundesrepublik alle Briefe als Zollgut deklariert hat. Damit konnte der Zoll jeden Brief lesen. Die Bundeswehr hat inzwischen zugegeben, dass Brie-

fe unterschlagen und vernichtet wurden, siehe 477. Bremer Montagsdemonstration. Nicht zu vergessen das „Celler Loch“, zielgerichtet gesprengt, um Gesetze durchzuboxen!

2. „Die Anstalt“ hat am 18. November 2014 mit Treffsicherheit und viel Humor die Lage der **Flüchtlinge**, die Festung Europa und die europäischen „Mauertoten“ thematisiert. Zwei Grenzschützer tauschen sich aus, ein DDR-Grenzer und ein „Frontex“-Grenzer: Damals durfte keiner raus – heute darf keiner rein. Damals waren 800 Mauertote zu beklagen. Die Schützen wurden verfolgt, die Politiker der DDR angeklagt. Und heute? Touristen auf einem Schiff ergründen, ob der Professor im Wasser ein Armbändchen trägt. Er hat keins. Er wird nicht gerettet.

Zum Schluss wollen Seehofer und Merkel ins Paradies. Es wird verhandelt. Der Antrag wird abgelehnt: Es sind nur Wirtschaftsflüchtlinge! Mit solchen Details wird es auf den Punkt gebracht, auch in den anderen Beiträgen. Jeder ist sehenswert. Eines wird nochmals klar: Europa versündigt sich an diesen Menschen! Ich schäme mich für diese Politiker! Die Marine Italiens hat am Wochenende Menschen von einem total überfüllten Boot gerettet. Sie hat einen Notruf aufgefangen und ist sofort losgefahren. Ein großartiges Verhalten!

„Phönix“ hat am 23. November 2014 in der Sendung „Tod vor Lampedusa“ mit Überlebenden gesprochen, ihre Heimat besucht, mit den Menschen dort gesprochen, die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit nachempfunden und ist den Fluchtweg nachgefahren. Die Flucht dauerte über zwei Jahre. Es ist ein detaillierter Bericht mit vielen Fakten und Faktoren – kaum auszuhalten. Dieser Bericht wird am Mittwoch, dem 26. November 2014, um 2.15 Uhr wiederholt. Der Untertitel „Europas Sündenfall“ ist treffend. Leider sündigt Europa weiterhin!

Eine Stadt am Harz möchte nun mehr Flüchtlinge aufnehmen: „In Goslar leben 4.000 Menschen weniger als noch vor zehn Jahren. Das mache die Stadt als Wirtschaftsstandort unattraktiv. ‚Das einfachste Wachstumsprogramm für Goslar heißt Zuwanderung‘, erklärte Bürgermeister Junk. Viele Flüchtlinge seien jung und gut ausgebildet und würden auf dem Arbeitsmarkt dringend benötigt. Der CDU-Politiker schlug vor, den Schlüssel für die Zuweisung von Flüchtlingen entsprechend zu ändern: ‚Was spräche beispielsweise dagegen, wenn wir in Goslar für Göttingen und Braunschweig die Flüchtlinge mit unterbringen?‘ Davon würden die Zuwanderer profitieren, aber auch die Stadt. In Goslar und im Oberharz stünden genügend Wohnungen, kleine Hotels und Pensionen leer. Das sei besser als die Unterbringung in Massenunterkünften.“

Eine klasse Idee, nachahmenswert! Im Fernsehen wurden auch zwei Gemeinden in den neuen Bundesländern gezeigt. Dort sind die Flüchtlinge willkommen und werden umsorgt. Die Bürger kümmern sich um ihre neuen Nachbarn. Auch in diesen Gemeinden sind die Einwohnerzahlen rapide gesunken. Die Flüchtlinge sind daher eine Chance! Diese Bürger haben es verstanden.

3. Der **Atommüll** hat sich „vermehrt“ – nein, die Behörden haben zuvor einfach einen Teil des Mülls als „Wertstoff“ deklariert. Es geht um „100.000 Kubikmeter aus der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau, die bisher als wiederverwertbar und damit nicht als Atommüll deklariert wurden“. Die Anzahl der undichten Fässer hat sich sprunghaft erhöht. Die immer größer werdende Zahl der beschädigten oder verrottenden Atomfässer stellt auch die Frage nach der Verantwortlichkeit. „Ausgestrahlt“ will es wissen! Bisher ist die Zahl variabel. Vattenfall hat noch immer nicht alle Fässer kontrolliert. Es wird gemauert! Nur langsam werden die Fässer erstmals kontrolliert, auch ein Thema in der „Heute-Show“: „ Giftmüllfässer leben länger“.

Sigmar Gabriel will von den Energiekonzernen eine Kohlendioxidverminderung. Die CDU warnt, die Konzerne könnten Schadenersatz fordern und einklagen. Eigentlich kann dies nur Vattenfall, weil der Konzern von Schweden aus investiert hat. Diese Investition ist durch eine Investorenschutzklausel geschützt. Eine solche Klausel soll im Freihandelsabkommen mit Kanada stehen und für das entsprechende Abkommen mit den USA vorgesehen sein. Damit sind diese Freihandelsabkommen untragbar für die Menschen, aber sehr gut für die wenigen Großkonzerne, siehe 495. Bremer Montagsdemonstration.

4. Die „Heute-Show“ hat diesmal die **Riester-Rente** entzaubert. „Neues aus Rentenhausen“ ist ein einfallsreicher Titel. Die Bundesregierung hat in ihrem Rentenbericht die Fehlentwicklung zugegeben. Folgen? Keine. Doch, die Interessenten für einen Riestervertrag werden es sich überlegen! Die Versicherten haben es nun bestätigt: Die Riester-Rente deckt nicht die durch die Kürzung der gesetzlichen Rente geschaffene Unterversorgung.

Die „Heute-Show“ zeigt auch die Drückerkolonne und die Gewinner der Riester-Rente. Herr Schröder hat von Herrn Maschmeyer zwei Millionen Euro für seine Buchrechte erhalten. Herr Maschmeyer ist ein Profiteur der Riester-Verträge, Herr Riester selbst ebenfalls. Die Versicherungsnehmer als Verlierer haben Mühe, zumindest die eingezahlten Beiträge zurückzuerhalten. Wer im Alter auf Grundsicherung angewiesen ist, dem wird die Riester-Rente zu 100 Prozent von der Grundsicherung abgezogen!

Die Rentenkürzung war bereits am 11. März 2014 Thema in der „Anstalt“, siehe 464. Bremer Montagsdemonstration, Punkt 8. Diese Sendung ist eine gute Ergänzung zur „Heute-Show“, denn das Thema wurde unterschiedlich angegangen. Die Informationen ergänzen sich. Die heutigen Neurenten sind bereits 25 Prozent niedriger als vor der Reform. Und es geht weiter abwärts bei den Neurentnern, siehe 452. Bremer Montagsdemonstration.

5. Sozialrechtsexperte Harald Thomé hat es öffentlich gemacht: **Behinderte** haben Anspruch auf den vollen Regelsatz, wenn sie zumindest ansatzweise einen eigenen Haushalt führen, auch innerhalb einer anderen Bedarfsgemeinschaft. So hat das Bundessozialgericht entschieden. Die Behinderten erhalten somit aktuell

und auf Antrag auch rückwirkend einen höheren Regelsatz, siehe 481. Bremer Montagsdemonstration.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales möchte dieses Urteil allerdings nicht umsetzen: Es gebe „keinen Anlass, bestehende Bewilligungsbescheide anzupassen und die Regelbedarfsstufe 3 zu berücksichtigen“. Aufgrund dieser absolut nicht akzeptablen Direktive verweist Thomé darauf, dass bis Jahresende ein Überprüfungsantrag eingelegt werden muss, um die Ansprüche aus dem Jahr 2013 zu sichern. Behinderte sollten diese Möglichkeit ergreifen!

6. Die **Jobcenter** erhalten erneut ein neues Programm namens Allegro aus der Steinzeit: Alle Daten müssen per Hand übertragen werden! „Allegro“ wurde schon einmal aussortiert, oder wird der Name nur erneut verwendet? Elisabeth hat bereits auf der 287. Bremer Montagsdemonstration darüber gesprochen. Nun knirscht es im Getriebe: „Die Mitarbeitervertretung des Jobcenters Bochum soll ihre Verschwiegenheitspflicht gebrochen haben. Das jedenfalls behauptet die Geschäftsleitung und reichte Klage vor dem Verwaltungsgericht ein. Die Gewerkschaft Verdi spricht dagegen von dem Versuch, ‚berechtigte Forderungen zu tabuisieren‚.

Ausgangspunkt des Streits ist die Mehrarbeit durch die Einführung der neuen Software ‚Allegro‘. Der Personalrat vertritt die Auffassung, die Umstellung erfordere vor allem wegen der händischen Eingabe aller Daten aus dem alten in das neue Programm deutlich mehr Personal als dies die Geschäftsführung für nötig hält. Die Jobcenter-Mitarbeiter sagen, durch die Umstellung kommen sie nicht mehr zur Bewältigung des Tagesgeschäftes.“

Harald Thomé kommentiert: „Die Bochumer Auseinandersetzung ist zu begrüßen. Die Jobcenter-Mitarbeiter lassen sich nicht mehr alles gefallen, was von oben angeordnet wird, und sie fordern das, was im Gesetz steht: ‚Die Leistungsträger sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass 1. jeder Berechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen in zeitgemäßer Weise, umfassend und zügig erhält, 2. die zur Ausführung von Sozialleistungen erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen‘, so § 17 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 SGB I. Daher sollten sie unsere Unterstützung erfahren! Andere Jobcenter-Mitarbeiter sollten ähnlich aktiv werden.“

In der Vergangenheit war jeder Programmwechsel in dieser Behörde mit erheblichen Fehlern behaftet. „Allegro“ erstellt verändert aussehende Bescheide, insofern wird die Umstellung offensichtlich.

7. Der Jahreswechsel naht. Mit einem bis zum 31. Dezember 2014 gestellten **Überprüfungsantrag** können alle Leistungen ab 1. Januar 2013 hinterfragt werden. Wie dies geht, steht auch in den Beiträgen der Vorjahre – oder einfach vorbeikommen! Allerdings machen wir am 15. Dezember die letzte Bremer Montagsdemonstration 2014. Weiter geht es dann am 5. Januar 2015 in Bremens „guter Stube“, auf dem Marktplatz.

Wer eine Riester-Rente hat, sollte den Antrag auf die Zulagen nicht vergessen und kontrollieren, ob die bereits bewilligten Zulagen nicht aufgehoben wurden, siehe 452. Bremer Montagsdemonstration. Wer seine Kosten der Unterkunft inklusive Heizung nicht voll erstattet bekommt, sollte den Antrag auf Überprüfung ab dem Zeitpunkt der Kürzung stellen. Allerdings ist nur der Leistungszeitraum ab 1. Januar 2013 erreichbar, denn es laufen noch Klagen gegen die Höhe der Kosten der Unterkunft. Außerdem hat Bremen die „Mietrichtwerte“ falsch ermittelt, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen – oder einfach herkommen!

Wer als junger Erwachsener nur einen gekürzten Regelsatz erhält, weil er bei seinen Eltern wohnt, siehe 484. Bremer Montagsdemonstration. Wer Arbeitslohn verspätet erhalten und dadurch einen Monatsfreibetrag „eingebüßt“ hat, kann dies per Überprüfungsantrag aufrollen, auch für das Jahr 2013. Wer mit eine Leistungskürzung oder -verweigerung nicht einverstanden ist, aber sich aktuell nicht wehren konnte, kann dies bis zum 1. Januar 2013 nachholen.

Wer einen Kredit bei einer Bank aufgenommen hat, musste oftmals Bearbeitungsgebühren zahlen. Diese Beträge können zehn Jahre rückwirkend zurückgefordert werden, allerdings verjähren alle bis 2011 gezahlten Bearbeitungsgebühren am 31. Dezember 2014. Bis zu diesem Tag muss die Verjährung unterbrochen sein.

8. Noch nie wurden in Bremen so viele **Sanktionen** verhängt, siehe 478. und auch 496. Bremer Montagsdemonstration. Jede nach dem 1. Januar 2013 verhängte Sanktion kann noch per Überprüfungsantrag aufgerollt werden. Noch nie waren die Sanktionen so wichtig für die persönliche Leistungsbilanz der Fallmanager. Beweispflichtig ist das Jobcenter. Wer eine Einladung nicht erhalten hat und daher den versäumten Termin nicht einmal kennt, kann den Nichterhalt der Einladung nicht beweisen. Das muss er auch nicht: Das Jobcenter muss den Zugang der Einladung beweisen. Wer bisher einen wichtigen Grund für seine Verhinderung nicht angeführt hat, kann dies nachholen.

Die Ablehnung eines Arbeitsverhältnisses soll ein weiterer Grund für Sanktionen sein. Das Jobcenter hinterfragt beim Arbeitgeber, ob sich der betroffene Mensch um die angebotene Stelle beworben hat, und falls ja, warum es nicht zum Arbeitsvertrag gekommen ist. Diese Fragen könnte das Jobcenter auch mit dem Erwerbslosen klären. Stattdessen wird beim Anbieter des Stellenangebots nachgefragt. Wenn das Jobcenter nunmehr behauptet, Sie hätten die Arbeit abgelehnt, obwohl es gar nicht so war, ist Gegenwehr möglich. Fragen Sie den Fallmanager nach seiner Aktennotiz über das Gespräch mit dem Anbieter des Stellenangebots, und fragen Sie beim Anbieter nach.

Oftmals sind es Missverständnisse. Manchmal kann sich der Mitarbeiter des Arbeitgebers an kein Gespräch mit dem Jobcenter erinnern. Falls der Arbeitgeber eine falsche Meinung zu oder Erinnerung an Ihre Vorstellung hat, so ist dies auch rückwirkend mithilfe des Arbeitsgerichts zu klären. Allerdings sollte vorher versucht werden, den Sachverhalt aufzuklären. Bei der Aufregung den Überprü-

fungsantrag und bei „frischen“ Vorfällen den Widerspruch nicht vergessen! Falls Sie nicht mehr wissen, wie und ob Sie sich in der Anhörung geäußert haben, beantragen Sie Akteneinsicht zum nachlesen. Trotzdem die Fristen nicht verpassen!

9. Die SWB und andere Energielieferanten haben Preiserhöhungen für Gaskunden eventuell nicht richtig begründet. Die Mehrkosten können vom Kunden zurückgefordert werden. Die „Verbraucherzentrale Bremen“ hat die fraglichen Klauseln und Anbieter ins Netz gestellt und entsprechende Schreiben vorbereitet. Zu den Klauseln der SWB steht dort: „Die verwendete Preisanpassungsklausel der SWB in ihren Sonderverträgen (SWB Erdgas plus, SWB 24 Erdgas, SWB Erdgas pro Natur) entspricht nicht der vom BGH und EuGH verworfenen Klausel, dadurch ist ihre Geltung nicht per se unwirksam. Es ist aber außerordentlich zweifelhaft, ob sie einer gerichtlichen Überprüfung standhalten würde.

Geld aus möglicherweise unberechtigten **Gaspreiserhöhungen** gibt es nicht automatisch zurück, sondern jeder einzelne Kunde muss das Geld von seinem Versorger zurückfordern. Dazu muss er – so verlangt es der BGH in seinem Urteil – seiner Jahresrechnung innerhalb von drei Jahren widersprechen. Um mögliche Ansprüche zu sichern, können Sondervertragskunden der Preisanpassungsklausel ihres Versorgers widersprechen.“ Die Verbraucherzentrale berät die Gaskunden, strebt aber kein Musterverfahren an.

Die SWB reagiert: „Sondervertragskunden der SWB, die den aktuellen, von der ‚Verbraucherzentrale Bremen‘ vorbereiteten Widerspruch bei der SWB einreichen, erhalten von der SWB die Kündigung ihres Gasvertrages“. Die „Verbraucherzentrale“ verweist auf die Reaktionsmöglichkeiten den Anbieterwechsel. Diese Kündigung der SWB beeinträchtigt aber nicht ihre Verpflichtung, zum Grundversorgungstarif zu liefern, falls ein Anbieterwechsel nicht klappt.

Die „Verbraucherzentrale“ weist als Kommentar zum Verhalten der SWB darauf hin, „dass ein Energieversorger Sondervertragskunden kündigen kann. Ein Urteil über einen Anbieter, der Kunden kündigt, die ihr gutes Recht gegen ungerechtfertigte Preiserhöhung vorzugehen, wahrnehmen, möge jeder selber fällen.“ Es geht um die Lieferungen und Preiserhöhungen ab 2003. also auf zur Verbraucherzentrale und die Verjährung per 31. Dezember 2014 klären! Einer Jahresrechnung muss innerhalb von drei Jahren widersprochen werden, um die Preiserhöhungen abzuwenden. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Totalitäres Arbeitsmarktregime: Hartz IV braucht den Vergleich mit den beiden Weltkriegen nicht zu scheuen *(„Focus“)*

Tafeln entscheiden, wer ein braver, unterstützungswürdiger Armer ist

1. Dadurch, dass an den 14 Ausgabestellen jede Woche etwa 1.800 Einzelpersonen oder Familien Lebensmittel erhalten, die von Supermärkten, Großhändlern oder Bäckereien „gespendet“ werden, hat die Essener „**Tafel**“ längst das Format eines mittelständischen Unternehmens bekommen. Wer allerdings dreimal unentschuldigt bei der Lebensmittelausgabe der „Tafel“ fehlt, verliert seine Berechtigungskarte für ein Jahr. Der „Tafel“-Verein begründet seine Strenge mit dem großen Andrang: Deswegen müssten regelmäßig neue „Bewerber“ aus Platzmangel abgewiesen werden.

Der arbeitslose Günther Schmittmann (Name geändert) meldete sich im Frühjahr notgedrungen aus Geldmangel bei der Essener „Tafel“ an und bekam mit seiner Kundenkarte den Samstag als festen Lebensmittel-Abholtermin zugewiesen. Als Schmittmann im Sommer seine Frau nach Serbien begleitete, fehlte er zweimal ohne Abmeldung, konnte sich von dort aus auch nicht telefonisch erklären. Als er am dritten Samstag wieder bei der „Tafel“ erschien, ging er leer aus, weil seine Karte inzwischen gesperrt worden war. Er wurde zwar auf einen Ersatztermin verwiesen, erhielt dort aber statt der unterstützenden Lebensmittel die Sperre für ein Jahr.

Der Vorsitzende der „Tafel“ erwartet von den „Kunden“ eine Abmeldung im Voraus, wenn jemand verreisen möchte, und findet es „ziemlich unfair“, wenn ein Kartennutzer einfach nicht erscheine: „Wenn einer nicht mal absagt, braucht er uns offenbar nicht.“ Ich persönlich fühle mich an das gespreizte Gebaren einer gekränkten Diva erinnert, deren Liebesgaben nicht gebührend gewürdigt werden, Andere „Tafeln“ wären eher froh darüber, wenn der große Andrang der durch die „Grundversorgung“ des ALG II eben nicht Grundversorgten einmal etwas weniger würde.

Bei einer Sanktion vonseiten der Jobcenter kann wenigstens noch geklagt werden – aber bei der Verweigerung durch eine „Tafel“-Ausgabestelle? So ist das eben, wenn die Ansprüche auf Sozialleistungen ausgehöhlt werden und der Staat sich aus der Verantwortung zieht: Die Armen werden immer mehr entrechtet, sie sollen auf das Gutdünken und die Wohltaten ihrer Mitmenschen bei der Almosenversorgung angewiesen sein.

Nicht nur auf den Ämtern, sondern offenbar auch bei den „Tafeln“ kann die Armut mit demütigender Behandlung immer mehr ausgeweitet, moralisiert und individualisiert werden, wenn nun auch die „Tafeln“ entscheiden dürfen, wen sie auf-

nehmen und wen nicht, und welcher von den „guten, schuldlosen“ Arbeitslosen auch ein „braver unterstützungswürdiger Armer“ ist. Wer gezwungen ist, die Abfälle der Wohlstandsgesellschaft zu (fr)essen, hat sich dafür gefälligst auch noch disziplinieren zu lassen! Und bitte vergesst nicht: Je weniger zur „Tafel“ gehen, um dort die edlen Spenden der Supermarktketten in Empfang zu nehmen, desto mehr Müllgebühren werden dafür anfallen, die die achtbaren, selbstlos spendenden Mäzene nun unvorhergesehenerweise doch selbst tragen müssten.

2. Gelinde und euphemisierend ausgedrückt ist „die Betreuungssituation von Hartz-IV-Beziehern in den Jobcentern alles andere als gut“. Die Online-Ausgabe der „Saarbrücker Zeitung“ berichtet, dass ein Drittel der **Jobcenter** nicht den gesetzlich vorgegeben Personalschlüssel für die Betreuung von Hartz-IV-Beziehern über 25 Jahre erfülle. Die Situation bei jüngeren Leistungsberechtigten sei sogar noch dramatischer. Eine gute Betreuungsqualität soll dadurch gewährleistet werden, dass ein Vermittler maximal 150 über-25-jährige Hartz-IV-Bezieher beziehungsweise 75 jüngere Leistungsbezieher betreuet.

Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ und die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der „Linken“, Sabine Zimmermann, kommen zu dem Schluss, dass hier auf Kosten der Erwerbslosen und Beschäftigten an der falschen Stelle gespart wird. Notwendig seien „mehr Vermittler, die ausreichend Zeit haben, die Erwerbslosen bei der Arbeitssuche zu unterstützen“. Das herzallerliebste Rechenexempel vergisst leider, dass auch in der Weihnachtsbäckerei trotz aller Betüdelung, Verfolgungsbetreuung und noch so vieler Vorladungen leider noch immer niemand eingestellt wurde, der die adventlichen Arbeitsplätzchen backt, die hier verteilt werden sollen.

Auch der „Faktor Mensch“ bleibt bedauerlicherweise gänzlich unerwähnt. Mir wird häufiger mal von Erwerbslosen berichtet, wie entwürdigend, herablassend, die eigenen Pläne behindernd und gerne sanktionieren wollend vonseiten so vieler Fallmanager mit ihnen umgegangen wird. Dann gibt es natürlich noch die Quote zu bedenken, wonach das entsprechende Team im Jobcenter „gut“ da steht, das möglichst wenig Geld (im Sinne der Betroffenen) ausgibt.

3. Laut einer DGB-Studie gibt es große Einkommensunterschiede bei jungen Arbeitnehmern. Mehr als jeder dritte Arbeitnehmer unter 35 Jahren kommt nicht über einen **Monatslohn** von 1.500 Euro brutto hinaus. Bei 14 Prozent sind es sogar nur bis zu 800 Euro brutto. 37 Prozent verdienen zwischen 1.500 und 2.500 Euro brutto, 28 Prozent mehr. Die Job-Zufriedenheit und Zukunftssicherheit bei vielen jungen Beschäftigten dürfte also nicht gerade rosig aussehen.

Junge Frauen nennen – wie üblich – oft noch schlechtere Bedingungen als Männer, da sie deutlich häufiger befristet, in Teilzeit oder in Minijobs arbeiteten als diese. Natürlich entspricht das kaum den Wünschen der Betroffenen, denn beide Geschlechter brauchen gute Arbeitsbedingungen. Nötig seien Schritte der

Politik etwa gegen befristete Arbeitsverträge in Fällen, in denen Gründe für die Befristung wie Elternzeit oder Krankheitsvertretung fehlen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Es ist genug für alle da: Kommunistische Partei Österreichs beschließt Grundeinkommen als programmatische Forderung *(Katja Kipping)*

Stopp der Gewalt an Frauen!

Dieser Dienstag ist internationaler **Tag gegen Gewalt an Frauen**. Für den Ausbau der Frauenrechte! Solidarität mit Kobanê und dem Zukunftsprojekt Rojava! Weltweit erleidet mehr als jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens Prügel, Vergewaltigungen, sexuelle Nötigungen oder andere Gewalttaten. Wir wollen eine ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern und -beratungsstellen, ein sexuelles Selbstbestimmungsrecht, ein Bleiberecht für Opfer von Zwangsprostitution, Überwindung von „Ehrenmorden“ und Femizid, Gerechtigkeit und Hilfe für Vergewaltigte, ein Ende des Sexismus, Rassismus, der Kriege und Ausbeutung der Arbeitskraft. Wir stehen an der Seite des kurdischen Widerstands gegen den faschistischen und frauenfeindlichen Terror des „Islamischen Staates“ zur Verteidigung von Kobanê und Rojava. Wir werden uns niemals mit Unterdrückung und Ausbeutung abfinden und kämpfen für Emanzipation, Demokratie und Freiheit!

Die „Stadtfrauenkonferenzen“ haben sich gebildet, um die „1. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen“ in Venezuela bekannt zu machen und zu unterstützen. Die „2. Weltfrauenkonferenz“ wird 2016 in Nepal stattfinden. In der „**Bremer Stadtfrauenkonferenz**“ sind unterschiedliche Frauen und Männer, Gruppen und Organisationen beteiligt. Zurzeit sind das: „Frauenorganisation 8. März“ (Iran-Afghanistan), Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, „Kurdische Fraueninitiative in Bremen“, „Frauenverband Courage“ und Einzelpersonen. Das nächste **Treffen** ist am **1. Dezember 2014** um **16 Uhr** bei „**Birati**“ in der Friedrich-Ebert-Straße 20. Alle sind herzlich eingeladen (Kontakt: sfk_bremen(at)hotmail.de). Am **Dienstag**, dem **25. November 2014**, gibt es ab **17 Uhr** eine **Kundgebung** in der **Sögestraße** bei den „Schweinen“ mit Kultur und Beiträgen am Offenem Mikrofon.

„Bremer Stadtfrauenkonferenz“

Pfui: „Wir wollen keine Mutti und keine Flinten-Uschi im Kommentarbereich sehen“ *(„Die Zeit“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

499. Bremer Montagsdemo am 01. 12. 2014

Ein Lob dem Land der Stifter und Schenker

1. Der „Verband alleinerziehender Mütter und Väter“ weist darauf hin, dass sich die finanzielle Situation von Kindern getrennt lebender Eltern im Hartz-IV-Bezug zukünftig wesentlich verschlechtern könnte. Bisher erhält der Elternteil, bei dem das Kind hauptsächlich lebt, die sogenannte Hauptbedarfsgemeinschaft, das Sozialgeld für das Kind. Geplant ist jedoch, dass der betreuende Elternteil das Sozialgeld für das Kind für die Tage, an denen sich der anderen Elternteil um das Kind kümmert, an diesen weitergeben muss, sodass sich eine Kürzung für die Hauptbedarfsgemeinschaft ergibt und die Existenz des Kindes nicht mehr gewährleistet sein kann. Schließlich kann das Kind die angefangene Milchpackung nicht mit rübernehmen. Auch Fixkosten und Anschaffungen wie Kleidung oder Schuhe werden nicht tageweise eingespart.

Der Verband weist darauf hin, dass die Regelung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts widerspricht, wonach der entstehende finanzielle Mehrbedarf bei Bedürftigkeit der Eltern von den Grundsicherungsträgern zu übernehmen ist, selbst wenn die anspruchsberechtigten Kinder dadurch insgesamt ein höheres Sozialgeld erhalten. Auch würden die geplanten Kürzungen **Alleinerziehende** in einen Interessenskonflikt bringen, da die Existenzsicherung des Kindes in der Hauptbedarfsgemeinschaft umso schwieriger wird, je öfter sich das Kind beim anderen Elternteil aufhält.

In München soll ab Januar 2015 für alle Bezieherinnen von Hartz IV die Verhütung bezahlt werden. Hartz-IV-Bezieher bekommen neben den Kosten für die Unterkunft nur 391 Euro zum Vegetieren, wovon außer den immens gestiegenen Stromkosten Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, Bekleidung und Schuhe, Wohnen und Energie, Fahrkarten, Bildung, Freizeit und Kultur bezahlt werden sollen. Für Gesundheitspflege, wozu alle Cremes, Shampoos, nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Rezeptgebühren und so weiter zählen, sind nur absolut utopische 16,81 Euro vorgesehen. Die „Pille“ kostet allein zehn Euro im Monat,

und der Bund übernimmt die Kosten nur bis um 20. Lebensjahr, wodurch die Zahl der Abtreibungen steigt.

Ich persönlich kann es nicht nachvollziehen, wie Frauen sich dazu bereit erklären können, Hormone zu schlucken, aber das muss jede Frau unabhängig von ihrem Geldbeutel selbst entscheiden können. Weil die Kosten aber bei 1,6 Millionen Euro liegen würden, protestiert Stadtkämmerer Ernst Wolowizc, der Mehraufwand komme einer freiwilligen Regelsatzerhöhung gleich, deren Rechtmäßigkeit fraglich sei. Ich weiß gar nicht, was die ganze Aufregung soll! Wenn die anderen Städte nachziehen, kann doch die „Produktion“ neuer Hartz-IV-Bezieher gezielt gedrosselt werden, und bestimmt lässt sich auch durch Einsparungen an bereits vorhandenen Kindern von transferleistungsbeziehenden Alleinerziehenden wieder Geld zurücklegen.

2. Immer mehr Bundesbürger können wegen steigender Preise ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Im vergangenen Jahr wurde fast 345.000 Haushalten zeitweilig der Strom abgestellt. Jedoch haben noch weitaus mehr Haushalte Probleme mit ihrer Stromrechnung: 2011 erhielten rund sechs Millionen die Drohung, dass ihnen der Stromzufluss gekappt werden soll, 2013 waren es bereits fast sieben Millionen. So können immer öfter Hunderttausende Menschen keine elektrischen Geräte einschalten. Sie sitzen im Dunkeln und Kalten, denn auch viele Heizungen benötigen eine Stromzufuhr.

„Linken“-Fraktionsvize Caren Lay spricht deshalb von einem Anschlag auf die Menschenwürde. Sie wirft der Bundesregierung vor, eine Stromaufsicht zu verweigern und mit ihrer Politik dafür zu sorgen, dass der Strompreis seit 2008 für private Haushalte um 38, für die Industrie aber nur um 13 bis 15 Prozent gestiegen ist, was ein schweres soziales Versagen sei. Ein wesentlicher Grund für die hohen Strompreise sind die staatlich verursachten Abgaben und Steuern, die derzeit 52 Prozent der monatlichen Stromrechnung ausmachen.

Ein durchschnittlicher Haushalt mit drei Personen und einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden zahlt rund 85 Euro im Monat für Strom. Davon entfallen knapp 45 Euro auf Steuern und Abgaben. Bei den staatlichen Abgaben schlägt vor allem die „Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien“ kräftig zu Buche: Ein durchschnittlicher Haushalt muss derzeit 18 Euro pro Monat dafür zahlen, 2013 waren es noch 13 Euro. Die Linkspartei fordert die Bundesregierung auf, umgehend Maßnahmen zur Senkung der Stromkosten für die Verbraucher zu ergreifen. Ich schließe mich dem sozialpolitischen Sprecher der Bremer Linkspartei, Peter Erlanson, an und fordere ein Verbot von **Energiesperren**!

3. Nicht nur für den Armutsforscher Christoph Butterwegge gibt es keinen Grund zu feiern, wenn am 1. Januar 2015 die Hartz-Gesetze zehn Jahre alt werden, weil diese „Reformen“ zur Spaltung der Gesellschaft geführt und tiefe seelische Verwundungen hinterlassen hätten. Sowohl die von dem Gesetzespaket unmittelbar Betroffenen als auch ihre Angehörigen und die mit ihnen in einer „Bedarfs-

gemeinschaft“ zusammenlebenden Personen werden stigmatisiert, sozial ausgegrenzt und isoliert. Seit die Furcht vor dem materiellen Absturz sogar in der Mittelschicht um sich greift, stehen Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften unter einem stärkeren Druck, geringere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Zeitweilig „lebten“ fast siebeneinhalb Millionen Personen – darunter etwa fünfeinhalb Millionen ALG-II-Bezieher und rund zwei Millionen Sozialgeldbezieher, meistenteils Kinder unter 15 Jahren – in über vier Millionen „Bedarfsgemeinschaften“. Nicht nur das Verhältnis von Staat und Leistungsberechtigten sowie von Bürgern zu Leistungsbeziehern wandelte sich: Die **Hartz-Gesetzgebung** veränderte Deutschland mitsamt seinem Wohlfahrtsstaat. Wenn nach den immateriellen Schäden, seelischen Verwundungen und Veränderungen im Alltagsbewusstsein gefragt werde, die besonders Hartz IV unter den Betroffenen hervorgerufen beziehungsweise hinterlassen hat, brauche das Gesetzespaket womöglich „selbst einen Vergleich mit beiden Weltkriegen nicht zu scheuen“.

Das Hartz-IV-System sei totalitär, weil es sämtliche Poren der Gesellschaft durchdringe, die Betroffenen nicht mehr loslasse, ihren Alltag völlig beherrsche und sie zwinge, ihr gesamtes Verhalten danach auszurichten. Deutschland verwandelte sich in ein sozial fragmentiertes, polarisiertes Land, in dem sich eine „Hartz-IV-Welt“ mit einer ausgeprägten Subkultur von Hartz-IV-Kochbüchern über Sozialkaufhäuser bis zu Hartz-IV-Kneipen herausgebildet hat. Praktischerweise sorgte die rot-grüne Koalition mit der gleichzeitig eingeführten Pfandpflicht dafür, dass Transferleistungsbezieher und Niedriglöhner ebenso wie Altersrentner ihr karges Haushaltseinkommen durch das Sammeln und die Rückgabe von Pfandflaschen und Getränkedosen aufbessern können.

Immer mehr Erwerbslose sind resigniert oder voll ohnmächtiger Wut auf „die Etablierten“. Auf der anderen Seite des „abgehängten Prekariats“ entstehen Luxusquartiere, in denen sich die „Superreichen“ hinter den hohen Mauern ihrer Villen verschanzen. Weil die sogenannte Grundsicherung eben nicht zum Leben reicht und der Staat sich bewusst aus seiner sozialen Verantwortung zieht, müssen sich die Abgehängten, ökonomisch Überflüssigen vom Wohlstandsmüll der „Lebensmitteltafeln“ und Suppenküchen ernähren, abgelegte Kleidung aus Wäschekammern tragen, aus Möbellagern Sperrmüll für die Wohnzimmereinrichtung und den verbleibenden Rest aus eigens für sie geschaffenen Sozialkaufhäusern besorgen.

Butterwegge polemisiert so schön, dass aus dem „Land der Dichter und Denker“ ein „Land der Stifter und Schenker“ wird, die für Arme und Bedürftige sorgen. Er resümiert allerdings, dass zivilgesellschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement die im Grundgesetz verankerten sozialen (Staats-)Bürgerrechte nie vollwertig ersetzen kann. Die sogenannten Wirtschaftsweisen scheuen sich aber nicht, die Bundesregierung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu loben: Mit der Agenda 2010 sei „der richtige Weg zur deutschen Erfolgsökonomie“ beschritten worden.

Ihnen scheint die galoppierende Armut gar nicht weit genug zu gehen, oder warum „warnen“ sie zugleich davor, dass keine „sozialen Wohltaten“ erlaubt seien? Das neue Rentenpaket müsse rückentwickelt werden. Die Sozialverbände weisen allerdings auf die Gefahr einer bevorstehenden „Armutslawine“ vor allem bei den Alten hin. Wenn 5,3 Millionen Menschen von einer Pseudogrundsicherung abhängig sind, müssen sie zwar wenigstens nicht verhungern, haben aber keine Chance, am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Jetzt feiern wir Hartz IV, dank sei dir dafür!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Beschämendes Armutszeugnis“: Jede(r) sechste Bremer(in) ist auf die staatliche Grundsicherung angewiesen *(„Bild“-Zeitung)*

„Früher war mehr Lametta“: 1936 erhielten Bergleute erstmals Weihnachtsgeld als streikdämpfende Maßnahme in kriegswichtigen Betrieben *(„Nahraum“)*

Terrorwarnung zu Weihnachten: Dank flächendeckender Styropor-Wärmedämmung lassen sich in Deutschland mit dem Feuerzeug ganze Stadtbrände entfachen *(„Berliner Kurier“)*

Am **8. Dezember 2014** findet die **500. Bremer Montagsdemo** statt. Wir wollen das mit euch feiern: Zuerst auf dem **Hanseatenhof**, ab **17:30 Uhr** – und hinterher ab **19 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor** im Geschwornenweg 11. Das ist gleichzeitig unsere diesjährige **Weihnachtsfeier**. Wir würden uns sehr freuen, wenn auch die „alten“ Weggefährten zu diesem Jubiläum kommen würden – alle, die irgendwann schon mal an der Montagsdemo teilgenommen haben und sich dem Kampf gegen die Hartz-Gesetze und den anderen Themen der Montagsdemo verbunden fühlen. Höchst willkommen sind auch kulturelle Beiträge jeglicher Art, politische und kulinarische Beiträge. Wir freuen uns auf euch!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

500. Bremer Montagsdemo am 08. 12. 2014

Gemeinsam die Erde vor dem Kollaps retten!

Wir sind uns sicher: Die Menschheit will nicht untergehen! Weltweit wachsen das Umweltbewusstsein und die Aktivitäten der Menschen. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit beginnt sich zu entwickeln. Frauen und Jugendliche sind dabei häufig besonders engagiert. Aber trotz aller Bestrebungen und Kämpfe der weltweiten Umweltbewegung konnte die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Umwelt bisher nicht gestoppt werden! Die Einheit von Mensch und Natur ist akut gefährdet – aber was können wir tun?

Einige mutige Umweltaktivist(inn)en, Gewerkschaftsmitglieder und Wissenschaftler(innen) schlugen Ende 2011 vor, eine Umweltgewerkschaft aufzubauen. Inzwischen unterstützen über 2.300 Menschen in 43 Gruppen in ganz Deutschland dieses Projekt. 135 gewählte Delegierte berieten am 29. und 30. November 2014 auf einem demokratisch organisierten Kongress in Berlin und beschlossen im Beisein von Gästen und mit herzlichen Grüßen von 34 Organisationen,

Initiativen und Parteien aus dem In- und Ausland: Die Umweltgewerkschaft ist gegründet!

Einig waren sich die Delegierten, dass die wissentliche Zerstörung der natürlichen Umwelt immer rücksichtsloser wird. Wir verzeichnen den bisher höchsten Kohlendioxidausstoß. Die Klimakrise schreitet beschleunigt voran, trotz aller Klimagipfel und Appelle. Die zunehmende Erderwärmung bedroht die Existenzgrundlagen der Menschen und die Artenvielfalt. Konzerne und Regierungen halten aus Profitgründen an der Verbrennung fossiler Energieträger fest, obwohl die völlige Umstellung auf erneuerbare Energien heute technisch möglich ist.

Trotz aller Warnungen vor den verheerenden Folgen für die Trinkwasserversorgung, das Klima, die Luft, die Landwirtschaft, trotz Erdbebengefahr und Freisetzung von Radioaktivität drängen Exxon- Mobil, Shell, BASF, Siemens und Konsorten mit Macht auf das extrem schädliche Fracking und wollen es ausweiten. Die Zerstörung ganzer Ökosysteme, von Meeren, Wäldern und Ackerböden nimmt bedrohlich zu. Es gibt ein beschleunigtes Artensterben. Die fortschreitende Vergiftung von Luft, Wasser, Böden und Nahrungsmitteln zerstört unsere Gesundheit. Gifte am Arbeitsplatz und die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft belasten zusätzlich.

Die atomare Verseuchung – nicht nur durch Tschernobyl und Fukushima – wächst bedrohlich, aber skrupellos soll die Kapazität der Atomkraftwerke weltweit um mehr als das Doppelte erhöht werden. Die Zahl räuberischer Kriege um Einflussgebiete und Rohstoffe mit verheerenden Schäden für Mensch und Natur hat enorm zugenommen. Unsinnige Bedürfnisse, eine „Wegwerfmentalität“, Gedankenlosigkeit und Prestigedenken werden von der Industrie gefördert und uns Bürger(inne)n teilweise aufgezwungen. Die Liste ließe sich fortsetzen. Es sind die Frauen der Welt, welche aufgrund ihrer gesellschaftlichen Rolle besonders von den Folgen der Umweltzerstörung betroffen sind.

Die heute vorherrschende Art und Weise zu produzieren, zu konsumieren und zu leben bedarf radikaler Änderungen. Um die drohende globale Umweltkatastrophe international abzuwenden, braucht es eine überlegene Kraft gegen die Hauptverursacher(innen) in Konzernzentralen, Banken und Regierungen. Dazu wird die Umweltgewerkschaft einen Beitrag leisten. Sie ist nicht einfach eine weitere Umweltorganisation, wir sind etwas Neues: Wir bieten allen, die die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht länger hinnehmen wollen, eine Chance, dies gemeinsam und energisch zu verhindern!

Wir fördern den engen Schulterschluss von Arbeiter(innen)-, Frauen- und Umweltbewegung. Wir unterstützen aktiv Arbeitskämpfe um soziale Fragen, um umwelt- und gesundheitsschonende Produktion und fortschrittliche Technologien. Wir brauchen Arbeit und eine intakte Umwelt! Wir treten ein für fundierte Aufklärung und führen den Kampf um dringend nötige Sofortmaßnahmen gegen die drohende Zerstörung unserer Existenzgrundlagen und für fortschrittliche Produktionsverfahren der Kreislaufwirtschaft. Wir unterstützen auch das Kampfmittel des Streiks.Wir sind demokratisch und kämpferisch, arbeiten solidarisch und

überparteilich auf antifaschistischer Grundlage und entwickeln eine solidarische Streitkultur.

Wir setzen uns ein für die weltumspannende Kooperation und Koordination des aktiven Umweltschutzes. Wir suchen die Zusammenarbeit mit bestehenden Gewerkschaften sowie Umweltverbänden und -initiativen und sehen uns nicht als Konkurrenz zu ihnen. Wir sind finanziell unabhängig auf der Grundlage von Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Wir sind weltanschaulich offen und streben eine befreite Gesellschaft an, in der die Einheit von Mensch und Natur Leitlinie ist. Wir sind uns der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen bewusst. Wir rufen insbesondere die Jugend auf, Verantwortung für die Zukunft der Menschheit zu übernehmen und sich bei uns zu organisieren.

Auf der Grundlage der Arbeit der bisherigen 43 Unterstützer(innen)gruppen und der jetzt vollzogenen Gründung der Umweltgewerkschaft mit der beschlossenen Satzung und der Wahl von Bundesvorstand und Kassenprüfer(inne)n sind nun die Grundvoraussetzungen geschaffen für eine vom Bundesvorstand geführte bundesweit organisierte Tätigkeit, für die Aufnahme von Mitgliedern und zur Bildung von Orts- und Regionalgruppen. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, eine Programmkommission für die Erarbeitung eines Programms einzusetzen, das einem Programmkongress in circa anderthalb Jahren zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Die bisherige lebendige Programmdiskussion hat gezeigt: Für eine neue Qualität der Umweltbewegung bedarf es einer gesellschaftlichen Debatte darüber, wie die sich verändernde Umweltbewegung ihre Ziele erreicht und welchen Weg sie dazu einschlagen will. Alle umweltbewegten Menschen sind herzlich eingeladen, sich an dieser Debatte zu beteiligen! Der Gründungskongress ruft alle auf: Werdet Mitglied der Umweltgewerkschaft! Jedes neue Mitglied stärkt die Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft! Spendet für den weiteren Aufbau! Packt mit an, die Erde vor dem Kollaps zu retten!

Gründungsresolution der „Umweltgewerkschaft“,
beschlossen mit 133 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen

Die Jobcenter wollen deine Geschwister und Eltern mitbestrafen

1. Das Bundessozialgericht in Kassel urteilte letzte Woche, dass im Haushalt lebende Eltern und Geschwister nicht finanziell von der Strafmaßnahme betroffen sein dürfen, wenn das Jobcenter eine **Sanktion** wegen „mangelnder Arbeitsbereitschaft“ gegen einen heranwachsenden Hartz-IV-Bezieher verhängt (Aktenzeichen B14 50/13 R). Jedoch müssen die Eltern demnach das Kindergeld für den

Sanktionierten zur Begleichung seines Anteils der Unterkunftskosten aufwenden. Im verhandelten Fall erhielt ein junger Mann zwischen dem 1. September und dem 30. November 2008 keine Hartz-IV-Leistungen, was sich auch auf die Kosten für die Unterkunft auswirkte.

Weil das Jobcenter die Kosten der Unterkunft „nach Köpfen“ berechnet, hatte diese Sanktion auch Konsequenzen für die Mutter und die minderjährige Schwester, mit denen der junge Mann in einem Haushalt lebte. Mutter und Schwester klagten, da sie Miet- und Nebenkosten ohne den Anteil des Sohnes nicht aufbringen konnten. Das Bundessozialgericht gab ihnen im Wesentlichen Recht, da andernfalls ihr Existenzminimum durch die verbleibenden Transferleistungen nicht mehr gedeckt wäre. Bereits am 23. Mai 2013 urteilte das Gericht in einem anderen Fall, dass Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft nicht für das Fehlverhalten eines Einzelnen mit bestraft werden dürfen (Aktenzeichen B4 AS 67/12 R).

Das BSG wies außerdem darauf hin, dass der sanktionierte Hartz-IV-Bezieher verpflichtet ist, sein Einkommen zur Deckung der Unterkunftskosten aufzuwenden, weswegen die Mutter das Kindergeld für die Miet- und Nebenkosten einsetzen muss und es nicht mehr wie bisher an ihren Sohn weiterleiten durfte. Ich finde es richtig, dass klargestellt wird, dass auch mit den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen keine Sippenhaftung eingeführt werden durfte. Dennoch frage ich mich, wie die Familie in den vergangenen sechs Jahren „gelebt“ hat, wenn sich eine gerichtliche Klärung so lange hinzieht.

2. Künftig müssen Hartz-IV-Bezieher keine **Mietbescheinigung** mit zusätzlichen Angaben vom Jobcenter mehr ausfüllen. Auf wiederholte An- und Nachfrage der Fraktion „Die Linke“ im Rat der Stadt Köln (AN 3386/2014) erklärte das Jobcenter jetzt im Sozialausschuss, dass die gängige Praxis bei Mietbescheinigungen „durch die Geschäftsführung als falsch und kritisch identifiziert“ wurde. Bisher war diese Bescheinigung – auf der bei Beantragung von Hartz-IV-Leistungen der Vermieter nicht nur Angaben zu Miet-, Heiz- und Nebenkosten, sondern auch Lage, Ausstattung und Bezugsfertigkeit der Wohnung bestätigen musste – häufig ausschlaggebend bei der Entscheidung über die Leistungsgewährung.

Das Jobcenter Köln setzte die Änderung unmittelbar um, sodass Erwerbslose zukünftig keine der fragwürdigen Angaben im Rahmen der Mietbescheinigung mehr machen müssen. Mich verwundert es nicht, dass bei solcher und anderer diskriminierender Praxis, die Wohnungssuchende als Sozialleistungsbezie-

her brandmarkt, in Deutschland bis zu 4,9 Millionen anspruchsberechtigte Menschen auf ihnen zustehende Sozialleistungen verzichten.

3. Aus Bayern wird ein merkwürdiger Leitantragsentwurf zum Parteitag in der nächsten Woche vorgelegt, worin gefordert wird, dass sich **Migranten** zu Hause auch auf Deutsch unterhalten sollen. Der „Bayerische Rundfunk“ zitierte aus diesem Entwurf: „Wer dauerhaft hier leben will, soll dazu angehalten werden, im öffentlichen Raum und in der Familie Deutsch zu sprechen“. Ein gesellschaftliches Miteinander funktionierte nur, wenn alle dieselbe Sprache sprächen.

Natascha Kohnen, Generalsekretärin der Bayerischen SPD spricht von einem „kompletten Aussetzer“: Es fehle nur noch eine „CSU-Sprachpolizei, die das Ganze kontrollieren“ solle, damit „die Absurdität perfekt“ werde. Grünen-Chef Eike Hallitzky spottet, dass es lebensfremder kaum gehe: Wolle die CSU den Bürgerinnen und Bürgern vorschreiben, dass der Wohnzimmerteppich weiß-blau zu sein habe? Was für ein Schmarrn, der da aus Bayern kommt! „Wie wäre es denn, wenn die Bayern sich mal an die eigene Nase fassen und damit beginnen, Deutsch zu sprechen?“

Aber mal Spaß beiseite: Wird hier nicht schon wieder ein Vorstoß gemacht, Ausländer zu diskriminieren? Das fehlte ja noch, wenn irgendwer darüber zu bestimmen hätte, wie daheim gesprochen wird! Abgesehen von weiterem Kontrollirrsinn weiß doch, wer sich nur ein bisschen mit dem Erwerb von „Deutsch als Zweitsprache im Kindesalter“ befasst hat, wie unerlässlich ein sicherer Umgang und die Kenntnis der Muttersprache für das Lernen einer weiteren Sprache sind! Also bitte, liebe Migrant(inn)en, sprecht auf jeden Fall unbedingt weiter in eurer Muttersprache mit euren Kindern und gebt ihnen damit nicht nur ein Stück Identität über ihre Wurzeln, sondern auch eine gute Basis, damit sie leicht Deutsch lernen können!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bremer Jobcenter erkennt je Quartal eine Million Euro Miete nicht an

Die Zeit rennt! Gut zehn Jahre sind vorbei! Nächste Woche ist die **501. Bremer Montagsdemonstration** ab **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**. Am **5. Januar 2015** ist unsere erste Veranstaltung im neuen Jahr, wieder „in Bremens guter Stube“, auf dem **Marktplatz**. Bis zum Jahresende können alle Entscheidungen ab 1. Januar 2013 per Überprüfungsantrag hinterfragt werden, siehe 498. Bremer Montagsdemonstration.

Dank der Joboffensive haben die hiesigen Fallmanager 22 Prozent mehr Sanktionen verhängt, über eine Million Euro fehlen dem Bremer Einzelhandel dadurch in der Kasse. Sanktioniert wurden schwerpunktmäßig Menschen unter 25 Jahren. Dies schlägt sich sowohl in der Häufigkeit wie auch in der Höhe der Mittelkürzung nieder. Wer von einer Sanktion betroffen ist, kann sich wehren!

Eine weitere Verschärfung der Armut ist der Eigenanteil an den Kosten der Unterkunft. Bremen hat „Mietrichtwerte“ festgesetzt, die nicht einmal zur Anmietung einer Sozialwohnung reichen. Lang ist die Liste der Fehler und Vorsätze, die zu diesen niedrigen Werten geführt haben. Wer als Leistungsempfänger einen Eigenanteil zur Miete aus seinem Regelsatz bezahlt, kann dies ändern, auch wenn er diesem Eigenanteil zugestimmt hat, um die Wohnung überhaupt mieten zu können.

Auch wer für seine selbst genutzte Wohnung nur einen Teil dieser Aufwendungen ersetzt bekommt, sollte einen Überprüfungsantrag stellen. So hat Bremen scheinbar nicht umgesetzt, dass die Tilgung jetzt zu den erweiterungsfähigen Ausgaben gehören kann. Der Überprüfungsantrag kann auch gestellt werden, wenn dieser Eigenanteil schon länger die Haushaltskasse belastet. Wie dies alles geht? Nachlesen unter Bremer Montagsdemonstration – oder einfach herkommen!

Das Jobcenter wird aufgrund des Antrags auf Überprüfung einen Bescheid erlassen. Falls dieser nichts Neues sagt, ist Widerspruch einzulegen und eventuell die Hilfe des Gerichts notwendig. Gültig ist die Verwaltungsanweisung ab 1. Januar 2014. Der komplette Text trägt die Überschrift „Arbeitshilfe zur Verwaltungsanweisung Bedarfe für Unterkunft und Heizung und zur Sicherung der Unterkunft nach § 22 SGB II und §§ 35,36 SGB XII und Asylbewerber-Leistungsgesetz, soweit es um Wohnraum außerhalb der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge in Berlin und der Gemeinschaftsunterkünfte geht“.

Auf Seite 65 steht, wie mit Überprüfungsanträgen zu verfahren ist. Bange machen gilt nicht: Auch in den Jahren ab 2013 wurden und werden die Mietobergrenzen nicht gerichtsfest ermittelt und alle bereits im Verfahren 1/09 angesprochen Fehler erneut gemacht. Die alten Versionen stehen noch im Netz, sie werden für laufende Gerichtsverfahren gebraucht. Scheinbar sieht die Behörde keine Erfolgsaussichten mehr in Sozialgerichtsverfahren über die Kosten der Unterkunft für Zeiten vor 2012. Auf Seite 65 der „Verwaltungsanweisung Kosten der Unterkunft“ steht: „Für die nicht rechtsbeständigen Verfahren werden in Absprache zwischen dem Bereich Recht des Jobcenters beziehungsweise dem Rechtsreferat oder der Widerspruchsstelle der senatorischen Behörde und dem Referat 33 entsprechende Regelungen gefunden.“

Dann auf und nachfragen, aber erst Rechtssicherheit schaffen! Die Situation der Kosten der Unterkunft, also der Miete in Bremen für die Hartz IV Betroffenen,

ist nachzulesen in der Bundesagentur-Statistik „Arbeitsmarkt in Zahlen“. Es handelt sich um die *anerkannten* Kosten der Unterkunft. Nachzulesen sind auch die *tatsächlichen* Kosten der Unterkunft in der „Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Wohn- und Kostensituation Kreis Bremen, Stadt“.

Wichtig ist der „methodische Hinweis“ hierzu: „Die ausgezahlten Leistungen für Unterkunft und Heizung sind im Einzelfall niedriger als der Bedarf für Unterkunft und Heizung, da ein Teil des Bedarfs gegebenenfalls durch die Anrechnung von Einkommen von den Leistungsberechtigten selbst zu tragen ist“.

Dass Sanktionen auch bei der Miete Kürzungen hervorrufen, hat das „Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ festgestellt. Tabelle 1 für Juli 2014 zeigt fast auf den ersten Blick: Es wohnen viele Familien oder „Bedarfsgemeinschaften“ in zu kleinen Wohnungen! Die laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung betragen insgesamt tatsächliche 18.549.503 Euro, anerkannt werden davon 18.202.252 Euro.

Außer den laufenden Zahlungen wurden noch rund 460.000 Euro als einmalige Kosten für Unterkunft und Heizung ausgewiesen. Auf Seite 8 heißt es: „Aus verschiedenen Gründen (Wohnfläche zu groß, Wohnung zu teuer) kann der SGB-II-Träger die volle Kostenübernahme ablehnen, wenn zum Beispiel die Kosten nicht angemessen sind. Der als angemessen erachtete Anteil wird als anerkannte Kosten bezeichnet.“ Die Differenz von rund 350.000 Euro pro Monat wird Thema der nächsten Bremer Montagsdemonstrationen. Daher Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Fotos: Jobst Roselius, Helmut Minkus

Die letzte **Montagsdemo** im alten Jahr findet am **15. Dezember 2014** ab **17.30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof** statt, die erste im neuen Jahr am **5. Januar**

2015 zur gewohnten Zeit wieder auf dem **Marktplatz**. Am **22.** und **29. Dezember 2014** wollen wir gemeinsam zur **Hamburger Montagsdemo** fahren.

Amerikas Schande: In torture we trust *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

501. Bremer Montagsdemo am 15. 12. 2014

Flotter die Scheren nie klappern

1. „Süßer die Glocken nie klingen“ oder „flotter die Scheren nie klappern“: Das Solinger Jobcenter bietet an diesem Montag einen neuen Haarschnitt zum Nulltarif an. Nach dem Motto „Schick zu Weihnachten“ können die wieder einmal zu „Kunden“ und „Kundinnen“ geadelten erwerbslosen Klient(inn)en sich schon zum fünften Mal umsonst die Haare schneiden lassen. Zwischen 8:30 Uhr und 12:30 Uhr stehen mehrere Solinger Friseurinnen und Friseure aus dem Vorstand der Innung für diese Dienstleistung bereit. Die Haare sollten zuvor gewaschen und nicht gegelt sein.

Die Mitarbeiter des Jobcenters sorgen mit dem Spendieren von Kaffee und Gebäck für vorweihnachtliche Atmosphäre. Herzallerliebst rührig mutet das Vorhaben an, auch Menschen mit schmalem Geldbeutel gut frisiert in die Weihnachtstage gehen lassen zu wollen, obwohl sie doch vom Konsumfest mangels monetärer Masse ausgeschlossen sind! Gleichzeitig kommt es einem Eingeständnis gleich, dass der **Regelsatz** dermaßen knapp bemessen ist, dass er keinen normalen Friseurbesuch ermöglicht.

Oder soll die Friseuraktion als vertrauensbildende Maßnahme missbraucht werden? Eigentlich sollte es Erwerbslosen genauso wie anderen Menschen möglich sein, zu einem Friseur ihrer Wahl zu gehen, nicht nur einmal im Jahr kurz vor Weihnachten im Jobcenter. Ebenso müssten sie über ein Budget verfügen, das einen Einkauf in einem normalen Supermarkt ermöglicht und nicht nur das Schlangestehen vor der Suppenküche, äh: Ausgabestelle der „Tafel“, um die Abfälle der Wohlfahrtsgesellschaft zu konsumieren.

2. Es steht zu befürchten, dass im Januar 2015 mehrere Tausend Bedarfsgemeinschaften Opfer einer erneuten **Zahlungspanne** werden, weil die Jobcenter im August 2014 die neue Software „Allegro“ zur Berechnung von Arbeitslosengeld II eingeführt haben und die Leistungsanträge seitdem über dieses neue Pro-

gramm abgewickelt werden. Dazu muss anhand des Antrages jeder Kundendatensatz komplett neu angelegt werden, was gerade bei Weiterbewilligungsanträgen einen erheblichen zeitlichen Mehraufwand darstellt.

Weil kein zusätzliches Personal eingestellt wurde, lässt sich leicht ausrechnen und gut vorhersehen, wie sich in vielen Jobcentern die Bearbeitungsdauer mindestens verdoppelt. Durch die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel kommt erschwerend hinzu, dass auch das Personal der Jobcenter im Dezember nur einen halben Monat lang arbeiten wird, wodurch ein weiterer Rückstau bei der Antragsbearbeitung entsteht.

Wer am 30. Dezember 2014 kein ALG für Januar 2015 erhalten hat, sollte umgehend am 2. Januar 2015 im Jobcenter vorstellig werden und die Barauszahlung eines Vorschusses in Höhe der zu erwartenden Regelleistung fordern. Niemand sollte sich dann von unwahren Behauptungen abwimmeln lassen, dass Barauszahlungen oder Vorschüsse nicht möglich oder zulässig seien! Wenn das zuständige Jobcenter dennoch wider besseres Wissen einen Vorschuss verweigern sollte, lässt sich sofort beim Sozialgericht mittels einstweiliger Anordnung eine vorläufige Zahlung des ALG II durch das Jobcenter herbeiführen.

3. Das Sächsische Oberverwaltungsgericht entschied im Dezember 2014 (Aktenzeichen 2A 281/13), dass Eltern, die für den Unterricht ihrer Kinder einen Taschenrechner über die Schule mitbestellen und bezahlen, keinen Anspruch auf die Erstattung des Betrags durch den öffentlichen Schulträger haben. Hintergrund des Verfahrens war ein anderslautendes Urteil des Verwaltungsgerichts Chemnitz. Dort hatte ein Vater auf Anraten der Schule für seine Tochter einen Taschenrechner für einen Betrag in Höhe von 89 Euro gekauft hatte. Dabei übernahm die Schule die Bestellung der Taschenrechner für alle Kinder, und die Eltern zahlten das Geld bar an die Schule.

Weil der Vater der Ansicht war, dass solche Anschaffungen unter die **Lernmittelfreiheit** fielen, wollte er sich seine Auslagen vom Schulträger erstatten lassen. Das Verwaltungsgericht Chemnitz urteilte im Sinne des Vaters, doch das Sächsische Oberverwaltungsgericht kam zu einem entgegengesetzten Bescheid. In meinen Augen geht es hier um bloße Korinthenkackerei, wenn einerseits weder die Voraussetzungen für eine Geschäftsbesorgung ohne Auftrag noch für einen allgemeinen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch erfüllt seien, aber vieles dafür spreche, dass ein im Unterricht benötigter Taschenrechner unter die garantierte Lernmittelfreiheit falle.

Dessen Anschaffung können die Eltern vom Schulträger gerichtlich einfordern, ohne dabei jedoch im Nachhinein einen Anspruch auf Erstattung zu haben. Die Leidtragenden sind wieder einmal die Kinder von erwerbslosen Eltern, die ausgegrenzt werden, um ihnen hinterher „Bildungsferne“ zu attestieren, obwohl sie es ohne die erforderlichen Lernmittel deutlich schwerer haben müssen, das Klassenziel zu erreichen.

4. Seit Jahren dominiert das Thema „Kalte Progression“ die steuerpolitische Debatte in Deutschland. Nun kommt eine Analyse des Bundesfinanzministeriums zu dem Ergebnis, dass diese Steuermehrbelastung derzeit gar nicht existiere, weil eine Lohnerhöhung durch die Kombination aus ansteigendem Steuertarif und Inflationsrate real zunichte gemacht wird.

Gewollt ist, dass prozentual mehr Steuern zahlt, wer viel verdient, als jemand, der wenig verdient. Dieser Kern des deutschen Steuersystems wird jedoch zum Problem, wenn eine Einkommenssteigerung nur die Inflation ausgleicht: Um zu verhindern, dass Arbeitnehmer durch die Kalte Progression zusätzlich belastet werden, müsste die Steuertabelle regelmäßig an die Inflation angepasst werden. Das deutsche **Steuersystem** schröpft die Mittelschicht und lässt Superreiche und Geringverdiener vom Haken.

Nun sei der von der CDU gefundene Kompromiss kaum mehr als ein Lippenbekenntnis, weil der Plan an so viele Bedingungen geknüpft ist, dass es ein Leichtes sein dürfte, ihn zu erfüllen, ohne dass sich etwas ändert, denn die unabdingbare Voraussetzung ist und bleibt in meinen Augen schwachsinnigerweise die „schwarze Null“. Ukraine-Krieg, Euro-Krise, IS-Terror sind nur drei Vorwände, die die Kanzlerin problemlos anführen könnte, um den Plan in den nächsten drei Jahren in aller Stille zu beerdigen. Zudem soll es keine Steuererhöhungen an anderer Stelle geben, um die Verluste für den Staat auszugleichen. Die Kalte Progression ist eine heimliche Steuererhöhung, die kein Parlament beschließen, keine Kanzlerin je rechtfertigen muss, die aber dem Staat jedes Jahr automatisch mehr Geld in die Kasse spült.

Genau deswegen werden wohl kein Parlament und keine Kanzlerin sie je abschaffen. Der „Weser-Kurier“ brachte am vergangenen Sonntag mit einer Karikatur auf Seite 2 vielleicht „die Lösung“: Da sitzen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Finanzminister Wolfgang Schäuble und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel an einem Tisch. Schäuble hält ein Papier mit Paragraphen in die Höhe, zeigt auf eine Stelle und sagt: „Ein genialer Streich gegen die Kalte Progression: Verbot von Gehaltserhöhungen.“ Also weg mit einem Mindestlohn, und sei er noch so niedrig!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Der Regelsatz muss um eine Energiepauschale ergänzt werden

1. Hinter der Überschrift „Bremer Jobcenter erkennt je Quartal eine Million Euro Miete nicht an“ stand für eine Woche ein dickes Fragezeichen, doch inzwischen habe ich die Gewissheit: Monat für Monat werden circa 350.000 Euro der tatsächlichen **Kosten der Unterkunft**, also der Miete, nicht anerkannt und somit nicht er-

stattet! Das ist nachzulesen für den Monat Juni 2014 in der Statistik der Arbeitsagentur. In Tabelle 1 ist die Kürzung der Kosten der Unterkunft ersichtlich: Zwischen tatsächlichen und anerkannten Kosten liegen rund 350.000 Euro Minderleistung. Am Ende der Tabelle stehen unter „Einmalige Kosten für Unterkunft und Heizung“ die Einmalzahlungen, zum Beispiel Nachzahlungen und Nebenkostenabrechnungen. (Für die anderen Monate des Jahres 2014 kann einfach im Link die Monatszahl geändert werden, die darin zweimal vorkommt).

Die Kosten der Unterkunft Miete sind auch in einer weiteren Statistik der Bundesagentur für Arbeit enthalten. Wer die Statistik für Bremen generieren will, muss „Bremen“ in der Übersicht anklicken. Die nächste Auswahl ist „Bremen, Stadt“ oder „Bremerhaven, Stadt“. Der Monat kann einzeln ausgewählt werden, Statistiken sind für jeden Monat verfügbar.

Die SGB-II-Statistik „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ ist über den Menüpunkt „Statistik nach Themen“ anwählbar. Eine Suche nach dem Themen-Listeneintrag „Bedarfe, Leistungen, Einkommen“ führt zu einer Generatorseite, auf der links die verschiedenen Statistiken benannt sind. Unter „Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)“ steht als erster Eintrag „Überblick“. Angezeigt wird rechts eine Auswahl der dazu möglichen Auswertungen. Die Suche nach „Kreisreport“ bietet eine Auswahlmöglichkeit für die Städte Bremen und Bremerhaven. Angeboten wird die entsprechende Statistik als „Excel“-Datei.

Die gewählte Statistik muss runtergeladen werden, Makros und Verknüpfungen müssen erlaubt werden – eigentlich ein Unding, weil dadurch die Datensicherheit des Rechners gefährdet wird! Aus den Tabellen 2.2 und 2.5 sind die Wohnkosten ersichtlich. Damit ergibt sich die Bestätigung der Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft. Aus Tabelle 3.2 sind die Leistungen und das verfügbare Einkommen ersichtlich. Die Gesamtbeträge sind durch Multiplikation zu ermitteln.

Die nächste Statistik unter „Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)“ heißt „Bedarfe, Leistungen, Einkommen“. Rechts steht jetzt eine Auswahl der dazu möglichen Auswertungen, als oberstes für „Deutschland mit Ländern und Kreisen“. Der Monat kann einzeln ausgewählt werden, aber nur im Quartalsabstand. Eine Suche liefert auch nur eine Statistik für Deutschland, ebenfalls als „Excel“-Datei (im Archiv).

Aus der „Übersicht Bedarfe, Einkommen, Leistungen, Sanktionen und Haushalt, Budget für Deutschland“ sind darin auch die Zahlen für Bremen ersichtlich. Diese Zahlen bestätigen die Kürzung von rund 350.000 Euro monatlich bei den Kosten der Unterkunft in Bremen-Stadt. Aus der Tabelle 1 dieser Statistik sind die Kürzungen für Sanktionen sowie die tatsächlichen Zahlungen ersichtlich, aus der Tabelle 5 die Kürzungen für Kindergeld, Unterhalt und Erwerbseinkommen. Die Tabellen sind erschlagend und trotzdem sehr interessant.

Allein in Bremen-Stadt werden monatlich rund 4,71 Millionen Euro Kindergeld, rund 1,21 Millionen Unterhaltszahlungen und rund 0,15 Millionen Euro für Sanktionen beim ALG II angerechnet, also gekürzt, sowie rund 0,35 Millionen Euro laufende Miete und Heizung nicht erstattet. Das Kindergeld wird zu 100 Prozent, das heißt ohne Freibetrag angerechnet. Beim Unterhalt bleiben 30 Euro anrechnungsfrei. Bei der Tabelle „Sanktionen“ ist ersichtlich, dass Meldeversäumnisse der überwiegende Sanktionsgrund sind: 539 Sanktionen von insgesamt 732 Sanktionen beruhen auf Meldeversäumnissen. Die Sanktionen werden auch in einer Extrastatistik ausgewiesen. Wir kommen darauf zurück!

Es gibt auch bremische Statistiken zu diesen Themen. Die Kosten der Unterkunft (Produktbereich 41.05) stehen im Controllingbericht ab Seite 19 und im Bericht Sozialleistungen ab Seite 45. Bremen hat die Haushaltsrisiken und ihre Deckung beziffert, nachzulesen im Lösungskonzept zur Finanzierung der Risiken und den Auswirkungen auf den Bereich „Jugend und Soziales“.

Noch einmal zu den Anträgen auf Überprüfung. Der Eigenanteil an der Miete, den Kosten der Unterkunft, ist ein dringender Grund für einen Überprüfungsantrag: „Ich beantrage die Überprüfung aller Bescheide ab dem Leistungszeitraum 1. Oktober 2013, weil die Kosten der Unterkunft nicht voll erstattet werden“ oder ähnlich. Falls das Jobcenter nachfragt, bitte diese Nachfragen ernst nehmen und nachweisbar beantworten. Wie dies alles geht? Nachlesen auf der Homepage der Bremer Montagsdemonstration oder einfach herkommen! Auch alle anderen Kürzungen und Ablehnungsbescheide sind so ab 1. Januar 2013 rückholbar. Bei der Regelsatzhöhe ist jede Leistungskürzung untragbar!

2. Für Millionen Menschen in Deutschland sind die hohen Strompreise eine enorme Belastung. Fast sieben Millionen Haushalten wurde 2013 die Sperrung ihrer Stromversorgung angedroht. Tatsächlich wurden letztes Jahr über 344.000 Stromsperren durchgeführt, ein trauriger neuer Rekordwert. Selbst EU-Vorgaben gegen Energiearmut setzt die Bundesregierung seit Jahren nicht um. „Die Linke“ fordert ein Verbot von **Stromsperren**. Dies ist sozial geboten und zentral für die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende. „Die Linke“ hat am 3. Dezember 2014 einen entsprechenden Antrag im Bundestag gestellt (Drucksache Nummer 18/3408).

Sozialrechtler Harald Thomé stellt per Sonderrundbrief eine neue „Kampagne zu den überfälligen Änderungen im Bereich der Haushaltsenergie“ vor: „In dieser Kampagne fordert ‚Tacheles‘ die Herausnahme der Haushaltsenergie aus den Regelleistungen und stattdessen die Einführung einer bedarfsorientierten Haushaltsenergiepauschale neben der Regelleistung. Weiterhin fordern wir die Einführung einer vierwöchigen ‚Reaktionsfrist‘ nach der ersten Mahnung des Energieversorgers, die Einführung einer gesetzlichen Mitteilungspflicht der Energieversorger, ebenso Einrichtung von Energiesicherungsstellen und einen Rechtsanspruch auf Energieschuldenübernahme.

Sieben Millionen Mahnverfahren wegen säumiger Forderungen für Haushaltsenergie, 344.798 Versorgungsunterbrechungen, davon fast 200.000 bei Hartz-IV-Empfängern, und Hunderttausende durch Jobcenter- Darlehn vollkommen verschuldete Haushalte sind handfeste Zahlen, die die stille Katastrophe der Energiearmut aufzeigen. Dem muss entgegengetreten werden! Daher bringen wir jetzt, kurz bevor der Referentenentwurf zum ‚Rechtsverschärfungsgesetz' vorgestellt wird, unsere Forderung in Position. Diese lebt davon dass sie aufgegriffen wird, von den Betroffenen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, den Aktiven und sozialpolitisch Verantwortlichen der Parteien. Dafür besteht jetzt ein Zeitfenster von zwei, drei Monaten. Mehr als hilfreich wäre es, wenn die Forderung durch konkrete Proteste auf der Straße aufgegriffen wird."

Über Energieunterbrechung, Ablauf und Rahmenbedingungen und die Vorteile des Lieferanten steht einiges auf der Homepage der Bremer Montagsdemonstration. Die vorstehenden Aktionen finden meine volle Unterstützung!

3. „Es gibt keinen Platz für Ausländerfeindlichkeit", sagte Frau Merkel. Wieso waren dann auf den Wahlplakaten von CDU und CSU ausländerfeindliche Texte? Warum wird die Rettungsaktion im Mittelmeer eingestellt? Wie viele Menschen müssen sterben, um diese Unvernunft zu beseitigen? Wieso ist es „christlich", die Menschen an den Grenzen Europas abzuschießen, sie ertrinken oder auch „nur" einsperren zu lassen? Wie will Europa dies der Welt erklären? Alles im Namen des „Volkes von Europa" mit seinen vielen „Stämmen"? Nicht in meinem Namen!

Ohne Zuwanderung wäre unsere **Rentenversicherung** gefährdet. In Deutschland werden einfach zu wenige Kinder geboren. Die hier lebenden Kinder und auch Jugendlichen werden unzureichend unterstützt. Es findet eine Selektion nach Herkunft statt. Für die Rentenversicherung ist es nötig, dass ein auskömmliches Beitragsvolumen erreicht wird. Die Lohnabwärtsspirale ist da nicht förderlich! Die Schrumpfung der Arbeitsplätze kann durch eine bessere Entlohnung ausgeglichen werden. Wenn die Arbeitnehmer ihren Anteil an der Wertschöpfung wieder steigern könnten, wäre alles „gelutscht".

Ansonsten bleibt nur die Einreihung der Sozialversicherungsbeiträge in das Steuersystem, was die jetzigen Verhältnisse besser berücksichtigen würde. Die Große Koalition rührt scheinbar keinen Finger zur Lösung dieser Rahmenbedingungen und damit für die Sicherung der Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger. Was gemeint ist? Einfach die vorherigen Beiträge zur Bremer Montagsdemonstration lesen! Wie wenig sich die Bundesregierung um das Wohl der Bürger schert, steht bei der 498. Bremer Montagsdemonstration, Abschnitt 5: Ein Urteil des Bundessozialgerichts zugunsten von Behinderten soll nicht umgesetzt werden! Behinderte werden so auf Weisung der Bundesregierung betrogen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Sehr geehrte Damen und Herren! Ihr Auftreten und Ihre Art und Weise, ein elitäres, moralinsaures und unerträglich arrogantes Meinungsmonopol vertreten zu müssen, steht in deutlichem Widerspruch zu den Ideen des Humanismus und – vielleicht – denen der Sozialdemokratie, die es immer noch gibt. Ist dies nur ein Therapieplatz für behandlungsbedürftige Profilneurotiker? Außer austauschbaren Ideologismen verursachen Sie nichts erkennbar Konstruktives. Ich möchte mich nicht über Ihre Ideale erheben, die zum großen Teil auch meine Ideale sind. Ich bin aktiver Betriebsrat (seit zwölf Jahren). Gruß!

Zuschrift von Ulrich Peters (53, Verdi)

Richtig mobben: „Hoffentlich treten Sie bald von der Bühne ab“ *(„Spiegel“)*

„Niemand ist schockiert“: „Wenn die Leute auf dem Amt wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden“ *(„Tageszeitung“)*

Am **Samstag**, dem **20. Dezember 2014**, beginnt um **12 Uhr** am **Ziegenmarkt** eine **Demonstration** gegen **Fracking** in Bremen. Am **22.** und **29. Dezember 2014** wollen wir gemeinsam zur **Hamburger Montagsdemo** fahren; Treffen am 22. ist um **10:15 Uhr** an der „Blindentafel“ im Bremer **Hauptbahnhof**. Die erste **Bremer Montagsdemo** im neuen Jahr findet am **5. Januar 2015** wieder ab **17.30 Uhr** auf dem **Marktplatz** statt.

„Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“: Schon wieder wird eine Nazi-Veranstaltung von den Medien bereitwillig als „Montagsdemo“ verkauft *(„Spiegel-Online“)*

Nach der Krise: Ist vor der Krise *(„Rote Fahne News“)*

Weg mit der Mauer durch den Großen Teich: Piesepampel ist auch ein Kubaner *(„Spiegel-Online“)*

Weihnachten fällt aus: Wenn die Geschenke bei Amazon bestellt werden *(„Spiegel-Online“)*

Massen-Tinnitus: Bei starkem Südwestwind wird ganz Gröpelingen mit einem nervigen Dauer-Heulton aus dem „bewohnten Windpark“ in Seehausen beschallt *(„Gegenwind Mudau“)*

„Die Zukunft hat schon begonnen“: „Angela Merkel steht vor dem Scherbenhaufen ihrer Sparpolitik in Europa“ *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84, BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen,
Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Hartz IV betrifft uns ALLE!

Ich bin doch nicht arbeitslos! Was habe ich denn mit Hartz IV zu tun? Dieses Thema wird im Alltag meist erfolgreich verdrängt. Trotzdem sind wir fast alle, Männer wie Frauen, von Schröders und Merkels Arbeitsmarktreformen betroffen: nicht nur Arbeitnehmer und Erwerbslose, sondern auch Rentner, Selbständige, sogar Jugendliche und Kinder.

Hartz IV betrifft ARBEITNEHMER

Möchten Sie für Niedriglohn arbeiten? Durch Freigabe der Zeit- und Leiharbeit haben sich die Verdienstmöglichkeiten der Arbeitnehmer sehr verschlechtert. Arbeitssuchende finden oft nur noch dort und zu Niedriglohn Anstellung. Eine Abwärtsspirale sorgt seither für sinkende Löhne und höheren Druck auf Erwerbslose, solch eine Beschäftigung anzunehmen. Arbeitnehmer schrecken vor Lohnforderungen zurück, denn die meisten sind nur Monate von Hartz IV entfernt.

Hartz IV betrifft RENTNER

Kommen Sie mit Ihrer Rente aus? Schon heute brauchen viele, deren Rente unterhalb des Hartz-IV-Niveaus liegt, ergänzende staatliche Unterstützung, können davon aber kaum leben. Für Arzneimittel muss zugezahlt werden; steigende Mieten, Strom- und Heizkosten verschärfen die soziale Lage. Fallende Arbeitseinkommen ließen die Renten fallen, Ausbildungs- und Studienjahre verloren ihre Anerkennung, Anwartschaften wurden stetig abgesenkt. Verantwortlich sind CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne.

www.Bremer-Montagsdemo.de

Hartz IV betrifft ERWERBSLOSE

Reichen Ihnen 391 Euro im Monat zum Leben? Arbeitslose erwartet mit Hartz IV außer dem viel zu niedrigen Regelsatz, außer Scham und Einsamkeit noch der Zwangsumzug und die Zwangsarbeit gegen bloße Aufwandsentschädigung in Ein-Euro-Jobs. Weiterbildung und Förderung? Das gibt es nicht mehr! Hartz IV ist zur Sackgasse geworden, aus der nur sehr wenige dauerhaft herausfinden.

Hartz IV betrifft SELBSTÄNDIGE

Laufen die Geschäfte gut bei sinkenden Einkommen? Durch die Reformen der Agenda 2010 wurden einige wenige sehr reich, während mit der Massenkaufkraft auch die Umsätze der Selbständigen dahinschmolzen. Die Exportindustrie profitiert bis zur nächsten Wahl von den niedrigen Löhnen, doch die Mittelschicht schwindet, viele Innenstädte veröden, immer mehr Betriebe machen die Pforten dicht.

Kommt alle zur MONTAGSDEMO!

Ob Arbeitnehmer oder Rentner, Erwerbslose oder Selbständige: Wir alle sind von den Hartz-Gesetzen betroffen! Die meisten erkennen ihre aussichtslose Lage, doch aktiven persönlichen Widerstand leistet nur eine Minderheit.

So kann es nicht weitergehen! **Kommt alle zur Montagsdemonstration, jede Woche um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz**! Jede(r) ist herzlich eingeladen! Wir freuen uns auf gute Gespräche! **Wir fordern: Weg mit Hartz IV!**

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

überparteilich,
unabhängig, öffentlich

www.Bremer-Montagsdemo.de